

Kommentierte Chronik zur Einbürgerung Hitlers im Freistaat Braunschweig 1932, deren Vorgeschichte und deren Konsequenzen (1889 – 2016)

von Ulrich Menzel

Braunschweig: Stand 17.9.2016

Inhalt

Vorwort	3
1 Die Vorgeschichte I bis zur Entlassung Hitlers aus der österreichischen Staatsbürgerschaft 1925	5
2 Die Vorgeschichte II von der Entlassung Hitlers aus der österreichischen Staatsbürgerschaft 1925 bis zur Regierungsbildung der Koalition aus BEL und NSDAP in Braunschweig 1930	36
3 Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP 1930-1933 und der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932	58
Erster Exkurs: Organische Gesellschaftslehre und Politik	138
Zweiter Exkurs: Hitlers Personalakte	183
Dritter Exkurs: Die Verbindung zwischen Zörner und Heimbs	191
4 Die Alleinregierung der NSDAP in Braunschweig 1933 – 1945	261
Vierter Exkurs: Die Namensgebung von Wolfsburg	327
5 Die Nachgeschichte I: Entnazifizierungsverfahren und gegenseitige politische Belastung der an der Einbürgerung Beteiligten 1945-1960	369
6 Die Nachgeschichte II: Die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung der Einbürgerung seit 1960	426
Quellen	
Literatur	

Vorwort

Die Chronik konzentriert sich neben der Person Hitlers bis 1932 vor allem auf die drei für die Einbürgerung relevanten Handlungsebenen Berlin, Braunschweig und TH Braunschweig und dort jeweils auf die maßgeblichen Personen, die als Steigbügelhalter innerhalb und außerhalb der NSDAP bzw. als Gegner der Einbürgerung fungiert haben. Zwischen 1933 und 1945 stehen der Konflikt Hannover-Braunschweig und die Modernisierung des Landes Braunschweig im Vordergrund. Nach 1945 geht es um die Entnazifizierungsverfahren und Prozesse der 1932 handelnden Akteure in Braunschweig und seit 1960 um die wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorgänge.

Die Chronik basiert im Wesentlichen auf gedruckten und ungedruckten Quellen (Akten, Sitzungsprotokolle, Protokolle von Vernehmungen, Briefe, Tagebücher, persönliche Aufzeichnungen, Interviews), Memoiren, Befragungen von noch lebenden Zeitgenossen der zweiten Generation (Söhne und Töchter der damals handelnden Akteure) und zeitgenössischen Zeitungsartikeln und Fotos. Die einschlägige Literatur wurde ergänzend herangezogen. Als besonders ergiebig haben sich die Akten im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel, im Stadtarchiv Braunschweig, im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde, im Archiv der TU Braunschweig, im Oberösterreichischen Landesarchiv Linz, im Braunschweigischen Landesmuseum und im Stadtarchiv Wolfsburg herausgestellt.

Dennoch konnten nicht alle Angaben zweifelsfrei ermittelt werden, weil nicht nur die konsultierte Literatur Ungenauigkeiten und falsche Aussagen enthält, sondern auch die Quellen Widersprüche aufweisen. Die Forderung, daß eine Aussage nur als sicher gilt, wenn sie durch zwei voneinander unabhängige Quellen belegbar ist, ließ sich nicht immer erfüllen. Leider ist es in dem vorliegenden Fall häufig so, daß voneinander unabhängige Quellen zu einem Vorgang voneinander differieren, sich sogar widersprechen oder unterschiedliche Wertungen vornehmen. Dieser unbefriedigende Befund resultiert aus dem Umstand, daß es sich bei der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig um einen hochpolitischen Vorgang handelte, der auch die Quellen und besonders die späteren Erinnerungen der Beteiligten gefärbt hat. Soweit es zeitgenössische oder nachträglich verfaßte schriftliche Unterlagen gibt, ist nicht auszuschließen, daß die Aufzeichnungen manipuliert wurden. Vieles wurde zudem nur mündlich verhandelt und nicht schriftlich dokumentiert. Manchmal, insbesondere wenn es um Datierungen geht, mag es sich um schlichte Irrtümer ohne besondere Absicht gehandelt haben.

Auch die protokollierten Zeugenaussagen in den Entnazifizierungsverfahren und Prozessen nach 1945 sind mit Vorsicht zu verwenden, da auch diese vielfach gefärbt sind, weil die Betroffenen sich mit ihren Aussagen zu entlasten bzw. andere zu belasten suchten. Manche Angaben sind gar nicht quellenmäßig belegbar, sondern nur plausible Annahmen, die sich aus dem Kontext erschließen lassen. Auf jeden Fall empfiehlt es sich, Quellen und Literatur in Vollzug des hermeneutischen Zirkels zweimal zu lesen.

Die *kursiv* gesetzten Kommentierungen und Interpretationen der Fakten sowie die Formulierung von offenen Fragen des Chronisten haben diesen Umständen Rechnung zu tragen. Soweit die genauen Daten der einzelnen Ereignisse nicht zu ermitteln waren, wird ein Ereignis immer zu Beginn des jeweiligen Jahres oder Monats aufgeführt. Die Quellen- und Literaturangaben in Kurzform beziehen sich auf das anhängte Quellen- und Literaturverzeichnis.

1 Die Vorgeschichte I bis zur Entlassung Hitlers aus der österreichischen

Staatsbürgerschaft 1925

10.2.1831

Cartell-Konvention zwischen Österreich und Bayern über gegenseitige Auslieferung von Fahnenflüchtigen.

Diese galt auch noch im Mai 1913 im Falle Hitlers Flucht nach München. Um deren Vollzug zu umgehen, hat Hitler sich bei seiner polizeilichen Meldung in München als „staatenlos“ bezeichnet und bei seiner Abmeldung in Wien den Zielort verschwiegen.

11.4.1889

Österreichisches Wehrgesetz (Reichsgesetzblatt Nr. 41), in dem u.a. die „Stellungsflucht“ geregelt wird.

§ 44: „Ein Stellungsflüchtiger, welcher zur Stellung oder Überprüfung nicht rechtzeitig erscheint, und sein Versäumnis nicht hinreichend rechtfertigt, wird an Geld von 10 bis 2000 Gulden bestraft.

Wer jedoch in der Absicht, sich der Stellungsflucht zu entziehen, von der Stellung oder Überprüfung ausbleibt, wird als Stellungsflüchtiger behandelt. Der Stellungsflüchtling wird bei der betreffenden Stellung ausser der Altersklasse und Losreihe gestellt und hat, wenn er nachträglich freiwillig erschienen ist, ein Jahr, im Gegenfalle zwei Jahre über die gesetzliche Linieneinflicht präsent zu dienen, wodurch auch eine entsprechende Verlängerung der Gesamtdienstzeit eintritt. Wird er aber, wenngleich nur zeitlich, als dienstuntauglich erklärt, so ist er im Falle des freiwilligen Erscheinens mit Arrest von drei Tagen bis zu einem Monate und an Geld von 15 bis zu 100 Gulden, wenn er jedoch nicht freiwillig erschienen ist, mit Arrest von sechs Tagen bis zu zwei Monaten und an Geld von 30 bis 300 Gulden zu bestrafen.“

§ 45: „Wer in der Absicht, sich der Stellungspflicht zu entziehen, das Gebiet der öst.-ung. Monarchie verlässt, oder während der Stellung sich außerhalb der Grenzen der Monarchie aufhält, macht sich eines Vergehens schuldig und wird mit strengem Arrest von einem Monate bis zu einem Jahre und an Geld von 100 bis 1000 Gulden bestraft. Ausser dieser Strafe wird ein solcher Stellungsflüchtling bei der betreffenden Stellung ausser der Altersklasse und Losreihe gestellt und bezüglich der Ableistung und Verlängerung der Dienstpflicht nach § 44 behandelt.“

Das Gesetz wurde sinngemäß am 5.7.1912 überarbeitet. Beide Paragraphen waren für Hitler relevant, da er sich sowohl der Stellung in Wien wie in Linz entzogen und 1913 das Land verlassen hat.

20.4.1889

Adolf Hitler wird in Braunau am Inn als viertes Kind der dritten Ehe Alois Hitlers geboren. Damit ist er österreichischer Staatsbürger. Sein Vater Alois Schicklgruber (1837-1903), unehelicher Sohn der Maria Anna Schicklgruber (1795-1842) und erst 1876 als „Alois Hitler“ legitimiert, arbeitet im österreichischen Zolldienst.

Ein nachträglicher Taufschein des Pfarramts Braunau für die Oberösterreichische Landesregierung vom 10.12.1924 datiert die Geburt auf den 20.4.1889. Er ist Teil der Akte Jetzinger.

Hitlers Abstammung weist inzestuöse Aspekte auf, da der mutmaßliche Großvater väterlicherseits, Johann Nepomuk Hüttler (1807-1888), Vater des Alois Schicklgruber, zugleich der Großvater seiner Mutter Klara Pölzl (1860-1907) war. Hierin wird die Ursache seiner in vieler Hinsicht obskuren Persönlichkeitsmerkmale vermutet. Zur Abstammung Hitlers vgl. Maser 1972, Klappentext mit „Ahnentafel“ über 8 Generationen bzw. S. 35.

Hans Frank, langjähriger Rechtsvertreter Hitlers, behauptet, daß der Vater von Alois Schicklgruber ein gewisser Frankenberger gewesen sei, in dessen Haushalt die Anna Maria Schicklgruber als Köchin gearbeitet hat. Frankenberger habe bis zum 14. Lebensjahr Alimente für Alois gezahlt. Über diesen Hintergrund habe er Einsicht durch einen Briefwechsel nehmen können, der sich im Besitz einer über die Raubals mit Hitler verwandten Dame befunden habe. Er folgert daraus: „Ich muß also sagen, daß es nicht vollkommen ausgeschlossen ist, daß der Vater Hitlers demnach ein Halbjude war, aus der außerehelichen Beziehung der Schickelgruber zu dem Grazer Juden entsprungen. Demnach wäre dann Hitler selbst ein Vierteljude gewesen. Dann wäre sein Judenhaß mitbedingt gewesen aus blutempörter Verwandtenhaßpsychose.“ (Frank 1953, S. 331)

Diese Behauptung von Frank wird aber später, u.a. von dem Historiker Preradovic, bestritten (Spiegel 24/1957). Die Alimentezahlung ist nicht belegt. Auch ist nicht eindeutig, ob „Frankenberger“ Jude war. Klar ist nur, daß nicht zweifelsfrei geklärt ist, wer der Großvater Hitlers väterlicherseits war.

1898

Hitler siedelt mit seiner Familie nach Leonding bei Linz über und besucht die Volksschule in Leonding.

September 1900

Hitler tritt in die 1. Klasse der Realschule in Linz ein. Der Schüler ist in der Schule mäßig erfolgreich, muß die 1. Klasse wiederholen, zeigt aber eine zeichnerische Begabung.

Seitdem betrachtete er Linz als seine Heimatstadt. Das ist auch der Grund, warum er 1925 von München aus beim Magistrat der Stadt Linz seine Ausbürgerung beantragte, warum er 1938 nach dem „Anschluß“ Österreichs Linz in die Kategorie der „Führerstädte“ aufnahm und zum kulturellen und industriellen Zentrum Österreichs in Konkurrenz zu Wien ausbauen wollte. Der Vorgang macht deutlich, wie sehr selbst weitreichende Entscheidungen Hitlers durch persönliche Bezüge und Ressentiments beeinflusst wurden. Dies sollte sich auch im Falle Braunschweigs herausstellen.

Mai 1906

Spätestens seit diesem Datum verwendet Hitler bei seiner Unterschrift den Vornamen „Wolf“. (Faksimile in Jetzinger 1956, S. 138)

Hier könnte der Grund liegen, warum später die „Führerhauptquartiere“ „Wolfsschanze“, oder „Wolfsschlucht“ genannt wurden. Möglicherweise hatte Hitler selber die Idee, die „Stadt des Kdf-Wagens“ „als nationalsozialistische Musterstadt“ nach der Fertigstellung „Wolfzburg“ zu nennen.

Ende Juni 1907

Hitler scheidet aus der Realschule Steyr ohne Abschluß aus, weil er sitzen geblieben wäre, und wohnt bei der Mutter. Diese verkauft am 21.6.1907 ihr Haus in Lenoding und zieht nach Linz.

Mitte September 1907

Hitler beteiligt sich an der Aufnahmeprüfung der Allgemeinen Malerschule der „Akademie der Bildenden Künste“ in Wien. Er besteht den ersten Teil der Prüfung, fällt aber beim Pro-bezeichnen durch.

Mitte Februar 1908

Hitler siedelt von Linz nach Wien über und wohnt dort unter häufigem Wechsel der Adresse. Er nimmt Kunstunterricht bei dem Bildhauer Panholzer.

Seit der Wiener Zeit führt er den Lebenswandel eines Bohemiens, den er in München fortsetzt und auch mit der Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 nicht aufgibt.

September 1908

Hitler versucht, die Aufnahmeprüfung an der Wiener Akademie doch noch zu bestehen. Im Unterschied zu 1907 fällt er diesmal bereits im ersten Teil der Prüfung durch und wird zum Probezeichnen nicht zugelassen.

Bescheinigt wird Hitler allerdings ein Talent zum Architekturzeichnen. Die Aufnahme des Architekturstudiums ist aufgrund des fehlenden Abiturs nicht möglich.

Hätte er bestanden und wäre professioneller Künstler geworden, wäre die europäische Geschichte anders verlaufen.

20.8.1909

Bis zu diesem Datum hätte Hitler sich aufgrund des Österreichischen Wehrgesetzes von 1889 der „Verzeichnung im militärischen Stellungsregister“ (Musterung) in Wien bzw. Linz unterziehen müssen.

Die häufigen und kurzfristigen Wohnungswechsel in Wien lassen sich mit der Absicht deuten, sich der Musterung zu entziehen (vgl. Maser 1972, S. 115).

Spätherbst 1909

Hitler landet im Obdachlosenheim Meidling.

Anfang Januar 1910

Hitler quartiert sich im Männerheim, Meldemannstr. 27, Wien, XX. Bezirk, ein. Dort wohnt er bis zum 24.5.1913.

Frühjahr 1910

Hitler hätte sich zu diesem Zeitpunkt der „Hauptstellung“ und anschließend, falls für untauglich befunden, noch zweimal der „Nachstellung“ unterziehen müssen. Durch Plakatanschlag und Zeitung wurde darauf hingewiesen.

Hitler ist zu allen Terminen nicht erschienen.

Frühjahr 1912

Hitler ignoriert die dritte und letzte Assentierung.

5.7.1912

Neufassung des Wehrgesetzes von 1889

§ 63: „Wer die in § 16 vorgeschriebene Meldung zur Verzeichnung, ohne hiervon durch ein für ihn unüberwindliches Hindernis abgehalten worden zu sein, unterläßt, wird wegen Übertretung mit Geldstrafe bis zu 200 Kronen bestraft.“

§ 64: „Ein Stellungsflüchtiger, der zu dem für die Stellung oder Überprüfung anberaumten Termin nicht erscheint und sein Versäumnis nicht hinreichend rechtfertigt, wird wegen Übertretung mit Geldstrafe bis zu 400 Kronen bestraft.“

§ 65: „Wer von der Stellung oder Überprüfung ausbleibt, um sich der Stellungspflicht zu entziehen, wird wegen Übertretung mit Arrest von sechs Tagen bis zu zwei Monaten, wenn er jedoch seiner Stellungspflicht vor Ablauf des Jahres, in dem er das 36. Lebensjahr vollendet, freiwillig entspricht, mit Arrest von drei Tagen bis zu einem Monat bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann im ersten Falle Geldstrafe bis zu 600 Kronen, im zweiten Falle bis zu 300 Kronen verhängt werden.“

§ 66: „Wer die öst.-ung. Monarchie verlässt oder zur Zeit, in der er seiner Stellungspflicht entsprechen soll, sich außerhalb der Monarchie aufhält, um sich der Stellungspflicht zu entziehen, wird wegen Vergehens mit strengem Arrest von vier Wochen bis zu einem Jahr bestraft. Neben der Freiheitsstrafe kann Geldstrafe bis zu 2000 Kronen verhängt werden.“

Auch nach der Neufassung des Wehrgesetzes hat sich Hitler doppelt strafbar gemacht.

6.3.1913

Der Kaufmann, Ernst Zörner sen., (zuvor Gördelingerstr. 48 und zugleich Firmensitz) bezieht mit seiner Familie das Haus Hohetorwall 7 in Braunschweig.

Unter dieser Adresse wird Hitler 1932 von Ernst Zörner jun. als Untermieter angemeldet.

19.4.1913

Hitler vollendet sein 24. Lebensjahr.

Damit war er eigentlich nicht mehr stellungspflichtig. Er hätte demnach gefahrlos ins Ausland gehen können. Da er sich aber nie gestellt hat, dauerte für ihn als Stellungsflüchtling das stellungspflichtige Alter bis zum 36. Lebensjahr.

24.5.1913

Hitler meldet sich in Wien, XX. Bezirk, von der Adresse Meldemannstr. 27, Männerheim „Brigittenau“ ohne Angabe des neuen Wohnsitzes ab und zieht nach München.

Damit macht er sich im Sinne des Wehrgesetzes zum zweiten Mal strafbar, da ein Stellungspflichtiger nicht ins Ausland gehen darf. Der Ortswechsel ins Ausland kann als weiterer Versuch gewertet werden, sich der Musterung für die Österreichische Armee zu entziehen. Angeblich, so die spätere Begründung, habe er die Vielvölkerarmee des Habsburger Reiches abgelehnt. In München soll er sich als Staatenloser angemeldet haben (Spiegel vom 12.6.1957).

Später behauptet er, bereits 1912 nach München gezogen zu sein. Diese Lüge hätte als Argument dienen können, nicht als Stellungsflüchtling legal habe über die Grenze gehen können, mit seiner Musterung also alles in Ordnung gewesen sei.

26.5.1913

Hitler meldet sich als „staatenlos“ in München als Untermieter bei Popp, Schleißheimstr. 34/III an.

Vermutet wird, daß Hitler sich als „staatenlos“ gemeldet hat, um der Auslieferung nach Österreich aufgrund der Cartell-Konvention von 1831 über die gegenseitige Auslieferung von Stellungsflüchtigen zu entgehen. Wenn die Vermutung zutrifft, ist dies ein Hinweis, daß sich Hitler durchaus seines strafbaren Handelns und seiner prekären Situation bewußt war.

22.7.1913

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz, das keine einheitliche Staatsbürgerschaft, sondern nur die Staatsbürgerschaft in einem der Länder des Reiches, regelt zwei Möglichkeiten zur Einbürgerung:

§ 9 Die Einbürgerung in einem Bundesstaat darf erst erfolgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet der Bundesrat. Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reichs oder eines Bundesstaates gefährdet.

§ 14 Die von der Regierung oder der Zentral- oder Höheren Verwaltungsbehörde eines Bundesstaates vollzogene oder bestätigte Anstellung im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienst, im Dienste einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes, im öffentlichen Schul-

dienst oder im Dienste einer von dem Bundesstaat anerkannten Religionsgemeinschaft gilt für einen Deutschen als Aufnahme, für einen Ausländer als Einbürgerung, sofern nicht in der Anstellungs- oder Bestätigungsurkunde ein Vorbehalt gemacht wird.

Das Gesetz galt nach Verabschiedung der Weimarer Verfassung weiter. Für Hitler kam, anders als 1913, der Weg über den § 9 nach seiner Verurteilung im Anschluß an den münchener Putschversuch nicht mehr in Frage, da er am Einspruch Bayerns und/oder Preußens gescheitert wäre. Möglich war aber der Weg über den § 14, sofern die NSDAP in einem Land an der Regierung beteiligt war und so Einfluß auf die Anstellung als Beamter nehmen konnte.

Nicht explizit ist im Gesetz der Fall eines Staatenlosen geregelt. Im Falle Hitlers ergab sich aus dieser Gesetzeslücke ein Interpretationsbedarf, der am 19.2.1932 durch das Gutachten von Staatsrat Kiesel an Klagges unter Berufung auf einen Kommentar von Keller/Trautmann (1914) im Interesse Hitlers bedient wurde. Man hätte auch anders entscheiden können.

11.8.1913

In der Polizeiabteilung des Magistrats der Stadt Linz wird ein „Erhebungsbogen des Abwesenden“ Hitler angelegt.

In jeder der drei Altersklassen (Jahrgänge) wird später eingetragen: „Ungerechtfertigt abwesend, weil der Aufenthalt nicht erforscht werden konnte.“ (Jetzinger 1956, S. 254)

Damit beginnt die sog. „Militärakte“ Hitlers. Bis dato sind offenbar keine Nachforschungen unternommen worden. Die Akte befindet sich als Kopie unter den Materialien der Akte Jetzinger im Oberösterreichischen Landesarchiv Linz. Diese „Militärakte“ ist nicht, wie in der Literatur manchmal geschehen, mit den später angelegten bayerischen „Militärpapieren“ Hitlers zu verwechseln, die seine Dienstzeit als Freiwilliger in der Bayerischen Armee dokumentieren.

Seitdem unternehmen die Linzer Behörden Befragungen bei Hitlers Verwandten, um den Aufenthaltsort des Stellungsflüchtigen herauszufinden. Diese dauern bis zum 8.11.1913 ergebnislos an. Zuletzt erfahren die Behörden, daß Hitler nach Wien umgezogen ist und dort im VI. Bezirk, Stumpergasse 31 wohnen soll.

22.8.1913

Erste (erfolglose) Nachforschung der Polizei über den Aufenthaltsort Hitlers.

Anfang Oktober 1913

Die Linzer Behörden erfahren, daß Hitler sich in Wien aufhält.

8.11.1913

Ernst August Roloff erhält die *venia legendi* für „Geschichte und Staatsbürgerkunde“ an der TH Braunschweig.

Seitdem strebt er eine Karriere als Hochschullehrer an, die aber erst 1926 sehr spät und zunächst wenig erfolgreich als Lehrbeauftragter und außerplanmäßiger a.o. Professor in Gang kommt. 1930 wird Roloff eine planmäßige Professur und damit die Verbeamtung erhalten. Besondere wissenschaftliche Leistungen nach 1913 sind bis 1934 nicht bekannt. Weil die Hochschulkarriere auf sich warten läßt, hat er stattdessen mehrfach vergeblich versucht, sein politisches Engagement bei der DNVP bzw. im Landbund in eine politische Karriere münden zu lassen und in Braunschweig Minister zu werden. Das politische Engagement und die berufliche Tätigkeit beim Landbund könnte der Grund sein, daß die Zeit für wissenschaftliche Leistungen fehlte.

15.12.1913

Die Linzer Polizei erfährt von der Polizeidirektion Wien, daß Hitler nach München abgereist ist.

Seitdem beginnen die Nachforschungen in München. Es geht jetzt um ein doppeltes Vergehen (Stellungsflucht und Verlassen des Staatsgebietes).

29.12.1913

Die Linzer Behörde bittet die Münchener Polizei um Amtshilfe zur Ermittlung des Stellungsflüchtlings Hitler.

Es wird eng für Hitler.

10.1.1914

Die Münchener Polizei teilt den Linzer Behörden die Münchener Anschrift Hitlers in der Schleißheimerstr. 34/III mit.

12.1.1914

Hitler erhält über das Öster.-ungarische Konsulat in München eine „Stellungsvorladung“ unter Androhung einer Gefängnisstrafe und einer Geldstrafe von 2000 Kronen bei Nichtbefolgung, sich bis zum 20.1.1914 in Linz zur Musterung einzufinden.

13.1.1914

Konsulat an Polizeidirektion München:

„Hietler Adolf: Stellung

Konvolut

Wird der kgl. Polizeidirektion München mit dem ergebenen Ersuchen um Zustellungsveranlassung übermittelt. Sollte Hietler die Reise nach Linz nicht rechtzeitig antreten, so bitte ich die Auslieferung im Sinne der Bundeskartellkonvention ex 1831 sogleich durchzuführen und dieses k.u.k. Amt bei Rückschluss des Aktes hiervon zu verständigen.“

Damit droht Hitler die Ausweisung nach Österreich aufgrund der Kartellkonvention von 1831 und dortige Arrestierung. Er war demnach bereits 1914 und nicht erst 1925 nach der Entlassung aus der Festungshaft in Landsberg von der Ausweisung bedroht. Da Hitler 1914 noch kein Parteiführer und Putschist war, bestand für die Linzer Behörden kein Grund, auf die Auslieferung zu verzichten.

18.1.1914

Hitler erhält sonntags am Nachmittag von der Münchener Polizei eine Vorladung mit der Weisung, sich am Dienstag, den 20.1.1914 in Linz zur Musterung einzufinden. Er bescheinigt, daß er die Stellungsvorladung aus Linz erhalten hat. Die Polizei nimmt Hitler in Arrest.

Hitler muß einen Schreck bekommen haben. Sein Versteckspiel ist durchschaut. Er steht kurz davor, in Polizeigewahrsam nach Linz verbracht zu werden.

19.1.1914

Hitler schickt an den Linzer Magistrat ein Telegramm mit Bitte um Aufschub für die Stellungsvorladung.

Hitler wird durch die Münchener Kripo dem Österreichischen Generalkonsulat in München vorgeführt. Darüber wird ein Protokoll angefertigt. Darin heißt es: „Nach den Beobachtungen der Polizei der nach dem hieramts gewonnenen Eindruck, dürften seine im beiliegen-

den Rechtfertigungsschreiben gemachten Angaben vollkommen der Wahrheit entsprechen. Auch soll er mit einem Leiden behaftet sein, daß ihn zum Militärdienst untauglich macht.... Da Hietler sehr berücksichtigungswert erscheint, wurde von der Durchführung der Auslieferung vorläufig Abstand genommen und Genannter angewiesen, unbedingt bei der Nachstellung am 5. Januar in Linz zu erscheinen... Hietler wird also die Reise nach Linz antreten, falls sich der Magistrat durch die vorgeschilderte Sachlage und die Armut desselben sich nicht veranlaßt sieht, ihm die Nachstellung in Salzburg zu bewilligen.“ (zitiert nach Maser 1972, S. 123)

Hitler hat womöglich geschauspielert, um einen ärmlichen und kranken Eindruck zu erwecken, der ihm vom Konsulat abgenommen wurde

Insofern bestand die Alternative, in Österreich einen Ausbürgerungsantrag zu stellen, schon damals, um einer drohenden Abschiebung zuvor zu kommen.

Hitler sendet, evtl. auf den Rat des Konsulats, ein Telegramm nach Linz und bittet um Aufschub der Musterung bis zum 6.2.1914 mit Rückantwort an das Konsulat.

21.1.1914

Die Antwort der Linzer Polizei lautet: „Hat am 20. Jänner zu erscheinen“.

Die Linzer Polizei wird mittlerweile ungehalten. Durch die Verzögerung der Zustellungen erreicht Hitler die Antwort erst am Mittwoch, also einen Tag nachdem er bereits in Linz hätte erscheinen sollen.

Hitler verfaßt (evtl auf Anraten des Konsulats) ein vierseitiges Rechtfertigungsschreiben an den Linzer Magistrat. Als Gründe für sein Verhalten führt er an: die Kurzfristigkeit, die Mittellosigkeit, eine Fahrkarte nach Linz zu beschaffen, die Behauptung, er sei bereits in Wien gemustert worden. Er bittet, sich aus Kostengründen in Salzburg der Musterung stellen zu dürfen. (Kopie in Akte Jetzinger, Transskription in Jetzinger 1956, S. 262-264)

Der Brief ist ein einzigartiges Dokument der prekären Persönlichkeit Hitlers. Mangelhafte Rechtschreibung, obskurer Stil, kein Gefühl für das, was wichtig und was unwichtig ist. Das eigentliche Motiv für die Stellungsflucht wird aus dem Schreiben nicht ersichtlich. Vielleicht war es nur eine Kette von Schlampereien gepaart mit wegducken. Hitler wollte das Schreiben bei seinem ersten Besuch in Linz 1938 unbedingt zurück haben und hat von diesem Bestreben bis 1943 nicht abgelassen, weil er befürchtete, daß durch das Bekanntwerden des Schreibens sein Führermythos in Gefahr geriet.

23.1.1914

Das Konsulat übersendet dem Magistrat in Linz das Rechtfertigungsschreiben Hitlers und kommentiert dessen Angaben als glaubhaft. (Faksimile in Jetzinger 1956, S. 256) Auch wird angedeutet, daß er ggf. untauglich ist. Von der Auslieferung wird deshalb noch abgesehen. Falls Hitler aber nicht am 5.2. in Linz erscheint, soll er noch am selben Tag ausgeliefert werden. Angedeutet wird, daß auch eine Musterung in Salzburg, um Fahrtkosten zu sparen, in Frage kommt.

Hitler hat offenbar einen glaubwürdigen Eindruck auf die Konsulatsbeamten gemacht.

29.1.1914

Der Linzer Magistrat bewilligt Hitlers Antrag, sich in Salzburg mustern zu lassen. Er bekommt auch keine Geldstrafe.

5.2.1914

Hitler fährt zur Musterung nach Salzburg, finanziert durch das Konsulat, und tritt als 25jähriger (!) vor die Musterungskommission der Österreichischen Armee. Er wird mit folgendem Befund entlassen: „Zum Waffen – und Hilfsdienst untauglich, zu schwach, waffenunfähig.“ (Kopie in Akte Jetzinger, Bundesarchiv R 1501/126136, Blatt 61; Maser 1972, S. 124; Katz 1982). Am selben Tag wird der Bescheid von Salzburg nach Linz gesandt.

Am 23.2.1932 wird dieser Bescheid von den Linzer Behörden bestätigt.

Wie ist eine Kopie (?) des Musterungsbescheids ins Bundesarchiv gelangt, wo doch Jetzinger vor dem „Anschluß“ im Besitz der Originale war?

Daß die mehrjährigen Versuche, sich der Musterung durch häufigen Wohnsitzwechsel zu entziehen, unnötig waren, stellt sich für Hitler erst jetzt heraus. Ob seine Untauglichkeit zum Wehrdienst auf Schauspielerei oder den inzestuösen Abstammungshintergrund zurückgeführt werden kann, ist spekulativ. Erst jetzt konnte er sicher sein, nicht mehr verhaftet zu werden.

7.2.1913

Der Linzer Magistrat legt den Militärakt Hitlers „ad acta“.

Dort lag er bis 1924, um dann im Kontext des Ausweisungsverfahrens nach Wien und wieder zurück nach Linz gesandt zu werden.

1.6.1914

Fritz von Keller und Paul Trautmann veröffentlichen den Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913.

Der § 8 behandelt die Einbürgerung von Ausländern, die sich im Inland niedergelassen haben (S. 109-127). Unter Punkt III wird der Begriff „Ausländer“ erläutert: Unter Punkt III b gehören dazu: „Personen, die keinem Staate angehören, sei es, daß sie eine früher besessene Staatsangehörigkeit ohne Erwerb einer neuen verloren haben, ohne daß sie bereits mit der Geburt staatenlos gewesen sind“ (S. 114)

Damit fällt auch ein Staatenloser in die Kategorie Ausländer.

Allerdings wird zuvor einschränkend erläutert, welche Voraussetzungen zur Einbürgerung vorliegen müssen. Dazu heißt es u.a. „Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er ... einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat.“ (S. 109)

Keller/Trautmann wollen mit ihrem Kommentar u.a. die Gesetzeslücke schließen. Ihr Kommentar sollte im Februar 1932 relevant werden, weil Hitler nicht als Ausländer sondern als Staatenloser via Verbeamtung eingebürgert werden sollte. Die Einschränkung von Keller/Trautmann („unbescholtenen Lebenswandel“) hätte Hitler ausschließen müssen. Staatsrat Kiesel verfaßte dennoch für Klagges ein positives Gutachten unter Verweis auf Keller/Trautmann 1914. Demnach hätte die Einbürgerung eigentlich verweigert werden müssen, weil Hitler keinen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat und weil sein Hauptsitz in München (Bayern) und nicht in Braunschweig gewesen ist. Dort hat er sich erst nachträglich als Untermieter mit Zweitwohnsitz angemeldet. Außerdem hat Hitler die Einbürgerung nicht beantragt. Daß Hitler die Einbürgerung trotz der juristischen Hinderungsgründe nicht verwehrt worden ist, macht den politischen Charakter des Vorgangs deutlich. Dies muß allen, auch den mit der Einbürgerung befaßten und juristisch beschlagenen braunschweiger Beamten, klar gewesen sein. Insofern war nicht nur die Ernennung zum Beamten eine Scheiner-nennung, auch die diesbezüglichen Gutachten waren reine Gefälligkeitsgutachten, um auch von dieser Seite den Schein zu wahren.

Kiesel wird nach 1945 als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchgenthal wenig glaubhaft behaupten, er habe sein Gutachten „rein abstrakt“ ohne Bezug zu Hitler verfaßt. Erst als er erfahren habe, daß es sich um Hitler handelt, will er juristische Bedenken geäußert haben.

20.7.1914

Ernst Zörner jun. ist erstmals unter der Adresse Hohetorwall 7 in Braunschweig gemeldet.

Nach mehrmaligen Unterbrechungen durch Militärdienst wohnt er dort dauerhaft seit dem 21.6.1920, unterbrochen von einem Aufenthalt vom 19.5.1925 - 4.8.1925 in Peine. (Stadtarchiv Braunschweig, Meldekarteien Ernst Zöner sen. und Ernst Zörner jun.)

3.8.1914

Hitler bewirbt sich für ein Freiwilligenregiment in der Bayerischen Armee.

8.10.1914

Hitler wird als Österreicher auf den Österreichischen Kaiser und nicht den Bayerischen König vereidigt und ist bis 31.3.1920 Mitglied der Armee.

In der Teilnahme Hitlers am 1. Weltkrieg liegt eine Begründung, warum die mit der Einbürgerung befaßten Personen 1932 einen legitimen Grund zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft gesehen haben wollten bzw. dies nachträglich als Grund vorgegeben haben.

Jetzinger (S. 273) bezweifelt, ob Hitler tatsächlich das Eiserne Kreuz erhalten hat.

Hitlers Verhalten gegenüber dem Waffendienst ist zumindest widersprüchlich. In Österreich hat er sich jahrelang erfolgreich der Musterung entzogen. In Österreich wird er bei der Musterung für untauglich befunden. In Bayern meldet er sich freiwillig und wird auch genommen, allerdings im Krieg nur als Meldegänger eingesetzt. Vielleicht ist er nur als bedingt tauglich eingestuft worden, wurde aber akzeptiert, weil der Kriegsausbruch einen besonderen Bedarf an Soldaten ausgelöst hat. Darüber könnten seine bayerischen Militärpapiere Auskunft geben.

1917

Ernst Zörner sen. stirbt nach einem Schlaganfall. Seitdem wird Carl Heimbs, seit 1905 selbständiger Handelsvertreter in Braunschweig für Bremer und Hamburger Kaffeeimportfirmen, Teilhaber der Firma Ernst Zörner & Co.

*Offenbar hat die Familie Ernst Zörner jun. die Führung des Unternehmens allein nicht zuge-
traut. Hier deutet sich erstmals an, daß dessen geschäftliche Fähigkeiten problematisch wa-
ren. Heimbs hatte 1906 Helene Zörner, die älteste Tochter des Firmengründers, geheiratet.
Die Teilhaberschaft dauerte nur bis 1920, vertiefte aber die vielfältigen Beziehungen zwi-
schen Zörner und Heimbs.*

Oktober 1918

Hitler erleidet eine Augenverwundung durch Gasbeschuß.

November 1918

Hitler realisiert im Lazarett in Pasewalk, daß der Krieg für ihn zu Ende ist.

Wie soll es persönlich und beruflich weitergehen?

22.12.1918

Landtagswahlen in Braunschweig. Roloff wird Landtagsabgeordneter für die DNVP (bis 1933).

Seitdem hat Roloff die Option, statt der akademischen eine politische Karriere zu verfolgen.

15.1.1919

Gründung der Deutschen Arbeiterpartei (DAP) durch Anton Drexler in München

11.5.1919

Bildung des „Bayerischen Reichswehr Gruppenkommandos Nr. 4“ (Gruko) zur Überwachung der politischen Szene in München. Aufgabe ist auch die Bekämpfung der Szene durch Propaganda und Indoktrinierung. Zu diesem Zwecke werden „Rednerkurse“ organisiert, um Mitglieder der Truppe auszubilden, und Spitzel aus den Reihen der Truppe abgestellt.

30.5.1919

Hauptmann Mayr übernimmt das Kommando der Propaganda- und Aufklärungsabteilung der Gruko.

Mayr lernt Hitler, der noch immer Armeemitglied ist, kennen, erkennt dessen rednerisches Talent und wird zu dessen erstem Förderer. (Kershaw Bd. 1, S. 165)

Ende Mai/Anfang Juni 1919

Hitler wird als V-Mann des Gruko eingesetzt, um herauszufinden, wer sich in den Arbeiter- und Soldatenräten betätigt hat.

5. – 12.6.1919

Hitler ist Teilnehmer eines antibolchewistischen Aufklärungskurses an der Universität München.

31.7.1919 (ab 11.8.1919 in Kraft)

Verabschiedung der Weimarer Verfassung

Der Art. 41, Abs. 2 zur Präsidentenwahl lautet: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.“

Der Art. 53 lautet: „Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen.“

In Art. 110, Abs. 1 zur Staatsangehörigkeit heißt es: „Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger.“

In Art. 128 heißt es, dass „alle Staatsbürger ohne Unterschied...nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu den öffentlichen Ämtern zuzulassen“ seien.

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 regelte bereits die Bestimmung im Sinne des § 100, Abs. 1. Die Reichsangehörigkeit ist demnach eine Folge der Landesangehörigkeit und kann erworben werden nach § 9 durch einen Antrag, der bei einer Landesregierung gestellt und von ihr dem Reichsrat vorgelegt wird. Dieser fällt die Entscheidung, die einstimmig erfolgen muß. Der Widerspruch eines einzigen Landes reicht aus, um den Antrag abzulehnen. Im Falle Hitlers konnte davon ausgegangen werden, daß entweder Preußen oder Bayern einen Antrag Braunschweigs abgelehnt hätten.

Über den zweiten Satz des Art. 100, Abs. 1 ist ein anderer Weg der Einbürgerung nach § 14 möglich. Staatsangehöriger eines Landes kann man werden, wenn man dort in eine Beamtenstellung berufen wird. Dazu ist die Zustimmung des Reichsrats **nicht** notwendig.

Im Falle Hitlers setzte der Weg nach § 14 voraus, daß die NSDAP in einem Land die Regierung stellt und dort Hitler eine Beamtenstellung verschafft oder daß sie an einer Koalition beteiligt ist und der Koalitionspartner der Verbeamtung zustimmt. Letzteres war in Thüringen vom 23.1.1930 – 1.4.1931 und in Braunschweig ab 1.10.1930 der Fall.

Kontrovers in unserem Kontext ist die Bedeutung des Art. 128 der Reichsverfassung. Der zitierte Passus läßt sich auch so interpretieren, daß die deutsche Staatsangehörigkeit die Voraussetzung für die Ernennung zum Beamten ist. Ob dies eine Muß- oder eine Kann-Vorschrift

anzusehen ist, war umstritten. Mindestens handelt es sich um eine Gesetzeslücke. Hitler hätte die Einbürgerung bzw. die Kandidatur später auch aus diesem Grund verweigert werden können. Dies ist aber nicht geschehen. Nicht kontrovers war, daß der frisch ernannte Beamte seine Beamtentätigkeit auch ausüben muß und nicht nur zum Schein ernannt sein darf, um den § 9 zu umgehen und auf einem „Schleichweg“ (Goebbels in seinem Tagebuch) in den Genuß der Staatsbürgerschaft zu kommen. Daran schloß sich allerdings das Problem an, was eine regelrechte Tätigkeit ausmacht.

Die Voraussetzung der deutschen Staatsangehörigkeit wurde paradoxerweise bei der Ernennung zum Reichskanzler im Unterschied zur Wahl zum Reichspräsidenten nicht explizit verlangt, sofern an den Art. 128 nicht entsprechend interpretiert. Insofern hätte Hitler 1933 theoretisch auch als Staatenloser von Hindenburg ernannt werden können. Ob das politisch möglich gewesen wäre, ist kaum vorstellbar, zumal der § 24 des Reichsministergesetzes vom 27.3.1930 dem entgegenstand.

20.8. – 24.8.1919 Hitler wird als „Ausbilder“ in einem Schulungskurs für Redner des Gruko eingesetzt.

12.9.1919

Hitler erhält den Auftrag, als V-Mann eine Versammlung der DAP zu besuchen. (Kershaw Bd. 1, S. 170)

3.10.1919

Hitler besucht als Agent der Reichswehr eine Versammlung der DAP in München, Sterneckerbräu, Tal 54. Die DAP hat etwa 50-60 Mitglieder. (Hitler, Sämtliche Aufzeichnungen 1905-1924). Hitler beteiligt sich an der Diskussion, weckt das Interesse des DAP-Vorsitzenden Drexler und wird von diesem aufgefordert, Parteimitglied zu werden.

4.10.1919

Hitler verfaßt einen Bericht über die Versammlung der DAP an die Reichswehr. Gleichzeitig bittet er seinen Führungsoffizier (Hauptmann Mayr), Mitglied der DAP werden zu dürfen.

Der Bitte ist offenbar entsprochen worden, weil sich Mayr vielleicht von einem V-Mann Hitler interne Informationen versprach. Die DAP dürfte Mayr als eine Partei aus dem linken Spektrum wahrgenommen haben.

16.10.1919

Hitler besucht eine weitere DAP-Versammlung und beteiligt sich an der Diskussion.

19.10.1919

Hitler stellt einen Aufnahmeantrag bei der DAP und bezieht sich dabei auf die Versammlung vom 3.10. Wenige Tage später wird er unter der Mitglieds-Nr. 555 aufgenommen. Die Zählung beginnt mit der Nummer 501, um mehr Mitglieder vorzutäuschen.

Die Behauptung, Hitler habe die Nummer 7 erhalten, ist eine nachträgliche Fälschung. Hitler war vermutlich das 7. Mitglied des „Allgemeinen Aktionsausschusses“ der Partei.

Die Gründe des Parteieintritts sind dubios. Womöglich wurde er als V-Mann der Reichswehr eingeschleust, um über Parteiversammlungen zu berichten und als Parteiredner im nationalen Sinne zu agitieren. Evtl. hat er damals schon den Decknamen „Wolf“ benutzt. (Vgl. dazu Deuerlein 1959; Wohlfromm 2001, S. 141). Hitler hat die diesbezüglichen Papiere offenbar nach seiner Ernennung zum Reichskanzler verschwinden lassen. Möglicherweise war er damit erpressbar.

13.11.1919

Hitler verfaßt ein erstes Redemanuskript für die DAP.

Hitler wird rasch Mitglied der Parteileitung und ist für Propaganda zuständig.

26.1.1920

Hitler tritt erstmals als Redner auf Fortbildungskursen der Reichswehr auf.

Zu diesem Zeitpunkt ist er Mitglied der Reichswehr und der DAP mit nahezu identischer Aktivität als Redner im „nationalen“ Sinne.

24.2.1920

Die DAP wird in NSDAP umbenannt.

31.3.1920

Hitler scheidet aus der Reichswehr (Schützenregiment Nr. 41) aus und läßt sich in München nieder.

27.4.1920

Verabschiedung des Reichswahlgesetzes.

§ 1 Reichstagswähler ist, wer am Wahltag Reichsangehöriger und zwanzig Jahre alt ist.

§ 2 Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist....2. wer rechtskräftig durch Richterspruch die bürgerlichen Ehrenrechte verloren hat.

§ 4 Wählbar ist jeder Wahlberechtigte, der am Wahltag fünfundzwanzig Jahre als und seit mindestens einem Jahr Reichsangehöriger ist.

Demnach hatte Hitler aufgrund seiner Staatenlosigkeit und seiner Verurteilung 1924 weder das aktive noch das passive Wahlrecht. Hier liegt die Erklärung, warum Hitler erst seit der Reichstagswahl vom März 1933, ein Jahr nach seiner Einbürgerung im Februar 1932, Mitglied des Reichstags werden konnte. Diese Bestimmung galt auch für die Wahl des Reichspräsidenten (Gesetz vom 4.5.1920). Demnach hätte Hitler 1932 trotz Einbürgerung zwar wählen, aber nicht kandidieren dürfen, da seine Einbürgerung noch kein Jahr zurücklag. Dieser Punkt ist im Februar 1932 von niemandem, auch nicht Kaisenberg oder Jellinek (zumindest öffentlich), thematisiert worden.

4.5.1920

Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten.

Die einschlägigen Artikel des Reichswahlgesetzes vom 27.4.1920 gelten sinngemäß.

21.6.1920

Ernst Zörner jun. ist seit diesem Datum erneut in Braunschweig unter der Adresse Hohetorwall 7 gemeldet.

Laut Braunschweigischem Adressbuch ist unter dieser Adresse auch Carl Heimbs gemeldet. Zörner jun. wohnt bei seiner Mutter, der Witwe Luise Zörner, im Erdgeschoß, Heimbs, der die Schwester Zörners geheiratet hat, mit Frau Helene, geb. Zörner, und Sohn Ernst im 1. Stock.

Das Haus gehört der Familie Zörner von 1913 bis 1930. Nach dem Tod der Mutter (24.11.1930) wird das Haus an den Optiker Willy Witzel verkauft. Möglicherweise spielen

finanzielle Schwierigkeiten von Ernst Zörner als Folge der Wirtschaftskrise eine Rolle. Familie Heimbs bleibt bis 1929 im 1. Stock wohnen. Zörner ist 1927 nach seiner Heirat mit Luise (Hanneliese), geb. Seydelmann und der Tochter Johanne-Lore (geb. 1927) in den 2. Stock (Dachgeschoß) des Hauses umgezogen und wohnt dort bis 1933 zur Miete. In dieser Dachgeschoßwohnung wird er Hitler 1932 als Untermieter anmelden.

8.12.1920

Carl Heimbs (1878-1972) wird Teilhaber der Firma „Ferdinand Eichhorn“. Gleichzeitig löst er seine geschäftliche Verbindung zur Firma Ernst Zörner.

9.12.1920

Hitler erklärt erstmals mit Brief an den Parteivorsitzenden Drexler seinen Austritt aus der NSDAP.

Ob der Austritt tatsächlich erfolgt ist, bleibt unklar.

1921

Laut Niekisch 1958 macht die Bayerische Regierung den ersten Versuch, Hitler auszuweisen (ebd., S. 109f).

16.2.1921

Hitler erklärt zum zweiten Mal seinen Austritt aus der NSDAP.

11.7.1921

Hitler erklärt zum dritten Mal seinen Austritt aus der NSDAP.

Es geht um einen Konflikt über die politische Linie der Partei.

1.6.1921

Gemeinsame Richtlinien der Deutschen Länder für die Behandlung von Einbürgerungsanträgen.

Mit den Richtlinien wurden die Kriterien für eine Einbürgerung auf Antrag verschärft, um den starken Zustrom „fremdstämmiger Einwanderer“ zu vermindern. U.a. war eine mindestens 10jährige Niederlassung in Deutschland vorgeschrieben, die 1931 auf 20 Jahre verlängert wurde. Bayern und Württemberg verfolgten die restriktivste Einbürgerungspolitik. Vgl. Trevisiol 2004, S. 68ff.; Hartmann u.a. 2016 Bd. 2, S. 1114. Auch an diesen Hürden sollten die Versuche, Hitler qua Antrag einzubürgern, mehrfach scheitern.

26.7.1921

Hitler droht mit seinem Parteiaustritt. Er tritt aus und wieder ein.

Ob er tatsächlich nach seiner letzten Austrittsdrohung ausgetreten und anschließend wieder eingetreten ist, bleibt unklar. Jedenfalls wird er seitdem unter der Mitglieds-Nr. 3680 geführt, was auf den vollzogenen Austritt und Neueintritt hindeutet. Die zahlreichen Parteiaustritte bzw. deren Androhungen können im Zusammenhang mit Konflikten um die Parteilinie bzw. die Führungsrolle gesehen werden.

29.7.1921

Hauptversammlung der NSDAP im Hofbräuhaus. Neuwahl des Vorstands der NSDAP. Hitler wird 1. Vorsitzender. Drexler wird auf das Amt des Ehrenvorsitzenden abgeschoben. (Kershaw Bd. 1, S. 212)

Die Wahl Hitlers war offenbar die Bedingung für seinen Wiedereintritt.

10.3.1922

Die Bayerische Regierung diskutiert die Ausweisung Hitlers, ohne das Vorhaben auszuführen.

21.7.1922

Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz der Republik (Republikenschutzgesetz.)

§ 9 „Dem Verurteilten (wegen Hochverrat) kann im Urteil der Aufenthalt in bestimmten Teilen oder an bestimmten Orten des Reichs auf die Dauer bis zu fünf Jahren angewiesen werden; gegen Ausländer ist auf Ausweisung aus dem Reichsgebiet zu erkennen. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden mit Gefängnis bestraft.“

Demnach hätte Hitler nach seiner Haftentlassung aus der Festung Landsberg ausgewiesen werden müssen. Hätte er sich dem widersetzt, hätte ihm eine neue Gefängnisstrafe gedroht.

November 1922

Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Wolfenbüttel

Es handelt sich um eine der ersten Ortsgruppen außerhalb von Bayern.

Ernst Zörner jun. gründet das „Kaffee-Versandhaus Ernst Zörner“, Steinweg 35/36

Zörner hat die Immobilie vermutlich geerbt. Die Gründung deutet auf einen innerfamiliären Konflikt hin, da das väterliche Geschäft nach dem Tod des Vaters (1917) unter dem Namen „Zörner & Co.“ von anderen Familienmitgliedern in der Gördelingerstr. 48 weitergeführt wird. Zörner war zuvor, vermutlich seit seiner Entlassung aus der Armee, im väterlichen Geschäft tätig gewesen.

Zörner tritt in die NSDAP ein, Mitglieds-Nr. 3218, und gründet nach eigener Aussage einen NS-Stützpunkt in Braunschweig.

Damit hat er eine niedrigere Mitgliedsnummer als Hitler!

Winter 1922/23

Hitler macht erstmals auf dem Obersalzberg Urlaub in der Pension Moritz unter dem Namen „Herr Wolf“. Der Name ist abgeleitet von seinem Vornamen Adolf. (Neumärker u.a. 2012, S. 203; Kershaw Bd. 1, S. 363)

„Wolf“ soll Hitler in der „Kampfzeit“ als Decknamen benutzt haben. Er wurde später auch als Kosenamen von Vertrauten wie Winifred Wagner verwendet. Er wird später in vielen „Führerhauptquartieren“ wie z.B. der „Wolfsschanze“, evtl. auch in „Wolfsburg“ (Stadt des KdF-Wagens) wieder auftauchen.

1923

Ernst Zörner verkauft die Häuser Steinweg 35 und 36 an Carl Heimbs.

Vermutlich mußte er sie verkaufen, da sein eigener Kaffeeverand in finanzielle Schwierigkeiten geraten war. Auf jeden Fall erweist sich der Schwager Heimbs als der wesentlich erfolgreichere Geschäftsmann als der Sohn des Firmengründers.

15.2.1923

Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Braunschweig

Zörner erklärt am 15./16.5.1933 anlässlich des Parteigerichtsverfahrens Klages gegen Zörner u.a., daß er zu den Gründungsmitgliedern gehörte. Ob dies zutrifft, ist umstritten. Er ist zwar bereits 1922 in die Partei eingetreten, aber nach Aufhebung des NSDAP-Verbots 1925 ein zweites Mal eingetreten.

13.9.1923

Verbot der NSDAP im Land Braunschweig

18.9.1923

Auflösung der NSDAP in Braunschweig

Damit ist Gründungsmitglied Zörner nicht mehr Parteimitglied.

3.10.1923

Hans Frank wird Mitglied der NSDAP.

Hans Frank war Jurist und sollte später mittellose SA-Leute vor Gericht verteidigen. Seit Oktober 1927 führte er den Namen Hans Frank II, weil in der Münchener Anwaltsliste noch ein zweiter Hans Frank verzeichnet war. Im Leipziger Reichswehrprozeß 1930 wird er Hitler verteidigen.

8.11.1923

Hitler ruft sich im Bürgerbräukeller, München zum Deutschen Reichskanzler aus.

Im Januar 1933 wird er tatsächlich von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

9.11.1923

Hitler ist Anführer eines gescheiterten Putschs der NSDAP in München (Marsch auf die Feldherrnhalle). Beteiligt sind u.a. Wilhelm Frick, Frank und Ludendorff. Hitler flüchtet und wird in Uffing am Staffelsee als Rädelsführer verhaftet.

23.11 1923

Die NSDAP wird im ganzen Reich nach dem Hitler-Putsch in München verboten. Sie tritt danach unter diversen Namen auf.

Januar 1924

Mit dem Übertritt Sepp Oerters ist die NSDAP (wenn auch unter anderem Namen) erstmals im Braunschweigischen Landtag vertreten.

2.1.1924

Die Bayerische Polizei sondiert in Linz, ob Hitlers Staatsangehörigkeit in Österreich noch anerkannt wird.

Die Antwort erfolgt erst 3 ½ Monate später. Offenbar war der Fall bereits ein Politikum.

6.3.1924

Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten

26.2. – 1.4.1924

Prozess gegen „Hitler und Genossen“ vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München. Der Vorsitzende Richter ist Georg Neithardt.

26.3.1924

Die Münchener Polizeidirektion sendet (noch vor Prozessende) an die Oberösterreichische Landesregierung in Linz einen Personalbogen Hitler betreffend mit der Anfrage, ob gegen dessen Ausweisung Bedenken bestehen: „Die im Personalbogen näher bezeichnete Person wurde hier beanstandet; sie soll deshalb ausgewiesen werden und nach Oesterreich überstellt werden. Ich beehre mich ergebenst um gefällige möglichst umgehende Mitteilung zu ersuchen, ob der Überstellung über die Landesgrenze Bedenken entgegenstehen.“

Also wollte die Polizei Hitler umgehend, womöglich noch ohne das Ende des Prozesses abzuwarten, als „lästigen Ausländer“ abschieben. Die Berufung auf den § 9 des Republiksschutzgesetzes war dafür nicht notwendig.

26.3.1924

Die Polizeidirektion München verfaßt ein Konzept für die Oberösterreichische Landesregierung die Abschiebung Hitlers betreffend.

Offenbar war man fest entschlossen, Hitler abzuschieben.

28.3.1924

Die Landesregierung leitete den Personalbogen an den Linzer Magistrat weiter, um festzustellen, ob Hitler in Linz noch Heimatrecht besitzt.

In dem Begleitschreiben deutet sich an, daß gegen die Aufnahme von Hitler Bedenken erhoben werden. Die Landesregierung hofft offenbar, daß Hitler die österreichische Staatsangehörigkeit bereits verloren hat und deutet als mögliche Begründung Hitlers Dienst im deutschen Heer an.

1.4.1924

Hitler wird wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft in Landsberg und der Zahlung von 200 Goldmark verurteilt. Der größte Teil der Haft wird zur Bewährung ausgesetzt.

Das milde Urteil, das einem Freispruch hnahe kommt, wird u.a. auf die Sympathie des bayerischen Justizministers Franz Gürtner für Hitler (Knopp 2012, S. 35) und des Vorsitzenden Richters Neidhardt (Gritschneider 2001) zurückgeführt. Ein härteres Urteil und eine langjährige Haft hätten bedeutet, dass die deutsche Geschichte anders verlaufen wäre. Hier gibt es eine Parallele zur Bedeutung der späteren Einbürgerung Hitlers in Braunschweig.

Trotz des milden Urteils hätte Hitler nach der Haftentlassung laut § 9 des Republiksschutzgesetzes von 1922 nach Österreich abgeschoben werden müssen. Gericht, Hitler und Staatsanwaltschaft muß bewußt gewesen sein, daß die Polizeidirektion München parallel zum Prozeß Hitlers Abschiebung auch ohne Berufung auf das Republiksschutzgesetz vorbereitet hatte.

Allerdings erklärt der Staatsanwalt: „Durch die Verordnung des Generalstaatskommissariats vom 28. Sept. 1923 wurde der Vollzug des Republiksschutzgesetzes bis auf weiteres eingestellt und den Strafvollzugs- und Polizeibehörden jede Mitwirkung untersagt. Die Verordnung vom 28. Sept. 1923 ist heute noch in Geltung, und dieser Umstand hindert mich an einer Antragstellung gemäss § 9 des Republiksschutzgesetzes. Dagegen wird das Gericht von Amts wegen die Notwendigkeit zu prüfen haben.“

In seinem Schlußwort führte Hitler bezüglich der drohenden Abschiebung aus: „Zweitens bitte ich Sie um etwas, auch nicht für mich, um etwas, das in meinen Augen für das deutsche

Volk dereinst schmachvoll und schändlich sein würde. Die Anklageschrift sieht auch die Anwendung des § 9 des Republikenschutzgesetzes vor. Wenden Sie ihn nicht an!“

Der Gerichtsvorsitzende führt dazu in der Urteilsverkündung aus: „Hitler ist Österreicher. Er betrachtet sich als Deutscher. Auf einen Mann, der so deutsch denkt und fühlt wie Hitler, der freiwillig viereinhalb Jahre lang im deutschen Heere Kriegsdienst geleistet hat, der sich durch hervorragende Tapferkeit vor dem Feinde hohe Kriegsauszeichnungen erworben hat, verwundet und sonst an der Gesundheit geschädigt und vom Militär in die Kontrolle des Bezirkskommandos München I entlassen worden ist, kann nach Auffassung des Gerichtes die Vorschrift des § 9 Abs. II des Republikenschutzgesetzes ihrem Sinne und ihrer Zweckbestimmung nach keine Anwendung finden.“ (Akte Jetzinger, Nr. 121)

Hitler befürchtete demnach schon 1924 seine Ausweisung. Er ist daraufhin im Unterschied zur Münchener Polizei nicht nur vom Gericht, sondern auch vom Staatsanwalt milde behandelt worden. Der Staatsanwalt legte den Vollzug der Abschiebung nach der Haftentlassung in die Hand des Gerichts, das wiederum auf die Anwendung des Gesetzes verzichtete. Dennoch versuchte die Münchener Polizei nach der Haftentlassung die Abschiebung! Also war die Rechtslage doch eindeutig.

Während der Haft diktiert er dem Mitgefangenen Rudolf Hess den ersten Band seines autobiographischen Buchs „Mein Kampf“. Der erste Band erschien im Juli 1925, der zweite Band im Dezember 1926. Das Buch wird Klagges 1932 als Ausweis der wissenschaftlichen Qualifikation Hitlers für die beabsichtigte Berufung zum Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der TH Braunschweig dienen.

4.4.1924

Der Magistrat von Linz antwortet der Landesregierung und erklärt, daß Hitler die österreichische Staatsbürgerschaft nicht verloren hat und, auch wenn er politisch unerwünscht ist, nicht abgewiesen werden kann. (Akte Jetzinger)

Offenbar hat man mit der Antwort gewartet, bis das Urteil gefällt war. Durch die Haftstrafe war die Abschiebung vorläufig nicht mehr aktuell. Offenbar war die Frage aber delikant. Die Landesregierung hätte lieber die Aufnahme verweigert, der Linzer Magistrat Hitler eher aufgenommen.

20.4.1924

Die Linzer Behörden antworten positiv auf die bayerische Anfrage nach der Staatsangehörigkeit und erklären, Hitler im Falle der Ausweisung aufzunehmen. Die österreichische Grenzstelle in Passau wird bezüglich der Übernahme verständigt.

An diesem Tag stand die Ausweisung Hitlers via Passau nach Österreich unmittelbar bevor. Daß er nicht abgeschoben wurde, obwohl das positive Votum der österreichischen Seite vorlag, könnte daran gelegen haben, daß Hitler von Mitgliedern der Bayerischen Regierung geschützt wurde, weil er Kenntnisse über deren Verstrickung in den Putschversuch hatte. Angeblich soll er bereits in Landsberg informiert worden sein, daß er nicht abgeschoben wird. Insofern hat die Münchener Polizei eine andere Linie als die Bayerische Landesregierung in der causa Hitler verfolgt.

4.5 1924

Reichstagswahl. Die verbotene NSDAP kandidiert unter dem Namen „Deutsch-völkische Freiheitspartei“ und erzielt im Kreis Wolfenbüttel mit 7212 Stimmen (= 16 Prozent) relativ das beste Ergebnis im ganzen Reich. Im Freistaat Braunschweig erringt sie 28.215 Stimmen.

Braunschweig war eine frühe Hochburg der NSDAP. Daß die Partei 1930 in Braunschweig in einer Koalition an der Regierung beteiligt wird, hat demnach eine längere Vorgeschichte.

8.5.1924

Empfehlung der Münchener Polizeidirektion, Hitler im Interesse der Sicherheit des Bayerischen Staates auszuweisen.

31.7.1924

Zörner verlegt seine Firma in die Fallersleberstr. 5 und eröffnet zusätzlich eine Kaffeegrößrösterei (Mohr im „Z“).

Möglicherweise handelt es sich um eine Neugründung, da er seine Geschäftshäuser im Steinweg schon 1923 an Heimbs verkauft hat.

22.9.1924

Die Münchner Polizei empfiehlt zum wiederholten Male die Ausweisung von Hitler.

Offenbar gab es eine Kontroverse in der Ausbürgerungsfrage zwischen der Münchener Polizei und der Landesregierung. Das Kabinett war geteilter Meinung. Möglicherweise gab es ein Interesse, Hitler zu schützen, weil dieser Kenntnis um die Verwicklung von Regierungsmitgliedern in den Putschversuch gab. Interessant ist hier die Rolle von Justizminister Gürtner, der später Reichsjustizminister im Hitlers Regierung wurde.

25.9.1924

Das Landgericht München entscheidet, daß Hitler aus der Haft zu entlassen ist.

27.9.1924

Das Bundeskanzleramt interveniert und verlangt von der Oberösterreichischen Landesregierung informiert zu werden, bevor Hitlers Staatsbürgerschaft anerkannt wird.

Dies dürfte eine Reaktion auf die bevorstehende Entlassung Hitlers und die erneut drohende Abschiebung gewesen sein. Dass Linz die Staatsbürgerschaft bereits anerkannt hat, war der Wiener Regierung offenbar unbekannt. Die Staatsbürgerschaft wurde infrage gestellt mit dem Argument, daß Hitler sich mehr als zehn Jahre im Ausland befunden und im deutschen Heere gedient habe. Die Grenzbehörden wurden von Bundeskanzler Ignaz Seipel angewiesen, Hitler den Grenzübertritt zu verwehren bzw., wenn er auf österreichischem Boden angetroffen werde, ihn zu internieren.

4.10.1924

Das Bundeskanzleramt fordert telephonisch die Hitler-Akte an. Am selben Tag geht die Akte nach Wien.

Die Frage spitzt sich zu und wird zu einer innerösterreichischen Kontroverse. Die Wiener Regierung will Hitler auf keinen Fall aufnehmen.

11.10.1924

Bundeskanzleramt: „Wird der Oberösterreichischen Landesregierung in Linz unter Hinweis auf den am 30. September 1924 der Landesregierung telefonisch erteilten Auftrag wegen Zurückweisung Adolf Hitler's im Falle versuchten Grenzübertritts mit dem Bemerkten zurückgemittelt, daß die Bundesregierung im Gegenstande die dortige Auffassung hinsichtlich der Staatsangehörigkeit und Heimatsberechtigung des Adolf Hitler nicht teilt und sich diesfalls bereits mit der Deutschen Gesandtschaft in Wien und mit der Bayrischen Regierung ins Einvernehmen gesetzt hat. Hierbei wurde vereinbart, daß die Angelegenheit im diplomatischen Wege ausgetragen werden soll.

Von einer ausdrücklichen Widerrufung der von der Landesregierung abgegebenen Uebernahmeerklärung ist indes zunächst abzusehen. Sollte jedoch von irgendeiner Seite an die

Landesregierung in dieser Angelegenheit herangetreten werden, so wolle die Entscheidung abgelehnt und der Akt anher geleitet werden.“ (Akte Jetzinger, Nr. 127)

Verklausuliert, aber eindeutig. Hitler soll nicht aufgenommen werden. Der Fall wird diplomatisch geregelt. Die Staatsbürgerschaft wird aber nicht aberkannt.

18.10.1924

Linzer Regierung an Bundeskanzleramt mit der Bitte um eine schriftliche Weisung, da die Landesregierung aus der Presse erfahren hat, daß die Bundesregierung die Staatsbürgerschaft Hitlers nicht anerkennt.

Linz macht einen Rückzieher und rückt von der ursprünglichen Auffassung in der Staatsbürgerschaft ab.

28.11.1924

Bundeskanzleramt verlangt von der Landesregierung Auskünfte, wie lange Hitler sich im Ausland aufgehalten und ob er politische Aktivitäten in Linz entfaltet hat. Linz soll Argumente liefern, aus denen hervorgeht, daß Hitler beabsichtigt, nicht mehr nach Österreich zurückzukehren.

Die Landesregierung legt einen Aktenvermerk an.

7.12.1924

Reichstagswahlen und Landtagswahlen in Braunschweig. Die NSDAP erfährt im Reich unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ einen Rückschlag. Die Zusammensetzung des Landtags, der von 60 auf 48 Sitze verkleinert wird, lautet: Wirtschaftliche Einheitsliste, DVP, DNVP und Braunschweigisch-Niedersächsische Partei (Welfen) zusammen 24; SPD 19, DDP 2, KPD 2, Nationalsozialistische und Freiheitsbewegung (Riese) 1.

13.12.1924

Der Bezirkshauptmann Braunau liefert einen Bericht an die Landesregierung über Hitlers Aktivitäten in Braunau. Demnach ist Hitler 1921/22 mehrfach in Braunau als politischer Redner aufgetreten.

20.12.1924

Der Magistrat von Linz liefert einen Bericht an die Landesregierung über Hitlers Aktivitäten mit der Stellungsliste als Anhang. Daraus geht seine Untauglichkeit zum Wehrdienst hervor.

Jetzinger kritisiert die Angaben als fehlerhaft.

Hitler wird aus der Festungshaft in Landsberg entlassen.

Die Absicht der Münchener Polizei (bzw. der Bayerischen Regierung), Hitler entsprechend § 9, Republikschutzgesetz, nach Österreich abzuschieben, scheidet inzwischen auch am Widerstand der Österreichischen Regierung. (Watt 1958, S. 280) Dennoch ist seine Lage prekär, da er damit rechnen muß, daß die Regierung doch noch einen Weg findet, Hitler los zu werden.

Hitler läßt sich wieder in München (Schwabing) nieder. Er wohnt bis Oktober 1929 sehr bescheiden als Untermieter in der Thierschstraße 41 und seitdem durch Vermittlung der vermögenden Gönnerin Elsa Bruckmann luxuriös am Prinzregentenplatz 16 in einer 9 Zimmer-Wohnung. Er muß vorsichtig sein, da er nur auf Bewährung entlassen ist. (vgl. dazu die Karte „München und die NS-Bewegung 1925-1933, Inst. F. Zeitgeschichte 2013)

Hitler wird seitdem immer wieder Gönnerinnen und Gönner finden, die ihm gestatten, das Leben eines Bohemiens ohne geregelte Arbeit und Einkommen fortzusetzen.

24.12.1924

Gerhard Marquord (DVP) bildet in Braunschweig eine bürgerliche Regierung, die sich nur auf 24 von 48 Sitzen des Landtags stützt. Sie ist auf die Duldung des Abgeordneten Riese (NSDAP) angewiesen.

Riese unterstützt in der Folgezeit immer wieder die Regierung Marquordt. Diese Konstellation bildet den Vorlauf zu der Koalition von 1930 aus BEL und NSDAP, obwohl die NSDAP damals noch einen linken Kurs verfolgte. Riese wurde im Herbst 1925 wegen seiner Tollerierungspolitik der bürgerlichen Regierung aus der Partei ausgeschlossen.

23.2.1925

Das NSDAP-Verbot im Reich wird aufgehoben.

9.3.1925

Hitler erhält Redeverbot in Bayern, dem sich Preußen, Baden, Sachsen, Hamburg und Oldenburg anschließen.

Der Druck auf Hitler, ausgewiesen zu werden, steigt wieder. Deshalb dürfte er sich entschlossen haben, den Ausbürgerungsantrag zu stellen.

13.3.1925

Zweites Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten

18.3.1925

Dr. Georg Kaisenberg, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, veröffentlicht die neubearbeitete Auflage seines Kommentars zur Reichspräsidentenwahl (Kaisenberg 1925).

Kaisenberg wird Ende Januar 1932 im Auftrag von Innenminister Groener ein Gutachten verfassen, in dem mit Blick auf Hitler die Scheinernennung eines Beamten, um so die Einbürgerung zu ermöglichen, für rechtsunwirksam erklärt wird.

7.4.1925

Hitler beantragt über das österreichische Konsulat bei der Stadt Linz die Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft.

„Hoher Magistrat!

Ich bitte um meine Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft. Gründe:

Ich befinde mich seit dem Jahre 1912 in Deutschland, habe nahezu 6 Jahre im deutschen Heere gedient, darunter 4 ½ Jahre an der Front und beabsichtige nunmehr die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Da ich zurzeit nicht weiss, ob meine österreichische Staatsangehörigkeit nicht ohnehin bereits erloschen ist, ein Betreten des österreichischen Bodens durch eine Verfügung der Bundesregierung jedoch abgelehnt wurde, bitte ich um eine günstige Entscheidung meines Gesuches.

Personalien: Adolf Hitler, geboren am 20. April 1889 zu Braunau am Inn, bisher zuständig nach Linz a.d. Donau.

Meine Dokumente sind seit November 1923 nicht mehr auffindbar und vermutlich verloren gegangen.

Hochachtungsvoll

Adolf Hitler“ (Akte Jetzinger)

Das Gesuch übergibt Hitler dem Österreichischen Generalkonsulat in München. Der Konsul informiert die Wiener Regierung noch am selben Tage.

Bemerkenswert ist der untertänige Tonfall des Gesuchs. Ob der Verlust der Dokumente im Zuge des „Hitlerputsches“, den er nicht erwähnt, zutrifft oder nur eine Behauptung ist, ist unklar. Unrichtig ist die Behauptung Hitlers, die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben zu wollen. Er hat sich nie selber aktiv darum bemüht und auch nie einen förmlichen Einbürgerungsantrag gestellt – vermutlich weil er wußte, daß dieser wegen der Bestimmungen des § 9 (Einbürgerungsgesetz) abgelehnt worden wäre. Falsch ist auch die Behauptung, er sei bereits 1912 nach Deutschland übergesiedelt. Tatsächlich war das erst im Mai 1913 der Fall, um sich der überfälligen Musterung in Österreich zu entziehen. Möglicherweise hat Hitler sein Ausreisedatum vorverlegt, um den wahren Grund der Ausreise zu verschleiern. Er wählt diesen Schritt, um nach der Haftentlassung nicht doch noch entsprechend § 9 des Republiksschutzgesetzes nach Österreich abgeschoben zu werden.

Vertrauliches Schreiben des Bundeskanzlers an den Landeshauptmann in Linz, Hitlers Gesuch stattzugeben. Es wird allerdings darauf hingewiesen, daß die Frage, ob Hitler noch die österreichische Staatsbürgerschaft besitzt, nicht endgültig entschieden worden ist. Die Stattgabe des Gesuchs soll allerdings geheim gehalten werden. (Akte Jetzinger Nr. 139)

Warum soll die Angelegenheit geheim bleiben? Ist womöglich eine Verabredung mit Hitler getroffen worden, um so die Angelegenheit für Österreich aus der Welt zu schaffen?

9.4.1925

Begleitschreiben des Generalkonsulats zur Übermittlung von Hitlers Gesuch an den Linzer Magistrat mit der Bestätigung, daß Hitler seine Personalpapiere während des Putschs verloren habe. Der Bundesminister des Auswärtigen in Wien ist unterrichtet.

Damit erfährt die Schutzbehauptung Hitlers eine amtliche Bestätigung.

14.4.1925

Der Magistrat von Linz beantragt bei der Landesregierung, Hitlers Gesuch stattzugeben.

Ein Konzeptbogen bezüglich der Ausbürgerung wird angelegt.

26.4.1925

Paul von Hindenburg wird im 2. Wahlgang gegen die Kandidaten der Weimarer Koalition zum Reichspräsidenten für 7 Jahre gewählt.

Der Wahlsieg Hindenburgs war möglich, weil die BVP ihn unterstützte und Thälmann seine Kandidatur nicht zurückzog. Bei Hindenburgs Wiederwahl 1932 wird die paradoxe Situation entstehen, daß er mit der Unterstützung von SPD und Zentrum gewählt wird, um Hitler als Präsidenten zu verhindern. Hindenburg wird über diese Konstellation wenig glücklich sein, da er bevorzugt hätte, von den Konservativen unterstützt zu werden.

30.4.1925

Hitler wird von der Oberösterreichischen Landesregierung die österreichische Staatsbürgerschaft gegen eine Gebühr von 7.50 Schilling entzogen. Die „Auswanderungsbescheinigung“ ist auf den 30.4.1925 datiert und wird Hitler via Generalkonsulat ausgehändigt. (Akte Jetzinger)

Damit hatte sich Österreich vorerst des Problems Hitler entledigt. Aus der Aufgabe der österreichischen Staatsbürgerschaft resultierte für Hitler das bis Anfang 1932 ungelöste Problem, „Führer“ sein zu wollen, ohne zugleich Deutscher zu sein. Jeder öffentlich gemachte Versuch, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, hatte die unangenehme Konsequenz, daß Hitlers Staatenlosigkeit bekannt wurde. Jede Ablehnung des Gesuchs bedeutete eine weitere Demütigung. Insofern befand sich Hitler in einem Dilemma, das mit seinem politischen Aufstieg immer größer wurde.

2 Die Vorgeschichte II von der Entlassung Hitlers aus der österreichischen Staatsbürgerschaft 1925 bis zur Regierungsbildung der Koalition aus BEL und NSDAP in Braunschweig 1930

4.5.1925

Ernst Zörner, jun. tritt nach der Neugründung der NSDAP erneut in die Partei ein und erhält die Mitglieds-Nr. 20332. Er wird Ortsgruppenführer der Partei.

Bei seinem ersten Parteieintritt 1922 hatte er die Mitgliedsnummer 3218. Dies wurde von Klagges später bestritten, weil er dadurch eine (ursprünglich) niedrigere Mitgliedsnummer als

Klagges reklamieren konnte. Klagges ist am 13.6.1925 nach der Wiedenzulassung der Partei unter der Mitgliedsnummer 7646 eingetreten. Vermutlich wird so gewesen sein, daß Zörner bei seinem Wiedereintritt eine neue und damit höhere Mitgliedsnummer als Klagges bekommen hat, obwohl sein Wiedereintritt früher als der Ersteintritt von Klagges erfolgt ist. (vgl. dazu Wasner 2005, S. 34) Die Frage der Mitgliedsnummer war aber nicht nur für den Status als „alter Kämpfer“, sondern auch für die informelle Rangordnung in der Partei, gerade an einem personell überschaubaren Ort wie Braunschweig, von Bedeutung.

14.5.1925

Das Bundeskanzleramt bittet den Landeshauptman um Bekanntgabe, ob die Ausbürgerung Hitlers vollzogen ist.

Offenbar funktionierte die Kommunikation nicht.

29.5.1925

Das Bundeskanzleramt sendet die Akte Hitler betreffend an die Landesregierung zurück.

Damit war der Vorgang für die österreichische Seite voreerst erledigt.

13.6.1925

Der Lehrer Dietrich Klagges tritt in die NSDAP ein und erhält die Mitgliedsnummer 7646 (Personal-Nachweisung, 4 Nds 23 Zg. 75/1995)

Laut Klein (2014) erhält er die Nummer 7543. Später wird aus der Rangfolge der Mitgliedsnummern ein Statuskonflikt zwischen Klagges und Zörner als eine Facette des braunschweiger Machtkampfs resultieren. Zählt die aktuelle Mitgliedsnummer? Dann rangiert Klagges

vor Zörner oder zählt die Mitgliedsnummer vor dem NSDAP-Verbot? Dann rangiert Zörner vor Klagges. Oder Zählt das Datum des Parteieintritts bzw. Wiedereintritts bzw. der diesbezüglichen Aufnahmeanträge? Auch dann rangiert Zörner vor Klagges. Die Vergabe der Mitgliedsnummern wäre dann nur das Resultat der bürokratischen Abarbeitung der Mitgliedsanträge in der münchener Parteizentrale. So würde sich erklä#ren, warum Zörner eine höhere Mitgliedsnummer als Klagges erhalten hat, obwohl sein Antrag auf Wiedereintritt früher als der Eintrittsantrag von Klagges erfolgt ist.

Klagges stand ursprünglich auf dem linken Flügel der NSDAP mit Kontakten zu Strasser.

Juli 1925

Erster vergeblicher Versuch der Einbürgerung Hitlers in Thüringen.

Herbst 1925

Riese wird wegen seiner Unterstützung der Regierung Marquardt aus der Partei ausgeschlossen. Er behält aber sein Landtagsmandat und unterstützt die Regierung weiter.

Der Vorgang zeigt, daß die NSDAP noch einen linken Kurs verfolgt.

Ende 1925

Roloff kandidiert als Nachfolger des zurückgetretenen Finanzministers Grone (DNVP). (vgl. dazu Brandes an Roloff vom 26.12.1925, Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Da seine Hochschulkarriere trotz Habilitation 1913 nicht vorankam, scheint er sich auf eine politische Karriere zu verlegen.

1926

„Eichhorn-Kaffee“ wird in „Eichhorn-Heimbs-Kaffee“ umbenannt. Ernst Heimbs wird (bis April 1954) Mitglied des Kaufmännischen Vereins.

Der Kaufmännische Verein, die Braunschweiger IHK und die Freimaurerloge sind Gremien, in denen Heimbs neben der DVP-Mitgliedschaft Verbindungen zu Heinrich Wessel, Druckereibesitzer und Zeitungsverleger aus Wolfenbüttel und Curt Mast, Likörfabrikant aus Wolfenbüttel, aufbaut. Heimbs war 1945 Vizepräsident der IHK. Diese Verbindung könnte 1932 bei der Einbürgerungsfrage von Bedeutung gewesen sein. Heimbs wird von seinem Schwager Zörner als Vermittler ins Spiel gebracht, damit Heimbs den zögernden Wessel umstimmt.

8.1.1926

Roloff zieht seine Kandidatur als Finanzminister aufgrund von Angriffen der „Gegenseite, namentlich aber der Deutschen Volkspartei“ zurück. (Rücktrittsschreiben Roloff in Stadtarchiv Braunschweig G IX 43: 1-2)

Dadurch wird der Weg für Küchenthal frei. Der Hinweis zeigt, daß die Koalition von DNVP und DVP nicht spannungsfrei war, was sich ab 1930 auch in der BEL mehrfach offenbaren sollte.

22.1.1926

Werner Küchenthal wird vom Landtag zum Finanzminister (bis Ende November 1927) als Nachfolger von Grone (DNVP) im Kabinett Marquardt (DVP) gewählt. Das Abstimmungsergebnis lautet: Küchenthal 24 Stimmen, Spannuth 2 Stimmen, Roloff 1 Stimme, ungültig 17 Stimmen.

Die Stimme für Roloff war evtl. seine eigene Stimme. Die Rivalität bzw. Feindschaft zwischen Roloff und Küchenthal, die sich bis in die Entnazifizierungsverfahren der Nachkriegszeit hinzieht, kann bereits hier ihren Ursprung genommen haben. Diese These wird durch die Aussage von Hans-Georg Küchenthal am 10.1.2014 bestätigt.

1.4.1926

Roloff wird Lehrbeauftragter für Geschichte und außerplanmäßiger a.o. Professor an der TH Braunschweig.

Dies ist die erste „Hausberufung“ Roloffs und möglicherweise die erste, politisch motivierte Kompensation für die Nichtberücksichtigung als Finanzminister. Roloff war Landtagsabgeordneter der DNVP, die an der Koalition der Regierung Marquardt beteiligt ist. Der Vorgang wie alle weiteren Beförderungen Roloffs an der TH Braunschweig lassen sich als Indizien werten, daß seine gesamte akademische Karriere das Ergebnis von politischem Einfluß bzw. die Belohnung für politisches Wohlverhalten bzw. eine Kompensation für politische Nichtberücksichtigung war. Auch die bürgerlichen Parteien produzierten genau die Parteibuchbeamten, die sie 1930 der SPD vorgeworfen haben.

1.9.1926

Dietrich Klagges wird Mittelschulkonrektor im preußischen Benneckenstein (Harz).

10.12.1926

Der zweite Band von „Mein Kampf“ erscheint. Das 3. Kapitel des zweiten Bandes trägt den Titel „Staatsangehöriger und Staatsbürger“. Darin geht Hitler auf den besonderen Fall des Staatenlosen ein. Unter dem Stichwort „Der völkische Staat“ nimmt er eine Dreiteilung in „Staatsbürger“, „Staatsangehörige“ und „Ausländer“ vor. „Staatsbürger“ im Sinne des völkischen Staats wird man nur durch die Ableistung des Wehrdienstes. (Mein Kampf 2016, Bd. 2, S. 1117)

Dieses kürzeste Kapitel des zweiten Bandes dürfte im Umfeld des ersten Bandes entstanden sein und verarbeitet seine eigene Staatenlosigkeit. Hitler setzt sich kritisch mit dem herrschenden Staatsbürgerrecht in Deutschland auseinander und orientiert sich positiv u.a. an den in den USA erlassenen Einbürgerungsbestimmungen, die sich am Prinzip der ethnischen Herkunft orientieren. (Vgl. Hartmann u.a. Bd. 2., S. 1111). Mit der Betonung des Wehrdienstes als Voraussetzung zur Erreichung der „Staatsbürgerschaft“, die als höherwertiger als die „Staatsangehörigkeit“ angesehen wird, liefert Hitler aufgrund seiner Teilnahme im Ersten Weltkrieg die Begründung, warum er in einem höheren Sinne bereits Deutscher ist. Auf dieses moralische Argument sollten sich später viele Steigbügelhalter berufen.

1.5.1927 (oder 21.5.)

Roloffs Lehrauftrag wird erweitert. Er soll ein Institut für Geschichte gründen, das im Schloss in zwei Räumen eingerichtet wird.

Damit ist die Perspektive auf eine planmäßige, d.h. beamtete, Professur eröffnet.

17.6.1927

Dienstvertrag mit Roloff. Darin heißt es unter § 5, daß Roloff „die Einrichtung und Leitung eines historischen Instituts“ übernehmen soll.

Juli 1927

Die Kulturwissenschaftliche (8.) Abteilung wird auf Betreiben Roloffs durch die Regierung Marquardt in der TH Braunschweig etabliert und beginnt im Sommersemester mit der Lehramtsausbildung. Angehende Gymnasiallehrer können aber nur einige Semester an der TH studieren und müssen ihr Examen an einer Universität mit dem Recht zur Abnahme des Staatsexamens ablegen.

Seitdem wird die Abteilung personell ausgebaut und verfügt bis 1930 über 4 ordentliche Professoren: Gehlhoff, Geiger, Moog, Riekel; 5 außerordentliche Professoren: Brüning, Gronau, Herwig, Jensen, Roloff (Landtagsabgeordneter der DNVP); 3 Honorarprofessoren: Staats, Paulsen, Kükelhahn; 4 PD: von Bracken, Hoppe, Jesse, Lange; 3 Dozenten: Dosse, von Franckenberg (Landtagsabgeordneter der SPD) und ?

Karl Hoppe, seit 1927 an der TH lehrend und 1932 von Klagges zum o. Professor für Deutsche Sprache und Literatur berufen, trat 1933 von der SPD zur NSDAP über und dem NS-Dozentenbund bei. Er suchte in der Folgezeit seine SPD-Vergangenheit zu verschweigen, um sie nach 1945 wieder hervorzukehren. 1949 wird er im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal als Zeuge vernommen und mehrfach Küchenthal entlasten.

Oktober 1927

Hans Frank verteidigt mittellose SA-Männer vor dem Landgericht in Berlin-Moabit. Dabei firmiert er als „Rechtsanwalt Dr. Frank II“. (Geiss/Jacobmeyer 1989, S. 11)

Frank selber schreibt später dazu: „Auch der ‘Völkische Beobachter’ brachte einen sensationell aufgemachten Prozeßbericht. Uns so stand ich plötzlich als ‘Rechtsanwalt Dr. Frank II’ (II war meine Ziffer in der Münchener Anwaltsliste, da es noch einen Rechtsanwalt Frank gab, der die Ziffer I hatte) an der ‘Spitze der Nazi-Verteidiger’, wie Goebbels geschrieben hatte.“ (Frank 1953, S. 67)

Die Bezeichnung Frank II werden Heimbs sen. und Heimbs jun. später mehrfach (sogar noch 1961) selbstverständlich verwenden, ohne daß so richtig klar wird, woher sie von dieser Bezeichnung Kenntnis hatten. Dies ist zumindest ein Indiz für die Vertrautheit mit NS-Internas.

27.11.1927

Wahl zum Braunschweigischen Landtag (46 Sitze): SPD 24, KDP 2, DDP 2, DVP 8, DNVP 5, Wirtschaftspartei 2. Die NSDAP erringt 3,7 Prozent und 1 Sitz (Franz Groh).

Die DVP war ursprünglich unter den bürgerlichen Parteien in Braunschweig die stärkste Kraft. Sie vertrat die Interessen der Industrie. Die DNVP vertrat die (groß)bäuerlichen Interessen. Das Zentrum spielte in dem nahezu rein protestantischen Land keine Rolle. Groh gehört zum linken Flügel der NSDAP. Die braunschweiger SPD war eher auf dem linken Flügel der Partei angesiedelt. Deshalb hatte es die KPD im stark industriell geprägten Braunschweig schwer, der SPD Mandate abzujagen.

Gauleitertreffen im Hotel Elephant in Weimar. Hitler verkündet den Kurswechsel der NSDAP nach rechts. (Kershaw Bd. 1, S. 284)

Dieser wird aber erst nach der verlorenen Reichstagswahl 1928 umgesetzt.

14.12.1927

Regierungsbildung durch die SPD, die über die absolute Mehrheit verfügt. Heinrich Jasper wird Ministerpräsident einer Dreiministerregierung, Sievers wird Volksbildungsminister, Steinbrecher Innenminister.

Die Alleinregierung der SPD war zu diesem Zeitpunkt einzigartig in Deutschland.

2.1.1928

Gregor Strasser wird Reichsorganisationsleiter der Partei.

Im Laufe der Zeit baut er seine Macht über den Parteiapparat aus und wird zum innerparteilichen Rivalen von Hitler.

1928

Zörner benennt seine Firma in „Braunschweiger Kaffee-Versandhaus, Kaffee-Großrösterei Mohr im „Z““ um.

Bei der Kommunalwahl wird Zörner der einzige Stadtverordnete der NSDAP.

Aus dem Mandat als Stadtverordneter und aus seiner Eigenschaft als Ortsgruppenführer leitet er eine führende Stellung in der braunschweiger NSDAP ab. Womöglich versuchte er früh, seinen ausbleibenden geschäftlichen Erfolg, gerade im Vergleich zu seinem Schwager Carl Heimbs, durch eine politische Karriere zu kompensieren. Insofern bildete er das Gegenstück zum dem Parteibuchbeamten Roloff auf Seiten der DNVP.

7.1.1928

Der „Sieverssche Schulerlaß“ führt zur Aufwertung der seminaristischen Volksschullehrer-ausbildung durch deren Verlagerung in die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH.

Dieser Erlaß trifft auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien und dürfte gerade auch Roloff nicht gefallen haben.

Als Konsequenz der Sieversschen Berufungspolitik gelangen im Zuge des personellen Ausbaus der Kulturwissenschaftlichen Abteilung schrittweise 9 SPD-Mitglieder in den Lehrkörper der TH: Riekkel, Hoppe, Geiger, Jensen, Paulsen, Brüning, Staats, von Bracken, von Frankenberg, die aber nicht alle beamtete Professoren sind. Diese Berufungen bringen der SPD von den bürgerlichen Parteien den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft ein. Insbesondere Riekkel, Jensen und Paulsen als profilierte Reformpädagogen stehen im Zentrum der Auseinandersetzung. Gegen den personellen Ausbau der Lehrerbildung gibt es Widerstand von Seiten der DNVP und von Rektor Mühlenpfordt. Als Kompromiß werden auch die naturwissenschaftlich-technischen Fächer personell ausgebaut.

4.5.1928

Rektor Mühlenpfordt beantragt, August Riekkel eine neue a.o. Professur am Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften zu übertragen.

28.5.1928

Reichstagswahl: NSDAP erringt nur 2,6 % der Stimmen und 12 Sitze. Im Land Braunschweig erringt sie knapp 20.000 Stimmen.

Bildung einer Großen Koalition im Reich unter Einschluß der DVP (bis 27.3.1930)

Aus dem schlechten Abschneiden bei der Reichstagswahl resultiert ein strategischer Kurswechsel der NSDAP: Nicht aus der Arbeiterschaft in Konkurrenz zu den Linksparteien, sondern aus dem bürgerlichen Lager im Kampf gegen die Linke Stimmen holen. Seitdem wird die „nationale“ gegenüber der „sozialistischen“ Komponente der NSDAP betont, auch wenn die Parteilinke, angeführt von Strasser, gegen diesen Kurs opponiert. Die Stimmenzuwächse der NSDAP gehen in der Folge auf Kosten der DDP und DVP.

1.7.1928

Ernennung August Riekels (SPD-Mitglied) zum planmäßigen a.o. Professor an der TH Braunschweig in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Zugleich wird seine Stelle in ein persönliches Ordinariat mit ruhehaltstfähiger Zulage umgewandelt.

Laut Ludewig 2012 erhielt er die Beförderung, weil er einen Ruf aus Hamburg erhalten hatte.

15.9.1928

Die Parteigau der NSDAP werden den Reichstagswahlkreisen angepaßt. So entsteht der Gau „Süd-Hannover-Braunschweig“ analog zum Reichstagswahlkreis 15. Gauleiter wird der verkrachte Gymnasiallehrer Herman Rust.

Im Zuge der geplanten Reichsreform (1934) wären die Parteigau womöglich zu staatlichen Verwaltungseinheiten geworden bzw. mit den Provinzen verschmolzen worden. Braunschweig wäre dann in einer Provinz Hannover aufgegangen, weil es für einen Gau viel zu klein war. Klagges wollte dem, als das Thema Reichsreform akut wurde, durch eine Vergrößerung Braunschweigs entgegenwirken, um es zur Basis eines eigenen Parteigaus Ostfalen zu machen.

1.10.1928

Gründung neuer Parteigau der NSDAP

24.10.1928

Der Wolfenbütteler Druckereibesitzer, Zeitungsverleger und Mitglied des Landtags (DVP) Heinrich Wessel wird anlässlich seines 60. Geburtstags von der TH Braunschweig zum Dr. ing. h.c. ernannt. Als Begründung wird u.a. genannt, daß Wessel schon seit vielen Jahren im Interesse der Hochschule tätig ist.

Die Urkunde wird im Rahmen einer Feier am 13.11.1928 in Gegenwart der Hochschulprominenz im Braunschweiger Parkhotel überreicht. In einem Dankeschreiben an Rektor Mühlentopf verspricht Wessel, die Interessen der Hochschule künftig mit Nachdruck zu vertreten. (Archiv der TU Braunschweig B2 : 221)

Hier liegt der Grund, warum Wessel als Vertrauensmann der Hochschule in der Braunschweiger Landespolitik fungierte und 1932 bei dem Versuch von Klagges, Hitler zum Professor zu berufen, von Rektor Schmitz eingeschaltet wurde, um dieses zu verhindern.

1929

Die TH Braunschweig verleiht dem Braunschweigischen Gesandten und Reichsratsbevollmächtigten Boden den Dr.-Ing. h.c. in Würdigung seiner Verdienste für die braunschweigische Wirtschaft.

Auf diesen Umstand bezog sich 1932 das Argument, Hitler mit der Wahrnehmung der braunschweigischen Wirtschaftsinteressen bei der Gesandtschaft zu beauftragen, sei unnötig, da diese bereits von dem Gesandten Boden selber wahrgenommen würden.

Peter Koller trifft während des Architekturstudiums an der TH Berlin auf Albert Speer, der dort Assistent ist.

Aus dieser Begegnung resultiert die spätere Beauftragung Kollers als Stadtplaner für Wolfsburg.

Klagges veröffentlicht den Aufsatz „Von der Idee zum System“ in: Nationalsozialistische Briefe. Halbmonats-Schrift für national-sozialistische Weltanschauung.

Hier entwickelt er sein „organisches“ Weltbild, das er 1932 in der Denomination der Professur für Hitler verwenden wird. Der Text basiert auf „Das Geheimnis der politischen Weltanschauung“ in: ebd. vom 1.3.1926, S. 3-5.

März 1929

Kurt Brüning veröffentlicht im Auftrag des Landesdirektoriums der Provinz Hannover Band 1 der Denkschrift „Niedersachsen im Rahmen der Neugliederung des Reiches“ und legt sie

dem 64. Hannoverschen Provinziallandtag vor. 1931 folgt Band 2 mit „Beispielen über Auswirkungen der Ländergrenzen auf Verwaltung und Wirtschaft“. Ein angekündigter 3. Band über die Grundsätze, die bei der Neugliederung von Verwaltungsbezirken in Niedersachsen zu beachten sind, sowie die kritischen Kommentare zu den bislang gemachten Vorschlägen über die territoriale Neugestaltung Niedersachsens vom Standpunkt Hannovers ist offenbar nie erschienen.

Damit hat der Landesplaner Brüning eine Debatte eröffnet, ob und wie die Freistaaten Braunschweig, Oldenburg, Lippe-Detmold und Schaumburg Lippe und ggf. Teile der Provinz Westfalen in einer Provinz Hannover aufgehen, die 1946 von der Besatzungsmacht wieder aufgenommen wurden. Diese Vorschläge wurden u.a. in Braunschweig, das um seine Autonomie fürchtete, sehr kritisch verfolgt. Im Zuge der seit 1933 verfolgten Zentralisierung und Neugliederung des Reiches wurden diese Vorschläge wieder aufgenommen und von Klagges 1934 mit einer Gegendenkschrift beantwortet, die auf eine Vergrößerung von Braunschweig auf Kosten Hannovers und der Gründung eines neuen Partreigaus „Ostfalen“ hinausgelaufen wäre.

Brüning erhielt 1930 eine a.o. Professur an der TH Braunschweig, die er 1933 nach einer Kontroverse mit dem Geographen Banse wieder aufgab. Stattdessen widmete er sich seit 1933 der Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung und ab 1934 dem Provinzialinstitut für Landesplanung in Hannover. 1927 wurde er außerplanmäßiger Professor in Göttingen. Denkbar ist, daß er kein Opfer des Nationalsozialismus war, wie Wettern/Weßelhöft 2010, S. 98ff. annehmen, sondern wegen seiner Neugliederungsvorschläge in Braunschweig mißliebig geworden ist.

10.5.1929

Gründung des NS-Studentenbunds in Braunschweig

Juni 1929

Carl Heimbs wird 1. Vorsitzender der „Union. Kaufmännischer Verein von 1818“. Das Unionshaus befindet sich am Löwenwall.

Damit wird Heimbs zu einem einflußreichen Mitglied der braunschweiger Geschäftswelt. Die Verbindung zu Wessel dürfte über die drei Kanäle DVP-Vorstand, Union und Freimaurerloge sehr eng gewesen sein und bei der Einbürgerung Hitlers 1932 eine wichtige Rolle gespielt haben. 1936 geriet die Union in Konflikt mit der NSDAP, die deren Fortbestand in Frage stellte. Heimbs soll dagegen Widerstand geleistet haben. Jedenfalls wollte die Partei das Unionshaus erwerben. Am 15.2.1938 wurde das Gebäude an die Stadt Braunschweig verkauft,

nachdem es zuvor bereits an das Luftflottenkommando vermietet worden war. Seitdem wurde das Gebäude für die NS-Frauenschaft genutzt. (Union Kaufmännischer Verein, Geschichte)

25.6.1929

Der Landtag beschließt die Einrichtung eines „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“.

12.7.1929

Riekel wird Direktor des „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“.

18.7.1929

Der Gemeinderat von Bodenstedt beschließt einstimmig, Adolf Schmidt zum 1.7.1929 als Lehrer in der Volksschule der Gemeinde Bodenstedt fest anzustellen. (Protokoll der Gemeinderatssitzung)

24.7.1929

Franz Groh, bis zur Wahl von 1930 einziger NSDAP-Abgeordneter im Braunschweigischen Landtag, beklagt sich in einem Brief an die Reichsleitung in München über mangelnde Informationen bezüglich der politischen Generallinie.

Groh gehörte später mit Franzen zur linken Opposition der NSDAP in Braunschweig und trat nach dem Rücktritt Franzens als Minister aus der Partei aus, ohne zunächst sein Landtagsmandat abzugeben. Der Brief ist ein Indiz, daß ein Teil der Braunschweiger NSDAP ursprünglich auf dem linken Flügel innerhalb der Partei stand, über den Rechtsschwenk nach der Reichstagswahl 1928 nicht informiert wurde und ihn auch nicht mitmachen wollte. Insofern hatte der spätere Konflikt zwischen Hitler und Franzen eine längere Vorgeschichte.

3.10.1929

Tod Außenminister Stresemanns (DVP)

Seitdem orientiert sich die DVP nach rechts in Richtung DNVP und später NSDAP.

29.10.1929

Der „schwarze Freitag“ an der New Yorker Börse löst die Weltwirtschaftskrise aus.

In der Folge der beginnenden Weltwirtschaftskrise muß Zörner seine Firma, Fallersleberstr. 5, schließen, die vermutlich schon zuvor wenig erfolgreich war. Im Adressbuch von 1930 firmiert unter dieser Adresse die Firma „Hansa“ Kaffee-Großrösterei von Holt & Co. Vermutlich hat Zörner seinen Betrieb an Holt & Co verkauft. In den finanziellen Schwierigkeiten liegt womöglich auch der Grund, warum die Zörners nach dem Tod der Mutter das elterliche Wohnhaus Hohetorwall 7 verkauft haben. Zörner konzentriert sich seitdem auf seine politische Karriere, die mit der Wahl zum Präsidenten des Braunschweigischen Landtags 1930 zunächst einen steilen Verlauf nimmt. Die Firma seines Vaters, Ernst Zörner & Co, Gördelingerstraße 48 ist davon nicht betroffen. Diese Firma wird später seine Schwägerin, Margarete Zörner, geb. Grünhage, übernehmen, die dort von 1943-1944 auch gewohnt hat, bis das Gebäude durch Bomben zerstört wurde.

23.11.1929

Ernst Böhme wird zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig gewählt.

8.12.1929

Die Landtagswahl in Thüringen ergibt folgende Verteilung der 53 Sitze: SPD 18, Landbund 9, Wirtschaftspartei 6, KPD 6, NSDAP (11,3 % der Stimmen) 6, DVP 5, DNVP 2, DDP 1.

Der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zeigt erste Wirkung für die NSDAP. Eine Mehrheit aus bürgerlichen Parteien + NSDAP ist möglich. Die nationalliberale DVP steht vor der Alternative Rechtskoalition oder Koalition mit der SPD. In Braunschweig wird 1930 eine ähnliche Konstellation eintreten, nur daß sich dort die bürgerlichen Parteien vor der Wahl zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen haben.

21.12.1929

In einer Sitzung des Bayerischen Ministerrats wird der Antrag der NSDAP-Abgeordneten im Landtag, Rudolf Buttman (Fraktionsführer der NSDAP) und Wilhelm Frick, beraten, Hitler in Bayern einzubürgern. Ministerpräsident Held (Zentrum/BVP) ist dagegen. Justizminister Gürtner (DNVP) ist dafür. Der Bayerische Ministerrat lehnt nach Diskussion die Einbürgerung u.a. mit dem Argument ab, daß das Vorhaben im Reichsrat auf Widerspruch stößt. (Sitzungsprotokoll in Morsey 1960, S. 421)

Dort muß nämlich Einstimmigkeit erzielt werden. Franz Gürtner, 1922-1924 bayerischer Justizminister, trat später zur NSDAP über und war von 1932 – 1941 Reichsjustizminister. Bereits 1929 gab es in der DNVP Befürworter einer Einbürgerung Hitlers. Rudolf Buttmann war zugleich Mitarbeiter von Strasser in der Organisationsleitung der NSDAP.

23.12.1929

Ernst Zörner geht mit seiner Firma Mohr im „Z“ in Konkurs.

Seitdem widmet er sich seiner politischen Karriere als Stadtrat bzw. seit 1930 als Landtagsabgeordneter der NSDAP. Insofern ist Zörner das typische Beispiel eines deklassierten Mitglieds des braunschweiger Bürgertums, der sein wirtschaftliches Scheitern durch eine politische Karriere bei einer radikalen Partei zu kompensieren sucht.

20.1.1930

Verabschiedung des Young-Plans in Genf.

10.1.1930

Die thüringische NSDAP fordert die bürgerlichen Parteien ultimativ auf, bis zum 13.1. eine Koalitionsregierung zu bilden. Bei einer Weigerung droht sie mit dem Antrag zur Auflösung des Landtags, um Neuwahlen herbeizuführen. Die DVP beugt sich dem Ultimatum.

Die DVP gibt nach, weil sie bei Neuwahlen ein weiteres Anwachsen der NSDAP befürchtet.

23.1.1930

Regierungsbildung in Thüringen. Baum (Landbund, Stahlhelm) wird Ministerpräsident, Frick (NSDAP) wird Innen- und Volksbildungsminister in einer Koalition (bis 1.4.1931).

Die DVP wollte Frick als verurteilten Teilnehmer am Münchener Putsch verhindern, konnte sich aber nicht durchsetzen. Bald darauf versuchte Frick, Hitler zum Direktor der Weimarer Kunsthochschule zu machen, scheiterte aber am Widerstand der Koalitionspartner. Ferner berief er als eine seiner ersten Maßnahmen den Rasseideologen Hans Günther gegen den Widerstand der Universität Jena auf einen Lehrstuhl für Sozialanthropologie. Ähnliches hatte Klagges 1932, wenn die Berufung ernst gemeint sein sollte, mit Hitler vor.

Februar 1930

3,4 Mio. Arbeitslose

Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen von 1,3 Mio im September 1929 auf 3,4 Mio nur 5 Monate später ist eine wesentliche Erklärung für das rapide Anwachsen der Stimmen für die NSDAP.

2.2.1930

Hitler schreibt einen Brief an einen ungenannten Auslandsdeutschen, der die NSDAP finanziell unterstützt. In dem Brief erläutert Hitler seine strategischen und taktischen Beweggründe, warum er in Thüringen (*und in Zukunft anderswo*) Koalitionsregierungen eingeht: „Ich glaube man erwartete (besonders auf Seiten der Deutschen Volkspartei!), daß ich irgend einen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich von Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich „Nein“ gesagt und wäre es darüber zu einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß uns das Vertrauen zu schenken wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu Ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt, und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken.“ (Brief in Dickmann 1966, hier S. 461)

In dem Brief formulierte Hitler die Plaupause für die spätere Taktik in Braunschweig, nachdem die Machtposition in Thüringen wieder verloren gegangen war. Statt Frick sollte Klagges die Person des Statthalters einnehmen. Hitler machte deutlich, daß er allein die Personalentscheidungen trifft und prophezeite in dem Brief die Machtübernahme in 2-3 Jahren. Mit den Aussagen dieses Briefs sind alle Spekulationen, welche Schritte später in Braunschweig aus welcher Absicht auch immer von Seiten der NSDAP unternommen worden sind, gegenstandslos. Alles war nur Taktik. Mögliche Irritationen sind nur dadurch zu erklären, daß es innerhalb der NSDAP noch unterschiedliche Positionen gab und insbesondere der linke Flügel (Strasser, Franzen u.a.) Hitler nicht folgen mochte.

Eröffnung des Internationalen Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften im Salve Hospes in Braunschweig in Anwesenheit von Reichsinnenminister Severing (SPD), der die Gründung gefördert hat. Severing wird Ehrendoktor der TH Braunschweig.

Die Lehrerbildung an der TH erhält das Promotionsrecht.

Diese erfuhr so eine weitere Aufwertung im Sinne der sozialdemokratischen Bildungspolitik und stieß auf den Widerstand der konservativen Hochschullehrer und der bürgerlichen Parteien.

März 1930

Buttmann, Fraktionsvorsitzender der NSDAP im Bayerischen Landtag, und Frick fragen beim Innenministerium an, ob Hitler in Bayern auf dem Antragswege eingebürgert werden kann.

1.3.1930

Kommunalwahlen in Braunschweig. Die SPD erhält 14 und die KPD 4 von 35 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Braunschweig. Die NSDAP verzeichnet einen hohen Stimmenzuwachs auf Kosten der bürgerlichen Parteien. (Fülberth 1981)

Die Kommunalwahl deutete bereits an, wie die Landtagswahl von 1930 ausgehen wird.

12.3.1930

Der Reichstag ratifiziert den Young-Plan. Dieser sieht vor, daß die Reparationen, die Deutschland zu leisten hat, auf 59 Jahre bis 1988 gestreckt werden.

Die Ratifizierung wird von der NSDAP propagandistisch ausgeschlachtet und ist eine Erklärung für ihren Erfolg bei der Reichstagswahl im September 1930.

13.3.1930

Hindenburg unterschreibt den Young-Plan.

16.3.1930

Verhandlungen über eine Kooperation von SPD und KPD in der Stadt Braunschweig verlaufen ergebnislos.

17.3.1930

ASTA-Wahlen an der TH Braunschweig: Der NSDSt verzeichnet als einzige Liste einen starken Stimmenzuwachs (von 103 auf 195) gegenüber 1929 und erringt 5 statt zuvor 3 Sitze. Stärkste Fraktion bleibt die Arbeitsgemeinschaft der Korporationen mit 323 (zuvor 361) Stimmen und 9 Sitzen.

Die Wahlen zeigen, daß die NSDAP mittlerweile auch unter Studenten starken Zulauf erfährt. Dies eröffnete ihr später auch an der TH die Perspektive, Druck von unten aufzubauen.

18.3.1930

Die SPD der Stadt Braunschweig lehnt einen Forderungskatalog der KPD ab. Dennoch kommt es zu einer Wahlabsprache. Rieke (SPD) wird zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung, Böhme (KPD) zum 1. Stellvertreter gewählt

Ohne die Wahlabsprache wäre vermutlich Zörner (NSDAP) zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt worden. Der Bürgermeister (Böhme, SPD) stand nicht zu Wahl.

25.3.1930

Frick erhält vom bayerischen Innenminister Stützel einen ablehnenden Bescheid bezüglich seiner Anfrage, ob Hitler in Bayern eingebürgert werden kann. (Deutsche Allgemeine Zeitung vom 4.2.1932)

Der Bildungs- und Verwaltungsplan für die Volksschulen soll den Bildungssektor in Braunschweig reformieren.

27.3.1930

Rücktritt von Reichskanzler Müller (SPD). Die Große Koalition im Reich zerbricht, weil SPD und DVP sich nicht einigen können, auf wessen Kosten das Haushaltsdefizit als Folge der Weltwirtschaftskrise ausgeglichen wird. Der Anlaß ist geringfügig. Die SPD will die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4 Prozent anheben. Die DVP lehnt dies ab.

Der Vorgang markierte einen tiefen Einschnitt für die Weimarer Republik. Seitdem gab es keine Regierung mehr, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen konnte. Stattdessen begann die Phase der Präsidialregierungen.

Eine Konsequenz für Braunschweig waren finanzielle Probleme des Riekel-Instituts, da die zugesagte Unterstützung durch den Regierungswechsel in Berlin ausblieb.

Verabschiedung des „Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz). Der § 24 lautet: „Das Recht auf den Genuß der in den §§ 14, 16 bis 18 und 21 bis 23 genannten Bezüge ruht, wenn ein Berechtigter das deutsche Indigenat verliert, bis zu dessen Wiedererlangung.“

Indigenat = Staatsangehörigkeit. Auch hier tut sich wieder eine Gesetzeslücke auf. Was ist, wenn ein „Berechtigter“ die deutsche Staatsangehörigkeit gar nicht besitzt? Den Autoren des Reichsministergesetzes fehlte offenbar die Phantasie, sich vorzustellen, daß ein Staatenloser zum Minister oder gar Reichskanzler ernannt werden kann. Sinngemäß müßte diese Bestimmung auch auf eine Person zutreffen, die Reichskanzler geworden ist, ohne die deutsche Staatsbürgerschaft (Indigenat) zu besitzen. Wenn Hitler 1932 nicht eingebürgert worden wäre, hätte er 1933 laut Verfassung zwar vom Präsidenten zum Reichskanzler ernannt werden können, hätte dieses Amt aber ohne Bezüge und Versorgungsansprüche ausüben müssen. Wenn dieser so spezielle Umstand, daß ein Minister oder Reichskanzler die Staatsbürgerschaft verliert, extra geregelt wird, ist es kaum vorstellbar, auch wenn es die Verfassung nicht ausschließt, daß ein Staatenloser zum Reichskanzler ernannt werden kann. Insofern hätte sich daß Problem der Staatenlosigkeit Hitlers, wenn er im Februar 1932 nicht eingebürgert worden wäre, im Januar 1933 erneut gestellt.

Die Ernennung zum Reichskanzler war nicht automatisch mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft verbunden. Der § 14 des Staatsbürgerschaftsgesetzes galt nur für die Verbeamtung auf Landesebene. Die deutsche Staatsbürgerschaft war Folge der Staatsbürgerschaft auf Landesebene und nicht umgekehrt.

28.3.1930

Hindenburg beauftragt Heinrich Brüning (Zentrum) mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

30.3.1930

Brüning bildet sein erstes Kabinett aus Ministern der bürgerlichen Parteien (bis 7.10.1931), das an keine Koalition gebunden ist.

2.4.1930

Der thüringische Innenminister Frick (NSDAP) erklärt im Berliner Sportpalast, Hitler einbürgern zu wollen.

15.4.1930

Der thüringische Staatsminister Baum (Landvolk, Stahlhelm) erwirkt einen Kabinettsbeschluß, mit dem die Einbürgerung Hitlers abgelehnt wird.

Der Einbürgerungskonflikt wird in Thüringen im Unterschied zu Braunschweig zur Sprengung der Koalition führen.

21.5.1930

Hitler lädt Otto Strasser ins Berliner Hotel „Sanssouci“ zu einem Rededuell über die politische Generallinie der NSDAP. Dabei geraten Hitler und Strasser heftig aneinander.

Otto Strasser, Bruder des Organisationsleiters der NSDAP, Gregor Strasser, war der Theoretiker des linken (sozialistischen) Flügels der Partei, der zusammen mit der SA-Führung in Opposition zu Hitler geriet.

22.5.1930

Der Staatsrechtler Walter Jellinek (Heidelberg) gibt seinen Studenten die Aufgabe:

„Eine deutsche Landesregierung beabsichtigt, einen staatenlosen radikalen Politiker, um ihm die Reichsangehörigkeit zu verschaffen, im Staatsdienste anzustellen und dann dauernd zu beurlauben.

Besteht in diesem Falle die Möglichkeit der Verwahrung eines Landes nach RStaatsAngG § 9? Könnte das Reich einschreiten? Wäre die unbekümmert um Verwahrungen des Reichs oder anderer deutscher Länder vollzogene Anstellung wirksam?“ (zitiert nach Jellinek 1932, S. 122)

Jellinek hat diese Aufgabenstellung seinen Studenten in Kenntnis der Gerüchte gegeben, daß der damalige thüringische Innenminister Frick beabsichtige, Hitler durch einen Scheinernennung zum Beamten einzubürgern. Vielleicht kannte er die Ankündigung Fricks vom 4.2.1930 aus dem Berliner Sportpalast. Aus der Aufgabenstellung ist 1931 in die 3. Auflage seines „Verwaltungsrechts“ der Satz eingefügt worden: „Würde ein Land, um die den anderen Ländern zustehende Widerspruchsmöglichkeit auszuschalten, einen Ausländer statt ihn einzubürgern, zwecks Verleihung der Staatsangehörigkeit der Form nach zum Beamten ernennen, ohne seine Dienste wirklich in Anspruch zu nehmen, so würde die Ernennung als nicht ernstlich gemeint unwirksam sein.“ (ebd. S. 152)

Kaisenberg wird diesen Satz in seinem Gutachten, das am 1.2.1932 in der Vossischen Zeitung erscheint, zitieren. Darauf basierte die juristische Abwehr der Einbürgerung Hitlers, mit der auch Klagges, Küchenthal und die braunschweiger Ministerialräte im Februar 1932 umzugehen hatten. Daß Jellinek bereits im Mai 1930 diesen implizit auf Hitler gemünzten Vorbehalt macht, ist ein starkes Indiz, daß die Einbürgerungsproblematik schon lange im Raum stand und schon lange von Befürwortern wie Gegnern diskutiert wurde, wie man den § 9 wegen des zu erwartenden Widerspruchs umgehen konnte. Dazu war es für die NSDAP nötig, in einem Land an der Regierung beteiligt zu sein. Alles in allem deutet vieles darauf hin, daß die braunschweiger Koalition aus Sicht der NSDAP vor allem der Lösung der Einbürgerungsfrage zu dienen hatte.

5.6.1930

Uniformverbot für die SA in Bayern

Mitte Juni 1930

Uniformverbot für die SA in Preußen und Baden

22.6.1930

Bei den Landtagswahlen in Sachsen erreicht die NSDASP 14,4 Prozent der Stimmen. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen scheitern. Strasser war in Sachsen als Innenminister vorgesehen.

Das Problem, daß Hitler aufgrund der fehlenden Staatsbürgerschaft nicht wählbar war, offenbart sich. Je stärker die parlamentarische Basis der NSDAP wurde, desto mehr geriet seine innerparteiliche Stellung unter Legitimationsdruck, da er an der parlamentarischen Arbeit nicht teilhaben konnte und diese Bühne, etwa als Fraktions- und Oppositionsführer im Reichstag nicht nutzen konnte. Insofern bestand auch eine innerparteiliche Notwendigkeit, Hitler möglichst rasch einzubürgern.

12.7.1930

Versuch der Einbürgerung Hitlers auf dem thüringischen NSDAP-Gautag in Gera. Innenminister Frick übergibt Hitler eine Ernennungsurkunde als 2. Gendarmeriekommissar in Hildburghausen (Besoldungsstufe A 4 c 1). Hitler reagiert laut späterer Aussage im Untersuchungsausschuß zurückhaltend, unterschreibt aber eine Empfangsbestätigung. (Brill 1992, S. 206ff)

Mit dieser Verbeamtung war er aber noch nicht eingebürgert. Von der Ausstellung einer Einbürgerungsurkunde ist in den Quellenallerdings keine Rede. Insofern wäre mit dem Vorgang nur der erste Schritt vollzogen worden. Frick war zu der Ernennung Hitlers zum Beamten formal befugt, weil der Staatsminister Baum in Urlaub war und Frick dessen Finanzressort vertrat. Die beteiligten Beamten Guyet und Hau Eisen wurden von Frick zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Später will Hitler die Urkunde zu Hause vernichtet haben. Frick behauptet ebenfalls, sein Exemplar der Urkunde vernichtet zu haben. Allerdings gibt es später die Aussage des NSDAP-Dissidenten Stennes bzw. die Behauptung des „Monatsblatts“, daß sie im „Braunen Haus“ in München aufbewahrt werde, um sie zu gegebener Zeit zu präsentieren – etwa um einer Abschiebung Hitlers aus Deutschland zu begegnen. Im Licht des Hitler-Briefs von 1930 ist diese Version plausibel. Die Ernennungsurkunde allein ohne die Einbürgerungsurkunde hätte das aber nicht verhindern können. Ob auch letzteres von Frick vorbereitet worden war, ist unbekannt. Dafür hätte Hitler womöglich noch polizeilich gemeldet werden müssen.

Stennes will „im Sommer“ davon erfahren haben.

So seine Aussage vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß am 14.3.1932.

Overesch 1992 vertritt die These, daß die Einbürgerung mit der Überreichung der Anstellungsurkunde rechtskräftig war. Erst das spätere Kaisenberg-Gutachten bzw. der Spott in der Presse haben diesen Weg als „Scheingeschäft“ verbaut. Allerdings hat Hitler, anders als in Braunschweig, trotz Ernennung zum Beamten in Thüringen keine Einbürgerungsurkunde erhalten. Dazu wäre der Minister Frick auch gar nicht befugt gewesen. Insofern irrt Overesch.

16.7.1930

Auflösung des Reichstags. Die Neuwahl wird für den 14.9.1930 angesetzt. Der Braunschweigische Landtag schließt sich aus finanziellen Gründen an.

Anlässlich des bevorstehenden Wahlkampfes eskaliert der Konflikt zwischen SA- und Parteiführung über eine revolutionäre oder legalistische Strategie. Die SA, angeführt von Pfeffer und Stennes, fordert drei aussichtsreiche Plätze für die SA auf der Kandidatenliste für die Reichstagswahl, größeren Einfluß auf die Parteiorganisation und Bezahlung des bislang ehrenamtlichen Saalschutzes für die SA-Männer. Als Hitler dem Konflikt ausweicht, legen die SA-Führer ihre Ämter nieder und treten die SA-Männer in Streik.

31.7.1930

Auflösung des Braunschweigischen Landtags

12.8.1930

Der oberste SA-Führer von Pfeffer tritt von seinem Amt zurück. Hitler übernimmt kommissarisch die SA-Führung.

24.8.1930

Die Braunschweiger Neuesten Nachrichten (BNN) starten einen massiven Angriff auf die SPD im Hinblick auf deren Schul- und Personalpolitik.

Die BNN stehen Roloff nahe, der als Urheber des Artikels angesehen werden kann. Der Artikel liefert jedenfalls eine Begründung für den von der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) angestrebten Regierungswechsel.

26.8.1930

Die braunschweiger BEL verfaßt eine „Disposition für unsere Redner“ im Wahlkampf. Darin werden die Gründe dargelegt (Ausgabenpolitik der SPD-Regierung, Schulden, Personalpolitik, Schul- und Hochschulpolitik), warum die SPD-Regierung unter allen Umständen abzulösen ist. Der Text ist in Abschrift wiedergegeben in Küchenthal 1969, Bd. I, S. 176-198.

Exponenten der BEL sind die DNVP als Vertretung der (Groß)bauern und die DVP als Vertretung von Handel und Industrie. Ihre politischen Köpfe sind Ernst August Roloff (DNVP) Hochschullehrer an der TH Braunschweig und Vertreter des Landbunds sowie Heinrich Wessel (DVP) Vertreter der Industrie- und Handelskammer und Verleger der Wolfenbütteler Zeitung. Die BNN kann als Organ der DNVP, Die Wolfenbütteler Zeitung als Organ der DVP betrachtet werden.

Die Disposition ist eine wichtige Quelle zum Verständnis, warum die BEL bereit war, eine Koalition mit der NSDAP einzugehen, um die SPD-Regierung abzulösen.

Die braunschweiger SPD stand auf dem linken Flügel der Gesamtpartei (Grotewohl vs. Jasper). Insofern war die Kluft zur DVP größer als im Reich. Auch fehlte im protestantischen Braunschweig das Zentrum als vermittelnder Faktor. (Roloff 1990)

30.8.1930

Der Konflikt mit der SA eskaliert. Die SA-Männer streiken in ihrer Funktion als Saalsschutz für Parteiversammlungen. Die SA stürmt die Berliner Parteizentrale gegen den Widerstand der SS und verwüstet die Büros.

31.8.1930

Ein Treffen zwischen Hitler und Stennes bleibt ohne Erfolg.

1.9.1930 (oder 2.9.)

Versammlung der SA in Berlin. Hitler übernimmt auch regelrecht und nicht nur kommissarisch die Führung der SA.

3.9.1930

Hitler verlangt von allen SA-Führern „ein unbedingtes Treuegelöbnis der Person des Partei- und Obersten SA-Führers Adolf Hitler“.

10.9.1930

Roloff (DNVP) verkündet auf einer Wahlversammlung der BEL in Braunschweig die Frontstellung gegen die „Marxisten“ (SPD und KPD) und deren Personal- und Bildungspolitik im Hochschul- und Schulbereich.

Hier wird die Begründung für die anschließende Koalition mit der NSDAP geliefert. Roloff erweist sich als Architekt der BEL (vgl. Schildt 1981, S. 111). Küchenthal steht nur auf Platz 12 der Kandidatenliste der DNVP. Latent gibt es von Anfang an einen Konflikt innerhalb der BEL, da für die DVP ein Bündnis mit der SPD denkbar ist, während die DNVP eher zu einem Bündnis mit der NSDAP neigt. Idealerweise hätte die BEL eine bürgerliche Alleinregierung bevorzugt.

Ein Flugblatt der BEL „Wähler, merkt´s Euch!“ faßt die wesentlichen Argumente für einen Regierungswechsel zusammen. Namentlich wird die Berufung der „Schulreformer“ Paulsen, Jensen und Staats an die TH als Grund genannt. (Archiv Menzel)

Wessel (DVP) kritisiert die SPD auf einer Wahlversammlung wegen der Personal- und Schulpolitik.

14.9.1930

Die Wahlen zum Reichstag und zum Braunschweigischen Landtag bringen starke Stimmengewinne für die NSDAP. Im Reichstag erringt die NSDAP 18,3 % der Stimmen und 107 Sitze. Dr. jur. Anton Franzen, Amtsgerichtsrat in Kiel und Spitzenkandidat der NSDAP in Schleswig-Holstein, und Dr. jur. Hans Frank (II), Münchener Anwalt und Rechtsberater Hitlers, werden Reichstagsmitglieder.

Im Wahlkreis Südhannover-Braunschweig erringt die NSDAP 24,3 % der Stimmen.

Die Sitzverteilung im Braunschweigischen Landtag lautet: SPD 17, KPD 2, Staatspartei (Walter Schrader) 1, NSDAP 9, BEL aus DNVP, DVP, Wirtschaftsverband, Haus- und Grundbesitzer, Zentrum u.a. 11 (darunter Roloff), darunter DVP 4 (Wessel, Brandes, Oehlmann, Marquardt). Roloff wird Fraktionsvorsitzender der BEL. Die NSDAP-Fraktion besteht demnach aus Bertram, Buchheister, Duckstein, Groh, Madel, Schmalz, Schmidt, Schneider und Zörner. Franz Groh wird Fraktionsvorsitzender.

Der Rückgang der Stimmen für die SPD kann auf die Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden. Die SPD hofft auf eine Koalition mit der DVP, um an der Regierung zu bleiben. Die BEL war vom Wahlerfolg der NSDAP überrascht und hatte für sich ein besseres Ergebnis erhofft. Der Abgeordnete Walter Schrader ist nicht zu verwechseln mit dem Braunschweiger Stahlhelm-Führer Werner Schrader, der sich später dem Widerstand gegen Hitler anschließt. Der Abgeordnete Schrader sympathisiert mit der nationalen Rechten. Sein Jungdeutscher Orden steht aber in harter Konkurrenz zur NSDAP. Deshalb will Schrader nur von Fall zu Fall abstimmen. Eine Koalition BEL-NSDAP, die nur auf 20 von 40 Stimmen kommt, bedarf der Tolerierung Schraders. In Braunschweig herrscht seitdem Burgfriede zwischen Jungdeutschem Orden und NSDAP, nicht aber im Reich. Zörner beginnt eine politische Karriere, nachdem seine Karriere als Kaffee-Unternehmer gescheitert ist. In Braunschweig hat er zunächst gegenüber Klagges den Heimvorteil, da Klagges als Externer nach seiner Entlassung aus dem preußischen Schuldienst erst noch in Braunschweig etabliert werden muß.

Die SPD versuchte vergeblich, die 4 DVP-Abgeordneten zum Koalitionswechsel zu bewegen. Zörner griff deshalb die DVP nach der Wahl auf einer Parteiveranstaltung an und kündigte an, den in Preußen entlassenen Klagges in den braunschweigischen Staatsdienst übernehmen zu wollen. Der berliner Parteivorsitzende Dingeldey kritisierte umgekehrt seine braunschweiger Parteifreunde wegen der zu engen Bindung an die DNVP und die Koalition mit der NSDAP.

Die Quelle ist Roloff 1960, der sich wiederum auf einen mündlichen Bericht des Abgeordneten Brandes (DVP) aus dem Jahre 1959 beruft. Bei allen Aussagen Roloffs nach 1945 ist in Rechnung zu stellen, daß es weniger um die historische Aufarbeitung als um die nachträgliche Rechtfertigung geht.

23.9. – 4.10.1930

Hochverratsprozeß gegen die drei Ulmer Reichswehroffiziere Scheringer, Ludin und Wendt in Leipzig, die von Hans Frank vertreten werden. Der Vorwurf lautet auf einen versuchten Militärputsch mit Unterstützung der NSDAP.

25.9.1930

Frank (Frank II) ruft Hitler in den Zeugenstand. Dieser nutzt den Auftritt angesichts der anwesenden Presse propagandistisch und legt seine Partei auf den Legalitätskurs fest: Die NSDAP erstrebe mit ausschließlich legalen Mitteln die Macht und wolle „in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form ... gießen, die wir als die richtige ansehen“. (Vgl. zum Text des sog. Legalitätseids das Droste Geschichts-Kalendarium 1982, Bd. 1, S. 489; Tyrell 1969, S. 298-300)

Es ist umstritten, ob die Aussage ernst gemeint war oder nur taktisch zu werten ist. Das „Boxheimer Dokument“ u.a. später bei Hausdurchsuchungen nach dem 1. Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten gefundene Dokumente sind zumindest bei Teilen der Partei Indizien für das Gegenteil. Der Legalitätskurs Hitlers war jedenfalls in der Folge umstritten und wurde immer wieder von der SA kritisiert. In diesem Zusammenhang sind der „Stennes-Putsch“ und der „Röhm-Putsch“ zu sehen.

Konsequenz des Legalitätskurses war auf jeden Fall, daß Hitler eingebürgert werden mußte. Weder ein staatenloser Reichspräsident noch ein staatenloser Reichskanzler waren denkbar. Nur im Falle einer revolutionären Machtübernahme, wie von der SA-Führung bevorzugt, hätte sich das Problem erübrigt. Hier liegt auch die Erklärung, warum Hitler erst im März 1933 Reichstagsmitglied geworden ist.

Für Frank war der Auftritt der Höhepunkt seiner Karriere als Anwalt. Frank hat Hitler in etwa 150 Fällen, hauptsächlich wegen Beleidigung und übler Nachrede, vertreten. Diese nahezu ausschließliche juristische Vertretung ist ein Hinweis auf eine besondere persönliche Beziehung zwischen Hitler und Frank. Sie unterstreicht, warum ausgerechnet Frank im Februar 1932 in der entscheidenden Phase der Einbürgerung nach Braunschweig geschickt wurde, nachdem Klagges mit seinem Versuch gescheitert war. Von den etwa 40.000 Prozessen, die bis zur Machergreifung gegen die NSDAP anhängig waren, hat Frank knapp 2600 selbst geführt. Nach 1933 ging der Einfluß Franks zurück. Erst 1939 ging sein Stern wieder auf, als er nach dem deutschen Einmarsch von Hitler zum Generalgouverneur in Polen gemacht wurde, obwohl er für das Amt in keiner Hinsicht besonders qualifiziert war. Womöglich hat sich Hitler gegenüber Frank für treue Dienste erkenntlich zeigen wollen. (vgl. Geiss/Jacobmeyer 1980, S.12f)

3 Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP 1930-1933 und der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

26.9.1930

BEL und NSDAP einigen sich über die Bildung einer Koalitionsregierung aus zwei Ministern bei vier Ministerien im Freistaat Braunschweig. Die BEL nominiert Roloff für das Innen- und Volksbildungsministerium wegen der damit verbundenen Einflußnahme auf die Personalpolitik und die TH. Die NSDAP lehnt das angebotene Justiz- und Finanzressort ab, da wegen der Weltwirtschaftskrise in dem kleinen Land eine autonome Politik unabhängig vom Reich nicht möglich ist.

Wenn die BEL mit ihrem Vorschlag durchgekommen wäre, wäre Roloff de facto Ministerpräsident geworden. Roloff hätte sich später als starke Persönlichkeit eher gegen den NS-Ministerkollegen Klagges durchsetzen können.

Eine mögliche Koalition SPD – DVP unter Auflösung der BEL kommt nicht zustande, obwohl sie von der DVP-Reichsleitung bevorzugt wird, weil die braunschweiger DVP über die Personal- und Finanzpolitik der SPD verärgert ist. In einem Schreiben Roloffs an Brandes vom 20.2.1947 erinnert sich Roloff, daß auch die braunschweiger SPD sondiert habe, mit der DVP (aber nicht mit der BEL insgesamt) eine Koalition einzugehen. Die DVP habe abgelehnt. Um die BEL zu erhalten und die gemeinsamen Ziele durchzusetzen, sei nur die Koalition mit der NSDAP geblieben. (Stadtarchiv Braunschweig GIX 43:1-2)

Wenn diese nachträgliche Behauptung stimmt, dann wurde hier eine Weichenstellung vorgenommen, der alles Weitere fast schon zwangsläufig folgen mußte. Wenn die braunschweiger DVP über ihren Schatten gesprungen wäre, sich dem Druck ihrer Parteizentrale gebüugt hätte, wenn die SPD ein faires Angebot gemacht hätte in der Finanz- und Personalpolitik, dann hätte es eine Große Koalition in Braunschweig gegeben, hätte die NSDAP keinen Fuß in die Tür bekommen, wären weder Klagges noch der schwache Küchenthal Minister, wäre Zörner nicht Landtagspräsident geworden und hätte es keine Einbürgerung Hitlers in Braunschweig (anderswo war es nicht möglich) gegeben!

Die BEL gibt im Ressortstreit mit der NSDAP nach. Roloff verzichtet, so daß Küchenthal für das Finanz- und Justizressort nominiert wird.

Damit wird Küchenthal zum zweiten Mal Roloff als Minister vorgezogen. Verzichtet Roloff, weil er nicht Volksbildungsminister wird oder hat sich Küchenthal innerhalb der DNVP gegen Roloff durchgesetzt? Laut Küchenthal beginnt spätestens hier (evtl. aber schon 1926) die lebenslange Feindschaft zwischen den beiden Parteifreunden, die sich insbesondere nach 1945

äußern wird, als es um die Frage geht, wer die Hauptverantwortung für die Einbürgerung Hitlers auf Seiten der bürgerlichen Politiker getragen hat. Kurz nach der Regierungsbildung wird Roloff jedenfalls auf eine Professur berufen. Dies dürfte die Kompensation für das nicht erhaltene Ministeramt gewesen sein. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 22.)

Für das Innen- und Volksbildungsministerium wird Anton Franzen (Kiel) von der NSDAP nominiert. Laut eigener Angabe ist auch Klagges ein Kandidat für das Volksbildungsministerium gewesen. Die Verkleinerung des Kabinetts von drei auf zwei Minister habe dies verhindert. (Klein 2014, S. 35)

Ein Indiz, daß Klagges tatsächlich auf NS-Seite im Gespräch war, ist, daß er ein halbes Jahr später, womöglich als Kompensation, den Posten des Regierungsrat in Franzens Ministerium bekam. Zörner, der vermutlich auch Ambitionen auf ein Ministeramt hatte, wurde übergangen. Damit wurden beide Ministerposten von Nichtbraunschweigern besetzt, obwohl es einheimische Kandidaten gegeben hatte. Die DVP war der Verlierer der Koalitionsverhandlungen, da sie für sich ein drittes Ministerium beansprucht hatte. Sie wollte den NSDAP-Ministerkandidaten Anton Franzen verhindern, der von Hitler ausgesucht worden ist, und selber dessen Ministerium besetzen. Ursprünglich waren Frick oder Rust als Kandidaten der NSDAP vorgesehen, die aber von der BEL abgelehnt wurden. Franzen gehörte zum linken, aber moderaten Flügel der NSDAP. Warum hat sich Hitler nicht für Zörner entschieden, obwohl Zörner damals der prominenteste braunschweiger Nazi war?

Laut späterer Erinnerung Küchenthals (Küchenthal 1961, S. 20; 1969) soll bereits damals die Frage der Hitler-Einbürgerung verhandelt worden sein, die zu gegebener Zeit zu regeln sei. Dies sei ihm von Zörner bestätigt worden. Roloff (DNVP) und Brandes (DVP) hätten damals schon das Vorhaben akzeptiert.

Hauptziel der neuen Regierung sei (laut Roloff jun. 1961) die „Säuberung“ des Volksbildungsministeriums, der Schulverwaltung und der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH von den linken Professoren gewesen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Frantzen aus Kiel wird in Braunschweig Innenminister“. (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 1, S. 608)

Dies ist die einzige Erwähnung der braunschweiger Koalitionsbildung im Tagebuch von Goebbels. Offenbar ist ihm die strategische Bedeutung der Regierungsbeteiligung der NSDAP in Braunschweig noch nicht klar. Hinzu kommt, daß er Franzen auch noch falsch mit tz schreibt.

30.9.1930

Der neue Braunschweigische Landtag konstituiert sich. Ernst Zörner (NSDAP) wird mit 20 gegen 17 Stimmen für Kuno Rieke (SPD) zum Landtagspräsidenten gewählt. KPD und Staatspartei (Schrader) enthalten sich der Stimme, indem sie leere Stimmzettel abgeben. Als 1.

Vizepräsident werden Kuno Rieke (SPD) und als 2. Vizepräsident Heinrich Wessel (BEL/DVP) durch Zuruf gewählt.

Diese Wahl war umstritten, da eigentlich die stärkste Fraktion (SPD) den Landtagspräsidenten stellt. Mindestens hätte die DVP Wessel als Landtagspräsidenten bevorzugt, weil die BEL in der Koalition der größere Partner war. Die DVP gibt wieder nach. Die Frage, wer den Landtagspräsidenten stellt und damit die Macht über die Geschäftsordnung hat, sollte später mehrmals eine Abstimmung entscheidend beeinflussen. Vermutlich war die Wahl Zörners durch die Koalition eine Kompensation, weil Zörner nicht als Minister zum Zuge kommen wird.

1.10.1930

Im Landtag werden drei Fraktionen (BEL mit 11 Abgeordneten, SPD mit 17 Abgeordneten und NSDAP mit 9 Abgeordneten) gebildet. Danach wird die Zahl der Staatsminister auf zwei festgesetzt. Im ersten Wahlgang werden Küchenthal mit 20 Stimmen gegen Jasper mit 17 Stimmen bei drei Enthaltungen und im zweiten Wahlgang Franzen mit 20 Stimmen gegen Jasper mit 17 Stimmen bei ebenfalls drei Enthaltungen gewählt. KPD und Staatspartei enthalten sich der Stimme.

Insofern hat auch die KPD (wie im Reichstag) einen Teil der Verantwortung für die spätere Entwicklung. Der alte Ministerpräsident Jasper (SPD) hätte mit Hilfe der Staatspartei und der KPD bei einem Patt von 20:20 geschäftsführend im Amt bleiben können, bis sich eine neue Mehrheit gefunden oder Neuwahlen stattgefunden hätten.

In den Ältestenrat werden von den Fraktionen entsandt Jasper, Sievers, Steinbrecher, Thielemann, Brandes, Baumann, Dr. Roloff, Groh und Bertram. Der Präsident als Vorsitzender und die beiden Vizepräsidenten gehören dem Gremium mit beratender Stimme an. In den Haushaltsausschuß werden von den Fraktionen entsandt Rieke, Albert Roloff, Sievers, Jasper, Frede, Dr. Roloff, Wessel, Groh und Madel. (Verhandlungen des Braunschweigischen Landtags 1930, S. 1-6)

Die Sitzverteilung richtet sich nach der Stärke der Fraktionen. Beide Gremien sollten 1932 bei der Verbeamtung Hitlers eine Rolle spielen.

Regierungsbildung: Dr. Werner Küchenthal (BEL – DNVP) wird Vorsitzender des Staatsministeriums (Ministerpräsident) und Finanzminister, Dr. Anton Franzen (NSDAP), Amtsgerichtsrat in Kiel, wird Innenminister und Volksbildungsminister. Klagges wird von Franzen zum Hilfsreferenten ins Volksbildungsministerium berufen.

Merkwürdig ist, daß die braunschweiger NSDAP bei der Besetzung ihres Ministerpostens nicht zum Zuge kommt, sondern ein externer Kandidat berücksichtigt wird. Zörner hat mit Sicherheit Ambitionen auf das Amt gehabt. Auch ein zweiter Externer, Klagges, will nach ei-

genen Angaben bereits 1930 als Volksbildungsminister vorgesehen gewesen sein. Dies sei wegen der Verkleinerung des Kabinetts auf zwei Minister nicht möglich gewesen (Klein 2014, S. 34). Klagges wurde später aber (vermutlich zur Kompensation) Regierungsrat im Volksministerium und damit zweiter Mann hinter Franzen und dessen potentieller Nachfolger. Da es sich bei der braunschweiger Koalitionsregierung um eine der wenigen Machtpositionen der NSDAP gehandelt hat, dürfte die berliner Parteizentrale, womöglich sogar Hitler selber, die Personalentscheidung getroffen haben. Warum hat Hitler sich für Klagges entschieden? Hat womöglich Goebbels pro Klagges interveniert? Ging es schon darum, eine starke Persönlichkeit in petto zu haben, die es mit der BEL aufnimmt?

Hauptaufgabe der neuen Regierung soll die „Säuberung“ der Lehramtsausbildung im Ministerium, in der Schulverwaltung und in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH von Sozialdemokraten sein.

Bei den anschließenden Etatberatungen im Landtag, die die prekäre Finanzlage des Freistaats deutlich machen, wird, von Roloff angestoßen, diskutiert, ob die Selbständigkeit des Landes oder der Anschluß an Preußen vorzuziehen sei. Die NSDAP ist entschieden für die Selbständigkeit.

U.a. an dieser Kontroverse wird die Koalition später zeitweilig zerbrechen. Braunschweig war nach Mecklenburg-Strelitz das am meisten verschuldete Land im Reich. Die NSDAP war dennoch vehement für die Selbständigkeit, um die von Hitler skizzierte Machtposition einer Regierungsbeteiligung nicht zu verlieren.

Trotz knapper Finanzen wird eine neue Professur für die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH in den Haushalt eingestellt.

Daß eine solche Professur eingerichtet wurde, geht aus dem Antrag des Dekans der Kulturwissenschaftlichen Abteilung vom 24.11.1930 indirekt hervor. Für wen war die neue Professur gedacht? Als Kandidaten bieten sich an Roloff – als Belohnung für seine Kooperation und als Ersatz für seinen Verzicht auf ein Ministeramt – oder womöglich bereits Hitler, um den in Thüringen mißglückten Einbürgerungsversuch zu wiederholen?

Im Allgemeinen Anzeiger erscheint eine Kurzbiographie mit Foto von Landtagspräsident Zörner. Darin wird betont, daß er seit 1922 in der NSDAP aktiv ist und zu den Gründern der Partei in Braunschweig gehört.

Dies demonstriert die herausragende Position von Zörner in der braunschweiger NSDAP.

4.10.1930

Ein neuer Schulerlaß von Franzen revidiert die Reformen der SPD auf dem Bildungssektor.

Das Reichsgericht verkündet das Urteil im „Ulmer Reichswehrprozeß“. Bezüglich der Aussage Hitlers heißt es: „Adolf Hitler hat...unter Eid...mit unzweideutigen Worten erklärt, daß er seine Ziele nur noch auf streng legalem Wege verfolge, daß er den Weg in München im November 1923 nur 'aus Zwang' gegangen sei und diesen Weg schon deshalb nicht mehr beschreite, weil er bei dem wachsenden Verständnis, das Deutschland der völkischen Freiheitsbewegung entgegenbringe, ein illegales Vorgehen gar nicht nötig habe; die Gewalt falle ihm mit der Zeit auf legalem Wege von selbst zu.“ (zitiert nach Maser 1972, S. 297)

Damit sollte Hitler angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit nur zu recht haben. Der radikale Flügel der SA opponierte allerdings gegen den Legalitätskurs, da er weiter auf die revolutionäre Machtergreifung setzte. Bemerkenswert ist, daß das Gericht die Aussagen des Zeugen Hitler politisch bewertet und ihm so in gewisser Weise die Absolution bezüglich des Putschversuchs von 1923 erteilt.

5.10.1930

Reichskanzler Brüning (Zentrum) trifft sich erstmals mit Hitler in Begleitung von Frick und Gregor Strasser. Brüning informiert Hitler über seinen rigiden Sparkurs und appelliert an Hitler, eine konstruktive Opposition zu betreiben. Hitler wird in dem Gespräch ausfallend. (vgl. dazu Ullrich 2013, S. 265f.)

Falls Brüning die Absicht gehabt haben soll, Hitler an der Regierung zu beteiligen, so muß ihm die Unterredung klar gemacht haben, daß dies keine Option sein kann. Immerhin fängt die Reichsregierung (wie das Reichsgericht) an, Hitler als politischen Faktor ernst zu nehmen.

12.10.1930

Der Gemeinderat von Bodenstedt beschließt, daß der Hilfslehrer Clemens die Vertretung für den Lehrer Schmidt (zum Landtage gewählt) übernimmt. (Gemeinderatsprotokoll)

Damit ist Schmidt (Bodenstedt) aus dem Schuldienst ausgeschieden.

13.10.1930

Eröffnung des Reichstags. Die 107 NSDAP-Abgeordneten erscheinen in Parteiuniform.

Minister Franzen versucht durch eine Falschaussage (Meineid) in Berlin, einen Parteifreund der Verhaftung zu entziehen. Die SPD startet eine Kampagne gegen Franzen. Die DVP fordert den Rücktritt von Franzen. Die Affäre führt fast zum Bruch der Koalition. Das Reichsinnenministerium sperrt den Polizeikostenzuschuß des Reiches.

Um auf Franzen, dem die Polizei unterstellt ist, Druck auszuüben. Hier hätte die DVP erstmals die Seiten wechseln können. Mit dem Polizeikostenzuschuß hatte die Reichsregierung einen Hebel, um politischen Druck auf das finanziell klamme Braunschweig auszuüben. Finanzminister Küchenthal hatte diese Befürchtung später auch anläßlich der Verbeamtung Hitlers.

20.10. – 1.11.1930

Erste Verbote von Franzen gegen die SPD

29.10.1930

Der Abgeordnete Madel (NSDAP) tritt zurück, weil eine frühere Verurteilung bekannt wird. Für ihn rückt Friedrich Alpers (Sonnenberg) nach.

Dieser Wechsel stärkt den radikalen Flügel innerhalb der Fraktion.

30.10.1930

Die Regierungserklärung Küchenthals kündigt den Sparkurs an.

Die 8. Abteilung beschließt, eine planmäßige o. Professur für Methodik und Didaktik zu beantragen. Die bisherigen Anträge zur Einrichtung von planmäßigen a.o. Professuren für Literatur, Geschichte, Psychologie, Anglistik und Romanistik sollen zugunsten des neuen Antrags zurückgestellt werden. (Protokollbuch)

Hintergrund ist der Rücktritt von Staats mit Amtsantritt der neuen Landesregierung, der bislang für Methodik und Didaktik zuständig war.

31.10.1930

Goebbels notiert in seinem Tagebuch ein Treffen mit Klagges, bei dem dieser mehr Sozialismus für die Partei fordert.

Klagges hatte sich als Wirtschaftstheoretiker der Partei in Konkurrenz zu Feder profiliert und wurde 1932 mit der Leitung der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der NSDAP beauftragt.

1.11.1930

Seit diesem Datum ist die neue, durch den Haushalt bewilligte, planmäßige a.o. Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung besetzbar.

Diese Professur war für Roloff als Kompensation für seine Nichtberücksichtigung bei der Regierungsbildung gedacht. Zum 1.2.1931 wurde sie tatsächlich mit Roloff besetzt.

11.11.1930

Erlaß von Minister Franzen, in dem er eine Besetzung der neugeschaffenen planmäßigen a.o. Professur in Richtung „Geschichte und Staatsbürgerkunde“ wünscht.

Klagges wird wegen NS-Propaganda als Konrektor einer Mittelschule in Benneckenstein (Harz) vom preußischen Staatsdienst ohne Pensionsbezüge suspendiert.

Während der kurzzeitigen Arbeitslosigkeit betätigt er sich als Parteiredner für die NSDAP. Ein Angebot von Goebbels (bzw. Hitlers – so Klein 2014, S. 35), dessen Stellvertreter als Reichspropagandaleiter in Berlin zu werden, lehnt Klagges ab.

Klagges wird für die Ablehnung später programmatisch-ideologische Differenzen nennen. Evtl. hat auch die geringe Bezahlung und der deshalb notwendig gewordenen Umzug der jungen Familie nach Berlin eine Rolle gespielt. (Klein 2014, S. 35) Evtl. sah Klagges in Braunschweig größere Aufstiegschancen (vgl. dazu Stubenvoll 1987, S. 46). Wenn das Angebot tatsächlich gemacht worden ist, dann hatte Klagges bereits damals gute Beziehungen zu Goebbels und Hitler. Klagges wurde von Roloff jun. als Chefideologe der NSDAP bezeichnet (Roloff 1981, S. 19).

Ein Kollege von Klagges in Benneckenstein, der Volksschullehrer Paul Meier, wird 1930 aus dem gleichen Grund ebenfalls ohne Pensionsansprüche aus dem preußischen Staatsdienst entlassen. Er wird am 1.4.1933 von Goebbels als Referent ins Propagandaministerium berufen und übernimmt 1933 nach der Gleichschaltung die Leitung der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) in Berlin. Seitdem nennt er sich Meier-Benneckenstein.

Diese Hinweise lassen auf eine enge institutionelle und ideologische Verbindung von Klagges, Meier(-Benneckenstein) und Goebbels schließen, die 1932 im Zusammenhang mit der vorgesehenen Berufung Hitlers als Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der TH Braunschweig auch fachlich relevant werden sollte.

18.11.1930

In Braunschweig werden (zum 1.2. bzw. 1.4.1931) 4 von 6 Kreisdirektoren Erdmann – Braunschweig, Rieke – Blankenburg, Schulz – Holzminden, Roloff – Gandersheim), 7 von 20 Schulräten, der Kommandeur der Schutzpolizei und der Leiter des Landeserziehungsamts entlassen, die alle der SPD angehören.

Besuch Hitlers in Braunschweig, um den örtlichen Parteiführern in einer internen Sitzung die politische Richtung zu weisen. Die Koalition mit der BEL ist nur Taktik. Verfolgt werden soll künftig eine Doppelstrategie: Agitation auf der Straße und im Parlament bei gleichzeitiger Deckung von oben durch die Regierungsbeteiligung.

Hitler verkündet damit eine Generallinie, die er in seinem privaten Brief von 1930 bereits skizziert hat. Nach Thüringen soll sie jetzt in Braunschweig ausprobiert und später im Reich verfolgt werden. In der Strategie zur Erringung der Macht soll Braunschweig zum Musterland der NSDAP werden. Braunschweig eignet sich dafür, weil seine Sozialstruktur im ländlichen Raum – kein Katholizismus – und seit der Weltwirtschaftskrise durch die wachsende Arbeitslosigkeit auch in der Stadt gute Voraussetzungen für den Aufstieg der NSDAP bietet.

22.11.1930

Abteilungssitzung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Anwesend sind Dekan Gehlhoff, Moog, Riekel, Geiger. Gehlhoff berichtet über den Erlass des Ministers vom 11.11.1930. Dennoch macht Gehlhoff den Vorschlag, die Mittel für eine o. Professur für Methodik und Didaktik zu verwenden: „Damit verhalten wir uns ablehnend gegenüber den Wünschen des Ministers. Wir werden zugleich Entgegenkommen zeigen müssen. Wir könnten Brüning u. Roloff als Abteilungsmitglieder aufnehmen u. beantragen, daß Roloff zum außerplanmäßigen Staatsbeamten wird. Zugleich will Roloff, um sich vom Landbund zu lösen, ein höheres Einkommen als Professor haben. Wir könnten beantragen, daß die Lehrbeauftragten Kolleggeldanteile bekommen.“

Es folgt der einstimmige Beschluß der Abteilung:

„1.) Angesichts der finanziellen Notlage des Braunschweigischen Staates einerseits und der durchschlagenden Bedeutung andererseits, die die beantragte planm. ord. Professur für Methodik u. Didaktik und ihre Besetzung mit einem Gelehrten von Ruf im Sinne der Abteilungsbeschlüsse vom 30.10.30 für den Wert und das Ansehen der braunschweigischen akademischen Lehrerbildung haben, schlägt die Abteilung vor, die im Staatshaushalt 1930 ausgeworfenen Mittel der Einrichtung des genannten Ordinariats zugute kommen zu lassen.

2.) Die Abteilung beantragt, daß den Professoren Dr. Roloff u. Dr. Herwig wie Prof. Dr. Brüning der Charakter eines außerplanmäßigen Staatsbeamten unter Beibehaltung ihrer außerplanmäßigen Professuren verliehen wird. In Verbindung damit beantragt die Abteilung, daß diejenigen außerordentlichen Professuren, die außerplanmäßige Staatsbeamte sind, den üblichen Kolleganteil erhalten.

3.) Die Abteilung beantragt, daß Prof. Dr. Brüning und nach Bewilligung des Antrags Nr. 2 auch die Professoren Dr. Roloff u. Dr. Herwig zu stimmberechtigten Mitgliedern der VIII. Abteilung werden.“ (Protokollbuch S. 75/76)

Dieser Eintrag ist der einzige im gesamten Protokollbuch, der auf eine Kontroverse gegenüber dem Volksbildungsministerium hinweist. Gehlhoff will keine neue a.o. Professur für Geschichte und Staatsbürgerkunde wie der Minister, sondern eine o. Prof. für Methodik und Didaktik. Dies mag sachlich begründet sein. Evtl. geht es aber auch darum, Roloff als Kollegen zu verhindern. Dafür werden weitgehende Kompromißangebote gemacht. Daß in den internen Koalitionsvereinbarungen die neue Professur im Haushalt bereits für Roloff vorgesehen ist, weiß er offenbar nicht. Am 24.1.1931 sollte Roloff bereits ohne regelrechtes Berufungsverfahren Abteilungsmitglied sein.

24.11.1930

Dekan Gehlhoff leitet den o.g. Antrag über Rektor Schmitz an Minister Franzen weiter. Der Antrag nimmt Bezug auf die freie a. o. Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, die durch den Staatshaushalt 1930 bewilligt ist. Die Mittel dieser Professur sollen durch Umwidmung für eine planmäßige o. Professur für Methodik und Didaktik verwendet werden.

Laut Vorlesungsverzeichnis der TH für das Studienjahr 1930/31 gibt es eine unbesetzte Professur für „Deutsche Sprache und Literatur“. Die Denomination entsprach offenbar dem ursprünglichen Wunsch der Abteilung. Später sollte Hoppe darauf berufen werden.

30.11.1930

Bekanntmachung der neuen Fassung des Staatsbeamtengesetzes in Braunschweig mit Unterschrift von Küchenthal und Franzen. In § 5 heißt es: „Das Staatsministerium verleiht die Staatsämter nach freier EntschlieÙung und stellt die Staatsbeamten an.“

*Die Neufassung des Staatsbeamtengesetzes war eine Art Freibrief für die Einbürgerung Hitlers. Evtl. ist die Änderung aufgrund einer Koalitionsvereinbarung mit Blick auf Hitler vorgenommen worden. Die Sache hatte nur einen Haken. Da das Staatsministerium aus zwei Ministern bestand (Küchenthal und Franzen) mußten demnach **beide** Minister einer Ernennung zustimmen. Diese Bestimmung sollte für Klagges später ein Problem bei der beabsichtigten Berufung Hitlers zum Professor werden, da Küchenthal seine Unterschrift verweigerte.*

Aus der Formulierung „nach freier EntschlieÙung“ geht hervor, daß die Regierung bei der Einstellung eines Beamten autonom ist und nicht ein Parlamentsbeschluß Voraussetzung ist. Insofern konnte später Hitler sowohl zum Professor wie zum Regierungsrat auch ohne Zustimmung des Landtags ernannt werden, sofern eine freie Planstelle vorhanden war. Dies wäre im Falle der Professur gegeben gewesen, im Falle des Regierungsrats nur noch für einige Wochen, weil dafür eine freie Planstelle nur bis zum Ende des Haushaltsjahrs 1931 vorhanden war. Für den Haushalt 1932 war diese unbesetzte Stelle bereits im Haushaltsaus-

schuß zur Streichung vorgesehen. Der Landtag war also nur insofern beteiligt, als er den Beschluß des Haushaltsausschusses bei der Verabschiedung des neuen Haushaltes wieder rückgängig zu machen hatte. Die Frage ist von großer Relevanz, wenn es um die Verantwortung für die Verbeamtung Hitlers geht. Laut § 5 des Staatsbeamtengesetzes waren nur Kuchenthal und Klagges verantwortlich. Insofern ist die spätere Rechtfertigung Kuchenthals, er hätte nur einen Beschluß der BEL-Fraktion exekutiert, durch das Gesetz nicht gedeckt. Der Landtag kam nur ins Spiel über die Verabschiedung des Haushalts. Hier dürfte die entscheidende Frage sein, welche rechtliche Konsequenz der Streichbeschluß des Haushaltsausschusses hatte.

Aus diversen Paragraphen des Staatsbeamtengesetzes geht zwingend hervor, daß Hitler aufgrund seiner Weigerung, nach Ende des 2. Wahlgangs den Dienst als Regierungsrat anzutreten, hätte entlassen werden müssen. Dazu bedurfte es gar nicht des Kaisenberggutachtens. Mit der Entlassung hätte er zwangsläufig auch die Staatsangehörigkeit wieder verloren.

4.12.1930

Rektor Schmitz leitet den Antrag Gehlhoffs an Minister Franzen weiter.

11.12.1930

Hitler besucht Braunschweig. Anläßlich des Besuchs ändert die Braunschweigische Landeszeitung (BLZ) die politische Linie und unterstützt seitdem die NSDAP.

Es gab in Braunschweig 6 Tageszeitungen: Volksfreund (SPD), Neue Arbeiterzeitung, in Hannover produziert mit Reportern in Braunschweig (KPD), Braunschweigische Tageszeitung (NSDAP), Aufl. 2.500; Braunschweigische Landeszeitung (bürgerlich), Aufl. 16.000; Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger (bürgerlich - DVP), Aufl. 40.000; Braunschweiger Neueste Nachrichten (bürgerlich - DNVP), Aufl. 30.000. Alle drei bürgerlichen Zeitungen gehörten dem Verleger Paul Leonhardt, wenn sie auch in zwei verschiedenen Verlagen erschienen. Hinter dem politischen Seitenwechsel der Landeszeitung mögen auch wirtschaftliche Gründe des Verlegers gestanden haben, da er so die drei politischen Orientierungen seiner bürgerlichen Leserschaft – DVP, DNVP und NSDAP – bedienen konnte. Die BNN unterstützte Hindenburg im Wahlkampf. Die Landeszeitung hatte zwar unter den bürgerlichen Zeitungen die kleinste Auflage, aber das höchste Renomee, da sie auch die staatlichen Verlautbarungen abdruckte. Hamilton sieht im Seitenwechsel der Landeszeitung einen wesentlichen Grund, warum das braunschweiger Großbürgertum mehrheitlich Hitler und damit auch die Koalition BEL-NSDAP unterstützt hat. Der Rundfunk spielte als meinungsbildendes Medium noch keine Rolle. Die Gegenthese lautet, daß der Verleger nur auf den politischen Meinungswechsel reagiert hat. (Vgl. dazu Kaiser 1970, Hamilton 1984 und Roloff 1984)

17.12.1930

In der Sitzung der 8. Abteilung wird die Berufung Roloffs nicht offiziell verhandelt. (Protokollbuch)

1931

Jellinek veröffentlicht die 3. Auflage seines „Verwaltungsrechts“ mit einem auf eine mögliche Scheinernennung Hitlers zum Beamten gemünzten Zusatz.

Kaisenberg wird diesen Zusatz in seinem Gutachten am 1.2.1932 zitieren.

Hitler erfährt durch Frank von der Möglichkeit, daß er aufgrund seiner unklaren Abstammung „Vierteljude“ sein könne.

Frank wird die Vermutung 1946 popularisieren. Hitler versucht in der Folgezeit, alle Dokumente, die seine Biographie betreffen, an sich zu bringen bzw. zu vernichten. Das gelingt nur bedingt.

1931-1932

Staatssekretär Pünder notiert in seinen „Tageszetteln“ alle Besuche, Verhandlungen und sonstige Vorgänge in der Reichskanzlei.

Die „Tageszettel“ bilden die Grundlage der Memoiren von Reichskanzler Brüning über den fraglichen Zeitraum und sind eine wichtige Quelle über die Vorgeschichte und die Umstände der Wiederwahl des Reichspräsidenten 1932.

1.1.1931

Dietrich Klagges wird Regierungsrat im Braunschweigischen Staatsministerium.

Der spätere Architekt und Stadtplaner Peter Koller wird Mitglied der NSDAP.

Koller hatte Ende 1930, beeindruckt durch den Erfolg der NSDAP in der Septemberwahl, einen Mitgliedsantrag gestellt. Sein frühes Eintrittsdatum in die NSDAP wird in seinem Entnazifizierungsverfahren 1948 dazu führen, daß er in Kategorie IV eingestuft wird.

5.1.1931

Ernst Röhm wird von Hitler zum „Obersten Stabschef der SA“ als seinem Vertreter ernannt. Die Führung der SA wird reorganisiert.

Der Vorgang ist bedeutsam für den weiter schwelenden Konflikt zwischen Partei und SA über den Kurs der Partei, insbesondere die Frage, ob die Macht auf legale (Partei) oder revolutionäre (SA) Weise errungen werden soll. Hitler wollte mit der Ernennung Röhm's seine Macht über die SA festigen. Er hatte am 25.9.1930 vor dem Reichsgericht in Leipzig den „Legalitätseid“ geschworen. Der Konflikt wird am 1.4.1931 im „Stennes-Putsch“ kulminieren.

Das Verhältnis Röhm's zu Strasser entwickelt sich spannungsreich, da Röhm bei einem Ausfall Hitlers Konkurrent Strassers um die Parteiführung geworden wäre. (Kissenkoetter 1978, S. 80)

7.1.1931

Franzen lehnt den Antrag Gehlhoff vom 24.11. ab, fordert Gehlhoff stattdessen auf, die seit dem 1.11.1930 unbesetzte planmäßige a.o. Professur mit der von ihm vorgenommenen Denomination „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ zu versehen und alsbald zu besetzen. Diesbezügliche Vorschläge sollen innerhalb von drei Wochen gemacht werden.

Franzen will keine zwei neuen Professuren, sondern nur, daß die im Staatshaushalt neu eingerichtete Stelle mit Roloff besetzt wird. So wird erstmals an der TH eine Professur mit der Teildenomination „Staatsbürgerkunde“ (= Politikwissenschaft) geschaffen. Sie ist als Kompensation für Roloff bestimmt, der bei der Regierungsbildung zu kurz gekommen ist. 1913 war Roloff genau diese Venia an der TH verliehen worden. Da Franzen diesen Zusammenhang kaum bekannt gewesen sein dürfte, hat Roloff ihm vermutlich die Denomination selber nahe gelegt. Offenbar waren Gehlhoff und Schmitz in eine diesbezügliche Absprache Franzen/Küchenthal/Roloff im Zuge der Koalitionsverhandlungen nicht eingeweiht. Hoppe wurde allerdings 1932 doch noch auf eine Professur für „Deutsche Sprache und Literatur“ berufen. Auch die Rolle Hoppes (ursprünglich SPD-Mitglied und sich seit 1932 in Richtung NSDAP orientierend) sollte erforscht werden.

9.1.1931

Rektor Schmitz erklärt, daß eine Dreierliste innerhalb von 3 Wochen nicht erstellt werden kann, und schlägt deshalb eine Einerliste mit dem Privatdozenten für Geschichte und Staatsbürgerkunde a.o. Prof. Dr. Roloff vor.

Klagges erhält seine Ernennungsurkunde (zum 1.1.) von Ministerialrat Kiesel.

Kiesel wird später ein getreuer Gefolgsmann von Klagges und sucht ihn sogar noch 1950 als Zeuge im Klaggesprozes zu entlasten.

11.1.1931

46 Lehrer werden zum 1.4. in Ruhestand versetzt. 26 dissidente Lehrer, die noch keine Planstelle haben, werden entlassen (Roloff 1961, S. 40).

Datierung und Umfang der Entlassungen sind in der Literatur umstritten.

15.1.1931

Strasser gründet die NSBO auf Reichsebene als Gegenstück zu den Gewerkschaften.

16.1.1931

Franzen beauftragt den Rektor, die planmäßige a.o. Professur für Geschichte und Staatsbürgerkunde mit PD Dr. Roloff zu besetzen.

Die politisch und nicht akademisch legitimierte Berufung Roloffs muß dem Rektor mißfallen haben.

23.1.1931

Prorektor Mühlenpfort sendet den Dienstvertrag für Roloff an Franzen, der auf den 1.1.1931 vordatiert werden soll. Noch am selben Tag erfolgt der entsprechende Beschluß Franzens.

24.1.1931

Roloff nimmt erstmals an einer Sitzung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung teil. Roloff übernimmt das Protokoll. (Protokollbuch)

Daß die Abteilung ihn eigentlich nicht wollte, geht aus dem Protokollbuch nicht hervor. Es kommt auf dieser Sitzung zum Eklat im Streit um Riekel.

26.1.1931

Schreiben Franzens an Mühlenpfort, daß Roloff mit Wirkung vom 1.2. zum planmäßigen a.o. Professor, Besoldungsgruppe A 2 b, ernannt und damit verbeamtet wird.

Damit wird auch Roloff wie zuvor Klagges „Parteibuchbeamter“ und dazu noch im Eilverfahren ohne Berufungskommission, Anhörungsvorträge, auswärtige Gutachten, Abteilungs- und Senatsbeschluß. Genau dies hatte die BEL zuvor an der SPD kritisiert und als eine wesentliche Begründung für den Regierungswechsel in Braunschweig angeführt. Küchenthal berichtet, daß er von Roloff kurz vor der Ernennung indirekt aufgefordert worden ist, ihn (Roloff) auf eine seit dem 1.4.1930 freie Professur zum 1.1.1931 zu ernennen. Das Datum widerspricht dem Datum aus dem Antrag Gehlhoff. Vgl. dazu die Abschrift eines von Roloff stammenden Zettels in Küchenthal 1969, Bd. III, S. 227. Laut Küchenthal 1973, Bd. I soll Schmitz Roloff nicht akzeptiert haben, weil er von einem Nazi berufen worden sei. Das galt aber auch für andere. Evtl. hat Schmitz Roloff wegen des offensichtlichen politischen Deals nicht akzeptiert. Diese mangelnde Akzeptanz mag später in der Frage der Berufung Hitlers das Verhalten Roloffs beeinflussen haben.

Jedenfalls haben beide, bei den Koalitionsverhandlungen zu kurz gekommenen, braunschweiger Ministerkandidaten eine Kompensation erhalten: Zörner als Landtagspräsident und Roloff als Professor. Roloff wird damit Beamter auf Lebenszeit und kann die Tätigkeit als Geschäftsführer des Landbunds aufgeben. In diesem doppelten Geschäft liegt vielleicht der Grund, warum die BEL als größere Fraktion in der Koalition gegenüber der NSDAP auf das Amt des Landtagspräsidenten verzichtet hat.

Februar 1931

5 Mio. Arbeitslose

Die gemäßigten Konservativen sondieren erstmals die Idee, die Amtszeit Hindenburgs in Anbetracht seiner auslaufenden ersten Amtszeit auf Lebenszeit zu verlängern.

Brüning wird sich dieser Idee Ende 1931 anschließen. Die Frage lautet: Ab wann hat sich Hitler damit bzw. mit einer eigenen Kandidatur auseinandergesetzt?

Zörner wird Fraktionsführer der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP.

Damit wächst sein Einfluß in der braunschweiger NSDAP.

3.2.1931

Ernennung Roloffs zum planmäßigen a.o. Professor für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ rückwirkend zum 1.2.1931 durch Umwidmung der vakanten Stelle.

Etatrede Küchenthals für 1931 im Landtag: Die Sanierung des Staatshaushalts soll durch Einsparungen im Personalbestand vor allem im Erziehungswesen erbracht werden (= finanzielle Begründung der Entlassung von SPD-Lehrern). Der TH-Haushalt soll dennoch um 13.290 RM gesteigert werden: „Die Erhöhung der Ausgaben ist im wesentlichen auf die Einstellung der

Bezüge für eine ordentliche und eine außerordentliche Professur, sowie die Vergütung für einen hauptamtlichen Turn- und Sportlehrer zurückzuführen. Die planmäßige ordentliche Professur ist für die 8. Abteilung bestimmt und wird für unbedingt erforderlich gehalten, um für die planmäßige Ausbildung der Lehrerstudenten die ordnungsgemäße und anderen Ausbildungsstätten gleichwertige Grundlage zu schaffen.“ (MS der Rede, S. 27, Nachlass Küchenthal, Landesmuseum)

Ist die ordentliche Professur bereits für Hitler (?) oder für Roloff vorgesehen, der damit abermals befördert werden würde? Die a.o. Roloff-Professur würde, wenn die o. Professur für Roloff vorgesehen war, für den 1932 berufenen Hoppe frei. Die a.o. Professur war für die Luftfahrt vorgesehen und womöglich eine Kompensation, um den Unmut von Rektor Schmitz zu besänftigen.

7.2.1931

Der Reichstag lehnt mit 293 : 221 Stimmen die von NSDAP und KPD eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung ab.

9.2.1931

Die Parteien der Harzburger Front (NSDAP und DNVP) ziehen wegen der Ablehnung der Mißtrauensanträge bis 31.10.1931 aus dem Reichstag aus.

Das war ein taktischer Fehler, weil sie sich damit der Einflußnahme begaben.

17.2.1931

Haushaltsdebatte mit 1. Lesung im Braunschweigischen Landtag

21./22.2.1931

Der Gauparteitag der NSDAP findet in Braunschweig statt und wird von Gauleiter Bernhard Rust eröffnet, weil in Hannover (Preußen) ein Uniform- und Aufmarschverbot besteht. Hitler nimmt teil.

Auffällig ist, daß sich die Besuche Hitlers in Braunschweig häufen, solange die Koalitionsregierung besteht. Sie unterstreichen deren strategische Bedeutung und die kontinuierliche Einflußnahme Hitlers auf die braunschweiger Politik. Nach der „Machtergreifung“ werden seine Besuche seltener, weil Braunschweig nicht mehr wichtig ist für die Partei.

Frühjahr 1931

Franzen will die Hochschule, insbesondere die Kulturwissenschaftlichen Abteilung (für Lehrerbildung), „säubern“ und die Reformpädagogen/SPD-Mitglieder entfernen. Dabei bedient er sich legaler Mittel. Der Hochschulreferent, Ministerialrat Paul Albrecht, wird von Franzen im Amt belassen.

Auf der Entlassungsliste stehen Jensen, Paulsen, Riekkel, Geiger, Staats, die allerdings jeweils einen unterschiedlichen Status haben. Nur Geiger, Jensen und Riekkel sind verbeamtete Professoren. Lehraufträge werden jeweils für ein Jahr vergeben. Diese mußten nur, wie im Falle von Paulsen und Staats, nicht verlängert werden. Professoren waren, solange man sich noch an Recht und Gesetz hielt, nicht so ohne weiteres zu entfernen.

Jensen, Paulsen und Riekkel waren Reformpädagogen, die von der SPD bzw. dem zuständigen Minister Sievers gefördert wurden. Voraussetzung zur Reform des Schulwesens war eine reformpädagogische Ausrichtung der Ausbildung von Gymnasial-, vor allem aber von Volksschullehrern, deren seminaristische, d.h. unterhalb der Hochschule angesiedelte Ausbildung, akademisch aufgewertet werden sollte. Dies setzte wiederum die Berufung von Reformpädagogen auf die Professuren in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH voraus. Wenn man umgekehrt die Lehramtsausbildung und damit den Schulunterricht im Sinne der NS-Ideologie ausrichten wollte, mußte Franzen bzw. mußten später noch radikaler Klagges/Schmidt-Bodenstedt konsequenterweise wieder bei den Professoren für die Lehramtsausbildung ansetzen und das Lehrpersonal austauschen. Hierbei fand der NS-Volksbildungsminister solange Zustimmung bei den bürgerlichen Professoren, insbesondere bei Roloff, solange es gegen die Reformpädagogik der SPD ging. Er stieß erst auf deren Widerstand, als es um die Durchsetzung der NS-Ideologie auf Kosten einer akademischen Ausbildung bzw. eines bürgerlichen Bildungsverständnisses ging, wie sie seit 1937 an der Bernhard Rust-Hochschule betrieben wurde.

Aus der als erste vorgenommenen Entlassung Riekfels und der langen Vakanz der Stelle ergab sich die Möglichkeit, durch Umwidmung der Denomination eine Professur für Hitler zu schaffen, um ihn über die Verbeamtung einzubürgern. Die neu eingerichtete Professur war ja bereits mit Roloff besetzt worden und nicht mehr verfügbar. Als Klagges den Auftrag erhielt, Hitler die für dessen Präsidentschaftskandidatur notwendige deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen, sah er in der Berufung eine elegante Möglichkeit zur Umsetzung des Auftrags, da die Hochschule in sein Ressort fiel. Aufgrund der Umwidmung der Denomination glaubte er, an der Hochschule vorbei agieren zu können, da es sich in seinem vorgeblichen Verständnis um eine ganz neue Professur handelte, die nicht der Zustimmung der Hochschule bedurfte.

Viele Indizien sprechen dafür, daß das Vorhaben seit den Koalitionsverhandlungen 1930 für alle Fälle geplant war, um es bei Bedarf rasch umsetzen zu können. Diese Vermutung läßt sich allerdings nicht aus den Personalakten belegen.

23.2.1931

Riekel beklagt sich bei Ministerialrat Albrecht über den öffentlichen Druck gegenüber seiner Person.

Hintergrund waren auch persönliche Konflikte Riekels mit diversen Kollegen aus der 8. Abteilung. Seine Entlassung hatte offenbar nicht nur politische Gründe, da er auch mit den SPD-Mitgliedern der 8. Abteilung in Konflikt geraten war. (Vgl. dazu Ludewig 2012)

28.2.1931

Dekan Gehlhoff distanziert sich von Riekel in einem Gutachten.

1.3.1931

Kommunalwahlen im Freistaat Braunschweig. In der Stadt erhalten SPD 14, KPD 4, NSDAP 10 Sitze, die BEL zusammen 7 Sitze. Zörner steht auf Platz 1 der NSDAP-Liste. Erich Langebartels (Zahnarzt - DNVP) steht auf Platz 1 der BEL. Ernst Böhme (SPD) bleibt Oberbürgermeister. Umgerechnet auf den Landtag hätte die Linke 20 statt 19 Mandate (SPD = 16, KPD = 4, NSDAP = 12, BEL = 8) und damit wieder die Mehrheit erhalten. Die DVP verliert zu Gunsten von DNVP und NSDAP. (Wahlergebnisse in Braunschweigische Landeszeitung vom 2.3.1931)

Ernst Zörner wird Fraktionsführer der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion.

Damit nimmt er in beiden braunschweiger Parlamenten eine herausgehobene Funktion wahr.

In der Gemeinde Bodenstedt (Landkreis Braunschweig) ergibt die Wahl folgende Verteilung der 9 Gemeinderatssitze: NSDAP 4, DNVP 2, SPD 2, KPD 1. Der Gemeinderat wählt Carl Lauenstein (DNVP und örtlicher Stahlhelmführer) mit 5 : 4 Stimmen gegen die NSDAP zum Gemeindevorsteher. (Gemeinderatsprotokoll im Archiv der Gemeinde Vechelde)

Auch wenn es sich um ein lokales Ereignis handelt, so zeigt es doch, daß eine Rechtskoalition nicht überall im Freistaat die Regel war. In Bodenstedt gab es jedenfalls einen harten Gegensatz zwischen SA und Stahlhelm bzw. NSDAP und DNVP als Vertretung der Großbauern. Lauenstein sollte später anläßlich des „Stahlhelmutputschs“ in Bodenstedt verhaftet werden.

Die Kommunalwahlen waren für die DVP ein deutliches Warnsignal, keinen Bruch der Koalition mit anschließenden Neuwahlen zu riskieren, weil sie auch auf Landesebene herbe Verluste

befürchten mußte. Dies liefert eine Erklärung, warum sie in den diversen Koalitionskrisen immer wieder klein beigegeben hat.

(oder 1.1.1931) Klagges wird auf Vorschlag von Gauleiter Rust gegen den Widerstand der DVP zum Regierungsrat im Volksbildungsministerium und damit zum Stellvertreter von Franzen ernannt. (Klein 2014, S. 35)

Dabei dürfte es sich um eine Kompensation für seine Nichtberücksichtigung als Minister gehandelt haben. Es handelte sich um einen weiteren Fall eines Parteibuchbeamten der Gegenseite.

13.3.1931

Gehlhoff verfaßt ein negatives Gutachten über Riekel für den Rektor der TH Braunschweig mit Kopie an Klagges.

Klagges wird von der TH als einflußreich wahrgenommen.

17.3.1931

Gehlhoff stellt den Antrag, ein Ordinariat für praktische Pädagogik zu schaffen, um Riekel zu ersetzen.

Riekel ist offenbar von seinen Kollegen aus persönlichen Gründen regelrecht gemobbt worden. (vgl. dazu Wettern/Weßelhöft 2010, S. 39, Schüler 1995 und Ludewig 2012)

28.3.1931

2. Lesung des Haushalts für das Jahr 1931 im Landtag. Der Sparhaushalt wird mit 21 : 18 Stimmen angenommen.

1.4.1931

Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Innenminister Frick in Thüringen findet mit den 5 Stimmen der DVP eine Mehrheit. Die NSDAP scheidet aus der thüringischen Regierung aus.

Damit verhält sich die DVP in Thüringen konträr zu Braunschweig, wo auch ein Koalitionswechsel der 4 DVP-Abgeordneten zur SPD möglich gewesen wäre. In Thüringen vermied sie die Neuwahl durch Koalitionswechsel, in Braunschweig durch Nachgeben gegenüber der NSDAP. Allerdings bestand der Unterschied darin, daß die DVP in Thüringen keine Listenverbindung mit anderen Parteien eingegangen war. Insofern hätte ein Koalitionswechsel in

Braunschweig auch immer die Sprengung der BEL bedeutet. Weil die Braunschweiger NSDAP mit einem Koalitionswechsel rechnen mußte, war sie immer wieder trotz harter Konflikte, solange sie auf die BEL bzw. DVP angewiesen war, konzilient. Insofern hatte der thüringer Koalitionsbruch Konsequenzen für die braunschweiger NSDAP.

Zwischen SA und Partei kommt es zum Konflikt um den Legalitätskurs der NSDAP. Walter Stennes, Stellvertreter des obersten SA-Führers, führt die radikale Fraktion an, die den Legalitätskurs nicht mitmachen und auf revolutionäre Weise die Macht erringen will („Stennes-Revolté“). Stennes und alle mit ihm sympathisierenden SA-Führer werden im April 1931 im Eilverfahren aus der Partei ausgeschlossen. Stennes gründet danach die „Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands“ (NSKD) und bekämpft die NSDAP von links.

Stennes wird später bei der Aufdeckung des gescheiterten Einbürgerungsversuchs Hitlers in Thüringen eine Rolle spielen. Das zeitliche Zusammentreffen (Sturz von Frick und Stennes-Revolté) ist bemerkenswert, insofern der Sturz von Frick ein Scheitern des Legalitätskurses zum Ausdruck brachte. Aus der Perspektive von Hitler drohte die Gefahr, daß die braunschweiger DVP dem Vorbild der thüringer Parteifreunde folgte. Damit wäre auch der Legalitätskurs vorerst gescheitert gewesen.

10. – 11.4.1931

Streiks an den Braunschweiger Schulen wegen der Entlassung der Lehrer.

12.4.1931

Roloff veröffentlicht in den BNN den Artikel „Wer gefährdet den Kredit des Landes?“ Er stellt darin fest, daß die Regierungskoalition gut zusammenarbeitet. In derselben Nummer wird über eine Rede des Landtagsabgeordneten Brandes (DVP) berichtet, daß der Sturz des NS-Innenministers Frick in Thüringen keinen Einfluß auf die Braunschweiger Koalition habe. Franzen habe weiterhin das Vertrauen der BEL.

Es handelt sich in Reaktion auf die thüringer Ereignisse um eine konzertierte Aktion von DNVP und DVP, die über die BNN lanciert wird und der Erwartung entgegen treten soll, daß jetzt auch ein Koalitionswechsel durch Seitenwechsel der DVP in Braunschweig bevorstehe. Also hatte das thüringer Beispiel doch Wirkung in Braunschweig gezeigt und für Erklärungsdruck gesorgt.

13.4.1931 (oder 14.4.)

Die Kulturwissenschaftliche Abteilung (Gehlhoff, Roloff, Moog, Geiger, Jensen) beantragt die Emeritierung Riekels. Senat und Rektor stimmen zu.

Dahinter stehen fachliche und persönliche Motive wie z.B. der Konflikt Geiger – Riekel. Jensen und Geiger sind SPD-Mitglieder wie Riekel.

15.4.1931

Der „Volksfreund“ wird wegen des Streikaufrufs für drei Wochen verboten.

Der Minister entbindet Riekel von seinen amtlichen Verpflichtungen auf Antrag des Senats.

Der Druck auf Jensen, Paulsen, Geiger und Staats nimmt zu. Riekel war der erste Hochschul-lehrer in Deutschland, der von einem NS-Minister entlassen wurde. Vermutlich war er mit seinen damals 35 Jahren auch der jüngste Emeritus. Danach blieb die Stelle aus diversen Gründen bis zum 1.4.1934 unbesetzt. Der Wunschkandidat der Abteilung für die Wiederbe-setzung, Oswald Kroh, nahm den Ruf nicht an. Stattdessen wurde dessen ehemaliger Assis-tent, Gerhard Pfahler vorgeschlagen. Franzen stimmte zu. Doch dann kam die Regierungskri-se. Klagges, als Nachfolger von Franzen gerade ins Amt gekommen, lehnte ab. Der spätere Favorit von Klagges zur Wiederbesetzung war Kriek, den wiederum die Abteilung ablehnte. Laut Weßelhöft habe die Hochschulleitung im November 1931 die Riekel-Stelle in eine a.o. Professur für Psychologie umwandeln wollen, die Bernhard Herwig erhalten sollte. Klagges habe das abgelehnt, da „die eine noch vakante Planstelle im Staatshaushalt für das Rech-nungsjahr 1931 als wegfallend bezeichnet ist.“ (Mitteilung von Ludewig vom 28.4.2014). Was wollte Klagges damit bezwecken? Hitler-Professur?

Eine andere Version lautet, daß bereits Franzen die Berufung von Kriek verzögerte, um die Stelle für Hitler freizuhalten. (vgl. dazu Bei der Wieden 1996, S. 97) Wenn letztere These stimmt, ist das ein weiteres Indiz, daß es, schon lange bevor die Einbürgerung Hitlers akut wurde, Absprachen zwischen Berlin und Braunschweig gegeben hat bzw. spätestens bei den Verhandlungen zur Wahl von Klagges dies vorgesehen wurde. Die sich später ergebende Konstellation anlässlich des Auslaufens der ersten Amtsperiode von Hindenburg hat das laten-te Problem nur akut werden lassen.

21.4.1931

Riekel tritt als Institutsdirektor zurück. In den BNN erscheint der Artikel „Aufräumungsarbei-ten an der Technischen Hochschule“. In dem Artikel werden erstmals betroffene Personen namentlich genannt.

22.4.1931

Die Koalitionsregierung in Thüringen zerfällt durch den Austritt der DVP.

2.6. 1931

Hitler drängt Franzen aus taktischen Gründen, die Notverordnungen Brüning's, die zu harten Einsparungen in den Länderhaushalten führen, in Braunschweig besonders drastisch umzusetzen. Franzen kündigt seinen Widerstand gegen diese Linie an und erklärt seine Rücktrittsabsicht (laut Roloff 1961, S. 57) gegenüber der Parteiführung in Berlin.

Er soll laut Schildt 1981 mehrfach mit Heß und Rust in der Frage verhandelt, aber keine klare Antwort erhalten haben. Hitler müssen die Konsequenzen eines Rücktritts vor dem Hintergrund seiner strategischen Überlegungen und der Erfahrungen in Thüringen klar gewesen sein. Daß Franzen keine Antwort erhält, liegt vielleicht an innerparteilichen Konflikten zwischen Hitler und Strasser bzw. zwischen dem nationalen und dem sozialistischen Flügel der NSDAP. Möglicherweise war ein Grund auch die notorische Entscheidungsschwäche Hitlers.

12.6.1931

Schrader (Staatspartei) droht Franzen in einem persönlichen Schreiben, seine Unterstützung einzustellen, wenn die Angriffe der NSDAP im Reich auf den Jungdeutschen Orden nicht aufhören. Franzen antwortet nicht auf den Brief.

Wollte er nicht? Konnte er nicht? Durfte er nicht?

17.6.1931

Entschließung des Landtags an den Reichspräsidenten, die Notverordnung wegen des wirtschaftlichen Drucks für Braunschweig zurückzuziehen.

Sommer 1931

Dietrich Klagges verfaßt das Manuskript zu „Idee und System“ (Klagges 1934)

Der Text wird ihm im Frühjahr 1933 als Grundlage seiner Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin dienen, die er auf Veranlassung des Reichspropagandaministeriums halten wird. Darin finden sich die ideologischen Inhalte der für Hitler im Februar 1932 vorgesehenen Professur an der TH Braunschweig.

3.7.1931

Zweites Schreiben von Schrader an Franzen mit der Ankündigung, die Unterstützung einzustellen, weil Franzen auf das erste Schreiben nicht reagiert hat.

7.7.1931

Franzen entschuldigt sich gegenüber Schrader durch urlaubsbedingte Abwesenheit, betrachtet die Aufkündigung der Unterstützung aber als Kampfansage und kontaktiert Franz Groh.

9.7.1931

Hitler konferiert mit Hugenberg über die Zusammenfassung der Nationalen Opposition

Daraus wird die „Harzburger Front“ resultieren.

10.7.1931

Schrader signalisiert Gesprächsbereitschaft, die aber von Franzen nicht wahrgenommen wird.

15.7.1931

Der NS-Student Gille veröffentlicht im Völkischen Beobachter einen Angriff auf die TH Braunschweig.

27.7 1931

Rücktritt von Franzen, der zum sozialistischen, aber moderaten Flügel der NSDAP gehört, mit Schreiben an Zörner (nicht Küchenthal) mit der Begründung: „Durch die fortgesetzt erweiterte und verschärfte Notverordnungs politik des Reiches haben die kleinen Länder die letzten Reste ihres staatlichen Eigenlebens verloren und sind zu völlig unselbständigen Reichsverwaltungsbezirken herabgesunken. Den Ministern in diesen Ländern ist damit im Widerspruch zu den Verfassungen jede Wirkungsmöglichkeit im Sinne einer Landesregierung genommen. Ich lehne es ab, als Vollziehungsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechter Weise belastenden Brüning-Diktatur tätig zu sein und trete daher von dem mir am 1. Oktober 1930 übertragenen Ministeramt zurück. Bis zur Wahl des Nachfolgers werde ich nur die laufenden Geschäfte erledigen.“ (Braunschweigische Staatszeitung vom 28.7.1931).

Franzen erhält Unterstützung durch den Fraktionsführer der NSDAP, Franz Groh.

Dem Rücktritt ist ein Konflikt Franzens mit Gauleiter Rust vorausgegangen, der sich in die Landesregierung eingemischt hat.

Die Koalition mit der BEL zerbricht. Die Regierungskrise beginnt. Franzen bleibt allerdings bis zum 15.9. geschäftsführend im Amt.

Diverse Gründe können für den Rücktritt verantwortlich sein: (1) Die in der Rücktrittserklärung gegebene Begründung ist ernst zu nehmen, zumal Braunschweig hochverschuldet und finanziell in der anhaltenden Wirtschaftskrise kaum handlungsfähig war. Auch Roloff hatte die Selbständigkeit Braunschweigs deshalb in Frage gestellt. (2) Die NSDAP muß auf Landesebene umsetzen, was sie auf Reichsebene bekämpft. (3) Ansehensverlust Franzens durch die berliner Meineidsaffäre. (4) Weil Schrader seine Unterstützung im Landtag aufgekündigt hat. (5) Konflikt Franzens mit der Parteiführung bezüglich der Taktik der Regierungsbeteiligung und Rücktritt auf Druck aus Berlin. Jedenfalls dürfte der Rücktritt gegen den Willen Hitlers erfolgt sein.

Gehrke 1962 behauptet, allerdings ohne weiteren Beleg, daß Klagges maßgeblich zum Sturz von Franzen beigetragen hat, um ihn zu beerben. Diese These wird durch ein Schreiben Roloffs an Brandes vom 20.2.1947 bestärkt, das Gehrke nicht zitiert. Schelm-Spangenberg 1964, S. 150 behauptet, Franzen sei wegen des Konflikts mit Gauleiter Rust zurückgetreten.

Brandes will seitdem nach späterer Aussage innerlich in Opposition zur Koalition mit der NSDAP gegangen sein. In dieser Situation stehen verschiedene Alternativen zur Auswahl: Auflösung der Koalition; Auflösung der BEL; Minderheitsregierung der BEL mit nur einem Minister unter Tollerierung von NSDAP oder SPD; neue Koalition von SPD und DVP; Landtagsauflösung und Neuwahl.

Konflikte im Reichstag über den Sanierungskurs (Steuern anheben und Ausgaben kürzen) und die Reparationsfrage. Zentrum, Staatspartei, DVP und SPD billigen gegen den Widerstand von NSDAP und DNVP den Haushalt für 1931.

Im Reich stimmt die DVP im Gegensatz zu Braunschweig mit der Weimarer Koalition. Im Vergleich zu Thüringen und dem Reich steht die braunschweiger DVP offenbar auf dem rechten Flügel der Partei.

28./29.7. 1931

In Braunschweig eskaliert der Konflikt über die Fortsetzung der Koalition. Diskutiert werden eine mögliche Alleinregierung der BEL durch Tolerierung von Seiten der NSDAP oder von Seiten der SPD oder eine Neuwahl.

Eine Neuwahl wird vor allem von der DVP gefürchtet, die einen massiven Stimmenrückgang zu erwarten hat. Hitlers schärfste Waffe in den Jahren des rasanten Aufstiegs 1929-1932 war immer wieder die Drohung mit Neuwahlen.

29.7.1931

DNVP erklärt, daß ein Minister für die Regierung ausreichend ist.

Die BNN veröffentlichen den Text der Rücktrittserklärung von Franzen und berichten ganzseitig über den Rücktritt. Dabei zitieren sie die Kommentare der überregionalen Presse sowie eine Stellungnahme der DNVP Braunschweig: „Die Deutschnationale Volkspartei bedauert, daß Herr Minister Dr. Franzen von seinem Posten zurückgetreten ist. Aber die Deutschnationale Volkspartei fügt sich in das Unabänderliche dieses Schrittes, da sie volles Verständnis für die Gründe hat, die Herrn Minister Dr. Franzen...“

Die DNVP strebte offenbar eine Minderheitsregierung der BEL an, die von der NSDAP im Landtag tolleriert wird. Damit mußte sie sich in harte Konfrontation zur Berliner Zentrale der NSDAP begeben, die unter keinen Umständen die Braunschweiger Machtposition verlieren wollte – und wenn sie nur dazu gedient hätte, Hitler einzubürgern. Die BNN kommentierte den Rücktritt wohlwollend. Der Tenor ihrer Berichterstattung entsprach der Haltung der DNVP.

1.8.1931

Die DNVP strebt weiterhin eine Einministerregierung unter Duldung der NSDAP an.

2.8.1931

Walter Schrader distanziert sich in einem Artikel in „Der Jungdeutsche“ von Franzen und plädiert für die „Einministerregierung“.

5.8.1931

Das kurz zuvor von dem hessischen Amtsrichter Werner Best verfaßte „Boxheimer Dokument“ mit Plänen für einen gewaltsamen Umsturz durch SA und SS wird von hessischen NS-Funktionären im Boxheimer Hof bei Bürstadt/Hessen beraten. Es handelt sich um ein maschinenschriftlich mit mehreren Durchschlägen verfaßtes Manuskript mit Richtlinien zur gewaltsamen Machtergreifung. Als Anlaß wird ein unterstellter kommunistischer Aufstandsversuch angenommen. (Der Text ist veröffentlicht im „Parlament“ vom 18.3.1953)

Best informiert die hessische NSDAP und die Berliner Parteizentrale. Der Inhalt wird von der Parteileitung verworfen.

Das Manuskript, auch „Boxheimer Dokumente“ genannt, wird in der Literatur kontrovers bewertet, ist aber eine wichtige Quelle zu der Frage, ob die NSDAP im Zweifelsfalle doch eine Gewaltoption wahrgenommen hätte und der Legalitätskurs nur taktisch gemeint war. Die Frage sollte zwischen den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl relevant werden, nachdem der 1. Wahlgang für die NSDAP enttäuschend ausgegangen war.

30.8.1931

Erster Hinweis, daß Hitler mit dem Gedanken spielt, zum Reichspräsidenten zu kandidieren. (laut Roloff 1961, S. 70)

Im Goebbels-Tagebuch findet sich dafür keine Bestätigung. Die These würde aber die Wiederannäherung der Koalitionspartner in Braunschweig erklären.

Rust und Zörner erklären, daß die NSDAP wieder in die Braunschweiger Regierung eintreten will.

Franzen bzw. der linke Flügel sind damit unterlegen. Der Sinneswandel könnte auch auf die akut werdende Einbürgerungsfrage zurückgeführt werden, da die Einbürgerung nur noch in Braunschweig möglich war, nachdem die Koalition in Thüringen geplatzt ist.

31.8.1931

Der Kampf um die Koalition in Braunschweig beginnt. Laut eines Briefs von Groh an Küchenthal (vom 6.11.1932) vollzieht die NSDAP-Zentrale in Berlin den Schwenk zur erneuten Regierungsbeteiligung. Gauleiter Rust, der zuvor taktiert hat, schließt sich dem Schwenk an.

Seitdem votierte die braunschweiger NSDAP für eine Fortsetzung der Regierungsbeteiligung. (vgl. Groh 1931)

Schrader spricht sich gegen einen zweiten Minister aus.

Auch Küchenthal nennt in seinen Erinnerungen den 31.8. Damit dreht sich der Wind in der Braunschweiger Regierungskrise. Kandidaten für die Nachfolge Franzens sind Rust, Klagges und Zörner, der sich offenbar selber ins Spiel bringt. Die Wende in der Regierungskrise deutet darauf hin, daß die Frage der Einbürgerung Hitlers eine Rolle spielte, da diese eine Regierungsbeteiligung voraussetzte. Laut Roloff 1960, S. 10 soll Hitler bestimmt haben, daß Klagges der Nachfolger von Franzens werden soll. Begann hier der Konflikt Zörner – Klagges? Zörner mußte aufgrund seines wirtschaftlichen Scheiterns als Kaffee-Kaufmann besonders interessiert sein, stattdessen politische Karriere zu machen.

Die Positionen in der Kontroverse zwischen den Parteien lauten: DNVP – 1 Minister, wenn es einen zweiten geben muß, dann soll es ein „nationaler“ sein; Staatspartei: 1 Minister; DVP:

Tendenz zu 1 Minister; NSDAP: 2 Minister nach der Kehrwende in der Parteizentrale. Nur Groh ist dagegen. Am Ende wird sich die NSDAP durchsetzen und die DVP wieder der Verlierer der Verhandlungen sein.

1.9.1931

Hitler entscheidet parteiintern, daß die NSDAP den Anspruch auf den zweiten Minister in der Braunschweiger Regierung zu stellen hat. Namen für die Nachfolge Franzen werden noch nicht genannt. Die Personalentscheidung liegt bei Hitler.

2.9.1931

Die BNN veröffentlichen den Artikel „Die Nationalsozialisten wollen in der Regierung bleiben“. Darin wird Zörner als möglicher Ministerkandidat genannt.

Die NSDAP erhebt Anspruch auf den zweiten Minister.

Groh, der zum linken Parteiflügel gehört, wird als Fraktionsführer der NSDAP gestürzt. Er tritt aus der NSDAP aus, um einem Parteiausschluß zuvor zu kommen, behält aber sein Landtagsmandat. Kurt Bertram ersetzt Groh als Fraktionsvorsitzender.

Die neue Sitzverteilung im Landtag lautet: BEL + NSDAP = 19, SPD + KPD = 19, Schrader, Groh.

Damit gab es eine Mehrheit links der Mitte, wenn Groh bei seiner „linken“ Position blieb. Groh erklärte, daß der Reichsleitung der Entschluß Franzens seit dem 24.6.1931 bekannt gewesen sei. (BNN vom 2.9.1931) Insofern hat die NSDAP ein sehr riskantes Spiel gespielt, das auch mit der Abwahl der alten Koalition hätte enden können. Wieder hing alles an einem seidenen Faden. Seitdem verlangte die Mehrheit im Landtag nicht nur die Zustimmung von Schrader, sondern auch noch von Groh.

Franzen kehrte später nach Kiel zurück und wurde Anwalt.

3.9.1931

Die BEL proklamiert eine Alleinregierung Küchenthal. Die 4 DVP-Abgeordneten drohen, eine Koalition mit der SPD einzugehen.

Demnach wäre die DVP, wenn es sich nicht um einen Bluff gehandelt hat, doch bereit gewesen, die BEL zu verlassen.

Hitler läßt seine Parteiführung in Berlin erklären, die Koalition in Braunschweig nicht aufgeben zu wollen, um keine Machtposition zu verschenken. Klagges spricht sich in Braunschweig in Holst Garten für die Fortsetzung der Koalition aus und droht der BEL.

Küchenthal und Franzen (noch geschäftsführend im Amt) erlassen gemeinsam eine „Einminister-Verordnung“.

Damit ist Franzen offen auf Konfrontation zu Hitler gegangen! Erkannte die NS-Führung tatsächlich erst jetzt die Konsequenzen des Franzen-Rücktritts? Jedenfalls gab es einen harten Konflikt innerhalb der NSDAP auch in Braunschweig. Ging es auch um die Hitler-Einbürgerung?

4.9.1931

Hitler fordert einen zweiten Minister für die NSDAP.

Seitdem schaltete sich die berliner Parteizentrale in den Konflikt ein. Laut Klein soll Hitler persönlich Klagges als Minister durchgesetzt haben, der sich nach dem Rücktritt von Franzen selber vorgeschlagen haben will und eine Denkschrift an Rust verfaßt hat, um den Konflikt mit der BEL zu lösen. Ley habe Einwände gegen Klagges wegen dessen religiöser Orientierung vorgebracht, doch Hitler habe zugestimmt. Demnach hat Hitler letztlich entschieden, daß Klagges Minister wird. Wenn die Version stimmt, dann war Klagges Hitler besonders verpflichtet und wollte sich mit dessen Einbürgerung 1932 „revanchieren“. Anschließend habe Heß Hugenberg von Hitlers Wunsch informiert und mit dem Austritt aus der „nationalen Opposition“ gedroht, falls Klagges nicht Minister wird. Hugenberg habe zugestimmt.

Die einzige Quelle für diese Version ist allerdings Klagges selber in seinem Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“ (S. 30). Insofern ist der Hinweis mit Vorsicht zu betrachten. (Klein 2014, S. 36).

Die BNN stellen in einem Artikel Rust, Zörner und Klagges als Ministerkandidaten vor.

Laut späterer Aussage von Klagges begann hier der Konflikt Zörner – Klagges.

5.9.1931

Groh veröffentlicht in der Braunschweigischen Landeszeitung den Artikel „Die politische Lage im Lande Braunschweig“. Darin setzt er sich mit den Anwürfen von Klagges auseinander. Mit einer Chronologie der Kontakte zwischen Franzen und Hitler bzw. anderen Parteiführern vom 2.6. – 17.7. 1931 will er belegen, daß der Rücktritt Franzens nicht unvorbereitet gewesen ist und zunächst auf Verständnis, zumindest bei Rust, gestoßen ist.

Wenn die Ausführungen korrekt sind, dann wurde in der Parteiführung lange taktiert bis entschieden wurde, die Koalition fortsetzen zu wollen. Es spricht vieles dafür, daß es vor allem um die Behauptung einer Machtposition ging, um Hitler einbürgern zu können. Bei den braunschweiger Befürwortern (Klagges, Zörner und Rust) ging es vermutlich auch um persönliche Ambitionen, Franzen zu beerben.

6.9.1931

Klagges wird offiziell als Kandidat für die Landtagssitzung vom 15.9. benannt.

Zörner ist erneut übergangen worden. Als Gründungsfigur der braunschweiger Nazis mußte er ansehen, wie wiederum ein externer, aus Preußen importierter, Nazi ihm vorgezogen wird. Die Parallele zum Konflikt Roloff-Küchenthal bei der DNVP ist offensichtlich. Daraus kann geschlossen werden, daß Zörner noch keine besonderen Beziehungen zu Hitler hat.

Der Vorstand der DVP beschließt angesichts der ungelösten Krise der Koalitionsregierung, sich innerhalb der BEL für die Einministerregierung einzusetzen und Küchenthal zu unterstützen.

Damit ist die braunschweiger DVP offen auf Konfrontation zur NSDAP gegangen. Eigentlich war damit die Koalition auseinandergebrochen.

Die BNN betonen in einem Artikel die gegensätzlichen Positionen.

7.9.1931

Die BEL beharrt auf weiter auf der Einministerregierung, die auch von Schrader unterstützt wird.

Hitler übt in einem Brief Druck auf Hugenberg in Berlin aus, die braunschweiger DNVP entsprechend zu beeinflussen: „Ich habe mich deshalb entschlossen, an Sie, sehr verehrter Herr Geheimrat, die Frage zu richten, ob es Ihrem Einfluß möglich ist, in Braunschweig auf Ihr Parteimitglied dahingehend einzuwirken, daß die in Frage stehende Verordnung entweder sofort zurückgezogen wird oder bis längsten und höchstens 15. September befristet wird. Ebenso, dass die Deutschnationale Partei sich restlos für die Wiederbesetzung der zweiten Ministerstelle durch einen Nationalsozialisten einsetzt.“ (zitiert nach Klein 2014, S. 36, FN 151)

Hitler kritisiert insbesondere die von Franzen und Küchenthal unterschriebene „Einministerverordnung“. Die NSDAP verkündet ein Ultimatum zum 15.9.: Wenn Klagges nicht Minister wird, dann kommt es zum Bruch der Harzburger Front am 16.9. (Brief auch in Küchenthal 1973, Bd. I)

Mit dem „Parteimitglied“ könnte Roloff gemeint sein. Von Hitler wurde die berliner Karte gespielt, da die braunschweiger Parteifreunde sich ins politische Abseits manövriert haben. Hitler konnte Hugenberg mit der Forderung unter Druck setzen, daß die Harzburger Front nur zustande kommt, wenn die Koalition in Braunschweig wieder hergestellt wird. Diese Karte stach, Hugenberg beugte sich, da er über die Harzburger Front einen Machtwechsel in Deutschland herbeizuführen hoffte. Der Vorgang wird sich wenige Monate später in der Einbürgerungsfrage wiederholen. Wenn es darauf ankam, verloren die braunschweiger Politiker ihre Autonomie gegenüber den Parteizentralen und waren auch nicht in der Lage, die eigenen Leute ins Amt zu bringen. Daß Zörner von Hitler übergangen wird, wurde offenbar bewußt in Kauf genommen.

8.9.1931

Die NSDAP in Braunschweig unter dem neuen Fraktionsvorsitzen Bertram stellt der BEL ein auf zwei Tage befristetes Ultimatum zum 10.9., Klagges als neuen Minister zu akzeptieren.

Die BEL hatte folgende Alternativen: Auflösung der Bürgerlichen Einheitsliste und Koalition SPD – DVP (= 17 + 4 Sitze mit der Konsequenz, die bürgerlichen Wähler zu verärgern); Neuauflage der Koalition BEL – NSDAP; Neuwahlen. Bei Neuwahlen hatte die DVP eine empfindliche Niederlage zu fürchten. Die DNVP war in der stärkeren Position als die DVP, da erstere von Neuwahlen weniger zu befürchten hatte. Umgekehrt mußte die DVP keine Rücksicht auf die Harzburger Front nehmen.

Offenbar hat die Variante, Duldung der „Einministerregierung“ durch die SPD, keine Rolle gespielt. Auch so hätte die Regierungskrise einstweilen überwunden werden können. In der Gemeinde Bodenstedt ist diese Variante (alle gegen die NSDAP) immerhin verfolgt worden.

9.9.1931

In Berlin beginnt der Druck auf Brüning, Hitler an der Regierung zu beteiligen.

10.9.1931

Die braunschweiger DNVP gibt widerwillig dem Druck Hugenbergs nach. Die DVP will hart bleiben. Jetzt droht die DNVP mit Landtagsauflösung.

Erst jetzt lenkt die DVP ein, weil für sie nur die Alternative Koalitionswechsel zur SPD oder Neuwahlen mit drohenden erheblichen Stimmenverlusten bleibt.

So wurde eine weitere Möglichkeit der DVP verpaßt, durch einen Koalitionswechsel die „Machtübernahme“ der NSDAP in Braunschweig noch abzuwenden. Rücksicht auf die Harz-

burger Front hätte sie nicht nehmen müssen. Warum die DVP am Ende nachgab, ist ohne weitere Quelleneinsicht nicht eindeutig zu beantworten.

Möglicherweise wurde bei den neuerlichen Koalitionsverhandlungen, so Roloff jun. 1960 gegenüber Morsey, aus Rücksicht auf die Harzburger Front die Einbürgerung Hitlers verabredet.

11.9.1931

Bertram kontaktiert Groh mit der Frage, ob dieser Klagges mitwählt. Laut Bertram hat Groh dies zugesichert. (Braunschweigische Landeszeitung vom 19.12.1931)

In den folgenden Tagen wurde ein Wiedereintritt Grohs in die Fraktion sondiert.

12.9.1931

Göring spricht in Braunschweig (Stadthalle), begründet die Regierungsbeteiligung der NSDAP und droht zugleich der BEL.

13.9.1931

Groh antwortet auf einen Artikel von Bertram im „Braunschweiger Nationalsozialist“ und rechtfertigt die Position von Franzen und Groh in der Braunschweigischen Landeszeitung mit Zitaten von Hitler, als dieser noch nicht den legalistischen Schwenk vollzogen hatte. Klagges und Zörner werden in dem Artikel als Ministerkandidaten genannt.

15.9.1931

Die Regierungskrise wird durch die Wahl von Klagges zum Innen- und Volksbildungsminister durch die Koalition mit 20 : 19 Stimmen beendet.

Schrader stimmt gegen Klagges. Der NS-Dissident Groh stimmt für Klagges. Der KPD-Abgeordnete Gmeiner ist von Landtagspräsident Zörner für mehrere Sitzungen wegen Störung ausgeschlossen und weigert sich, sein Mandat für einen Nachrücker aufzugeben.

Roloff jun. 1960, S. 11 vermutet, daß der Ausschluß von Gmeiner von NS-Leuten auf der Tribüne provoziert worden ist, um mit diesem Trick eine Mehrheit für Klagges zu sichern. Womöglich gab es eine Absprache zwischen Zörner und den NS-Provokateuren. Sonst hätte das Ergebnis 20 : 20 gelautet und Klagges wäre nicht gewählt worden! Wenn die These stimmt, dann hatte Klagges sein Ministeramt Zörner zu verdanken. Die 4 DVP-Abgeordneten wollen laut Schelm-Spangenberg 1964, S. 153 nur widerwillig zugestimmt haben. Verhindern wollten

sie es aber auch nicht. Dann hätten sie zusammen mit der SPD eine Geschäftsordnungsmehrheit bilden und den Ausschluß von Gmeiner vor der Abstimmung rückgängig machen können.

Auch die Stimme von Groh war nicht sicher, so daß theoretisch sogar ein SPD-Kandidat mit den Stimmen von SPD, KPD, Schrader und Groh mit 21 : 19 hätte gewählt werden können, da die Koalition aus BEL und NSDAP nur noch über 11 + 8 Stimmen verfügte. Wenn Groh mit der Opposition gestimmt hätte, hätte auch so eine linke Geschäftsordnungsmehrheit zustanden kommen können. Immerhin schwelte der Konflikt mit Groh auch nach der Wahl von Klagges weiter. Groh hat anschließend bisweilen mit der Linken gestimmt.

So wurde der 15. September 1931 in Braunschweig faktisch zum Tag der „Machtergreifung“! *Klagges wird den Legalitätskurs, den Franzen verfolgt hat, in der Folgezeit verlassen. Sie hätte durch eine Stimme verhindert werden können, die aufgrund eines Geschäftsordnungstricks des Landtagspräsidenten Zörner gefehlt hat! Gmeiner weigerte sich später nochmals nach Ausschluß von Landtagssitzungen, sein Mandat bei einer wichtigen Abstimmung zurückzugeben. Zörner hat mehrfach unter Berufung auf die Geschäftsordnung kraft seines Amtes für den Ausschluss der KPD-Abgeordneten aufgrund von Zwischenrufen, Störungen etc. und so für eine Mehrheit der Koalition gesorgt. Hier zeigt sich die Konsequenz, daß nicht die größte Fraktion (SPD) und auch nicht die zweitgrößte Fraktion – BEL mit Wessel – den Landtagspräsidenten gestellt hat. Die bürgerlichen Parteien lassen Zörner immer wieder (mit Absicht oder aus Naivität?) gewähren, obwohl über einen Geschäftsordnungsantrag der Landtagspräsident hätte überstimmt werden können. Insofern gab Zörner auch das Modell für den späteren reichstagspräsidenten Göring, der zu ähnlichen Mitteln greifen sollte.*

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 4,324 Mio. gestiegen.

17.9.1931

Offizielle Verteilung der Zuständigkeiten in der neuen Regierung: Küchenthal – Vorsitz, Finanzen, Justiz; Klagges – Inneres, Volksbildung

Damit bekam Klagges ganz im Sinne des Hitler-Briefes von 1930 die Zuständigkeit für Personalwesen, Polizei, Schulen und Hochschule. Das massive Eintreten Hitlers zugunsten von Klagges kann als Indiz gewertet werden, daß er von Klagges im Gegenzug erwartet hat, seine Einbürgerung zu bewerkstelligen. In der Tat sollte dies vier Monate später auf Initiative von Klagges so geschehen.

Sobald Klagges im Amt war, beteiligte er sich an der Organisation der „Harzburger Front“. Dazu schreibt er 1969: „Hier konnten... zwei nationalpolitische Ereignisse stattfinden. In Bad Harzburg führten Hitler, Hugenberg und Seldte Nationalsozialisten, Deutschnationale und Stahlhelmer ... zusammen und schufen damit die Grundlage, auf der ... die Ablösung der Erfüllungregierungen erfolgen konnte. Unmittelbar auf der Harzburger Tagung folgte ein machtvoller SA-Aufmarsch in Braunschweig.“ (zitiert nach Klein 2014, S. 37 FN 155) Womög-

lich hat Klagges sich so auch bei Hugenberg bedankt für dessen Unterstützung zu seiner Wahl zum Minister.

ca. 20.9.1931

Klagges macht Friedrich Jeckeln zum Führer von Polizei und Gestapo im Land Braunschweig.

Der „alte Kämpfer“, Herbert Selle, Kommandeur der Polizei der Stadt Braunschweig, wird übergangen. Selle sollte später zur Zörner-Fraktion gehören.

30.9.1931

Franzen gibt sein Reichstagsmandat auf.

31.9.1931

Staatsbankpräsident Oskar Stübben scheidet aus dem Amt aus. Die Position bleibt 1 ½ Jahre vakant und wird von Finanzpräsident Emil Bartels als Stellvertr. Staatsbankpräsident verwaltet. (Entnazifizierungsakte Küchenthal 3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. 1)

Nach einer anderen Quelle (Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 599) wurde Stübben erst im Januar 1932 nach Angriffen von seiten der NSDAP zu einem Urlaubsgesuch gezwungen und erst 1933 formal aus dem Amt entfernt. Küchenthal wird jedenfalls das Amt ab 1.4.1933 bekleiden, nachdem er zuvor als Minister und zurückgetreten ist. Aus diesem Zusammenhang läßt sich die Vermutung ableiten, daß bereits bei den Verhandlungen zur Umbildung der Regierung und der Ersetzung von Franzen durch Klagges Vorsorge für eine künftige Verwendung von Küchenthal getroffen wurde, falls dieser, aus welchem Grund auch immer, als Minister ausscheidet. MR Paul Kiesel wird dies 1947 gegenüber dem Entnazifizierungsausschuß bestätigen. Dies ist ein Beleg, daß Küchenthal sehr strategisch gedacht hat und immer auch sein persönliches Fortkommen im Auge hatte.

1.10.1931

Franzen tritt aus der NSDAP aus.

Damit hat Franzen wie Groh die Konsequenz aus dem innerparteilichen Konflikt mit der Berliner Parteiführung gezogen.

3.10.1931

Außenminister Julius Curtius (DVP) tritt zurück.

Die Krise der Regierung Brüning wurde akut. Die DVP vollzog auch im Reich den Rechtsschwenk von der Großen Koalition zur nationalen Opposition, obwohl man in Thüringen und Braunschweig schlechte Erfahrungen mit einer solchen Konstellation gemacht hat. Möglicherweise hat doch die berliner DVP-Zentrale Einfluß auf die Braunschweiger Parteifreunde genommen.

Kurt von Schleicher, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, verhandelt mit Hitler über den Regierungseintritt der NSDAP. Hitler stimmt zu unter der Bedingung, daß es zu Neuwahlen kommt.

Klagges hebt das Umzugs- und Uniformverbot für SA und SS auf.

Dadurch wurde der Aufmarsch der Harzburger Front in Bad Harzburg möglich. Die Maßnahme war vermutlich Teil des Verhandlungspakets vom 10.9.

5.10.1931

Erstes Treffen zwischen Brüning und Hitler, Frick und Strasser. Brüning weicht Hitler in seine Pläne zur Restauration der Monarchie ein und macht ein Koalitionsangebot von Zentrum und NSDAP in den Ländern. (Winkler 1987, S. 221)

6.10.1931

Das Kabinett Brüning tritt zurück. Hindenburg erteilt Brüning den Auftrag, eine neue Regierung ohne parteienorientierte Bindung zu bilden.

Herbst 1931

Brüning will eine Amtsverlängerung Hindenburgs, dessen Präsidentschaft im Frühjahr 1932 ausläuft, und über Notverordnungen solange weiter regieren, bis die Verhandlungen über eine Einstellung der Reparationszahlungen Erfolge zeigen bzw. die Wirtschaftskrise überwunden ist. Voraussetzung für die Verlängerung der Amtszeit ist eine Verfassungsänderung, die wegen der notwendigen 2/3-Mehrheit die Zustimmung der Rechtsparteien (DNVP, Teile der NSDAP) erforderlich macht, da eine Zustimmung der KPD nicht zu erwarten ist.

Seitdem eröffnete sich für die NSDAP die Option, wenn die Amtsverlängerung nicht zu erreichen ist und Neuwahlen unumgänglich werden, daß Hitler oder ein anderer NS-Kandidat zum Reichspräsidenten gewählt wird. Anschließend könnte dieser einen Reichskanzler der NSDAP ernennen und selber über Notverordnungen regieren. Realistischer Weise würde nur Hitler

als Kandidat der NSDAP eine Chance haben, Hindenburg zu schlagen. Damit wurde Hitlers Einbürgerung zu einem akuten Problem.

10.10.1931

Zweites Kabinett Brüning. Viele Minister sind parteilos. Innenminister Joseph Wirth (Zentrum), linker Flügelmann des Kabinetts, wird entlassen. Das Ressort des Innenministeriums wird kommissarisch von Reichwehrminister Groener übernommen.

Der Schachzug sollte dazu dienen, der politischen Rechten entgegen zu kommen, wurde aber nicht honoriert.

Brüning trifft mit Hitler zusammen, um die Präsidentschaftsfrage zu sondieren. Hitler lehnt ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs zu erklären.

Auf Wunsch Brünings kommt es am Abend zu einem ersten Treffen zwischen Hitler und Hindenburg in Berlin. Hitler macht einen schlechten Eindruck auf Hindenburg. Anschließend fährt Hitler nach Bad Harzburg.

Das große Spiel um die Macht im Reich ist eröffnet.

Oktober 1931

Magda Quandt begegnet Hitler zum ersten Mal im Hotel Kaiserhof in Berlin.

Goebbels schickt Magda Quandt mehrmals, so am 17./18.10., nach Braunschweig, um in der Einbürgerung Hitlers zu sondieren.

Die glamouröse Magda Quandt, geschiedene Frau des Industriellen Günter Quandt, war am 1.9.1930 in die NSDAP eingetreten und hatte im November 1930 die Bekanntschaft von Goebbels gemacht. Als seine anfängliche Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der berliner Gauleitung und Geliebte wurde sie von ihm mit delikaten Aufträgen bedacht. Mindestens genauso wie von Goebbels war sie von Hitler fasziniert, zu dem sie bis zum Ende im Bunker der Reichskanzlei sehr nahe stand. Am 19.12.1931 wird Goebbels sie heiraten. (Widmann 2001)

Die Entsendung von Quandt ist ein früher Hinweis, daß die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig auf den Weg gebracht werden sollte und daß Goebbels mit dieser Aufgabe befaßt war. Das Datum kann als Indiz gewertet werden, daß die Einbürgerung Teil der Verabredungen zur Wahl von Klagges war. Womöglich waren die Krise der Reichsregierung und die Sondierungen in der Präsidentschaftsfrage der aktuelle Anlaß der Mission. Unklar ist, mit wem sie in Braunschweig gesprochen hat. Unklar ist auch, ob die Begegnung zwischen Hitler und Quandt kurz zuvor eine Rolle bei ihrer Entsendung nach Braunschweig gespielt hat.

10./11.10.1931

Treffen der „Harzburger Front“ im braunschweigischen Bad Harzburg aus DNVP, Stahlhelm, NSDAP u.a nationalen Vereinigungen. Zu den Organisatoren gehören Klagges und Küchenthal. Küchenthal erklärt in seiner Eröffnungsrede: „Wer den heutigen Aufmarsch der nationalen Opposition in Bad Harzburg beobachtet, wer den feierlichen Gottesdienst in unserem Harzwalde erlebt hat, der wird mit großer Genugtuung feststellen müssen, dass sich im deutschen Volke gewaltige, in ihrem Siegeslauf nicht aufzuhaltende Kräfte regen.

Möge der Tag nicht fern sein, an dem das gesamte deutsche Volk erkennt, dass die Arbeit der nationalen Parteien und Verbände, die sich heute noch die nationale Opposition nennen, den Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes vorbereitete und dass die heutige Arbeit und Tagung dem gesamten deutschen Vaterlande dient, Deutschlands Jugend und Zukunft.“ (zitiert nach Braunschweigische Staatszeitung vom 12.10.1931)

Zu den Rednern gehört auch Hjalmar Schacht.

DVP und Vertreter der Schwerindustrie sind kaum vertreten. Das Treffen endet im offenen Konflikt zwischen NSDAP und den Nationalkonservativen bzw. zwischen SA und Stahlhelm.

Die Veranstaltung hätte in Preußen wegen des Uniform- und Aufmarschverbots nicht stattfinden können. Hugenbergs Strategie lautete: Entweder die parlamentarische Mehrheit für die nationale Opposition erringen oder einen nationalen Kanzler von Hindenburg ernennen lassen. Die sich im Verlauf des Treffens offenbarenden massiven Konflikte zwischen Hitler und den Nationalkonservativen demonstrierten das Scheitern der Harzburger Front schon im Ansatz. Hitler, der sich weigerte, den Vorbeimarsch des Stahlhelms abzunehmen, wollte sich nicht in eine Front einordnen, sondern alleiniger Führer sein.

Anschließend kommt es in Berlin, Hotel Kaiserhof, zu Verhandlungen zwischen Hitler und den Stahlhelmführern, um zu klären, wer den Konflikt in Bad Harzburg verursacht hat. Das Gespräch endet im Streit. Seitdem will Duesterberg ein Gegner von Hitler gewesen sein. (Duesterberg 1949, S. 14)

16.10.1931

Hitler fordert in einem offenen Brief an Brüning die Beteiligung der Rechtsparteien an der Regierung.

Ernst Heimbs heiratet Lilli Schröder.

17.10.1931

Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning werden mit 295 : 270 Stimmen abgelehnt. Anschließend wird der Reichstag bis auf weiteres vertagt (tatsächlich bis zum 24.2.1932).

17./18.10.1931

Die Großkundgebung der NSDAP in Braunschweig („Hitlertage“) mit 104.000 SA-Leuten aus ganz Deutschland (evtl. nur 70.000) als Gegenveranstaltung zur Harzburger Front demonstriert den Anspruch zur Alleinherrschaft. Die SA mobilisiert damit die gleiche Personalstärke, die der Reichswehr erlaubt ist.

18.10.1931

Hitler erklärt bei der Fahnenweihe auf dem Franzschen Feld: „Dies sind die letzten Feldzeichen, die ich Euch vor der Machtübernahme übergebe.“

Anschließend Vorbeimarsch der SA am Braunschweiger Schloß vor der Führung der NSDAP. Auf Fotos, die die Beteiligung der NS-Prominenz dokumentieren, steht der neunjährige Harald Quandt, nicht aber die Mutter Magda Quandt, neben seinem künftigen Stiefvater Goebbels, der lokalen NS-Prominenz Klagges, Rust und Zörner sowie anderen Nazi-Größen wie Frick und Strasser in der ersten Reihe. (Foto in Bein/Roloff 2010, S. 22)

Die Fotos sind ein Indiz, daß Quandt an diesen beiden Tagen mit ihrem Sohn aus erster Ehe ebenfalls in Braunschweig war. Vermutlich hat sie parallel zum Massenaufmarsch der SA diskret im Auftrag von Goebbels die Gelegenheit genutzt, die Einbürgerung Hitlers zu sondieren. Dabei dürfte sie weniger mit den NS-Politikern, die dem Vorbeimarsch beigewohnt haben, als wichtigen Vertretern des bürgerlichen Koalitionspartners gesprochen habe.

Nach dem Vorbeimarsch kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Braunschweig mit 2 Toten und 72 Verletzten. Klagges, der als Innenminister für die Polizei verantwortlich ist, läßt die SA gewähren.

Der Massenaufmarsch der SA, die anschließenden Unruhen und deren Deckung durch Klagges ware ein erster deutlicher Hinweis für den faktischen Machtwechsel in Braunschweig. Klagges offenbarte hier erstmals sein durchgängiges Verhaltensmuster, sich nicht persönlich die Hände schmutzig zu machen, aber Scharfmacher gewähren zu lassen bzw. sie anzustiften und nachher zu decken bzw. die Vorgänge zu verharmlosen.

Eine bei Roloff 1961, S. 74 zitierte Theorie lautet, daß der Braunschweiger Aufmarsch ein Ersatz für einen geplanten Putsch in Berlin gewesen sei, der durch die Harzburger Front verhindert wurde. Dafür gibt es aber keine Belege. Der Aufmarsch war jedenfalls eine Macht demonstration nicht nur in Braunschweig, sondern auch gegenüber der Reichsregierung bzw. den Nationalkonservativen. 1932 hatte die SA eine Mannschaftsstärke von ca. 260.000

Mann, 1932/33 von ca. 470.000 Mann und war damit der Reichswehr zahlenmäßig weit überlegen, wenn auch schlechter bewaffnet. (Ruben 2004, S. 22)

Zu berücksichtigen ist auch die Nachwirkung der Machtdemonstration auf die bürgerlichen Wähler und Politiker. Bei allen späteren Konflikten innerhalb der Koalition und insbesondere anlässlich der Einbürgerungsfrage dürfte die Drohung, daß die NSDAP jederzeit wieder 100.000 Mann mobilisieren konnte, latent eine Rolle gespielt haben. Die „Hitlertage“ in Braunschweig demonstrierten nicht nur den Führungsanspruch Hitlers gegenüber den Nationalkonservativen, sondern bildeten auch den Auftakt der politischen Großoffensive des Jahres 1932. Braunschweig hat zweimal, als Ort des SA-Aufmarschs und als Ort der Einbürgerung Hitlers, eine wichtige Rolle gespielt.

Brüning weist in seinen Memoiren (S. 460) darauf hin, daß seitdem der politische Terror in Deutschland ansteigt.

Auch dafür hat Braunschweig noch das Modell geliefert.

21.10.1931

Goebbels schreibt in der SA-Zeitung „Der Angriff“, daß mit dem Braunschweiger Aufmarsch die Harzburger Front beendet sei.

31.10.1931

Senat und Rektor sprechen sich für das Verbot politischer Veranstaltungen und Uniformen an der TH aus.

1.11.1931

Adolf Schmidt (Parteimitglieds-Nr. 41155 und Landtagsabgeordneter der NSDAP) wird von Klagges als Hilfsreferent ins Volksbildungsministerium berufen.

Schmidt war bisher nur Volksschullehrer in der Gemeinde Bodenstedt.

3.11.1931

Der Abgeordnete Brandes, Vorsitzender der Braunschweiger DVP, wendet sich in einer Erklärung gegen die Berufung von Schmidt ins Volksbildungsministerium als neuerlichen Einstieg in eine Parteibuchbeamtenkarriere.

Während Franzen im Volksbildungsministerium das alte Personal belassen hat, werden mit dem Wechsel zu Klagges wichtige Posten mit Parteimitgliedern besetzt. Genau dies haben die bürgerlichen Parteien zuvor der SPD vorgeworfen.

5.11.1931

Der Streit zwischen dem bulgarischen Studenten Stojanoff und einer deutschen Studentin wird vom NSSTb propagandistisch aufgegriffen und löst den ersten Braunschweiger Hochschulkonflikt aus.

Prorektor Mühlenpfordt leitet eine diesbezügliche Untersuchungskommission und wird zum Opfer der Agitation. Rektor Schmitz stellt sich hinter Mühlenpfordt.

Roloff jun. vertritt 1960 die These, daß die Inszenierung des Hochschulkonflikts im Zusammenhang mit der Absicht gesehen werden muß, Hitler zum Professor an der TH zu ernennen, um entsprechenden Druck auf die Professorenschaft auszuüben. Belege für diese These liefert er nicht. Demnach wäre der Einbürgerungsplan via Professur von Klagges schon seit Ende Oktober/Anfang November 1931, evtl. seit der Intervention von Magda Quant, ventiliert worden.

Zu überprüfen ist, ob es im fraglichen Zeitraum auch an anderen deutschen Universitäten vergleichbare Aktivitäten von NS-Studenten gegeben hat. Falls es sich um eine braunschweiger Besonderheit gehandelt hat, würde das für die These von Roloff sprechen.

7.11.1931

Die Schlagzeile im Schlesischen Beobachter lautet: „Hitler soll Reichspräsident werden.“

Seitdem wurden die Kandidatur Hitlers und die Frage der fehlenden Staatsbürgerschaft öffentlich diskutiert. Je länger diese Diskussion anhielt, desto peinlicher wurde sie für Hitler.

11.11.1931

Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Klagges wird im Landtag mit 20 : 19 abgelehnt. Für Klagges stimmen NSDAP, BEL und Groh (fraktionslos) gegen Klagges SPD, KPD und Schrader.

Selbst wenn Groh gegen Klagges gestimmt hätte, hätte es nicht zum Sturz von Klagges gereicht. Seit er gewählt war, konnte er nicht mehr gestürzt werden, es sei denn, Groh hätte mit der Oposition gestimmt.

12.11.1931

Schließung des Riekel-Instituts aufgrund finanzieller Schwierigkeiten

15.11.1931

Landtagswahlen in Hessen: Die NSDAP erhält 37,1 %. Die Weimarer Koalition hat keine Mehrheit mehr. Werner Best wird Landtagsabgeordneter und Fraktionsführer der NSDAP. Zentrum und NSDAP, die zusammen eine Mehrheit bilden können, führen Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung des Autors des Boxheimer Dokuments, Best.

17.11.1931

Die Innenministerkonferenz der Länder diskutiert ein Verbot von SA und SS. Ein Verbot der NSDAP kommt nur im Falle einer offenen Rebellion in Frage. Für Braunschweig ist nicht Innenminister Klagges, sondern Kuchenthal eingeladen,

um Klagges von der Sitzung fernzuhalten.

18.11.1931

Die Presse berichtet über die Konferenz mit dem Tenor, daß der Staat den radikalen Kräften von rechts und links härter entgegentreten will.

Der Volksfreund veröffentlicht eine Karikatur über den „Landbunddoktor Roloff“ mit der Überschrift „Sein Thron wackelt“.

Damit sollte darauf hingewiesen werden, daß der Einfluß des „Strippenziehers“ Roloff abnimmt, weil Klagges zur starken Figur in der braunschweiger Politik aufgestiegen ist.

19.11.1931

Brüning fordert die hessischen Parteifreunde auf, mit der NSDAP in Hessen Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

21.11.1931

Der Senat der TH beschließt ein Verbot der NS-Studentengruppe. Minister Klagges macht das Verbot umgehend rückgängig.

Der Vorgang ist ein Beispiel für die Doppelstrategie der NSDAP in Braunschweig durch Mobilisierung von unten und Druck von oben. So wurde die Hochschulleitung in die Zange genommen.

25.11. 1931

Der NS-Überläufer Wilhelm Schäfer als einer der Teilnehmer der Tagung auf dem Boxheimer Hof übergibt seine Kopie an den Frankfurter Polizeipräsidenten. Daraufhin kommt es zu Hausdurchsuchungen bei verdächtigen NS-Funktionären. Innenminister Leuschner informiert die Presse.

Der Vorgang beeinträchtigt die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP in Hessen, zumal Best als Verhandlungsführer auf NS-Seite desavouiert ist. Das Reichswehrministerium reagierte scharf.

Schäfer wurde, vermutlich im Auftrag von Best, am 17.7.1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen.

27.11.1931

Die NS-Führung distanziert sich von Best anlässlich eines Treffens Göring-Groener.

30.11.1931

Eröffnung des Strafverfahrens gegen Best wegen Hochverrats durch den Oberreichsanwalt.

Die NS-Führung suspendiert Best von allen Parteiämtern.

Aus der Logik des „Legalitätskurses“ war diese Maßnahme zwingend.

November/Anfang Dezember 1931

Spätestens zu diesem Zeitpunkt (evtl. schon seit dem Herbst) beginnt Brüning auf Hindenburg einzuwirken, daß dieser nochmals für das Amt des Reichspräsidenten kandidiert. Hindenburg sträubt sich aus Altersgründen und Gründen politischer Resignation. Brüning erwägt deshalb, stattdessen eine Amtsverlängerung über eine Verfassungsänderung zu ermöglichen (Brüning 1970, S. 451). Ende November hofft Brüning noch auf die Kooperation der NSDAP bei der notwendigen Verfassungsänderung (ebd. S. 461f).

Quaatz 1989 wird die Überlegungen in seine Aufzeichnungen am 12.12.1931 bestätigen. Damit sind alle späteren Konsequenzen bis hin zu Hitlers Kandidatur gegen Hindenburg und

seine zuvor notwendige Einbürgerung bereits vorgezeichnet, auch wenn diese den Beteiligten nicht von Anfang an klar gewesen sein mögen. Angesprochen wurde von Brüning auch sein Mißtrauen gegenüber Schleicher.

Brüning erklärt ferner im Hinblick auf seine Gespräche mit Hindenburg bezüglich der Wiederwahl: „Ich erklärte ihm, ich sei stets Monarchist gewesen und geblieben, und glaube nun allmählich die politische Konstellation so weit vorangetrieben zu haben, daß die Wiederherstellung der Monarchie in den Bereich des Möglichen rücke. Allerdings – das bemerkte ich in einem zweiten Vortrag – glaubte ich nicht, daß es außenpolitisch möglich sei, den Kaiser zurückzuberufen. Auch die Einsetzung des Kronprinzen schein mir sehr schwierig und könne zu Komplikationen führen, die die Stellung der Monarchie auf ein Jahrzehnt hinaus erschwere, ja unmöglich mache. Dagegen sei vielleicht die Kombination möglich, daß er mit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages und des Reichsrates als Reichsverweser die Regentschaft für einen der Söhne des Kronprinzen übernehme.“ (Brüning 1970, S. 453). Hindenburg sträubt sich, weil er den Kaiser nicht übergehen möchte.

Hier offenbaren sich die wahren Absichten Brünings. Es ging nicht nur um die Fortsetzung der Notverordnungspolitik, um die Wirtschaftskrise auszusitzen, sondern auch um die Restauration der Monarchie. Unklar ist, ob er sich Hindenburg gegenüber nur taktisch verhalten hat, weil er so Hitler vermeiden wollte. Die Zustimmung des Reichsrats spielte später keine Rolle mehr. Da die NSDAP außer in Braunschweig nirgendwo an der Regierung beteiligt war, wäre dessen Zweidrittelmehrheit erreichbar gewesen. Daß Brüning sich in den Memoiren als Monarchist offenbart, soll der Grund gewesen sein, warum sie erst 1970 unmittelbar nach seinem Tod veröffentlicht wurden.

Anfang Dezember 1931

Theodor Heuß schließt das Manuskript „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“ ab. Darin befaßt er sich u.a. mit Hitlers Legaklitätskurs und dessen Wirkung auf den radikalen Flügel der Partei. Die Konsequenz des Legalitätskurses ist, Koalitionen eingehen zu müssen, da die NSDAP wegen der Festigkeit der Wählerschaft von Zentrum und SPD allein keine Mehrheiten erringen kann (Heuß 1932, S. 137ff).

Heuß stellt darin die durchaus zutreffende These auf, daß die bürgerlichen Koalitionäre der NSDAP in Thüringen und Braunschweig Lehren aus dieser Zusammenarbeit zu ziehen haben. 1933 hat er allerdings als Reichstagsabgeordneter der DDP im Widerspruch zu seinem Buch dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Er selber hat trotz seiner eigenen Erkenntnisse diese Lehren nicht gezogen.

9.12.1931

Nach Bekanntwerden des „Boxheimer Dokuments“ fordert Hitler in einem Rundschreiben zur Parteidisziplin auf.

Best gehörte zur radikalen Fraktion der Partei, die einen gewaltsamen Umsturz anstrebte, während sich Hitler auf den legalistischen Kurs zur Machtergreifung festgelegt hatte.

10.12.1931

Die Koalitionsverhandlungen in Hessen werden vom Zentrum abgebrochen. Die Regierung Adenauer bleibt bis 1933 geschäftsführend im Amt.

Röhm fordert das Reichswehrministerium für die NSDAP als Gegenleistung für die Zustimmung zur Verfassungsänderung (Brüning 1970, S. 473).

Offenbar wollte er selber Reichswehrminister werden.

11.12. 1931

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski will Hitler anlässlich einer Pressekonferenz im Hotel Kaiserhof (Berlin) verhaften lassen und nach Bayern abschieben, um ihn so zumindest aus Preußen offiziell ausgewiesen zu haben. (Bracher 1964, S. 461). Braun stimmt zu, Severing informiert Pünder, Pünder warnt, Severing macht einen Rückzieher. (Winkler 1987, S. 477)

Eine Quelle ist Goebbels 1934. In der wissenschaftlichen Edition des Tagebuchs (Goebbels 1987) findet sich der Hinweis nicht.

12.12.1931

Reinhold Quaatz, DNVP-Reichstagsabgeordneter und Vertrauter Hugenberg, notiert in seinem Tagebuch, daß die Wahl des Reichspräsidenten für den 13.3.1932 in Aussicht genommen ist. Hindenburg wäre bereit, einer Verlängerung seiner Amtszeit um einige Monate zuzustimmen, wenn es eine 2/3-Mehrheit des Reichstags unter Einschluß der Rechten gibt und wenn das Hoover-Moratorium um ein Jahr verlängert wird. (Quaatz 1989, S. 166)

Spätestens seit diesem Datum sind in Berlin die Modalitäten der Reichspräsidentenwahl und die Frage, wie sich die NSDAP dazu stellt, ein Thema.

15./16.12.1931

Zweitägiger Hochschulstreik an der TH Braunschweig

16.12.1931

Das Senatsprotokoll erwähnt den Konflikt.

Groh (fraktionslos) legt sein Landtagsmandat nieder. Für ihn rückt Wilhelm Zinsser (NSDAP) nach.

Damit hatte die Regierungskoalition wieder 20 Stimmen. Eine Mehrheit hing wieder nur von Schrader ab, umgekehrt war ein Sturz der Regierung nicht mehr möglich.

19.12.1931

Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht „Drei Schlußworte zum Fall Groh“ (Groh, Bertram, Zörner)

Daraus geht hervor, daß Bertram seit dem 11.9.1931 mehrfach an Groh herangetreten ist, um zu erreichen, daß Groh den Kandidaten Klagges wählt, was dieser auch zugesagt haben soll. Ein Wiedereintritt in die Partei ist angeboten worden. Die Stimme von Groh war notwendig. Erst die Verhärtung der Fronten habe zur Forderung des Mandatsversichts geführt.

23.12.1931

SPD, ADGB, Arbeitersport und Reichsbanner gründen die „Eiserne Front“ als Gegengewicht zum Erstarken der SA/NSDAP

31.12.1931

Führerbrief des Stahlhelms, in dem die die Gegensätze innerhalb der Harzburger Front festgestellt werden. (Text in Duesterberg 1949, S. 15-16)

1932

Franz Jetzinger (SPÖ) wird Landrat und Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung in Linz.

In dieser Eigenschaft besorgte er sich (Anfang 1932?) Hitlers „Militärakt (1913/14), den „Abschiebungsakt“ (1924) und den „Ausbürgerungsakt“ (1925) und fertigte daraus Photokopien an. Auf dieser Basis verfaßte er einige Zeitungsartikel, die er Ende April 1932 Otto Bauer zum Abdruck in der „Arbeiterzeitung“ anbot. Bauer lehnte den Abdruck aus politischen Gründen

ab. Jetzinger legte die Artikel ab, obwohl er sie im Linzer Tagblatt hätte abdrucken können. Später (1934) erhielt Jetzinger die Originale und versteckte sie bis 1945 auf seinem Dachboden. Als Hitler 1938 zum ersten Mal nach Linz kam, befahl er dem späteren Gauleiter Eigruber, die Akte zu suchen und ihm auszuhändigen. Offenbar befürchtete er die Veröffentlichung des für ihn kompromittierenden Inhalts. Eigruber konnte diesen Befehl trotz intensiver Nachforschungen nicht erfüllen. Jetzinger hat die Papiere für sein 1956 erschienenes Hitler-Buch verwendet und danach dem Oberösterreichischen Landesarchiv übergeben. In seinem Nachlass, der im Landesarchiv verwahrt wird, befinden sich nur Kopien. (Jetzinger 1956, S. 283 ff)

1.1.1932

Neujahrsaufruf Hitlers, der 1932 als „das schwerste Jahr des Kampfes unserer Bewegung“ deklariert.

Damit sollte Hitler insofern Recht behalten, als die Serie der Wahlkämpfe des Jahres 1932 den politischen Durchbruch für die NSDAP gebracht hat.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 5,666 Mio. gestiegen.

Januar 1932

Proteste der NS-Studenten in Braunschweig gegen Prorektor Mühlenpfordt und Rektor Schmitz

Mühlenpfordt beantragt ein Dienststrafverfahren gegen sich selber, das aber nicht eingeleitet wird.

Mühlenpfordt war laut Roloff jun. mit Roloff sen. befreundet (Roloff 1961). Dieser Umstand liefert eine Erklärung in der Haltung Roloffs im Braunschweiger Hochschulkonflikt.

Anfang 1932

Roloff erinnert sich in einem Brief an Brandes vom 20.2.1947 (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2), daß Klagges bereits „Anfang 1932“ den ersten Vorstoß über den DNVP-Vorsitzenden Baumann gemacht habe, Hitler zum Professor zu berufen. Dabei sei es zunächst gar nicht so sehr um die daraus resultierende Einbürgerung Hitlers, sondern um den damit verbundenen Reputationsgewinn gegangen. Roloff habe dagegen sowohl innerhalb der TH wie in einem Gespräch mit Klagges, Wessel, Baumann und Brandes interveniert.

Falls diese Aussage stimmt, ist sie wieder ein Hinweis, daß Akten allein nicht genug Aussagekraft haben. Schriftliche Belege finden sich erst seit dem Zeitraum etwa 4 Wochen später.

2.1.1932

Erneute Regierungskrise zwischen BEL und NSDAP wegen des Hochschulkonflikts. Die DVP erwägt erneut den Austritt aus der Koalition. Die NSDAP lenkt ein.

Die vorläufige Beendigung des ersten Hochschulkonflikts und der anschließende politische „Burgfrieden“ sind taktisch bedingt und dürften auf die anstehende Kandidatur und die zeitlich drängende Einbürgerung Hitlers zurückzuführen sein.

3.1.1932

Ernst Heilmann deutet im „Freien Wort“ erstmals an, daß die SPD bereit ist, Hindenburg bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl zu unterstützen. (Winkler 1987, S. 511)

5.1.1932

Brüning läßt von seinen Beamten Joel und Zweigert ein „endgültiges“ Gutachten über die verfassungsmäßige Zulässigkeit der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags erstellen. (Brüning 1970, S. 500)

Diese Sondierungen gingen bis zum Herbst 1931 zurück und dürften mit der Bildung des 2. Kabinetts Brüning am 10.10.1931 an Aktualität gewonnen haben.

Anschließend konferieren Brüning und Hindenburg über eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten. Hindenburg ist unentschieden und möchte seine Zustimmung davon abhängig machen, daß Brüning seine Wiederwahl durch die Parteien via Verfassungsänderung garantieren kann.

Der am 14.9.1930 gewählte 5. Reichstag hatte 577 Abgeordnete. Die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit verlangte mindestens 384 Stimmen. Die Parteien der Weimarer Koalition kamen zusammen auf 250, einschließlich DVP auf 280 Sitze. Da mit der Unterstützung der KPD (77 Sitze) nicht zu rechnen war, mußten NSDAP (107 Sitze) und DNVP (41 Sitze) für den Plan gewonnen werden. Damit kam die NSDAP als Machtfaktor ins Spiel, ohne die die Amtsverlängerung des Präsidenten über eine Verfassungsänderung nicht zu haben gewesen wäre. Hindenburg verlangte für seine Zustimmung die Zustimmung der parlamentarischen Rechten, um nicht als Präsident der Linken zu erscheinen. Diese Forderung brachte Brüning in eine schwierige Situation. Er mußte mit Hitler verhandeln und ihm ggf. eine Regierungsbeteiligung anbieten und gleichzeitig von der SPD verlangen, daß diese einer solchen Aussicht zustimmen würde. Brünings Dilemma bestand darin, daß er nur durch eine Fortsetzung der Notverordnungspolitik, gestützt auf das Wohlwollen Hindenburgs, glaubte,

die Zeit bis zur Überwindung der Wirtschaftskrise und den Abschluß der Verhandlungen über die Reparationen mit den Alliierten gewinnen zu können. Dazu mußte er eine fast unlösbar innenpolitische Konstellation arrangieren. Gleichzeitig durften seine Verhandlungen über Streichung, Reduzierung oder Aussetzung der Reparationen nicht durch innenpolitische Turbulenzen gestört werden. Umgekehrt fürchtete er, daß bei einer Neuwahl und nicht Amtsverlängerung des Präsidenten ein Kandidat der Rechten sich durchsetzen würde, der ihn nicht weiter stützen würde. Umgekehrt dürfte die NSDAP die Absicht Brünings durchschaut, gleichzeitig aber die Chance gesehen haben, über die Amtsverlängerung Hindenburgs einen Fuß in die Tür zu bekommen. Im Grunde begann spätestens am 5.1.1932 der Machtpoker, der sich gut ein Jahr hinziehen sollte.

Klagges lehnt die Berufung von Pfahler auf die Riekel-Professur ab. In der Begründung heißt es: „Bei aller Würdigung des wissenschaftlichen Wertes dieser Arbeiten muß ich doch darauf hinweisen, daß der Fakultät für die Ausbildung der künftigen Volks- und Mittelschullehrer vor allem ein Mann fehlt, der das Problem der Erziehung in seiner Gesamtheit erfaßt, und der zugleich imstande ist, Aufgabe und Vorgang der Erziehung in ihrer organischen Verbundenheit mit den übrigen Seiten des Volkslebens darzustellen.“ (zitiert nach Karafyllis 2015, S. 233)

Pfahler war NSDAP-Mitglied und hätte Klagges eigentlich gefallen müssen. Daß er ihn dennoch ablehnt, deutet auf eine andere Verwendung der freien Professur hin. Die Formulierungen „organische Verbundenheit“ und „Gesamtheit der Erziehung“ lassen sich interpretieren (so Karafyllis 2015, S. 233), daß Klagges die Berufung Hitlers auf diese Stelle im Sinn hatte. Wenn die Interpretation stimmt, ist dies ein weiterer Hinweis, daß parallel zur Zuspitzung der Entscheidung über die Präsidentenfrage in Berlin von Klagges in Braunschweig der Weg zur Einbürgerung Hitlers vorbereitet wurde. Die Formulierungen stützten auch die These, daß es Klagges mit der Berufung Hitlers tatsächlich ernst gemeint haben könnte.

6.1.1932

Klagges und Schmidt rufen in einer Versammlung zum Sturz der Regierung Brüning auf.

Brüning konferiert mit Groener und Schleicher, die am Abend mit Hitler und Röhm über eine mögliche Verlängerung der Amtszeit von Hindenburg um 1-2 Jahre bzw. auf Lebenszeit verhandeln. (erneut am 7. und 10.1.).

Bemerkenswerter Weise wird als erste der Parteien die NSDAP kontaktiert, weil hier der Schlüssel liegt. Dabei wird die Reichswehr (Groener, Schleicher) eingebunden! Hitler triumphiert, weil seine Zustimmung zu einer Verfassungsänderung nötig ist. Wenn die NSDAP die Zustimmung verweigert, zeichnet sich allerdings die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichspräsidentenwahl ab. Die innerhalb der NS-Führung diskutierte Alternative lautet, Hindenburg bei der Wiederwahl zu unterstützen und ihn so als Kandidat der NSDAP aufzubauen (Strasser) oder gegen ihn zu kandidieren (Röhm, Goebbels). Bei dem Votum von Strasser ist

zu berücksichtigen, daß er sich als Konkurrent zu Hitler verstand und kein Interesse haben konnte, daß Hitlers innerparteiliche Position über die Kandidatur weiter gestärkt würde.

Goebbels bezeichnet Strasser in seinem Tagebuch als innerparteilichen Feind.

Ursprünglich stand Goebbels auf der Parteilinken und war ein Bewunderer von Strasser. Seit er in der Gunst Hitlers gestiegen ist, betrachtet er Strasser als Konkurrenten, den es zu verdrängen gilt. Die Frage der Kandidatur Hitlers war ein Schauplatz des Konflikts mit Strasser.

7.1.1932

Groener und Schleicher berichten Brüning voller Optimismus. Nachmittags findet ein Treffen Brünings mit Hitler und Röhm in der Wohnung Groeners statt. Hitler taktiert und meldet „verfassungsmäßige“ Bedenken an. Er stellt seine Entscheidung bis zum 9.1. in Aussicht.

Offenbar hat die NS-Führung in der Zwischenzeit beraten und schwankt zwischen dem politischen Bedeutungsgewinn und dem Risiko, einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Am Ende sollte die zweite Variante verfolgt werden. Falls Hitler damals schon mit dem Gedanken gespielt haben sollte, selber zu kandidieren, muß ihn die ungelöste Einbürgerungsfrage in seinem Zögern bestärkt haben.

Das NS-Dissidentenblatt „Montagsblatt“, das dem Kapitän Hermann Ehrhardt und Stennes nahe steht, hatte das Treffen Hitlers mit Brüning und Groener bereits vorher angekündigt (Der Jungdeutsche vom 5.2.1932). Später wird das Montagsblatt mit der Aufdeckung der Hildburghausen-Affäre Hitler erneut in Erklärungsnot bringen. Beide Indiskretionen lassen sich als Versuche interpretieren, Hitlers Legalitätskurs zu diskreditieren.

Nach der Unterredung Hitler-Brüning erwähnt Goebbels in seinem Tagebuch erstmals die Auseinandersetzung um die Präsidentschaftsfrage: „Das Schachspiel um die Macht beginnt. Vielleicht wird es das ganze Jahr andauern. Eine Partie, die mit Tempo, Klugheit und zum Teil auch mit Raffinement durchgespielt werden wird.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 106; bzw. Goebbels 1934, S. 19-20; Quaatz 1989, S. 168)

Goebbels gibt zu erkennen, daß Hitler die Absicht Brünings durchschaut hat. Ob schon an eine eigene Kandidatur gedacht wird, ist aus der Eintragung nicht zweifelsfrei ersichtlich, aber durchaus denkbar. Küchenthal 1973, S. 1 behauptet, daß Goebbels die Einbürgerungsabsicht Anfang 1932 über die Berliner Presse lanciert hat, wobei zwei Varianten – via Professur oder als Stellvertretender Reichsratsbevollmächtigter – gestreut werden. Den letztgenannten Posten hatte Klagges als Vertreter von Küchenthal. Faktisch hat ihn der Gesandte Boden als dritter in der Rangfolge wahrgenommen. Demnach wäre sogar erwogen worden, Klagges durch Hitler zu ersetzen und Hitler zum Minister in Braunschweig zu machen. Eine mögliche weitere Variante lautet, Boden durch Hitler zu ersetzen.

Im Januar und Februar 1932 macht Goebbels regelmäßig Einträge in sein Tagebuch zum Thema Präsidentschaftskandidatur. Die Fassungen der Einträge in seiner Edition 1934 „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ und der von Elke Frölich besorgten Edition von 1987 weichen manchmal voneinander ab. Der Tenor ist aber jeweils identisch. Die Ausgabe von 1934 dürfte propagandistisch etwas frisiert sein.

Am Abend erscheint eine Meldung über die Verhandlungen in der Presse der Reichswehr. Brüning vermutet, daß Schleicher hinter der Indiskretion steht, der die Verhandlungen torpedieren will. (Brüning 1970)

Brüning verhandelt am Abend mit der SPD-Führung (Wels, Breitscheid und Hilferding). Brüning verlangt, daß die SPD ihre Zustimmung erst erteilt, wenn die Parteien der Rechten und ihrer möglichen Regierungsbeteiligung zugestimmt haben. Die SPD signalisiert trotz der Zumutungen Zustimmung. Wels will sich allerdings erst bei der Gewerkschaftsführung rückversichern.

Die andere Schlüsselposition in den Verhandlungen nimmt die SPD ein, mit der als zweite verhandelt wird. Brüning braucht die SPD in beiden Varianten. Die Stimmen ihrer Abgeordneten für die Zweidrittelmehrheit im Reichstag und die Stimmen ihrer Wähler für eine Wiederwahl Hindenburgs. Beides ist für die SPD zwar eine Zumutung, sie will dennoch mitspielen, weil die Tragweite der Konstellation mit den möglichen alternativen Konsequenzen bereits parteiintern erkannt und diskutiert worden ist.

Heilmann (SPD) erklärt öffentlich, warum die SPD bereit ist, Hindenburg zu unterstützen: „Die Lebensgefahr für die gesamte deutsche Arbeiterklasse ist der Faschismus, und die aktuelle Todesdrohung gegen alle Freiheit ist der faschistische Reichspräsident. Wir mögen an Herrn von Hindenburg auszusetzen haben, was wir wollen – ein Reichspräsident des Faschismus, ein Reichspräsident des nationalsozialistischen Verfassungsbruchs und Blutregiments wird der Mann, den wir seit sieben Jahren als Reichspräsident kennengelernt haben, niemals sein. Seine Treue zu Brüning muß dafür letzter Beweis sein. Bei der Reichspräsidentenwahl ist für die Sozialdemokratie die Taktik vollkommen eindeutig vorgeschrieben: sie hat alles zu tun, um die Wahl eines Nazireichspräsidenten zu verhindern, eine Wahl, die für Deutschland ebenso wie für seine Arbeiterklasse den Untergang bedeutete, und alles daran setzen, daß in der Wilhelmstraße ein verfassungstreuer Reichspräsident atmet. Das ist das Ziel, und alles andere ist Nebensache.“ (zitiert nach Winkler 1998, S. 511)

Kritische Stimmen auf dem linken Flügel der SPD, zumindest im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten ins Rennen zu schicken, blieben in der Minderheit.

8.1.1932

Der „Volksfreund“ berichtet über die Unterredung Hitlers mit Brüning und Groener.

Damit wird eine mögliche Kandidatur Hitlers auch in Braunschweig ein öffentliches Thema. Spätestens seit diesem Datum konnte niemand unter den politisch Verantwortlichen (auch nicht Carl Heimbs) behaupten, nicht informiert zu sein, um was es ging.

Groener befragt Küchenthal, ob die Zeitungsberichte stimmen, daß Klagges in einer öffentlichen Versammlung am 6.1. in Braunschweig zum Sturz der Reichsregierung aufgerufen, daß der Hilfsreferent Schmidt den preußischen Innenminister Severing beschimpft und bedroht habe und warum die braunschweigische Polizei nicht eingegriffen habe.

Die diesbezüglichen Akten werden am 31.5.1937 als Kopie dem NS-Parteiarchiv auf Anforderung überlassen. Offenbar war dem Archiv der Vorfall so wichtig, daß er archiviert werden sollte.

Seldte und Duesterberg konferieren mit Hugenberg und Quaatz über die Präsidentenfrage. (vgl. dazu die Niederschrift von Quaatz vom 14.1.1932)

Dies war vermutlich auch eine Konsequenz der Indiskretion. DNVP und Stahlhelm mußten registrieren, daß sie erst in zweiter Linie gefragt sind.

9.1.1932

Hitler gibt Brüning in einer zweiten Unterredung in Begleitung von Frick (ohne Röhm, der im Vorzimmer wartet!) zu verstehen, daß er evtl. einer Amtsverlängerung Hindenburgs um ein bis zwei Jahre zustimmen werde. Für eine endgültige Zusage vertröstet er Brüning auf den Nachmittag. Stattdessen ruft Frick nachmittags an und vertröstet weiter.

Womöglich hat es inzwischen Sondierungen zwischen Hitler und Hugenberg gegeben.

Brüning konferiert mit Kaas (Zentrum) und Dingeldey (DVP).

Der Zustimmung des Zentrums konnte Brüning sich vermutlich sicher sein. Dingeldey muß bereits jetzt die Konsequenz für seine Braunschweiger Parteifreunde bewußt geworden sein, falls die Amtsverlängerung scheitert und ein Kandidat Hitler droht, der nur in Braunschweig eingebürgert werden kann. Um dies zu verhindern, mußte er der Amtsverlängerung Hindenburgs zustimmen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Großes Rätselraten, was der Führer tun wird. Man soll sich wundern!“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 108; Goebbels 1934, S. 22)

Diese Notiz wird als erster Hinweis gewertet, daß Hitler die Amtsverlängerung ablehnte und selber die Kandidatur erwog, damit nicht ein anderer Kandidat der NSDAP ins Spiel kam. Diese Interpretation ist möglich aber nicht zwingend. Der Kontext des Zitats läßt auch auf Aktivitäten in diverse andere Richtungen, die nichts mit der Wahl zu tun haben, schließen.

Bis zum 25.2. zögerte Hitler, sich in der Präsidentschaftskandidatur festzulegen. Führungsschwäche? Angst vor der Blamage, daß die Einbürgerung scheitert? Sorge, daß der geheimgehaltene Einbürgerungsversuch via Thüringen scheitert, eine Einbürgerung via Braunschweig aber erst auf den Weg gebracht werden muß? Angst vor dem Spott über eine Scheinernennung? Angst, gegen Hindenburg zu verlieren? Das zentrale Problem ist, daß der Weg über den Reichsrat wegen des zu erwartenden Einspruchs von Preußen und/oder Bayern verbaut ist, der Weg über die Verbeamtung aber voraussetzt, daß Hitler tatsächlich in thüringische oder braunschweigische Landesdienste eintritt. Hitler will aber gar nicht Professor, Gesandter, Reichsratsbevollmächtigter, Minister, Bürgermeister, Regierungsrat, Gendarmeriekommissar oder was auch immer werden, weil er dafür weder qualifiziert noch motiviert ist, sondern Reichskanzler oder allenfalls Reichspräsident. Dafür ist er in seinem Führerverständnis bestens qualifiziert. Insofern befindet er sich in einem echten Dilemma: Entweder – er tut so, als würde er doch Beamter sein wollen, um eingebürgert zu werden mit den Konsequenzen des Vorwurfs des „Scheingeschäfts“, des Spotts der Opposition und der Presse und einer möglichen Ablehnung durch den Reichswahlleiter oder gar der Wahlanfechtung - oder er lehnt ein Scheingeschäft ab. Dann muß er wirklich ein Amt ausfüllen, für das er weder qualifiziert noch motiviert ist, und kann eigentlich nicht kandidieren. Hitler ist für gar nichts qualifiziert (außer als Demagoge) und besitzt nirgendwo für ein Amt die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen. Wenn er zu lange zögert, verliert er zudem an Glaubwürdigkeit in seiner Partei als Führer. Goebbels hatte bereits begonnen zu zweifeln. Weil er sich am Ende für die Kandidatur entschieden, aber die Wahl verloren hat, hätte er eigentlich seinen Dienst als Beamter antreten müssen. Da er das aber nie vorgehabt hat, geriet er wegen seiner Weigerung zum Amtsantritt permanent unter Druck. Hier liegt womöglich die eigentliche Ursache des Konflikts mit Klagges, der nicht in der Lage war, Hitler aus dieser unangenehmen Situation zu befreien.

Geiger beantragt in der Sitzung der 8. Abteilung, für Roloff ein persönliches Ordinariat zu beantragen. (Protokollbuch)

Versuchte Geiger bereits, durch Kooperationsbereitschaft seine eigene Haut zu retten?

10.1.1932

Brüning konferiert mit Hugenberg (DNVP). Hugenberg verhält sich ablehnend gegenüber einer Amtsverlängerung, deutet aber an, daß er einer Wiederwahl ggf. zustimmen könne. Brüning vermutet, daß Hugenberg will, daß Hindenburg scheitert.

Vielleicht wollte er aber auch, daß ein Gegenkandidat Hitler scheitert.

Daß Hugenberg als letzter Vertreter der großen Parteien konsultiert wird, dürfte ihm nicht gefallen haben. Jedenfalls war er über diverse Kanäle über den Stand der Verhandlungen informiert. Hugenberg muß bereits geahnt haben, daß auch seine Absichten nur schwer zu realisieren sind. Er konnte zwar die Amtsverlängerung Hindenburgs verhindern, nicht aber

dessen erneute Kandidatur. Damit stellte sich sofort die Frage, wer gegen Hindenburg kandidieren wird. Hugenberg hätte sicher einen gemeinsamen Kandidaten der nationalen Rechten bevorzugt, der von der NSDAP im Sinne der Harzburger Front unterstützt wird. Dafür war aber die NSDAP nicht zu gewinnen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch die Verhandlung zwischen Brüning und Hitler. Brüning habe ein „Handelsgeschäft“ vorgeschlagen: Zustimmung zur Amtszeitverlängerung gegen Legalisierung der NSDAP. Hitler lehnt ab. Sein Ziel ist die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen. (Goebbels 1934, S. 22-23)

Damit kommt eine weitere Variante ins Spiel, die Brüning besonders fürchten mußte. Die Drohung mit Neuwahlen war die stärkste Karte Hitlers, da er mit hohen Stimmengewinnen rechnen konnte. Hindenburg hätte dann womöglich Brüning fallen gelassen und Hitler schon früher zum Reichskanzler ernannt, wenn immer noch keine parlamentarische Mehrheit möglich gewesen wäre.

Die Konstellation ist insgesamt kaum auflösbar, da alle Seiten (Brüning, Hindenburg bzw. dessen Einflüsterer, Hitler, Hugenberg) unterschiedliche Absichten hatten und Ziele verfolgten. Die SPD sollte bei alledem mitspielen, obwohl sie mit 143 Sitzen immer noch die stärkste Fraktion im Reichstag stellte. Die Rechte taktiert. Brüning 1970, S. 505/506 deutet an, daß ähnliche Verhandlungen bereits im September/Oktober 1931 stattgefunden haben. Damit dürfte für Hitler bereits damals die fehlende Staatsbürgerschaft das zentrale Problem gewesen sein, wenn er bereits damals eine eigene Kandidatur erwogen haben sollte.

Brüning konferiert mit Staatspartei und Jungdeutschem Orden, die Brünings Plan zustimmen.

Interessant ist, daß bereits hier der Jungdeutsche Orden ins Spiel kommt. Im kleinen Braunschweigischen Landtag war nämlich die eine Stimme des Abgeordneten Schrader (Staatspartei/Jungdeutscher Orden) für die Einbürgerung Hitlers nötig! Auch über diesen Kanal mag es schon früh eine Sondierung Berlin-Braunschweig gegeben haben.

Die kleinen Parteien entziehen sich zwar nicht der Amtsverlängerung, sind aber auch nicht nötig, wenn die NSDAP zustimmt. Für viele der Beteiligten wäre vermutlich nur eine ganz breite parlamentarische Mehrheit akzeptabel gewesen, nicht aber eine rechnerische Zweidrittelmehrheit aus Weimarer Koalition und Rechtsparteien.

11./12.1.1932

Hugenberg glaubt nach dem Gespräch mit Göring zu erkennen, daß Hitler bei der Präsidentschaftswahl zum Alleingang entschlossen ist.

Warum stimmt Hugenberg/DNVP der Einbürgerungsabsicht Hitlers dennoch zu, wenn dadurch eine Sammelkandidatur der Harzburger Front für die Präsidentschaft ausgeschlossen wird? Selbst die DNVP hätte aus diesem Grund die Einbürgerung Hitlers verhindern können.

12.1.1932

Hugenberg lehnt Brüning's Vorschlag ab, durch eine Verfassungsänderung die Amtszeit Hindenburgs zu verlängern. Hitler teilt Brüning mit, daß er eine Amtsverlängerung Hindenburgs aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnt.

Hitler taktiert mit einem Brief an Hindenburg, in dem er den Vorschlag Brüning's ablehnt, aber anbietet, die erneute Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen, wenn dieser Brüning absetzt, eine nationale Regierung einsetzt und Neuwahlen für den Reichstag und den Preussischen Landtag zustimmt.

Hindenburg lehnt das Angebot Hitlers ab, das eine Spaltung der Beziehung Hindenburg – Brüning bedeutet hätte.

Aus der Ablehnung folgte allerdings das Dilemma, daß eine Kandidatur Hindenburgs wahrscheinlich wird. Um eine zweite Amtsperiode Hindenburgs und damit die Verlängerung der Amtszeit Brüning's zu verhindern, muß Hitler ggf. auch kandidieren. Seine Kandidatur barg aber das Risiko einer Niederlage gegen Hindenburg, der auch auf der Rechten Stimmen gewinnen wird. Eine Niederlage gegen Hindenburg würde wiederum seinen Nimbus des unaufhaltsamen Aufstiegs beschädigen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Wir haben die erste Partie verloren. Brüning triumphiert noch einmal.“ (Goebbels 1934, S. 24)

Brüning erwähnt in seinen Memoiren, daß an diesem Tag die Rechte den Versuch gemacht habe, Hindenburg zu Brüning's Sturz zu bewegen. Die Intrige sei aber abgewehrt worden.

Hindenburg ersucht Brüning, von einer parlamentarischen Klärung der Frage der Amtsverlängerung Abstand zu nehmen, da auch er die Amtsverlängerung als verfassungswidrig ansieht.

Hier wird der Einfluß von Hitler und Hugenberg sichtbar. Welche Motive Hindenburg zu dieser Begründung bewegen haben, bleibt undurchsichtig, da er bei der anderen Variante auch auf die Unterstützung Brüning's angewiesen war. Damit ist dieser Weg auch von dieser Seite verbaut.

Was bezweckte Brüning überhaupt mit seiner Initiative? Als Quelle eignen sich nur die Memoiren Brüning's, die allerdings erst 1934 nach seiner Flucht aus Deutschland verfaßt worden sind. Glaubte er, daß nur Hindenburg in der Lage sei, Hitler in Schach zu halten? Wollte er das eingespielte System der Notverordnungen solange fortsetzen, bis die Krise überwunden

ist? Glaubte er, mit einem anderen Präsidenten so nicht verfahren zu können? Ging es auch um die Restauration der (konstitutionellen) Monarchie und wollte er Hindenburg als Platzhalter benutzen? Warum hat Brüning nicht sofort den Versuch gemacht, einen gemeinsamen Kandidaten der Weimarer Koalition in Stellung zu bringen? Hielt er diese Variante angesichts der zu erwartenden Kandidatur Thälmanns, die auf der Linken Stimmen kosten würde, für aussichtslos? Vielleicht hätte man Thälmann im 2. Wahlgang zum Rücktritt zugunsten eines „Weimarer Kandidaten“ bewegen können.

Seitdem verfolgt Brüning die zweite Variante. Zur Umsetzung entwickelt er die Idee, einen Wahlausschuß zu bilden, der mit prominenten Konservativen besetzt ist.

Damit will er Hindenburg beeindrucken.

Die KPD nominiert Thälmann als Präsidentschaftskandidaten.

Und hofft mit der Nominierung auf Unterstützung durch SPD-Wähler.

13.1.1932

Küchenthal dementiert gegenüber Groener die Darstellung in der Presse über die Auftritte von Klagges und Schmidt vom 6. Januar.

14.1.1931

Quaatz notiert: „Die Tage bis 12. waren durch Aktion Brüning und Gegenaktion in Sachen Verlängerung Hindenburgs durch den Reichstag ausgefüllt. Brüning glaubte: Wenn er es durchsetzte, wäre die Zentrumsherrschaft auf lange gesichert. In jedem Falle werde er die Opposition in eine schwere Lage bringen und vielleicht auch spalten. Es scheint auch, daß Hitler vor dem Eintreffen Hugenberg (er sprach mit ihm erst am 9. Januar) weitgehende Versprechen gegeben hat (Gegenleistung: Anerkennung der Legalität und Preußenwahlen, was beides für die Regierung wenig, für Hitler viel bedeutete.) Von Sonnabend bis Montag (9. - 11. Januar) spielte er ein ränkevolles, aber anscheinend nicht zielsicheres Spiel. Er wollte – durch den steigenden Unwillen in seiner Partei gedrängt – aus dem Netze Brünings heraus und versuchte am Montagabend plötzlich mit ganz unzureichenden Mitteln, Hindenburg zur Entlassung Brünings zu zwingen. Gleichzeitig aber wollte er nach außen allein im Vordergrund bleiben und Hugenberg diskreditieren. Ergebnis: Ein voller Mißerfolg. Ob es nun dazu kommt, was Hindenburg vorgibt zu wollen, nämlich Brüning nach der Rückkehr von Lausanne zu entlassen, ist zweifelhaft. Brüning wird der stärkere sein. Dann kann Hindenburg nur mit den Stimmen der Linken und der Mitte gewählt werden, wozu wenig Aussicht besteht.“ (Quaatz 1989, S. 168-169)

Bis auf den letzten Satz ist das eine sehr gute Analyse der Konstellation.

Brüning schlägt Hindenburg die Idee des Wahlausschusses vor. Hindenburg verlangt, daß Wilhelm II. wieder eingesetzt wird. Brüning verweist darauf, daß die NSDAP mit dem Gedanken spiele, den Kronprinzen als Gegenkandidat zu Hindenburg aufzubauen. Hindenburg erklärt, daß Wilhelm II. diese Idee ablehne.

Hier wird eine weitere Front sichtbar. Im Hintergrund bei den Varianten Amtsverlängerung bzw. Wiederwahl Hindenburgs wurde offenbar von mehreren Seiten die dritte Variante sondiert, Hindenburg als Statthalter für die Wiedereinführung der (konstitutionellen?) Monarchie zu verwenden. Hier wäre auf seiten der SPD möglicherweise (?) eine rote Linie überschritten worden. Hitler wollte diese Variante sicher nicht, auch wenn monarchistische Kräfte dieses gern erhofft bzw. unterstellt haben. Auf jeden Fall muß der Versuch, im zweiten Wahlgang den Kronprinzen als Kandidaten aufzubieten, in diesem Zusammenhang gesehen werden. Offenbar hat es bereits damals Konsultationen zwischen Hindenburg und Wilhelm II gegeben mit dem Ergebnis, daß nur eine Restauration via Wilhelm II. aber nicht über den Kronprinzen in Frage kommt.

Brüning schreibt zu der delikaten Konstellation: „Ich kam allmählich in eine unmögliche Situation. Ich mußte denen, die bereit waren, unter Zurücksetzung jedes Parteiinteresses, aus staatspolitischen Gründen und im Glauben an den Hindenburg-Mythos bis aufs äußerste den Kampf für die Wiederwahl des Reichspräsidenten zu führen, auch noch klarmachen, daß sie sich aus den gleichen staatspolitischen Gründen in eine Pariarolle hineindrängen lassen mußten, während diejenigen, die in Wirklichkeit den Reichspräsidenten gar nicht wiederwählen wollten, im Hause Hindenburg mit Glacéhandschuhen angefaßt wurden.“ (Brüning 1970, S. 511.

15. und 25.1.1932

Hitler attackiert Brüning in zwei offenen Briefen.

Damit wird die Neuwahl des Präsidenten unumgänglich, weil für eine Verfassungsänderung keine ausreichende Mehrheit mehr gegeben ist.

16.1.1932

Gespräch Brüning – Göring, in dem sich Göring als politischer Bevollmächtigter Hitlers vorstellt. Es geht um den offenen Brief Hitlers, in dem er die parlamentarische Amtsverlängerung Hindenburgs ablehnt. (Brüning 1970, S. 514)

Es verstärkt sich der Eindruck, daß die NSDAP einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken will.

18.1.1932

Die preußische Regierung signalisiert über Staatssekretär Weismann, daß die SPD einen konservativen Wahlausschuß tollert.

Es geht um die Absicht, Hindenburg für die Kandidatur zu gewinnen und rechte Wähler zu mobilisieren.

19.1.1932

Hitler erklärt im „Völkischen Beobachter“ die Ablehnung der NSDAP bezüglich einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs.

Goebbels hat laut Tagebuch erstmals die Präsidentschaftsfrage mit Hitler in dessen Münchener Wohnung erörtert: „Mit dem Führer die Reichspräsidentenfrage durchgesprochen. Ich berichte über meine Unterredungen. Noch ist keine Entscheidung gefallen. Ich plädiere stark für seine eigene Kandidatur. Es kommt wohl im Ernst auch nichts anderes in Frage. Wir stellen Berechnungen mit Zahlen an, aber Zahlen können täuschen. Nur sein Name kann ernsthaft ins Feld geführt werden.“ „Nur die Defätisten in der Partei machen schlapp. Sie berufen sich immer auf Strasser.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 112; identisch in Goebbels 1934, S. 27)

Laut Ullrich 2013, S. 329 lautet der Eintrag: „Ich plädiere für seine Kandidatur. Er allein schlägt Hindenburg aus dem Felde. Wir machen Berechnungen mit Zahlen. Aber Zahlen täuschen. Hitler muß Reichspräsident werden. So allein geht es. Das ist die Parole. Er entscheidet sich noch nicht. Ich werde weiter bohren.“

Ullrich bringt noch weitere Zitate aus dem Tagebuch, die sich in den Editionen von 1934 und 1987 nicht finden. Auch sind die Anmerkungen zu den Tagebuchzitaten nicht immer korrekt.

Goebbels drängt, Hitler ist unentschlossen. Der Strasser-Flügel scheint gegen eine Kandidatur Hitlers zu sein. Offenbar wurde die Verteilung der Stimmen für Hindenburg, Hitler und einen dritten Kandidaten der Rechten kalkuliert. Wollte Hitler überhaupt zu diesem Zeitpunkt Präsident werden oder soll doch ein anderer NS-Führer kandidieren? Erwogen wurde zu diesem Zeitpunkt noch, Frick oder Franz Ritter von Epp zu nominieren. Fürchtete Hitler womöglich das Problem der fehlenden Staatsbürgerschaft? Oder zog er es vor, daß ein NS-Präsident ihn zum Reichskanzler ernennt? Dieses Amt verlangte paradoxerweise im Unterschied zum Präsidenten laut Verfassung nicht ausdrücklich die deutsche Staatsbürgerschaft. Allerdings wäre Hitler dann ein Kanzler ohne Gehalt. Dies ist auch deshalb kaum vorstellbar, da Hitler entgegen den anderslautenden öffentlichen Beteuerungen auch immer eigene finanzielle Interessen verfolgt hat.

Die Architekturfachschaft der TH veröffentlicht ein Pamphlet zur Unterstützung von Mühlentfordt und übt darin Kritik an NStB und besonders an NS-Studentenführer Gille im Braunschweiger Hochschulkonflikt.

21.1.1932

Hinweis im Goebbels-Tagebuch: „Einige Herren von der Deutschen Volkspartei waren bei ihm, um in der Reichspräsidentenfrage vorzufühlen. Er hat ihnen die kalte Schulter gezeigt. Es bleibt in dieser Situation gar nichts anderes übrig, als daß wir unseren eigenen Kandidaten aufstellen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 112; identisch Goebbels 1934, S. 27-28)

Offenbar gab es auch schon sehr früh Kontakte mit der DVP bezüglich der Kandidatur, um zu klären, was auf die braunschweiger Parteifreunde zukam. Die Haltung Hitlers würde erklären, warum die Braunschweiger DVP am Ende der Einbürgerung zugestimmt bzw. sich dem Druck der Berliner Parteizentrale gebeugt hat.

22.1.1932

Brüning antwortet Hitler.

Erster Hinweis in Goebbels-Tagebuch, daß er als künftiger Propaganda-Minister vorgesehen ist.

Offenbar rechnete Goebbels schon Anfang 1932 mit der baldigen Machtübernahme – evtl. bereits als Folge der Wahl Hitlers zum Präsidenten.

23.1.1932

Der Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahm teilt Staatssekretär Hermann Pünder mit, daß er aufgefordert worden sei, einen Ausschuß zu bilden, um die Volkswahl Hindenburgs zu betreiben.

Daraus entstand der überparteiliche sog. Hindenburg- oder Sahm-Ausschuß, der die Aufgabe hatte, neben Zentrum und SPD auch konservative Unterstützer für die Wahl Hindenburgs zu gewinnen. Die Variante, einen eigenen Kandidaten der Weimarer Koalition zu nominieren, war damit verbaut.

24.1.1932

Goebbels notiert, daß der Präsidentschaftswahlkampf organisatorisch vorbereitet ist: „Die Wahlen sind bis ins Kleinste vorbereitet. Es wird ein Kampf werden, wie die Welt ihn noch niemals gesehen hat.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 115; Goebbels 1934, S. 31)

Wie lange hat der Vorlauf gedauert? Der Hinweis deutet darauf hin, daß die NSDAP schon seit Wochen mit der Kandidatur Hitlers gerechnet hat.

25.1.1932

Der Finanzminister Küchenthal legt den Entwurf für den Staatshaushalt des Jahres 1932 vor. Darin ist u.a. der Wegfall einer Regierungsrat-Stelle (A 2 b) im Landeskultur- und Vermessungsamt vorgesehen. Im Etat der TH ist der Wegfall einer von 13 a.o. Professuren (A 2 b) vorgesehen.

Die Streichung sollte zum Problem werden. Die Regierungsratstelle wird durch Landtagsbeschluß am 4.3. wieder in den Haushalt eingestellt und mit Hitler besetzt werden. Auch die Streichung der a.o. Professur wird zurückgenommen.

26.1.1932

Angesichts der anschwellenden Gerüchte, Hitler werde kandidieren, drängt Brüning im Gespräch mit Meißner, Groener und Schleicher auf die Notwendigkeit, daß Hindenburg zur Kandidatur bewogen wird.

Hitler tritt auf Vermittlung Thyssens vor dem Industrieclub im Düsseldorfer Parkhotel und dem Langnam-Verein vor 600 geladenen Großindustriellen auf, um dort seine Politik vorzustellen.

Hitler wird durch den Auftritt salonfähig, gewinnt Akzeptanz bei der Großindustrie und finanzielle Unterstützung für die Wahlkämpfe des Jahres 1932. Ohne diese Unterstützung wäre der Erfolg der notorisch klammen NSDAP vielleicht geringer ausgefallen. Das Jahr 1932 erlebte insgesamt 15 Wahlkämpfe: 2 x Reichspräsident, 2 x Reichstag, 9 x Landtage, 2 x Bürgerschaft.

Groener ist mit der Antwort Küchenthals vom 13.1. nicht zufrieden und verlangt einen offiziellen Bericht.

Küchenthal reicht die Aufforderung an Klagges und Schmidt weiter, die in ihren Stellungnahmen die Presseberichte dementieren.

Die Affäre endete ergebnislos. Der Briefwechsel machte aber die tiefe Distanz zwischen Groener und der NSDAP deutlich und brachte Küchenthal zum wiederholten Mal in die schwierige Lage, Klagges und dessen Scharfmacher decken zu müssen. Der Vorgang ist auch für die spä-

tere Einbürgerungsfrage relevant, weil Küchenthal immer das schwierige Verhältnis zur Reichsregierung – sowohl persönlich wie angesichts der Finanzlage seines Landes – im Auge haben mußte.

27.1.1932

Brüning erteilt nach dem Scheitern seiner Bemühungen, eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten zu finden, und einem Gespräch mit Hindenburg an Sahm den Auftrag, den Hindenburg-Ausschuß zu konstituieren und das Verfahren zur Neuwahl des Präsidenten einzuleiten. Dazu müssen Unterschriftenlisten ausgelegt werden.

Seine Absicht war, die Wiederwahl Hindenburgs zu erreichen, um sich weiter auf dessen Vertrauen stützen zu können. Er kalkulierte, daß nur Hindenburg, aber nicht ein Kandidat der Weimarer Koalition, einen Wahlsieg garantiert, weil ersterer auch Stimmen der Konservativen auf sich zieht. Brüning fürchtete, daß Hitler mehr Stimmen bekommt als die Weimarer Koalition. Dazu brauchte er die Hilfe des überparteilichen Hindenburg-Ausschusses. Nur so konnte der zögernde Hindenburg zur Zustimmung bewegt werden.

Hindenburg zögert wegen seines fortgeschrittenen Alters und der Sorge, daß er vom falschen Lager gestützt wird und so die Konservativen verprellt. Deshalb bietet Brüning seinen Rücktritt an, der von Hindenburg abgelehnt wird.

Diese Versicherung setzt die NSDAP unter Druck. Zwei Strategien werden in der Parteizentrale diskutiert: Hitler kandidiert im ersten Wahlgang – dann drängt die Einbürgerungsfrage via Verbeamtung - oder im ersten Wahlgang wird ein Strohmann aufgestellt, um zwischen den Wahlgängen die Einbürgerung über den Reichsrat zu erzwingen. Möglicherweise taktiert auch Hindenburg, weil er die Situation zu einer Restauration der (Konstitutionellen) Monarchie nutzen will. (Bracher 1964, S. 446)

Der TH-Senat berät über disziplinarische Maßnahmen gegen die studentischen Rädelsführer.

Scharfe Angriffe auf Küchenthal, Mühlenpfordt und Schmitz im Völkischen Beobachter, die von den Braunschweiger NS-Studenten Schaffeld und Gille lanciert sind.

Roloff 1960 vermutet in Gille den Autor. Warum erscheint der Artikel erst jetzt, obwohl der Hochschulkonflikt bereits Anfang November 1931 ausgebrochen ist? Roloff vermutet, daß so erneut Druck auf die braunschweiger Professoren in der Einbürgerungsfrage ausgeübt werden sollte.

Die 8. Abteilung lehnt die Berufung von Kriek ab und befürwortet stattdessen die Berufung von Pfahler. (Protokollbuch)

Goebbels notiert: „Hindenburg-Ausschuß hat sich konstituiert. Die Wahlparole für oder gegen Hindenburg scheint unvermeidlich geworden zu sein. Jetzt müssen wir mit unserem Kandidaten heraus. Diese Frage ist entschieden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 117; Goebbels 1934, S. 33)

Jedenfalls im Verständnis von Goebbels, aber offenbar noch nicht im Verständnis von Hitler.

28.1.1932

Hindenburg stellt in einem Schreiben an Brüning Bedingungen für seine Kandidatur. „Die in der heutigen Presse begonnenen Veröffentlichungen um die Reichspräsidentenwahl geben mir Veranlassung, Ihnen in diesem nur für Sie bestimmten Schreiben meinen Ihnen bisher nur mündlich bekanntgegebenen Standpunkt zu der Frage meiner Kandidatur schriftlich festzulegen: Ich bin nur dann bereit, erneut das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen, wenn ich davon überzeugt bin, daß mein Verbleiben in diesem Amt eine vaterländische Notwendigkeit ist. Ich kann ferner eine Kandidatur nur dann annehmen, wenn sie nicht auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Rechten stößt und meine Wiederwahl im ersten Wahlgang als gesichert angesehen werden kann. Bis über diese Voraussetzungen Klarheit besteht, muß ich mir meine Entscheidung über die Annahme der mir angebotenen Kandidatur vorbehalten und allen an mich gestellten Anfragen gegenüber vollständige Zurückhaltung wahren“. (zitiert nach Brüning 1970, S. 518f.)

Die Spannungen zwischen Hindenburg und Brüning sind offensichtlich, wobei nicht klar ist, wer jeweils wann in welchem Interesse Einfluß auf Hindenburg genommen hat. Brüning beantwortet den Brief nicht, da er die Bedingungen nicht erfüllen konnte. Das fortgeschrittene Alter von Hindenburg war offenbar doch nur vorgeschoben für das Zögern.

29.1.1932

Treffen zur Vorbereitung des Hindenburg-Ausschusses.

Brüning sondiert, ob die Zustimmung des Kronprinzen für Hindenburgs Kandidatur zu erreichen ist.

Erste Pressemeldungen in der nationalkonservativen Kreuz-Zeitung und im Völkischen Beobachter, daß Hitler zum Professor in Braunschweig berufen werden soll.

Wer hat die Presse informiert? Goebbels? Damit wird die Strategie, Hitler über eine Berufung zum Professor einzubürgern, öffentlich und verstärkt den Druck auf Hitler, sich zu entscheiden. Falls Goebbels tatsächlich hinter der Indiskretion gesteckt hat, hat er mit Hitler ein doppeltes Spiel gespielt.

Klagges und der NS-Reichstagsabgeordnete Hinkel sprechen auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast, in der der Ruf „Hitler Reichspräsident!“ von den Massen skandiert wird. Klagges spricht über seine Politik als Minister in Braunschweig, Hinkel anstelle des mit einem Redeverbot belegten Goebbels. Dabei verliest er folgende Erklärung von Goebbels: „Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk in seiner besten und weitaus überwiegenden Mehrheit auf unsere Parole wartet, um einen deutschbewußten (*sic!*), tatbereiten Reichspräsidenten zu wählen. Dieser Reichspräsident muß ein Herz haben für das leidende und gequälte deutsche Volk und vor allem für seine verfolgte und blutiggeschlagene Jugend. Haben wir diesen Reichspräsidenten, dann ist Schluß mit Uniform- und Redeverböten, dann gehört Deutschland wieder den Deutschen, dann wird aufgeräumt mit der marxistischen Mordpest und dem Deutschtum freie Bahn geschaffen. Für den Tag arbeiten wir, ob wir reden oder schweigen müssen.“ (Der Angriff vom 30.1.1932, S. 1)

Die Meldung des „Angriff. Das deutsche Abendblatt in Berlin, Herausgeber: Dr. Goebbels“ macht deutlich, daß Goebbels nicht nur in privaten Gesprächen mit Hitler auf dessen Kandidatur drängt, sondern auch die Massen entsprechend indoktriniert, um so den zögernden Hitler unter Druck zu setzen. Die Formulierung vom „deutschbewußten“ und nicht vom deutschen Reichspräsidenten ist ein versteckter Hinweis, daß Hitler zu diesem Zeitpunkt noch nicht Deutscher ist. Klagges ist bei der Kundgebung anwesend. Ihm muß klar sein, daß der Druck auf ihn, die Einbürgerungsfrage zu regeln, immer stärker wird. Evtl. wollte Goebbels Klagges durch die Konstellation im Sportpalast sogar gezielt unter Druck setzen.

Schleicher kommentiert die mögliche Kandidatur Hitlers: Hitler „sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit ´ja´ oder ´nein´ antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherrede. Er wisse auch sicher gar nicht, was er wolle.“ ... „Eine Wahl Hitlers ... würde den Bürgerkrieg bedeuten.“ (Droste 1982, Bd. 1, S. 575)

Der NS-Student und Agitator Gille wird zwangsweise von der TH Braunschweig exmatrikuliert (und am 15.7.1932 wieder immatrikuliert).

31.1.1932

Goebbels notiert: „Große Pressedebatte um die Präsidentschaftswahl. Die Entscheidung des Führers fällt am Mittwoch. Sie kann nicht mehr zweifelhaft sein.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 119; Goebbels 1934, S. 35)

Ende Januar 1932

In der Reichsregierung wird (*seit wann?*) diskutiert, ob gegen die Zulassung einer Kandidatur Hitlers rechtliche Bedenken bestehen, da es sich bei einer Einbürgerung via Verbeamtung offensichtlich um eine Scheinernennung handeln würde. Ministerialrat Georg Kaisenberg,

Verfassungsreferent im Innenministerium und Autor eines Kommentars zur Präsidentenwahl (Kaisenberg 1925), verfaßt ein Gutachten (Kaisenberg 1932). Der normale Weg der Einbürgerung verläuft über den Reichsrat, wenn kein Land dagegen Einspruch erhebt. Ein alternativer Weg ist die Verbeamtung in einem Land, die aber nicht zum Schein erfolgen darf, um den Weg über den Reichsrat zu umgehen. Gestützt auf den Kommentar des Staatsrechtlers Walter Jellinek „Verwaltungsrecht“ (3. Aufl. 1931) argumentiert Kaisenberg, daß eine Scheinerennung nicht zur Einbürgerung führt. Jellinek schreibt dazu: „Zum Beamtenverhältnis gehört nun einmal, daß der Beamte zur Besorgung von Geschäften, zur Treue und zum Gehorsam verpflichtet ist. Ernennet also ein Minister jemand zum Beamten mit der vom Ernannten gebilligten Maßgabe, daß der Beamte nie ernstlich zur Dienstleistung herangezogen werden soll, dann enthält der Ernennungsakt eine Beschränkung, die den ganzen Akt unmöglich und daher unwirksam macht.“ (zitiert nach Volksfreund 1932; in Jellinek 1932, S. 121-122 leicht abweichende Formulierung) Ein Ausländer oder Staatenloser könne nur dann deutscher Staatsbürger werden, wenn „es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten handelt. Scheingeschäfte sind nach bürgerlichem Recht nichtig.“ ... „Eine Beamtenernennung ist nur rechtswirksam, wenn der Wille der ernennenden Behörde dahin geht, eine Persönlichkeit zum Beamten zu machen, und der Wille dieser Persönlichkeit darauf gerichtet ist, Beamter zu werden, also Staatsdienste zu verrichten. Eine solche Willensbildung liegt aber dann nicht vor, wenn die Beamtenernennung lediglich zu dem Zweck erfolgt, um der betreffenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu eröffnen, die staatsrechtlichen Voraussetzungen für ein anderes Staatsorgan, das mit der Beamtenernennung nichts zu tun hat, zu erfüllen.“ Und schließlich heißt es ausdrücklich: „In der Ernennung eines Ausländers, wie es Hitler ist, oder Staatenlosen zum Beamten lediglich zu dem Zweck, um ihm die Fähigkeit für die Anwartschaft auf das Amt des Reichspräsidenten zu verleihen, würde keine ernstlich gemeinte Beamtenernennung zu erblicken sein. Eine solche Ernennung wäre nichtig und unwirksam.“ (Gutachten abgedruckt in Vossische Zeitung vom 1.2.1932)

Kaisenberg irrt an einer Stelle. Hitler ist nicht Ausländer sondern Staatenloser. Ansonsten war mit dem Gutachten die Position der Reichsregierung bezogen. Daß im Reichswahlgesetz vorgeschrieben ist, daß die Wählbarkeit einen mindestens einjährigen Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft vorsieht, wird von Kaisenberg in seinem Gutachten nicht thematisiert. Es ist schwer vorstellbar, daß der Verfassungsreferent diesen Punkt übersehen hat. Damit wäre Hitler, ob eingebürgert oder nicht, 1932 nicht wählbar gewesen. Oder es hat sich hier um eine Gesetzeslücke gehandelt.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit über 6 Millionen ist erreicht. Im Februar 1932 gibt es im Freistaat Braunschweig etwa 55.000 Arbeitslose bei etwa 513.000 Einwohnern (Bei der Wieden 1996, S. 72).

1.2.1932

Gespräch Brünings mit dem Kronprinzen. Der Kronprinz ist skeptisch. (Brüning 1970, S. 520)

Unklar bleibt, was beide tatsächlich im Schilde führten. Aus den erst 1971 veröffentlichten Memoiren Brünings geht hervor, daß Brüning tatsächlich an eine Restauration der Monarchie gedacht hat und dabei die Reichspräsidentenfrage zum Hebel benutzen wollte.

Das „Montagsblatt. Unabhängige Zeitung für nationale und soziale Politik“ veröffentlicht einen Artikel mit der Überschrift „Hitler deutscher Staatsbürger“. Darin wird behauptet, daß Hitler bereit sei, gegen Hindenburg zu kandidieren, und daß die Hürde der fehlenden Staatsbürgerschaft bereits durch die vollzogene Einbürgerung beseitigt sei: „Es heißt, daß Hitler bereits deutscher Staatsbürger ist! Anscheinend ist er von einer der nationalsozialistischen Länderregierungen – etwa Braunschweig oder Thüringen - vorübergehend und formell zum Staatsbeamten ernannt worden, wodurch er die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hätte. Diese inzwischen erfolgte Einbürgerung Hitlers ist das große Geheimnis des Braunen Hauses.“ (ebd. S. 1) Die Urkunde werde im Braunen Haus aufbewahrt.

Das Montagsblatt war eine 1931 von dem NS-Renegaten Stennes gegründete Wochenzeitung, die zunächst den Titel „Die Front der Arbeiter, Bauern, Soldaten. Nachrichtenblatt der National-Sozialistischen Kampfbewegung Deutschlands für den Dienstgebrauch der SA“ herausgegeben von Walter Stennes“ trug (Faksimile in Der Spiegel Nr. 18/1973, S. 146). Die Zeitung ist nach dem Bruch mit Hitler vom 9. April 1931 bis 24. April 1932 in Berlin im Wehrwart-Verlag bzw. SA-Verlag als Wochenzeitung erschienen. Sie orientierte sich politisch zunächst an Otto Strasser und seit Ende 1931 an Kapitän Ehrhard (vgl. Morsey 1960, S. 423). Damit vertrat sie die sozialistische Tradition innerhalb der NSDAP und kritisierte Hitler von „links“.

Stennes, vermutlich von 1925-1930 Agent des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums und zugleich Gegner der Weimarer Republik, war 1927 in die NSDAP eingetreten, hatte eine Karriere als Berliner SA-Führer gemacht und wurde 1927 zum Oberbefehlshaber der SA in Ostdeutschland ernannt. In der Folgezeit geriet er in Konflikt mit Hitler, weil er größeren Einfluß für die SA forderte und sich gegen dessen Legalitätskurs wandte. Der Konflikt eskalierte, als Stennes den Befehl Hitlers verweigerte, sich einer Notverordnung Brünings zur Aufgabe der Straßenkämpfe zu fügen. Seiner Absetzung am 31.3.1931 widersetzte er sich im sog. Stennes-Putsch gewaltsam und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Er gründete daraufhin die „National-Sozialistische Kampfbewegung Deutschlands“ und das „Montagsblatt“ als deren Organ. Im Thüringer Untersuchungsausschuß zu der Affäre wurde er als Zeuge geladen – vermutlich weil man ihn als Urheber des Artikels vermutete, der über Insiderwissen verfügte. Stennes wurde 1933 verhaftet, abgeschoben und wanderte nach China aus.

Es handelte sich bei dem Artikel um die zweite gezielte Indesekretion (nach der Ankündigung des informellen Treffens Hitlers mit Brüning und Groener) eines Informanten aus dem inneren Zirkel der NS-Führung, um den Legalitätskurs Hitlers, der auch in der Einbürgerung zum Ausdruck kam, von links anzugreifen. Aus dem Artikel wird deutlich, daß es sich bei der behaupteten Einbürgerung nur um Thüringen und nicht um Braunschweig handeln kann und daß die entsprechende Urkunde (Ernennung zum Beamten oder Einbürgerung?) im Braunen Haus in München aufbewahrt werde, um sie demnächst anlässlich der Kandidatur Hitlers zu präsen-

tieren. Ferner geht aus dem Artikel bzw. dem begleitenden Kommentar („Hindenburg oder Hitler?“) hervor, daß Hitler zögere zu kandidieren und von der Partei zur Kandidatur gedrängt werde. Hitler wäre eigentlich bereit gewesen, dem Angebot Brünings zu folgen und der Amtsverlängerung Hindenburgs zuzustimmen.

Mit der Indiskretion und der anschließenden Publizität wurde Hitler lächerlich gemacht und sein Legalitätskurs desavouiert. Aus der Stennes-Perspektive mußte die Einbürgerung auch von „links“ bekämpft werden. So gesehen erscheint die Frage der Einbürgerung Hitlers sogar als eine entscheidende Voraussetzung, den Legalitätskurs überhaupt verfolgen zu können. Ohne deutsche Staatsbürgerschaft hätte Hitler weder Präsident noch Reichskanzler werden können. Vielleicht war Stennes aber auch ein agent provokateur der Reichsregierung, dessen Indiskretion abgesprochen war. Auf jeden Fall begann mit der Meldung des Montagsblatts die Beschleunigung der Abläufe, die alle Akteure, egal welche Interessen sie verfolgten, unter wachsenden Druck setzte.

Stennes, der Zugang zum inneren NSDAP-Zirkel hatte, könnte, wenn er tatsächlich ein Agent gewesen war, bereits 1930 der Informant der Reichsregierung über die Einbürgerungsabsichten Hitlers gewesen sein. Unklar bleibt bei der Meldung, ob Hitler nur verbeamtet oder auch eingebürgert worden sein soll. Der Umstand, daß es sich um zwei getrennte Verwaltungsakte handelt, wurde womöglich mit Absicht verschwiegen, da es nur auf die politische Wirkung ankam.

Overesch 1992 vertritt die wenig überzeugende These, daß mit der Veröffentlichung Hitlers Kandidatur bereits im 1. Wahlgang provoziert werden sollte. Warum sollte man dazu das Montagsblatt benutzen, zumal dieses in Opposition zur Parteilinie stand? Offenbar wurde aber in der Parteispitze diskutiert, ob Hitler bereits im 1. oder erst im 2. Wahlgang kandidieren sollte.

Daraufhin beginnt die Frankfurter Zeitung zu recherchieren und befragt mittags die Thüringische Regierung. Die Regierung beginnt intern zu recherchieren. (Morsey 1960, S. 422ff; Overesch 1992, S. 547-548)

Im Thüringischen Staatsministerium wird untersucht, ob die Verbeamtung bzw. Einbürgerung Hitlers von 1930 rechtskräftig ist. Dazu verfaßt der thüringische Staatsminister Baum zwei Niederschriften und ein Protokoll über die Befragung der im Juli 1930 mit der Einbürgerung befaßten Beamten Gujet und Haeisen (Dokumente in Morsey 1960 S. 424-427)

Brüning sondiert wegen der Vorbehalte Hindenburgs zur Kandidatur im Gespräch mit dem ehemaligen Kronprinzen die Variante der Wiederherstellung der (konstitutionellen) Monarchie. Damit wäre das Staatsoberhaupt der Volkswahl entzogen. Der Kronprinz ist skeptisch und warnt Brüning vor Hindenburg. (Brüning 1970, S. 520)

Das Kaisenberg-Gutachten wird unter dem Titel „Wählbar zum Reichspräsidenten ist...“ in der Abendausgabe der Vossischen Zeitung veröffentlicht und von anderen Tageszeitungen kommentiert.

Das Gutachten widerspricht der Meldung des Monatsblatts. Hitler ist im Verständnis der Reichsregierung nicht eingebürgert, da es sich in Thüringen um eine Scheinernennung gehandelt hat. Jedenfalls weiß jetzt auch Hitler, daß der Thüringer Einbürgerungsversuch aufgedeckt wurde und von der Reichsregierung für nichtig erklärt wird. Falls die Behauptung aus dem Monatsblatt stimmt, daß die Urkunde im Braunen Haus aufbewahrt wurde und anlässlich der Reichspräsidentenwahl präsentiert werden sollte, dann ist diese Variante jetzt definitiv vom Tisch. Alles das dürfte Hitlers Zögern bestärkt haben. Die Veröffentlichung setzte die NS-Führung unter Druck, einen Weg der Einbürgerung ohne Scheinernennung zu finden oder auf die Einbürgerung und damit auch auf die Kandidatur Hitlers zu verzichten.

Die Meldung des Monatsblatts und das Kaisenberg-Gutachten erscheinen am selben Tag. War das Zufall oder eine konzertierte Aktion von Regierung und Stennes, der im Ruf stand, ein Agent des Reichswehrministeriums gewesen zu sein?

Morseys Annahme (1960, S. 428), daß das Gutachten eine Reaktion auf die Untersuchung des Thüringer Staatsministeriums bzw. den Bericht des Staatsministers Baum gegenüber Brüning gewesen sei, kann nicht zutreffen. Dann hätte das Gutachten erst am 4.2. 1932 vorliegen können. Woher und seit wann weiß die Reichsregierung von dem thüringer Einbürgerungsversuch bzw. den alternativen braunschweiger Überlegungen? Der erste Hinweis zum thüringer Einbürgerungsversuch erscheint am 1.2.1932. Die erste Pressemeldung zur Variante Professur erscheint am 29.1. Die erste Erwähnung dieser Variante im Goebbelstagebuch stammt vom 3.2. Demnach scheint das Kaisenberg-Gutachten eher eine Reaktion auf die braunschweiger Aktivitäten gewesen zu sein, weil es sich auch bei einem Professor Hitler um eine Scheinernennung gehandelt hätte.

Der diesbezügliche Aktenvermerk von Klagges vom 13.2., daß er schon lange die Berufung Hitlers erwogen habe, erscheint so in einem anderen Licht. Offenbar wurde diese Variante, womöglich seit der Entfernung Riekels am 13.4.1931, bei der NSDAP erwogen und ist sogar bis ins Reichsinnenministerium gedrungen. Diese Überlegungen sprechen dafür, daß Hitler sich mit der Kandidatenfrage schon früher befaßt hat, als aus dem Goebbels-Tagebuch hervorgeht.

Demnach könnte im Kaisenberg-Gutachten der Grund gelegen haben, warum die Thüringer Einbürgerungsurkunde, wenn es sie überhaupt gegeben hat, wegen der dubiosen rechtlichen Wirksamkeit nicht präsentiert wurde und Klagges in Braunschweig den Auftrag zu einer Verbeamtung bekam, die den Eindruck des Scheingeschäfts zu vermeiden hatte? Also benötigte Klagges unbedingt ein Gegengutachten seiner Ministerialbeamten zu Kaisenberg, um den diversen Problemen (Scheinernennung, Staatenlosigkeit, Autonomie der Hochschule) entgegen zu wirken. Vor diesem Hintergrund wäre die Klagges-Variante über die Professur womöglich juristisch „wasserdichter“ gewesen als die spätere Zörner/Heimbs/Wessel-Variante über den Regierungsrat. Die tatsächliche Ausübung einer Professur wäre nach erfolgter Antrittsvorlesung und anschließender Beurlaubung evtl. weniger anfechtbar gewesen.

Die Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens war jedenfalls ein raffinierter Schachzug von Brüning, da es Hitler die rote Linie zeigte. Vielleicht wollte man so erreichen, daß Hitler von seiner Kandidatur Abstand nimmt, da das Risiko, vom Reichswahlleiter nicht zugelassen zu werden, unkalkulierbar geworden war. Der Reichswahlleiter hätte jedenfalls Hitlers Kandidatur, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, aus juristischen Gründen ablehnen können bzw. sogar müssen, da es sich bei der Verbeamtung Hitlers um eine klare Scheinernennung gehandelt hat. Das mußte allen Beteiligten trotz aller Bemühungen, dem Vorgang den Anschein der Legalität zu verleihen, bewußt gewesen sein. Die Reichsregierung hat später offenbar politisch im Widerspruch zu ihrem Gutachten entschieden, die Kandidatur doch zuzulassen. Ihr Kalkül ist evtl. gewesen, die große Empörung über eine Ablehnung der Kandidatur Hitlers aus juristischen Gründen abzuwägen gegen die Aussicht, Hitler eine Wahlniederlage beizubringen. Vielleicht bestand auch die Sorge vor einem Putsch, die die Hausdurchsuchungen bei NSDAP und SA zwischen den Wahlgängen veranlaßt hat.

Die andere Möglichkeit, Hitler die Einbürgerung zu verwehren, weil der Fall der Verbeamtung eines Staatenlosen im § 14 des Gesetzes gar nicht geregelt ist, wurde offenbar nicht erwo-gen.

Die parallelen Veröffentlichungen im Montagsblatt und in der Vossischen Zeitung markieren jedenfalls den Auftakt einer nahezu täglichen spekulativen Beschäftigung der Presse von rechts bis links mit dem Thema Einbürgerung Hitlers, ohne daß die Autoren der Artikel, weder in der NS-Presse noch in der bürgerlichen oder linken Presse, die tatsächlichen Motive erkennen, warum Hitler solange zögerte. Argumentiert wird auf der Pro-Seite, daß Hitler als ehemaliger Soldat einen moralischen Anspruch auf die Einbürgerung habe, und auf der Contra-Seite, daß es sich bei dem Weg über die Verbeamtung um eine Scheinernennung handle.

Öffentliche Konstituierung des Hindenburg-Ausschusses, um Hindenburg zur Kandidatur zu bewegen und die konservative Unterstützung (Kyffhäuser Bund, Stahlhelm, Vereinigte Vaterländische Verbände) zu mobilisieren. Für einen Wahlvorschlag reichen laut Gesetz 20.000 Stimmen. Bis zum 13.2. tragen sich 3 Mio. Wähler in die ausgelegten Listen ein.

Im Braunschweiger Hindenburg-Ausschuß ist die DVP sehr aktiv. Ihm gehören u.a. an Brandes, Marquardt, Wessel, Schrader, Curt Mast (Wolfenbüttel). Rektor Schmitz ist vorgesehen, wird aber von der Liste gestrichen. (vgl. dazu Stadtarchiv Braunschweig GX6, Nr. 530)

Warum haben die Herren von DVP und Staatspartei nicht im Braunschweiger Landtag die Kandidatur Hitlers durch die Verweigerung der Einbürgerung verhindert, statt sich so für Hindenburgs Kandidatur einzusetzen?

Deutsche Allgemeine Zeitung und Berliner Zeitungen berichten über die Absicht, Hitler in Braunschweig einzubürgern, indem er entweder zum Professor oder statt Boden zum Reichsratsbevollmächtigten des Landes Braunschweig ernannt wird.

Die Zeitungsberichte sind evtl. schon Ende Januar erschienen. Bemerkenswert ist, daß das Thema schon in Berliner Blättern diskutiert wird, bevor Braunschweiger Zeitungen es aufgrei-

fen. Der Umstand spricht dafür, daß der Plan in Berlin und nicht in Braunschweig ausgeheckt worden ist.

Seit wann wurde in der NSDAP-Führung die Kandidatur/Einbürgerungsfrage diskutiert? Auf jeden Fall, bevor Kaisenberg sein Gutachten angefertigt hat. Klagges erklärte 1949 vor der Spruchkammer, er sei „1932“ von Göring darauf aufmerksam gemacht worden, daß Hitler eine Beamtenstellung annehmen möchte, und gefragt worden, ob das in Braunschweig möglich sei. Brandes erinnerte sich später, Hitler sollte sogar zum ordentlichen Professor gemacht werden. Offenbar war auch die Variante erwogen worden, den Braunschweigischen Gesandten Boden durch Hitler zu ersetzen.

2.2.1932

Goebbels polemisiert in seiner Hauszeitschrift „Der Angriff“ unter dem Titel „Um die Präsidentschaft“ gegen den Sahn- (Hindenburg) Ausschuß.

Seit die Initiative, einen überparteilichen Ausschuß zur Unterstützung der Wiederwahl Hindenburgs zu gründen, bekannt wurde, agitierte die NS-Presse gegen den Ausschuß bzw. die Kandidatur Hindenburgs.

Goebbels notiert: „Großes Rätselraten um unseren Kandidaten; aber das ist im Augenblick nicht so wichtig wie die Frage der Geldbeschaffung. Die Argumente für die Kandidatur des Führers sind so durchschlagend, daß gar nichts anderes mehr in Frage kommt. ... Mittags lange mit dem Führer beraten. Er entwickelt seine Ansicht zur Präsidentenwahl. Er entschließt sich, selbst die Kandidatur zu übernehmen. Aber zuerst muß die Gegenseite festgelegt sein. S.P.D. gibt hier den Ausschlag. Dann wird unsere Entscheidung der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es ist ein Kampf mit Peinlichkeiten ohne Maßen; aber er muß durchgestanden werden. ... Die Deutschnationalen und der Stahlhelm werden vorläufig hingehalten. Unser Kandidat kommt erst im letzten Augenblick an die Öffentlichkeit. Evtl. tritt im ersten Wahlgang ein anderer an die Stelle des Führers, so daß wir die entscheidende Chance erst im zweiten Wahlgang wahrnehmen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 119-120; Goebbels 1934, S. 36-37)

Der Hinweis auf die „Peinlichkeiten“ läßt auf die ungelöste Staatsbürgerschaft schließen. Der Eintrag unterstreicht das taktische Kalkül. Wenn Hindenburg öffentlich seine Kandidatur und die SPD dessen Unterstützung erklären, erst dann tritt Hitler in den Ring. So läßt sich Hindenburg als Kandidat der Linken denunzieren, und Hitler kann als Kandidat der Rechten auftreten. Umgekehrt hatte Hindenburg die Sorge, bei einer Unterstützung der Weimarer Koalition auf der Rechten nur wenige Stimmen zu erhalten. Hier lag ein Grund, warum auch Hindenburg zögerte.

Egbert Harbert, 1931 Geodäsie-Professor an der TH, behauptet 1983, daß Klagges zuerst versucht habe, Hitler wegen dessen künstlerischen Neigungen eine Architekturprofessur zu ver-

schaffen. Womöglich liegt bei Harbert aber eine Verwechslung vor. Kuessner 1988 behauptet ohne weiteren Beleg, daß Hitler persönlich Klagges beauftragt habe. Die erste Anfrage an Klagges könnte bereits Anfang Januar erfolgt sein, als sich die Möglichkeit einer Kandidatur Hitlers abzeichnete und sich die Variante Gendarmeriekommissar – wenn sie je ernsthaft bestanden hat – als nicht gangbar herausstellte.

Küchenthal erfährt am Vormittag aus seiner Pressemappe mit Berliner Zeitungsmeldungen von dem Einbürgerungsvorhaben via Professur oder Reichsratsbevollmächtigtem. Boden meldet sich telephonisch besorgt in der Angelegenheit bei Küchenthal, der auch die Presse gelesen hat. Küchenthal beruhigt diesen, daß an seine Ablösung nicht gedacht sei. Hitler soll nicht Gesandter werden, eine Berufung zum Professor werde evtl. angestrebt.

Friedrich Boden war seit 1906 stimmführender Braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter in Berlin, ab 1913 auch Braunschweigischer Gesandter am preußischen Hof. Seit 1919 fungierte er als ständiger stimmführender Bevollmächtigter der Länder Braunschweig und Anhalt beim Reichsrat. 1921 kam die Vertretung für Mecklenburg-Strelitz hinzu. Zugleich war Boden Gesandter der drei Länder beim Freistaat Preußen. Als Dienstältester war er zugleich Doyen (Wortführer) aller Ländergesandten und insofern besonders einflußreich. Als Folge der Weltwirtschaftskrise wurden die Gesandtschaften zwischen den Ländern und Preußen aus Kostengründen aufgehoben. (Bein 2012)

Erste „rein persönliche“ Unterredung zwischen Klagges und Küchenthal über die Einbürgerungsfrage. Beide versichern sich gegenseitig, nichts von den Plänen zu wissen. Küchenthal verhält sich reserviert und verweist auf die Zuständigkeit der BEL. Küchenthal bleibt trotz der Beteuerung von Klagges mißtrauisch und glaubt eher an die Einbürgerungsabsicht via Professur als via Reichsratsbevollmächtigter.

Diese Gespräche führt Küchenthal mit Klagges nach späterer eigener Aussage bis zum 8.2.1932.

In Küchenthal 1973 (= überarb. Neuauflage von Küchenthal 1969) findet sich die detaillierteste Darstellung des Ablaufs der Ereignisse vom 2.2. – 25.2.1932, die durch viele Dokumente gestützt wird. Laut eigener Aussage hat er sich seit diesem Datum fortlaufend stenographische Notizen gemacht, um sich angesichts der sich anbahnenden politischen Bedeutung des Vorgangs abzusichern und Argumente zu seiner Rechtfertigung zu sammeln. Hier liegt der Grund, warum die „Erinnerungen“ von Küchenthal aus den Jahren 1969 und 1973 trotz der selektiven Sichtweise die genauesten Auskünfte über die Abläufe geben. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 3)

Küchenthals Schilderung erscheint in sich plausibel und wird an etlichen Stellen durch andere Quellen gestützt. Einschränkend muß allerdings festgehalten werden, daß Küchenthal damit die Absicht verfolgt, eine persönliche Verantwortung für die Einbürgerung auszuschließen. Ihn belastende Details dürfte er weggelassen haben. In anderen Zusammenhängen läßt sich das jedenfalls nachweisen. Daß er gleich am ersten Tage, als er mit dem Ansinnen von Klag-

ges konfrontiert wird, zu dieser Maßnahme greift, unterstreicht seine Vorsicht und das klare Bewußtsein, welche große politische Bedeutung die Einbürgerungsfrage (auch für ihn persönlich) haben wird. Auf der Basis seiner Aufzeichnungen wird Küchenthal 1969 seine „Erinnerungen“ verfassen.

Die BEL ist von dem Ansinnen, Hitler zum Professor zu berufen, überrascht und belustigt, aber auch besorgt, da man sofort begreift, in eine schwierige Lage zu kommen.

Auch Brüning ist laut seinen Memoiren von den Meldungen überrascht (Vgl. Brüning 1970, S. 501)

Die DVP scheitert mit einem Antrag im Reichstag, allen Weltkriegsteilnehmern automatisch die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Mit einer „Lex Hitler“ hätte man die unangenehme Verantwortung von Braunschweig auf den Reichstag und von der DVP auf viele Schultern verlagert. Daß die DVP vorprescht, macht deutlich, welche Zerreißprobe man auf die braunschweiger Parteifreunde zukommen sieht.

Klagges bekommt telephonisch durch Göring den Auftrag, die Einbürgerung Hitlers zu organisieren.

Göring hat womöglich im Auftrag von Goebbels gehandelt. In seinem Manuskript von 1969 „Im Umgang mit Hitler“ bestätigt Klagges, daß er von Göring einen entsprechenden „Befehl“ erhalten habe.

Erst Ende November 2014 zitiert Malte Klein, der Einsicht in das Manuskript gehalten hat, ausführlich die Passagen, die die Einbürgerung Hitlers betreffen. Aus der nachträglichen Sicht von Klagges 36 Jahre später stellt sich der Ablauf aus der Perspektive der NSDAP bzw. Hitlers folgendermaßen dar (Paraphrase bzw. Zitation durch Klein: „Schon lange vor der Auftragerteilung durch Göring haben sich die politischen Gegner der NSDAP mit der Frage der Einbürgerung auseinandergesetzt. Für Klagges sei dies nützlich gewesen, da er nun auf diese Expertise (gemeint ist das Kaisenberg-Gutachten - UM) zurückgreifen konnte, 'die juristische Sachlage war bereits vorgeklärt. Erst einige Wochen vor der Präsidentenwahl erschien Hermann Göring... Dann stellt er mir die Frage, ob ich es für möglich hielte, den Führer durch Ernennung zum braunschweigischen Beamten einzubürgern, andernfalls würden Strasser oder Dr. Frick kandidieren, und das sei weit ungünstiger und Adolf Hitler sehr unlieb.' Klagges habe Göring gegenüber betont, dass er eine Einbürgerung nicht allein vollführen könne, er sei auf Küchenthals Mitwirkung und damit gleichsam auf die Zustimmung der DNVP-Reichsführung, sowie auch die vollständige Zustimmung aller BEL-Koalitionspartner angewiesen. Klagges schildert eine breite Unterstützung, insbesondere des NS-Landtagspräsidenten Ernst Zörner und des Kaufmanns Carl Heimbs, letzterer habe 'großen Einfluß in der DVP' gehabt, sowie des Rechtsbeauftragten der Reichsparteileitung der NSDAP: Hans Frank (1900-1946). Klagges habe anschließend festgestellt, dass zwei Stellen für höhere Beamte frei gewesen seien, nämlich die 'Professur an der Technischen Hochschule' und die 'Regierungsratsstelle beim Kulturbauamt, bei der Dr. Küchenthal die Federführung zustand'; niedrigere Laufbahnen seien auf-

grund Hitlers 'Befähigung und politischer Bedeutung' nicht in Frage gekommen. Zur Professur notiert Klagges: 'Eine Professur für politische Wissenschaft und Praxis an der Hochschule war damals noch neu und einmalig. Indem ich sie mit ins Auge faßte, war ich der Zeit weit voraus, daß ich damit auf Widerstand stieß, besonders bei dem Vorsitzenden der bürgerlichen Fraktion, Prof. Dr. Roloff, der an der Technischen Hochschule Geschichte lehrte. Heute, wo es an den Universitäten und Hochschulen von Politologie-Professoren wimmelt, und auch Praktiker wie Carlo Schmidt solche Lehraufträge ganz selbstverständlich erhalten, ist das kaum noch verständlich.' So habe Klagges Hitler im Berliner Hotel Kaiserhof aufgesucht, damit er sich zwischen der Option Regierungsrat oder Professor selbst entscheide.

'Regierungsrat' war seine knappe Antwort, aus der deutlich hervorging, wie unangenehm ihm selbst dieser Umweg zur Staatsbürgerschaft war.' ... Frick und Strasser seien ebenso anwesend und 'sehr skeptisch hinsichtlich des Gelingens der Aktion in Braunschweig' gewesen. Klagges schildert den Ablauf, die noch fristgerechte Einberufung des Landtags, die Vorlage der Ernennungsurkunde und die Ausstellung eines Passes: 'Da aber in München die Ausstellung und Berlin die Ernennungsurkunde und die Ausstellung eines Passes als Scheingeschäft verweigert werden konnte, war es nötig, Adolf Hitler auch in Braunschweig als dritten Wohnort anzumelden, damit der Polizeipräsident in Braunschweig den Paß ausstellen und damit die Staatsbürgerschaft hieb- und stichfest machen konnte. Um der Angelegenheit jeden zweckbedingten Ausnahmecharakter zu nehmen, wurde der Paß nicht persönlich überbracht, sondern vom Polizeipräsidium mit der Post geschickt. 'Heß teilte Klagges mit, dass die Einbürgerung in Berlin für einen Freudentaumel gesorgt habe, beim nächsten Treffen habe Hitler mit 'Tränen in den Augen' betont, dass er Klagges 'sehr zum Dank verpflichtet' sei, 'bis zuletzt habe niemand recht an das Gelingen geglaubt... Ich bat ihn noch, an Dr. Küchenthal einen Dankbrief zu schreiben, was er sofort versprach und auch hielt.' „(Klein 2014, S. 38-39, Fußnote 156)

Selbst wenn man in Betracht zieht, daß Klagges sich selber ins rechte Licht setzen, die Rolle Zörners herunterspielen, den Widerstand Küchenthals unterschlagen und den Widerstand Roloffs betonen will, sind manche Details plausibel. Deutlich wird, wie wichtig Hitler der ganze Vorgang war und wie skeptisch, daß er gelingen würde, zumal sein Rivale Strasser und womöglich Frick als Kompromiß als alternative Kandidaten bereit standen. Damit handelte es sich bei der Kandiatur (Hitler oder Strasser) auch um einen Richtungsstreit innerhalb der NSDAP. Die Bedenken von Strasser gegen den Kandidaten Hitler bekommen so noch einen andern Hintergrund. Wäre die Einbürgerung Hitlers gescheitert, hätte das Scheitern Strasser Aufwind in der Partei verschafft.

Deutlich wird auch, daß die Rolle Görings womöglich wichtiger war als die Rolle von Goebbels, der im Tagebuch seine Einflußnahme betont. Deutlich wird auch, daß die gesamte Problematik des „Scheingeschäfts“ bis ins letzte Detail der NS-Führung klar war. Interessant ist der Hinweis auf Heimbs. Demnach wußte er vor dem Treffen im Braunschweiger Parkhotel bereits, was auf ihn zukam. Womöglich hatte er seine Zustimmung via Zörner schon vorher signalisiert. Im Falle Roloffs irrt Klagges, da dieser in seiner Denomination auch den Begriff „Staatsbürgerkunde“ führte, also sich durchaus in Konkurrenz zu einer möglichen Hitler-

Professur befand. Daß Hitler selbst die Alternative Professor oder Regierungsrat bei dem Treffen mit Klagges im Hotel Kaiserhof entschieden haben will und Klagges diese Entscheidung nur noch exekutiert hat, widerspricht dem Eintrag bei Goebbels und der Berufungsaktivität von Klagges. Es mag sein, daß Hitler von Anfang an die Regierungsrat-Variante bevorzugt hat, da sie für ihn bequemer war als die Professur, während Klagges die Professorenvariante bevorzugte, weil er separate Interessen mit der ideologischen Ausrichtung der TH verfolgte. Plausibel ist hingegen die Begründung, warum Hitler in Braunschweig als Untermieter anzumelden war. Dafür wäre Klagges als Adresse nach Lage der Dinge nicht möglich gewesen, da das dem Vorwurf des Scheingeschäfts zusätzliche Nahrung verschafft hätte. Interessant ist, daß Küchenthal in seiner späteren Version der Dinge das Dankschreiben von Hitler unterschlägt. Es findet sich auch nicht in seinem Nachlass. Auf jeden Fall ist die Passage ein Beleg, daß Hitler mit der Einbürgerung ein Stein vom Herzen gefallen ist, was seine spätere Dankbarkeit gegenüber den handelnden Akteuren (Zörner, Küchenthal) und gegenüber der Region Braunschweig um so plausibler macht.

Am Abend findet ein zweites Gespräch Klagges – Küchenthal statt, in dem Klagges auf einen Anruf von Göring verweist, der die Absicht der Einbürgerung bestätigt.

So Küchenthals Aussage in seinem Entnazifizierungsverfahren 1949, in der er sich sehr genau auch an kleine Details erinnert, und damit die spätere Aussage von Klagges bestätigt. Insofern dürfte tatsächlich der abendliche Anruf von Göring am 2.2.1932 die Einbürgerung in Braunschweig in Gang gesetzt bzw. forciert haben.

Die Fachschaft Architektur der TH veröffentlicht eine Dokumentation zum Hochschulkonflikt und stellt sich damit hinter Mühlenpfordt.

Brandes kündigt in einem Brief an Dingeldey die Möglichkeit des Bruchs der Koalition an. (Roloff 1960)

3.2.1932

Brüning läßt sich vom Thüringischen Ministerpräsidenten Baum über den dortigen Einbürgerungsversuch Bericht erstatten. Baum teilt mit, daß Hitlers Einbürgerungsversuch verfassungswidrig gewesen sei. Groener wird informiert. Gegen die Veröffentlichung der thüringer Untersuchung bestehe keine Bedenken. Weiterer Handlungsbedarf sei nicht gegeben. (Aufzeichnung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Pünder in Morsey 1960, S. 427)

Groener erfährt von seinen Ministerialbeamten, Hitler wolle sich in Braunschweig zum Beamten ernennen lassen, um zum Reichspräsidenten kandidieren zu können. (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 3; Brüning 1970, S. 521)

Brüning rät Groener ab, dagegen vorzugehen. „Einmal weil die Gefahr bestand, daß solche Schritte als Angst vor einer Kandidatur Hitlers ausgelegt werden konnten, und weiter, weil

nach allen Erfahrungen mit dem Reichspräsidenten doch die Gefahr bestand, daß der Reichspräsident ihm im letzten Augenblick in den Arm fiel. Außerdem sei ein Kampf zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler in einer freien Volksabstimmung, die meiner Ansicht nach damit ende, daß mindestens im zweiten Wahlgang der Reichspräsident eine höhere Stimmzahl als 1925 bekäme, am besten geeignet, die grenzenlosen Aspirationen Hitlers zu dämpfen. Dadurch würde er vielleicht verhandlungsbereit.“ (Brüning 1970, S. 521).

Mit letzterem sollte er sich täuschen. Hier findet sich allerdings eine Begründung, warum man später Hitlers Kandidatur zuließ, obwohl seine Verbeamtung alle Anzeichen eines Scheingeschäfts aufwies. Groener wollte mit der Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens Hitler juristisch diskreditieren und seiner Kandidatur vorbeugen. Brüning wollte sie aus politischen Gründen zulassen, um ihn durch eine Wahlniederlage zu diskreditieren. Hätte Groener sich gegen Brüning durchgesetzt, hätte Hitler nicht den Propagandaerfolg der zwei Wahlgänge verbuchen können.

Sitzung des Ältestenrats des Braunschweigischen Landtags. Hier wird der Termin für die Sitzung des Haushaltsausschusses zur Beratung des Haushalts für 1932 festgesetzt.

Das genaue Datum ist unklar. Es muß sich aber um einen Termin nach dem 19.2.1932 gehandelt haben, was wiederum Konsequenzen für das Datum der Lesung im Plenum hatte.

Gauleitertagung in München. Hier soll die Kandidatur Hitlers besprochen und entschieden werden.

Die Gauleiter hatten gehofft, daß Hitler auf der Tagung seine Kandidatur bekannt gibt. Das ist nicht mehr möglich, weil die thüringer Einbürgerung durch die Indiskretion des Montagsblatts, das Kaisenberg-Gutachten und den Spott der Presse verbaut ist. Damit wächst der Handlungsdruck auf Klagges, die Einbürgerung in Braunschweig zu beschleunigen.

Goebbels notiert: „In der Nacht kommen noch einige Gauleiter zu mir. Sie sind deprimiert, weil sie noch keinen Entschluß wissen. Sie haben Sorge, daß der Führer zu lange wartet. Diese Sorge ist so grundlos wie nie. Ich richte sie auf und appelliere an ihre Disziplin. Zum Schluß sind sie ganz zufrieden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 121; bei Goebbels 1934, S. 38 fehlt der Hinweis auf die Gauleiter)

Die Partei beginnt an Hitler zu zweifeln. Goebbels muß bereits Durchhalteparolen verkünden. Beginnt auch er bereits, an der Entschlußkraft Hitlers zu zweifeln? Goebbels notiert ferner, daß Hitler sich in dieser heiklen Situation mit Plänen zur Umgestaltung Berlins befaßt. Will er sich damit von seiner Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage ablenken? Der Hinweis läßt sich als Kritik von Goebbels an Hitler werten.

4.2.1932

Die Frankfurter Zeitung berichtet unter dem Titel „Gendarmeriekommissar Hitler?“ im 2. Morgenblatt über ihre Recherchen in der thüringer Einbürgerungsaffäre. Sie beruft sich auf das Montagsblatt vom 1.2.1932 und zitiert daraus: Hitler sei „in einem deutschen Lande bereits von einer nationalsozialistischen Regierung – wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten – eingebürgert“ worden. (vgl. dazu auch Overesch 1992, S. 548)

Die thüringer SPD-Zeitung „Das Volk“ übernimmt die Meldung mit dem Tenor „Hitler ist deutscher Staatsangehöriger“. Deutsche Allgemeine Zeitung, Hannoverscher Kurier u.a. Blätter berichten über Details der gescheiterten Einbürgerung Hitlers in Thüringen. Es werden die Aussagen der damals mit dem Vorgang befaßten beiden Ministerialbeamten zitiert, die von Innenminister Frick zu Verschwiegenheit verpflichtet wurden.

Baum hat offenbar seinen Untersuchungsbericht der Presse übergeben. Diese Variante der Einbürgerung ist damit gestorben.

Die KPD im Thüringischen Landtag richtet eine Anfrage an die Regierung, die vom 16. - 18.2.1932 zu einer Debatte im Landtag führt.

Innenminister Groener erklärt, daß nach Ermittlungen seines Ministeriums Hitlers Einbürgerung nicht zustande gekommen sei. Darüber erstattet er ein Gutachten für Brüning.

Seine Erklärung bezieht sich auch auf das Gutachten des Verfassungsreferenten Kaisenberg. Damit wird die Braunschweiger Einbürgerungskampagne weiter befeuert und erhöht dort den Druck auf die zögernden bürgerlichen Koalitionspartner.

Die Pressestelle der NSDAP in München gibt bekannt, daß der Einbürgerungsversuch Fricks in Thüringen ohne Wissen Hitlers erfolgt sei. (Morsey 1960, S. 422)

Diese Erklärung kann als Versuch der Schadensbegrenzung gewertet werden. So hat Frick den Schwarzen Peter und Hitler ist aus der Schußlinie genommen.

Der Sozialdemokratische Pressedienst berichtet darüber unter dem Titel „Die erschlichene Staatsbürgerschaft“ und behauptet, die Einbürgerungsurkunde werde im Braunen Haus aufbewahrt, um Hitler gegen eine mögliche Ausweisung abzusichern. Berichtet wird auch über Gerüchte, daß Hitler in Braunschweig als a.O. Professor oder Oberregierungsrat eingebürgert werden soll.

Bemerkenswert ist, daß die SPD bereits am 3.2. von den Braunschweiger Einbürgerungsbestrebungen sowohl bezüglich der Professoren- wie der Regierungsrat-Variante wußte. Demnach dürften beide von Anfang an sondiert worden sein.

Hitler distanziert sich von Fricks Einbürgerungsversuch. Er werde den Zeitpunkt selber bestimmen. (Der Angriff vom 4.2.1932, Braunschweigische Landeszeitung vom 5.2.1932)

Hitler wußte zu diesem Zeitpunkt bereits, daß ein neuer Anlauf in Braunschweig in Gang gesetzt war, der ein besseres Ergebnis versprach.

Goebbels notiert unter Bezug auf den Umstand, daß die Hildburghausen-Affäre durch die Presse öffentlich geworden ist: „Der Führer muß ja Staatsbürger sein, um kandidieren zu können. Klagges wird damit beauftragt, diese Frage zu lösen. Es ist geplant, den Führer zum außerordentlichen Professor in Braunschweig zu ernennen. Es ist für ihn fast beleidigend, welche Schleichwege man benutzen muß, ihm das zu geben, was keinem Ostjuden verweigert worden ist.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 122; Goebbels 1934, S. 39-40)

Auch die NSDAP-Führung reagiert. Bemerkenswert ist, mit welcher Selbstverständlichkeit die Parteispitze der NSDAP dem Minister Klagges den „Auftrag“ gibt, Hitler einzubürgern. Die auch Goebbels bekannten politischen und juristischen Widerstände unterschlägt Goebbels.

Mit seiner Formulierung bringt Goebbels jedenfalls zum Ausdruck, daß das Unbehagen der NS-Führung über Hitlers Staatenlosigkeit akut wird. Klagges wird hier erstmals als derjenige erwähnt, der von der Parteizentrale den Auftrag erhält, für die Einbürgerung zu sorgen. Goebbels und Klagges müssen in dieser Angelegenheit schon früher in Kontakt gestanden haben. Die präzise Formulierung, daß Hitler nicht Prof. sondern a.o. Prof. werden soll, deutet darauf hin, daß Klagges Goebbels unter Hinweis auf die freie Professur informiert hat. Diese Vermutung wird auch von Küchenthal (1969, Bd. III, S. 57) gestützt. Der Hinweis auf die „Schleichwege“ macht deutlich, daß Goebbels die Problematik der Einbürgerung und des zu vermeidenden Eindrucks der Scheinernennung bewußt ist. Dies läßt sich dahingehend interpretieren, daß in der ungeklärten Frage der Staatsbürgerschaft und der rechtlichen Problematik, wie diese verschafft werden kann, der eigentliche Grund für das Zögern Hitlers liegt. Küchenthal 1973, Bd. I hält das Datum vom 4.2.1932 für frisiert, da die Tagebücher erst 1934 erschienen sind, und unterstellt einen früheren Beginn der Überlegungen.

Göring bestellt telephonisch von München aus Klagges nach Berlin zu einer Unterredung mit Hitler im Hotel Kaiserhof für den nächsten Tag. Klagges informiert Küchenthal abends über das Vorhaben.

Küchenthal stellt den Vorgang 1945 und 1969 so dar, daß Goebbels Klagges beauftragt habe, Hitler zum Professor zu machen, nachdem Klagges diesen Vorschlag gemacht habe. Diese Darstellung ist insofern glaubwürdig, da Goebbels kaum wissen konnte, daß an der TH nach der Entlassung Riekels gerade eine Professur frei war, sehr wohl aber Klagges als zuständiger Minister, der bei der Entlassung Riekels als Regierungsrat im Ministerium beschäftigt war. Also ist vermutlich zuvor zwischen Braunschweig und Berlin telephoniert worden. Daß die Riekel-Stelle frei war, wußten aber auch noch andere, die möglicherweise auf deren Besetzung spekuliert haben.

Hitler schlägt Hugenberg vor, daß er, der Stahlhelm und die DNVP getrennt kandidieren.

Sein Kalkül ist, daß durch weitere Kandidaten auf der Rechten Hindenburg geschwächt wird und so seine eigenen Chancen steigen. Die Unterschiede im Ergebnis des ersten und zweiten Wahlgangs unterstützen dieses Kalkül. Stahlhelm und DNVP hätten im Sinne der Harzburger Front einen Sammelkandidaten bevorzugt, der aber nicht Hitler sein sollte. Wäre Hitler der

Sammelkandidat der Rechten gewesen, hätte das dazu geführt, daß mehr nationalkonservative Stimmen auf Hindenburg entfallen wären. In diesem Machtpoker auf der Rechten hatte Hitler die besseren Karten. Die Kandidatenfrage hat den Konflikt zwischen Stahlhelm und NSDAP/SA noch weiter angeheizt.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung schlägt vor, Hindenburg solle sich für Hitlers Einbürgerung stark machen. Im Gegenzug könne die NSDAP die Wiederwahl Hitlers unterstützen.

5.2.1932

Klagges fährt nach Berlin, trifft Hitler u.a. andere Parteiführer (Goebbels, Strasser, Frick?) im Hotel Kaiserhof, wird über die Einbürgerungsabsicht instruiert und mit der Durchführung beauftragt.

Klagges wird im Kontext des Machtkampfs mit Zörner bestätigen, daß er im Hotel Kaiserhof den Auftrag bekommen hat, die Einbürgerung Hitlers zu arrangieren.

Problematisch ist bei dieser Version auch der Zeitpunkt, zu dem das Vorhaben in Gang gesetzt worden ist. Immerhin gibt es den Hinweis von Roloff mit sehr präzisen Details, daß Klagges bereits „Anfang 1932“ den ersten Vorstoß über den DNVP-Abgeordneten Baumann unternommen habe, Hitler zum Professor zu ernennen. (Brief Roloffs an Brandes vom 20.2.1947)

Der Auftrag an Klagges kann jedenfalls als Hinweis gewertet werden, daß Hitler sich entschieden hat. Vier Tage später ist er allerdings wieder unschlüssig.

6.2.1932

Gespräch Brüning – Hindenburg. Hindenburg bleibt bei seinen Bedingungen.

Brünings Taktik, den Brief Hindenburgs zu ignorieren, scheint nicht aufzugehen.

Die Kreuz-Zeitung und die Deutsche Zeitung melden, daß der Stahlhelm Hitlers Einbürgerung unterstützt.

Damit begibt sich der Stahlhelm seines wichtigsten Druckmittels. Nachdem seine Unterstützung öffentlich gemacht ist, bleibt nur noch die Hoffnung auf Verhandlungen mit Hitler, die aber angesichts der politischen Schläue Hitlers naiv ist.

7.2.1932

Der Hindenburg-Ausschuß hat bereits 770.000 Unterschriften gesammelt.

Klagges informiert Küchenthal Sonntags im Staatsministerium über seine Reise nach Berlin und den Plan, Hitler über die Verbeamtung die Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Klagges will Hitler berufen und OLG Wanstrat mit der rechtlichen Prüfung beauftragen. Küchenthal verhält sich weiter reserviert und verweist auf Zuständigkeit der BEL.

Küchenthal wird dies bei seiner ersten Befragung 1947 bestätigen. Von der Regierungsrat-Variante, die Hitler angeblich bevorzugt hat, ist noch keine Rede. Womöglich hat aber auch Klagges mit Hitler (und/oder Küchenthal) ein doppeltes Spiel gespielt. Küchenthal bevorzugte im Zweifelsfalle womöglich die Professoren-Variante, weil diese nicht in sein Ressort gefallen wäre.

Die Deutschen Nachrichten („Hindenburg oder Hitler?“) melden, daß die Verbeamtung via Regierungsrat oder via a.O. Professur erfolgen soll.

Dies ist ein Beleg, daß die Regierungsrat-Variante von Anfang an parallel sondiert wurde.

8.2.1932

Am Morgen findet das vierte Gespräch Klagges-Küchenthal statt. Die beabsichtigte Prüfung der rechtlichen Aspekte durch Wanstrat wird zurückgestellt. Klagges bittet Küchenthal um Vertraulichkeit. Küchenthal kündigt seinen Widerstand an.

Die Bedenken der Berliner Strategen bestätigen sich. Klagges muß vorsichtig agieren, weil sich der Widerstand gegen die Berufungsabsicht formiert. Küchenthal läßt Klagges agieren und wartet ab, statt selber gegen die Einbürgerungsabsicht, etwa durch die Bestellung eines negativen Gutachtens bei seinen Ministerialräten, vorzugehen.

Frick verklagt die Münchener Neuesten Nachrichten wegen Beleidigung.

Die MNN, dem Zentrum bzw. der Bayerischen Volkspartei nahestehend, waren in Bayern das einflußreichste Blatt und hatten sich in diversen Kommentaren gegen Fricks Einbürgerungsversuch in Thüringen geäußert.

9.2.1932

Der Völkische Beobachter bekräftigt in dem Artikel „Diebstahl am Frontkämpfer“ das moralische Argument zur Einbürgerung Hitlers.

Dieses wird auch in der nationalen Presse zum Standardargument und selbst noch nach 1945 von den Mitwirkenden, etwa bei Heimbs, benutzt, um die Einbürgerung zu rechtfertigen.

Goebbels notiert: „Im Kaiserhof aufs neue Debatten über die Präsidentenwahl. Alles bleibt noch in der Schwebe. Der Stahlhelm ist unschlüssig. Wir warten ab.“ (Goebbels 1987 Teil I, Bd. 2. S. 125; Goebbels 1934, S. 43)

Warum ist alles in der Schwebe? Weil noch unklar ist, wie sich die Konkurrenz verhält, oder weil die Einbürgerung noch nicht geklärt ist? Hat Klagges vom Widerstand Küchenthals nach Berlin berichtet?

10.2.1932

Hindenburg empfängt Seldte und Duesterberg. Die Audienz endet in Mißstimmung.

Gespräch Brüning – Schleicher, der über seine Verhandlungen mit DNVP und NSDAP berichtet. Schleicher habe Aufzeichnungen gemacht, mit denen beide Parteien kompromittiert werden können. Brüning vermutet, daß Schleicher, NSDAP und DNVP ein doppeltes Spiel gespielt haben. (Brüning 19070, S. 526)

Lag hier ein Grund, warum Schleicher im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ ermordet wurde?

37. Sitzung des Braunschweigischen Landtags.

Die Sitzung ist die erste des Landtags im Jahre 1932. Am Rande dieser Landtagssitzung könnte Roloff erstmals von Baumann über die Absicht von Klagges informiert worden sein, Hitler zum Professor zu ernennen. Eine andere Version lautet, daß Roloff von Baumann erst am Rande der Landtagssitzung vom 17.2. über diese Absicht informiert worden ist. So lautet die Version Roloff jun.1961, S. 90. Die Aussage stützt sich auf spätere Aufzeichnungen von Roloff sen. aus den Jahren 1947 und 1950. Der hier womöglich gemeinte Brief von Roloff an Brandes vom 24.5.1947 nennt das Datum 17.2. allerdings nicht. Für die Aussage von Roloff, daß er schon lange bevor das Berufungsverfahren von Klagges in Gang gesetzt worden ist, Bescheid wußte, macht das Datum 17.2. keinen Sinn. Roloff 1960, S. 14 verweist darauf, daß Roloff, Baumann, Brandes und Wessel „Anfang Februar“ erstmals von Klagges erfahren haben, daß Hitler zum Professor gemacht werden soll und daß Klagges die Urkunde schon ausgefertigt habe. Alle vier hätten Widerstand signalisiert und dabei auch an die Verhinderung der Kandidatur Hitlers gedacht.

Hochschullehrerversammlung der Braunschweiger Professoren. Senat bzw. 27 Professoren (u.a. Mühlenpfordt, Geiger, Schmitz – aber nicht Roloff) unterstützen Hindenburgs Kandidatur.

Daß Roloff auf der Liste fehlt, läßt sich mit der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Landtags erklären. Die Initiative läßt sich als Demonstration gegen Hitler werten. Roloff behauptet 1945, er habe Hindenburg gewählt.

11.2.1932

38. Sitzung des Landtags ohne Befassung mit der Einbürgerung.

Die Wolfenbütteler Zeitung schreibt: „Ob das Land Braunschweig in letzter Stunde die Einbürgerung Hitlers durch seine Berufung in eine amtliche Stelle ermöglicht, ist fraglich. Es wäre wohl möglich, daß Hitler sich von seinen Anhängern wählen läßt, gleichgültig, ob er Reichsangehöriger ist oder nicht; dann wäre aber damit zu rechnen, daß die auf eine solche Kandidatur abgegebenen Stimmen als ungültig erklärt würden. Da es den Nazis einstweilen aber nur auf Werbung ankommt, ist es nicht ausgeschlossen, daß man das in Kauf nehmen will, zumal Hitler persönlich gar keine Lust hat, seine Führerstelle gegen ein verantwortliches Staatsamt einzutauschen.“ (zit. nach Ruben 2004, S. 25)

Mit diesem Zeitungsausschnitt beginnt die Personalakte aus dem Braunschweigischen Staatsministerium, die im Staatsarchiv Wolfenbüttel liegt. Es ist allerdings denkbar, daß Morsey den Ausschnitt aus der Sammlung von Presseartikeln, die jetzt im Bundesarchiv liegt, mit anderen Zeitungsartikeln bei seiner Kompilation chronologisch einsortiert hat.

Hierin wird der Propagandaeffekt der Reichspräsidentenwahl unabhängig vom Ausgang betont. Dies setzt aber voraus, daß Hitler auf dem Wahlzettel steht. Oder lautet die Spekulation, zur Wahl aufzurufen, auch wenn er gar nicht auf dem Wahlzettel verzeichnet ist, weil ihm die Kandidatur aus juristischen Gründen vom Wahlleiter verweigert worden ist? Diese Überlegung ist nicht ganz abwegig, da der § 3 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten diese Möglichkeit zuläßt: „Es ist zulässig, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt.“ (zitiert nach Kaisenberg 1925) Die Wähler müßten demnach selber den Namen Hitler auf den Wahlzettel schreiben. Wenn es nur auf den Propagandaeffekt ankommt, ist es gleichgültig, daß die Stimmen für Hitler wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft für ungültig erklärt werden. Wichtig ist dann nur, wieviele ungültige Stimmen es gegeben hat.

Goebbels notiert abends: „Die Entscheidung liegt immer noch in der Schwebe.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 126; Goebbels 1934, S. 45)

12.2.1932

Gregor Strasser fordert unter der Überschrift „Eine sehr notwendige Feststellung“ im Völkischen Beobachter die Einbürgerung Hitlers aus moralischen Gründen (Frontkämpfer) und polemisiert dabei gegen die Münchener Neuesten Nachrichten.

Goebbels notiert für den Vormittag: „Ich kalkuliere mit dem Führer im Kaiserhof noch einmal alle Zahlen durch. Es ist ein Risiko, aber es muß gewagt werden. Die Entscheidung ist nun gefallen.“

Spät abends notiert er: „Die offene Entscheidung ist um einige Tage vertagt.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 127, Goebbels 1934, S. 45)

Ist die Entscheidung oder die Bekanntgabe der Entscheidung vertagt? Es klingt so, als liege das Zögern in dem Risiko bedingt, eine Niederlage gegen Hindenburg zu erleiden. Wenn Hitler sich angeblich aber entschieden hat, warum zögert er mit der Bekanntgabe der Kandidatur, wo doch das Zögern seine Anhänger verunsichert? Vermutlich zögert er wegen der ungeklärten Staatsbürgerschaftsfrage.

Die DNVP-Leitung dementiert Berichte von nationalsozialistischer Seite, daß sie der Einbürgerung Hitlers Schwierigkeiten in den Weg legen wolle. (Deutsche Zeitung vom 12.3.1932)

Die DVP veröffentlicht eine positive Stellungnahme der zur Einbürgerung Hitlers. (Bomarus, Bd. 1, S. 92)

Diese dürfte auch Heimbs in Braunschweig zur Kenntnis genommen haben.

13.2.1932

Die Reichsregierung schlägt vor, die Wahl des Reichspräsidenten auf den 13.3.1932 zu legen. Ein möglicher zweiter Wahlgang soll am 10.4.1932 stattfinden. Wegen der Zehntagefrist müssen die Wahlvorschläge bis zum 3.3.1932 beim Reichswahlleiter eingegangen sein.

Damit steigt der Zeitdruck, die Einbürgerung Hitlers zu regeln.

3 Mio Unterschriften für den Wahlvorschlag Hindenburg sind erreicht. Der Kyffhäuser Bund unterstützt Hindenburg. Der Stahlhelm knüpft seine Unterstützung an die Bedingung, einen Kurswechsel einzuleiten. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände wenden sich gegen Hindenburg. Staatssekretär Meißner lehnt die Bedingung des Stahlhelms ab.

Der Stahlhelm hat mit seiner Bedingung faktisch eine Absage provoziert, da Brüning ja gerade die Fortsetzung seines Kurses durch die Wiederwahl Hindenburgs erreichen will. Der Widerstand des Stahlhelms gegen Hitler formiert sich erst später, als es bereits zu spät ist.

Im „Reichsverwaltungsblatt und Preußischem Verwaltungsblatt“ erscheint der Artikel des Staatsrechtlers Walter Jellinek (Heidelberg) „Scheinernennung zum Beamten“ auf Aufforderung des Hauptschriftleiters, Senatspräsident D. H. Lindenau, Berlin, weil Kaisenberg Jellinek zitiert habe. Mitherausgeber der Zeitschrift ist Georg Kaisenberg (*was eine andere Begründung plausibel macht*). Darin führt der Autor aus: „Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, früher österreichischer Staatsangehöriger, ist heute staatenlos. Allerdings hat er im Weltkrieg als deutscher Soldat gekämpft und somit ´mindestens ein Jahr wie ein Deutscher im Heere aktiv gedient´, seine Einbürgerung ist also nach RStaatsAngG. § 12 bevorrechtet, er muß auf seinen Antrag von dem Lande, in dessen Gebiet er sich niedergelassen hat, eingebürgert werden, da er geschäftsfähig ist, freilich un-

ter der sehr dehnbaren Voraussetzung, daß die Einbürgerung nicht das Wohl des Reichs oder eines Landes gefährden würde. Aber trotz der Bevorrechtung ist die Einbürgerung erst zulässig, wenn der Reichsminister des Innern festgestellt hat, daß keines der übrigen Länder Bedenken erhoben hat; ist letztes der Fall, so entscheidet der Reichsrat. So ganz glatt ginge also die Einbürgerung nicht vonstatten. Schon Bayern, das wohl am wenigsten einbürgerungsfreudige deutsche Land, aber nun einmal das Land, in dem Hitler wohnt, könnte den Einbürgerungsantrag mit der von keinem Gericht nachprüfaren Begründung abweisen, die Einbürgerung würde den inneren Frieden oder die Beziehungen des Reichs zum Ausland stören. Stände aber Bayern dem Antrag wohlwollend gegenüber, so könnte noch immer ein anderes Land Bedenken erheben, und wie dann eine Abstimmung im Reichsrat lauten würde, läßt sich nicht sicher voraussagen.“ (ebd. S. 121)

Jellinek erörtert dann den Weg über den § 14 und kommt unter Bezugnahme auf das Kaisenberg-Gutachten in der Vossischen Zeitung zu dem Schluß, daß es sich bei dem Weg über die Verbeamtung um eine Scheinernennung handelt, die rechtsunwirksam ist: „So spricht denn alles gegen die auch nur vorläufige Wirksamkeit einer nicht ernstlich gemeinten Ernennung des Führers der Nationalsozialisten zum Beamten eines deutschen Landes. Vermutlich hatte er selbst ein Empfinden dafür, als er sich dem Plane des Dr. Fricks widersetzte. Das Recht verträgt eben keine Mißhandlungen“ (ebd. S. 124)

Mit dem letzten Satz sollte sich Jellinek gewaltig irren.

Der Tenor Jellineks entspricht dem Gutachten von Kaisenberg, das am 1.2.1932 in der Vossischen Zeitung veröffentlicht wurde. Es handelte sich offenbar um eine konzertierte und präzise terminierte Aktion, wobei Kaisenberg sich an die allgemeine Öffentlichkeit und Jellinek an ein Fachpublikum wendet. Allen Fachleuten, auch den Ministerialbeamten der Braunschweigischen Staatsregierung, die zwei Tage später mit der Einbürgerung Hitlers befaßt waren, muß zweifelsfrei bekannt und klar gewesen sein, daß es sich bei der beabsichtigten Einbürgerung Hitlers über den § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes um einen rechtsungültigen Vorgang handeln wird. Eine Ernennung zum Beamten, der das Amt nicht ausübt, ist rechtsunwirksam und kann insofern keine Voraussetzung für eine Einbürgerung sein. Genau aus diesem Zusammenhang ist Hitlers Dilemma und sein Zögern, in den Einbürgerungsvorgang über den § 14 einzuwilligen, zu erklären.

Der Hinweis, daß Hitlers Militärdienst eine „Bevorrechtung“ zum Erwerb der Staatsbürgerschaft bedeutet, konnte später von der DVP bzw. von Heimbs als willkommene Legitimation der Zustimmung aufgenommen worden sein. Zumindest findet sich hier ein Indiz, daß alle mit dem Vorgang befaßten über die juristischen Aspekte des Vorgangs genauestens informiert waren.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung meldet die unmittelbar bevorstehende Ernennung Hitlers zum Professor. Die Widerstände der DNVP, insbesondere Küchenthals, seien ausgeräumt.

Der Volksfreund meldet, daß sich die Gerüchte um die Berufung Hitlers behaupten.

Indirekt geht aus den Meldung hervor, daß der Rektor der TH Küchenthal vergeblich um Auskunft gebeten hat. So dürfte Klagges erfahren haben, daß er von Schmitz übergangen wurde.

Klagges verfaßt einen Aktenvermerk: „In Rücksicht auf die politische Bildung des heranwachsenden Geschlechts halte ich es für dringend erforderlich, daß die Studenten der Technischen Hochschule Gelegenheit erhalten, sich auch im Rahmen der Hochschule über die Grundfragen der Nationalpolitik, die über künftige Schicksalsgestaltung unseres Volkes entscheidet, zu unterrichten. Daher beabsichtige ich seit längerer Zeit, eine Persönlichkeit, die sich theoretisch und praktisch in einer führenden Stellung bewährt hat, an die hiesige Technische Hochschule zu berufen und ihr einen Lehrauftrag für

organische Gesellschaftslehre und Politik

zu erteilen. Wie mir mitgeteilt wird, würde Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregentenplatz 16, 2. Stock bereit sein, einen derartigen Ruf anzunehmen. Da Herr Hitler nicht nur als Führer einer großen politischen Volksbewegung, sondern ebenfalls durch sein grundsätzliches politisches Werk „Mein Kampf“ als wissenschaftlicher Schriftsteller hervorgetreten ist, würde ich die Verwirklichung dieser Möglichkeit lebhaft begrüßen. Durch eine Lehrtätigkeit Adolf Hitlers würde die Bedeutung und das Ansehen der Hochschule zweifellos sehr gesteigert werden.

Da Herr Hitler, als Deutschösterreicher in Braunau am Inn geboren (20.4.89), zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß seine Berufung in einer Form erfolgt, durch die ihm zugleich das deutsche Staatsbürgerrecht nach § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen wird. Herrn MR Dr. Albrecht bitte ich zu prüfen, in welcher Form eine sofortige Berufung möglich ist. Da eine Befragung der Hochschule satzungsgemäß nicht erforderlich ist, kann sie in diesem Falle unterbleiben. Herrn MR Dr. Kiesel bitte ich zu prüfen, ob die beabsichtigte Form der Berufung den Bedingungen des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes entspricht. Zu dem letzten Punkt ist auch die Stellungnahme des Herrn OL Gerichtsrats Wanstrat herbeizuführen.

Klagges“

Die entsprechende Akte befindet sich in Hitlers Braunschweiger Personalakte (Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde), hier zitiert nach Morsey 1960, S. 451 und in der Personalakte Hitler im Niedersächsischen Staatsarchiv.

Der Vermerk ist mit handschriftlichen Korrekturen versehen und handschriftlich datiert. Die von Morsey mit Fragezeichen angegebene Datierung 18.2.1932 wird von Küchenthal bestritten und auf den 13.2. gelegt. Die Umdatierung ist zwingend.

Der Aktenvermerk ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Zuerst belegt er, daß Klagges (entgegen der später von ihm behaupteten Entscheidung Hitlers) immer noch an der Professoren-Variante festhält. Warum wird der Vermerk überhaupt verfaßt? Ist er eine Reaktion auf den Artikel von Jellinek aus dem Reichsverwaltungsblatt, der Klagges vorgelegt worden

ist? Dient er als Anweisung für die Ministerialbeamten Albrecht, Kiesel und Wanstrat, (so Roloff 1961, S. 92) die ein Gegengutachten zu Jellinek/ Kaisenberg verfassen sollen, um den Vorwurf der Scheinernennung zu begegnen? Haben die Ministerialräte von Klagges den Aktenvermerk verlangt, um tätig werden zu können und ggf. später selber eine Legitimation für einen ungesetzlichen Vorgang zu haben? Geht es darum, mit dem speziellen Problem von Hitlers Staatenlosigkeit juristisch umzugehen? Da der Nichtjurist Klagges mit den juristischen Details der Einbürgerung vertraut ist, muß der Punkt schon zuvor (ausgelöst und dokumentiert durch die Gutachten von Kaisenberg und Jellinek) diskutiert worden sein. Kiesel wird das erbetene Gutachten am 19.2. anfertigen.

Geht es darum, dem möglichen Widerstand der TH entgegenzutreten? Dieser Absicht könnte der Hinweis dienen, daß Hitler mit „Mein Kampf“ die wissenschaftliche (sic) Qualifikation für die Berufung liefere. Ob die Hochschule übergangen werden kann, ist allerdings umstritten. Klagges Argument lautete, daß es sich durch die Umwidmung der Denomination um eine neue Professur handle und deshalb die TH nicht einbezogen werden müsse. Vorgesehen ist für die Berufung die vakante Riekel-Stelle. Oder verfaßte Klagges den Aktenvermerk, um später ggf. gegenüber Hitler seine Bemühungen dokumentieren zu können?

Auch wenn die Eilbedürftigkeit des Vorgangs betont wird, stellt der Aktenvermerk nicht den Beginn der Einbürgerungsaktion dar, da bereits zuvor mehrfach zwischen Berlin und Braunschweig konferiert wurde. Zudem schreibt Klagges darin, daß er schon „seit längerer Zeit“ den Gedanken gehabt habe.

Erster Exkurs: Organische Gesellschaftslehre und Politik

Was Klagges meint mit der Denomination „organische Gesellschaftslehre und Politik“? Bezieht sich das Adjektiv nur auf „Gesellschaftslehre“ oder auch auf „Politik“? Vermutlich meint er beides. Was versteht er unter „organisch“? 1934 erscheint das laut Vorwort bereits im Sommer 1931 entstandene und auf einer zwölfjährigen Beschäftigung mit der Thematik basierende Buch von Klagges „Idee und System. Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung“. Klagges hat die Vorträge im Frühjahr 1933 gehalten. Darin gibt es ein Kapitel über „Organische Entwicklung“. Das Buch gehörte zum Bestand der Bücherei der Technischen Hochschule Braunschweig. 1936 wird er „Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung“ in der von ihm herausgegebenen Reihe „Volk und Führer“ veröffentlichen. 1974 wird von Andreas Bergeder posthum eine Schrift von Klagges „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ (Klagges 1974) veröffentlicht. Aus dem Buch geht nicht hervor, wann das Manuskript entstanden ist. Auf den Seiten 31-33 wird sein biologisches Verständnis von Politik deutlich. Demnach hat sich Klagges selber über viele Jahre intensiv mit den Inhalten der für die Hitler-Professur vorgesehenen Denomination beschäftigt. 1936 wird er den parteioffiziell dokumentierten Anspruch erheben, in systematischer Weise die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus ausgearbeitet und für den Geschichtsunterricht aufbereitet zu haben.

Die von Klagges im Licht seiner eigenen Schriften nachvollziehbare Denomination deutet darauf hin, daß Klagges womöglich beabsichtigte, Hitler nicht nur zum Schein zu ernennen, sondern erwartete, daß Hitler die Professur tatsächlich auf irgendeine Art und Weise wahrnimmt. Vielleicht hat er sogar davon geträumt, die Hitler-Professur an der TH zum Fokus eines Instituts zur Verbreitung der NS-Ideologie zu machen, bei dem er im Hintergrund als geistiger Vater wirken konnte.

Roloff wird am 28.11.1945 bei seiner Vernehmung diese Annahme bestätigen. Klagges wollte, daß Hitler Vorlesungen halten sollte, die für alle Studenten verbindlich zu besuchen waren. Roloff habe auf Drängen der TH-Kollegen versucht, Klagges von diesem Plan abzubringen (61 Nds Fb 1 Nr. 1).

Warum benutzt Klagges den Begriff „Politik“ statt des damals gebräuchlichen „Staatsbürgerkunde“ und warum „Gesellschaftslehre“ statt des gebräuchlichen „Soziologie“? In der Denomination von Roloff heißt es „Staatsbürgerkunde“ und in der Denomination von Geiger „Soziologie“. Will Klagges mit seinen Begriffen den Anschein einer fachlichen Überschneidung vermeiden? Oder mißfällt ihm der Begriff „Staatsbürgerkunde“ als zu demokratisch und zu sehr an Weimar erinnernd? Wäre Hitler tatsächlich in der Lehre tätig geworden, hätte er sich in eine fachliche Konkurrenz zu Geiger und vermutlich auch Roloff begeben. Hier könnte nicht nur für Geiger, sondern auch für Roloff ein Motiv zur Ablehnung gelegen haben.

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie standen jedenfalls nach 1933 überall unter starkem Druck und mußten sich weltanschaulich anpassen. (Vgl. dazu Botsch 2006 und Eisfeld 2013 zur Politikwissenschaft und van Dyk/Schauer 2010 zur Soziologie)

Exkurs Ende

Klagges bestellt die Gutachten bei seinen Ministerialräten, ob die TH bei der Berufung übergangen werden kann und ob es Probleme im Hinblick auf die daraus zu resultierenden beabsichtigte Einbürgerung nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigen-Gesetzes gibt.

Ferner ging es um das Problem der Gesetzeslücke, weil im § 14 die Verbeamtung eines Staatenlosen nicht geregelt ist. Den Autoren des Gesetzes mag dieser Fall so abwegig gewesen sein, daß sie keinen Bedarf zur Verregelung gesehen haben. Daß Klagges auf die Verbeamtung via Professur verfallen ist, mag auch daran gelegen haben, daß er so auf sein eigenes Ressort zurückgreifen konnte, zu dem auch die TH gehörte. Die spätere Verbeamtung über das Landeskultur- und Vermessungsamt gehörte zu Küchenthals Ressort.

Auch Küchenthal verfaßt am selben Tag einen ersten Vermerk über den Einbürgerungsversuch, der den Ablauf vom 2. – 8.2. 1932 betrifft. Küchenthal schildert die Versuche von Klagges, ihn zur Unterschrift zu bewegen. Küchenthal zeigt sich reserviert und verweist auf die politische Zuständigkeit der BEL. Küchenthal übergibt den Vermerk später dem MR Kiesel zur

Aufbewahrung. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 4-5, S. 89). Der Vermerk befindet sich in der Dokumentation, die Küchenthal 1968 abgeschlossen hat.

Beide Protagonisten fertigten am selben Tag Vermerke in Sachen Hitler an. Klagges wollte darin die Berufung rechtfertigen, Küchenthal seine Nichtzuständigkeit begründen. Daß Küchenthal seinen Vermerk Kiesel später (wann?) zur Aufbewahrung übergab, unterstreicht seine Vorsicht. Kiesel war zweimal involviert - als Gutachter für Klagges und als Aufbewahrer für Küchenthal. Wem gegenüber war Kiesel loyal? Aus seinen Aussagen als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal und im Klagges-Prozeß läßt sich schließen, daß seine Loyalität eher Klagges galt. Demnach hätte Kiesel ein doppeltes Spiel gespielt und könnte Klagges über Küchenthals Vermerk informiert haben.

Im Protokollbuch der 8. Abteilung, deren Mitglied Hitler im Falle einer Berufung geworden wäre, findet sich kein Hinweis, daß die Berufungsabsicht auf einer Abteilungssitzung behandelt worden ist. (Protokollbuch)

Dennoch ist davon auszugehen, daß das Thema wochenlang auch die Abteilung beschäftigt hat, zumal mit Roloff einer der verantwortlichen Politiker zugleich Abteilungsmitglied war.

Die Deutsche Zeitung berichtet, daß Hitler zum Reichsratbevollmächtigten des Freistaats Braunschweig ernannt werden soll.

Auch diese Meldung deutet darauf hin, daß Parallel zur Initiative von Klagges noch andere Varianten der Einbürgerung in Braunschweig sondiert wurden. Warum favorisierte Klagges immer noch die Professorenlösung? Die Antwort lautet, daß er so allein das Verdienst verbuchen konnte und womöglich im Hintergrund bereits die Idee verfolgte, die TH Braunschweig zum einem Schulungszentrum zur Verbreitung der NS-Ideologie zu machen.

Hitler nimmt eine Einladung von Hugenberg, Seldte und Duesterberg zu einem Treffen **nicht** an und schickt Göring als Vertreter. Göring schlägt dem Stahlhelm Hitler als Einheitskandidaten vor. Der Vorschlag wird vom Stahlhelm abgelehnt. Hugenberg schlägt vor, daß jeder seinen eigenen Kandidaten benennt. Außerdem verlangt Göring für die NSDAP den Reichskanzler, den Innenminister und den Reichswehrminister.

Hitler taktiert gegenüber den Nationalkonservativen.

Goebbels notiert: „In dieser Woche soll nun die öffentliche Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage gefällt werden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 127; Goebbels 1934, S. 46)

Die Formulierung ist unsinnig. Soll die Entscheidung gefällt werden oder soll entschieden werden, die Entscheidung zu verkünden? Der Lapsus macht deutlich, daß in der Kandidatenfrage immer noch keine Klarheit herrscht.

Der Völkische Beobachter kommentiert die Hildburghausenaffäre u.a. unter Hinweis auf Stennes („Judaskuß“), Kapitän Ehrhardt und die Boxheimer Dokumente.

Hier wird ein Zusammenhang der Aktivitäten der NS-Dissidenten und der Radikalen in der NSDAP im Hinblick auf die Opposition gegen den Legalitätskurs der Partei konstruiert. Diese Kritik war der NSDAP unangenehm, da man argumentativ damit nur schwer umgehen konnte.

14.2.1932

Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Göring, Hugenberg, Seldte und Duesterberg ohne Ergebnis.

Am Abend entscheidet sich der der Stahlhelm für einen eigenen Kandidaten.

Damit ist das Ende der Harzburger Front auch von dieser Seite besiegelt.

15.2.1932

Der Allgemeine Anzeiger meldet unter Berufung auf andere Zeitungen, daß Klagges bereits die Anstellungsurkunde Hitlers als „Professor für angewandte Pädagogik“ unterschrieben habe. Küchenthal habe zugestimmt. Klagges wird demgegenüber mit einem Dementi zitiert.

Offenbar wurde durch gezielte Falschmeldungen bzw. Indiskretionen von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, die Ernennung Hitlers zu befördern bzw. zu torpedieren.

Rektor Schmitz ruft Küchenthal an und bittet um Auskunft in der Berufungsfrage. Küchenthal verweist Schmitz an als zuständigen Minister. Schmitz wendet sich daraufhin an Wessel, Vertrauensmann und Ehrendoktor der TH.

Schmitz wird 1949 der Vorsitzende der Spruchkammer im Entnazifizierungsverfahren Küchenthals sein.

Hindenburg erklärt sich gegenüber Brüning zur Kandidatur bereit.

Der Grund ist vermutlich, daß inzwischen nicht nur der überparteiliche Hindenburg-Ausschuß mit 3 Millionen Unterschriften, sondern auch diverse Organisationen der Rechten seine Kandidatur unterstützen.

Brüning vermutet, daß Hitler sich an diesem Tage endgültig zur Kandidatur entschieden habe. (Brüning 1970, S. 527)

Liegt der Grund der Vermutung in dem Umstand, daß Hitler davon ausgehen konnte, daß die Ernennung zum Professor perfekt ist? Oder hat auch Brüning nur die Zeitung gelesen?

Klagges erteilt dem Hochschulreferenten, MR Paul Albrecht, morgens den Auftrag, eine Ernennungsurkunde für Hitler zu entwerfen (laut Erinnerung Küchenthal), was im Laufe des

Vormittags geschieht. Laut Küchenthal (1961, S.7) hat zu diesem Zeitpunkt das Gutachten von Kiesel bereits vorgelegen.

Dies widerspricht allerdings der Datierung des Gutachtens Kiesel vom 19.2.1932. Oder Kiesel hat zwei Gutachten verfaßt. Kiesel wird 1946/47 anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens verschweigen, daß er dieses Gutachten für Klagges verfaßt hat.

Der Text der Urkunde (abgedruckt in Overesch 1981, S. 57) lautet:

„Dienstvertrag zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Schriftsteller Adolf Hitler in München

1. Der Schriftsteller Adolf Hitler übernimmt am 25. Februar 1932 die planmäßige ausserordentliche Professur für `Organische Gesellschaftslehre und Politik´ an der Technischen Hochschule Braunschweig mit der Verpflichtung, bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden im Semester wöchentlich zu halten.
2. Der Schriftsteller Adolf Hitler wird als planmäßiger außerordentlicher Professor nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz vom 26. Juni 1928 Bes. Gr. A II b besoldet. Der Beginn des Besoldungsdienstalters wird auf den 1. Februar 1932 festgesetzt.
3. Herr Adolf Hitler erhält für seine Vorlesungen und Übungen eingehende Unterrichtsgebührenanteile nach Maßgabe der darüber bestehenden jeweiligen Bestimmungen.
4. Herr Adolf Hitler hat das Recht zur Ausübung privater Tätigkeit, soweit durch diese die Interessen seines Lehrstuhls nicht geschädigt werden.
5. Das Dienstverhältnis des Herrn Adolf Hitler regelt sich neben den Bestimmungen dieses Vertrages nach den Vorschriften des braunschweigischen Staatsbeamtengesetzes vom 4. April 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 1930 und der zu diesem Gesetz erlassenen Nachträge.

Braunschweig, den Februar 1932

München, den Februar 1932

Staatsministerium

Minister

Minister“

Die Unterschrift beider Minister ist vorgesehen, weil Küchenthal gegenzeichnen muß. Der Wohnsitz Hitlers bzw. der Ort der Unterschrift wird mit München angegeben. Mit den privaten „Nebentätigkeiten“ sind vermutlich seine politischen Aktivitäten (etwa Wahlkämpfe zum Reichspräsidenten) gemeint, die kaum Zeit für eine Haupttätigkeit als Professor mit 12 SWS erlauben. Die Wertigkeit der Professur ist geringer als die der dafür vorgesehene Riekel-Stelle, die durch das persönliche Ordinariat aufgestockt worden war. Die Denomination bedeutet, daß zum zweiten Mal die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie an der TH Braun-

schweig durch eine Professur vertreten werden sollen, und steht in Konkurrenz zu den vorhandenen Professuren von Roloff (Staatsbürgerkunde) und Geiger (Soziologie). Laut späterer Aussage Küchenthals soll Albrecht den Auftrag nur widerwillig ausgeführt haben.

Bei neuen Professuren muß die Hochschule entsprechend der Neuformulierung des Staatsbeamtenengesetzes vom 30.11.1930 nicht einbezogen werden. Deshalb der Hinweis auf das Gesetz in der Urkunde. Für Klagges handelt es sich durch die neue Denomination um eine ganz neue Professur, für die TH aber nur um die Wiederbesetzung einer alten Professur unter neuer Bezeichnung. Deshalb sei ihre Mitwirkung notwendig. Die Berufung von Roloff war dafür ein Präzedenzfall, weil er auf eine bereits vorhandene, aber noch nicht besetzte Professur von Franzen berufen wurde, nachdem sie eine neue Denomination erhalten hatte. Hierbei hatte die Universität allerdings durch die Einreichung der Einerliste mitgewirkt.

Bemerkenswert ist, daß zwischen der Aktennotiz von Klagges und der Ausfertigung der Urkunde nur zwei Tage liegen. War Klagges tatsächlich unter großem Zeitdruck oder wollte er nur auf die Schnelle und unter großer Geheimhaltung an allen Instanzen vorbei die Einbürgerung alleine bewerkstelligen? Overesch 1992 vermutet, daß Klagges zeitlich unter Druck stand, weil Hindenburg am 15.2. seine Bereitschaft zur Kandidatur erklärt hatte und am 16.2. im Thüringer Landtag die Debatte über den dort gescheiterten Einbürgerungsversuch begann.

Ein interessanter Nebenaspekt ist die Frage, warum Hitler nur eine a.o. Professur (A 2 b) bekommen soll, obwohl doch laut Mitteilung von Albrecht an Klagges eine o. Professur (A 1 b) frei ist (siehe Gutachten Kiesel vom 19.2.). Was sollte mit der freien Spitze geschehen? Wollte Klagges womöglich damit die Zustimmung von Roloff erkaufen? Nur Roloff als maßgeblicher Akteur in der Einbürgerungsfrage hätte Interesse an einer solchen Aufstockung haben können.

Wessel verlangt von Küchenthal Auskunft über die Berufungsfrage. Küchenthal erklärt, keine Ernennungsurkunde unterzeichnen zu wollen.

Wie die Absicht der Berufung bekannt geworden ist, bleibt unklar. Eine mögliche Erklärung (laut Roloff 1961, S. 90) lautet, daß der Hochschulreferent Albrecht hinter dem Rücken von Klagges die Hochschulleitung und diese (Mühlenpfordt) den befreundeten Roloff bzw. den Ehrendoktor der TH und Abgeordneten der DVP im Landtag, Wessel, als Vertrauensmann informiert hat. Eine entsprechende Aufzeichnung Roloffs aus dem Jahre 1950 befindet sich im Besitz von Roloff jun. Küchenthal hatte sich gegenüber Kiesel bereits festgelegt.

Klagges unterzeichnet die Urkunde und legt sie mittags Küchenthal zur Gegenzeichnung vor. Die Referenten Albrecht, Kiesel und Wanstrat (Justiz) halten sich auf Anweisung von Klagges für Rückfragen bereit.

Küchenthal verweigert die Gegenzeichnung mit dem Argument, daß es sich nicht um eine normale Beamtenernennung, sondern um einen politischen Akt handele. Deshalb fehle ihm die Kompetenz, die bei der BEL liege. Küchenthal erklärt, Roloff als Fraktionsführer der BEL

von dem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. Er erklärt ferner, daß für ihn die Ernennung Hitlers zum Stellvertretenden Reichsratsbevollmächtigten (Ressort Küchenthal) völlig ausscheide.

Klagges ist enttäuscht bzw. verärgert bzw. „entsetzt“ (Küchenthal), weil er die Professoren-Lösung selber angeregt hat, daraufhin den Auftrag erhielt, jetzt sein Gesicht gegenüber der Partei verliert und Hitler zum wiederholten Male dem Spott der Presse ausgesetzt wird. Vgl. dazu die Karikatur im „Vorwärts“ vom 21.2.1932 „Hitlers Antrittsvorlesung“. Laut Mitteilung des Sohns von Küchenthal (Hans-Georg) vom 30.12.2013 beginnt hier die „Feindschaft“ zwischen Klagges und Küchenthal. Evtl. spielt auch eine Rolle, daß seitdem Zörner eine wichtige Rolle bei der Einbürgerung zukommt und Klagges nur noch das exekutiert, was Zörner eingefädelt hat. Wer von beiden gewinnt das Wohlwollen Hitlers? Hier mag ein weiterer Grund für den späteren Konflikt Klagges – Zörner liegen.

Es scheint, daß Klagges erst jetzt Staatsrat Kiesel beauftragt hat, ein Gutachten zu erstellen. Dieses lag am 19.2.1932 vor. Jedenfalls ist es auf den 19.2. datiert. Hatte Klagges immer noch nicht die Absicht aufgegeben, Hitler zu berufen, und es noch ein zweites Mal versucht? Vielleicht ging es seitdem auch um die Rivalität, ob Klagges oder Zörner die wichtigere Rolle bei der Einbürgerung zukommt.

Die nicht von Küchenthal gegengezeichnete Urkunde wird später von Overesch (nicht von Morsey im Berliner Document Center) im Bundesarchiv Koblenz unter den persönlichen Papieren von Hitler gefunden. Deshalb konnte sie von Morsey nicht in seine Dokumentation aufgenommen werden. Sie hatte offenbar großen Erinnerungswert für Hitler. Also dürfte Klagges sie Hitler ausgehändigt haben, obwohl sie ohne die Unterschrift Küchenthals wertlos war. Vielleicht wollte er Hitler so seine Bemühungen dokumentieren. In der braunschweiger Personalakte findet sich kein Exemplar der Urkunde. Das wäre nur möglich gewesen, wenn eine Personalakte Hitler im Volksbildungsministerium angelegt worden wäre.

Klagges informiert Goebbels telephonisch über die Ablehnung.

Offenbar ist nicht mehr Göring, sondern Goebbels die Schaltstelle zu Hitler.

Laut Küchenthal (1961, S. 7) hat Goebbels ihn später wegen der Verweigerung der Unterschrift getadelt.

Insofern war Küchenthal von Anfang an in einem Dilemma. Wenn er Verantwortung übernimmt, bekommt er Schwierigkeiten. Wenn er keine übernimmt, bekommt er auch Schwierigkeiten. Das gesamte spätere Verhalten Küchenthal läßt sich so interpretieren, daß er immer nur taktiert hat, um selber möglichst ungeschoren aus der Angelegenheit herauszukommen, ohne die saubere Konsequenz des Rücktritts tragen zu müssen.

Küchenthal informiert Roloff, der daraufhin laut Küchenthal erklärt haben soll: „Darauf habe ich schon lange gewartet“. Roloff ist zwar gegen die Berufung, befürchtet aber bei einer Ablehnung die Auflösung des Landtags und bei Neuwahlen einen weiteren Stimmenzuwachs

für die NSDAP. Roloff setzt eine Beratung der BEL-Fraktion für den 17.2. nach der Landtags-sitzung an.

Laut Küchenthal wäre Roloff im Zweifelsfalle aber doch für die Berufung gewesen, ehe die Verbeamtung ganz scheitert. Roloff stellte sich umgekehrt nach 1945 als vehementer Gegner der Berufung dar. Dies mag sogar stimmen, hatte 1932 aber einen ganz persönlichen und keinen politischen Grund.

Küchenthal informiert Wessel über seine Weigerung zur Gegenzeichnung, der daraufhin Rektor Schmitz informiert (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 211)

Der Allgemeine Anzeiger berichtet, daß Küchenthal der Ernennung zugestimmt habe.

Der Volksfreund berichtet, daß Küchenthal sich geweigert habe, eine entsprechende Anfrage des Rektors zu beantworten.

Es gibt keine Hochschulakten, aus denen hervorgeht, wie die TH auf die versuchte Berufung Hitlers reagiert hat. Auch die Senatsakten schweigen darüber. Die eine Erklärung für diesen merkwürdigen Umstand lautet, daß die TH offiziell nie mit dem Vorgang befaßt war bzw. befaßt werden sollte. Die andere Erklärung lautet, daß man bewußt in dieser heiklen Angelegenheit keine Spuren in den Akten bzw. Senatsprotokollen hinterlassen wollte. Der Widerstand gegen die Ernennung in der Hochschule war jedenfalls breit und stützte sich insbesondere auf Rektor Schmitz, Prorektor Mühlenpfordt, Dekan Geiger, den übrigen Senat und den Vorsitzenden der Sozialistischen Studentenschaft, Richard Müller.

Die braunschweiger DVP konferiert in der Einbürgerungsfrage brieflich (Schreiben Brandes an Dingeldey) und fernmündlich mit der DVP-Zentrale in Berlin. Brandes schreibt: „Die Nazis werden mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl jetzt noch alles daran setzen, die Koalition zu erhalten und nicht zu gefährden. Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig wird dabei eine besondere Rolle spielen. Die bisherigen Gerüchte, eine Einbürgerung Hitlers durch dessen Ernennung zum Professor sei schon erfolgt, stimmt nicht. Ich bin aber überzeugt, daß die Nationalsozialisten mit solchen Wünschen in Kürze kommen werden. Ich hoffe, mit Ihnen einig zu gehen, daß man eine Einbürgerung Hitlers auf völlig legalem Wege auch von uns aus befürworten sollte. Wir müssen es aber meines Erachtens ablehnen, unsere Hand zu Schieberaktionen zu bieten, wie das in Thüringen versucht worden ist und wie es in den letzten Tagen durch die Presse gegangen ist.“ (Stadtarchiv Braunschweig G X 6 Nr. 539)

Die DVP stellt sich auf die unumgängliche Einbürgerung ein. Die berliner Zentrale ist informiert. Der Hinweis auf Thüringen läßt sich so deuten, daß die dortige DVP wegen des Verfahrens und nicht wegen der Einbürgerung als solcher die Koalition hat platzen lassen.

Ferner weist Brandes darauf hin, daß Schrader den Etat von Klagges ablehnen wird, sodaß der Haushalt nur ein Torso bleibt.

Welche Konsequenz das hatte, bleibt unklar.

Goebbels erwähnt den Ernennungsversuch nicht in seinem Tagebuch, obwohl der Umstand, daß der erste Anlauf, Hitler in Braunschweig einzubürgern, gescheitert ist, doch Hitler tief getroffen und in seinem Zögern bestätigt haben muß. Vielleicht sind Hitler und Goebbels sogar darüber aneinander geraten. Jedenfalls stieg der Zeitdruck, zumal der Weg über den § 9, selbst wenn er nicht auf Widerstand gestoßen wäre, wegen des mehrstufigen Prozederes mittlerweile zu zeitaufwändig geworden ist. Ein Antrag Hitlers nach § 9 hätte sich leicht von einem der Beteiligten so lange aussitzen lassen, bis die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge überschritten gewesen wäre.

Stattdessen notiert Goebbels: „Hindenburgs Kandidatur wird proklamiert. Der Präsidentschaftsausschuß veröffentlicht einen Aufruf. Jetzt haben wir also freie Hand. Der Wahlkampf ist beschlossene Sache. Nun brauchen wir mit unserer Entscheidung nicht mehr hinter dem Berg zu halten.“

Goebbels irrt, da die Lage in Braunschweig ungeklärt ist, und Hitler sich in seinem Zögern bestätigt gefühlt haben muß.

16.2.1932

Hindenburgs Kandidatur wird öffentlich bekannt gegeben.

Im Thüringischen Landtag wird bis zum 18.2. über den gescheiterten thüringer Einbürgerungsversuch debattiert und ein Untersuchungsausschuß unter Leitung von Hermann Brill eingesetzt.

Ob die mit der Angelegenheit befaßten thüringischen Ministerialbeamten sich tatsächlich an die ihnen von Frick abverlangte Amtsverschwiegenheit gebunden fühlten oder ob sie eher den Mund hielten, weil sie Hitlers kommende Machtergreifung fürchteten, darüber läßt sich spekulieren. Die Debatte erhöhte den Handlungsdruck in Braunschweig.

Goebbels notiert: „Ich arbeite so, als wäre der Wahlkampf schon im Gange. Das bereitet einige Schwierigkeiten, da der Führer noch nicht offiziell als Kandidat proklamiert ist.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 128; Goebbels 1934, S. 47)

Wieder kein Wort zur vorläufig noch gescheiterten Verbeamtung in Braunschweig.

Der DVP-Vorsitzende Dingeldey telephonierte (vermutlich) am Abend mit dem Braunschweiger DVP-Vorsitzenden Brandes, um ihn zur Zustimmung für Hitlers Einbürgerung zu bewegen. Brandes verfaßt darüber einen Vermerk: „Die Partei würde bei einem Bruche der Koalition in eine ganz üble Lage kommen. Er (Dingeldey) bittet dringend, es nicht zu tun, sich überstimmen zu lassen und schließlich Erklärung abzugeben, daß wir selbstverständlich bereit sind, jeden geraden Weg und Versuch mitzumachen.“ (zitiert nach Roloff 1961, S. 91)

Dingeldey wollte Brandes vor der Landtagssitzung am folgenden Tag beeinflussen. Das entscheidende Argument der DVP, die Angst vor der Aufkündigung der Koalition durch die NSDAP und anschließenden Neuwahlen, wird in der Aufzeichnung deutlich. Dieses Argument wurde aber nirgendwo öffentlich gemacht. Auch Küchenthal bestätigt diese These. (1969, Bd. III, S. 60). Warum ist nicht erwogen worden, eine neue Koalition unter Einschluß der SPD zu bilden? Weil das zu einer Spaltung der BEL geführt hätte? Laut Aussage des Sohnes von Küchenthal 2014 sei diese Variante nie diskutiert worden.

17.2.1932

32. Sitzung des Landtags mit der ersten Lesung des Haushalts für 1932. Küchenthal stellt den Entwurf vor und begründet drastische Sparmaßnahmen (Stellenstreichungen) mit der krisenbedingt katastrophalen Lage der Landesfinanzen. Der Haushalt wird von 67 Mio RM auf 47,5 Mio RM zurückgefahren. U.a. sollen die Aufwandsentschädigungen für die Mitarbeiter der Braunschweigischen Gesandtschaft gekürzt werden. Küchenthal kündigt an, die Braunschweigische Gesandtschaft beim Reichsrat in Berlin aus Kostengründen zum 1.4.1932 aufheben zu wollen. Dies sei ein reiner Verwaltungsakt der Staatsregierung und bedürfe nicht der Zustimmung des Landtags.

Der Haushaltsauschuß hatte zuvor unter Mitwirkung von Roloff u.a., wie von Küchenthal in seinem Entwurf vorgesehen, die vakante Regierungsrat-Stelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt gestrichen.

Roloff behauptet am 4.11.1945, die Streichung sei bewußt erfolgt, um auf diese Weise eine Anstellung Hitlers auf der gerade freien Stelle als Regierungsrat zu verhindern. Damit wäre das Spiel für Hitler verloren gewesen, da die Professoren-Variante schon zuvor gescheitert war. Wann genau hat der Ausschuß getagt? Wenn die Behauptung stimmt, dann ist das ein Hinweis, daß die Frage der Einbürgerung auch via Regierungsrat bzw. über eine Beamtenstelle bei der Braunschweigischen Gesandtschaft früher, intensiver und kontroverser diskutiert und behandelt wurde, als aus den Akten hervorgeht. Die Professur- und die Regierungsrat-Varianten sind demnach parallel betrieben worden.

Jasper eröffnet die Haushaltsdebatte und spricht dabei erstmals im Landtag die gescheiterte Einbürgerung Hitlers in Thüringen sowie die Absicht an, Hitler in Braunschweig zum Pädagogik-Professor zu machen und auf diesem Wege einzubürgern. Die NSDAP (Bertram) erklärt im Landtag, nichts davon zu wissen, aber einen solchen Vorgang unterstützen zu wollen. Klagges, Küchenthal und Roloff greifen nicht in die Debatte ein.

Jasper ging offenbar davon aus, daß Hitler auf die freie Riekel-Stelle berufen werden soll. Von der Umwidmung der Denomination wußte er noch nichts. Eine Wiederbesetzung ohne Umwidmung hätte auf jeden Fall die Mitwirkung der TH verlangt. Klagges hat offenbar auch die braunschweiger NSDAP nicht über seine Aktivitäten unterrichtet. Bemerkenswert ist, daß diejenigen im Saal, die am besten Bescheid wissen, schweigen.

Die anschließende Etatrede des Abgeordneten Winter (KPD) endet im Tumult. Zörner entzieht ihm das Wort. Nach mehrfachen Ordnungsrufen und Unterbrechungen der Sitzung wird der Winter unterstützende Abgeordnete Gmeiner (KPD) von Landtagspräsident Zörner für 8 Sitzungen ausgeschlossen. „Ich stelle zunächst entsprechend § 64 folgendes fest: Ich habe Herrn Abg. Gmeiner, der versucht hatte, eine Erklärung, ohne sie mir vorher zur Kenntnis vorzulegen, zur Verlesung zu bringen und die Geschäftsführung des Präsidenten zu kritisieren, das Wort entzogen, und dann, weil Herr Abg. Gmeiner trotzdem weiter sprach, ihn von der Sitzung ausgeschlossen. Da der Abgeordnete der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht nachgekommen ist, hat er sich selbst entsprechend § 64 Abs. 2 den Ausschluß für 8 Sitzungen zugezogen.“ (Protokoll S. 4037-4038) Jasper protestiert und verlangt die Einberufung des Ältestenrats. Der Antrag wird abgelehnt. Daraufhin verläßt die Linke den Plenarsaal.

Die erste Lesung über den Haushalt ist relevant für die Ernennungsfrage, da die Stelle im Haushalt ausgewiesen sein muß. Allen Beteiligten muß klar gewesen sein, daß der Ausschluß des KPD-Abgeordneten der Koalition die Mehrheit bei der Verabschiedung des Haushalts garantiert und sie nicht mehr auf die Zustimmung von Schrader angewiesen ist. Damit wird auch eine vom Haushaltsausschuß zu beantragende und für Hitler vorgesehene Wiedereinsetzung der Regierungsrats-Stelle in den Haushalt für 1932 eine Mehrheit finden. Der Verdacht liegt nahe, daß Zörner diesen Zusammenhang klar war und er nach einem Vorwand gesucht hat, auf diese Weise die Mehrheit zu sichern. Auf die Störungen der Aussprache von Seiten der NSDAP-Abgeordneten reagierte er jedenfalls in der Sitzung laut Protokoll viel milder. Der Versuch von Jasper, über den Ältestenrat die Suspendierung Gmeiners zurückzunehmen, wurde abgelehnt. Damit war bereits anhand einer Geschäftsordnungsfrage die Entscheidung in einer Sache vorweggenommen, die noch gar nicht zur Abstimmung stand. Diese Überlegungen deuten darauf hin, daß die Variante Regierungsrat über die Umwidmung einer vakanten Stelle im Landeskultur- und Vermessungsamt parallel zur Professorenlösung schon lange ventilert wurde. Gmeiner hätte als letztes Mittel einem Nachrücker Platz machen können. Da aber die Abstimmung Schraders vorhersehbar war, machte das keinen Sinn mehr.

Wessel informiert den Rektor über die Vorgänge. Dieser informiert den Vorsitzenden des Hochschulverbandes Tillmann, der sich beim Reichspräsidenten über die Eingriffe von Klages in die Hochschulautonomie beschwert. (Küchenthal 1973, Bd. I, S.13)

Der zeitliche Ablauf ist nicht ganz klar.

Im Anschluß an die Landtagssitzung konferiert die gesamte BEL-Fraktion (Roloff, Baumann, Löbecke, von Grone – DNVP; Brandes, Wessel, Oehlmann, Marquardt – DVP; Frede – Haus- und Grundbesitz; Schmidt, Vahldieck - Mittelstand) mit Küchenthal zum ersten Mal über die Einbürgerungsfrage. Küchenthal wendet sich nach eigener Aussage vehement gegen die Professur wie die Reichsratsbevollmächtigung. Die vier DVPlersprechen sich klar gegen die Professur aus. Über Roloffs Haltung gibt es widersprüchliche Aussagen. Laut Küchenthal taktiert er und will herausfinden, ob es eine Mehrheit für die Professur gibt, möchte aber vermeiden,

daß bei einem Stimmenpatt (5:5) seine Stimme den Ausschlag gibt. Umgekehrt steht er gegenüber den TH-Kollegen unter Druck, die den Professor Hitler ablehnen. Nach anderer Lesart ist er in der Sitzung ein vehementer Gegner der Absicht und würde deshalb sogar die Koalition platzen lassen.

Warum taktiert Roloff bzw. ist so heftig dagegen? Liegt der Widerstand nur an der mangelnden akademischen Qualifikation oder reflektiert Roloff selber auf die vakante Riekel-Stelle, weil diese höher dotiert ist als seine eigene, bzw. auf die Gehaltsspitze und das Prestige des Ordinariats? Die DVP taktiert nach der Intervention von Dingeldey, weil sie den Bruch der Koalition und Neuwahlen fürchtet, während die DNVP gradliniger agiert, da sie Neuwahlen weniger fürchten muß. Nach 1945 erinnern sich die Beteiligten kontrovers.

Küchenthal erläutert seine Bedenken: Die Ernennung wäre rein politischer Akt ohne laufbahnrechtliche Voraussetzung. Es gäbe keine sachliche Begründung für die Professur (*Roloff und Geiger decken die Denomination bereits ab!*). Falls es Bedarf gäbe, dann dürfe kein Parteipolitiker berufen werden. Würde Hitler berufen und sein Amt ausüben, gäbe es laufend Krawalle zwischen linken und rechten Studenten. Es gäbe den persönlichen Konflikt mit Hitler anlässlich des Rücktritts Franzens.

Es folgt eine kontroverse Diskussion – pro – und contra Professur. Wessel (*in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der TH*) ist gegen die Professur. Hitler als Stellvertretender Reichsratsbevollmächtigter kommt nicht in Frage (*deswegen das Gespräch Küchenthal – Boden!*) Die Debatte endet aber in dem grundsätzlichen Einverständnis, Hitler einbürgern zu wollen, da sonst die Koalition zerbricht und der Landtag aufgelöst wird. Bei Neuwahlen würde die BEL starke Verluste erleiden. Ein Beschluß wird noch nicht gefaßt. Als möglicher Ausweg wird die Besetzung einer anderen freien Beamtenstelle angesehen.

Laut Küchenthals „Erinnerungen“ sei der Ehrendoktor der TH, Wessel die entscheidende Person gewesen, der die Berufung Hitlers verhindert und in der Fraktionssitzung quasi die Position der TH vertreten hat.

1973 schreibt Küchenthal: „Dr. Roloff erklärte alsdann, die Verhandlungen hätten gezeigt, dass es sich hier ausschließlich um eine äußerst wichtige politische Entscheidung handle, von der unter Umständen das Verbleiben des Bürgertums im Landtage abhängig sei.“ (Bd. I, S. 14)

Wenn Roloff tatsächlich so argumentiert hat, dann muß allen Beteiligten spätestens jetzt die Tragweite der Entscheidung bewußt gewesen sein. Wenn die BEL zustimmt, öffnet sie Hitler das Tor auf dem Weg zur Macht, wenn sie sich verweigert, provoziert sie eine Eskalation, an deren Ende sie hinweggefegt werden könnte. Der Aufmarsch der 100.000 SA-Männer in Braunschweig war noch allen in Erinnerung!

Küchenthal erhält den Auftrag, der Fraktion bis zum 22.2. ein Verzeichnis der im Staatshaus halt freien Planstellen vorzulegen. Nicht der Minister, sondern die die BEL soll die Entschei-

ding fällen (so Küchenthal später). Laut Küchenthal (1945) verlangt Roloff, die Liste zuvor privat zu Hause vorgelegt zu bekommen.

Der Volksfreund befragt Rektor Schmitz, ob die TH von der Berufungsabsicht weiß.

Die Hochschule (Schmitz, Mühlenpfordt, Gassner) erklärt, daß auch die Umwidmung einer Professur ihre Angelegenheit ist.

In den Senatsakten findet sich nur ein einziger indirekter Hinweis am 23.3.1932, daß der Senat sich nachträglich mit der Berufung Hitlers befaßt hat. Offensichtlich sollte dies aus dem Protokoll nicht hervorgehen. Der Umstand macht deutlich, welche begrenzten Wert Quellen und gerade Protokolle haben, die auch immer aus politischen Überlegungen in ihren Formulierungen entstanden sind.

Ruben 2004, S. 39 weist daraufhin, daß sich auch Roloff um eine ordentliche Geschichtspröfessur beworben habe, die durch den vorzeitigen Ruhestand Riekels frei geworden sei. Zumindest die Formulierung ist unrichtig. Sie beruft sich dabei auf eine Äußerung in Küchenthals Erinnerungen! (?)

Die Affäre wird zunehmend zu einer öffentlichen Angelegenheit, die Hitler Spott einbringt. Hitler ist verärgert über Klagges, der die Sache dilettantisch eingefädelt und den Bogen gegenüber dem Koalitionspartner und der Hochschule überspannt hat.

Nachdem Goebbels von der Ablehnung der Ernennung erfahren hat, schickt er Hans Frank, Hitlers Rechtsberater, nach Braunschweig, der mit seinem Freund und Landtagspräsidenten Zörner, den beiden Ministern und Roloff im Landtag konferiert.

Woher die Freundschaft zwischen Frank und Zörner, die mehrfach in der Literatur genannt wird, herrührt, ist quellenmäßig nicht belegt. Frank war Jurist in München, Zörner Kaffee-Kaufmann in Braunschweig. Bei waren allerdings alte Parteimitglieder.

Nachdem Klagges gescheitert ist, wird von Goebbels via Frank Zörner ins Spiel gebracht, um auf einem anderen Kanal doch noch zum Erfolg zu kommen. Diese Entwicklung kann Klagges nicht gefallen haben. Vielleicht hat sich Zörner auch selbst angeboten, da er eine Chance auf innerparteiliche Profilierung gewittert hat.

Zörner ruft seinen Schwager Carl Heimbs an, um ihn als Vermittler ins Spiel zu bringen. Am Abend gegen 22.00 Uhr treffen sich Frank, Zörner und eine weitere Person (Alpers?) mit Heimbs im Parkhotel, Steinweg 22 (evtl. im Café Lück). (Foto des im Krieg zerstörten Gebäudes in Krause 2005, S. 85) Frank verspricht, Hitler werde sich für die braunschweigische Industrie einsetzen. Heimbs stimmt zu und will über Wessel auf die DVP einwirken. Carl Heimbs wird später als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal aussagen, daß noch eine zweite, ihm zuvor unbekannt Person an dem Treffen teilgenommen habe. (3 Nds. 92/1 Nr. 48470 Bd. 2) Ernst Heimbs sagt am 14.12.1933 im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen

Zörner u.a. aus, daß auch Alpers an dem Treffen teilgenommen hat (Nds. Staatsarchiv G2 Nds Fb 2 Nr. 823)

War die zweite Person tatsächlich Alpers? Den dürfte Heimbs aber gekannt haben. Seitdem wurde hinter den Kulissen agiert. Es ging darum, den Widerstand der DVP über die persönliche Verbindung Zörner - Heimbs - Wessel zu brechen. Zörner ist der Schwager von Heimbs, der mit seiner Schwester Helene verheiratet ist. Beide haben zudem von 1922 bis 1929 im selben Haus, Hohetorwall 7, gewohnt und auch diverse geschäftliche Verbindungen gepflegt. Es ist gut denkbar, daß Zörner seinen Schwager bereits vorher über die Absicht informiert hat, so daß Heimbs wußte, was auf ihn zukommt. Diese Vermutung wird durch die Erinnerung von Klagges (Klagges 1969, zitiert in Klein 2014) gestützt. Der Hinweis auf Alpers ist mysteriös. Warum sollte Zörner einen Vertrauten von Klagges einbezogen haben, wenn er doch hier seine Chance sah, die Gunst Hitlers zu gewinnen? Vielleicht hat Klagges die Teilnahme von Alpers verlangt, um im Spiel zu bleiben. Heimbs wird nach 1945 in diversen Zeugenaussagen und Stellungnahmen den Namen des vierten Teilnehmers der Runde verschweigen. Heimbs und Wessel sind nicht nur Parteifreunde in der DVP, sondern stehen auch über die IHK Braunschweig, die Kaufmännische Union und die Freimaurerloge miteinander in Verbindung.

Die Rolle Zörners bei der Einbürgerung Hitlers wurde später ein Thema in dem Parteigerichtsverfahren Klagges vs. Zörner u.a. Klagges versucht darin den wenig überzeugenden Eindruck zu erwecken, als hätte Zörner die Einbürgerung Hitlers hintertreiben wollen. Gegenüber Heimbs äußert sich Klagges abwertend. Vermutlich, weil er ihn zur Zörner-Fraktion rechnet. 1969 wird Klagges die Mitwirkung von Heimbs eher positiv bewerten. Vielleicht verschweigt Heimbs den Namen Alpers, um nicht mit Klagges in Verbindung gebracht zu werden.

Eine Quelle für das Treffen ist eine Ehrenerklärung von Heimbs für Brandes vom 28.2.1947. Darin führt jener aus, daß er der Einbürgerung Hitlers nur wegen dessen Weltkriegsteilnahme zugestimmt, ihn aber persönlich abgelehnt habe. Damit übernimmt Heimbs ein mehrfach wiederholtes Argument aus der Presse auf Seiten der Einbürgerungsbefürworter. Nach seiner Erinnerung sei der Vorgang im Vergleich zu den anderen Ereignissen „unbedeutend“ gewesen.

Rolof jun. schreibt dazu 1981: „...so zum Beispiel der bekannte Kaufmann Carl Heimbs, der eine wichtige Chargenrolle in der Tragikomödie um Hitlers Einbürgerung gespielt hat...“ (S. 21).

Weitere Quellen sind die Erklärung von Heimbs von 1961 an seine Mitarbeiter, die er am Erscheinungstag des Spiegel-Artikels verfaßt hat, und seine Zeugenaussagen im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal. Sie weichen zwar in Nuancen voneinander ab, bestätigen aber den Kern des Treffens.

Laut Küchenthal 1969, Bd. III, S. 186 soll Frank erst am 21. und 22. 2. in Braunschweig gewesen sein. Diese Datierung ist unglaubwürdig und ein Indiz, daß nicht alle Hinweise in Kü-

chenthals „Erinnerungen“ präzise sind. Küchenthal wird Heimbs 1961 entlasten. Er sei ein Nazi-Gegner gewesen und habe Hitlers Einbürgerung nur wegen dessen Weltkriegsteilnahme befürwortet. Diese Entlastung ist unglaubwürdig, da Küchenthal wohl kaum entgangen sein dürfte, daß dessen Sohn, Ernst Heimbs, im Mai 1933 in die NSDAP eingetreten ist.

Weil die ursprünglich favorisierte Professoren-Lösung auf harten Widerstand stößt, wird durch Entsendung von Abgesandten – Quatz, Frank, Göring - bzw. indirekt durch Goebbels, Hugenberg und Dingeldey Druck gegenüber den braunschweiger Parteifreunden aufgebaut. Bemerkenswert ist, daß die NSDAP in der DVP den eigentlichen Widerstand sieht, während die DNVP aus Rücksicht auf die Harzburger Front selber ein Motiv zur Kooperation hat. Deswegen dürfte der von Goebbels in Gang gesetzte Kanal Frank – Zörner – Heimbs – Wessel den eigentlichen Durchbruch bedeutet haben, war das Treffen im Parkhotel das Schlüsselergebnis, das erklärt, warum trotz der vielen Bedenken und Widerstände die Einbürgerung doch noch rechtzeitig zustande gekommen ist.

Bemerkenswert ist auch, daß die Einbürgerungsfrage bei allen drei Parteien (Hitler vs. Strasser, Klagges vs. Zörner, Roloff vs. Küchenthal und Heimbs vs Wessel?) unterschiedlich gelagerte Konflikte auslöst. Eine laufende Sondierung zwischen den Koalitionspartnern DNVP und DVP hat es offenbar nicht gegeben. Während die DNVP noch die Professoren-Variante verfolgt, orientiert sich die DVP schon Richtung Regierungsrat-Variante. Das Festhalten an der ersten Variante hätte wahrscheinlich zum Bruch der BEL geführt. Unklar bleibt, ob am Ende die übergeordneten Erwägungen in Berlin oder die lokalen in Braunschweig den Ausschlag gegeben haben. Wessel soll nach der Erinnerung Küchenthals der letzte gewesen sein, der unter den braunschweiger Verantwortlichen noch gegen die Einbürgerung Widerstand geleistet hat.

Die Frage bleibt, warum Wessel nicht für den Koalitionswechsel der DVP plädierte, um die Einbürgerung zumindest in Braunschweig zu verhindern. Eine weitere Frage lautet, warum die braunschweiger SPD nicht aktiv geworden ist und auf die DVP, die keine Rücksicht auf die „Harzburger Front“ nehmen mußte, zugegangen ist. Auch gibt es keine Hinweise, daß die berliner SPD-Zentrale auf die braunschweiger Genossen Einfluß genommen hat, obwohl doch Brüning den Kontakt mit der SPD gesucht hat. Immerhin wäre ohne die Stimmen der SPD-Wähler die Kandidatur Hindenburgs aussichtslos gewesen. Insofern hatte auch die SPD Verhandlungsmacht, die nicht genutzt worden ist.

Laut späterer Erinnerung von Brandes hat Heimbs ihn über sein Treffen mit Frank informiert. Heimbs gehörte damals zum Vorstand der Braunschweiger DVP. Er dementierte später im Leserbrief an den Spiegel vom 11.10.1961 diese Version. Vgl. dazu auch die schriftliche Erklärung von Heimbs vom 8.2.1947. Küchenthal dementierte später, an der Besprechung teilgenommen zu haben. War womöglich Küchenthal die ominöse vierte Person? Den dürfte Heimbs aber erst recht gekannt haben. Der Widerstand gegen die Einbürgerung bestand jedenfalls eher auf Seiten der DVP wegen eines möglichen Scheingeschäfts im Allgemeinen und wegen der Professur im Besonderen.

Indem Zörner den Kontakt zu Heimbs herstellte, wurde er zum wichtigen Akteur auf seiten der NSDAP in der Einbürgerungsfrage. Daß Klagges so das Heft des Handelns aus der Hand geben mußte, dürfte ihm kaum gefallen haben. Hier wird ein weiterer Grund für den Konflikt Klagges – Zörner gelegen haben (so auch Küchenthal 1973, Bd. II, S. 19). Diese Interpretation wird durch das Manuskript von Klagges (1970) gestützt.

Heimbs Verhältnis zum Nationalsozialismus wird kontrovers beurteilt. Er selber bezeichnet sich 1961 als Nazi-Gegner, der sogar mehrfach über Frank versucht haben will, mäßigend auf Hitler, gerade auch in der Judenfrage, einzuwirken. Dies wird ihm auch von Küchenthal 1973 (Bd. I) bescheinigt. Heimbs verschweigt allerdings, daß er am 24.3.1933 als „Märzgefallener“ in die NSDAP eingetreten, 1935 allerdings wieder ausgeschlossen worden ist. Auch soll er einen NS-Musterbetrieb geführt und bis kurz vor Kriegsende noch Rohkaffee bezogen haben, obwohl dieser bereits stark kontingentiert war. Vielleicht hat sich Hitler auch in dieser Hinsicht dankbar gezeigt. Diese Hinweise sind aber nicht belegt. Umgekehrt gibt es Hinweise, daß Heimbs ab 1935 keinen Rohkaffee aus Brasilien mehr beziehen durfte und 1939 mit Kriegsbeginn der Lagerbestand der Firma beschlagnahmt worden sei. (Bein 2015, S. 75) Die Quelle für die letztgenannte These ist allerdings eine Firmenschrift aus dem Jahre 1945 (Stammnitz 1954). Sicher ist allerdings, daß auch der Sohn Ernst Heimbs, der 1932 Gesellschafter der Firma wird, im Mai 1933 in die NSDAP eingetreten und nicht wieder ausgeschlossen worden ist. Die (opportunistischen) Parteimitgliedschaften von Vater und Sohn schließen die behauptete Nazi-gegnerschaft aus.

Bündnis von Stahlhelm und DNVP zur Reichspräsidentenwahl.

18.2.1932

Die Braunschweigische Landeszeitung positioniert sich mit dem Artikel „Die Methoden der Gegenseite“ als erstes braunschweiger Blatt pro Einbürgerung.

Sitzung des Ältestenrats des Braunschweigischen Landtags. Laut Protokoll schlägt Zörner den 1. und 2.3.1932 für die 2. Lesung des Haushalts vor. Der Vorschlag wird gegen die Stimmen der SPD beschlossen.

Zörner schlägt ferner vor, die erneute Sitzung des Haushaltsausschusses auf den 19.2.1933 vorzuverlegen. Gegen den Widerspruch der Linken wird die Terminierung des Ältestenrats vom 3.2.1932 revidiert und der Haushaltsausschuß aufgefordert, die Beratung des Haushalts sofort anzusetzen.

Das Manöver ist notwendig, weil die Ernennung Hitlers haushaltsrechtliche Konsequenzen hat, da die für ihn vorgesehen Regierungsratstelle bereits vom Haushaltsausschuß für das Haushaltsjahr 1932 gestrichen war. Die Linke wollte die Beschleunigung der beabsichtigten Korrektur der Beschlußlage verhindern und die Sitzung des Haushaltsausschusses erst nach dem ersten Wahlgang anzusetzen, um so die Ernennung Hitlers zu torpedieren.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Sievers (SPD) wird dessen Sitzung mit Stimmenmehrheit für den 20.2.1932 beschlossen. (Protokoll unter den Akten zum OPG-Verfahren gegen Zörner u.a. unter 62 Nds Fb2 Nr. 823)

Klagges fühlt sich nach eigener Aussage im OPG-Verfahren durch die Terminierung hintergangen, da die Einbürgerung Hitlers eine etatmäßige Konsequenz hat und die zweite Lesung zu spät angesetzt ist für die rechtzeitige Einbürgerung.

Die Wahlvorschläge zur Präsidentenwahl müssen, wie sich später herausstellt, wegen der Zehntagesfrist bis zum 3.3.1932 beim Wahlleiter eingegangen sein, weil der 1. Wahlgang auf den 13.3. gelegt wird. Für den 2. Wahlgang wäre mehr Zeit für die Einbürgerung geblieben. Tatsächlich bewilligt der Haushaltsausschuß des Landtags die für Hitler vorgesehene Planstelle am 24.2., genau einen Tag vor der Einbürgerung, und der Landtag, wie vom Ältestenrat festgesetzt, erst am 1.3., also nach der Einbürgerung. Klagges wird den Punkt später vor dem Parteigericht gegen Zörner vorbringen. Am 18.2. ist allerdings von der aus dem Landesetat gestrichenen Regierungsrat-Stelle noch keine Rede, sondern nur von der Professur, die ja vorhanden und nur unbesetzt ist. Die Mittel für die Regierungsrat-Stelle waren noch bis Ende März 1932 aus dem Haushalt für 1931 vorhanden und mußten, da die Stelle mittlerweile gestrichen war, erst ab April wieder in den Haushalt für 1932 eingestellt werden.

Aus dem Protokoll wird deutlich, daß Zörner bei der Terminplanung aktiv war, aber die Ausschußmitglieder von BEL und NSDAP seinen Vorschlägen zugestimmt haben. Die Terminfrage war relevant für die Einbürgerung Hitlers, da diese einerseits eine Konsequenz für den Haushalt hatte, andererseits die Frist für die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten (bis zum 3.3.1932) zu berücksichtigen war. Aus dem Vorgang versuchte Klagges später, Zörner den Vorwurf zu machen, die Einbürgerung hintertrieben zu haben. Dieser Vorwand war allerdings insofern unbegründet, da die Mittel erst ab 1.4. mit Beginn des Haushaltsjahrs neu zu bewilligen waren.

40. Sitzung des Landtags mit Fortsetzung der Haushaltsdebatte.

Der Thüringer Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Hermann Brill (SPD) ein. Die Vernehmung von Frick und Hitler wird auf den Tag nach dem 1. Wahlgang zum Reichspräsidenten gelegt.

Brill wollte mit dieser Terminierung den Ausgang des 2. Wahlgangs beeinflussen, indem Hitler durch seine Befragung blamiert wird.

Stahlhelm und DNVP nominieren Duesterberg zum Präsidentschaftskandidaten, der sich widerstrebend bereit erklärt.

Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht einen Artikel „Die Methoden der Gegenseite“. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Staatenlosigkeit Hitlers für die NSDAP schon lange ein Problem darstellt.

Dieser Artikel findet sich später am Anfang der Personalakte Hitler! Warum? Wer hat den Artikel in die Personalakte aufgenommen?

Brandes informiert Küchenthal, daß nur die Fraktion und nicht Küchenthal allein entscheiden könne. (so Küchenthal 1945)

Küchenthal wird von Frank über das Treffen mit Heimbs informiert. Heimbs habe zugestimmt, Dingeldey solle konsultiert werden.

Erneutes Gespräch Klagges-Küchenthal in der Einbürgerungsfrage. Klagges drängt, Küchenthal verweist auf die Sitzung der BEL am 22.2.

Laut „Erklärung“ (vom 28.9.1961) informiert Heimbs den DVP-Geschäftsführer Brettschneider von seinem Treffen mit Frank und Zörner. Dieser setzt sich mit Brandes in Verbindung. Anschließend wird der DVP-Vorsitzende Dingeldey (Berlin) per Telegramm konsultiert, der postwendend per Telegramm sein Einverständnis zur Einbürgerung erklärt. Heimbs informiert anschließend Zörner über die Zustimmung der DVP. An den weiteren Verhandlungen nimmt Heimbs nicht mehr teil.

Wenn diese Version über den Ablauf der Verhandlungen stimmt, dann haben Zörner und Klagges parallel agiert. Klagges verhandelt mit der DNVP, Zörner via Heimbs mit der DVP. Zörner scheint demnach den eigentlichen Durchbruch erzielt zu haben, weil der Widerstand auf Seiten der DVP größer war als bei der DNVP.

Wer genau wann mit wem gesprochen oder nur aus zweiter Hand berichtet hat, ist nicht mehr genau zu rekonstruieren, da die Quellen zum Ablauf auf Aussagen beruhen, die 15-20 Jahre später gemacht wurden.

19.2.1932

Ministerialrat Kiesel erstellt ein Gutachten für Klagges unter Berufung auf das Gutachten von Ministerialrat Dr. ing h.c. Albrecht. Dieser hatte Klagges berichtet daß, daß eine Planstelle (A 1 b = ordentliche Professur) frei ist. Es gibt keine rechtlichen Bedenken, darauf einen a.o Prof. (A 2 b) zu berufen.

Offenbar hat Albrecht Klagges bereits spätestens am 15.2. informiert, sodaß Klagges ihn mit der Ausfertigung der Ernennungsurkunde beauftragen konnte. Das Gutachten von Kiesel sollte nur die Problematik der mit der Berufung verbundenen Einbürgerung klären. Daß es am 19.2. für die Professorenlösung zu spät kommt, hat Kiesel nicht gewußt. Für die Einbürgerung über die Regierungsratvariante war es dennoch nützlich. Demnach hat es doch nur ein Gutachten von Kiesel gegeben.

Kiesel führt ferner aus, daß mit der Verbeamtung die deutsche Staatsbürgerschaft erworben wird. Dies gelte auch für einen Staatenlosen. Der Name Hitler wird in dem Gutachten nicht

erwähnt. „Hiernach unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß bei der Verleihung des Staatsamtes eines planmäßigen außerordentlichen Professors an der Technischen Hochschule mit einem Angehörigen eines nichtbraunschweigischen Staates die braunschweigische Staatsangehörigkeit nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1919 ... erworben wird.

Die Anstellung im Staatsdienste gilt nach dem § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes für einen Ausländer als 'Einbürgerung'. Der § 14 a.a.O. gilt ausdrücklich auch für Ausländer. ... Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz versteht unter 'Ausländern' alle Personen, die nicht Deutsche (Angehörige eines deutschen Staates oder unmittelbare Reichsangehörige) sind.... Unter Ausländer fallen auch Personen, die keinem Staate angehören, sei es, daß sie eine früher besessene Staatsangehörigkeit ohne Erwerb einer neuen verloren haben, sei es, daß sie bereits mit der Geburt staatenlos gewesen sind.... Hiernach findet der § 14 des Reichsgesetzes vom 22. Juli 1913 auch auf staatenlose Personen Anwendung.“

Kiesel beruft sich dabei auf Schötzel 1928, Cahn und den Gesetzeskommentar von Keller/Trautmann 1914 (Bundesarchiv NS 26/5).

Die Frage, ob der Paragraph nur für Ausländer oder auch für Staatenlose gilt, war ein Problem, das in dem Gutachten, gestützt auf den Kommentar von Keller/Trautmann, im Sinne Hitlers entschieden wurde. Soweit kann man Kiesel folgen. Kiesel unterschlägt allerdings, daß Hitler wesentliche, in dem Kommentar geforderte Bedingungen nicht erfüllte – so den „unbescholtenen Lebenswandel“, daß er sich nicht in Braunschweig, sondern in München (1. Wohnsitz) niedergelassen hat. Hätte Kiesel den Kommentar nicht nur selektiv, sondern vollständig herangezogen, hätte er zu einem abschlägigen Gutachten für Klagges kommen müssen. Daß er dennoch positiv begutachtet, zeigt, daß er nur politisch, nicht aber juristisch argumentiert.

Hitler hat später eindeutig den Tatbestand der Scheinernennung erfüllt (Gutachten Kaisenberg und Jellinek), da er als braunschweigischer Beamter nicht tätig geworden ist, und hätte laut Keller/Trautmann auch nicht eingebürgert werden dürfen, da er wegen des Putschversuchs rechtskräftig verurteilt war.

Küchenthal (1961) bestreitet, daß Kiesel das Gutachten erst am 19.2. verfaßt hat und behauptet, daß es spätestens am 15.2. in der Frühe verfaßt worden sein muß, bevor Klagges ihm die Urkunde zur Gegenzeichnung vorgelegt hat (ebd. S. 7). Vielleicht verwechselt Küchenthal aber die Gutachten von Wanstrat (vom 15.2.?) und Kiesel.

Kiesel wird sich in seinem Entnazifizierungsverfahren 1946/47 unklar äußern. Das positive Gutachten für Klagges verschweigt er und betont stattdessen, gegenüber Küchenthal politische und formale Bedenken geäußert zu haben. (4 Nds Nr. 152)

Klagges bestellt (vermutlich an diesem Tag) Roloff, die Parteivorsitzenden Baumann und Brandes sowie Wessel (oder Marquardt) zu sich, um diese über seine Absicht, Hitler berufen

zu wollen, zu informieren. Er stößt damit erneut auf Widerstand. Küchenthal werde die Urkunde nicht gegenzeichnen. (Roloff 1961, S. 93)

Wenn Roloff jun. sich nicht im Datum irrt, dann hat Klagges noch einen zweiten Anlauf in Sachen Professur gemacht. Vielleicht ging es jetzt auch darum, die Initiative von Zörner zu unterlaufen.

Der DNVP-Reichstagsabgeordnete und enge Vertraute von Hugenberg, Reinhold Quaatz, fährt im Auftrag von Hugenberg nach Braunschweig, um seinen Parteifreunden deutlich zu machen, daß die aus der Koalitionspartnerschaft erwachsene Pflicht zu erfüllen sei, die Einbürgerung zu regeln. Er wird mittags von Küchenthal am Bahnhof abgeholt. Laut Tagebuch Quaatz informiert Küchenthal ihn auf dem Weg zur Vorstandssitzung über die Lage. „Küchenthal will Hitlers Ernennung zum Professor mitmachen trotz Gefahr für die Koalition und seine Stellung. Ich billige das. Bundesvorstand ebenso.“ (Quaatz 1989, S. 180)

Küchenthal wird 1961 vehement bestreiten, an einer Besprechung mit Quaatz (und Frank) teilgenommen zu haben. Er habe beide gar nicht gekannt.

Quaatz nimmt an einer Sitzung des braunschweiger DNVP-Parteivorstandes teil. Der Vorstand, bestehend aus 9 Mitgliedern, stimmt mehrheitlich für die Einbürgerung. Baumann, Roloff und Küchenthal erhalten die Vollmacht zu weiterem Vorgehen.

Nach anderer Quelle hat das Treffen bereits am 17.2. stattgefunden. Der Eintrag im Tagebuch Quaatz ist in mehrfacher Hinsicht bedeutend. Hugenberg träumt offenbar immer noch von der „Harzburger Front“. Offenbar hält er jetzt den Moment für gekommen, daß die Berliner Parteizentrale sich einmischt und Druck auf die Braunschweiger Parteifreunde ausübt. Der Hinweis, daß Küchenthal trotz Bedenken die Einbürgerung Hitlers qua Professur mitmachen will, widerspricht dessen späteren umfänglichen Auslassungen, in denen er sich geradezu rühmt, genau dieses durch die Verweigerung seiner Unterschrift verhindert zu haben. Vielleicht ging es ihm im Kern aber nur darum, die Verantwortung für die Einbürgerung zu vermeiden. Auf jeden Fall tut sich hier an entscheidender Stelle ein Widerspruch zwischen Quaatz und Küchenthal auf, der viele „Erinnerungen“ von Küchenthal in eigener Sache in zweifelhaftem Licht erscheinen läßt. Immerhin war die Frage der Verantwortlichkeit für die Einbürgerung der entscheidende Punkt in den Entnazifizierungsverfahren. Deutlich wird auch die mögliche Bruchstelle in der Koalition, die nicht zwischen BEL und NSDAP, sondern innerhalb der BEL zwischen DVP und DNVP lag. Selbst das Risiko, daß die BEL auseinanderfliegt, die Koalition keine Mehrheit mehr hat und Küchenthal sein Amt verliert, war er demnach bereit einzugehen. Dies widerspricht allerdings der Vorsicht, die Küchenthal ansonsten bei allen seinen Handlungen an den Tag gelegt hat. Deutlich wird auch, daß DVP und DNVP mittlerweile getrennt marschieren. Die DVP (Wessel) will auf jeden Fall den Professor Hitler verhindern und sucht nach einer Alternative. Die NSDAP wendet sich via Frank/Zörner an die DVP, weil sie hier zu Recht den entscheidenden Widerstand vermutet. Deshalb wird die Regierungsrat-Variante ventiliert, während die DNVP immer noch die Professoren-Variante ver-

folgt. Auch Roloff scheint ein doppeltes Spiel zu spielen. Als Politiker trägt er die Professoren-Lösung mit, als Hochschullehrer gibt er sich zumindest den Anschein, dagegen zu sein.

Klagges spricht auf einer Kundgebung in der Kölner Messehalle über die Einbürgerung Hitlers. Die NSDAP in Braunschweig würde alles in ihrer Macht stehende unternehmen, um Hitler einzubürgern. (Braunschweigische Landeszeitung vom 21.2.1932)

Nach mehreren Tagen des Schweigens notiert Goebbels erst jetzt wieder: „Beim Führer im Kaiserhof. Ich sprach mit ihm lange unter vier Augen. Die Entscheidung ist gefallen“. (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 129; Goebbels 1934, S. 48)

Ein Grund könnte die Kandidatur Duesterbergs gewesen sein, die Hindenburg Stimmen kosten wird und, wie von Hitler kalkuliert, seine Chancen erhöht. Was Hitler offenbar noch nicht weiß, ist, daß die Frage der Einbürgerung in Braunschweig immer noch in der Schwebe ist. Auf jeden Fall erweckt Goebbels mit seinen Tagebucheinträgen, daß er der entscheidende Berater war, der Hitler zur Kandidatur gedrängt bzw. überredet hat.

20.2.1932

Laut einem Leitartikel der Wolfenbütteler Zeitung stößt die Berufung Hitlers auf den Widerstand der Universität (Rektor Otto Schmitz) und des bürgerlichen Koalitionspartners, insbesondere Roloffs, wegen der mangelnden akademischen Vorbildung und der Befürchtung, daß eine Berufung Hitlers Unruhe in die Hochschule bringen würde (= offizielle Begründung).

Die Wolfenbütteler Zeitung zitiert aus dem Bericht eines Reporters der Süddeutschen Sonntagspost (München), der zwei TH-Professoren interviewt hat, die namentlich nicht genannt werden möchten. „Wer kann es sich heute noch leisten, durch ein unbedachtes Wort seine Existenz zu verlieren? Wir Dozenten haben gezeigt, auf wessen Seite man uns zu suchen hat. Der gesamte Senat der Technischen Hochschule hat sich einstimmig für Hindenburgs Kandidatur erklärt. Der künftige Kollege Hitler – falls es überhaupt dazu kommen sollte – wird auf unsere Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl verzichten müssen. Wir glauben auch nicht, dass man sich tatsächlich mit dem Gedanken getragen hat, seine Ernennung vorzunehmen. Was sollen wir mit Hitler anfangen? Wir können hier nur gelernte Arbeiter gebrauchen. Aber wir glauben nicht an die Ernennung. Es ist auch nichts mitgeteilt worden. Als vom Rektorat auf die Meldung hin beim Minister angerufen wurde, ist jede Auskunft verweigert worden. Was sind das aber für Zustände, dass nicht einmal der Rektor einer Hochschule wenigstens informiert wird, wenn ein vakanter Lehrposten besetzt werden soll?“ (zitiert nach Morsey 1960, S. 432)

Die Formulierung „der künftige Kollege Hitler“ ist ein Hinweis, daß die „Hitler-Professur“ unter den Kollegen der TH intensiv diskutiert wurde. Viel mehr authentische Aussagen über die Reaktion der Hochschule gibt es nicht. Die Angst ging bereits um, weil die Konsequenzen des Ansinnens trotz aller Empörung zu spüren sind. Rektor Schmitz hatte unter Umgehung von

Klagges mit Küchenthal telephonierte, um Auskunft zu bekommen, war aber abgewiesen worden. Immerhin will Küchenthal versichert haben, eine Berufung Hitlers verhindern zu wollen. Letzteres widerspricht aber dem Tenor des Interviews.

Da die Wolfenbütteler Zeitung Wessel gehört, lesen wir hier seine Ablehnung gegenüber der Absicht, Hitler zum Professor zu machen.

Beginn der Beratungen des Haushalts für das Jahr 1932 im Haushaltsausschuß über 12 Sitzungen bis zum 27.2.1932. Die Mitglieder des Ausschusses sind Sievers (SPD und Vorsitz), Bertram (NSDAP), Frede (BEL), Öhlmann (BEL), Rieke (SPD), Roloff (BEL), Schmidt (NSDAP) Steinbrecher (SPD), Wessel (BEL). U.a. wird beschlossen, die Aufwandsentschädigung für die Mitarbeiter der Braunschweigischen Gesandtschaft um 6000 RM zu kürzen. Die Regierung beantragt, im Haushalt der TH die Zahl der a.o. Professuren von 13 auf 14 zu erhöhen und nicht, wie im Plan vorgesehen, auf 12 zu verringern.

Für wen ist diese zusätzliche Professur vorgesehen? Doch noch für Hitler? Dies würde den Tagebucheintrag von Quatz bestätigen und wäre auch eine Bestätigung der Annahme, das Roloff ein doppeltes Spiel gespielt hat.

Küchenthal schlägt vor, Hitler zum Kommissarischen Bürgermeister in Stadtoldendorf zu machen. Der Plan scheitert am Widerstand der Landtagsparteien.

Laut persönlicher Mitteilung des Sohns Hans-Georg Küchenthal (vom 30. 12. 2013) soll Küchenthal diesen Vorschlag ins Spiel gebracht haben in der Annahme bzw. Hoffnung, daß Hitler diese Variante ablehnen werde.

Laut Brandes soll es ein Schreiben von Roloff an Brandes geben - in der Nachkriegsakte Brandes im Stadtarchiv Braunschweig ist das verzeichnete Schreiben verschwunden – (Zufall?), in dem Roloff die Details der Regierungsrat-Lösung darlegt.

21.2.1932

Der Volksfreund veröffentlicht eine Karikatur über Hitlers „Antrittsvorlesung“.

Der Vorstand der Braunschweiger DVP übernimmt die Empfehlung von Heimbs in der Einbürgerungsfrage.

So die Erinnerung von Brandes 1947. Laut Roloff 1961 und Küchenthal 1973 erfolgte die Zustimmung der DVP erst am 22.2.

Der DVP-Parteivorsitzende Dingeldey gibt telegraphisch aus Berlin seine Zustimmung, nachdem er (laut Küchenthal) mit Kaisenberg konferiert hat.

Also wußte Kaisenberg (und damit Groener bzw. Brüning) bereits, daß sein Gutachten die Braunschweiger nicht abschreckt, der Kandidatur Hitlers den Weg zu bereiten. Brüning hatte

sich mittlerweile offenbar mit dessen Kandidatur abgefunden. Vielleicht fürchtete er auch den Aufstand der SA, wenn die Kandidatur Hitlers aus juristischen Gründen abgelehnt wird bzw. hoffte auf die politische Wirkung einer Niederlage Hitlers.

Goebbels notiert: „Das ewige Warten wirkt fast zermürend.“ (Goebbels 1934, S. 49)

Zweifelt er, daß Hitler sich entscheidet? Oder zweifelt er, daß die Braunschweiger zustimmen?

21.2.1932

Der Parteausschuß der SPD erteilt dem Parteivorstand einstimmig die Vollmacht, die endgültige Entscheidung zur Reichspräsidentenwahl von sich aus zu fällen. (Winkler 1998, S. 512)

22.2.1932

Küchenthal berichtet laut einer nachträglichen Mitteilung von Heimbs, daß es ein Treffen zwischen Frank, Zörner, Heimbs, Brandes, Wessel, Roloff und Baumann in Braunschweig gegeben hat, in dem Frank nochmals dringend den Wunsch vorgetragen hat, Hitler bei seinem Wunsch zur Einbürgerung zu unterstützen (Küchenthal, Erinnerungen Bd. III, S. 264).

Entweder irrt Küchenthal im Datum und meint das Treffen vom 20.2. oder Frank wäre nochmals nach Braunschweig gekommen. Ein zweites Treffen mit erweiterter Teilnahme wird allerdings von keinem der Beteiligten bestätigt. Es wären demnach jedenfalls weder Klagges noch Küchenthal hinzugezogen worden. Wenn der Hinweis stimmt, dann wäre bei diesem Treffen das Ergebnis der anschließenden Fraktionssitzung vorbesprochen worden. Küchenthal ist an dieser Stelle eher unglaubwürdig, zumal es ihm wieder darum geht zu belegen, daß er an den entscheidenden Besprechungen nicht teilgenommen hat.

Küchenthal berät mit den Ministerialräten Kiesel und Lehmann die Einbürgerungsproblematik.

So die Aussage von Kiesel am 16.1.1947 vor dem Entnazifizierungsausschuß. Damit muß Küchenthal die rechtliche Problematik (Scheinernennung Hitlers) vor der Fraktionssitzung klar gewesen sein. Am 15.5.1947 wird Kiesel in einem Schreiben erklären, gegenüber Küchenthal politische und formale Bedenken geäußert zu haben. (4 Nds, Nr. 152)

Entscheidende Fraktionssitzung der BEL, auf der die Einbürgerungsfrage erneut verhandelt wird. Auf der Liste, die Küchenthal vorlegt, sind nur untergeordnete Beamtenstellen verzeichnet. Roloff fragt nach der Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt (*aha!*). Küchenthal erwidert, daß diese gerade durch den Haushaltsplan für 1932 gestrichen sei. Die Stelle gehört zum Ressort von Küchenthal.

Küchenthal geht offenbar immer noch von der Professoren-Variante aus.

So bleibt nur die Alternative Professur (Ressort Klagges) oder die Rücknahme der Streichung der Regierungsratsstelle (Ressort Küchenthal). Küchenthal wird beauftragt, über den Haushaltsausschuß die Mittel für die gestrichene Stelle für das Haushaltsjahr 1932 (ab 1.4.) wieder anzufordern. Bis zum 31.3. 1932 sind die Mittel noch vorhanden, da das Haushaltsjahr 1931 erst zu diesem Datum endet.

Dieser Umstand ist insofern bedeutsam, weil jetzt der Landtag ins Spiel kommt. Hätte es sich nur um die Wiederbesetzung einer freien Stelle in einer Behörde gehandelt, die zum Ressort von Küchenthal gehörte, hätte dies Küchenthal mit Gegenzeichnung von Klagges ohne Einbeziehung des Landtags tun können. So wollte Klagges umgekehrt mit der Besetzung der freien Professur an der TH verfahren, nur daß Küchenthal die Gegenzeichnung verweigerte. Da die Stelle aber bereits aus dem Haushalt herausgenommen worden war, mußte der Landtag die Wiedereinrichtung beschließen. Vileleicht hat Küchenthal sogar deshalb zunächst die Streichung der Stelle veranlaßt, weil so der Landtag ins Spiel kommen mußte (?) Hinter der haushaltsrechtlichen Problematik verbirgt sich die wesentliche, womöglich sogar entscheidende, Frage nach der politischen Verantwortung. War Küchenthal verantwortlich, der die Ernennungsurkunde unterzeichnet bzw. Klagges, der sie gegenzeichnet, oder die Mehrheit des Landtags, die den Beschluß zur Wiedereinsetzung der Stelle in den Haushalt gefaßt hat? Küchenthal hätte immerhin seinen Rücktritt anbieten können, wenn er die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Oder sind die Köpfe der BEL-Fraktion (Roloff und Wessel) die politisch Verantwortlichen? An dieser Frage sollte sich nach 1945 anläßlich der Entnazifizierungsverfahren der Konflikt entzünden.

Den Beteiligten ist klar, daß Hitler die Stelle eines Regierungsrats bei einer braunschweigischen Landwirtschaftsbehörde nicht wirklich ausüben kann bzw. will. Deshalb lautet der erste Kompromiß zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Hitler als Regierungsrat zur Gesandtschaft abzuordnen, weil in der Presse bereits über den Reichsratsbevollmächtigten Hitler spekuliert wird. Küchenthal wendet ein, daß das SPDgeführte Anhalt in diesem Fall die gemeinsame Gesandtschaft aufkündigen wird, daß er im Reichsrat unter Druck geraten wird, daß das Reichsinnenministerium den Polizeikostenzuschuß für Braunschweig streichen könne und daß Anhalt den Finanzierungsbeitrag für die Gesandtschaft streichen könne. Deshalb lautet der modifizierte Kompromiß, Hitler nur mit Wirtschaftsfragen aber nicht mit dem Amt des Stellvertretenden Reichsratsbevollmächtigten zu beauftragen. Wessel stellt folgenden Antrag: „Die Fraktion ersucht ihren Minister, die Einbürgerung Hitlers durch seine Ernennung zum Regierungsrat beim Kultur- und Vermessungsamt bei ausschließlicher Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen, die das Land Braunschweig angehen, bei der Gesandtschaft in Berlin zu fördern, falls Hitler dieses Amt genehm sei und die absolute Gewähr bestehe, das er dieses Amt auch wahrzunehmen ernstesten Willens sei und daher ein Scheingeschäft nicht in Frage komme, also ausgeschlossen sei.“ (zit. nach Küchenthal 1973, Bd. I, S. 18).

Wessel soll diese Idee (laut Roloff 1961, S. 21) nach dem Gespräch mit Heimbs entwickelt haben. Wessel weiß als Mitglied des Haushaltsausschusses (wie Roloff) jedenfalls, daß die Stelle unter seiner Mitwirkung gerade gestrichen wurde.

Die Idee, Hitler ausschließlich mit Fragen der Wirtschaftsförderung zu beauftragen, dürfte für Hitler auch deshalb akzeptabel gewesen sein, weil so ein Weg gefunden wurde, sein Dilemma aufzulösen. Die vage Dienstbeschreibung, die offen läßt, ob Hitler einen regelrechten Arbeitsplatz in der Gesandtschaft hat oder anderswo tätig ist, läßt offen, worin denn seine konkrete Tätigkeit als Regierungsrat im Falle der Wahlniederlage gegen Hindenburg besteht, sodaß die Scheinernennung weniger offensichtlich wird. Das setzte aber voraus, daß alle Beteiligten mitspielen. Es sollte sich allerdings herausstellen, daß nicht nur die Opposition immer wieder nachfragte, sondern auch Boden, Küchenthal und die Braunschweigische Rechnungskammer anfänglich doch von einer irgendwie gearteten regelrechten Tätigkeit ausgegangen sind, sodaß sich die Scheinernennung immer wieder offenbarte.

Wessel argumentiert, daß eine Wirtschaftsförderung durch Hitler im Interesse der braunschweiger Wirtschaft sei. Die BEL beschließt den Antrag Wessel einstimmig und beauftragt Küchenthal, seine Bedenken in Berlin zu klären und den Beschluß mit seinen Bedingungen Klagges mitzuteilen. Dabei soll auch geklärt werden, ob Hitler mit der Lösung zufrieden ist und ob er das Amt auch wirklich ausüben werde. Im Falle eines Mißtrauensantrags der SPD im Landtag soll die Regierung von der Fraktion gedeckt werden.

Küchenthal hat nach eigener Aussage (Küchenthal 1969, Bd. II, S. 7) auch persönliche Bedenken bezüglich seiner Beurlaubung aus dem Reichsfinanzdienst, zu deren Klärung er Rücksprache in Berlin nehmen will. 1973 wird er erklären, daß er, wenn das Reichsfinanzministerium Bedenken gehabt hätte, sofort gegenüber Landtagspräsident Zörner seinen Rücktritt erklärt hätte. Ob diese nachträgliche Behauptung stimmt, ist durch eine weitere zeitgenössische Quelle nicht zu belegen. Ein Rücktritt Küchenthals hätte, wenn die BEL nicht einen neuen zweiten Minister hätte durchsetzen können, die Konsequenz einer Einministerregierung durch Klagges haben können. Laut Küchenthal 1973 war die Einministerverordnung vom 3.9.1931 immer noch in Kraft.

Wer letztlich die Lösung vorgeschlagen hat – Wessel, Brandes, Heimbs, Roloff oder gar Zörner – ist unter den Beteiligten umstritten und aus den Quellen nicht eindeutig zu belegen. Jedenfalls spielen im Hintergrund neben der offiziellen Begründung, daß Hitler der krisengeschüttelten Braunschweiger Industrie Aufträge beschaffen soll, diverse Argumente eine Rolle. Sie werden später von wichtigen Akteuren auf bürgerlicher Seite – Roloff, Brandes, Küchenthal, Heimbs – vorgetragen: Hitlers Weltkriegsteilnahme rechtfertige die Einbürgerung. Wenn die Einbürgerung verweigert wird, zerbricht die Koalition, und die NSDAP wird durch Neuwahlen noch weiter gestärkt. Besser Hitler eine Wahlniederlage gegen Hindenburg erleiden zu lassen, als ihn durch die Verweigerung der Einbürgerung zum Märtyrer zu machen. Die NSDAP muß in die Verantwortung eingebunden und so gezähmt werden. Für die spätere Entwicklung sei die Einbürgerung bedeutungslos gewesen. Hitler solle durch die Verlagerung

an die Gesandtschaft von Braunschweig ferngehalten werden u.a. Warum spielt das Kaiserberg-Gutachten in den Braunschweiger Verhandlungen keine Rolle, obwohl es längst bekannt war? Gab es bereits das Signal aus Berlin, daß diese Karte nicht mehr gespielt werden wird? Laut Küchenthal 1969, Bd. III, S. 214 habe Wessel den Antrag gestellt, um die Variante Professur zu verhindern, die bei der Ablehnung der Regierungsrat-Variante eine Mehrheit in der Fraktion von 6:5 (4 DNVP + 2 Mittelstand gegen 4 DVP + 1 Grundbesitz) gefunden hätte. Wenn die Behauptung stimmt, dann hätte auch Roloff für den Professor Hitler gestimmt.

Allen Beteiligten muß damals auch im Lichte ihrer Äußerungen nach 1945 die Bedeutung und Tragweite des Vorgangs bewußt gewesen sein, zumal die NS-Seite diese besonders herausstellt. Auch daß es sich trotz aller Bemühungen um einen legalen Anstrich um ein „Scheingeschäft“ gehandelt hat, muß allen klar gewesen sein. Deshalb die Sorge, ob Hitler das Amt auch wirklich ausüben wird. Mit der Verlagerung an die Gesandtschaft und der vagen Formulierung „Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen“ war man Hitler weitestmöglich entgegengekommen. Die Einbürgerung via Professur war offenbar nur für einen Teil des bürgerlichen Lagers (DVP – Wessel mit seiner TH-Verbundenheit) unakzeptabel. Die Professorenlösung wäre haushaltstechnisch einfacher gewesen, da die Stelle vorhanden war und nicht durch Beschlüsse von Haushaltsausschuß und Landtag erst wieder in den Haushalt eingestellt werden mußte. Interessant ist, ob Küchenthal sich auch einem Mehrheitsbeschluß der Fraktion für die Professorenvariante gebeugt hätte und die von Klagges vorgelegte Ernennungsurkunde beim zweiten Anlauf doch gegengezeichnet hätte. Dies behauptet zumindest Quatz in seinem Tagebuch.

Küchenthals persönlich motiviertes Bedenken war, daß er, da vom Reichsfinanzministerium beurlaubt, seine Rückfallposition verliert. Außerdem fürchtete er als Finanzminister, daß die Reichsregierung finanzielle Sanktionen gegenüber Braunschweig verhängt. Er will sich in Berlin bei diversen Dienststellen (Boden, Finanzministerium, Reichsrat, Innenministerium) rückversichern. Einen Rücktritt oder die Androhung des Rücktritts, um seine Unterschrift zu vermeiden, erwog Küchenthal offenbar nur aus persönlichen, nicht aber aus politischen Gründen. Dies wird ihm von Brandes nach 1945 zum Vorwurf gemacht. Die Frage der Unterschrift ist jedenfalls im juristischen Sinne ein entscheidender Punkt für die Verantwortlichkeit. Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß das Landeskultur- und Vermessungsamt zu Küchenthals Ressort gehörte und er insofern Dienstvorgesetzter von Hitler werden würde. Bei der Professorenlösung wäre Klagges pikanterweise der Dienstvorgesetzte von Hitler gewesen.

Küchenthal informiert Klagges umgehend, daß die BEL mit der Einbürgerung einverstanden ist. Klagges bestätigt die Einigung mit Schreiben an Küchenthal und kündigt an, die Einigung Hitler am nächsten Tage mitzuteilen. (Der Brief ist in Abschrift abgedruckt in Küchenthal 1969, Bd. III, S. 145-146; eine Kopie des Originals befindet sich im Archiv Menzel)

Also ist die Regierungsrat-Lösung zuletzt von der BEL forciert worde. Der Umstand deutet darauf hin, daß der Druck zur Einbürgerung bereits so stark war, daß die Ablehnung der Professoren-Lösung mit einem Alternativangebot kompensiert werden mußte. Er jetzt konnte

Hitler halbwegs sicher sein, weil Klagges ihn vermutlich sofort telephonisch informiert hat. Dies erklärt, wieso er erst jetzt Goebbels freie Hand gab, seine Kandidatur noch am selben Abend bekannt zu geben. Damit war der point of no return überschritten, auch für Kuchenthal die Sache gelaufen. Der Brief von Brandes am 23.2. kam auf jeden Fall zu spät.

Goebbels notiert: „Zum Schluß noch einmal die Frage des Präsidentschaftskandidaten durchgesprochen. Hauptsache ist, daß jetzt das Schweigen gebrochen wird. Der Führer gibt mir die Erlaubnis, am Abend im Sportpalast vorzuprellen. Gott sei Dank!“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 130; Goebbels 1934, S. 49-50)

Man merkt Goebbels die Erleichterung an. Ist er erleichtert, weil er an Hitler zu zweifeln begann? Oder weil das Schweigen sein Wahlkampfkonzept beeinträchtigt? Der Vorgang macht deutlich, daß Hitler solange gezögert hat, bis die aus seiner persönlichen Sicht entscheidende Einbürgerungsfrage geklärt war, selbst wenn er damit dem Wahlkampfleiter Goebbels täglich wachsende organisatorische Schwierigkeiten bereitete. Die Klärung und Erleichterung brachte Hitler erst der Anruf von Klagges. Der drängende Goebbels war eher an der politischen und organisatorischen Seite der Angelegenheit interessiert, hat vielleicht den tieferen Grund für Hitlers Zögern gar nicht erkannt. Der Wahlkampf verlangte einen zeitlichen Vorlauf (Entwurf und Druck von Hitler-Plakaten, Reservierung von Hallen etc.), der nicht zu ignorieren war. Je länger Hitler zögerte, desto mehr zweifelten seine Anhänger, was wiederum seine Wahlchancen reduzierte. Je mehr die Chancen beeinträchtigt wurden, desto riskanter wurde die Kandidatur. Insofern befand sich Hitler in einem Dilemma, das von Tag zu Tag größer wurde.

Goebbels gibt abends auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast die geplante Kandidatur Hitlers bekannt, ohne auf die noch fehlende Staatsbürgerschaft einzugehen. „Ich bin in der glücklichen Lage, mitzuteilen, daß Adolf Hitler als Kandidat der Nationalsozialistischen Partei aufgestellt werden wird...“ (SAZ vom 24.4.2.1932, S. 1) Er löst damit einen zehnmütigen Jubel fanatisierter Anhänger aus. Die Rede ist der Auftakt zu Hitlers Wahlkampf.

Mit der öffentlichen Ankündigung der Kandidatur Hitlers sind die Verhandlungen innerhalb der Harzburger Front, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, auch nach außen gescheitert. Es spricht alles dafür, daß Hitler nie ernsthaft daran interessiert war, es sei denn, er selber wäre der Sammelkandidat gewesen.

Goebbels war bis zum Schluß die treibende Kraft in der Kandidatenfrage, während Hitler zögerte. Wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft? Selbst wenn die Verbeamtung, wie sich im Laufe des 22.2. herausstellte, zu haben war, bleiben weitere Gründe zu zögern. Wegen des Risikos, daß die anschließend zu regelnde Einbürgerung nicht rechtzeitig vor Ablauf der Nominierungsfrist geklärt wird? Wegen des Risikos, daß die Einbürgerung und damit die Kandidatur wegen des Scheingeschäfts, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, angefochten wird? Wegen der möglichen Niederlage gegen Hindenburg? Weil er gar nicht Präsident werden will? Weil er das Amt des Regierungsrats ausüben muß, wenn er die Wahl verliert? Dazu gibt es keine persönlichen Aussagen von Hitler. Jedenfalls entstand durch die öffentliche Prokla-

mation der Kandidatur Hitlers, bevor die Einbürgerung auch verwaltungstechnisch umgesetzt ist, ein zusätzlicher Handlungsdruck auf die Braunschweiger. Die Blamage würde noch größer, wenn die Einbürgerung jetzt noch scheitern würde.

Einschränkend ist allerdings festzuhalten, daß Goebbels in seiner Ankündigung das Futur („werden wird“) verwendet. Also gab es bei ihm immer noch einen Rest von Unsicherheit. Mit seiner öffentlichen Ankündigung, die sofort über die Presse verbreitet wurde, hatte Goebbels, womöglich kühl kalkuliert, den Druck auf die letzten noch zögerlichen Akteure in Braunschweig nochmals erhöht.

Der Nachrichtendienst Conti, auf den die Meldung zurückgeht, kommentiert deshalb die Meldung mit der Einschränkung: „Entgegen anderslautenden Meldungen ist also die Aufstellung Hitlers noch keine vollzogene Tatsache“.

DNVP und Stahlhelm antworten auf die Kandidatur Hitlers mit Bildung des „schwarzweißroten Kampfblocks“ und der Kandidatur des zweiten Stahlhelmführers Duesterberg, der im Unterschied zu Seldte Hitler kritisch gegenüber steht. Vor dem zweiten Wahlgang soll erneut über einen Sammelkandidaten verhandelt werden.

So stehen sich vier Lager im Wahlkampf gegenüber: Weimarer Koalition (Hindenburg) – alte Rechte (Duesterberg) – neue Rechte (Hitler) – KPD (Thälmann) mit gegensätzlichen Kalkülen. Bei der ersten Wahl Hindenburgs 1925 wurde er noch von der Weimarer Koalition bekämpft, die mit Braun bzw. Marx eigene Kandidaten nominiert hatten. So können sich die Zeiten ändern! Ins Kalkül der NSDAP paßt die Kandidatur von Duesterberg, da dieser Hindenburg, aber kaum Hitler, Stimmen entziehen wird. Stahlhelm/DNVP haben in diesem Machtpoker gegenüber Brüning und Hitler den Kürzeren gezogen. Der eigene Kandidat hat keine Chance. Hindenburg, dem man eigentlich nahesteht, wird geschwächt. Hitler, den man verhindern will, wird gestärkt.

23.2.1932

Die Londoner „Daily Mail“ meldet, daß nicht Hitler der Präsidentschaftskandidat der NSDAP sein werde, sondern die Nazis „den kühnen Plan gefaßt hätten, den ehemaligen deutschen Kaiser selbst als ihren Kandidaten dem kaiserlichen Feldmarschall Hindenburg entgegenzustellen“. (zitiert nach SAZ vom 24.2.1932)

Diese eigentlich bizarre Meldung, die am 24.2.1932 zumindest von der SAZ in Deutschland verbreitet wird, hat einen nicht völlig abwegigen Hintergrund. Die „Daily Mail“ wird von Lord Rothermere herausgegeben, der offen mit den Nazis sympathisiert. Der spätere Versuch, den Kronprinzen als Kandidaten im zweiten Wahlgang anzubieten, ist am Widerstand des Kaisers gescheitert. Vielleicht hatte Wilhelm II sich tatsächlich Hoffnungen gemacht, mit Hilfe der NSDAP über eine Kandidatur zum Reichspräsidenten wieder inthronisiert zu werden. Die

Nazis haben die Variante, daß der Kronprinz (oder der Kaiser) mit ihrer Unterstützung kandidiert und im Falle der Wahl Hitler zum Reichskanzler ernannt, zumindest sondiert.

Der am 16.10.1931 vertagte Reichstag tritt zusammen, um die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Wahltermine zu bestätigen. Daraus entwickelt sich eine viertägige turbulente Reichstagsdebatte, die den Wahlkampf (Hindenburg versus Hitler) eröffnet. Goebbels erwähnt in seiner Reichstagsrede bereits die Kandidatur von Hitler, die aber nicht zur Machtübernahme führen solle, und bezeichnet Hindenburg als den Kandidaten der SPD, der seine ehemaligen Wähler im Stich gelassen habe.

Goebbels wird im Verlauf der Debatte wegen seiner scharfen Angriffe auf Kriegsteilnehmer im Ersten Weltkrieg von Parlamentspräsident Löbe des Saals verwiesen. (SAZ vom 24.2.1932)

Die Linzer Behörden bestätigen den Musterungsbescheid für Hitler vom 5.2.1914 „waffenunfähig“. (Bundesarchiv R 1501/126136, Blatt 61)

Warum gerade jetzt? Zufall? Wer hatte den Bescheid angefordert? Welche Rolle spielte er für den Einbürgerungsvorgang?

Laut Küchenthal 1961 erwartet die NSDAP zu diesem Datum die Einbürgerung.

Die DVP weigert sich in einem Schreiben von Brandes an Küchenthal, an einem „Rechtsgeschäft des Scheins“ mitzuwirken, ist aber grundsätzlich für die Einbürgerung. (Faksimile des Briefs in Roloff 1961, S. 95)

Dieses Schreiben beinhaltet die grundsätzliche Zustimmung der DVP mit dem Vorbehalt, daß strikt legal zu verfahren ist. Demnach muß Hitler im Verständnis der DVP die Regierungsratsstelle auch ausfüllen und nicht nur zum Schein ernannt sei. Das Schreiben sollte laut Roloff jun. als „Druckmittel“ bezüglich der Legalitätsforderung eingesetzt werden. Entweder war die DVP naiv oder sie gibt sich einer Selbsttäuschung hin, denn Hitler hat niemals ernsthaft erwogen, tatsächlich eine Beamtenstelle auszufüllen. Warum schreibt Brandes diesen Brief überhaupt, nachdem der Antrag Wessel in der Fraktion am 22.2. einstimmig beschlossen worden ist? Gab es doch noch einen letzten Rest von Vorbehalt? War der Brief ein halber Rückzieher? Jedenfalls scheint der Meinungsbildungsprozeß bei der DVP immer noch nicht ganz abgeschlossen und wird sich bis zum 25.2. hinziehen.

Klagges fährt nach Berlin und bespricht am Vormittag mit Hitler und Frick die letzten Details im Hotel Kaiserhof. (SAZ vom 24.2.193; Becker im Brief vom 11.7.1951).

Vermutlich wollte er klären, ob Hitler mit den Details der neuen Konstruktion einverstanden ist, und irgendeine Art von Erklärung erwirken, daß Hitler gedenkt, das Amt auch auszuüben. Auch Klagges mußte bemüht sein, den Schein zu wahren.

Anschließend konferiert Klagges mit Boden in der Gesandtschaft über die Details der Tätigkeit Hitlers.

Er informiert anschließend Küchenthal, daß Hitler mit der Regierungsrat-Lösung einverstanden ist, weiß aber laut Roloff 1961 noch nichts von dem Vorbehalt des Brandes-Briefes.

Die SAZ geht in ihrem Bericht noch fälschlicherweise davon aus, daß Klagges weiterhin beabsichtigt, Hitler zum a.o. Professor für „politische Pädagogik“ zu ernennen. Dem Einwand, daß es sich um eine Scheinanstellung handelt, soll dadurch begegnet werden, daß Hitler zumindest eine Antrittsvorlesung in Braunschweig hält, die bereits für denselben Tag (24.2. abends) anberaumt sein soll.

Der offenbar gut informierte Autor des Artikels schildert sehr präzise die Details des Plans A (Professur), ohne zu wissen, daß bereits der Plan B (Regierungsrat) umgesetzt wird. Tatsächlich war es so, daß an der TH Braunschweig bereits die organisatorischen Vorbereitungen für eine Antrittsvorlesung Hitlers (Hörsaalreservierung) getroffen waren.

Der Artikel endet mit dem Fazit: „Es scheint, daß die Proklamierung Hitlers auf Goebbels' eigene Initiative zurückgeht. Nun aber gibt es für die Nationalsozialisten – mindestens im ersten Wahlgang, aber wahrscheinlich auch im zweiten – kein Zurück mehr. Alle anderen, insbesondere die um die Hohenzollern kreisenden Pläne und Absichten sind damit für den ersten Wahlgang endgültig erledigt.“

Demnach hat im Hintergrund die Frage der Restauration der Monarchie, die über die Wahl des Präsidenten eingefädelt werden sollte, auf allen Seiten, nicht nur bei Brüning, sondern auch bei der NSDAP eine Rolle gespielt. Bei den Nazis hat es offenbar das Kalkül gegeben, daß ein mit ihrer Unterstützung gewählter Hohenzollern-Präsident Hitler zum Reichskanzler berufen würde.

Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags. Die zuvor im Haushaltsentwurf gestrichene Stelle eines Regierungsrats beim Landeskultur- und Vermessungsamt wird mehrheitlich wieder in den Haushalt eingestellt und mit den gestiegenen Aufgaben der Behörde begründet.

Es mußten für das Haushaltsjahr 1932 die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen einer freien Stelle geschaffen werden, um Hitler über den Ablauf des Haushaltsjahrs 1931 Ende März 1932 hinaus als Regierungsrat beschäftigen zu können.

Goebbels schickt Göring abends nach Braunschweig, der Druck auf Küchenthal ausübt, um die Ernennung Hitlers zu beschleunigen. Küchenthal hält Göring weiter hin, der Goebbels darüber informiert.

So die Erinnerung Küchenthal 1969, Bd. III, S. 187. Beide werden am nächsten Tag zusammen im Wagen von Göring nach Berlin fahren. Dieses Detail, das Küchenthal in seinen späteren Stellungnahmen immer verschweigt, deutet darauf hin, daß Göring wesentlichen Einfluß auf das Tempo des weiteren Agierens von Küchenthal genommen hat.

Es ging wohlgerne nicht nur um die Einbürgerung, sondern auch um die fristgerechte Einbürgerung, um die Nominierungsfrist nicht zu verpassen. Auch die Verschleppung um wenige Tage hätte die Kandidatur noch torpedieren können.

Laut Aussage Küchenthals (Protokoll des Berufungsausschusses im Entnazifizierungsverfahren vom 11.12.1950) ist Frank nochmals zu einem Gespräch mit Küchenthal nach Braunschweig gekommen.

Dieses 2. Treffen wird aber von keiner anderen Quelle bestätigt. Vielleicht irrt Küchenthal sich im Datum.

Goebbels notiert: „Die Presse macht gegen mich die schamlosesten Ausfälle. Es wird behauptet, ich hätte den Führer ´ernannt` oder ihn ´gezwungen`, zu kandidieren.“... „Die formelle Einbürgerung des Führers soll morgen zustande kommen. Selbst hier macht die Deutschnationale Volkspartei in Braunschweig Schwierigkeiten. Im Kaiserhof lange Beratungen. Klagges ist da. Hoffentlich kommt er mit seiner Aktion bald zu Rande.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 131; Goebbels 1934, S. 50-51)

Der Hinweis auf die „Journaille“ macht deutlich, daß auch der Presse nicht verborgen geblieben ist, daß Hitler zögert und Goebbels drängt. Hat Goebbels Hitler überredet, die Kandidatur bekannt zu geben und ihn womöglich sogar unter Hinweis auf das wachsende Dilemma unter Druck gesetzt? Verschweigt Goebbels, daß es zwischen ihm und Hitler zu Unstimmigkeiten in der Kandidatenfrage gekommen ist?

Mit der DNVP ist offenbar Küchenthal gemeint, der durch seine Einwände und die deshalb notwendigen Sondierungen die Prozedur verzögert. Was ist Gegenstand der langen Beratungen? Gibt es Planungen für das Scheitern der Einbürgerung in letzter Minute? Offenbar steht auch Klagges mächtig unter Druck, nachdem sein erster Versuch gescheitert ist. Von der Rolle Zörners ist keine Rede.

Küchenthal organisiert von Braunschweig aus seine Treffen in Berlin (Boden, Zarden RFM und RIM) am nächsten Tag und kündigt fernmündlich sein Kommen an.

Laut Aussage von 1961, wäre er bereit gewesen, seinen Rücktritt anzubieten, falls im Berliner Finanzministerium Bedenken gegen seine Mitwirkung erhoben worden wäre. Offenbar wollte er die Rückfallposition sondieren, nach einem Rücktritt wieder in den Reichsfinanzdienst zurückkehren zu können. Demnach dürfte die weitere Verzögerung nicht mehr politisch, sondern durch die persönliche Absicherung Küchenthals motiviert gewesen sein.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung (Abendausgabe) berichtet über die unmittelbar bevorstehende Berufung Hitlers zum Professor und nennt den 25.2.1932 als Termin der Antrittsvorlesung.

24.2.1932

Der Volksfreund berichtet, daß Hitler Nachfolger von Klagges als Minister werden soll. Seine Wahl soll in der Landtagssitzung vom 2.3.1932 erfolgen. Klagges werde zuvor zurücktreten und auf seine Regierungsrat-Stelle im Volksbildungsministerium zurückkehren. Im Falle der Wahl Hitlers zum Reichspräsidenten könne Klagges dann erneut zum Minister gewählt werden.

Falls es sich bei dieser Variante nicht nur um ein weiteres Gerücht gehandelt hat, wäre deren Verfolgung sehr riskant gewesen, da die Vorschlagsfrist zur Nominierung der Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl am 3.3.1932 ablief. Selbst wenn die Wahl Hitlers zum Minister im Landtag, was angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse keineswegs sicher war, erfolgreich gewesen wäre, wäre nur noch ein Tag für Einbürgerung und Nominierung geblieben. Wegen der unkalkulierbaren zeitlichen Risiken ist dieser Weg, wenn er denn ernsthaft erwogen worden ist, wieder verworfen worden.

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet unter Berufung auf das Gespräch zwischen Hitler, Frick und Klagges im Hotel Kaiserhof über die Varianten, wie Hitler verbeamtet werden könnte: Ernennung zum Professor mit „Lehrauftrag für politische Pädagogik“ bzw. „Theoretische Politik“ bzw. „Politik und Kultur“. Ein Termin für die Antrittsvorlesung sei schon für den nächsten Abend verabredet. Ferner werden die Hinderungsgründe (Scheinernennung, haushaltsrechtliche Probleme, keine freie Stelle etc.) benannt, so daß der Artikel zu dem Fazit kommt, daß die Übertragung einer Professur an Hitler wenig wahrscheinlich ist. Andererseits muß rasch ein Amt gefunden werden, das Hitler auch im Falle der Wahlniederlage gegen Hindenburg ausüben kann, damit es sich nicht um eine Scheinernennung handelt.

Die Gerüchteküche brodelt. Der Autor des Artikels der Wolfenbütteler Zeitung muß sehr gut sowohl über die Stellensituation an der TH wie die Haushaltslage wie die rechtliche Problematik informiert gewesen sein. Angesprochen wird Hitlers Dilemma, wenn er die Wahl verliert. Es fehlt auch nicht der Hinweis auf die Riekel-Vakanz, die ob der Wichtigkeit der Stelle nicht für Hitler zweckentfremdet werden dürfe! Der Tenor des Autors lautet: Einbürgerung ja, aber nicht via Professur. Denkbar ist, daß Wessel hinter dem Artikel gestanden bzw. ihn sogar selber verfaßt hat. Jedenfalls gibt er die Linie der DVP wieder.

Klagges schlägt in **zwei** Schreiben an Küchenthal vor, Hitler mit der Wirtschaftsförderung für das Land Braunschweig zu betrauen, weil sich die Lage der braunschweigischen Wirtschaft in den letzten Monaten weiterhin stark verschlechtert hat, und ihn dafür als Regierungsrat bei der Braunschweigischen Gesandtschaft anzustellen. „Da Herr Hitler zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß eine evtl. Berufung in einer Form erfolgt, die ihm zugleich die Rechte eines deutschen Staatsbürgers sichert“. Im zweiten Schreiben wird mehrfach betont, daß Hitler die Tätigkeit tatsächlich ausüben will und es sich nicht um eine Scheinernennung handelt.

Die Argumentation ähnelt der Begründung für die Professoren-Variante. Warum verfaßt Klagges zwei Schreiben an einem Tag? Vielleicht hat er das zweite Schreiben nachgeschoben, weil im ersten die Versicherung fehlte, daß Hitler das Amt auch wirklich ausüben will. Wo-

möglich hat Küchenthal eine solche Versicherung verlangt. Das Kaisenberg-Gutachten steht bei allen Bemühungen um die Betonung der ernstgemeinten Verbeamtung als drohendes Hindernis immer noch im Hintergrund.

Küchenthal fährt mit Göring in dessen Wagen nach Berlin und trifft sich dort zuerst unter konspirativen Umständen mit dem Braunschweigischen Gesandten, Friedrich Boden, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Hat Küchenthal Göring die konspirativen Umstände des Treffens verschwiegen oder war dieser eingeweiht?

Boden stimmt zu, bietet sogar seinen Rücktritt (wegen der Variante Hitler als Reichsratsbevollmächtigter) an, wäre aber weiter Gesandter von Anhalt und Mecklenburg-Strelitz geblieben. Boden weist darauf hin, daß es in Berlin das Gerücht gebe, Hitler solle an die Stelle von Boden treten, und daß in diesem Fall der Reichsrat keine Schwierigkeiten mehr machen würde. Boden weist ferner darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum noch nicht abgerissen sind. Boden fürchtet Probleme in der Zusammenarbeit mit Hitler als Mitarbeiter der Gesandtschaft und mit dem SPDgeführten Anhalt.

Der Ministerpräsident von Anhalt, Deist droht die Aufkündigung der gemeinsamen Gesandtschaft an, wenn Hitler dort angestellt wird.

Verabredet wird, daß die Tätigkeit Hitlers keinen Einfluß auf die Gesandtschaftstätigkeit haben darf. Küchenthal verlangt die Rückendeckung bei der Reichsregierung und der Preußischen Regierung. Der preußische Bevollmächtigte beim Reichsrat und Staatssekretär des Preußischen Ministerpräsidenten, Weissmann (SPD), wird telephonisch kontaktiert. Er erklärt gegenüber Boden im Beisein von Küchenthal, daß Preußen die Einbürgerung über die Verbeamtung vorziehe, weil man so nicht mitwirken muß. Weissmann sichert zu, daß der Polizeikostenzuschuß für Braunschweig nicht gestrichen wird.

In der Darstellung von Boden 1945 ging es allerdings darum, einen letzten Versuch zu machen, die Einbürgerung doch noch über den Reichsrat zu erreichen, um die braunschweiger Verbeamtung zu vermeiden. Dies habe Weissman abgelehnt. Dies bestätigt auch eine Meldung der BNN vom 26.2.1932. Hier wird allerdings als Begründung angeführt, daß die Zeit für einen regelrechten Einbürgerungsantrag zu knapp geworden sei. Boden bietet am Ende an, nach der Vereidigung Hitlers zurücktreten zu wollen, was Küchenthal ablehnt. Eine weitere Variante lautet, daß Hitler deshalb keinen Antrag beim Reichsrat stellen wollte, um dort nicht als Bittsteller zu erscheinen, zumal ihm Klagges die Professur bereits fest zugesagt hatte.

Wie dem auch sei. Ohne eine weitere Quelle bzw. Quellen, aus denen der Betroffene selber spricht, bleiben die Motive, warum wer wie gehandelt hat, Spekulation.

Für Küchenthal ist der 22.4., sondern der 24.2. der entscheidende Tag, da er nicht nur die letzten Details der Einbürgerung, sondern vor allem seine persönliche Zukunft klären will. Er

muß gespürt haben, daß die Konsequenzen der Einbürgerung in vieler Hinsicht weitreichend sind, und will sich nach allen Seiten absichern. Die konspirative Art des Treffens Küchenthal – Boden und der Versuch, in letzter Minute doch noch den Reichsrat einzuschalten, deuten darauf hin, daß die Einbürgerung bis zur letzten Minute wie eine heiße Kartoffel hin und her geschoben wurde. Schon damals wollte niemand verantwortlich sein, weil allen klar war, daß es sich trotz des legalen Anstrichs um ein Scheingeschäft handelt mit weitreichenden politischen Konsequenzen. Die Einbürgerung ganz zu verhindern, hat sich offenbar niemand mehr getraut. Boden und Küchenthal gingen offenbar anfänglich von einer regelrechten Tätigkeit Hitlers aus oder taten untereinander so, sonst ist das Rücktrittsangebot Bodens nicht erklärlich. Die späteren Darstellungen von Küchenthal und Boden über das Treffen stimmen weitgehend überein. Boden wird erst 1945 erklären, daß die gesamte Angelegenheit von Seiten der NSDAP „von vornherein nichts anderes...als Lug und Trug“ gewesen sei. Waren die Herren wirklich so naiv, dies nicht sofort zu erkennen?

Küchenthal hält anschließend Rücksprache mit Staatssekretär Zarden, Reichsfinanzministerium, aus dem er nach Braunschweig beurlaubt ist, um die Garantie zu erhalten, daß seine Beurlaubung weiter bestehen bleibt und er im Zweifelsfalle in seine alte Position zurückkehren kann.

Dies ist ihm offenbar zugesichert worden. Dahinter steht die Sorge, daß seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde mit der Entlassung aus dem Reichsfinanzministerium sanktioniert wird. Auch im Falle eines Rücktritts oder gar seines Sturzes in Braunschweig nach einem Machtwechsel will er eine Rückfallposition behaupten. Der Vorgang macht deutlich, daß Küchenthal sich der Konsequenzen der Einbürgerung Hitlers bis hin zum kompletten Machtwechsel vollkommen bewußt war und daß es ihm, wie vermutlich auch allen anderen Beteiligten, auch immer darum ging, welche persönlichen Konsequenzen daraus resultieren. Küchenthal benötigte die Rückfallposition zunächst nicht, da er nach seiner Ablösung durch Klagges mit dem Posten des Braunschweigischen Staatsbankpräsidenten abgefunden wurde! Nachdem der spätere Konflikt mit Klagges eskalierte, wurde er allerdings doch wieder in den Reichsfinanzdienst übernommen. Insofern hat Küchenthal sehr weitblickend und umsichtig in eigener Sache gehandelt.

Küchenthal führt ein Gespräch mit einem ungenannten Beamten aus dem Reichsinnenministerium, der ihm versichert, daß nicht daran gedacht ist, die Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig zu streichen.

Damit ist auch die finanzielle Seite des Problems gelöst. Warum nennt Küchenthal hier keinen Namen, obwohl er sonst in seinen Aufzeichnungen sehr genau ist?

Der Haushaltsausschuß des Landtages bewilligt auf Antrag von Kiesel, der den in Berlin weilenden Küchenthal vertritt, die gerade gestrichene Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt wieder in den Haushalt für 1932 einzustellen und deren Verlagerung an die Gesandtschaft mehrheitlich. U.a. Roloff und Wessel stimmen dafür.

Obwohl noch kurz zuvor erwogen wurde, die Gesandtschaft aus Kostengründen ganz zu schließen. Damit ist die haushaltsrechtliche Entscheidung zur Einbürgerung Hitlers gefallen. Der Landtag wird dem Beschluß des Haushaltsausschusses am 1.3.1932 zustimmen. Die Debatte im Landtag wird von Sievers und Roloff als Mitgliedern des Haushaltsausschusses geführt.

Vermerk von Bretscheider (DVP), daß Dingeldey mittags aus Berlin angerufen und seine Zustimmung zur Einbürgerung gegeben hat.

Erst jetzt sind alle Vorbehalte der DVP ausgeräumt. Laut Küchenthal habe Dingeldey vorher Kaisenberg konsultiert, der als Reichsbeauftragter für das Wahlprüfungsverfahren fungiert. Kaisenberg hätte Hitlers Kandidatur, gestützt auf sein eigenes Gutachten, ablehnen können! Eine reine Scheinernennung habe Kaisenberg abgelehnt, Hitler als Stellvertretender Reichsratsbevollmächtigter sei aber zu akzeptieren, da man annehme, daß Hitler dort hingehen werde. (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 34) Wenn die Aussage Küchenthals stimmt, dann hat sich auch Kaisenberg etwas vorgemacht.

Es wird nochmals deutlich, warum man eine Lösung gesucht hat, bei der Hitler seine braunschweiger Beamtenstelle zumindest theoretisch in Berlin ausüben konnte und die Tätigkeit möglichst vage beschrieben war. Es ging auch immer um den Aspekt, Hitler soweit wie möglich entgegen zu kommen, damit zumindest nach außen der Schein gewahrt blieb, Hitler würde die übertragene Position auch ausüben, selbst wenn es sich in diesem Fall um einen Parteibuchbeamten per exelence gehandelt hat. Umgekehrt, hier mag ein interkulturelles Mißverständnis zwischen einem Bohemien, der noch nie eine regelrechte berufliche Tätigkeit ausgeübt hat, und einem deutschen Beamten vorgelegen haben, ist Hitler womöglich davon ausgegangen, daß er als selbsternannter „Führer“ über dem Gesetz steht und seine neuen Vorgesetzten (Boden, Küchenthal) die Scheinanstellung stillschweigend akzeptieren. Daß das nicht der Fall war, hat zum Zerwürfnis mit Klagges beigetragen, weil Klagges als regierungsmitglied nicht in der Lage war, Hitler nach der verlorenen reichspräsidentenwahl von dem peinlichen Druck zu befreien.

Abends konferiert der braunschweiger Vorstand der DVP und stimmt auf der Basis des Berichts von Brandes der Einbürgerung endgültig zu, weil auch Dingeldey seine Zustimmung gegeben hat mit der taktischen Weisung, die DVP solle sich in der Fraktion überstimmen lassen und dann den Mehrheitsbeschluß der BEL mittragen. Dingeldey soll Hitler deutlich machen, daß er seine Einbürgerung der DVP zu verdanken habe. Dieser Beschluß wird am 27.2.1932 in den BNN veröffentlicht.

Die Deutsche Zeitung berichtet darüber bereits am 25.2.: „Die engere Vorstandssitzung der Deutschen Volkspartei befaßte sich mit der Frage der Einbürgerung Hitlers. In der Sitzung wurde nach eingehender Erörterung festgestellt, daß es sich bei der vorgesehenen Lösung nicht um eine Scheinernennung handelt.“

Laut Becker (1951) war diese Erklärung für die DVP besonders wichtig, selbst wenn es sich nur noch um ein Rückzugsgefecht gehandelt hat.

Auf der abendlichen Sitzung der DVP fiel jedenfalls die definitive Entscheidung, der Einbürgerung zuzustimmen. Wessel als DVP-Mitglied im Haushaltsausschuß hat faktisch schon vorher zugestimmt. Das entscheidende Argument war offenbar, unter allen Umständen eine Landtagsauflösung und Neuwahlen zu vermeiden, weil die DVP den Absturz in die Bedeutungslosigkeit befürchtete. Warum spielte die Variante des Koalitionswechsels für die DVP keine Rolle mehr? Warum ist nicht die SPD aktiv geworden?

Wessel informiert Küchenthal telephonisch. Der DVP-Parteisekretär Brettschneider informiert Dingeldey telephonisch.

Anschließend kommt es zu einem Gespräch von Klagges und Zörner mit Brandes und Wessel, in dem der Beschluß der DVP mitgeteilt wird. Klagges und Zörner sind einverstanden. Die DVP soll auf Schrader (Staatspartei) einwirken.

Es fehlte nämlich immer noch die 21. Stimme im Landtag, da bei der Regierungsrat-Variante im Unterschied zu der Professoren-Variante ein Haushaltsbeschluß notwendig war, weil die Stelle nach der Streichung wieder in den Haushalt eingestellt werden mußte. Die Planstelle für die Professur war hingegen vorhanden.

Die Initiative zur Kontaktaufnahme mit Schrader soll von Zörner ausgegangen sein, das Treffen von Marquardt vermittelt worden sein. Auch hier spielt Zörner wieder hinter den Kulissen eine wichtige Rolle als Einfädler! Die NSDAP sieht sich jetzt in der Rolle des Bittstellers, weil der Zeitdruck immer größer wird. Zörner tritt jetzt gleichberechtigt neben Klagges auf. Die DNVP spielt offenbar in der Endphase der Verhandlungen keine Rolle mehr.

Im Reichstag werden die Kandidatur Hitlers und die noch ungelöste Frage der Staatsbürgerschaft durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Breitscheid angesprochen.

Als Küchenthal abends wieder in Braunschweig ist, findet er den Brief von Brandes vor.

Küchenthal antwortet Brandes und weist darauf hin, daß dessen Brief in Widerspruch zum „Einstimmigen“ Fraktionsbeschluß der BEL vom 22.2. steht. Er, Küchenthal, sei beauftragt worden, Hitlers Ernennung in Gang zu setzen. „Die Verhandlungen sind inzwischen soweit gediehen, daß sie nicht mehr angehalten werden können.“ Er informiert auch Roloff über den Vorbehalt, der sich ebenfalls erstaunt zeigt.

Der point of no return war bereits überschritten. Laut Küchenthal ging der neue Vorbehalt auf eine Intervention von Dingeldey zurück. Dessen Vorbehalte waren aber inzwischen ausgeräumt.

Göring kommt, für Küchenthal überraschend, spät abends zwischen 21.00 und 22.00 Uhr in Begleitung eines Adjudanten nochmals nach Braunschweig ins Staatsministerium und drängt

wegen der Einbürgerung. Göring erhält die Antwort, daß erst am 25.2. (?) die endgültige Entscheidung möglich sei. Göring informiert im Beisein von Küchenthal Goebbels per Telephon.

Vielleicht liegt hier aber eine Verwechslung im Datum vor und Göring ist nur einmal nach Braunschweig gekommen. Goebbels erscheint als der Strippenzieher, der Sorge hat, daß seine öffentliche Ankündigung vom 22.2. im Sportpalast noch gefährdet ist. Daß am Schluß die Nazi-Prominenz (Goebbels, Göring, Frank) mehrfach direkt eingeschaltet wurde, macht deutlich, wie wichtig die Einbürgerung für Hitler war. Jedenfalls hat auch Küchenthal mit Frank und Göring in Braunschweig verhandelt.

Goebbels notiert: Die Einbürgerungsfrage ist noch nicht gelöst. Die bürgerlichen Patrioten machen Schwierigkeiten.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 132; Goebbels 1934, S. 52)

Der Tagebucheintrag könnte eine Reaktion auf den Anruf Görings sein. Der Tenor der Besorgnis verändert sich. Es geht nicht mehr um die Sorge, ob Hitler kandidieren will, sondern ob er kandidieren kann. Also funktionierte die Kommunikation zwischen Braunschweig und Berlin auch auf NS-Seite nicht reibungslos.

Laut Küchenthal lag in diesem Gespräch der Grund für den Tagebucheintrag von Goebbels.

25.2.1932

Küchenthal ruft Roloff an, um zu erfahren, was der Haushaltsausschuß während seiner Abwesenheit beschlossen hat. Umgekehrt berichtet er Roloff über seine Berliner Verhandlungen und den Brief von Brandes vom 23.2.

Die BNN berichten unter dem Titel „Wie wird man deutscher Staatsbürger?“ sehr detailliert über die rechtlichen Aspekte der Einbürgerung. Unter dem Aspekt, eine Verbeamtung zum Schein zu vermeiden, sei die Professoren-Variante vorzuziehen. Eine Antrittsvorlesung würde genügen, um anschließend eine Beurlaubung auf bestimmte Zeit zu rechtfertigen. Es müsse keine Pädagogik-Professur besetzt werden, sondern könnte auch eine für „politische Geschichte“ oder „völkische Kulturbestrebungen“ geschaffen werden. Zwar habe man von dem Professorenplan wieder Abstand genommen, doch wenn eine andere Lösung nicht zustande komme, könne man darauf wieder zurückkommen.

Der ungenannte Autor des Artikels ist gut informiert. Laut Küchenthal (1973, Bd. I) wurde der Artikel laut Aussage des damaligen Schriftleiters der Zeitung, Balthasar Becker (1951), von Roloff initiiert oder sogar verfaßt. Ein weiteres Problem habe darin bestanden, daß die Nazi-Führung wegen des höheren Prestiges und der vermeintlich leichter zu erreichenden Beurlaubung eigentlich die Professur für Hitler vorgezogen hat, die die TH und die DVP ablehnen. Ob Roloff sie will, oder nur taktiert, ist unklar. Wenn alles andere scheitert, bleibt doch noch die Professoren-Lösung. Fügt man alle Steinchen des Puzzles zusammen, dann haben Klages/Roloff bis zum Schluß eher die Professoren- und Zörner/Küchenthal/Wessel eher die Re-

gierungsrat-Variante präferiert. Die diesbezüglichen Koalitionsbildungen sind quer durch die Parteien verlaufen.

Den Brief von Becker an Küchenthal vom 11.7.1951 wird Küchenthal später mehrfach als Kronzeugen zu seiner Entlastung anführen.

Ein weiterer Artikel in derselben Ausgabe „Hitler in Braunschweigs Gesandtschaft“ macht aber bereits deutlich, daß die Professorenvariante nicht weiter verfolgt wird. Hier wird spekuliert, daß Hitler zum Bevollmächtigten Vertreter Braunschweigs beim Reichsrat oder in einer anderen Funktion bei der Gesandtschaft ernannt werden soll. Diese sei im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht anfechtbar.

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet, daß nach zahlreichen Telephonaten zwischen dem Hotel Kaiserhof in Berlin und dem Braunen Haus in München bzw. zwischen Berlin und Braunschweig die Professorenvariante offenbar vom Tisch ist. Stattdessen sei die Ernennung Hitlers zum Beamten bei der Braunschweigischen Gesandtschaft oder seine Ernennung als Reichsratsbevollmächtigter des Landes Braunschweig (also statt Boden) im Gespräch. Ausführlich wird die Frage erörtert, warum Hitler nicht den normalen Weg über einen Antrag zur Einbürgerung geht. Dieser könnte in Braunschweig gestellt werden. Anschließend bedürfe es eine Abfrage aller Mitglieder des Reichsrats. Wenn kein Land Widerspruch einlegt, ist Hitler eingebürgert.

Der letzte Hinweis stimmt nicht. Da Hitler seinen Wohnsitz in München hat, kann die Einbürgerung auf Antrag nur in Bayern erfolgen. Ansonsten scheint der Autor gut informiert. Im Unterschied zum Vortag lautet der Tenor: Hitler soll den normalen Weg über die Beantragung der Staatsbürgerschaft nach § 9 gehen. Damit ist Braunschweig das Problem des „Scheingeschäfts“ los. Wenn ein Reichsratsmitglied doch Einspruch erhebt, dann liegt die Verantwortung dort. Auch dieser Artikel könnte von interessierter Seite (Wessel) bestellt worden sein. Der Hinweis auf die vielen Telephonate unterstreicht erneut, daß die tatsächlichen Vorgänge sich allein aus den schriftlichen Quellen nicht rekonstruieren lassen.

Brüning spricht im Reichstag und eröffnet mit seiner von Tumulten unterbrochenen Rede den Wahlkampf. Goebbels fordert im Reichstag Brüning auf, Hitlers Einbürgerung zu unterstützen.

Küchenthal berichtet über seine Berlin-Reise gegenüber der DVP, die sich bereits mit Klagges geeinigt hat.

Küchenthal sucht in seiner Kommentierung der Verhandlungen zwischen DVP und NSDAP den Eindruck zu erwecken, daß die Einbürgerung der DVP zu verdanken ist. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 9-10) Demnach wäre weder er noch Roloff verantwortlich gewesen.

Deist (SPD), Ministerpräsident von Anhalt, erklärt, daß er angesichts der verabredeten Regelung von der Aufhebung des Gemeinschaftsvertrags bezüglich der Gesandtschaft absehen wird.

Also gibt es auch von dieser Seite keinen Widerstand.

Die Landesregierung erklärt, die (zuvor angeblich dringend benötigte) Stelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt an die Gesandtschaft abordnen zu wollen.

Klagges (nicht Zörner) trifft sich auf Vermittlung von Brandes mit Schrader (Staatspartei), auf dessen Stimme es wieder ankommt. Schrader stimmt zu, erklärt aber, gegen den Haushalt von Klagges stimmen zu wollen.

Welche Konsequenz würde das für den Gesamthaushalt und damit für die Mittel für die Regierungsrat-Stelle haben?

Wessel telefoniert mit Küchenthal und relativiert den Brandes-Brief. Er teilt mit, daß Schrader zustimmen wird.

Roloff erteilt Küchenthal aufgrund des Fraktionsbeschlusses vom 22.2. den Auftrag, die Ernennungsurkunde für Hitler ausfertigen zu lassen.

Laut Erinnerung Küchenthal soll er von der Berliner Parteizentrale der DNVP die Genehmigung erhalten haben. Er sei über die DVP verstimmt, aber froh gewesen, die Professoren-Lösung und damit den Ärger mit den TH-Professoren vermieden zu haben.

Die Form des Ablaufs ist später zwischen Küchenthal und Roloff umstritten, da hieran die Frage der juristischen Verantwortung hängt. War Küchenthal als unterzeichnender Ministerpräsident oder Roloff als beauftragender Fraktionsführer der BEL verantwortlich? Konnte Roloff Küchenthal überhaupt beauftragen? Am Ende sind Stein für Stein alle möglichen Widerstände weggeräumt worden. Je mehr Seiten zugestimmt haben, desto schwieriger wurde es, noch nein zu sagen.

1973 beschreibt Küchenthal seine Überlegungen unmittelbar vor der Ernennung: „Wenn ich nun entgegen dem einstimmigen Willen der BEL die Mitwirkung an der Einbürgerung verweigern wollte, so hätte ich sofort das Niederlegen meines Ministeramtes gegenüber dem Landtagspräsidenten Zörner bekannt geben müssen. Was dann geschehen wäre, vermag ich natürlich nicht zu sagen. Entweder hätte Klagges, da bei meinem Ausscheiden aus der Regierung ohne weiteres die Einminister-Verordnung wieder in Kraft getreten wäre, selbst allein die Einbürgerung Hitlers vorgenommen oder es wäre in ganz kürzester Frist in Braunschweig ein Nazi-Treffen arrangiert, wie es unser Deutschland noch nicht erlebt hätte. Eine ungeheure Stimmung wäre gegen mich erzeugt worden, und ich zweifle nicht daran, dass auch die Mehrheit der bürgerlichen Bevölkerung Braunschweigs mein Verhalten aufs schärfste mißbilligt hätte...Ich fühlte mich nach verfassungsrechtlichen Gründen verpflichtet, den Beschluß der BEL, der doch nur erfolgte, um das Bürgertum im Landtage zu retten, zur Durchführung zu bringen.“ (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 44)

Hier kommen die letzten Argumente. Küchenthal sieht sich als Bollwerk gegen Klagges und will vermeiden, daß wieder 100.000 SA-Männer mobilisiert werden und in Braunschweig bür-

gerkriegsähnliche Zustände herrschen. Daß auch Klagges unter Druck stand und die NSDAP sofort einen Nachfolger von Seiten der BEL, z.B. Roloff, akzeptiert hätte, dieser Gedanke scheint Küchenthal nicht gekommen zu sein. Vielleicht wollte er letzteres gerade wegen seiner Konkurrenz zu Roloff vermeiden und ist deshalb nicht zurückgetreten.

MR Bruno Lehmann (Finanzministerium), zuständig für das Landeskultur- und Vermessungsamt, wird von Küchenthal beauftragt, die „Ernennungsverfügung“ aufzusetzen. Lehmann, später zwangspensioniert, protestiert wegen der mangelnden fachlichen Qualifikation Hitlers und verweigert die Gegenzeichnung (Schreiben Lehmann vom 25.9.1947). Weil die Stelle an die Gesandtschaft verlagert werden soll, reicht Küchenthal den Vorgang an MR Kiesel (ab 1933 NSDAP-Mitglied) weiter mit dem Auftrag, streng vertraulich die Ernennungsurkunde aufzusetzen. Kiesel schreibt sie selber und besitzt dazu seine private Schreibmaschine. Kiesel hat Bedenken, die Urkunde gegenzuzeichnen, weil er bezweifelt, ob Hitler die Stelle tatsächlich ausfüllt. Küchenthal versichert, daß Hitler schriftlich versichert habe, daß das der Fall sein werde. Küchenthal befreit Kiesel von der Gegenzeichnung. (Aussage Kiesel in 3 Nds. 92/1 Nr. 48470, Bd. 2)

Der eigentliche Grund wird von beiden später kontrovers geschildert. Die Aussage Kiesels vom 15.5.1947 bestätigt diese Version weitgehend. Bei Kiesel geht es allerdings nicht um die Gegenzeichnung, sondern um die Vorzeichnung. (4 Nds, Nr. 152) Es ist denkbar, daß Kiesel ein doppeltes Spiel mit Klagges und Küchenthal gespielt hat. Gegenüber Klagges hat er die juristische Unbedenklichkeit der Verbeamtung via Professur bescheinigt, gegenüber Küchenthal gegen die Verbeamtung via Regierungsrat Bedenken geäußert. Je nach Ausgang konnte er später die eine oder die andere Karte ausspielen. In seinem Entnazifizierungsverfahren hat ihm das doppelte Spiel nichts genützt, zumal er sich 1933 auf die Seite von Klagges geschlagen hat.

Kiesel wird später als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren gegen Küchenthal erklären, daß er sich von der Mitunterzeichnung habe entbinden lassen, weil er darin einen „rechtswidrigen Scheinvertrag“ gesehen habe. (Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949). Küchenthal bestätigt diese Version in seiner Vernehmung am 14.12.1945 durch Generalstaatsanwalt Kurt Staff nur halb. Demnach habe Küchenthal Kiesel von der Mitzeichnung entbunden, um ihm die Mitverantwortung zu nehmen.

An dieser Stelle ist ein grundsätzlicher Einschub notwendig, um die Grenze des Chronisten zu markieren. Trotz aller Sorgfalt ist es nicht möglich, den genauen Ablauf der Ereignisse vom 15.2.1932 (gescheiterter Versuch, Hitler zum Professor zu ernennen) bis zum 25.2.1932 (Ernennung zum Regierungsrat) zweifelsfrei zu rekonstruieren. Die konsultierten Quellen widersprechen sich in vielen Details, die Zeitzeugen variieren im Laufe der Jahre ihre Aussagen. Dies mag auf tatsächliche Erinnerungslücken zurückgeführt werden, liegt aber sicherlich auch daran, daß alle Beteiligten ihre Aussagen vor 1945 unter dem Aspekt der Selbstbelobigung, nach 1945 unter dem Aspekt der Selbstentlastung bzw. Belastung anderer gemacht haben. Manche haben von Anfang an private Aufzeichnungen verfaßt, andere konnten sich nur

erinnern. Vieles hat keinen schriftlichen Niederschlag gefunden und ist nur in direktem Gespräch bzw. am Telephon verhandelt worden.

Gegen 18.00 Uhr (laut Schmalz gegen 16.00 Uhr) erfolgt die Unterzeichnung der Ernennungsurkunde Hitlers durch Küchenthal und Klagges. Hitler wird die vakante (aber für den Haushalt 1932 ab 1.4. noch nicht verabschiedete) planmäßige Stelle eines Regierungsrats beim Landeskultur- und Vermessungsamt verliehen und zugleich mit der Aufgabe eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beauftragt. Dort soll er sich um die wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs kümmern. Damit erhält er automatisch die braunschweigische Staatsbürgerschaft.

Da das Landeskultur- und Vermessungsamt zum Ressort des Finanzministers gehört, wird die Urkunde vom dem zuständigen Minister Küchenthal unterzeichnet und von Klagges gegengezeichnet. Bei der Berufung Hitlers zum Professor wäre es umgekehrt gewesen. So ist Klagges (zu seinem Bedauern?) formal nur nachgeordnet, Küchenthal (zu seiner Befürchtung?) formal hauptverantwortlich. Der Begriff „Kultur“ zur Bezeichnung der Behörde ist im Sinne von „Agrikultur“ zu verstehen.

Ein Vorbehalt im Sinne des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 wird auf der Urkunde nicht gemacht. Insofern greift der Automatismus des § 14. Die Frage, ob der § 14, der explizit für die Einbürgerung von Ausländern gilt, sinngemäß auch auf Staatenlose angewendet werden kann, wird nicht mehr thematisiert. Es hätte sich argumentieren lassen, daß der §14 nur für Ausländer gilt. Demnach hätte für Staatenlose nur der Weg über § 9 (auf Antrag) begangen werden können.

Klagges verlangt von Küchenthal, daß Hitler die Urkunde in Braunschweig ausgehändigt wird, um daraus eine Triumphveranstaltung mit SA und SS zu machen. Küchenthal lehnt ab. (Küchenthal 1973, Bd. I)

Küchenthal behauptet später, daß er aus Furcht vor Krawallen abgelehnt habe, wenn Hitler bei der Ernennung anwesend ist. Auch habe er es abgelehnt, bei dessen Verteidigung in Berlin anwesend zu sein, obwohl die NSDAP das verlangt habe. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 202)

Küchenthal informiert Boden offiziell über die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat.

Küchenthal und Klagges informieren Hitler offiziell über seine Ernennung.

In einer Verlautbarung des Braunschweigischen Staatsministeriums heißt es: Hitler sei „mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Gesandtschaft beauftragt mit der besonderen Aufgabe, sich für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des und zur Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen“.

Hitler ist bei der Ernennung nicht anwesend, sondern bekommt die Urkunde per Post „an den Schriftsteller Adolf Hitler“ nach Berlin, Hotel Kaiserhof zugestellt. Da er vom Postboten

nicht angetroffen wird, wird diese laut Postzustellungsurkunde „dort dessen Gehilfen, Herrn Jos. Dietrich übergeben“.

Der „Gehilfe“ und SS-Mann Sepp Dietrich wird einer der Hauptverantwortlichen zur Liquidierung der SA-Führung im Zuge des sog. Röhm-Putsches sein, später Panzergeneral der Waffen-SS werden und 1944 bei der Abwehr der Invasion in der Normandie versagen.

Overesch hat die Ernennungsurkunde im Nachlaß Hitlers gefunden, der im Bundesarchiv aufbewahrt wird.

Eine beglaubigte Abschrift der Urkunde geht am selben Tag an das Polizeipräsidium Braunschweig „zur Kenntnisnahme“ (Morsey 1960, S. 441).

Dies war nötig, da nur so das für Hitler wichtigere Dokument, die Einbürgerungsurkunde, zu erhalten war. Dies setzte aber voraus, daß Hitler in Braunschweig nicht nur eine Beamtenstelle, sondern auch einen Wohnsitz nachweisen konnte. Der offizielle Wohnsitz war weiterhin München. Demnach wäre eigentlich Bayern für die Ausstellung der Einbürgerungsurkunde zuständig gewesen, was aber das gesamte braunschweiger Manöver ad absurdum geführt hätte. Außerdem hatte Klagges als Innenminister Zugriff auf das braunschweiger Polizeipräsidium. Dieser eigentliche Schritt zur Einbürgerung war in Thüringen gar nicht erfolgt.

Goebbels notiert: „Beim Führer im Kaiserhof. Eben kommt die Nachricht, daß er zum braunschweigischen Regierungsrat ernannt worden ist. Wir sind alle überglücklich, daß diese wesentliche Frage gelöst wurde. Wir arbeiten alle wie in einem rasenden Taumel.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 133; identischer Text in Goebbels 1934 S. 53) Ein Foto, das die Szene festhält, ist abgedruckt in Topographie des Terrors, S. 15.

Also war die fehlende Staatsbürgerschaft doch eine große Belastung. Klagges wird 1969 in seiner Erinnerung die große Erleichterung bestätigen. Jetzt sieht Goebbels die freie Bahn, die zur „Machtergreifung“ führen wird. Man gewinnt den Eindruck, daß Goebbels mehr oder weniger täglich bei Hitler im Hotel war, um über die Kandidatur/Einbürgerung zu konferieren. In der Logik seines Briefs vom Frühjahr 1930 muß Hitler schon nach dem Rücktritt von Franzen und der Wende im Verlauf der Regierungskrise mit seiner Kandidatur und der zuvor notwendigen Einbürgerung gerechnet haben. Der Konflikt zwischen Franzen und der NS-Führung findet womöglich hier seine eigentliche Erklärung, weil die Aufkündigung der Koalition die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig vereitelt hätte.

Bis zum Schluß muß die Einbürgerung aus Berliner Sicht unsicher gewesen sein. Welche Alternative hätte bei ihrer Verweigerung für die NSDAP bestanden? Doch noch die Kandidatur von Strasser oder Frick? Deren Chancen wären vermutlich geringer gewesen. Eine Mobilisierung der SA? Diese Alternative hätte aber dem von Hitler beschworenen „Legalitätskurs“ widersprochen.

In Braunschweig wird die Vereidigung mit Fackelzug, Großkundgebung und Klagges-Rede (laut Schmalz 12.000 Teilnehmer in 16 Sälen) gefeiert.

Klagges erklärt in seiner Rede: „Wenn unsere Beteiligung an der Regierung keinen anderen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätte als den, daß wir unserem Führer Adolf Hitler das Staatsbürgerrecht verschafft haben, so hätte diese Tatsache allein genügt, um die Notwendigkeit dieser unserer Regierungsbeteiligung zu beweisen.“ (Zitat bei Morsey 1960, S. 442; mit abweichender Formulierung aber sinngemäß identisch bei Schmalz 1934, S. 193 und Roloff 1961, S. 96) Weiter erklärt Klagges: „Als Vertreter der NSDAP in der braunschweigischen Regierung und zugleich im Namen von Adolf Hitler danke ich allen, die diese Lösung durch ihre Mitwirkung ermöglicht haben. Dieser Dank gilt neben den Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion dem Minister Dr. Küchenthal und den Gruppen der Fraktion Bürgerliche Einheitsliste, die in vorbildlicher Einmütigkeit und Loyalität zum Gelingen beigetragen haben.“ (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 146)

Kein Hinweis auf Zörner.

Die DNVP gibt (*im Unterschied zur DVP*) keine öffentliche Erklärung ab.

Eine entsprechende Notiz findet sich erst am 18.7.1932 im Werbeblatt der DNVP „Unsere Partei“.

Unter Verweis auf das Diensttagebuch von Hans Frank als Generalgouverneur in Polen vom 4.3.1940 weist Musial 1999 darauf hin, daß Frank/Zörner und nicht Klagges das größere Verdienst zugekommen sei, für die Einbürgerung Hitlers gesorgt zu haben. Frank habe im September 1939 mit Stolz erklärt, daß er (Frank) die Regierungsratsstelle für Hitler im „braunschweigischen Staatssenat durchlanciert“ habe. (ebd. S. 36) Morsey unterschätze die die Verdienste Zörners.

Hitlers Pressechef Otto Dietrich erwähnt in seinem 1934 erschienenen Buch „Mit Hitler an die Macht“ die fehlende Staatsbürgerschaft nicht. Das Zögern Hitlers wird damit begründet, daß er vermeiden wollte, gegen Hindenburg anzutreten. Er sei dazu aber aus taktischen Gründen gezwungen worden, um der Taktik Brünnings entgegenzutreten. (Dietrich 1934, S. 57-63)

In einem „Who Is Who“ von 250 Prominenten des Dritten Reichs vom Sommer 1934 heißt es im Artikel über Klagges: „Dietrich Klagges war es, der ungeachtet aller Drohungen und trotz heftigsten Widerstandes der Bürgerlichen eine Aufstellung Adolf Hitlers für die Reichspräsidentenwahl möglich machte, indem er ihm eine Regierungsratsstelle bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin übertrug, ihn damit zum braunschweigischen Staatsbürger und zum Reichsangehörigen machte. Diese Tat allein war mutig, revolutionär und für Deutschlands Zukunft entscheidend. Damit kann Dietrich Klagges das beglückende Gefühl haben, daß seine Hand einmal am Schalthebel der Weltgeschichte lag.“ (Vgl. Männer im Dritten Reich 1934, S. 122).

Zörner wird in derselben Publikation nur eine Nebenrolle mit dem Satz zugebilligt: „In die Amtszeit Zörners fiel die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat“. (ebd. S. 240)

Im Deutschen Führerlexikon 1934/35 heißt es im Artikel über Zörner: „maßgeblich beteiligt an der Einbürgerung des Führers in Braunschweig“ (S. 548). Im Artikel über Klagges findet dessen Rolle bei der Einbürgerung keine Erwähnung. (S. 231-232)

Die unterschiedliche Bewertung mag Zufall sein, könnte aber auch davon abhängen, welches wechselnde Standing die beiden im Verlauf des späteren Machtkampfes bei den jeweiligen Autoren hatten.

Roloff sen. schreibt dazu 1939 in „Tausendjähriges Braunschweig“ (S. 223f): „Am 25. Februar 1932 wurde Adolf Hitler zum Regierungsrat mit besonderer Vollmacht bei der braunschweigischen Reichsvertretung ernannt. Durch diese Einweisung in das Beamtenverhältnis eines deutschen Landes war auch die deutsche Reichsangehörigkeit erworben. So geschickt waren die vorbereitenden Maßnahmen durchgeführt worden, daß nicht einmal die rote Minderheit des braunschweigischen Landtages etwas davon wahrgenommen hatte. Natürlich ließ sie es nachher an belfernder Kritik nicht fehlen. Sie mußte sich jedoch sagen lassen, daß Braunschweig nichts als eine Anstandspflicht für das Deutsche Reich erfülle, wenn es einem Manne, der für Deutschland gekämpft und gelitten habe, endlich zu seinem Bürgerrecht ver helfe, und das um so mehr, als man es in Berlin an galizische Schieber bereitwilligst vergeben habe. So darf Braunschweig den 25. Februar 1932 mit goldenen Lettern in das Ehrenbuch der Stadtgeschichte schreiben.“

Hier haben wir das komplette Gegenstück zu Roloffs Einlassung von 1945, er habe im Haushaltsausschuß bewußt für die Streichung der Regierungsrat-Stelle plädiert, damit sie Hitler nicht zugewiesen werden könne. Die Formulierung „galizische Schieber“ erinnert fatal an den Ausdruck „Ostjude“, den Goebbels in seinem Tagebucheintrag vom 4.2.1932 verwendet hat.

Roloff wird allerdings später behaupten, daß er das letzte Kapitel des Buches, in dem das Zitat enthalten ist, nicht selber verfaßt, es vielmehr von der NS-Kreisleitung gestammt habe. Heimbs wird sich später mehrfach dem Argument der „Anstandspflicht“ anschließen.

Hartmann Lauterbacher, ab 1941 Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, schreibt 1984 in seiner Autobiographie „Erlebt und mitgestaltet“: „Zörner nun spielte bei der Einbürgerung Adolf Hitlers eine entscheidende Rolle, wenn auch für die Öffentlichkeit mehr hinter den Kulissen.“ (S. 52) Und weiter nach dem zutreffenden Hinweis, daß Hitler die Erlaubnis bekam, einstweilen seinen Wohnsitz in München beibehalten zu können: „Um so erstaunlicher ist, daß Adolf Hitler dennoch seinen offiziellen Wohnsitz nach Braunschweig verlegte. Sooft er nach Braunschweig kam, wohnte er im Börsenhotel, wo, ähnlich wie im Hotel Dreesen in Bad Godesberg, immer zwei Zimmer für ihn reserviert waren. Am 26. Februar 1932 erfolgte eine polizeiliche Abmeldung (sic!), und zwar im Hause Hohetorwall 7 II. Dort wohnte Zörner. Beide, Hitler und Zörner, gehörten zu einer Mentalitätsklasse und verstanden sich beinahe freundschaftlich. Von daher ist es durchaus verständlich, daß Zörner bei den Vorgängen um die Einbürgerung und Anmeldung aktiv beteiligt war.“ (S. 53) Abgedruckt sind auch die Anmelde- und Abmeldebescheinigungen Hitlers in Braunschweig im Faksimile (S. 54). Auch kennt er das Telegramm Hitlers an Zörner mit der Bitte, ihn als Untermieter anzumelden. Die

Abmeldung Hitlers bringt er in einen ursächlichen Zusammenhang mit Zörners Umzug nach Dresden

Lauterbacher, der sich immer noch als unbelehrbarer Nationalsozialist entpuppt, hat offenbar die Braunschweiger Vorgänge nur aus zweiter Hand erfahren. Immerhin hatte er Zugang zu einzelnen Dokumenten eher privater Art! Seine Darstellung über die Verbindung Frank – Zörner – Heimbs – Wessel ist im Kern korrekt. Möglicherweise hat er sie aus den bereits vorliegenden Veröffentlichungen wie z.B. dem Spiegel-Artikel von 1961 entnommen. Jedenfalls kommt in seiner Schilderung Zörner wesentlich besser weg als Klagges. Bei dem Machtkampf Klagges vs Zörner dürfte er, wenn bereits beteiligt, sicher auf Zörners Seite gestanden haben. Bemerkenswert ist der Hinweis auf die persönliche Nähe zwischen Hitler und Zörner, der das kleinbürgerliche Untermieterverhältnis erklärt. Vielleicht rührt die negative Beurteilung von Klagges aber auch aus der Rivalität. Seit Lauterbacher 1941 Gauleiter von Südhannover-Braunschweig wurde, war er auf unklare Art der Vorgesetzte von Klagges, der sich aber von einem Gauleiter aus Hannover nicht in sein Land hineinreden lassen wollte.

Die zeitgenössischen Kommentare sind sich einig in der Bedeutung, von Hitlers Einbürgerung. Sie streiten nur darüber, wem das eigentliche Verdienst zugekommen ist. In der Gesamtschau aller Details und Kommentare scheint Zörner und nicht Klagges und damit das Umfeld von Zörner (einerseits Frank, andererseits Heimbs) die entscheidende Figur gewesen zu sein. Heimbs war auch deshalb so wichtig, weil er in der Lage war, den Widerstand von Wessel und damit der gesamten braunschweiger DVP zu brechen.

Die Betonung der Bedeutung der Einbürgerung steht in krassem Gegensatz zu den Einlassungen etlicher Beteiligten auf Seiten der BEL nach 1945 wie Brandes, Heimbs, Küchenthal und Roloff, die deren Bedeutung angesichts der späteren Ereignisse als unbedeutend darstellen. Lediglich Klagges wird 1969 die Bedeutung der Einbürgerung weiterhin betonen. Boden wird 1945 erklären, daß er für den 25.2. auf Vermittlung eines Vorstandsmitglieds einer großen deutschen Bank zu einem Treffen mit Hitler und der Parteiführung eingeladen worden sei, um seinen künftigen Regierungsrat vorher kennenzulernen. Er habe die Einladung abgelehnt, um nicht korrumpiert zu werden bzw. sich in die Arme der Partei zu werfen. (Vgl. Aufzeichnungen vom 5.5.1945).

Wenn die Aussage stimmt: Wollte die NS-Führung sicher gehen, damit sich nicht in letzter Minute auch noch Boden quer legt?

Kontrovers wird die politische Bewertung der Einbürgerung in der Literatur bewertet. Roloff 1961, S. 99 schreibt dazu: Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig hat seinen Weg zur Macht weder beschleunigt noch hätte die Verweigerung ihn verzögern, aufhalten oder gar verhindern können.“ Ähnlich argumentieren Pollmann/Ludewig 1997, S. 559. Das Gegenargument lautet: Eine Verzögerung oder Verweigerung hätte Hitlers phänomenalen Aufstieg des Jahres 1932 gebremst, weil der Propagandaeffekt der zwei Wahlgänge ausgeblieben wäre, und Brüning bzw. den Verhandlungen über die Reparationen die Zeit gegeben, das Abflauen der Wirtschaftskrise und den Rückgang der Arbeitslosigkeit abzuwarten. Dies hätte

womöglich zu einem Popularitätsrückgang der NSDAP geführt, der sich mit der November-Wahl schon abzeichnete.

Warum ist Küchenthal nicht zurückgetreten bzw. hat mit seinem Rücktritt gedroht, um nicht unterschreiben und so die Verantwortung übernehmen zu müssen? Diese Möglichkeit nicht wahrgenommen zu haben, ist ihm von Brandes nach 1945 vorgeworfen worden. Laut Aussage des Sohns von Küchenthal 2014 waren dafür drei Gründe ausschlaggebend: Küchenthal hatte eine Familie mit 4 Kindern zu versorgen. Bei einem Rücktritt wäre er zwar an das Reichsfinanzministerium, von dem er beurlaubt war, zurückgefallen, hätte dann aber wieder in Berlin tätig sein müssen. Die Familie hat sich gegen den damit verbundenen Wohnsitzwechsel gestäubt (1). Auf Küchenthal wurde von der BEL Druck ausgeübt. Wenn Sie nicht unterschreiben, zerbricht die Koalition. Dann gibt es Neuwahlen mit großen Stimmenzuwächsen für die NSDAP. Diese Aussicht hatte die DVP mehr zu fürchten, da sie vermutlich die größten Stimmenverluste hätte hinnehmen müssen (2). Wenn wir uns gegen die Einbürgerung sperren, gibt es einen Putsch der SA (3). Dieses Argument hatte in Braunschweig besondere Zugkraft, weil die SA dort mit ihrem Großaufmarsch bereits ihre Stärke demonstriert hatte. Laut Küchenthal jun. ist die Variante Koalitionswechsel und Bildung einer neuen Mehrheit mit der SPD nicht diskutiert worden. Diese Aussage ist unglaubwürdig, da genau so in Thüringen zuvor verfahren worden ist. Dies hätte allerdings die BEL gesprengt, weil der Koalitionswechsel für die DVP, aber kaum für die DNVP eine Option war.

Küchenthal ordnet an, daß eine Personalakte zu Hitler angelegt wird, in die auch Dokumente aus dem Vorlauf der Ernennung aufgenommen werden. Die Akte beginnt mit dem 19.2.1932. (Bundesarchiv NS 26/5-8)

Zweiter Exkurs: Hitlers Personalakte

Die hier beginnende Geschichte von Hitlers braunschweiger Personalakte ist genauso mysteriös wie die anderer Akten, die Hitlers Biographie betreffen. Die im Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde, aufbewahrte Akte ist nur eine kompilierte Kopie und besteht aus vier Teilen, der Hauptakte und drei Beiakten (NS 26/5-8). Die ursprüngliche Hauptakte wurde im Staatsministerium angelegt und mit einem Deckblatt versehen. Die Beiakte 1 wurde in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin (ohne Deckblatt) angelegt und beginnt mit dem Vermerk Bodens über seine vertrauliche Besprechung mit Küchenthal. Die Beiakte 2 (mit eigenem Deckblatt) wurde im Landeskultur- und Vermessungsamt angelegt, weil dort die freie Planstelle verfügbar war, weil Hitler zunächst aus deren Etat bezahlt wurde und weil er erst anschließend zur Gesandtschaft versetzt wurde und damit dem Staatsministerium unterstand. Die Beiakte 3 (ohne Deckblatt) enthält Eingaben aus der braunschweigischen Bevölkerung den Regierungsrat Hitler betreffend (Bittbriefe u.a.). Ferner gibt es eine Sonder-sammlung Hitlers Einbürgerung (Zeitungsartikel u.a.) (R 1501/126136).

Ein weiteres Exemplar, bestehend aus zwei Akten (12 A Neu Fb 7 Nachtrag III Nr. 235a und 12 Neu Fb 7 III Nr. 235b/3) liegt im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel, womöglich als Kopie einer Kopie einer Kopie, so daß manche Blätter kaum mehr lesbar oder ganz unleserlich sind. Die erste Akte ist eine chronologisch geordnete Kompilation der Akte des Staatsministeriums (Hauptakte) und der Akte der Gesandtschaft (Beiakte 1), ergänzt um Presseartikel, die sich mit der Verbeamtung/Einbürgerung befassen. Sie ist im Internet einsehbar unter: kulturerbe.niedersachsen.de/viewer/image/isil_DE_1811-HA_STAWO_12_Neu_7_III_nr_235_a_1/1/LOG_0000/. Die zweite Akte ist die Akte des Landeskultur- und Vermessungsamts (Beiakte 2). Beide Akten haben ein unterschiedliches Deckblatt. Beiakte 3 und die separate Zeitungsausschnittsammlung sind in Wolfenbüttel nicht vorhanden. Vermutlich gibt es zwei weitere Kopien der gesamten Akte, die im Mai/Juni 1945 im Braunschweigischen Staatsministerium angefertigt worden sind und sich damals im Besitz der kurzzeitigen braunschweigischen Nachkriegsministerpräsidenten Schlebusch bzw. Kubel befunden haben. Über deren späteren Verbleib ist nichts bekannt.

Das Original der kompletten braunschweiger Personalakte befindet sich mit ziemlicher Sicherheit in einem Londoner Archiv. Schlebusch mußte das Original im Juni 1945 an die britische Besatzungsmacht aushändigen, nachdem er zuvor für den internen Dienstgebrauch heute als verschollen geltenden Fotokopien hat anfertigen lassen. Der Versuch, die Originale nach Braunschweig zurückzubekommen, ist 1954, sogar unter Einschaltung des Auswärtigen Amtes, ergebnislos verlaufen. Selbst darüber gibt es eine eigene Akte in Wolfenbüttel (4 Nds Zg. 27/1999, Nr. 154)

Daß dennoch heute in Berlin die vollständigen und in Wolfenbüttel die unvollständigen Personalakten in Kopie verfügbar sind, ist mehreren besonderen Umständen zu verdanken. Die daraus resultierende Geschichte der braunschweiger Personalakte Hitlers hat folgenden Verlauf:

Am 19.2.1932 wird im Braunschweigischen Staatsministerium eine Akte „Adolf Hitler, Regierungsrat“ angelegt. In diese Akte werden die zuvor im Volksbildungsministerium entstandenen Schriftstücke über den gescheiterten Versuch, Hitler zum Professor an der TH Braunschweig zu berufen, integriert (spätere Hauptakte). Nach der Abordnung Hitlers an die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin wird dort am 26.2.1932 eine weitere Akte angelegt, die mit Bodens Aufzeichnung über die Vereidigung Hitlers vom Vortag beginnt. Diese ist, soweit sie die Korrespondenz mit dem Staatsministerium beinhaltet, das Gegenstück zur offiziellen Personalakte im Braunschweiger Staatsministerium (spätere Beiakte 1). Ebenfalls am 26.2.1932 wird im Landeskultur- und Vermessungsamt, aus dessen Stellenplan die Regierungsrat-Stelle stammte, die mit Hitler besetzt wurde, eine zweite Personalakte „Personalakten betr. Regierungsrat Adolf Hitler“ (spätere Beiakte 2) angelegt. Dies war offenbar notwendig, da Hitler bis zum Ablauf des Haushaltsjahrs 1932 noch aus dem Etat des Landeskultur- und Vermessungsamt bezahlt wurde. Im Laufe des Jahres 1932 ist im Staatsministerium eine weitere Akte mit Eingaben aus der braunschweigischen Bevölkerung an den Regierungsrat Hitler angelegt worden (spätere Beiakte 3). Diese dürfte Hitler nie zu Gesicht be-

kommen haben. Ferner ist im Staatsministerium eine Sammlung von zeitgenössischen Zeitungsartikeln der braunschweiger und überregionalen Presse angelegt worden, die sich mit dem Thema Verbeamtung bzw. Einbürgerung befassen. Letztere ist im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde unter R 1501/126136 einsehbar.

Im Januar, kurz vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, hat die Braunschweigische Rechnungskammer eine Überprüfung der Tätigkeit Hitlers veranlaßt und zu diesem Zwecke alle Akten (Staatsministerium, Gesandtschaft, Landeskultur- und Vermessungsamt) angefordert. Dieser Anforderung ist ein zweimonatiger Vorlauf an Untersuchungen vorangegangen, um der Frage nachzugehen, ob der Regierungsrat eine Gegenleistung für sein Gehalt erbringt bzw. überhaupt dienstlich tätig ist. Die Akten wurden anschließend an die einzelnen Behörden zurückgesandt. Hitler war inzwischen bereits Reichskanzler. Auf diese Weise waren die Akten für einige Tage in Braunschweig vereinigt.

Es ist denkbar, daß bereits bei dieser Gelegenheit in Kopie eine komplette Akte, gegliedert nach Hauptakte und drei Beiakten, angefertigt worden und in der Rechnungskammer bzw. im Staatsministerium verblieben ist. Sicher ist auf jeden Fall, daß am 31.5. 1937 aus der Kanzlei des Braunschweigischen Staatsministeriums eine Kopie der kompletten Akte (Hauptakte, 3 Beiakten und vermutlich die Sammlung von Presseartikeln) an das Hauptarchiv der NSDAP in München abgegeben worden ist. Entweder ist die Kopie erst im Mai 1937 angefertigt worden oder man hat auf eine mögliche Kopie vom Januar/Februar 1933 zurückgegriffen. Dieser Abgabe ist eine, offenbar routinemäßige, Aufforderung des damaligen Fraktionsvorsitzenden der NSDAP im Reichstag und Reichsinnenminister, Wilhelm Frick vom 3.8.1936 vorangegangen, für die „Kampfzeit“ der NSDAP wichtige Dokumente dem Parteiarchiv in Kopie zukommen zu lassen. Im Falle Braunschweigs gehörten dazu die Personalakten Hitlers, die Personalakten Klagges und diverse andere Dokumente (12 Neu 13 Nr. 7664 „Verschiedenes“, Blatt 200). Damit kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, daß Klagges 1936/37 persönlich in den Vorgang eingeweiht war, womöglich sogar entschieden hat, welche Aktenstücke im Einzelnen nach München gehen.

Es kann also sein, daß erst im Mai 1937 die mittlerweile komplett in Braunschweig vorliegenden Akten zu der Hauptakte + 3 Beiakten kompiliert und dann kopiert worden sind. Demnach ist die Akte der Gesandtschaft, vermutlich nach deren Auflösung, nach Braunschweig ins Staatsministerium gewandert. Daß die Kopie der kompletten Akte in München angekommen ist, geht aus der Registriernummer des NS-Hauptarchivs (5569, 5569/1 – Vorlage von Hitlers braunschweiger Akte zur Vervielfältigung) hervor. Aus dieser Formulierung kann auch geschlossen werden, daß das Staatsministerium das komplette Original nach München geschickt hat und es dort kopiert wurde. Falls das so war, muß das Original wieder zurückgesandt worden sein. Das betreffe dann auch die angeforderten Personalakten von Klagges, die nach wie vor im Original in Wolfenbüttel (4 Nds Nr. 23, Zg 75/1995) liegen.

Irgendwann während des Krieges sind die Akten aus dem Braunschweigischen Staatsministerium nach Königslutter und von da ganz oder teilweise nach Bad Harzburg ausgelagert wor-

den, um sie vor der Vernichtung durch Bomben zu schützen. Etwa 14 Tage vor Kriegsende in Braunschweig (Ende März 1945) hat Regierungsdirektor Lehmann Klagges gefragt, ob Hitlers Personalakte (und andere wichtige Akten) vernichtet werden sollen, damit sie nicht „dem Feind“ in die Hände fallen. Dieser Anfrage lag ein Geheimbefehl des Reichsinnenministeriums zugrunde, so zu verfahren. Klagges hat entschieden, daß weder Hitlers Personalakte noch andere Personalakten vernichtet werden. Sein rationales Argument lautete, daß die Zeit zur Sichtung des kompletten Aktenbestands nicht mehr ausreiche, um zu entscheiden, welche Akten zu vernichten seien. Vielleicht hatte er auch ein persönliches Interesse, für die Zeit nach 1945 die Dokumentation seiner Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers zu erhalten. Womöglich sind dennoch einzelne Akten von untergeordneten Regierungsmitarbeitern vernichtet worden, um persönliche Verstrickungen zu vertuschen. Der Vorfall ist am 15.11.1947 aktenkundig geworden, als Klagges in der Strafsache gegen den ehemaligen ORR Ferdinand Goes vernommen wurde (62 Nds Fb 2 Zg. 8/1985 Nr. 447, Blatt 56).

Anfang/Mitte Mai 1945 sind die nach Königsutter bzw. Bad Harzburg ausgelagerten Aktenbestände nach Braunschweig zurückverlagert worden. Auf diese Weise ist auch die komplette Personalakte Hitlers ins Staatsministerium zurück gekommen. Letztere ist mehreren Ministerialen, u.a. Regierungsbaurat Herrl, der die Rückverlagerung organisiert hat, Min. Sekretär Jeimke und Amtmann Erich Plagge, aufgefallen, die sich bei Befragungen 1953 unabhängig von einander daran erinnern. Als Schlebusch am 19.5.1945 nach der Akte fragt, hat sie bereits im Miniisterium vorgelegen haben bzw. konnte rasch beschafft werden.

Im Juni verlangt die britische Militärregierung (Group-captain Hicks), die inzwischen die Amerikaner im Land Braunschweig abgelöst hat, von Schlebusch die Aushändigung von Hitlers Personalakte. Bevor Schlebusch dem Verlangen entspricht, geht er die Akte zusammen mit ORR Grupe durch und läßt mindestens zwei Kopien anfertigen. Eine ist für Schlebusch, eine weitere für seinen Nachfolger Kubel bestimmt. Besonders wichtige Blätter der Akte kommen in den Panzerschrank. Der Verbleib dieser Kopien ist ungeklärt. Anschließend wird das Original an Hicks augehändigt, der es an einen Mr. Bartlett vom britischen Sicherheitsdienst in Braunschweig weiterreicht. Von dort ist die Akte nach London geschickt worden - laut Erinnerung des Zeugen Grupe vom 20.2. 1954 auf Verlangen von Churchill. Die Aktenübergabe wird von Jeimke und Plagge am 3.12.1953 bestätigt (alle Protokolle der Befragungen in 4 Nds Zg 27/1999 Nr. 154). Seitdem ist das Original nicht mehr auffindbar.

Schlebusch hat am 20.2.1954 unter Einschaltung des britischen Residenten in Braunschweig, Mr. Brown, den Versuch unternommen, das Original aus London zurückzubekommen und dazu am 26.2.1954 auch noch das Auswärtige Amt in Bonn mit der Bitte um Amtshilfe eingeschaltet. Das AA hat am 7.4.1954 abgewiegelt und die Amtshilfe verweigert. Am 21.9.1954 hat Brown abschließend Schlebusch mitgeteilt, daß Nachforschungen nach dem Verbleib der Akte in London ergebnislos geblieben seien. Dies war womöglich eine diplomatische Antwort. Damit hat Schlebusch seine Bemühungen eingestellt. Es spricht alles dafür, daß die Akte nach wie vor in einem Londoner Archiv liegt.

Daß dennoch deren Kopie überliefert ist, ist einem ganz anderen Umstand zu verdanken. Als die US Army im Mai 1945 München besetzt, beschlagnahmt sie das NS-Parteiarchiv (und damit die Kopie von Hitlers braunschweiger Personalakte). Ein Versuch, in letzter Minute noch die zentrale Mitgliederkartei der NSDAP zu vernichten, wird vereitelt. Der komplette Bestand des NS-Parteiarchivs wandert in das nach Kriegsende von den Amerikanern in Berlin gegründete Document Center. Nach langen Verhandlungen werden dessen Bestände 1994 dem Bundesarchiv übergeben, nachdem zuvor Kopien für die National Archives in Washington D.C. angefertigt worden sind. 1996 wird in Berlin Lichterfelde die Außenstelle des Bundesarchivs eröffnet ausgerechnet auf dem Kasernengelände der ehemaligen „Leibstandarte Adolf Hitler“. Seitdem ist die Kopie von Hitlers kompletter braunschweiger Personalakte aus dem NS-Parteiarchiv, so wie sie spätestens 1937 im Braunschweigischen Staatsministerium angefertigt worden ist, dort einsehbar. Eine Kopie dieser Kopie ist in Washington D.C. verfügbar!

Nach Braunschweig bzw. ins Staatsarchiv Wolfenbüttel ist eine Kopie eines Teils der Akte aber bereits früher gelangt. 1959 recherchiert der Bonner Historiker Rudolf Morsey im Berliner Document Center und stößt dabei auf die Kopie der Personalakte Hitlers, um sie für seine kommentierte Dokumentation „Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat“ (Morsey 1960) auszuwerten. Im Zuge seiner Recherchen wendet er sich Ende 1959 auch an den damaligen Leiter des Staatsarchivs in Wolfenbüttel, Hermann Kleinau mit der Anfrage, ob in Wolfenbüttel Akten bezüglich der Einbürgerung Hitlers liegen. Kleinau fragt darauf selber beim Präsidium (ehemals Staatsministerium) ohne Ergebnis nach. Daraus entwickelt sich ein intensiver Briefwechsel zwischen Kleinau und Morsey, bei dem die Akteure unterschiedliche Ziele verfolgen. Morsey räumt ein, die Personalakte im Document Center eingesehen und kopiert zu haben und möchte mit Hilfe von Kleinau Küchenthal befragen, der zögert und schließlich nur dank der Vermittlung zu einem Gespräch Anfang 1960 im Dienstzimmer von Kleinau bereit ist. Kleinau möchte von Morsey die Akte für sein Archiv, was dieser zunächst verweigert. Erst als der Aufsatz von Morsey in der Nr. 4/1960 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte erschienen ist, ist Morsey bereit, seine Kopie der Kopie aus dem Document Center bzw. eine Kopie seiner Kopie der Kopie zukommen zu lassen.

Allerdings – hier offenbart sich ein noch ungelöstes Rätsel der Geschichte – überläßt Morsey Kleinau nicht eine Kopie der gesamten Akte, so wie sie jetzt in Berlin verfügbar ist, sondern nur die Kopie der Hauptakte (Staatsministerium) und der Beiakte 1 (Gesandtschaft). Außerdem hat er, wie er selber berichtet, beide chronologisch zu einer kompiliert und dazu offenbar auch noch Zeitungsausschnitte aus der die Einbürgerung betreffenden Sammlung einsortiert. Alles verbirgt sich hinter dem Titelblatt der Akte aus dem Staatsministerium, ohne daß die Kompilation erkennbar ist. Dieser Umstand ist offenbar auch Kleinau entgangen, obwohl eine genaue Durchsicht hätte erkennen lassen, daß mit der Akte nicht alles stimmen kann. Wieso beginnt sie z.B. mit einem Zeitungsartikel, der mit dem Verwaltungsvorgang nur marginal zu tun hat? Unklar ist auch, warum Kleinau, nachdem er von dem Aktenfund erfahren hat, sich nicht selber um eine Kopie im Document Center bemüht hat, sondern auf die Kopie von Morsey so erpicht ist.

Daß Morsey die Beiakte 2 (Landeskultur- und Vermessungsamt) und die Beiakte 3 (Eingaben) in Berlin nicht eingesehen hat, ist schwer vorstellbar, da sie bereits 1937 in der gesamten Ordnung im Staatsministerium vorgelegen und von da als Kopie ins Parteiarchiv und von dort ins Dokument Center gewandert ist. Es macht auch nicht viel Sinn, wenn Morsey die Existenz von Beiakte 2 und 3 (und der Zeitungsartikel-Sammlung) dem Kleinau verschwiegen hätte, weil darin keine besonders brisanten Zusatzinformationen zu finden sind, die Morsey ggf. für einen weiteren Aufsatz aufsparen wollte. Theoretisch denkbar ist allenfalls, daß im Zuge der mehrmaligen Verlagerungen die komplette Akte vor 1959 auseinandergepflückt und erst später wieder vereinigt worden ist.

Erst 1997 ist als Zugang 42 eine Kopie der Kopie der Beiakte 2 (Landeskultur- und Vermessungsamt) nach Wolfenbüttel gelangt. Auf dieser Kopie ist ein Aufkleber des Bundesarchivs Berlin sichtbar. Vermutlich hat ein Mitarbeiter des Staatsarchivs diese Kopie angefordert, als sich herausgestellt hat, daß die in Wolfenbüttel liegende Kopie unvollständig ist. So erklärt sich, warum es in Wolfenbüttel zwei, in Berlin aber nur eine braunschweiger Personalakte Hitlers gibt. Unvollständig und mißverständlich ist die Wolfenbütteler Version aber bis heute, weil Beiakte 3 und Zeitungsausschnittsammlung immer noch fehlen und weil Morseys Kompilation nicht wieder auseinandersortiert worden ist, um klar zu machen, was zur Akte des Staatsministeriums, was zur Akte der Gesandtschaft gehörte und was bloße Sammlung von Zeitungsausschnitten war. Ärgerlich ist zudem, daß durch das mehrfache Kopieren mit schlechter Technik etliche Blätter, gerade auch die handschriftlichen, kaum oder gar nicht mehr lesbar sind. Daß der ganze Konvolut auch noch ins Internet gestellt wurde, macht die Sache nicht besser, da so eine manipulierte Akte durch die Welt geistert.

Auch wenn der gesamte Inhalt der Akte zugänglich ist und die Geschichte der Akte hier im Wesentlichen rekonstruiert wurde, bleiben offene Fragen:

Warum hat Hitler die Akte nicht 1933, als er die Macht dazu hatte, aufgrund des kompromittierenden Inhalts an sich gebracht? Im Falle seiner österreichischen Militärpapiere hat er es 1938 nachweislich vergeblich versucht. Im Falle seiner bayerischen Militärpapiere soll er erfolgreich gewesen sein.

War die Kopie für das NS-Parteiarchiv 1937 wirklich nur einer reiner Routine-Vorgang? Oder hat jemand damit doch eine politische Absicht verfolgt, indem er ein Dossier über Hitler anlegen wollte. Ein schwaches Indiz in diese Richtung ist, daß es nur in Braunschweig, nicht aber in München einen Aktenmvermerk über die Anfertigung und Absendung der Kopie gibt. Aus München ist nur die Registriernummer des Vorgangs erhalten. Hat womöglich jemand das diesbezügliche Dokument doch noch kurz vor der Beschlagnahme durch die Amerikaner vernichtet?

Warum hat Klagges kurz vor Kriegsende befohlen, daß die Akte trotz des befehlsgemäß handelnden Ministerialen nicht vernichtet wird? Was bezweckte er mit dem expliziten Befehl, Hitlers Personalakte nicht zu vernichten? Warum hat er nicht befohlen, daß seine eigene Personalakte vernichtet wird? Oder hat er es nicht getan, weil er wußte daß die Kopie

von Hitlers wie seiner eigenen Personalakte 1937 in Parteiarchiv gelangt ist und Ende März 1945 nicht abschätzen konnte, ob diese Akten dort vernichtet werden würden.

Was bezweckten Schlehbusch bzw. Kubel 1945 mit ihren als verschollen geltenden Kopien? Wo sind diese jetzt?

Warum haben sich die Londoner Behörden geweigert, das Original der Akte zurückzugeben?

Warum war Kleinau 1959/60 so erpicht auf die Akte? Hatte er wirklich nur ein archivalisches Interesse oder wollte er womöglich Küchenthal bei dessen Rehabilitierungsversuchen unterstützen, indem er die Akte und damit Belege für die Verantwortlichkeit Küchenthals für Hitlers Einbürgerung nach Erhalt unter Verschluss hätte nehmen können? Kannte er die Akte womöglich aus der Zeit vor 1945? Die Biographie Kleinaus weist immerhin starke Parallelen zu Küchenthal auf. Kleinau war wie Küchenthal Jurist, in seiner Jugend Mitglied des Jungdeutschen Ordens, als Student Mitglied einer Schlagenden Vewrbindung und offenbar deutschnational eingestellt. Seit 1937 war er Mitglied der NSDAP. Sein Aufnahmeantrag (1934?) wurde nach dem Aufnahmestopp wegen der vielen Märzgefallenen lange zurückgestellt. Er wurde 1938 Leiter des Staatsarchivs in Wolfenbüttel und ist am 9.5.1939 von Hitler persönlich zum Staatsarchivdirektor ernannt worden. Klagges hat Kleinau mit der Leitung des Staatsarchivs betraut, Kiesel hat ihn in sein Amt eingeführt. Mit Kriegsbeginn wurde Kleinau im Rang eines Leutnants zur Wehrmacht eingezogen und bis zum Hauptmann befördert. Nach einer Verwundung ist er vom Oktober 1940 – 15.8.1941 wieder im Archiv tätig gewesen, um bis zum Kriegsende wieder der Wehrmacht anzugehören. Nach Kriegsende blieb er bis zum 16.7.1946 in Kriegsgefangenschaft. Seine Bitte um Wiedereinstellung wurde aufgrund des laufenden Entnazifizierungsverfahrens zurückgestellt. Am 25.9.1947 wurde er von der Spruchkammer in Kategorie III eingestuft. Als Gründe wurden seine Parteimitgliedschaft von 1937-1945 und die Zugehörigkeit zu anderen NS-Organisationen angegeben. Seiner Berufung wurde nach langen Verhandlungen und vielen Persilscheinen (mit Hilfe von Anwalt Grünkorn, der auch Klagges in seinem Prozess vertreten hat) erst am 19.11.1948 stattgegeben und er auf Kategorie V zurückgestuft. Insofern könnte es sein, daß Kleinau und Küchenthal sich seit 1938 kannten, mindestens durch eine Gesinnungsgemeinschaft und den zeitgleichen Kampf um die Wiederbeschäftigung verbunden waren. Mindestens einmal hat Kleinau (etwa 1951) Küchenthal um Hilfe beim Neubau des Staatsarchivs in einem sehr persönlichen Schreiben (per Du) gebeten. Wenn die Vermutung zutrifft, dann hat Kleinau nach 1945 zur Fraktion Küchenthal und nicht zur Fraktion Roloff gehört, die sich im Zuge der Entnazifizierungsverfahren gebildet haben.

Aus dem Nachlass Kleinau (300 N 40a u. 56), der bezüglich der persönlichen Dokumente offenbar gesäubert worden ist, geht nicht hervor, warum Kleinau wie Küchenthal zunächst in Kategorie III eingestuft worden sind. Möglicherweise hat seine Tätigkeit im Krieg (Griechenland-Einsatz) eine Rolle gespielt.

Warum hat Morsey die Details seines Aktenfunds Kleinau verschwiegen?

Exkursende

26.2.1932

Hitler telegraphiert um 12.45 Uhr an die Staatsregierung: „Ernennungsurkunde erhalten. Nehme an, Adolf Hitler“; Küchenthal leitet das Telegramm an Klagges weiter, der den Empfang am 27.2. gegenzeichnet.

Boden bestellt Hitler „unverzüglich“ zwecks Ableistung des Diensteides in die Gesandtschaft.

Hitler wird auf der Gesandtschaft, Lützowstraße 11, durch Boden vereidigt: „Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

Damit hat Hitler einen Eid auf die Weimarer Verfassung geleistet, obwohl er in seiner Propaganda das „System von Weimar“ bekämpft. Seine anschließende Untätigkeit als Regierungsrat macht deutlich, daß er den Eid in keiner Weise ernst nimmt.

Er wird anschließend in seine Dienstgeschäfte eingewiesen. Boden macht darüber gegenüber der Staatsregierung Meldung.

Hitler bittet anschließend um Urlaub, der ihm gewährt wird.

Offenbar mit dem Hinweis, daß dieser Antrag auch schriftlich zu stellen ist. Boden läßt nichts aus, um seine Autorität gegenüber Hitler zu wahren. Hitler pariert, indem er sein Gesuch schriftlich wiederholt. Das Gebäude der Gesandtschaft existiert nicht mehr. Ein Foto ist in den Braunschweiger Neuesten Nachrichten vom 28.2.1932 abgedruckt. Es gibt auch ein Foto, auf dem der Moment festgehalten wird, in dem Hitler triumphierend mit seiner Entourage das Gesandtschaftsgebäude verläßt.

Boden fertigt einen ausführlichen Vermerk (8 Schreibmaschinenseiten) über das Gespräch mit Küchenthal vom Vortag: Berufung Hitlers sei nicht in Frage gekommen wegen mangelnder akademischer Vorbildung und Befürchtung, daß seine Berufung Unruhe in die Hochschule bringen würde. Stattdessen sei die Ernennung zum Regierungsrat vorgesehen. Eine Ernennung Hitlers zum Stellvertretenden Gesandten beim Reichsrat käme nicht in Frage. Schließlich geht es um Details eines Arbeitszimmers für Hitler, für das in der Gesandtschaft kein Platz sei, und um die Hierarchie – ob Hitler selbständig arbeite, Boden ihm weisungsbefugt sei oder er zumindest von Hitler über seine Aktivitäten informiert werden müsse.

Offenbar erkennt Boden die Bedeutung des Vorgangs und will sich durch das interne Protokoll für alle Fälle absichern. Offenbar geht er davon aus, daß Hitler tatsächlich sein Amt ausüben wird. Anfang Mai 1945 wird Boden einen zweiten Vermerk über den Vorgang mit einem ganz anderem Tenor verfassen. Demnach soll Hitler anläßlich der Vereidigung betont haben, sich besonders für die Automobilindustrie – Büssing – einsetzen zu wollen. Also spielt auch Boden ein doppeltes Spiel. Ruben (2004), die diese Behauptung aufstellt, stützt sich offenbar auf die Quelle Boden.

Hitler telegraphiert an Zörner mit der „Bitte“, ihn als Untermieter bei sich anzumelden: Adresse in Braunschweig, Hohetorwall 7 II; Beruf „Regierungsrat“; zuständiges Finanzamt München ohne Angabe des Münchener faktischen Erstwohnsitzes am Prinzregentenplatz 16/II.

Dem Telegramm dürfte ein Telephonat zwischen Hitler und Zörner vorausgegangen sein. Vielleicht hat Zörner Hitler sogar angeboten, ihn als Untermieter aufzunehmen. Dies ist darauf zurückzuführen sein, daß Hitler sich pro forma polizeilich in Braunschweig melden mußte, da nur so das eigentliche Ziel des Manövers, die Einbürgerungsurkunde, zu erhalten war. München (tatsächlicher privater Wohnsitz) oder gar Berlin (als naheliegender Wohnsitz) kamen nicht in Frage, da Hitler weder in Bayern noch in Preußen zum Beamten ernannt worden war. Insofern verfügte Hitler seitdem über diverse Lebensmittelpunkte: Die private Münchener Wohnung am Prinzregentenplatz, wo er sich selten aufgehalten hat; den offiziellen braunschweiger Wohnsitz als Untermieter, wo er sich nie aufgehalten hat, aber eingebürgert worden ist; den berliner Dienstsitz bei der Braunschweigischen Gesandtschaft, die er nach der Vereidigung nie mehr betreten hat, und die Suite im berliner Hotel Kaiserhof, wo er auf Parteikosten inklusive Gesinde häufig logiert hat.

Die Bitte, als Untermieter aufgenommen zu werden, muß Hitler als weitere peinliche Zumutung empfunden haben. Andererseits hatte er aus seiner Wiener und Münchener Zeit reichlich Erfahrung als Untermieter. Insofern war ihm die Lösung vertraut und naheliegend. Zörner hat umgekehrt die Chance gewittert, sich nochmals bei seinem „Führer“ verdient zu machen. Aus dem Telegramm geht jedenfalls hervor, daß Zörner, wahrscheinlich unverzüglich noch am selben Tag, persönlich zum Einwohnermeldeamt bzw. Polizeipräsidium gegangen ist, um Hitler als seinen Untermieter anzumelden. Daß Hitler bei Zörner und nicht bei Klagges oder einem dritten Parteigenossen zur Untermiete gemeldet wurde, ist entweder taktisch zu deuten, weil eine Anmeldung bei Klagges, der zugleich seine Anstellungsurkunde gegengezeichnet hat, als zu dreist empfunden wurde, oder deutet darauf hin, daß Hitler aufgrund der für ihn blamablen Umstände der Einbürgerung mehr Vertrauen zu Zörner als zu Klagges entwickelt hat. Auch dieses Detail könnte Klagges ein Dorn im Auge gewesen sein.

Der Vorgang macht jedenfalls die kleinbürgerliche Welt deutlich, aus der der künftige „Führer“ Deutschlands stammte, und welche grotesken Vorkehrungen ihm in den Sattel verholfen haben. Hitler wurde 1932 Untermieter des verkrachten Kaffeekaufmanns Zörner, der selbst noch den elterlichen Besitz verspielt hatte und im ehemaligen elterlichen Haus nur als Mieter unter dem Dach wohnte. Nach 1933 sollte Hitler zahlreiche luxuriös ausgestattete Residenzen, Dienstwohnungen, Führerhauptquartiere, Bunker und ständig reservierte Suiten in diversen Hotels (z. B. das Hotel Elephant in Weimar) neben seiner Privatwohnung in München und dem Berghof + Teehaus in Berchtesgaden zur Verfügung haben. 1932 war noch eine nur zum Schein gemeldete Untermiete in einer Dachwohnung bei einer fünfköpfigen Familie nötig, um Deutscher werden zu können. Ob er sich in München regelrecht abgemeldet hat, ist nicht bekannt.

Hitler war bis zum 16.9.1933 offiziell Untermieter bei Zörner. Hitler dürfte die Wohnung nie betreten haben. Er hat bei seinen späteren Besuchen in Braunschweig immer im Hotel und nie in seinem Untermieterzimmer gewohnt.

Dritter Exkurs: Die Verbindung zwischen Zörner und Heimbs

Das Vorkriegsgebäude auf dem Grundstück Hohetorwall Nr. 7 existiert nicht mehr. Es ist am 15.10.1944 den Bomben zum Opfer gefallen. Es bestand aus einem zweigeschossigen Vorderhaus + Dachgeschoß mit einem rückwärtigen Seitenflügel und diversen Nebengebäuden im hinteren Teil des Grundstücks. Aus dem Braunschweigischen Adressbuch und den Bauakten geht hervor, daß Ernst W. Zörner sen. (Kolonial- und Materialwarenhandlung, Kaffee-Rösterei, Gördelingerstr. 48, am 15.10.1944 durch Bomben zerstört) von 1913 bis zu seinem Tod 1917 der Eigentümer der Immobilie ist. Die Familie wohnt im Erdgeschoß. Seitdem firmiert die Erbgemeinschaft bzw. die Witwe Luise Zörner, geb. Heindl, als Eigentümerin. Inhaber der Firma, Gördelingerstr. 48, sind 1919 Luise Zörner, geb. Heindl, Moritz Heindl, Fritz Zörner und Karl Heimbs. 1920 ist erstmals Ernst Zörner jun. im Erdgeschoß des Hohetorwalls 7 gemeldet. Im 1. Stock wohnt seit 1920 der Kaufmann K. Heimbs, später auch als C. Heimbs bezeichnet, der 1906 Helene Zörner, die Schwester von Ernst Zörner, geheiratet hat. Ab 1924 ist der Prokurist Walter Zörner, verheiratet mit Margarete Zörner, geb. Grünhage, im Erdgeschoß gemeldet.

1922 macht sich Zörner jun. in Braunschweig mit Kaffeeversand und Kaffeerösterei im Steinweg 35/36 und ab 1925 in der Fallersleberstraße 5 unter dem Firmenlogo Mohr im „Z“ selbständig. Im Frühjahr 1926 trägt er einen Rechtsstreit mit der Stadt Braunschweig aus, ob er in einer Laube auf dem Grundstück sein KFZ unterstellen darf, da ihm die finanziellen Mittel für den Bau einer Garage fehlen. Dies wird ihm untersagt und mehrfach polizeilich überprüft. (*Offenbar hat Zörner das Verbot immer wieder mißachtet.*) 1927/28 ist Ernst Zörner jun. nach seiner Heirat mit Luise (Hanneliese) Zörner, geb. Seydelmann in den 2. Stock (Dachgeschoß) umgezogen. Für den 15.5.1927 gibt es einen Hinweis, daß K. Heimbs das Seitengebäude nutzt. 1929 ist Heimbs mit seiner Familie ausgezogen und wohnt seitdem Am Fallerslebertore 6 als Mieter in zwei Etagen. Dieses Gebäude gehört F. v. Fischer-Treuenfeld, Rittergutsbesitzer in Dederstedt. Später kauft Heimbs die Immobilie und wohnt dort bis zu seinem Tod 1972. 1930 wohnt die Witwe Luise Zörner im Hohetorwall Nr. 7 allein im Erdgeschoß und Ernst Zörner jun. mit seiner Familie weiterhin im Dachgeschoß. Spätestens ab dem 13.8.1930 gehört das Grundstück dem Optiker Willy Witzel, der das Erdgeschoß bewohnt. Der Untermieter Hitler im Dachgeschoß ist weder 1932 noch 1933 im Adressbuch eingetragen. (Absicht oder Versäumnis?) 1933 wohnt Zörner jun. immer noch im 2. Stock. 1934 ist er nicht mehr gemeldet. Am 13.8.1935 nimmt Witzel einen Umbau im Seitengebäude vor und läßt im November 1935 eine Garage errichten. (Braunschweigisches Adressbuch 1917-1934; Bauakten im Stadtarchiv Braunschweig E 63 II H Nr. 208; Strafverfahren gegen

Zörner D VIII: 12). Heute befindet sich auf dem Grundstück ein Nachkriegsneubau. Die derzeitigen Bewohner wissen auf Befragung nichts von der Vorgeschichte.

Aus diesen fragmentarischen Hinweisen kann der Schluß gezogen werden, daß Haus und Grundstück seit 1913 Ernst Zörner sen. (1856-1917) gehört haben. Nach dessen Tod 1917 erbt seine Witwe Luise (bzw. die Kinder) die Immobilie und bewohnt das Erdgeschoß. Die anderen Wohnungen sind vermietet. Das Nebengebäude wird von einem Institut der Konservenindustrie genutzt. Zörner jun. kehrt 1919/20 aus dem Krieg zurück und zieht bei seiner Mutter im Erdgeschoß ein. 1922 macht er sich im Steinweg 35/36 (vermutlich geerbt) und ab 1924, nachdem er 1923 die Häuser an Ferdinand Eichhorn bzw. dessen Teilhaber Heimbs verkauft hat, in der Fallersleberstr. 5 selbstständig. Zörner jun. scheint permanent in finanziellen Schwierigkeiten, verfügt 1926 aber immerhin über einen PKW (Geschäftsfahrzeug?). 1929 zieht die Familie Heimbs in eine bessere Wohnung, weil Heimbs geschäftlich viel erfolgreicher als Zörner ist. Nach dem Tod der Mutter Luise (1930) und aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Wirtschaftskrise haben die Zörners die Immobilie verkauft. Der Prokurist Walter Zörner ist ausgezogen, Ernst Zörner jun. ist weiter als Mieter im 2. Stock bis zu seinem Umzug 1934 nach Dresden wohnen geblieben. Heimbs hat möglicherweise das Seitengebäude zeitweilig für seine Firma genutzt.

Die Umstände, daß Heimbs und Zörner 1920-1929 im selben Haus wohnen, Heimbs zeitweilig Teilhaber der Firma Ernst Zörner & Co., Gördelingerstr. 48 (gegründet 1896), ist und Zörner jun. die Häuser Steinweg 35 und 36 an Heimbs bzw. die Firma Ferdinand Eichhorn verkauft, deuten auf diverse persönliche Beziehungen. Im Licht dieser Vorgeschichte ist es nicht verwunderlich, daß Zörner einen sehr engen Bezug zu Heimbs hatte und es nicht schwergefallen sein dürfte, Heimbs dafür zu gewinnen, sich für die Einbürgerung Hitlers bei seinen Parteifreunden zu verwenden. Möglicherweise fühlte Heimbs sich Zörner sogar verpflichtet, da er dessen Schwester geheiratet hat, zeitweilig mit seiner Familie im Haus der Zörners wohnte und zeitweilig als Teilhaber in das Zörnersche Stammhaus eingestiegen ist. Vielleicht war Zörner auch der Pate von Ernst Heimbs. Die Mitgliedschaft von Heimbs sen. und jun. in der NSDAP deutet ebenfalls auf politische Nähe. Ernst Heimbs (1907-1968) mußte im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner als Zeuge aussagen. Vermutlich haben Zörner und Heimbs schon lange vor dem 17.2.1932 im Parkhotel mehrfach über das Staatenlosigkeitsproblem Hitlers gesprochen. Dies deutet Heimbs später in seiner Zeugenaussage im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal an.

Falls es bereits die Rivalität Zörner – Klagges gab, dürfte Heimbs auch klar gewesen sein, daß er helfen kann, den wirtschaftlich gescheiterten Zörner in der Gunst Hitlers aufsteigen zu lassen und so dessen politische Karriere zu befördern. Heimbs dürfte schon seine Zustimmung signalisiert haben, bevor das offizielle Treffen mit Frank im Parkhotel stattfand. Ein Treffen in den Geschäftsräumen von Heimbs ein paar Häuser gegenüber wollte man vielleicht aus Diskretionsgründen vermeiden. Vielleicht hat sich Heimbs klammheimlich auch eigene Vorteile für alle Fälle versprochen.

Es spricht einiges dafür, daß in der Connection Frank-Zörner-Heimbs-Wessel der Schlüssel liegt, warum die Einbürgerung Hitlers trotz des Widerstands der DVP am Ende in Braunschweig zustande gekommen ist. Als der Deal 1961 durch den Spiegel aufgedeckt wurde und Zörner, der seit 1945 als verschollen gilt, nicht mehr befragt werden konnte, hat Heimbs eine harmlose Version der Geschichte verbreitet. Jedenfalls hat er die engen verwandschaftlichen, häuslichen und geschäftlichen Beziehungen bei seiner Stellungnahme 1961 nahezu unerwähnt gelassen.

Exkurs – Ende

Der Ausweis der Staatsangehörigkeit im Freistaat Braunschweig des Regierungsrats Adolf Hitler ist auf den 26.2.1932 datiert und vom Polizeipräsidium Braunschweig gegen 1,50 RM Stempelsteuer, 3,50 RM Gebühren und 1,40 + 0,82 + 0,30 RM Auslagen = 7,52 RM ausgestellt.

Erst jetzt ist das eigentliche Ziel der mehrwöchigen Bemühungen erreicht, in die nahezu alle Vertreter der politische Klasse Deutschlands als Befürworter, Gegner oder zögerliche Taktierer involviert waren. Die Auslagen betreffen die Portokosten, da der Ausweis Hitler wie die Ernennungsurkunde per Post ins Hotel Kaiserhof, Berlin, zugestellt worden ist. Bezahlt haben dürfte Zörner. Klagges behauptet 1969, man habe die Urkunde per Post versandt und nicht persönlich überreicht, um dem Vorgang den Anschein der Normalität zu verleihen.

*Auch wenn Hitler der Staatsangehörigkeitsausweis ausgestellt wurde und er insofern Deutscher wurde, so war der gesamte Vorgang doch ein illegaler Akt, da Hitler durch die Nichtwahrnehmung der Beamtenstellung demonstrierte, daß es sich um ein Scheingeschäft gehandelt hat. Insofern war die Voraussetzung zur Verbeamtung und damit auch zur Einbürgerung über den § 14 nicht erfüllt. In einem staatsrechtlichen Sinne ist Hitler damit **nicht** Deutscher geworden, sondern Straatenloser geblieben.*

Die Erklärung von Klagges, die am Vortrag in den Versammlungen verlesen wurde, wird in Auszügen in der Braunschweigischen Landeszeitung unter dem Titel „Die Koalition fester denn je! Dankende Anerkennung des Ministers Klagges“ abgedruckt. Darin heißt es: „Die Tatsache der Berufung Adolf Hitlers in den braunschweigischen Staatsdienst, die zugleich seine Einbürgerung zur Folge hat, beweist, daß die braunschweigische Regierungskoalition sich bewährt hat und, allen marxistischen Angriffen zum Trotz, fester und stärker dasteht, als jemals zuvor.“

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet über den Ernennungsvorgang und betont: „Die braunschweigische Eidesformel ist von besonderer Ausdrücklichkeit und verpflichtet die zum braunschweigischen Beamten ernannte Persönlichkeit sehr stark, alle Pflichten und Obliegenheiten eines Beamten mit größter Treue und Sorgfalt zu erfüllen.“ Der Völkische Beobachter wird in dem Artikel zitiert: „Mit der Einbürgerung Hitlers ist eine Selbstverständlichkeit endlich Tatsache geworden. Daß es möglich war, daß ein Mann, der vier Jahre lang

stündlich sein Leben für den Staat einsetzte, von diesem nicht einmal als Bürger anerkannt wurde, bleibt für immer eine Ungeheuerlichkeit des liberalistischen Paragraphenstaates. Wir betrachten die Einbürgerung Hitlers als eine allerdings späte Genugtuung für eine Unterlassung, die von 20 Millionen Deutschen täglich als Beleidigung und Schmach empfunden wurde. Wir beglückwünschen deshalb das Land Braunschweig, daß es gerade seine Regierung ist, die eine 17jährige Schmach für den deutschen Namen wieder gutzumachen sucht. Wir sehen in der Maßnahme der braunschweigischen Regierung allerdings nur eine äußere Formalität, denn in unserem Herzen ist Hitler längst der erste deutsche Staatsbürger.“

Die Wolfenbütteler Zeitung vertritt die Linie der DVP. Offenbar ist nochmals der gut informierte Autor am Werk. Hitler wird ermahnt, sein Amt auch wirklich auszuüben. Daß der Völkische Beobachter zitiert wird, läßt sich als indirekte Begründung interpretieren, warum die Einbürgerung sachlich gerechtfertigt ist. Nach 1945 werden alle beteiligten Steigbügelhalter dieses Argument benutzen, um sich bzw. untereinander einen Persilschein auszustellen.

Ähnlich argumentiert ein Artikel in der Nationalliberalen Correspondenz Nr. 40 „Regierungsrat Hitler“. „In Übereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die braunschweigische Staatsregierung Herrn Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen und wird ihn bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigen, wo er ausschliesslich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen in weitestem Umfange zu sorgen, namentlich sich auch für die Sicherung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Die jetzige Lösung schliesst jeden Zweifel an den ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung aus, Herrn Hitler mit einem Amt zu betrauen, daß er nutzbringend auch für das Land ausüben kann. Es liegt die Erklärung des Herrn Hitler vor, dass er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes wahrnehmen wird.

Mit dieser Festlegung, die von amtlicher Seite erfolgt, sind auch die bisherigen Einwände der Deutschen Volkspartei Braunschweigs erledigt, die sich gegen ein ‘Scheingeschäft’ richteten.“

Der Artikel in der DVP-Zeitschrift entspricht sinngemäß dem Antrag Wessel, den die BEL-Fraktion beschlossen hat. Er könnte von Brettschneider oder Brandes verfaßt worden sein. Tatsächlich bringt er aber nur das Wunschenken der DVP zum Ausdruck. Daß Hitler sich später tatsächlich für die wirtschaftlichen Belange Braunschweigs verwendet hat, steht auf einem anderen Blatt.

Der Volksfreund meldet „Parteibuch-Beamter Hitler soll Braunschweigs Erwerbslosen Arbeit verschaffen“.

In dem Artikel wird die Parteibuchwirtschaft, die der SPD von bürgerlicher Seite zum Vorwurf gemacht wird, umgekehrt kritisiert. Kritik wird an der DVP bzw. an der der DVP nahestehen-

den Wolfenbütteler Zeitung geübt, daß sie sich entgegen ihren Beteuerungen doch an einem Scheingeschäft beteiligt hat.

Die drei politischen Richtungen in der Braunschweiger Politik werden durch die Kommentare der braunschweiger Presse zur Einbürgerung deutlich: Die Braunschweigische Landeszeitung (= NSDAP) bejubelt die historische Bedeutung; die Wolfenbütteler Zeitung (= DVP) mahnt, daß Hitler sein Amt auch auszuüben habe; der Volksfreund (= SPD) übt beißende Kritik.

Die Kürzung der Aufwandsentschädigung für Boden, nicht aber für die anderen Mitarbeiter der Gesandtschaft (?), wird vom Haushaltsausschuß zurückgenommen. In derselben Sitzung wird die Verlagerung der Regierungsratsstelle an die Gesandtschaft mit Mehrheit beschlossen. Damit verfügt die Gesandtschaft über 5 statt 4 Mitarbeiterstellen.

Ist Boden bestochen worden, um seine Kooperation zu erreichen? Dann war er leicht zu bestechen.

Der Reichstag bestimmt auf Vorschlag der Reichsregierung einstimmig den ersten Wahlgang auf den 13.3. und einen möglichen zweiten Wahlgang auf den 10.4.

Deshalb müssen die Wahlvorschläge spätestens am 3. März eingegangen sein.

Die Regierung Brüning übersteht im Reichstag einen Mißtrauensantrag der DVP knapp mit 289 : 264 Stimmen. Gegen die Regierung stimmen NSDAP, DNVP, DVP, LVP und KPD. Die 20 Stimmen der Wirtschaftspartei retten die Mehrheit für Brüning. Anschließend vertagt sich der Reichstag bis zum 9.5.1932.

Also folgt die braunschweiger DVP der Linie ihrer Reichstagsfraktion.

Der Reichstag beschließt mit den Stimmen von KPD, SPD und Staatspartei die Streichung des Polizeikostenzuschusses für Braunschweig. Die Mehrheit kommt zustande, weil die NSDAP bereits den Saal verlassen hat und das Zentrum sich mehrheitlich der Stimme enthält. (Winkler 1987, S. 491)

Klagges rügt Rektor Schmitz, weil der sich in Sachen Hitler-Professur direkt an Küchenthal gewendet und ihn übergangen hat.

Goebbels notiert: „Beim Führer sind seine Militärpapiere aus Österreich angekommen. Ein drastischer Beweis gegen die frechen Verleumdungen Grzesinskis“ (Goebbels 1934, S. 53)

Mit Grzesinski war der berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski (SPD) gemeint. Anfang 1932 hatte dieser es blamabel genannt, daß der „Ausländer Hitler“ mit der Reichsregierung verhandeln und vor der internationalen Presse sprechen könne, „ohne daß man diesen Mann mit der Hundepeitsche davonjagd“. Die Hundepeitsche war eine Anspielung auf eine Marotte Hitlers, mit Hundepeitsche in der Hand aufzutreten. (Winkler 2002)

Ansonsten ist der Tagebucheintrag merkwürdig. Gemeint ist der negative Musterungsbescheid der österreichischen Musterungskommission. Welche Verleumdungen meint Goeb-

bels? Inwiefern widerlegt die Ausmusterung Hitlers die Verleumdungen Grzesinskis? Wieso bekommt Hitler diese „Militärpapiere“ ausgerechnet am 26.2.1932? Warum und von wem hat er sie angefordert? Das zeitliche Zusammentreffen mit der Einbürgerung ist bemerkenswert. Schleicher soll im Besitz der Militärpapiere gewesen sein und damit ein Druckmittel gegen Hitler besessen haben. Deswegen soll er später ermordet worden sein.

Der Vorstand der SPD beschließt offiziell, Hindenburg bei der Wahl zu unterstützen.

27.2.1932

Der Haushaltsausschuß des Landtags beschließt den von der Regierung vorgelegten Haushalt für das Jahr 1932 mit kleinen Änderungen. U.a. wird die Streichung der Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt wieder rückgängig gemacht. Das gleiche gilt für die a.o. Professur (A 2 b) an der TH. Deren Zahl wird sogar von 13 auf 14 erhöht. (Bericht des Haushaltsausschusses)

Die Regierungsratsstelle ist für Hitler. Für wen ist die a.o. Professur? Roloff ist schon a.o. Professor. Wieso benötigt man plötzlich sogar zwei weitere Professuren, obwohl doch so strikt gespart werden mußte? Ging es um einen Ringtausch?

Das Landeskultur- und Vermessungsamt fordert die Steuerkarte Hitlers an, um die Gehaltszahlung vorzubereiten.

In den BNN wird der Beschluß der DVP vom 24.2. veröffentlicht: „Am Mittwoch, dem 24. Februar 1932, hielt der Vorstand der Deutschen Volkspartei im engeren Kreise eine Vorstandssitzung ab, in der man sich mit Hitlers Einbürgerungsfrage, mit der Professur und dem Beamtenposten bei der braunschw. Gesandtschaft beschäftigte. Man kam zu der Auffassung, daß die Ernennung Hitlers zum braunschw. Beamten und seine Beschäftigung bei der Gesandtschaft die beste Lösung der Einbürgerungsfrage sei. Deshalb wurde dieser Regelung vom Vorstand der Deutschen Volkspartei auch zugestimmt.“ (hier zitiert nach Küchenthal 1969, Bd. III, S. 124-125)

Brandes soll den Text der Redaktion zur Verfügung gestellt haben.

Der SPD-Vorstand veröffentlicht einen Aufruf im Vorwärts, Hindenburg bei der Wahl zu unterstützen mit der Parole „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“ Darin heißt es: „Das deutsche Volk steht am 13. März vor der Frage, ob Hindenburg bleiben oder ob er durch Hitler ersetzt werden soll.“ (zit. nach Winkler 1987, S. 512, weiterer Text ebd.)

Hitler erklärt in seiner Auftaktrede zum Wahlkampf im Berliner Sportpalast, daß es bei der Präsidentschaftswahl darum gehe, mit dem „System“ des 9. November abzurechnen.

Hier wird die eigentliche Frontlinie bei der Präsidentenwahl sichtbar.

28.2.1932

Erstes schriftliches Urlaubsgesuch Hitlers an Boden: „Hiermit bitte ich, mir bis zum Ende des Reichspräsidenten-Wahlkampfes Urlaub gewähren zu wollen.“ gez. Adolf Hitler, z. Zt. Berlin, Hotel Der Kaiserhof.

Damit folgt er der Aufforderung Bodens vom 26.2.

Klagges veranstaltet eine Kundgebung vor dem Hauptgebäude der TH.

Die Veranstaltung muß als Demonstration gegenüber Senat und Professorenschaft der TH gewertet werden.

29.2.1932

Berechnung von Hitlers Gehalt: Grundgehalt jährlich 4.400,- RM, Wohngeldzuschuß 691,20 RM, örtl. Sonderzuschlag Berlin 132,-- RM = 5223,20 RM. Davon gehen 25 % Kürzungen ab, so daß 328,95 RM monatlich bleiben. Bis zur Aushändigung der Steuerkarte, die anzufordern ist, sind davon 10 Prozent Einkommensteuer einzuhalten. (Personalakte Hitler)

Hitler wird seine Steuerkarte erst am 27.4.1932 nachreichen (Bundesarchiv NS 26/7). Hat er vorher einen Abschlag erhalten oder die ersten zwei Monate seiner „Tätigkeit“ noch kein Gehalt?

1.3.1932

Bewilligung von Hitlers Urlaubsgesuch durch Boden. Er bekommt die Erlaubnis, „einstweilen“ seinen Wohnsitz in München zu behalten.

Obwohl er als Adresse des Urlaubsgesuchs Berlin, Hotel Kaiserhof und nicht seinen ersten münchener oder seinen zweiten braunschweigischen angegeben hat!

41. Sitzung des Landtags. Frankenberg (SPD) spricht das Thema Hitler-Professur an: „Unsere alte Hochschule hat im letzten Jahre ja so mancherlei erlebt. Der ´Ruhm´, Herrn Regierungsrat Hitler als Professor im Kollegium begrüßen zu können, ist uns allerdings erspart geblieben. Warum eigentlich? Nun, darüber werden wir vielleicht später einmal Klarheit bekommen.“

Frankenberg war Dozent an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die zweite Lesung des Haushalts. In der Aussprache über den Etat des Landtagspräsidenten wird das Ausgabeverhalten Zörners (Fahrtkosten und Spesenabrechnung aus dem Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten) durch Thielemann (SPD) in allen Einzelheiten ausgebreitet.

Das Finanzgebahren Zörners ist ein Thema, das ihn später als Dresdener Oberbürgermeister wieder einholen sollte. Er hat sich damit nicht nur gegenüber der Opposition, sondern auch innerhalb der eigenen Partei angreifbar gemacht. Hier beginnt die öffentliche Kritik an Zörner, die Ende April 1933 zu seinem Sturz in Braunschweig führen wird.

Sievers (SPD) berichtet aus dem Haushaltsausschuß. Dort ist am 20.2. eine Senkung der Aufwandsentschädigungen für die Mitarbeiter der Gesandtschaft beschlossen worden. Am 23.2. wurde eine zusätzliche Stelle für das Landeskultur- und Vermessungsamt ohne besondere Begründung gefordert (die zuvor im Etatentwurf des Finanzministers gestrichen war). Am 25.2. habe die Landesregierung erklärt, daß beim Landeskultur- und Vermessungsamt kein Bedarf mehr bestehe und die Stelle deshalb zur Gesandtschaft abgeordnet werden solle. Die Notwendigkeit der Regierungsrat-Stelle bei der Gesandtschaft wird bestritten, da der Gesandte Boden selber in der Wirtschaftsförderung aktiv sei.

Sievers versucht durch seine Darstellung über den Ablauf der Ereignisse die eigentliche Absicht, Hitler auf diese Weise einzubürgern, deutlich zu machen. Ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung wird nicht gestellt.

Roloff, Brandes und Schrader erklären anschließend im Landtag, daß sie hinter der Ernennung Hitlers stehen. Schrader distanziert sich allerdings vom Verfahren. Küchenthal und Roloff rechtfertigen die Rücknahme der Kürzung der Aufwandsentschädigung für Boden.

In der anschließenden Abstimmung wird der Etat mit der Mehrheit des Landtags aus NSDAP, BEL und Staatspartei genehmigt. Damit wird auch die vom Staatsministerium beantragte (Antrag 17: Planmäßige Beamtenstelle, Gruppe A 2 b – ein Regierungsrat) Regierungsratsstelle + Verlagerung zur Botschaft nachträglich bewilligt, da die Ernennung schon am 25.2. erfolgt ist.

Schrader unterstützt den Antrag 17, obwohl der Jungdeutsche Orden Hindenburgs Kandidatur unterstützt. Damit ist offenbar seine Ankündigung, den Etat von Klagges ablehnen zu wollen, gegenstandslos geworden.

Gmeiner (KPD) war am 17.2. für 8 Sitzungen von Landtagspräsident Zörner von der Sitzungsteilnahme ausgeschlossen worden. Er weigerte sich trotz Aufforderung der SPD, auf sein Mandat zugunsten eines Nachrückers zu verzichten. Die SPD erhebt ihm gegenüber den Vorwurf des „Berufsparlamentarierums“. Der Mandatsverzicht hätte allerdings keine Auswirkung gehabt, da Schrader für den Haushalt gestimmt hat. Die SPD stellt vielleicht deshalb keinen Mißtrauensantrag, weil sie will, daß Hitler die Wahl verliert und weil der Antrag keine Mehrheit finden würde. Damit wären alle anwesenden Landtagsmitglieder aus ganz unterschiedlichen Motiven direkt oder indirekt für die Einbürgerung gewesen, auch wenn sie es nach außen anders darstellen!

Der Reichswahlleiter und Präsident des Statistischen Reichsamts, Ernst Wagemann, kontaktiert Boden zwecks Klärung der Wohnsitzfrage Hitlers, die auf dem Wahlzettel anzugeben ist.

Der Grund ist die Sorge, daß bei einer zweifelhaften Angabe des Wohnsitzes (München oder Berlin oder gar Braunschweig?) die Wahl angefochten werden kann.

Nicht in Frage gestellt wird von Wagemann der viel gravierendere Einwand, daß Hitler aufgrund des Reichswahlgesetzes das passive Wahlrecht erst ein Jahr nach seiner Einbürgerung hätte erlangen können. Dieser paradoxe Befund, sich an einer vergleichswisen Banalität zu stoßen, aber den eigentlichen Wahlanfechtungsgrund nicht zu thematisieren, läßt sich nur so erklären, daß von der Reichsregierung die politische Entscheidung getroffen worden war, Hitler kandidieren zu lassen, aber die äußere Form korrekt sein sollte.

Das Staatsministerium in Braunschweig wird von Boden kontaktiert und entscheidet, daß Hitler einstweilen seinen Wohnsitz in München behalten kann.

2.3.1932

Kaisenberg interveniert bei Boden, daß der Innenminister in der Frage der Amtsbezeichnung anderer Meinung als der Reichswahlleiter sei. Kaisenberg verlangt die Formulierung „Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst“ und Wohnsitz Berlin. Der Innenminister und nicht der Wahlleiter ist für den Druck der Stimmzettel zuständig.

Boden kontaktiert Ministerialrat Kiesel in Braunschweig in der Frage, der erklärt, es käme nur die Amtsbezeichnung „Regierungsrat“ und nicht „Braunschweigischer Regierungsrat“ in Frage.

Anschließend kommt es zu einer langwierigen Abstimmung zwischen Boden, dem Reichswahlleiter Wagemann, dem Verfassungsreferenten Kaisenberg, Ministerialrat Kiesel, der Braunschweiger Staatsregierung (Küchenthal, Klagges) und Göring als Vertrauensmann des Wahlvorschlages Hitler über die Frage der Amtsbezeichnung und des Wohnsitzes. Göring verlangt München als Wohnsitz wegen des „passiven Wahlscheins“.

Vom „aktiven Wahlschein“, also der Stimmberechtigung Hitlers, ist nicht die Rede. Das Wahlgesetz schreibt vor, daß jeder Kandidat mit Vor- und Nachnamen, Stand oder Beruf und Wohnort auf dem Wahlzettel vermerkt ist. Dahinter stand im Falle Hitlers das Problem, daß bei der Angabe des Wohnsitzes Berlin die preußischen Behörden den passiven Wahlschein hätten anfechten können. Bei Angabe München hätte es so ausgesehen, als wäre Hitler Regierungsrat im bayerischen Staatsdienst. Während Wagemann sich gegen eine mögliche Wahlanfechtung absichern wollte (oder mit der Kandidatur Hitlers sympathisierte?), hat das Innenministerium offenbar immer noch erwogen, die Kandidatur Hitlers anzufechten bzw. über die Wohnsitzfrage zu torpedieren. Selbst die unklare Wohnsitzfrage Hitlers gab dazu noch Anlaß und verdeutlicht abermals die dubiose und prekäre Existenz Hitlers.

Damit zusammen hing womöglich auch die Frage, ob und wenn wo Hitler den aktiven Wahlschein ausgestellt bekommen sollte. Sollte er in München (faktischer Wohnsitz), Braun-

schweig (offizieller Wohnsitz) oder in Berlin (tatsächlicher Aufenthaltsort) zur Wahl gehen? Hitler offiziell in das Wählerregister einzutragen, dafür fehlte die Zeit. War es überhaupt möglich, daß aktiver und passiver Wahlschein im Falle Hitlers unterschiedliche Angaben enthalten? Bei der Reichstagswahl sah das Wahlgesetz in § 4 vor, daß die Einbürgerung mindestens ein Jahr zurückliegen mußte, um wählbar zu sein. Diese Bestimmung galt auch für die Wahl des Reichspräsidenten. Für den Reichstag konnte Hitler jedenfalls erst bei der März-Wahl 1933, nachdem die Jahresfrist verstrichen war, kandidieren. Diesen Stein hat offenbar niemand aufgehoben, obwohl auch so die Kandidatur Hitlers noch hätte verhindert werden können bzw. sogar müssen. Jedenfalls findet sich dazu kein Hinweis in den Akten, in denen es um den Text des „passiven Wahlscheins“ ging. Vermutlich hat Hitler nicht gewählt. Andernfalls hätte die NSDAP den Urnengang sicherlich propagandistisch aufgewertet und wären diverse Fotos von der Szene überliefert.

3.3.1932

Der ADGB schließt sich dem Wahlauf Ruf der SPD an.

Groener wendet sich direkt an Wagemann und verlangt die Formulierung „Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst“. Falls keine Einigung zustande kommt, bestimmt das Innenministerium den Druck des Wahlzettels.

Damit hat der Innenminister Druck auf den Wahlleiter ausgeübt.

Die Vorschlagsfrist (10 Tage vor der Wahl) für die Kandidatur zum Reichspräsidenten läuft ab. Hitler wird erst im letzten Augenblick, nachdem ein Kompromiß zwischen den Akteuren ausgehandelt worden ist, von der NSDAP als „Adolf Hitler, Regierungsrat, München“ nominiert.

Aufgrund der Bestimmung, daß die Einbürgerung mindestens ein Jahr zurück liegen muß, war Hitler noch nicht wählbar (passiver Wahlschein). Er hätte nicht zur Wahl zugelassen werden dürfen. Dies muß Kaisenberg und Wagemann klar gewesen sein. Sie haben den Punkt aber nicht, zumindest nicht öffentlich, vorgebracht.

Die Hildburghausen-Affäre wird in der Staatskanzlei zu den Akten gelegt, da Hitler eingebürgert ist.

Schreiben von Groener an den Reichswahlleiter mit der Bitte, die Nominierung der NSDAP für die Wahl „Adolf Hitler, Regierungsrat, München“ auf dem Stimmzettel in „Adolf Hitler, Regierungsrat in braunschweigischem Staatsdienst, München“ umzuformulieren, um dem Mißverständnis vorzubeugen, Hitler sei bayerischer Regierungsrat. Die Umformulierung sei auch von Boden gebilligt. Hitler habe in der Kürze der Zeit seinen Umzug von München nach Berlin noch nicht bewerkstelligen können. Der Innenminister pocht gegenüber dem Wahlleiter auf die Zuständigkeit für die Herstellung der Stimmzettel.

Selbst aufgrund der ungeklärten Wohnsitzfrage, die aus dem Wahlzettel ersichtlich sein muß, hätte Hitlers Kandidatur noch verhindert werden können!

Auf dem Wahlzettel steht am Ende u.a.: „Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin“, „Adolf Hitler, Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München“ und „Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg“.

Damit hätte er, wenn er überhaupt wahlberechtigt war, in München zur Wahl gehen müssen. Dafür findet sich kein Hinweis. Die groteske Auseinandersetzung um die Beschriftung des Wahlzettels und die große Mühe der Beteiligten, zu einer Einigung zu kommen, resultiert aus dem Umstand, daß in der Angelegenheit im Grunde nichts klar ist – weder die Tätigkeit Hitlers als Regierungsrat noch sein Wohnsitz - unter allen Umständen aber der legale Schein gewahrt sein sollte. Hitler wird das Amt nicht ausüben und hat seinen privaten Wohnsitz in einer 9 Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz in München. Tatsächlich führt er den Lebenswandel eines berufslosen (und bis dato staatenlosen) Bohemiens, der demonstrativ im Hotel Kaiserhof in Berlin logiert mit Blick auf die Reichskanzlei, der in Braunschweig zum Schein als Regierungsrat angestellt ist und zum Schein bei seinem Parteifreund und Klagges-Rivalen Zörner als Untermieter gemeldet ist, um den Reichsrat als Einbürgerungsinstanz zu umgehen, der angeblich bei der Braunschweigischen Gesandtschaft, abgeordnet vom Braunschweiger Landeskultur- und Vermessungsamt, in Berlin als Lobbyist für die braunschweigische Wirtschaft tätig ist und der aufgrund der Jahresfrist nach der Einbürgerung noch gar nicht wählbar war. Mit dieser komplexen Konstellation bürokratisch korrekt zu verfahren, um den Eindruck des von Kaisenberg bzw. Jellinek gutachterlich abgelehnten Scheingeschäfts zu vermeiden, hat etliche Spitzenbeamte auf Reichs- und Landesebene zwei Tage lang beschäftigt, obwohl sie alle wußten, daß es sich um eine Farce handelt. War das Taktik oder voraus-eilender Gehorsam? Als Hitler schließlich von Braunschweig nach Berlin „umzieht“ und seinen „Wohnsitz“ in Braunschweig wieder aufgibt, wird er eine Dienstwohnung in der Reichskanzlei (!) beziehen, ohne seiner Münchener Privatwohnung aufzugeben.

Der Reichswahlleiter Wagemann hätte, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, den Kandidaten Hitler ablehnen können, da die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat ganz offensichtlich ein Scheingeschäft war, das die Einbürgerung nicht rechtfertigte. Er hätte den Kandidaten Hitler auch, gestützt auf den § 4 des Reichstagswahlgesetzes, ablehnen können, da seine Einbürgerung noch nicht ein Jahr zurücklag. Daß die Reichsregierung die Kandidatur dennoch passieren ließ, war eine politische Entscheidung. Man hoffte auf die Niederlage Hitlers gegen Hindenburg und fürchtete evtl. bei einer Ablehnung den Aufstand der SA. Den Popularitätsschub für Hitler durch die Kandidatur mußte man wohl oder übel in Kauf nehmen.

SPD und Zentrum sehen sich in der paradoxen Konstellation, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und so der NSDAP das Agitationsargument zu liefern, daß Hindenburg der Kandidat der Weimarer Koalition bzw. sogar der Linken ist. Genau dies hatte Hindenburg befürchtet und Goebbels als Propagandachef gehofft.

4.3.1932

Landtagspräsident Zörner teilt dem Finanzminister die Verabschiedung des Haushalts für 1932 mit.

5.3.1932

Küchenthal teilt dem Landeskultur- und Vermessungsamt mit, er habe durch Verfügung an den Braunschweigischen Gesandten genehmigt, daß Hitler einstweilen noch seinen Wohnsitz in München behält. Deshalb ist der örtliche Sonderzuschlag von 3 Prozent des Grundgehalts vorläufig nicht zu zahlen. Der Wohngeldzuschuß bleibe aber unverändert, da auch für München der Wohngeldzuschuß der Sonderklasse zu zahlen ist.

Aufgrund dieser Konzession reduzieren sich die Bezüge des Regierungsrats Hitler (Gruppe A 2 b) von 328, 95 RM auf 320,70 RM monatlich. Für Februar werden noch 64,14 RM gezahlt. Aus dem Etat des Landeskultur- und Vermessungsamts werden für die Zeit vom 25.2. bis 15.7.1932 insgesamt 1342,48 RM gezahlt. Die Abzüge vom Bruttogehalt resultieren aus Lohnsteuer und Portoauslagen. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe soll ab der 2. Julihälfte einbehalten werden. (Personalakte Hitler)

Das Gehalt wird „Regierungsrat Hitler mangels der wiederholt erbetenen Angabe eines Bankkontos durch die Post überwiesen“. Im Mai wird die Gehaltszahlung ab Juni vom Etat des Landeskultur- und Vermessungsamts auf die Gesandtschaft übertragen.

Ob das tatsächlich geschehen ist, obwohl die Steuerkarte noch nicht vorlag, geht aus der Akte nicht hervor. Wohin ist das Gehalt wohl per Post geschickt worden? An den offiziellen Wohnsitz in München, wo er den Empfang mangels Anwesenheit wohl kaum hätte quittieren können? An das Hotel Kaiserhof in Berlin? Dann hätte aber der Sonderzuschlag gelten müssen. Oder an Hitlers Braunschweiger Adresse, wo er sich nie aufgehalten hat? Dort hätte immerhin Hauptmieter Zörner den Empfang quittieren können. Genauso grotesk wie die mehrmals vorgenommene bürokratische Gehaltsberechnung ist die Spekulation über den Zustellungsweg des Gehalts. Jedenfalls sind Küchenthal, Boden und Co. eifrig bemüht, auch in der Frage seiner Bezüge der Anstellung des Regierungsrats bis ins kleinste Detail buchstäblich auf Mark und Pfennig einen bürokratisch korrekten Charakter zu verleihen. Sind Küchenthal und Boden anfänglich tatsächlich davon ausgegangen, daß Hitler seine Tätigkeit wirklich aufnimmt, oder gehörten alle diese Aktivitäten zu dem stillschweigend verabredeten Schauspiel, die Einbürgerung rechtlich einwandfrei erscheinen zu lassen?

Boden genehmigt den Urlaubsantrag Hitlers vom 28.2., der bereits am 26.2. anlässlich der Vereidigung mündlich genehmigt wurde, auch schriftlich.

6.3.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Die Schätzungen für Hitler gehen ins Phantastische. Vor allem bei den Parteigenossen“ „Ich sehe darin eine Gefahr. Wir dürfen nicht übermütig werden und den Gegner nicht unterschätzen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 137)

Goebbels ist offenbar im Unterschied zu den Parteimitgliedern skeptisch, ob Hitler die Wahl gewinnen kann.

7.3.1932

Brüning hält seine erste Wahlkampfrede für Hindenburg in der Dortmunder Westfalenhalle.

8.3.1932

Brüning hält seine zweite Wahlkampfrede in Düsseldorf.

Groener teilt Severing mit, daß dem Reichsinnenministerium Hinweise vorlägen, daß die SA den Aufstand plane.

Frick, Goebbels und Strasser haben Hitler evtl. ein Ultimatum gestellt. Falls Hitler den 1. Wahlgang verliert, könnte evtl bereits für den 14.3. der Aufruf geplant gewesen sein. (These von Winkler 1987, S. 522)

9.3.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „In der Nacht noch mit dem Führer telephonierte. Er reist von Triumph zu Triumph.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 138)

Drei Tage später scheint auch Goebbels von der Euphorie angesteckt.

10.3.1932

Rundfunkansprache Hindenburgs als sein einziger Beitrag zum Wahlkampf mit dem Tenor, seine "vaterländische Pflicht" erfüllen zu wollen.

Hitler hetzt demgegenüber von einer Wahlkundgebung zur nächsten.

Brüning hält eine Wahlkampfrede im Berliner Sportpalast vor SPD-Anhängern. In der ersten Reihe sitzen Generäle und prominente Konservative.

Man hat den Eindruck, daß es sich um einen Wahlkampf Brüning gegen Hitler handelt. Jedenfalls ist der persönliche Einsatz Brünings außerordentlich.

Otto Braun, 1925 Gegenkandidat zu Hindenburg, unterstützt die Kandidatur Hindenburgs öffentlich. (Zitat bei Winkler 1987, S. 513)

11.3.1932

Im Braunschweigischen Amtsblatt wird verkündet, daß der „Schriftsteller Adolf Hitler in München als RRt b. Landeskultur- und Vermessungsamt, hier, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters für wirtschaftliche Fragen des Landes Braunschweig bei der Br. Gesandtschaft in Berlin“ am 25.2.1932 angestellt wurde.

In der amtlichen Staatszeitung wird bekanntgegeben: „In Übereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die Braunschweigische Staatsregierung Herrn Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen und wird ihn bei der Braunschweigischen Gesandtschaft beschäftigen, wo er ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird.

Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs im weitesten Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch durch die Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Die jetzige Lösung schließt jeden Zweifel an dem ernsthaften Willen der Braunschweigischen Regierung aus, Herrn Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nutzbringend für das Land auch ausüben kann.

Es liegt die Erklärung des Herrn Hitler vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.“

Diese „Erklärung“ findet sich nicht in der Personalakte, ist also, wenn überhaupt, nur mündlich abgegeben worden. Vielleicht handelte es sich auch nur um die von Klaggas kolportierte Erklärung. Entgegen der offiziellen Betonung seiner Tätigkeit, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, war Hitler nur einmal in der Gesandtschaft anwesend und nur sechsmal „dienstlich“ tätig: Ableistung des Amtseids, 3 Urlaubsgesuche, Antrag auf Disziplinarverfahren in eigener Sache, Bitte um Entlassung. Die offensichtliche und von der Opposition immer wieder angemahnte Untätigkeit bringt die Regierung in Verlegenheit und ist der Anlaß, die Rechtmäßigkeit der Ernennung in Frage zu stellen, weil sich offenbart, daß es sich doch um die von der BEL und besonders von der DVP befürchtete „Scheinernennung“ handelt.

13.3.1932

Hitler erklärt in einem Zeitungsinterview mit dem US-Journalisten Knickerbocker, daß er im Falle seiner Wahl als Präsident Brüning entlassen und eine neue Regierung einsetzen werde.

Hier wird Hitlers Kalkül deutlich, daß er sowohl auf dem Weg über die Kanzlerschaft wie auf dem Weg über die Präsidentschaft die Macht ergreifen kann, zumal er perspektivisch beide Ämter als „Führer“ zu verschmelzen gedenkt.

Erster Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten. Die Braunschweiger Koalition unterstützt drei verschiedene Kandidaten. Die Wahl bringt folgendes Ergebnis: Hindenburg 18,6 Mil. Stimmen (= 49,6 %), Hitler 11,3 Mil. (= 30,1 %), Thälmann 4,9 Mil. (= 13,2 %); Duesterberg 2,5 Mil. (= 6,8 %). Hindenburg verfehlt die notwendige absolute Mehrheit um 173.000 Stimmen.

Das Ergebnis zeigt, daß die Parteien, die Hindenburg unterstützen, im Vergleich zur letzten Reichstagswahl an Kraft verloren haben bzw. nicht alle Wähler der Weimarer Koalition den Schwenk zur Unterstützung Hindenburgs mitgetragen haben, weil dieser bei der letzten Wahl noch ihr Gegner war. Übertragen auf die Stimmenverteilung der ihn unterstützenden Parteien bei der Reichstagswahl hätte Hindenburg nämlich 61,3 % bekommen können. Dennoch ist die Bindung des katholischen und Arbeitermilieus an die Wahlempfehlung ihrer Parteien noch sehr hoch. Dennoch hat sich der Aufwärtstrend für die NSDAP fortgesetzt. Eine regionale Aufschlüsselung der Wahlergebnisse zeigt, daß Arbeiter und Katholiken, d.h. SPD-, Zentrums- und BVP-Wähler, Hindenburg gewählt haben. Protestantisch-agrarische Regionen haben eher Hitler gewählt.

Hitler erhält im Land Braunschweig 124.360 Stimmen und damit relativ mehr als im Reich.

Bei einer Landtagswahl hätte das 17 Sitze (von 40) für die NSDAP ergeben.

In der Stadt Braunschweig erhält Hitler 36,6 Prozent, in den großbürgerlichen Vierteln im Östlichen Ringgebiet sogar 60-70 Prozent der Stimmen.

Daraus läßt sich die These ableiten, daß das Bürgertum in Braunschweig hinter der Einbürgerung Hitlers und auch hinter der Fortsetzung der Koalition BEL-NSDAP trotz aller koalitionsinternen Konflikte gestanden hat. Insofern haben die Führer von DNVP und DVP bis zur Selbstaufgabe nur exekutiert, was ihre Wählerschaft befürwortet hat. (Vgl. dazu Hamilton 1984; die Kritik von Roloff 1984 ist wenig überzeugend)

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Wir sind geschlagen; furchtbare Aussichten. Wir haben uns nicht so sehr getäuscht in der Einschätzung unserer Stimmen als in der Einschätzung der Chancen für die Gegenseite. Es fehlen ihr nur 100 000 Stimmen an der absoluten Mehrheit. ... Unsere Parteigenossenschaft ist auf das tiefste deprimiert und mutlos. Wir können uns jetzt nur durch einen kühnen Wurf retten. Ich telephoniere in der Nacht mit dem Führer. Er hat absolut die Fassung behalten und steht über der Situation.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 140; Goebbels 1934, S. 62)

Demnach hatten Hitler und Goebbels fest mit einem Wahlsieg gerechnet, um über die Variante Reichspräsident, Einsetzung eines NS-Kanzlers und Notverordnungen an die Macht zu kommen.

Brüning notiert, daß die SPD ihre Wähler zu hundert Prozent für Hindenburg mobilisieren konnte. Es hätten aber 250.000 für die absolute Mehrheit gefehlt.

Hitler verfaßt abends einen Aufruf, um die enttäuschten Parteimitglieder wieder aufzurichten. Gegenüber der Septemberwahl habe die NSDAP immerhin ihre Stimmenzahl verdoppelt. Sie sei jetzt die stärkste Partei in Deutschland.

Laut Otto Dietrich sei der 13.3.1932 nach Eingang der Wahlergebnisse eine „schicksalsentscheidende Nacht“ gewesen, da Hitler seiner resignierende Partei durch den Aufruf wieder Mut gemacht habe. (Dietrich 1934, S. 59)

15.3.1932

Sitzung des thüringischen Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Hermann Brill (SPD) in der Affäre Hildburghausen. Hitler, Frick und Stennes (NS-Renegat bzw. in die NSDAP eingeschleuster Agent) werden in einer turbulenten Sitzung im Beisein der auf der Empore sitzenden NS-Prominenz im Plenarsaal des Thüringischen Landtags vernommen. Hitler, der sich als „Regierungsrat und Schriftsteller“ vorstellt und als letzter der 3 Zeugen ½ Stunde befragt wird, erklärt, von Frick mit der Ernennungsurkunde überrascht worden zu sein. Er habe die Art der Einbürgerung abgelehnt und will die Ernennungsurkunde später vernichtet haben. An eine Empfangsbestätigung, in der er erklärt hat, daß Amt nicht ausüben zu wollen und auf ein Gehalt zu verzichten, kann er sich nicht erinnern. Brill erklärt allerdings später, daß Hitler die Unterzeichnung der Empfangsbestätigung bei seiner Vernehmung eingeräumt habe. (Details bei Overesch 1992, S. 555f, Hitler 1997, S. 227 ff, Brill 1946, S. 9-14 und Overesch 1992, S. 206ff)

Stennes wird als erster vernommen und gibt an, daß er im Sommer 1930 durch „einzelne Nationalsozialisten“ „am Biertisch“ von Erwägungen zur Einbürgerung Hitlers gehört habe. Näheres wüßte er nicht. Dem Montagsblatt stehe er seit dem 1.7.1931 nicht mehr nahe. (Deutsche Zeitung vom 16.3. und Völkischer Beobachter vom 16. und 17.3.1932)

Aus den kurzen Mitteilungen der beiden Blätter geht nicht hervor, warum Stennes vorgeladen worden ist. Immerhin hat das Montagsblatt als erstes über die Affäre berichtet. Der Artikel des Völkischen Beobachters vom 17.3.1932 gibt am detailliertesten Einblick in die Zeugenvernehmung. Immerhin geht aus der Aussage von Stennes hervor, daß das Thema in internen NS-Kreisen diskutiert wurde und daß Stennes zu diesen Kreisen immer noch Zugang hatte.

Brill erweckt durch seine Fragen den Eindruck, sehr gut über die Details der Affäre informiert zu sein. War Stennes der Informant von Brill? Warum wurde Stennes überhaupt als Zeuge geladen, da er doch mit dem Einbürgerungsversuch gar nicht befaßt war? Diese Frage spricht für die These, daß Stennes ein Agent war, der Zugang zum inneren Zirkel der NSDAP gefunden hatte. Evtl. wurde Stennes aber auch geladen, weil in seiner Zeitschrift „Montagsblatt“ die Affäre öffentlich gemacht worden ist. Aus der Vernehmung der drei Zeugen, insbesondere

des Informanten Stennes, geht hervor, daß die Frage der Einbürgerung in der NS-Führung im Sommer 1930 ein wichtiges Thema war und die Befürchtung bestand, daß Hitler als Staatenloser ausgewiesen wird. Angesichts des politischen Aufstiegs der NSDAP wuchs der Druck, die Einbürgerungsfrage rasch zu lösen. Auch deshalb war es für die Partei nötig, irgendwo an der Regierung beteiligt zu sein. Angesichts der Bedeutung der Frage sind die Behauptungen Hitlers, sich nicht mehr an die Details der Vorgänge zu erinnern, völlig unglaubwürdig.

Brill verfaßt im November 1932 ein Manuskript zu der Vernehmung „Hitler als Zeuge“, das er erst 1946 veröffentlicht (Brill 1946). Auch daraus geht nicht hervor, warum Brill Stennes als Zeugen geladen hat.

17.3.1932

Der preußische Innenminister Severing (SPD) ordnet in Absprache mit Groener eine Polizeiaktion und Hausdurchsuchung bei NS-Parteibüros und der SA in Preußen an. Es werden diverse Unterlagen gefunden und Propagandamaterial für den 2. Wahlgang beschlagnahmt. Anlaß ist der Verdacht, daß die SA bei einer Niederlage Hitlers im zweiten Wahlgang einen Putsch versuchen werde, um ihn mit Gewalt an die Macht zu bringen. Dabei werden u.a. die „Boxheimer Dokumente“ gefunden.

Das Berliner Tageblatt wird am 6.4. berichten, daß Unterlagen gefunden wurden, die Hinweise geben, daß die SA einen Putsch für den Fall vorbereitet hat, daß Hitler im 1. Wahlgang gewonnen hätte. Demnach hat es doch entgegen den Beteuerungen Hitlers Planungen der NS-Führung gegeben, gestützt auf den Propagandaerfolg eines Wahlsiegs, den Legalitätskurs zu verlassen und schon am 13.3.1932 die Macht zu übernehmen. Wenn dies zutrifft, erscheint die ganze Einbürgerungskampagne in Braunschweig in einem anderen Licht – nämlich als Vorbereitung für einen Putsch!

Durch eine Notverordnung des Präsidenten wird vom 20.3. bis 3.4. 1932 ein „Burgfrieden“ verhängt, der den Wahlkampf aussetzt.

Das Motiv der Reichsregierung war vermutlich die Sorge, daß die SA aus Enttäuschung über die Niederlage im 1. Wahlgang losschlägt.

19.3.1932

Die NSDAP beantragt eine einstweilige Verfügung gegen die Beschlagnahmung des Propagandamaterials. Die Verhandlung wird für den 24.3. vor dem Staatsgerichtshof angesetzt.

Die Gauleitertagung in Berlin verläuft laut Goebbels in depressiver Stimmung. Hitler wendet sich in seiner Rede gegen den Defätismus.

Die NSDAP befindet sich in einer Krise und ist hin und her gerissen zwischen Putschplänen und Resignation.

20.3.1932

Ausführlicher Brief Hugenberg's an Hitler, der so beginnt: „Gestern habe ich mich endgültig entschlossen, in den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht einzugreifen.“ Im Folgenden wird diese Entscheidung begründet. Hugenberg ist sehr verärgert über die Alleingänge Hitlers, hält dessen Kandidatur aber für aussichtslos. U.a. fordert er, daß Hitler sich für die Unterstützung in der Einbürgerungsfrage durch politische Kooperation erkenntlich zeigt.

Hugenberg scheint klar zu geworden zu sein, daß Hitler nicht bereit ist, sich in eine Harzburger Front einzureihen. Daß er die DNVP und andere nationale Verbände wie den Stahlhelm nur als Steigbügelhalter benutzen will, erkennt Hugenberg immer noch nicht.

Auch die DVP hatte im Hinblick auf ihre Unterstützung bei der Einbürgerung Hitlers Erwartung der Kooperationsbereitschaft geäußert. Beide Parteien wurden von Hitler in der Folge enttäuscht.

Der siebenseitige Brief findet sich in Kopie im Nachlaß Roloffs (Stadtarchiv G IX 43:8-13). Hugenberg äußert darin massive Kritik an Hitler, will aber die Zusammenarbeit nicht völlig aufkündigen.

In der nationalkonservativen Wochenschrift „Fridericus“ erscheint ein Artikel „Unser Reichspräsident Kronprinz Wilhelm“.

Mit dem Artikel wird die Kandidatur des Kronprinzen im 2. Wahlgang ins Spiel gebracht. Der Kronprinz war Mitglied des Stahlhelms und sympathisierte mit der NSDAP.

21./22.3.1932

Hitler logiert mit seiner Entourage im Hotel Kaiserhof, Berlin. Die Rechnung beläuft sich auf 367,97 RM und ist ausgestellt auf den „Herrn Reg. Rat Adolf Hitler“. (abgedruckt in Ullrich 2013, S. 379)

Bemerkenswert ist die Höhe der Summe für die Nächtigung + Nebenkosten, die sein monatliches Gehalt als Regierungsrat von 320,70 RM übersteigt, und die Ausstellung der Rechnung auf den „Regierungsrat“, zu dem er erst am 26.2. ernannt worden ist. Mit dem Luxus und dem durch die Anrede zum Ausdruck kommenden kleinbürgerlichen Stolz auf den gerade verliehenen Titel kontrastiert, daß Hitler wenige Tage später sich öffentlich über genau diesen Titel lustig macht und behauptet, sein Gehalt für braunschweiger Arbeitslose gespendet zu haben.

22.3.1932

Der Stahlhelm kündigt das Bündnis mit der DNVP vom 17./18.2.

Küchenthal trifft Brüning und Groener in Weimar anlässlich der Goethefeier und informiert über die braunschweiger Einbürgerungsvorgänge.

Laut Küchenthal soll Groener erklärt haben, daß sein Ministerium den Vorgang geprüft habe mit dem Ergebnis, daß die Einbürgerung nicht mehr zu verhindern sei. (Küchenthal 1973, Bd. I)

Also hat die Regierung trotz Kaisenberg-Gutachten am Ende politisch und nicht juristisch entschieden. Kaisenberg als Wahlprüfer hätte nämlich, gestützt auf sein eigenes Gutachten, verhindern können, daß Hitler auf dem Stimmzettel steht.

23.3.1932

Der Senat der TH Braunschweig befaßt sich mit der Hitler-Professur laut Andeutungen im Senatsprotokoll unter „Verschiedenes“. Er nimmt zur Kenntnis, daß Rektor Schmitz am 26.2. von Klagges gerügt wird, weil dieser sich telephonisch direkt an Küchenthal (in Sachen Hitler-Professur) gewandt und damit Klagges übergangen hat. Der Senat unterstützt Schmitz in seinem Vorgehen.

Es handelt sich um die einzige Erwähnung in den Senatsprotokollen überhaupt, ohne den Namen Hitler bzw. die für ihn gedachte Professur zu erwähnen, obwohl doch das Thema die TH wochenlang beherrscht hat. Roloff ist laut Protokoll nicht anwesend, sondern Gehlhoff bzw. Moog als Abwesenheitsvertreter für die 8. Abteilung.

24.3.1932

Vergleich zwischen Groener und NSDAP. Die Partei zieht ihre Klage zurück. Das beschlagnahmte Propagandamaterial wird zurückgegeben.

28.3.1932

Zusammenkunft nationalkonservativer Kreise in Berlin, um die Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm im zweiten Wahlgang vorzubereiten (vgl. dazu Stribny 1972, Herre 1954, S. 202ff; Jonas 1962, S. 222ff).

Weil SPD, Zentrum und DVP (!) Hindenburg unterstützten, suchten die Nationalkonservativen einem Weg, um via reichspräsidentenwahl die Restauration der Monarchie vorzubereiten. Voraussetzung wäre gewesen, daß Hitler und Hindenburg ihre Kandidatur im 2. Wahlgang zurückziehen und nur noch der Kronprinz und Thälmann kandidieren! Der Kronprinz hätte im Gegenzug im Falle seiner Wahl Hitler zum Reichskanzler ernennen sollen. Allerdings war die Zeit zur Umsetzung des Plans sehr knapp bemessen, da die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den 2. Wahlgang am 31.3. um 24.00 Uhr ablief.

29.3.1932 (oder 28.3.)

Eine Delegation, angeführt von Herrn von Ostau, Propagandachef der NSDAP Westfalen Nord, trägt dem Kronprinzen das Anliegen vor. Dieser stimmt zu vorbehaltlich der Zustimmung seines Vaters und der Zusage, daß Hitler und Hindenburg ihre Kandidaturen zurückziehen.

Handelt von Ostau im Auftrag von Hitler, um auf diese Weise Hindenburg auszuschalten, um vom Kronprinzen zum Reichskanzler ernannt zu werden?

Der Kronprinz schreibt Briefe an Hitler und seinen Vater. Hitler soll seine Kandidatur unterstützen, Wilhelm II seine Erlaubnis geben.

Die Briefe sind abgedruckt in Jonas 1962, S. 226.

30.3.1932

Der Abgesandte des Kronprinzen, Selasinsky, fährt nach Doorn (Niederlande) und überreicht den Brief, wird aber von der Kaiserin nicht vorgelassen. Wilhelm II lehnt ab und teilt diese Ablehnung telegraphisch dem Kronprinzen mit.

Diverse Gründe mögen eine Rolle gespielt haben. Wilhelm II wollte selber wieder Kaiser werden und nicht zugunsten seines Sohnes verzichten. Ob Hindenburg und Hitler ihre Kandidatur tatsächlich im zweiten Wahlgang zurückziehen, war ungewiss. Das Risiko, daß der Kronprinz das Schicksal Duesterbergs erleidet und deutlich verliert, war hoch, zumal die Zeit, die Kandidatur des Kronprinzen propagandistisch vorzubereiten, viel zu kurz war. Jonas 1962 vertritt die abenteuerliche These, daß die Kaiserin wollte, daß Hitler die Wahl gewinnt, um mit seiner Hilfe die Monarchie wieder einzuführen.

Parallel kommt es zu Verhandlungen mit Hitler im „Braunen Haus“ in München. Hitler taktiert und macht seinen Verzicht vom Rückzug Hindenburgs abhängig, der wiederum durch den Kronprinzen herbeigeführt werden soll.

Goebbels notiert über die Verhandlungen in seinem Tagebuch: „Der Führer erhält die Nachricht, daß durch eine Zwischenkandidatur eine ganz neue Lage geschaffen werden könnte. Alles für und wider wird erwogen.“

Warum verwendet Goebbels den kryptischen Begriff „Zwischenkandidatur“, wo doch nur der Kronprinz gemeint sein kann? Ob Hitler wieder nur taktiert hat oder doch noch eine Chance sah, die Wiederwahl Hindenburgs zu verhindern und womöglich durch den Kronprinzen zum Reichskanzler ernannt zu werden, ist zumindest eine Denkmöglichkeit. Vielleicht fürchtete Hitler aber auch, daß sich der Kronprinz als Präsident als neuer Gegner auf dem Weg zu seiner Machtergreifung erweisen würde.

31.3.1932

Der Kronprinz beugt sich der Anweisung des Vaters.

Da weder Hindenburg noch Hitler zum Rückzug bereit waren, wäre seine Kandidatur ohnehin aussichtslos gewesen. Er hätte maximal die Stimmen der Duestenberg-Wähler aus dem ersten Wahlgang erhalten können.

Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den 2. Wahlgang läuft um 24.00 Uhr ab.

1.4.1932

Der Kronprinz veröffentlicht folgende Erklärung: „Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Harzburger Front. Da ich eine geschlossene nationale Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“ (Text in Jonas 1962, S. 230-231)

Damit kann Hitler einen propagandistischen Erfolg verbuchen.

Die Erklärung ist eine versteckte Kritik an der DNVP bzw. am Stahlhelm. 1933 läßt sich der Kronprinz in SA-Uniform fotografieren. Die Hohenzollern hatten naiverweise gehofft, Hitler werde die Monarchie restaurieren. Umgekehrt hatte Brüning vielleicht gehofft, Hitler durch die Restauration der Monarchie verhindern zu können. Die ganze Kronprinzen-Affäre trägt bizarre Züge, macht aber deutlich, wie dramatisch die Lage von den Akteuren bereits angesehen wurde.

Gespräch zwischen Küchenthal und Reichsinnenminister Groener in Bad Harzburg über die juristischen Aspekte der Einbürgerung. Küchenthal läßt sich von Groener beruhigen, daß die Reichsregierung in dieser Angelegenheit nicht gegen Braunschweig vorgehen werde.

3.4.1932

Beginn des Wahlkampfs für den 2. Wahlgang.

Der Geograph Banse erklärt sich als einziger Braunschweiger Hochschullehrer offen für Hitler.

Wie votiert Horrmann?

Brüning beginnt erneut mit seinen Wahlkampfreden für Hindenburg.

5.4.1932

Der preußische Innenminister stellt als Ergebnis der Hausdurchsuchungen vom 17.3. bei der SA fest, daß die NSDAP im Falle des Wahlsiegs von Hitler Vorbereitungen zur Mobilisierung der SA (Aufstellung von Alarmeinheiten) getroffen habe, aber keine Beweise für eine Putschabsicht gefunden worden seien.

Immerhin wurde das Boxheimer Dokument gefunden! Hitler wird im Interview vom 11.4.1932 mit der Times heftig widersprechen, daß Putschabsichten bestanden haben.

Groener konferiert mit den Innenministern der Länder, die ein SA-Verbot fordern. Auch die Reichswehr (Schleicher, Hammerstein) verlangt das SA-Verbot.

7.4.1932

Hitler erklärt laut Presseberichten in einer Rede in der Frankfurter Festhalle: „Ich habe mein Gehalt als sogenannter Regierungsrat der Staatsbank von Braunschweig zur Verfügung gestellt zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose.“ (zitiert nach Morsey 1960, S. 444) Die Braunschweigische Landeszeitung berichtet darüber am 8.4. und bringt so den Vorgang Kückenthal zur Kenntnis.

Hitler macht sich öffentlich lustig über seine bürgerlichen Steigbügelhalter und löst damit einen neuen bürokratischen Vorgang aus, da immer noch die Fassade der regelrechten Ernennung aufrecht erhalten werden soll. Es ist allerdings fraglich, ob Hitler zu diesem Zeitpunkt bereits Gehalt bezogen hat, da die Gehaltsstelle noch keine Konto-Nr. und auch keine Steuerkarte von ihm erhalten hat. Evtl. war die propagandistische Aussage eine glatte Lüge. Mit dem öffentlich bekundeten Gehaltsverzicht kontrastiert die erhebliche Ausgabentätigkeit zu privaten Zwecken, wie die Rechnung aus dem Hotel Kaiserhof vom 23.3. belegt.

Die Rede löst eine neue Debatte über die Rechtmäßigkeit der Einbürgerung aus. Groener verlangt eine Stellungnahme von der Braunschweigischen Staatsregierung, die sich unter Erklärungsdruck sieht.

MR Kiesel wird 1949 als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal behaupten, daß das Gehalt Hitlers auch nach dessen Ausscheiden aus dem braunschweigischen Staatsdienst 1933 noch jahrelang an die SS geflossen sei. (s Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. 2)

8.4.1932

Die Braunschweigische Notgemeinschaft fragt bei der Braunschweigischen Staatsbank an, an wen die Spende Hitlers verteilt wird.

9.4.1932

Die Staatsbank leitet die Anfrage der Notgemeinschaft an den Finanzminister weiter.

10.4.1932

Zweiter Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten. Ein weiterer Versuch, einen rechten Sammelkandidaten aufzustellen, scheitert. Duesterberg verzichtet auf eine erneute Kandidatur. Stahlhelm und DNVP geben für ihre Anhänger die Abstimmung frei.

Ergebnis: Hindenburg 19,3 Mil. Stimmen (= 50,3 %), Hitler 13,4 Mil. (= 36,8 %), Thälmann 3,7 Mil. (= 10,2 %). Von den Duesterberg-Stimmen dürften 600.000 auf Hindenburg, 1,6 Mio auf Hitler und 300.000 auf Wahlenthaltung entfallen sein. Die Wahlbeteiligung ist um 1,1 Mio Stimmen zurückgegangen.

Ist der Rückgang der Wahlbeteiligung ein Hinweis auf Wahlmüdigkeit oder Wahlenthaltung der Thälmann-Wähler? Ein Teil der 4,9 Mio. Stimmen für Thälmann aus dem ersten Wahlgang (maximal 1,2 Mio.) dürfte auf Hitler gefallen sein. Angeblich gab es eine Anweisung aus Moskau, daß die KPD-Wähler im 2. Wahlgang für Hitler stimmen sollen, der sich damit öffentlich brüstete. Bemerkenswert ist, daß die große Mehrheit der Duesterberg-Wähler Hitler und nicht Hindenburg als zweitbeste Option ansehen.

Hitler erhält im Land Braunschweig 148.649 Stimmen und damit 24.000 Stimmen mehr als im 1. Wahlgang. In den rein protestantischen Landkreisen Braunschweig und Wolfenbüttel erhält er mehr Stimmen als Hindenburg.

Letzteres mag auch auf die hohe Arbeitslosigkeit bei den Unterharzer Berg- und Hüttenwerken zurückzuführen sein. Bei einer Landtagswahl hätte dieses Ergebnis zu einer klaren absoluten Mehrheit der NSDAP gereicht, da die Duesterbergstimmen (bzw. DNVP-Stimmen bei einer Landtagswahl) mehrheitlich auf Hitler entfallen sind. (vgl. dazu die Zahlen bei Ludewig 1995, S. 188) Insofern hätte eine Koalition aus NSDAP und DNVP ohne DVP 1932 eine klare Mehrheit im Landtag erringen können. Diese Kalkulation unterstreicht nochmals die prekäre

Verhandlungsposition der DVP in der Einbürgerungsfrage. Nur ein Koalitionswechsel zur SPD hätte Neuwahlen verhindert. Dazu fehlte 1932 vielleicht schon die Kraft oder der Mut. Duesterberg behauptet allerdings 1949, daß Hitler verloren habe, weil er seine Wähler aufgefordert habe, Hindenburg im 2. Wahlgang zu wählen. (Duesterberg 1949, S. 34)

In den großbürgerlichen Vierteln Braunschweigs im Östlichen Ringgebiet fallen die Duesterbergstimmen aus dem 1. Wahlgang weitgehend an Hitler. (Hamilton 1984, S. 10)

Dies unterstreicht nochmals, daß die Braunschweiger Elite trotz der Wahlwerbung der DVP für Hindenburg und die ländliche Bevölkerung des Landes mehrheitlich hinter Hitler stand.

Goebbels notiert den Propagandaerfolg als gute Basis für die Preußen-Wahl. In Preußen erhält er 8,5 Mio. Stimmen.

Bei der Landtagswahl in Preußen würde das 160 Sitze und die stärkste Fraktion ergeben.

Hitler wertet im Interview mit Daily Express den 2. Wahlgang als großen persönlichen Erfolg aufgrund des Stimmenzuwachses. Damit sei die parteiinterne Niedergeschlagenheit nach dem 1. Wahlgang überwunden.

Die Bewertung der NSDAP über den zweiten Wahlgang ist weniger negativ als für den ersten. Konsequenz ist die Einsicht, daß man noch nicht allein, sondern nur mit Hilfe der Bürgerlichen an die Macht kommen kann. Deshalb bleibt es bei der Konzessionsbereitschaft aus taktischen Gründen.

Brüning vermutet, daß der Stimmenzuwachs für Hitler auf die übergelaufenen kommunistischen Wähler zurückzuführen ist. (Brüning 19670, S. 540)

Groener schreibt einen Brief an Brüning, in dem er das beabsichtigte Verbot der SA begründet. Die NSDAP kann erst ihren versprochenen Legalitätskurs verfolgen, wenn sie von der SA getrennt wird. (Brief in Jasper 1986, S. 84f)

Der Fund der Boxheimer Dokumente dürfte Groener in seiner Position bestärkt haben. Er setzt sich gegen die widerstrebenden Brüning und Hindenburg mit seinem härteren Kurs durch. Brüning verfolgte eher die Politik, die Bedeutung der Boxheimer Dokumente herunterzuspielen.

11.4.1932

Hitler gibt der Times ein Interview, das dem Tenor des Interviews mit dem Daily Express vom Vortag widerspricht. Die Stimmen für Hitler seien das Resultat der Weltwirtschaftskrise und der Unzufriedenheit mit der Regierung. Wenn Hindenburg nicht kandidiert hätte, hätte die NSDAP einen anderen Kandidaten nominiert. Hitler widerspricht vehement der Vermutung der Preußischen Regierung, daß die SA bei seinem Wahlsieg einen Staatsstreich versucht hätte.

Aus dem Interview, das für das Ausland gedacht ist, geht der Eindruck des Legalitätskurses hervor. Hitler will durch Wahlen an die Macht.

12.4.1932

Hindenburg willigt nach Zögern in die Notverordnung zum Verbot der SA ein.

13.4.1932

Die „Notverordnung zur Sicherstellung der Staatsautorität“ durch Brüning/Groener bedeutet ein Verbot von SA und SS im ganzen Reich.

Laut Brüning ist das Verbot auf Druck der Reichswehr ausgesprochen worden. Hindenburg habe nur widerstrebend zugestimmt, um einem möglichen Putsch zuvor zu kommen. Ausgelöst wurde die Notverordnung durch den Fund des „Boxheimer Dokuments“ und der Unterlagen, die bei der Polizeiaktion gegen die SA vom 17.3. sichergestellt wurden. Paradox ist, daß Hindenburg nach der Wahl auf Distanz zu Brüning geht.

Aufruf Hitlers zum SA-Verbot mit dem Tenor, Ruhe zu bewahren. Alle SA-Männer seien jetzt Parteimitglieder.

14.4.1932

Die SA wird (formal) aufgelöst. Röhm will Widerstand leisten. Hitler will am Legalitätskurs festhalten und taktiert. (vgl. dazu sein Interview mit dem Evening Standard vom 14.4.1932)

Ein Widerstand gegen das SA-Verbot hätte zum Verbot der NSDAP geführt. Als Alternative wäre dann nur noch der Versuch der gewaltsamen Machtergreifung geblieben.

16.4.1932

Rede Hitlers auf einer Parteiversammlung in Augsburg mit dem Tenor: Der Legalitätskurs zahlt sich aus, wie die hohen Stimmenzuwächse in Braunschweig und Thüringen belegen.

18.4.1932

Das Braunschweigische Staatsministerium fordert von der Reichsregierung Hilfe für den notleidenden Unterharzer Bergbau.

Weil der Regierungsrat bislang keine Aufträge besorgen konnte?

19.4.1932

Regierungsrat Hitler beantragt gegen sich ein Disziplinarverfahren zur Aufklärung der Vorwürfe und bittet um Suspendierung von seinen Amtsgeschäften während der Dauer des Verfahrens. Das kann aber nicht eröffnet werden, da Hitler auf die wiederholten Aufforderungen Bodens, sich zur Sache einvernehmen zu lassen, nicht reagiert.

Statt Urlaubsgesuch verfolgt Hitler eine andere Variante, um nicht den Dienst als Regierungsrat antreten zu müssen.

Die BNN veröffentlicht den Artikel „Was ist mit Hitler? Will er sich pensionieren lassen?“ Darin wird geäußert, daß seine Anstellung nur eine Kommödie war.

Damit wird Hitler öffentlich von seiten der DNVP unter Druck gesetzt.

21.4.1932

Adolf Jensen, a.o. Professur für „Methodik und Didaktik“ in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, wird zum 1.8.1932 in Ruhestand versetzt.

Nach Widerspruch Jensens und Gerichtsentscheid wird die Pensionierung später in eine Emeritierung umgewandelt.

23.4.1932

Küchenthal fordert Boden auf, den Sachverhalt der Frankfurter Rede Hitlers aufzuklären.

vor dem 24.4.1932

Zörner verfaßt als „Landtagspräsident“ ein Flugblatt zur Landtagswahl in Preußen, in dem er die Erfolge der NSDAP in Braunschweig seit ihrer Regierungsbeteiligung 1930 herausstreicht.

Der Tenor lautet: Braunschweig ist das Modell für andere Länder. Bemerkenswert ist, daß nicht der Minister Klagges, sondern der Landtagspräsident Zörner als Autor fungiert, was als Indiz für die noch starke Position Zörners in Braunschweig gewertet werden kann.

24.4.1932

Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Anhalt, Württemberg und Hamburg (= 4/5 der gesamten Bevölkerung)

NSDAP erringt in Preußen 36,3 % der Stimmen nach 1,8 % 1928. Mit 162 (zuvor 6) Mandaten wird sie stärkste Fraktion im Preußischen Landtag. Die Koalition aus SPD, Zentrum und Staatspartei verliert die Mehrheit, bleibt aber geschäftsführend im Amt, da die NSDAP nicht die notwendige Mehrheit für eine Regierungsbildung unter ihrer Führung zustande bringt.

Eine Regierungsbildung durch eine Koalition NSDAP - Zentrum war allerdings möglich und wurde in der Folge immer wieder als politische Karte gespielt.

In Bayern legt die NSDAP von 6,1 auf 32,5 % zu. Die BVP bleibt mit 32,6 % knapp die stärkste Partei.

In Württemberg wird die NSDAP mit 26,4 % stärkste Partei.

In Hamburg erreicht die NSDAP 31,2 % und damit mehr als die SPD, die auf 30,2 % kommt.

In Anhalt erreicht die NSDAP 40,9 % und kann den SPD-Ministerpräsidenten ablösen.

Damit wird die gemeinsame Gesandtschaft mit Braunschweig, an der Hitler zum Schein als Regierungsrat angestellt ist, von zwei Landesregierungen getragen, an denen die NSDAP beteiligt ist.

Alle Landtagswahlen bestätigen den anscheinend unaufhaltsamen Aufstieg der NSDAP, auch wenn es außer in dem kleinen Anhalt nirgendwo zur Regierungsbildung reicht. Die Reichspräsidentenwahlen haben den Landtagswahlen einen zusätzlichen Propagandaschub verliehen. Der politische Druck, Hitler an der Macht zu beteiligen, wird immer stärker.

25.4.1932

Reguläres Ende der ersten Amtszeit von Hindenburgs Präsidentschaft.

Der zweite „Urlaub“ Hitlers ist beendet. Er tritt seine Tätigkeit in der Gesandtschaft nicht an.

Boden befragt Hitler schriftlich, ob er sich in einer Rede als „sogenannter Regierungsrat“ bezeichnet habe.

In dieser heiklen Angelegenheit schiebt Küchenthal Boden vor.

26.4.1932

Boden fordert Hitler in einem zweiten Schreiben auf, seine Amtstätigkeit aufzunehmen.

Da Hitler mit Sicherheit nie daran gedacht hat, tatsächlich seinen Amtspflichten nachzugehen, sich vielmehr noch über die Naivität seiner braunschweiger „Vorgesetzten“ öffentlich lustig macht, entwickelt sich aus deren Hartnäckigkeit eine Situation, die die braunschweiger Koalition belastet. Haben Küchenthal und Boden doch angenommen, Hitler habe es mit seiner Anstellung ernst gemeint? Oder wollen sie nur weiter den Schein der korrekten Amtsführung wahren?

27.4.1932

Hitlers Kanzlei in München, Brienerstr. 45 sendet die vor zwei Monaten angeforderte Steuerkarte Hitlers an das Landeskultur- und Vermessungsamt in Braunschweig und begründet die Verzögerung mit politischer Belastung. (Bundesarchiv NS 26/7)

Vielleicht hatte er bis dato gar keine Steuerkarte besessen und mußte erst eine beantragen. Falls das der Grund für die Verzögerung war, mußte sich abermals die Frage des zuständigen Finanzamtes stellen. Um das zu klären müßten die Akten der münchener, braunschweiger Finanzämter, falls noch vorhanden, gesichtet werden. Es stellt sich allerdings die Frage, ob Hitler bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt Gehalt bezogen hat, zumal bei der Berechnung seines Gehalts auch die Frage der Besteuerung zu klären war. Insofern dürfte auch aus diesem Grund seine öffentliche Behauptung, sein Gehalt gestiftet zu haben, eine glatte Lüge gewesen sein.

1.5.1932

In den BNN erscheint eine Meldung über ein seit dem Januar 1932 kursierendes Gerücht, daß Küchenthal am 1.7.1932 zurücktreten und das vakante Amt des Staatsbankpräsidenten übernehmen werde. Als möglicher Nachfolger von Küchenthal wird Roloff genannt. In einer Stellungnahme der DNVP (ebd.) wird das Gerücht dementiert.

Die Meldung ist doppelt pikant. Nach der Gleichschaltung in Braunschweig wurde Küchenthal 1933 tatsächlich Staatsbankpräsident, da das Amt immer noch vakant war. Offenbar wurde die Vakanz so lange in petto gehalten, um bei Bedarf sofort eine angemessene Abfindung für Küchenthal zur Verfügung zu haben. Daß Roloff als Nachfolger von Küchenthal ins Spiel gebracht wird, kann als weitere Facette im persönlichen Konflikt zwischen Roloff und Küchenthal gewertet werden. Roloff hatte auf jeden Fall gute Beziehungen zu den BNN und könnte die Meldung lanciert haben, für die es eigentlich keinen erkennbaren aktuellen Anlaß gab. Wollte er so Küchenthal unter Druck setzen und doch noch das Ministeramt ergattern, für das ihm Küchenthal zweimal vorgezogen wurde? Oder ging es um den politisch motivierten Versuch, den schwachen Küchenthal zum Amtsverzicht zu bewegen, um Klagges mit einem starken BEL-Minister Paroli zu bieten?

Der Zeitungsausschnitt findet sich im Nachlass von Roloff. Offenbar hat er der Meldung eine besondere Bedeutung zugemessen (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Mai 1932

Klagges betreibt ein Dienststrafverfahren gegen Otto Schmitz mit dem Ziel der Dienstentlassung. Bis zur Urteilsverkündung wird er vom Amt des Rektors enthoben.

Schmitz hatte sich während seines Rektorats vehement gegen die Berufung Hitlers zum Professor gewehrt.

Best veröffentlicht das „Boxheimer Dokument“ im Selbstverlag unter dem Titel „....wird erschossen“. Das ursprüngliche Manuskript wird durch eine Einleitung und ausführliche Anmerkungen erweitert. Auf S. 18 heißt es: „Ein Eingreifen der Nationalsozialisten zur Rettung des herrschenden Systems vor dem Umsturz käme nach der Auffassung des Verfassers allerdings auch nicht in Frage. Denn nach den Erfahrungen der Retter des Systems in den Jahren 1919ff., der Freikorpskämpfer, die für ihren Einsatz mit Blut und Leben durch ´Fememord´-Prozesse und durch Hetze und Verfolgung jeder Art belohnt wurden, könnte es kein deutscher Nationalist mit seiner Ehre vereinbaren, auch nur einen Finger für die Rettung dieses Systems zu rühren.“

Die ausführlichen Anmerkungen, deren Umfang über das eigentliche Manuskript hinausgeht, relativieren den Tenor und suchen zu belegen, daß im Sommer 1932 ein kommunistischer Aufstand gedroht habe. Als Begründung wird die Finanznot der Regierung angegeben, die die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in Frage stellte. Nach Abflauen der Krise wäre das Dokument, so Best, gegenstandslos geworden.

2.5.1932

Rudolf Heß als „Stellvertreter des Führers“ beantwortet den ersten Brief von Boden und dementiert, daß die Bezeichnung „sogenannter Regierungsrat“ gefallen sei.

Klagges antwortet auf die Anfrage der Staatsbank, daß das Gehalt Hitlers der Notgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird.

Ob das tatsächlich geschehen ist, ist wenig glaubhaft und kaum zu belegen, da Hitler laut Personalakte nie ein Konto angegeben hat, auf das seine Bezüge zu überweisen waren. Ob er das Gehalt tatsächlich per Post bzw. überhaupt empfangen und dann der Staatsbank überwiesen hat, ist fraglich. Der Vorgang unterstreicht aufs Neue, wie auf welch groteske Weise die ganze Regierungsrat-Affäre sich auch nach der Verbeamtung fortsetzt und wie wenig Hitler selber die Verbeamtung ernst nimmt. Dennoch mußten alle Beteiligten weiterhin ver-

zweifelt bemüht sein, den Schein zu wahren. Das war nach dem 2. Wahlgang noch viel weniger möglich, da es jetzt keinen plausiblen Grund für eine weitere Beurlaubung gab.

3.5.1932

Der thüringer Untersuchungsausschuß tagt zum letzten Mal. Der Antrag, die Affäre weiter gerichtlich zu verfolgen, findet mit 4:4 Stimmen keine Mehrheit.

6.5.1932

Boden beschwert sich beim Staatsministerium, daß Hitler nicht auf seine Anfragen reagiert und keine Anstalten macht, seine Amtsgeschäfte aufzunehmen.

7.5.1932

Kleine Anfrage des Abgeordneten Thielemann (SPD): Ist Hitler noch im Staatsdienst? Ist das Disziplinarverfahren gegen ihn eröffnet? Warum macht Hitler keinen Dienst?

Landtagspräsident Zörner leitet die Anfrage unter Verweis auf § 39 der Geschäftsordnung an das Staatsministerium weiter.

Damit bringt er Klagges und Küchenthal in Verlegenheit. Es könnte sich um einen Nadelstich Zörners gegen Klagges handeln. Zörner hat auf diese Weise aber auch zur anhaltenden Verärgerung Hitlers über die braunschweiger Provinzpolitiker beigetragen. Küchenthal behauptet 1973, daß er Roloff und Brandes gefragt habe, ob er ein Dienststrafverfahren gegen Hitler wegen Untätigkeit einleiten soll. Beide hätten dies verneint. (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 68) Später wird diese Debatte eine Untersuchung der Braunschweigischen Rechnungskammer auslösen.

10.5.1932

Strasser hält eine wirtschaftspolitische Rede (Strasser-Programm) zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise im Reichstag.

Mit der Rede positioniert sich Strasser als Konjunkturpolitiker (gestützt auf die Schriften von Silvio Gesell, Die natürliche Wirtschaftsordnung, 4. Aufl. 1920, 8. Aufl. 1938 nur noch in der Schweiz erschienen) und moderater Antipode Hitlers und empfiehlt sich für eine parteienübergreifende Koalition unter Führung Schleichers. Spätestens seitdem muß der Konflikt mit Hitler an Intensität gewonnen haben.

13.5.1932

Rücktritt von Groener als Reichswehrminister auf Druck von Schleicher.

Ursache ist das SA-Verbot Groeners, der bis dato als entschlossenster Politiker im Kampf gegen die NSDAP agiert hatte. Die Bereitschaft Hitlers, daß Verbot vom 13.4.1932 zu akzeptieren und nicht den Aufstand zu wagen, zahlt sich aus. Der „Legalitätskurs“ auf dem Weg zur Macht ist mit dem Rücktritt Groeners wieder einen Schritt weiter gekommen.

23.5.1932

Aufgrund der Presseangriffe wegen der Untätigkeit Hitlers als Regierungsrat und der Nichtreaktion Hitlers auf Bodens Anfragen wendet sich Küchenthal an Klagges mit der Aufforderung, Hitler zu veranlassen, seine Dienstgeschäfte endlich aufzunehmen.

Jetzt hat Klagges den Schwarzen Peter. Falls er Hitler gedrängt haben sollte, liegt hier ein Grund für die spätere Verstimmung zwischen beiden. Der Vorstoß läuft ins Leere.

28.5.1932

Eröffnung eines Dienststrafverfahrens gegen Rektor Otto Schmitz (1879-1965), Lehrstuhl für Werkstoffkunde und Schweißtechnik, wegen eines Rüstungsgeschäfts mit der Sowjetunion. Auf Betreiben von Klagges wird Schmitz vorläufig aus dem Dienst entlassen.

Schmitz, Experte für Ballistik, hatte mit Genehmigung des Reichswehrministeriums und auf Vermittlung des Braunschweigischen Gesandten in Berlin, Friedrich Boden, die Sowjetunion in Rüstungsfragen beraten und wollte sich 1928 für ein Jahr beurlauben lassen, um in Moskau ein Konstruktionsbüro einzurichten. Er hatte dieses Vorhaben aber nicht umgesetzt. Im Juni 1931 war er im Reichswehrministerium vorstellig geworden, um die Interessen eines Freundes, der im Osthandel tätig war, zu vertreten. Dabei trat er als Vertrauensmann der russischen Regierung auf. (Details bei Pollmannn 1995, S. 446)

Daß das Verfahren erst ein Jahr später eröffnet wurde, kann als politisch motivierter Versuch gewertet werden, den Rektor kalt zu stellen, weil er sich gegen die Berufung Hitlers gewehrt hatte.

30.5.1932

Rücktritt von Reichskanzler Brüning und Groener als Innenminister.

Der Widerstand gegen Hitler wird immer schwächer.

1.6.1932

Hindenburg ernennt Franz von Papen (Zentrum) zum Reichskanzler ohne Mehrheit im Reichstag. Das Zentrum geht in Opposition zu Papen wegen des Rücktritts von Brüning. Von Papen tritt aus dem Zentrum aus.

Klagges gibt die Amtsenthebung von Schmitz als Rektor und Lehrstuhlinhaber bekannt und eröffnet ein Dienststrafverfahren wegen Herausgabe von Informationen an die Presse. Prorektor Mühlenpfordt wird übergangsweise erneut Rektor.

Die Informationen an die Presse betreffen den gescheiterten Versuch durch Klagges, Hitler zum Professor zu berufen. Der Vorgang kann als Racheakt von Klagges bzw. als abschreckende Demonstration zur Wahrung seiner Autorität gegenüber der Hochschule gewertet werden.

4.6.1932

Auflösung des Reichstags.

6.6.1932

Carl Baumann, Vorsitzender der braunschweiger DNVP und Landtagsabgeordneter, dementiert in der Braunschweiger Staatszeitung, daß Küchenthal zurücktreten und Präsident der Braunschweigischen Staatsbank werden will. Der Finanzminister habe die Unterstützung seiner Partei.

Neun Monate später wird genau dies passieren. Dass Baumann sich zu dem Dementi veranlaßt sieht, deutet darauf hin, daß die Rochade schon lange geplant war, die DNVP aber noch um ihr Ministeramt kämpft.

9.6.1932

Antrag der NSDAP auf Auflösung des Landtags. Bertram begründet den Antrag mit dem Argument, daß die derzeitige Zusammensetzung nicht mehr dem tatsächlichen Stärkeverhältnis der Parteien entspreche. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 15 : 15 : 6 abgelehnt. Die BEL stimmt unterschiedlich ab. Die 4 DVP-Abgeordneten enthalten sich. Roloff befürwortet den Antrag.

Dieser Antrag richtet sich gegen die eigene Koalition, auf die die NSDAP keine Rücksicht mehr nimmt, weil das eigentliche politische Ziel, Hitler einzubürgern, erreicht ist. Eigentlich hätte die BEL die Koalition aufkündigen und mit der SPD koalieren müssen. Oder die DVP hätte die BEL verlassen und mit der SPD eine neue Mehrheit bilden müssen. Faktisch bedeutet die Enthaltung der DVP und damit die Ablehnung des Antrags ein Zusammengehen von SPD und DVP und die Auflösung der BEL, die man zuvor um jeden Preis vermeiden wollte.

9. oder 10.6.1932

Von Papen verhandelt mit Hitler über eine Tollerierung seines Kabinetts. Hitler stellt als Bedingung die Aufhebung des Uniformverbots für die SA und fordert Neuwahlen.

10.6.1932

Klagges überträgt Roloff, Hoppe und Herwig mit Schreiben an den Rektor ein mit ihrer Person verknüpftes Ordinariat und verleiht ihm die Amtsbezeichnung Ordentlicher Professor.

*Auf eine planmäßige Stelle? Evtl. handelt es sich im Falle Roloffs um die von Küchenthal im Etat für 1932 geschaffene o. Professur für die 8. Abteilung. Jedenfalls erhält Roloff eine Rangerhöhung wie Riekel 1928. Der eigentliche Riekel-Nachfolger Berger wird am 1.4.1934 diese Rangerhöhung nicht erhalten, weil die Berufungskommission der Meinung ist, daß Berger dafür noch nicht qualifiziert genug ist. Evtl. hat Roloff auch nur die Rangerhöhung Riekels (Gehaltsspitze u.a.) übertragen bekommen, so daß das Geld für Berger fehlte. Zumindest kann vermutet werden, daß Roloff für seine Kooperation zum **dritten** Mal belohnt wurde. Liegt hier ein klammheimlicher Grund für seinen Widerstand gegen eine Professur für Hitler? Hat er selber auf die Riekel-Stelle wegen der höheren Wertigkeit reflektiert? Evtl. war auch Hoppe der Nutznießer des Ringtauschs, der möglicherweise dadurch geködert wurde und sich in der Folge zum strammen Nationalsozialisten wandelte. Auf jeden Fall lüftet sich der Schleier, warum trotz der klammen Finanzlage am 27.2.1932 durch den Beschluß der Haushaltskommission zwei Professuren in den Etat der TH eingestellt wurden. Die Hochschulrektorenkonferenz wird in ihrer Dokumentation vom Februar 1933 diese Beförderungen öffentlich kritisieren!*

13.6.1932

Klagges teilt Küchenthal auf mehrfaches Drängen bezüglich der Tätigkeit Hitlers mit: „RR Hitler hat mir in der Erzbergbaufrage wichtige Besprechungen vermittelt und ist, wie ich aus den verschiedenen Besprechungen mit ihm entnommen habe, auch sonst bemüht, die braunschweigischen Wirtschaftsinteressen zu vertreten.“ (Morsey 1960, S. 446)

Wieso ist es die Aufgabe des Innen- und Volksbildungsministers, sich für die Belange der Wirtschaft einzusetzen?

Es gibt nur einen ernstzunehmenden Hinweis, daß Hitler der Firma Büssing einen Auftrag von 500 LKW verschafft haben soll (Morsey 1960, S. 445).

14.6.1932

Reichskanzler Papen hebt das Verbot von SA und SS wieder auf.

Damit erfüllt er eine Forderung Hitlers und hofft auf dessen Kooperationsbereitschaft. Hier lag der Grund, weswegen Druck auf Groener (und Brüning?) ausgeübt wurde, zurückzutreten. Die Kooperationsbereitschaft Papens wird im kommenden Wahlkampf von der NSDAP nicht honoriert. Hitler hat sich gegenüber Strasser als der gewieftere Taktiker erwiesen, ist aber auch nicht bereit, sich Papen oder Schleicher unterzuordnen.

15.6.1932

Klagges versetzt Gehlhoff aus der Kulturwissenschaftlichen Abteilung zum Maschinenbau.

Damit beginnt der Abbau der Sozialwissenschaften aus der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Wollte er damit bereits deren spätere Verlagerung in die BHR vorbereiten?

21.6.1932

Reichshilfe für den Unterharzer Bergbau

Ohne Vermittlung Hitlers.

28.6.1932

Aufhebung des bayerischen Uniformverbots durch die Reichsregierung

Mitte 1932

Das Institut für Konjunkturforschung macht in einem Bericht darauf aufmerksam, dass seit Mitte des Jahres sich eine Erholung der Weltwirtschaft abzeichnet und daß Deutschland von dem Aufschwung profitieren wird, der sich jenseits der Grenzen bereits abzeichnet. (Treue 1958, S. 99)

Der Hinweis unterstreicht, dass die Strategie Brünings, auf Zeit zu spielen, bis die wirtschaftliche Lage sich wieder bessert und damit auch der Zulauf für die NSDAP wieder rückläufig ist, durchaus Sinn gemacht hat. Leider hat er die Zeit nicht bekommen. Der Stimmenrückgang für die NSDAP bei der zweiten Reichstagswahl des Jahres 1932 läßt sich durchaus so interpretieren.

2.7.1932

Roloff wird Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung (1.8.1932 – 31.7.1933), Leiter der Lehrerbildungsabteilung und im WS 1932/33 Senatsmitglied.

Damit gehörte Roloff in der Endphase der TH vor der Gleichschaltung zu den einflußreichen TH-Mitgliedern.

10.7.1932

Roloff berichtet an die Parteizentrale über die politische Situation in Braunschweig. Darin unterscheidet er eine radikale (Klagges, Alpers) und eine moderate (Bertram, Zörner - neuerdings, Döhrmann) Fraktion der braunschweiger NSDAP. Die Moderaten wollen die Zusammenarbeit mit der DNVP, die Radikalen mit Gewalt an die Macht. Roloff befürchtet, daß die Radikalen sich durchsetzen werden. Der Übertritt des Abgeordneten Schmidt von der BEL zur NSDAP resultiere aus persönlichen Existenzgründen. (Stadtarchiv G IX 43:8-13)

Dieser Analyse ist zuzustimmen und erleichtert die Interpretation der braunschweiger Vorgänge.

12.7.1932

Die beiden Mittelstandsabgeordneten der BEL, Vahldiek und Schmidt, treten zur NSDAP über, die damit die Mehrheit von 11:9 in der Koalition erhält.

Die ersten Ratten verlassen das sinkende braunschweiger Schiff. Im Falle Schmidts (Verbandssyndikus) mögen existentielle persönliche Gründe den Schritt beeinflußt haben, da ihm sonst die Entlassung drohte. Vahldiek ist selbständiger Handwerksmeister.

18.7.1932

Im Werbeblatt der DNVP „Unsere Partei“ erscheint der Artikel „Wo Deutschnationale regieren: II. Braunschweig“ Darin heißt es: Niemals wäre Adolf Hitler deutscher Staatsbürger geworden, wenn nicht der deutschnationale Minister Dr. Küchenthal die Einbürgerung Hitlers durch seine Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat durchgesetzt hätte. Es darf

nicht vergessen werden, dass die früher geplante Einbürgerung Hitlers in Thüringen durch den nationalsozialistischen Minister Dr. Frick nicht erreicht worden ist.“

20.7.1932

Absetzung der Preußischen Regierung durch Papen via Notverordnung („Preußenschlag“). Papen wird Reichskommissar für Preußen.

Die Regierungsgewalt in Preußen geht auf das Reich über. Damit verhindert Papen eine Koalition NSDAP-Zentrum in Preußen und zieht sich den Zorn Hitlers zu, weil er damit verhindert, daß Hitler eine weitere Machtposition (z.B. das Innenministerium in Preußen) besetzen kann. Die SPD bleibt untätig und ruft nicht zum Generalstreik auf. Die Untätigkeit am 20.7. wird später als entscheidender strategischer Fehler gewertet, um den Lauf der Geschichte noch aufzuhalten.

21.7.1932

Großkundgebung Hitlers in Braunschweig im Eintracht-Stadion an der Hamburger Straße (Gizler 2015, S. 10)

Eintracht Braunschweig stellt Hitler die Arena zur Verfügung und war der Verein, der auch schon vor der „Machtergreifung“ mit der NSDAP sympathisierte im Unterschied zu den Freien Turnern, die in der NS-Zeit verboten waren.

31.7.1932

Reichstagswahl. Die NSDAP macht große Gewinne und erringt 34,7 % gegenüber 18,3 % (1930) der Stimmen und 230 gegenüber 107 (1930) Sitze. Damit wird sie stärkste Fraktion und kann den Reichspräsidenten stellen. Klagges und Zörner (bis November 1933) werden als Abgeordnete des Wahlkreises Südhannover-Braunschweig gewählt. NSDAP und KPD erreichen zusammen mehr als 50 Prozent der Sitze.

Eine konstruktive Mehrheitsbildung ist für die Mittelparteien nicht mehr möglich. Dennoch scheint die Grenze der Mobilisierungsfähigkeit der NSDAP erreicht, u.a. weil die Arbeitslosigkeit den Höhepunkt überschritten hat.

August 1932

Die Österreichische Regierung hebt das Einreiseverbot für Hitler auf.

Damit hat diese auf dessen deutsche Staatsbürgerschaft reagiert.

1.8.1932

Der NS-Studentenführer Axel Schaffeld wird in der Nacht vom 31.7. auf den 1.8. in Braunschweig erschossen. Der Vorfall löst neue studentische Unruhen in Braunschweig aus.

Der neue Senat wird gebildet: Rektor Gassner, Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung und Senatsmitglied Roloff. Der Konflikt Gassner-Klagges über die Frage, ob die TH eine Universität und damit autonom oder dem Volksbildungsministerium unterstellt ist, eskaliert.

Die neue Hochschulleitung setzt den Kurs des alten Rektors Schmitz gegenüber Klagges fort.

Die von Klagges beantragte Aufstellung einer Hilfspolizei wird vom Reichsinnenminister abgelehnt.

2.8.1932

Weiterer Bericht Roloffs an die berliner Parteizentrale der DNVP. Roloff führt aus, daß Klagges de facto die Regierung führt und Küchenthal kuscht.

Aus den Berichten, denen weitere am 5.8. und 11.8 folgen, geht hervor, daß Roloff in Opposition zur NSDAP geht. Insbesondere der Übertritt der beiden BEL-Abgeordneten ist ein Problem, da die BEL jetzt innerhalb der Koalition in der Minderheit ist und sich die Auflösungsstendenzen verdichten.

4.8.1932

Roloff fordert in einem Schreiben den Abgeordneten Baumann (DNVP) zur Mitarbeit in der Fraktion auf. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43,1-2)

Offenbar ist Baumann nach dem Übertritt von Vahldiek und Schmidt zur NSDAP der nächste Wackelkandidat in der BEL. Das Schreiben liest sich als wachsende Kritik an den sozialistischen Tendenzen der NSDAP und als Apell zur Behauptung des braunschweiger Bürgertums, das allerdings bereits mehrheitlich hinter der NSDAP steht.

5.8.1932

Im Treffen mit Schleicher fordert Hitler die Macht.

Roloff teilt der Reichsleitung der DNVP mit, daß Alpers die KPD verbieten und so die Mehrheit im Landtag errlangen will. Roloff weigert sich, dabei mitzuwirken.

13.8.1932

Hitler wird nach einem Gespräch mit Papen und Schleicher von Hindenburg zu einer 20minütigen Audienz empfangen. Hitler fordert die Kanzlerschaft, die von Hindenburg verweigert wird. Die Ablehnung wird durch eine Presseerklärung des Präsidialamts öffentlich gemacht.

Hitler hat diese Weigerung als „persönliche Niederlage“ empfunden. (Kershaw Bd. 1, S. 475) Seitdem gab es einen offenen Konflikt Hitlers mit Papen und Schleicher. Hitlers Griff nach der Macht war vorerst trotz des großen Wahlerfolgs vom 31.7.1932 abgewehrt. Laut Duesterberg 1949, S. 37, war Schleicher im Besitz der (bayerischen?) Militärpapiere Hitlers. Daß er eine Kopie der österreichischen Militärpapiere besessen haben soll, ist unwahrscheinlich. Aufgrund der intimen Kenntnisse von Hitlers persönlichen Schwächen, so die These, wurde Schleicher nach der Machtergreifung der Nazis umgebracht.

Am Abend findet eine SA-Führertagung in Berlin statt. 90 Prozent der Teilnehmer sind für den sofortigen Aufstand. Hitler und Röhm sprechen sich dagegen aus. (Winkler 1987, S. 708)

Die Tagung ist eine Reaktion auf den gescheiterten Versuch Hitlers vom selben Tage, auf legale Weise an die Macht zu kommen.

28.8.1932

Die Braunschweigische Landeszeitung meldet, daß im Studienjahr 1932/33 die Zahl der planmäßigen Professuren an der TH von 41 auf 43 gestiegen ist. Die beiden zusätzlichen Professuren wurden in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung mit PD a.o. Prof. Herwig (Psychologie) und PD Dr. Hoppe (Literaturgeschichte) besetzt. Eine freie Professur in der Pädagogik ist noch nicht besetzt.

Bei letzterer handelt es sich um die Riekel-Stelle, die für Hitler vorgesehen war.

30.8.1932

Konstituierung des neuen Reichstags. Göring als Vertreter der stärksten Fraktion wird u.a. mit den Stimmen des Zentrums zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Damit gewinnt Göring die gleiche Machtposition wie Zörner in Braunschweig, um sie über die Geschäftsordnung ähnlich zu nutzen.

4.9.1932

Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft mit starken Lohnkürzungen

10.9.1932

Hitler versucht, mit dem Zentrum eine Koalition im Reich zu schließen. Diese scheitert an zu hohen Forderungen Hitlers.

Mit seiner Alles oder Nichts-Strategie hat Hitler sich ins Abseits manövriert.

12.9.1932

Dramatische Abstimmungsniederlage für Papen im Reichstag über die Aufhebung der Notverordnung vom 4.9.1932. NSDAP und KPD stimmen mit den „Systemparteien“ gegen Papen. Zuvor hatte Papen versucht, mit Hilfe Hindenburgs den Reichstag aufzulösen, um die Abstimmung zu verhindern. Göring mißachtet die Wortmeldung Papens und läßt sofort abstimmen. Die erneute Auflösung des Reichstags bei gleichzeitiger Abstimmungsniederlage Papens führt zu einem Verfassungskonflikt. Die Neuwahl wird auf den 6.11.1932 gelegt.

Der Vorgang löst eine Krise in der NSDAP über das weitere taktische Vorgehen auf dem Weg zur Macht aus. Vielleicht spürt man, daß der Gipfel der Mobilisierungsfähigkeit für die Partei erreicht ist und daß die Neuwahl einen Rückschlag bedeuten könnte. Der 13.8.1932 wird als vertane Chance wahrgenommen.

Von Papen und Hitler werden darüber zu Feinden. Papen will gegen die NSDAP vorgehen, wird aber von Schleicher gebremst, der bezweifelt, daß die Reichswehr in einem Bürgerkrieg stark genug ist, die SA in Schach zu halten. Diese Befürchtung gründet sich aber nicht nur auf die zahlenmäßige Stärke von SA und SS, sondern auch darauf, daß die NSDAP mittlerweile viele Sympathisanten in der Reichswehr hat. Deshalb drohe ein Konflikt innerhalb der Reichswehr. Daraufhin kühlt sich das Verhältnis Papen-Schleicher ab, während Papen und Hitler sich wieder annähern. Deshalb wollte Schleicher allein gegen die Nazis vorgehen, wurde aber von Hindenburg gebremst. Schleicher versuchte, die NSDAP zu spalten durch eine Annäherung an Strasser. Alle diese taktischen Winkelzüge wurden letztlich im „Röhmputsch“ mit der Ermordung bzw. Kaltstellung aller Widersacher Hitlers sanktioniert.

14.9.1932

Kleine Anfrage der SPD im Landtag bezüglich der Tätigkeit Hitlers.

Küchenthal wendet sich an Boden und Klagges. Boden (2x) und Klagges wenden sich an Hitler, ohne bzw. ohne befriedigende Auskunft über dessen Tätigkeit zu bekommen.

Dazu verfaßt Boden einen Aktenvermerk, in dem er seine Verärgerung zum Ausdruck bringt, daß Hitler seine Anfragen ignoriert. Küchenthal vermerkt, daß er dem nur beipflichten kann.

Die resignierende Bemerkung Küchenthals macht deutlich, daß er es aufgegeben hat, Hitler zur Aufnahme seiner dienstlichen Tätigkeit zu bewegen. Die eigentlich gebotene Konsequenz, Hitler zu entlassen, scheut er. Diese Unterlassung deutet darauf hin, daß Küchenthal sich bereits auf den Machtwechsel einstellt und kein persönliches Risiko mehr eingehen möchte. Insofern war Braunschweig auch im Hinblick auf den vorausseilenden Gehorsam das Modell für das Reich. Möglicherweise ist aber anschließend die Überprüfung durch die Braunschweigische Rechnungskammer in Gang gesetzt worden.

26.9.1932

Beantwortung der Kleinen Anfrage der SPD durch die Staatsregierung (Küchenthal): „Wirtschaftliche Beziehungen und Verhandlungen laufen stets Gefahr, durch eine Behandlung in der Öffentlichkeit gestört zu werden. Sie erfordern ihrer Natur nach Vertraulichkeit. Ich trage daher Bedenken, die Anfrage durch materielle Angaben zu beantworten.“ Klagges wird um Mitzeichnung gebeten.

27.9.1932

Die NSDAP-Fraktion beantragt die Auflösung des Landtags zum 5.11.1932 und dessen Neuwahl am 6.11.1932, obwohl die Partei in der Frage gespalten ist zwischen Zörner/Bertram vs. Alpers/Schmidt/Schneider.

Für diesen Tag ist die Neuwahl des Reichstags vorgesehen. Wieder wird die Koalition faktisch aufgekündigt.

1.10.1932 (oder 1.11.)

Bertram begründet den 2. Auflösungsantrag mit ähnlichen Argumenten wie am 9.6.1931. Die Aussprache hat insofern einen anderen Tenor, als die Ablehnung jetzt auch bei der DNVP deutlicher wird. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 13:15:4 abgelehnt. Die DVP nimmt nicht an der Abstimmung teil, Roloff stimmt dagegen, Baumann, der anwesende KPD-Abgeordnete und die 11 NSDAP-Abgeordneten stimmen dafür.

Am Abstimmungsverhalten zu den beiden Auflösungsanträgen läßt sich das geänderte Klima in der Koalition wie in der BEL wie in der DNVP ablesen. Die DVP fängt an zu resignieren, die

DNVP spaltet sich, die Überläufertendenzen verdichten sich. Roloff fängt an, sich offen gegen die NSDAP zu positionieren.

Die SPD verhindert durch ihre Ablehnung des Antrags den Absturz der Mittelparteien bei einer möglichen Neuwahl. Insofern gab es am Ende, als es zu spät war, doch eine klammheimliche Koalition aus SPD und DVP und sogar Teilen der DNVP. Also wäre womöglich zu einem früheren Zeitpunkt womöglich eine Koalition SPD-BEL möglich gewesen.

12.10.1932

Werner Best wird im Strafverfahren wegen Hochverrats vom Reichsgericht aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Das Urteil kann als Ausdruck eines vorseilenden Gehorsams interpretiert werden.

19.10.1932

Drittes Urlaubsgesuch Hitlers über Boden an das Braunschweigische Staatsministerium auf unbestimmte Zeit, das erst am 2.11. abgeschickt wird. „Leider besteht keine Aussicht, daß mir die fortlaufenden politischen Kämpfe in der nächsten Zeit die Erfüllung meines Dienstauftrags ermöglichen.“

Offenbar ist das Gesuch die Reaktion auf Klagges Nachfrage, um dessen Peinlichkeit zu entgehen, keinen Tätigkeitsnachweis Hitlers geben zu können. Deshalb stellt Hitler ein Urlaubsgesuch bis auf weiteres. Hitler war offenbar von dem Mißverständnis ausgegangen, daß seine Ernennung zum Regierungsrat tatsächlich nur pro forma erfolgt ist. Aus dem Umstand, daß die braunschweiger Akteure genau diesen Eindruck zu vermeiden suchen und den Vorgang weiterhin streng legalistisch behandelten, ist vermutlich die eigentliche Verärgerung Hitlers über die Umstände seiner Einbürgerung entstanden. Hier hat womöglich auch das Zerwürfnis Hitler-Klagges seinen eigentlichen Grund.

1.11.1932

Paul Richter wird Mitglied der NSDAP (?).

Das Datum ist nicht sicher. Vielleicht handelt es sich nur um das Datum des Mitgliedsantrags. In seinen Bewerbungsunterlagen für eine Professur an der TH Braunschweig wird er später dieses Datum betonen und bedauern, daß er erst ab dem 1.3.1933 als Parteimitglied geführt wird. Offenbar war es ihm später wichtig, nicht als „Märzgefallener“ zu erscheinen.

November 1932

Hermann Brill verfaßt eine Aufzeichnung zu Hitlers Anhörung vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß „Hitler als Zeuge“.

6.11.1932

Die Reichstagswahl bringt leichte Verluste für die NSDAP mit 33,1 % der Stimmen und 196 Sitzen. In Braunschweig gehen die Stimmen von 156.148 auf 136.764 zurück. (Schmalz 1934, S. 216)

Die Wahl wird von Goebbels als Niederlage gewertet und auf das gescheiterte Treffen mit Hindenburg vom 13.8. und die gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum zurückgeführt.

Hitler konnte immer noch nicht zum Reichstag kandidieren, da er das Kriterium des § 4, Reichstagswahlgesetz, noch nicht erfüllt hatte, daß das passive Wahlrecht an eine mindestens einjährige Reichszugehörigkeit knüpfte. Unklar ist, ob der § 4 auch für die Wahl des Reichspräsidenten galt. Möglicherweise sprach auch seine rechtskräftige Verurteilung von 1924 dagegen.

Die Abstimmung gegen Papen am 12.9. im Reichstag erweist sich als taktischer Fehler. Die Verluste der NSDAP – gerade auch in Braunschweig - können als mögliche Wende in ihrem Aufstieg interpretiert werden. Die Arbeitslosigkeit hatte ihren Höhepunkt erreicht. In Lausanne und Genf wurden Verhandlungen über die Reparationen und den Versailler Vertrag geführt, die eine Entspannung an der außenpolitischen Front ankündigten. Hier lag das Kalkül von Brüning, der gehofft hatte, mit einer Amtsverlängerung Hindenburgs die Zeit zur Überwindung der Krise zu gewinnen. Die NSDAP hatte sich in den vielen Wahlen des Jahres 1932 zu Tode gesiegt und stand in der Machtfrage immer noch mit leeren Händen da.

Küchenthal gewährt den Urlaub Hitlers bis auf weiteres. Die Bezüge werden noch für zwei Monate gewährt. Danach ist deren Zahlung einzustellen. Regierungsrat Kiesel leitet den Bescheid am 7.11. an Klagges weiter.

Man merkt dem Vorgang an, daß Küchenthal trotz aller Vorsicht allmählich der Kragen über die Dreistigkeit Hitlers platzt. Hitler zu entlassen, traut er sich aber nicht (mehr).

9.11.1932

Rektor Gassner untersagt den politischen Vereinigungen der Hochschule das Chargieren und Tragen von Parteifahnen. Das löst den zweiten Hochschulkonflikt an der TH aus. U.a. geht es um die Stellung der Lehrerbildung.

10.11.1932

Hitler verzichtet für die Dauer seiner Beurlaubung auf seine Bezüge als Regierungsrat.

Die er angeblich an Arbeitslose gespendet hat. Die deutsche Staatsbürgerschaft und den Titel Regierungsrat behält er. Nach 1945 wird allerdings behauptet, das Gehalt sei noch lange weiter gezahlt worden und an die SS gegangen.

15.11.1932

Küchenthal beantwortet die parlamentarische Anfrage der SPD mit einem vagen Hinweis auf Hitlers angeblichen Einsatz und „wertvolle Dienste“ für den Unterharzer Erzbergbau.

Was später mit der Gründung der Reichswerke in Salzgitter nicht ganz falsch sein sollte.

17.11.1932

Reichskanzler Papen tritt zurück.

In Braunschweig kommt es zu einer Koalitionskrise wegen persönlicher Auseinandersetzungen zwischen DNVP- und NSDAP-Abgeordneten.

18.11.1932

Klagges interveniert gegenüber der TH anlässlich der Totengedenkfeier.

19.11.1932

Treffen zwischen Hindenburg und Hitler. Hindenburg ist bereit, Hitler an der Regierung zu beteiligen.

21.11.1932

Der Senat befaßt sich mit der Hochschuldisziplin und beschließt ein Verbot der Ortsgruppe Braunschweig des NSDStB. Klagges hebt das Verbot am selben Tag fernmündlich und schriftlich auf.

Durch die Intervention von Klagges hat der Konflikt eine neue Dimension bekommen. Es geht jetzt um die Frage der Hochschulautonomie.

24.11.1932

Hindenburg lehnt ein Präsidialkabinett Hitler erneut ab.

Klagges greift über den Hochschulreferenten Albrecht in die Tagesordnung des Senats der TH ein und verbietet dem Senat, Fragen der Hochschulpolitik zu behandeln.

25.11.1932

Roloff wendet sich in den BNN in einer Erklärung gegen die Eingriffe Klagges in die Autonomie der TH.

26.11.1932

Schmitz wird von Klagges vernommen und in einem Dienststrafverfahren zur Dienstentlassung bei Zahlung des halben Ruhegehalts verurteilt.

Zu den ersten Vorwürfen war der Vorwurf hinzugekommen, daß Schmitz einem Berliner Journalisten vertrauliche Informationen über das Berufungsverfahren des NS-Philosophen/Pädagogen Ernst Kriek überlassen habe (Pollmann 1995, S. 446; Wettern/Weßelhöft 2010, S. 190).

28.11.1932

Eingabe des Vorsitzenden des Verbands der Deutschen Hochschulen und bonner Theologen, Fritz von Tillmann, an den Reichspräsidenten zur Wahrung der Autonomie der Universitäten gegen politische Einflußnahme.

Anlaß sind die Vorfälle an der TH Braunschweig während des 1. und 2. Hochschulkonflikts. Da es nur um die TH Braunschweig geht, kann geschlossen werden, daß die Radikalisierung hier im Vergleich zu anderen Universitäten besonders weit vorangeschritten war.

Dezember 1932

Geheimes Treffen von braunschweiger SPD-Vertretern mit Gassner bei Geiger in der Absicht, Klagges zu beseitigen. (Pollmann 1995, S. 450)

Der Hinweis ist mysteriös. Wie sollte das noch bewerkstelligt werden?

Anfang Dezember 1932

Die Mitgliederversammlung der braunschweiger DVP unterstützt Rektor/Senat gegen Klages. Die DNVP verfaßt eine ähnliche Stellungnahme.

2.12.1932

Kurt von Schleicher wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

Schleicher hatte die Absicht, den Strasser-Flügel an der Regierung zu beteiligen und so die NSDAP zu spalten.

4.12.1932

Die Rektorenkonferenz in Halle stellt sich in einer EntschlieÙung hinter den braunschweiger Rektor und Senat: „Deshalb sprechen die in Halle versammelten Rektoren dem Rektor und dem Senat der Technischen Hochschule Braunschweig ihren Dank aus für das mannhaft e Eintreten gegenüber den Eingriffen des Braunschweigischen Volksbildungsministers in die Freiheit der Wissenschaft und die akademische Selbstverwaltung.“ (Text in: Mitteilungen des Verbands der Deutschen Hochschulen, Februar 1933)

Schleicher bietet Strasser den Posten des Vizekanzlers an. Strasser lehnt nicht ab.

Hintergrund ist der Versuch Schleichers, die NSDAP zu spalten und mit ihrem linken Flügel und dem ADGB eine sog. „Querfront“ zu bilden. Strasser riskiert den offenen Machtkampf mit Hitler. Obwohl Hindenburg mit der Ernennung Strasser einverstanden war, wagt Schleicher am Ende nicht die Ernennung Strassers.

5.12.1932

Strasser macht den vergeblichen Versuch, Hitler zur Tollerierung Schleichers zu bewegen.

Der Volksfreund berichtet, daß der NS-Studentenführer Gille vorläufig seiner Parteiämter enthoben wurde, weil bekannt wurde, daß es sich um einen rechtskräftig verurteilten Betrüger handelt.

Die Meldung schwächt die Position der NS-Studenten im Hochschulkonflikt.

Der Senat will auf Vorschlag von Roloff eine Klärung der rechtlichen Stellung der Hochschule wegen der permanenten Eingriffe von Klagges in die Hochschulautonomie herbeiführen.

Damit reagiert der Senat auf die EntschlieÙung der Rektorenkonferenz. Es geht u.a. um die Frage, ob die Technischen Hochschulen den Universitäten bezüglich der Hochschulautonomie gleichgestellt sind. Der Vorgang ist widersprüchlich, da die Rektorenkonferenz in ihrer Dokumentation vom Februar 1933 Roloff, ohne ihn namentlich zu nennen, indirekt öffentlich kritisiert. In einem Schreiben vom 24.5.1948 an ? betont Roloff später, daß er im Senat die Initiative pro Gassner ergriffen habe, obwohl mittlerweile einige Senatoren schwankend geworden seien. Banse und Kern hätten ihn aufgefordert, Gassner fallen zu lassen. Er, Roloff, sei deshalb auch in Konflikt mit Horrmann geraten. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Banse, Kern und Horrmann bekennen sich als erste braunschweiger Hochschullehrer zur NSDAP. Roloff scheint in der Hochschule allmählich eine oppositionelle Haltung einzunehmen.

Die SPD kündigt einen Mißtrauensantrag gegen Klagges mit Erfolgsaussichten an, da im bürgerlichen Lager die Kritik an Klagges wächst.

Deshalb beruhigt sich die Lage, da der Koalitionsfriede wiederhergestellt werden muß. Fast wäre in Braunschweig in letzter Minute doch noch eine Zusammenarbeit zwischen SPD und DVP und sogar Teilen der DNVP nach thüringer Muster möglich gewesen. Auch der Widerstand an der TH ist noch erkennbar.

6.12.1932

Konstituierende Sitzung des neuen Reichstags. Göring wird erneut zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Klagges wendet sich in einer Presseerklärung gegen die EntschlieÙung der Rektorenkonferenz in Halle. (Text in Mitteilungen 1933 und in BNN)

Die BNN veröffentlichen (auf derselben Seite wie die Presseerklärung von Klagges) eine EntschlieÙung, die Wessel auf dem Hochschulabend der DVP vorgelegt hat. Darin heißt es u.a.: „Das Gedeihen der Hochschule sowie die Aufrechterhaltung von Disziplin, Ruhe und Ordnung ist nur zu gewährleisten, wenn unter grundsätzlicher Ausschaltung von Politik innerhalb der Hochschule alle auf Parteipolitik beruhenden Eingriffe unterbleiben.“ (BNN vom 6.12.1932)

Damit geht Wessel auf Konfrontationskurs zu Klagges, obwohl die DVP mit der NSDAP in der Koalition zusammenarbeitet. Wessel erweist sich immer noch als Vertrauensmann der Hochschule, der ihre Interessen auch öffentlich wahrnimmt.

7.12.1932

Eine Studentische Vollversammlung der TH stellt sich hinter Rektor und Senat. Am 16.12.1932 folgt eine weitere Vollversammlung.

Der Vorgang zeigt, daß die NS-Studenten an der TH nicht (mehr?) in der Mehrheit sind.

8.12.1932

Strasser schickt Hitler seinen Rücktrittsbrief ins Hotel Kaiserhof, tritt von allen Parteiämtern zurück und fährt anschließend in Urlaub. (Inhalt bei Kissenkoetter 1978, S. 172). Hitler ernennet Robert Ley zum Reichsorganisationsleiter der NSDAP und damit zum Nachfolger von Strasser.

In der Nacht fürchtet Hitler den Zerfall der NSDAP. U.a. soll Rust zum Strasser-Flügel gehört haben. Laut Kissenkoetter wollte Strasser nicht die Partei spalten, sondern ist aus persönlicher Resignation zurückgetreten.

Mit Strassers Rücktritt ist der sozialistische Flügel der NSDAP aus der Parteiführung ausgeschieden. Ley erreicht nicht die Machtfülle von Strasser, da Hitler am 21.4.1933 Rudolf Heß zu seinem Stellvertreter mit Vollmacht in allen Fragen der Parteileitung ernennen wird. Faktisch wird seitdem der Stabsführer von Heß, Martin Bormann, zum Konkurrenten von Ley.

Ernst Heimbs wird Teilhaber der Firma „Ferdinand Eichhorn“.

9.12.1932

Auf einer Gauleitertagung erreicht Hitler die Unterstützung der Gauleiter.

Damit ist der Machtkampf mit Strasser entschieden und die Spaltung der Partei abgewehrt.

Die SPD-Fraktion stellt im Landtag einen Mißbilligungsantrag gegen Klagges wegen dessen Verhaltens im Hochschulkonflikt.

10.12.1932

Papen kontaktiert den Bankier von Schröder, der wiederum Kontakt zu Hitlers Wirtschaftsberater Keppler hat.

An diesem Tag wird die Unterstützung der Wirtschaft für Hitler und dessen Machtübernahme eingefädelt. Mit den anschließenden Aktivitäten Papens wird 1947 in seinem Spruchkammerverfahren begründet, warum er ein wesentlicher Wegbereiter des Nationalsozialismus war.

13.12.1932

Zweite Presserklärung von Klagges zur Entschließung der Rektorenkonferenz in Halle (Text in Mitteilungen 1933)

14./15.12.1932

Letzte ordentliche Plenarsitzung des Braunschweigischen Landtags. Der Hochschulkonflikt wird im Landtag diskutiert. Der Mißtrauensantrag der SPD vom 9.12. gegen Klagges, um die Autonomie der TH zu stärken, wird mit 20 : 20 abgelehnt. Stattdessen wird der Antrag Wessel mit 21 : 19 angenommen.

Die SPD übernimmt die Position von TH, Hochschulrektorenkonferenz und der Entschließung Wessel des Hochschulabends der DVP. Schrader stimmt gegen Klagges. Wessel hätte seiner eigenen Entschließung zustimmen müssen um den Preis der Kündigung der Koalition, der Kündigung der BEL und der Bildung einer neuen Koalition aus SPD und DVP. Die DVP, die zunächst Klagges scharf kritisiert hat, ist angesichts dieser Konsequenzen doch nicht bereit, diesen Schritt zu gehen und versucht, sich durch einen Kompromißantrag aus der Affäre zu ziehen. Damit ist Wessel, als es hart auf hart ging, eingeknickt. Eine Zusammenarbeit zwischen SPD und DVP in letzter Minute kam nicht zustande. Vielleicht fehlte der DVP angesichts des absehbaren Endes der Weimarer Republik dazu schon der Mut.

24.12.1932

Gespräch zwischen Küchenthal, Klagges, Gassner, Fries und Albrecht über den Hochschulkonflikt führt zu keiner Einigung.

26.12.1932

Der Rat der Gemeinde Bodenstedt lehnt den Antrag des Lehrers Adolf Schmidt auf Namensänderung in Schmidt-Bodenstedt einstimmig ab. (Gemeinderatsprotokoll)

Obwohl 4 der 9 Gemeinderatsmitglieder der NSDAP angehören!

3.1.1933

Großaufmarsch der SA in Braunschweig

4.1.1933

Treffen zwischen Papen und Hitler im Hause des Bankiers Schröder.

Dieses Treffen dürfte den politischen Durchbruch für Hitler vorbereitet haben, da Papen einen Reichskanzler Hitler akzeptiert und sich selber mit dem Vizekanzler zufrieden gibt. Auf den zögernden Hindenburg soll eingewirkt werden.

22.1.1933

Treffen zwischen Papen und Hitler bei Ribbentrop zur Vorbereitung des Regierungswechsels.

Papen wird, obwohl er kein politisches Amt hat, zum Verhandlungsführer. Schleicher will daraufhin die Reichswehr mobilisieren. Hindenburg lehnt ab, weil er eine Konfrontation innerhalb der Reichswehr befürchtet.

24.1.1933

Letzte große Anfrage der SPD durch Jasper im Landtag.

Bei der Beantwortung der Anfrage durch die Regierung am 14.3. werden die SPD- und KPD-Abgeordneten nicht mehr anwesend sein.

26.1.1933

Die Braunschweigische Rechnungskammer setzt eine Prüfung der an Hitler gezahlten Bezüge und der dafür erbrachten Leistungen an. In der Akte heißt es: „Die von zwei unserer Beamten im verflossenen Monate bei der dortigen Kasse vorgenommene unvermutete Prüfung und ein dabei vorgefundener Aktenvermerk veranlaßt uns, auf Grund der Bestimmung des § 22, Absatz 1 des Rechnungskammergesetzes vom 29. Dezember 1919... um Einsendung der Personalakte des Regierungsrats Hitler einschließlich der Schriftstücke, die zu seiner Anstellung geführt haben, auf kurze Zeit zu ersuchen.“ Dazu werden die für Hitler zuständigen Behörden (Landeskultur- und Vermessungsamt, Gesandtschaft, Staatsministerium) um Zusendung der Personalakten Hitlers aufgefordert.

Dieses Detail macht deutlich, daß in der braunschweigischen Verwaltung an der legalistischen Illusion des rechtmäßigen Einbürgerungsvorgangs fast bis zum Tag der „Machtergreifung“ Hitlers festgehalten wurde. Zweifel sind nur auf dem bürokratisch korrekten Wege zu überprüfen.

Bernhard Rust kündigt die Machtübernahme Hitlers an.

28.1.1933

Die Braunschweigische Gesandtschaft sendet die Personalakte Hitlers an die Rechnungskammer.

30.1.1933

Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler, gestützt auf eine Koalition aus NSDAP, DNVP und Stahlhelm. Das Angebot des Zentrums, sich an der Regierung zu beteiligen einschließlich eines Ministers Brüning, wird von Hitler abgelehnt. Der in letzter Minute zögernde Hugenberg lenkt ein.

Hätte Hitler auch durch diese Ernennung die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen?

Die braunschweiger Einbürgerung Hitlers erweist sich erneut als relevant, weil das Reichsministergesetz vom 27.3.1930 unter § 24 vorschreibt, daß die Bezüge und Versorgungsansprüche des Reichskanzlers ruhen, wenn er die deutsche Staatsbürgerschaft verliert. Daß ein Staatenloser zum Reichskanzler ernannt wird, ist zwar in dem Gesetz nicht vorgesehen, der § 24 hätte aber sinngemäß auf Hitler Anwendung finden müssen. Hitler hätte zwar zum Reichskanzler ernannt werden können, aber keine Bezüge erhalten! Im Übrigen ist es kaum vorstellbar, daß Hindenburg einen Staatenlosen zum Reichskanzler ernannt hätte, zumal das Scheitern der braunschweiger Einbürgerungsabsicht hohe politische Wellen geschlagen hätte.

Obwohl die NSDAP bereits auf dem absteigenden Ast war und Hitler sich durch seine überzogenen Forderungen in den diversen Verhandlungen ins Abseits manövriert hat, wird er von der konservativen Clique, die Hindenburg umgibt, auf den Schild gehoben. Die Nationalkonservativen (auch wenn Hugenberg am Schluß Bedenken hatte) gehen von der Fehlkalkulation aus, daß sie Hitler einbinden und kontrollieren können. Auch hier wurde versäumt, aus dem Scheitern der „Harzburger Front“ zu lernen.

Für Klagges fatal war der Umstand, daß er zum Zeitpunkt der „Machtergreifung“ die Gunst Hitlers verloren hatte und deshalb bei der Postenverteilung weder als Gauleiter noch als Reichsstatthalter berücksichtigt wurde.

Die SPD hält am Legalitätskurs fest. Ein Angebot der KPD zum Generalstreik wird nach interner Diskussion abgelehnt.

Als Gründe können angenommen werden: Mißtrauen gegenüber der KPD; hohe Arbeitslosigkeit, die einen Streik beeinträchtigt; Zweifel an der Sinnhaftigkeit; Widerstand von NS-Sympathisanten insbesondere im Öffentlichen Dienst und auf Seiten der SA (Winkler 1987, S. 873)

Rektor Gassner versteckt sich in der AOK und flieht später nach Bonn. Klagges schreibt dessen Fahndung aus.

Das AOK-Gebäude befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Gassners Dienstzimmer als Biologieprofessor in der Villa am Botanischen Garten. Da die AOK kurz darauf vom Stahlhelm besetzt und als „Stahlhelm-Kaserne“ genutzt wird, könnte hier der Grund für die Wahl des Verstecks liegen.

31.1.1933

Der Landtagsabgeordnete Gmeiner (KPD) und Hauptkritiker von Klagges im Landtag wird verhaftet.

Die neue Reichsregierung beschließt die Auflösung des Reichstags und setzt Neuwahlen für den 5.3.1933 an.

Hitler rechnet mit einer absoluten Mehrheit aus NSDAP und DNVP, was sich bestätigen wird.

Februar 1933

Veröffentlichung der Dokumentation des Verbands der Deutschen Hochschulen „Die Vorgänge an der Technischen Hochschule in Braunschweig“ inklusive der Eingabe an den Reichspräsidenten vom 28.11.1932 zur Wahrung der Hochschulautonomie und anderer Dokumente zum braunschweigischen Hochschulkonflikt. Darin heißt es u.a.: „Es ist mit der Anerkennung der Hochschulautonomie schlechterdings nicht vereinbar, wenn der Braunschweigische Volksbildungsminister ohne Befragen der Hochschule Herrn Adolf Hitler zum Professor der Technischen Hochschule machen wollte, hierbei allerdings am Widerstand des deutschnationalen Ministers Küchenthal scheiterte, der die Gegenzeichnung verweigerte. ... Die Ernennung von drei Extraordinarien zu persönlichen Ordinarien ist vom Volksbildungsminister ebenfalls unter Ausschaltung von Rektor und Senat vorgenommen worden.“ (Die Vorgänge 1933, S. 11)

Dazu gehörte im Februar 1933 bereits großer Mut. Mit den drei Extraordinarien sind Roloff, Hoppe und Herwig gemeint, die von Klagges am 10.6.1932 befördert worden waren. Der Umstand, daß die Rektorenkonferenz und damit auch die Braunschweiger Hochschulleitung den Vorgang öffentlich kritisieren, ist ein starkes Indiz, daß Roloff und seine beiden Kollegen im 2. Hochschulkonflikt in Opposition zu Rektor und Senat gestanden haben und dafür von Klagges belohnt wurden. Es verstärkt sich der Eindruck, daß Roloff durchgängig ein doppeltes Spiel gespielt hat und auch immer sein persönliches Vorankommen als Hochschullehrer im Auge hatte. Hoppe war offenbar ein opportunistischer Wendehals.

2.2.1933

Regierungserklärung von Hitler begründet den (1.) Vierjahresplan

3.2.1933

Die von Klagges verkündeten Notverordnungen führen zur Verhaftung von KPD-Mitgliedern.

Die Braunschweigische Rechnungskammer bittet das Landeskultur- und Vermessungsamt um Übersendung der Personalakte Hitler. (Bundesarchiv NS 26/7)

Bemerkenswert ist, daß die Überprüfung noch fortgesetzt wird, obwohl Hitler bereits zum Reichskanzler ernannt ist und der Machtwechsel auch in Braunschweig bereits Konsequenzen zeigt.

4.2.1933.

Hindenburg erläßt die "Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes".

Die Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig wird aufgelöst. Die Verfolgung der KPD in Braunschweig wird fortgesetzt.

12.2.1933

Gemeinsamer Aufmarsch von SA und Stahlhelm in Braunschweig in Gegenwart von Klagges, Zörner u.a.

Der letzte Landes-Parteitag der SPD in Gandersheim verläuft ohne Störung.

14.2.1933

Die Rechnungskammer sendet die von der Gesandtschaft angeforderte Personalakte Hitlers zurück.

Die Rechnungskammer sendet die vom Kultur- und Vermessungsamt angeforderte Personalakte Hitlers zurück.

Der bürokratische Vorgang wird ungerührt fortgesetzt, obwohl er keinerlei Ergebnisse zeigt.

16.2.1933

Hitler bittet als Reichskanzler (!) um seine Entlassung: „Hiermit bitte ich das Staatsministerium um meine Entlassung aus dem Braunschweigischen Staatsdienst.“ (Unterschrift A. Hitler)

Das Schreiben ist an das Innenministerium (Klagges) gerichtet.

Die Kündigung Hitlers war vielleicht die Reaktion auf die Prüfung der Rechnungskammer, um weiteren Untersuchungen zuvor zu kommen. Küchenthal behauptet 1961 (s. 24), er habe von Klagges gefordert, daß Hitler das Entlassungsgesuch stellt. Klagges wäre dies unangenehm gewesen, hätte sich aber dem Druck Küchenthals gebeugt.

22.2.1933

Letzte reguläre Sitzung des Senats der TH. Der Senat spricht Rektor Gassner das Vertrauen aus.

Göring gestattet als Kommissarischer Preußischer Innenminister, daß SA, SS und Stahlhelm als Hilfspolizei eingesetzt werden können.

24.2.1933

Hitler wird aus dem braunschweigischen Staatsdienst durch Küchenthal entlassen. Die Urkunde ist von Küchenthal unterzeichnet und von Klagges gegengezeichnet. Dazu heißt es: „Die darüber angefertigte Urkunde ist dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler gegen Empfangsbescheinigung auszuhändigen“.

Offenbar ist der Vorgang von Klagges an Küchenthal weitergereicht worden, der vielleicht die Entlassung vermeiden wollte. Den Schwarzen Peter hatte am Ende wie der Boden, der sogar noch eine Empfangsbescheinigung erwirken sollte.

Der Vorgang ist das letzte Blatt in der Hauptakte der braunschweigischen Personalakte Hitlers. Angesichts der nur einjährigen „Tätigkeit“ Hitlers als Regierungsrat hat seine Personalakte einen beträchtlichen Umfang. Darin geht es im Wesentlichen aber nur um den Versuch der braunschweiger Behörden, Hitlers Anstellung einen legalen Anstrich zu versehen (Urlaubsgesuche, Gehaltsberechnungen, Zustellungsurkunden, Wohnsitzfrage, Anfragen nach der Tätigkeit etc.).

27.2.1933

In der Nacht auf den 28. 2. brennt das Reichstagsgebäude als Folge von Brandstiftung.

Der Brand wird von Hitler umgehend zur Verfolgung der politischen Gegner genutzt.

28.2.1933

Die Reichskanzlei bestätigt den Empfang des Entlassungsschreibens (Hitler) des Braunschweigischen Staatsministeriums.

Hindenburg erläßt die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“. Alle Länder ohne NS-Regierung werden Reichskommissaren unterstellt.

Sie bleibt bis 1945 in Kraft.

Klagges veranstaltet eine Kundgebung vor dem Hauptgebäude der TH Braunschweig (?)

Alpers wird zum 1. Mal suspendiert.

Alpers hatte sich als besonders radikaler Nazi profiliert. Seine Suspendierung ging auf Intervention der moderaten braunschweiger Nazis zurück, die ein zu radikales Vorgehen, solange die Macht der NSDAP im Reich noch nicht konsolidiert war, ablehnten.

März 1933

Die Betriebsrätewahlen bringen enttäuschende Ergebnisse für den NSBO. In manchen Betrieben ist allerdings bereits die Bewegung der Arbeiterschaft Richtung NSBO erkennbar. (Winkler 1987, S. 909)

Mitglieder der KPD laufen seitdem zur SA über, Reichsbannermitglieder schließen sich dem Stahlhelm an. (Winkler 1987, S. 910)

1.3.1933

Boden kann die Verabschiedungsurkunde Hitlers aus dem braunschweigischen Staatsdienst nicht persönlich, sondern nur dem Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei, Dr. Meerwald überreichen. Dazu vermerkt Boden am 2.3.1933: „... da Herr Reichskanzler Hitler persönlich bei der Hochspannung des politischen Betriebs weder gestern zu erreichen war noch voraussichtlich in naher Zukunft zu erreichen sein wird...“ (12 A Neu Fb 7 Nachtrag III Nr. 235a). Von der Ausstellung einer Empfangsbescheinigung ist in der Akte nicht die Rede.

Hitler war weder bei der Überreichung der Staatsbürgerschaftsurkunde noch bei der Entlassung persönlich erreichbar.

Klagges erläßt eine Durchführungsverordnung der Notverordnung, die alle parteipolitischen Aktivitäten von SPD und KPD in Braunschweig, auch Versammlungen und Zeitungen, verbietet.

3.3.1933

Boden rät Küchenthal schriftlich nach Rücksprache mit Staatssekretär Zarden aus dem Reichsfinanzministerium, der selber um seine Zukunft bangt, vorläufig nicht aus dem Reichsfinanzdienst auszuscheiden. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Offenbar hat Küchenthal bereits in Berlin sondiert, wie er sich neu orientieren soll. Zarden wird sich später umbringen.

Küchenthal wird von der DNVP-Zentrale in Berlin per Telegramm aufgefordert, möglichst lange im Amt zu bleiben, um zu versuchen, daß der Reichsstatthalter in Dessau einen Deutschnationalen als zweiten Minister ernennt.

Das genaue Datum des Telegramms (3.3. 1933?) ist unleserlich, ist aber von Küchenthal in seinen Unterlagen um den 3. März einsortiert. (Mappe Küchenthal, Archiv Menzel). Wenn das Datum stimmt, hat die DNVP noch auf eine weitere Teilhabe an der Macht in Braunschweig spekuliert.

Roloff appelliert im Namen der Fraktion BEL an Küchenthal, sich gegen die Gleichschaltung der Länder zu wenden. Bei einer Übertragung der Reichstagswahlergebnisse auf den Braunschweigischen Landtag, bei der die BEL nicht berücksichtigt wird, erhalte nur die DNVP noch 3 Sitze. (Stadtarchiv Braunschweig, G IX 43:1-2)

Der Apell dürfte Küchenthal wenig beeindruckt haben. Roloff versucht noch zu opponieren, während Küchenthal schon längst nur noch seine Haut retten will.

5.3.1933

Letzte Reichstagswahl mit starken Gewinnen für die NSDAP, die 43,9 % der Stimmen und 288 Sitze erhält. Die DNVP erhält 8,0 % und 52 Sitze. Die Regierungskoalition aus NSDAP und DNVP erringt die parlamentarische Mehrheit. Hitler (erstmalig), Klagges und Zörner werden Reichstagsabgeordnete. Die NSDAP erringt 17,3 Mio Stimmen.

Der Zuwachs der NSDAP ist u.a. auf die Zunahme der Wahlbeteiligung und Stimmen aus der Arbeiterschaft zurückzuführen.

Daß Hitler erst seitdem (bis 1945) Mitglied des Reichstages ist, ist auf seine Staatenlosigkeit bis Februar 1932 zurückzuführen. Zu den Reichstagswahlen vom 5.3.1933 konnte er erstmals selber kandidieren, da seine Einbürgerung mittlerweile ein Jahr zurücklag.

Die DVP ist mit 1,3 % der Stimmen in Braunschweig marginalisiert.

Damit bestätigt sich die Scheu der DVP vor Neuwahlen. Die März-Wahl war ein wichtiger Schritt zur Konsolidierung der Macht auf dem Legalitätskurs. Hitler konnte sich seitdem auf eine parlamentarische Mehrheit stützen. Seitdem wurden auch viele Hochschullehrer in Braunschweig als „Märzgefallene“ Parteimitglieder bzw. ändern, so auch Roloff, die Themen ihrer Lehrveranstaltungen. Auch Ernst Heimbs gehört zu diesen „Märzgefallenen“ und wurde am 1. Mai Mitglied der NSDAP.

Laut eines Schreiben von Hans Dohrmann (vom 30.12.1933) soll es nach dem Wahlsieg der NSDAP zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Zörner und Klagges gekommen sein (Klein 2014, S. 35).

Möglicherweise ist der bereits lange schwelende Konflikt zwischen Zörner und Klagges an diesem Tag soweit eskaliert, daß daraus ein offener Machtkampf entbrannte.

SPD und ADGB halten auch nach der Wahl am Legalitätskurs fest und geben sich noch 6 Wochen nach der Wahl Illusionen über die Absichten Hitlers hin. Allerdings begann der ADGB, sich von der SPD zu distanzieren, um weiterhin von der NSDAP als Interessenvertretung der Arbeiterschaft akzeptiert zu werden.

7.3.1933

Klagges folgt dem Beispiel Görings in Preußen und ernennt SA, SS und Stahlhelm zur Hilfspolizei in Braunschweig. Karl Sauke wird Anführer der SA-Hilfspolizei, Alpers wird Anführer der SS-Hilfspolizei.

Auch Sauke und Alpers sollten wie Zörner und Klagges Rivalen werden. Damit wurde das staatliche Gewaltmonopol in Braunschweig aufgeweicht. Klagges verschafft sich eine Privatarmee. In der Folge kommt es zu massiven Gewaltexzessen gegen KPD-, SPD- und DNVP-Mitglieder in Braunschweig. Hier liegt ein Grund für den innerparteilichen Machtkampf zwischen Radikalen und Moderaten, in den auch die Berliner Parteiführung eingreift. Dort wird befürchtet, daß ein Bündnis von DNVP, Stahlhelm und Reichswehr gegen die NSDAP provoziert wird. Dies ist insofern bedenklich, als die Macht der NSDAP noch nicht konsolidiert ist. Involviert ist auch die Rivalität zwischen SA und SS. In Berlin scheinen Himmler und Heydrich die Radikalen zu unterstützen, während Göring und Heß eher auf Seiten der Moderaten stehen. Hitler hat womöglich vermittelt und Zörner als Protagonisten der in Braunschweig unterliegenden Moderaten aus der Schußlinie genommen.

Der Verlagsdirektor der Braunschweigischen Landeszeitung, Hans Dohrmann, der zur moderaten Richtung gehörte und als Sprachrohr von Zörner fungierte, sagt am 16.3.1933 im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. aus, daß hier der Konflikt zwischen Klagges und Zörner begonnen habe. Klagges habe Zörner vorgeworfen, daß dieser gegen Alpers vorgegangen sei. Entweder er (Klagges) oder Zörner müsse Braunschweig verlassen. Dohrmann wurde aufgefordert, die Berichterstattung über Zörner in der Landeszeitung einzuschränken.

Wenn Zörner und Klagges um das Volksbildungsministerium rivalisiert haben, dann muß der Konflikt allerdings bis 1931 zurück gereicht haben.

8.3.1933

Kundgebung auf dem Vorplatz des Landtags anlässlich der „Hissung der Fahnen des neuen Deutschlands“. SA, SS, Stahlhelm und Polizei paradieren vor den Vertretern der Verbände. Landtagspräsident Zörner nimmt in Parteiuniform die Parade ab. Wessel (mit Zylinder, aber ohne Hitler-Gruß) steht neben Klagges (in Zivil mit Hitlergruß) in der ersten Reihe. Alpers tritt in SS-Uniform auf. Roloff ist nicht zu erkennen. (Foto in Nds Staatsarchiv 50 Slg 95)

Zörner tritt optisch noch als Führungsfigur der braunschweiger NSDAP in Erscheinung. Wessel scheint sich mit den neuen Machthabern arrangiert zu haben. Bei der Landtagseröffnung am 29.4.1933 ist Zörner verschwunden und Klagges optisch an seine Stelle getreten. Zwischen dem 8.3. und dem 29.4.1933, vermutlich unmittelbar nach der Führertagung in München am 21./22.4., muß der Sturz Zörners erfolgt sein.

9.3.1933

Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front. Die SS besetzt das Volksfreunde-Haus und löst die erste Terrorwelle gegen die SPD aus. Der „Volksfreund“ wird verboten.

Mit der Kritik Zörners an den Gewaltmaßnahmen eskaliert der schon zuvor bestehende Konflikt zwischen Klagges und Zörner, der schließlich in einem von Klagges angestregten Parteigerichtsverfahren gipfelt.

13.3.1933

Der Oberbürgermeister von Braunschweig, Ernst Böhme (SPD), wird verhaftet.

14.3.1933

Erste und letzte Sitzung des alten Landtags nach der Machtübernahme durch die NSDAP. Aufgrund der Verfolgung ihrer Funktionäre sehen sich SPD und KPD außerstande, weiter an den Landtagssitzungen teilzunehmen. Der gewaltsame Druck erzwingt deren Mandatsverzicht.

Schmidt wird anstelle von Bertram Fraktionsführer der NSDAP im Braunschweigischen Landtag.

Bertram gehörte zum moderaten, Schmidt zum radikalen Flügel der NSDAP.

Roloff will nach eigener Aussage (vom 3.12.1945 anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens) über ein Bündnis DNVP – SPD im Landtag nachgedacht haben, um einer Gleichschaltung des Landtags entgegenzuwirken.

Letzte Sitzung des Gemeinderats der Gemeinde Vechelde unter Vorsitz des alten (gewählten) Gemeindevorstehers Wagner (DNVP). (Protokollbuch der Gemeinde Vechelde, Blatt 257)

Auf der nächsten Sitzung, vermutlich nach dem 23.3. (Ermächtigungsgesetz) oder 31.3. (Gleichschaltungsgesetz) wurde Wagner abgesetzt und durch einen Nazi ersetzt.

18.3.1933

Vertreter des Stahlhelms erscheinen im Rathaus, verlangen die sofortige Amtsenthebung des AOK-Geschäftsführers und die Freigabe zumindest eines Teils des AOK-Gebäudes als Kaserne für die Hilfspolizei des Stahlhelms. Gleichzeitig besetzt der Stahlhelm das AOK-Gebäude, „beurlaubt“ die Geschäftsführung und stellt den Mitarbeitern einen neuen Geschäftsführer vor. (Bein/Roloff 2010, S. 37f)

Architekt des AOK-Gebäudes war Mühlenpfordt, das auch symbolisch mit dem Einfluß der SPD in Verbindung gebracht wurde. Das Gebäude wurde zur „Stahlhelm-Kaserne“ umfunktioniert und diente paradoxerweise in letzter Minute dem Versuch, eine Machtposition gegenüber der SA in Braunschweig aufzubauen. Die AOK-Aktion ist eines der wenigen Beispiele, womöglich der reichsweit einzige Fall, wo der Versuch des aktiven Widerstands gegen die Machtergreifung unternommen worden ist. Auch dies unterstreicht die besondere Bedeutung von Braunschweig.

Seit diesem Datum werden alle Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete der SPD, u.a. auch Jasper, derer man habhaft werden kann, in Haft genommen. (Vernehmung Klagges 299 N 363)

20.3.1933

Brief des Stahlhelm-Landesführers Werner Schrader an Duesterberg, der Küchenthal gegen Klagges stützen will. Darin heißt es u.a.: „Der deutschnationale Minister ist nichts als Verwaltungsbeamter; von Politik keine Ahnung. In der letzten Woche bin ich mehrfach stundenlang bei dem Minister gewesen. Ich habe ihm klarzumachen versucht, daß, wenn er mit seinen Forderungen bei dem Innenminister Klagges nicht durchkomme, er mir Bescheid sagen soll, daß ich dann innerhalb 24 Stunden in einem schweren Fall mit 1000 Mann gut uniformierten Stahlhelmern vor dem Ministerium, oder wo er es sonst für notwendig halte, aufmarschieren

würde, um einen Druck auf die Nationalsozialisten auszuüben und zu verhindern, daß die schwarz-weiß-rote Kampffront von den Nationalsozialisten überrannt wird.“ (abgedruckt in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 30.3.1933) Ferner kündigt Schrader an, aus den Büssing-Werken ehemalige Kommunisten für den Stahlhelm rekrutieren zu wollen.

Schrader versuchte in letzter Minute, eine Gegenmobilisierung zur Machtübernahme der NSDAP in Braunschweig. Dazu wollte er mit Sozialdemokraten und sogar Kommunisten zusammenzuarbeiten. Das AOK-Gebäude sollte als Lagezentrum dienen.

21.3.1933

Tag von Potsdam und Konstituierung des neuen Reichstags in Anwesenheit von Küchenthal als Landesvertreter von Braunschweig.

Foto in Möller u.a. S. 53.

1. Sitzung des neuen Reichstags in der Kroll Oper. Zörner wird zum dritten Vizepräsidenten des Reichstags gewählt. Küchenthal ist auch hier anwesend.

Das Reichstagsgebäude ist wegen des Brands nicht mehr benutzbar.

Jasper reicht Beschwerde gegen den erpreßten Mandatsverzicht ein.

23.3.1933

Hitler erklärt in einer Reichstagsrede „Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt“ (zit. nach Baum 1955, S. 38)

Diese Aussage sollte trotz Reichsreform bis 1945 Bestand haben.

24.3.1933

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) wird vom Reichstag gegen die Stimmen der SPD verabschiedet. Die KPD-Abgeordneten sind von der Sitzung ausgeschlossen.

BEL-Fraktion erklärt in Schreiben an Küchenthal, daß die Gleichschaltung in Braunschweig nicht notwendig ist, da sie bereits 1930 vollzogen worden sei.

24.3.1933

Küchenthal wird durch Küchenthal und Klagges zum 1.4.1933 zum Staatsbankpräsidenten, Besoldungsgruppe B 1, ernannt. (Urkunde in Archiv Menzel, Mappe Küchenthal).

Die Position war seit 1 ½ Jahren vakant und nur kommissarisch besetzt. Daraus kann geschlossen werden, daß der Posten langfristig für Küchenthal als Kompensation für seinen Rücktritt als Minister freigehalten wurde.

Es handelte sich um das am besten bestbezahlte staatliche Amt in Braunschweig. Daß Küchenthal die Ernennung als Ministerpräsident mit unterzeichnet, verstärkt den Eindruck der persönlichen Bereicherung. Wurde er so von Klagges für seine Kooperation belohnt? So lautet jedenfalls der Vorwurf Roloffs 1945 in seinem Entnazifizierungsverfahren. In der Folgezeit geriet Küchenthal allerdings mehrfach in massive Kompetenzkonflikte mit Klagges. (vgl. dazu Bd. II der „Erinnerungen“ von Küchenthal). U.a. ging es um Klagges Absicht, die Staatsbank in eine Landesbank umzuwandeln. Am Ende wurde Küchenthal von Hitler persönlich gedeckt.

Heimbs tritt in die NSDAP ein.

Unklar ist, ob Cal oder Ernst gemeint ist. Der Beleg findet sich in dem Zitat aus einer 1935 von der braunschweiger NSDAP veröffentlichten Liste von Kunden des Konfektionsgeschäfts Vosen bei Rössing-Schmalbach 1990, S. 187: „Heimbs – Kaffeegroßhandlung – Am Fallersleber Tore – 118 (RM) – 24.3.33 (Parteigenosse)“. Das Datum könnte sich aber auch auf das Datum des Mitgliedsantrags und nicht des Parteieintritts beziehen. Der Kontext des Zitats ist, daß Vater oder Sohn (bzw. beide) Heimbs 1935 als Mitglied der Zörner-Fraktion einer Intrige der Klagges-Fraktion zum Opfer gefallen sein dürfte.

1933 gehörte Heimbs zu den opportunistischen „Märzgefallenen“. Bei seinen Persilscheinen für Küchenthal am 10.1.1947 und Brandes am 28.2.1967 wird Carl Heimbs schriftlich erklären, daß er nie Parteimitglied gewesen sei. Eine Recherche im Bundesarchiv (Mitteilung vom 12.4.2016) hat ergeben, daß sich bezüglich des Vaters kein Eintrag in der zentralen Mitgliederkartei der NSDAP befindet. Bein 2015, S. 74f. behauptet, daß Carl Heimbs doch Parteimitglied war, Ende Mai 1935 einer Intrige zum Opfer gefallen ist und aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. Er habe dagegen beim Gaugericht Südhannover-Braunschweig geklagt, die Klage wurde aber (im Oktober 1935) wie im ähnlich gelagerten Fall von Herbert Munte abgewiesen (vgl. dazu Rössing-Schmalbach 1990, S. 186). Bein belegt seine Behauptung nicht, sondern schließt nur aus dem Fall Munte. Ein endgültiger beleg erfordert die Einsicht in die Akten des Gaugerichts Hannover. Sein Sohn Ernst wird erst am 1.5.1933 NSDAP-Mitglied.

25.3.1933

Göring kündigt die bevorstehende Gleichschaltung der Länder an.

27.3.1933

„Stahlhelm-Putsch“ in Braunschweig. 1300 Mitglieder des verbotenen Reichsbanners versuchen auf Aufforderung des Braunschweiger Stahlhelms, wie in dem Brief Schraders angekündigt, geschlossen in den Stahlhelm im AOK-Gebäude einzutreten. Dieses Vorhaben wird durch die gewaltsame Besetzung der AOK durch Polizei, SA und SS unter Leitung von Alpers vereitelt. Etwa 1400 Personen, darunter Schrader, Lauenstein (Bodenstedt), Wagner (Vechelde) und andere Stahlhelmführer, werden verhaftet und in die AOK gebracht. Gassner ist abends in der AOK, verläßt aber vor der Erstürmung das Gebäude.

Wollte Gassner bei der Aktion mitwirken oder hat er sich dort seit dem 30.1. versteckt gehalten? (vgl. dazu Harbert 1983). Der Umstand, dass am selben Tag auch in den Dörfern des Landes Braunschweig örtliche Stahlhelmführer verhaftet werden, deutet darauf hin, dass es ein Netzwerk des Stahlhelm-Widerstandes gegeben hat und dass Klagges darüber unterrichtet war.

Klagges wird 1950 in seiner Stellungnahme zum Urteil des Schwurgerichts Braunschweig erklären (S. 157), daß in Bodenstedt eine Verschwörung des Stahlhelms mit den Marxisten einschließlich der Kommunisten beabsichtigt gewesen sei. (62 Nds Fb 2, Nr. 800) Dieser Hinweis würde erklären, warum Lauenstein als Bodenstedter Stahlhelmführer verhaftet worden ist. Mit „Marxisten“ meint Klagges die SPD. Die Aussage hat insofern einen harten Kern, als es in Bodenstedt eine Art Allparteienkoalition bzw. „Einheitsfront“ gegen die NSDAP und den örtlichen Agitator Schmidt (-Bodenstedt) gegeben hat.

Die Niederschlagung des „Stahlhelmputschs“ war die erste, durch Innenminister Klagges gedeckte, Gewaltaktion der Nazis in Deutschland. Auch insofern war Braunschweig das Modell für die spätere Entwicklung.

Klagges berichtet noch in der Nacht Hitler, daß er den „Putsch“ niedergeschlagen habe. Die moderaten braunschweiger Nazis unterrichten Göring, Frick und Seldte.

Der Vorfall führt zum Konflikt innerhalb der Stahlhelm-Führung zwischen Seldte (Minister im Kabinett Hitler) und Duesterberg. Klagges nimmt den „Stahlhelmputsch“ zum Anlaß, mit seinen Widersachern in Braunschweig abzurechnen, die ihrerseits Rückendeckung in Berlin suchen. Seldte taktiert. Auch in der DNVP kommt es zur Spaltung. Oberfohren trennt sich von Hugenberg.

Der Vorgang zeigt, daß die Vorbehalte auch auf Seiten der nationalen Rechten gegenüber Hitler und den Nazis erheblich waren und bis in die Kreise des Stahlhelms, der DNVP, der konservativen TH-Professoren und der Großbauern reichten. Warum war 1931/32 bei den zahlreichen Konflikten und Krisen innerhalb der Koalition aus BEL und NSDAP eine solche Anti NS-Koalition in Braunschweig nicht möglich? Warum ansatzweise erst im März, als es bereits zu spät war? Die Beantwortung dieser Frage ist von zentraler Bedeutung zum Verständnis der Braunschweiger Vorgänge.

Umgekehrt gab es auch bei der NSDAP, solange die Macht im Reich noch nicht gefestigt war, Bedenken gegen ein zu radikales Vorgehen. Hier sind Klagges bzw. die Radikalen unter den

braunschweiger Nazis vorgeprescht. Insofern konnte Zörner in Berlin durchaus auf Verständnis bei den Moderaten in der Parteizentrale hoffen.

28.3.1933

Klagges verhängt in Braunschweig ein Verbot des Stahlhelms. Seldte interveniert bei Hitler. Hitler macht Duesterberg für den „Putsch“ verantwortlich.

29.3.1933

Schrader wird vorläufig aus dem Schuldienst entlassen.

30.3.1933

Klagges weist die Beschwerde von Jasper zurück.

Die Braunschweigische Landeszeitung druckt den Offenen Brief Schraders an Duesterberg als beleg für die „Putsch-Pläne“ ab.

31.3.1933

„Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ (Gleichschaltungsgesetz). Die Landtage bzw. Bürgerschaften der Länder werden mit Ausnahme des Preußischen Landtags aufgelöst. Sie werden entsprechend der Stimmenzahlen der Reichstagswahl vom 5. März in dem jeweiligen Land ohne Berücksichtigung der Stimmen für die KPD bis zum 15.4. 1933 neu gebildet. Der Braunschweigische Landtag darf demnach höchstens 36 Abgeordnete haben. Bis zum 13.4.1933 können die Parteien (außer der KPD), die in der Reichstagswahl im Land Braunschweig Stimmen erhalten haben, Wahlvorschläge einreichen. Die Zahl der Abgeordneten wird entsprechend dem Reichstagswahlergebnis zugeteilt.

Damit ist auch der Braunschweigische Landtag aufgelöst, der sich erst am 14.3. neu konstituiert hatte. Die Braunschweiger SPD hätte demnach das Recht gehabt, einen „Wahlvorschlag“ einzureichen. Faktisch hat damit der Landtag seine Arbeit eingestellt. Klagges konnte seitdem ohne Rücksicht auf das Parlament agieren. Hier liegt auch die Erklärung, warum die im Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel aufbewahrten Ausweise der neuen Landtagsabgeordneten einen unbenutzten Eindruck machen.

Georg Kaisenberg, der Anfang 1932, als das Innenministerium noch von Groener geleitet wurde, das Rechtsgutachten verfaßt hat, um die Einbürgerung Hitlers zu verhindern, verfaßt

einen juristischen Kommentar „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, der in der Reihe „Das Recht der nationalen Revolution“ erscheint.

Mittlerweile ist Frick Innenminister. Damit hat sich Kaisenberg als rascher Wendehals herausgestellt, der seine juristische Expertise nahtlos in den Dienst des neuen Regimes stellt.

Die Gleichschaltung galt offenbar auch für die Gemeinderäte. Vgl. dazu das Protokoll des Gemeinderats der Gemeinde Vechelde.

Gassner tritt im Schreiben an Klagges als Rektor zurück und flieht nach Bonn in eine Klinik. (Text in BNN vom 4.4.1933 und Pollmann 1995, S. 448)

Nachdem er sich bis zum 27.3. (?) in der AOK versteckt gehalten hat.

Frühjahr 1933

Klagges hält an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin im Auftrag des Reichspropagandaministeriums Vorlesungen über „Nationalsozialistische Weltanschauung und Wirtschaftsauffassung“. Dabei stützt er sich auf sein Manuskript „Idee und System“, das 1931 entstanden ist.

Klagges tritt hier als Chefideologe des Nationalsozialismus auf, der von Goebbels bzw. seinem Ministerium als Propagandist aufgebeten wird.

Ende März/April 1933

Beginn des offenen Machtkampfs in der Braunschweiger NSDAP zwischen Klagges, Alpers, Schmidt, Jeckeln, Hesse versus Zörner, Maak, Gille, Sauke u.a. um die Braunschweiger Führung. In Braunschweig wird das Gerücht kolportiert, Klagges solle durch Zörner als Minister ersetzt werden.

Mögliche Erklärungen für den Machtkampf lauten: Radikale versus moderate Nationalsozialisten, Fanatiker versus „Idealisten“, SS versus SA, Lehrerfraktion vs. andere, persönliche Konflikte um die Führungsposition in Braunschweig zwischen Klagges und Zörner, Rivalität um die Gunst Hitlers als Folge der Blamagen bei der Einbürgerung, braunschweiger Eigenständigkeit bzw. Gau Ostfalen versus Reichsreform. Da in der NSDAP offene politische Diskussionen oder gar Programmdebatten auf Parteitag schon lange nicht mehr möglich waren, wurden politische Kontroversen als persönliche Machtkämpfe ausgetragen. Der braunschweiger Machtkampf Klagges – Zörner ist dafür ein exemplarisches Beispiel.

Gleichschaltung der Parteien, der TH und der Wirtschaftsverbände in Braunschweig.

Küchenthal tritt aus der DNVP aus.

1.4.1933

Aus SA und SS werden in Braunschweig 1721 Hilfspolizisten rekrutiert.

Um den Machtwechsel durchzusetzen. Diese Maßnahme sollte bis zum 31.8.1933 Bestand haben. Danach waren die Hilfspolizisten nicht mehr notwendig.

Gassner kehrt aus Bonn zurück, nachdem ihn Klagges zur Fahndung ausgeschrieben hat, und wird am Bahnhof verhaftet. Ihm wird Beteiligung am „Stahlhelm-Putsch“ und „Hochverrat“ vorgeworfen. Er bleibt bis zum 11.4 inhaftiert.

Da sich Gassner am gleichen Tag in der AOK aufgehalten hat, dürfte er ein Sympathisant von Schrader gewesen sein.

Küchenthal wird aus dem Reichsfinanzdienst entlassen unter Verzicht auf sämtliche Ansprüche aus dem bisherigen Beamtenverhältnis und tritt sein neues Amt als Staatsbankpräsident an. Er ist seitdem Landesbeamter.

Bemerkenswert ist, daß das Amt noch bis zum 31.10.1933 von Finanzpräsident Emils Bartels wahrgenommen wurde, der als Stellvertretender Staatsbankpräsident zur Überbrückung der 1 1/2jährigen Vakanz des Amtes berufen wurde. Aus diesem Umstand und weil Küchenthal sich selber ernannt hat, wird nach 1945 der Vorwurf der Korruption und Selbstprivilegierung erhoben.

Am 6.12.1939 wird Küchenthal vor dem Hintergrund des Konflikts mit Klagges und Alpers als Staatsbankpräsident in den Reichsfinanzdienst zurückversetzt.

Das Stahlhelmverbot in Braunschweig wird nach einem Kompromiß mit Seldte aufgehoben.

3.4.1933

Zörner kritisiert die Mißhandlungen der politischen Gegner in Braunschweig (62 Nds Fb 2 Nr 823).

Damit gibt er sich als Vertreter des moderaten Flügels der Braunschweiger NSDAP zu erkennen. Vielleicht steckt dahinter aber nur Taktik, um sich gegen Klagges in Stellung zu bringen.

4.4.1933

Neubildung des Landtags aufgrund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, organisiert von „Wahlleiter“ Friedrich Alpers. Der Landtag wird auf 33 Sitze reduziert, von denen 29 auf die NSDAP und 4 auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot entfal-

len. Letztere treten zur NSDAP über. Auf der Liste der NSDAP stehen Klagges auf Platz 1, Bertram auf Platz 2, Zörner auf Platz 3, Alpers auf Platz 6 und Maak auf Platz 20.

Die „Kampffront“ firmiert als Nachfolgeorganisation der DNVP. Die DVP und die anderen Mittelstandsparteien waren bereits so marginalisiert, daß sie nach dem neuen Modus keine Sitze mehr erhielten. Daß der Landtag statt 36 nur 33 Sitze hat, liegt daran, daß rechnerisch der KPD 3 Sitze zugestanden hätten, die aber nicht berücksichtigt werden durften. Alpers hat die Frist bis zum 13.4.1933 nicht ausgeschöpft. Vielleicht wollte er so verhindern, daß unter Berufung auf das „Gesetz“ ein „Wahlvorschlag“ von der SPD eingereicht worden wäre, der den zu hundert Prozent gleichgeschalteten Landtag und damit die propagandistische Wirkung verhindert hätte. Klagges wollte sich so als besonders linientreu profilieren. Bemerkenswert ist auf jeden Fall, daß nur in Braunschweig die SPD keinen „Wahlvorschlag“ eingereicht hat, während dies in allen anderen Ländern der Fall war. Auch das Zentrum konnte in einigen Ländern „Wahlvorschläge“ einreichen. In Braunschweig war dies aufgrund der zu wenigen Stimmen nicht möglich. (vgl. Tabelle in Kaisenberg 1933, S. 16)

5.4.1933

In der NS-Presse werden Angriffe gegen Mühlenpfordt, Schmitz, Gassner, Gehlhoff, Moog u.a. veröffentlicht.

Der Senat der TH tritt nach der Verhaftung Gassners zurück. Roloff wird als Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung amtsenthoben.

Der Rücktritt kann nicht mehr als Solidaritätsakt mit Gassner gewertet werden. Die bisherige Solidarität der Professoren zerbricht. Spätestens jetzt erweist sich, daß die Kooperation Roloffs mit der NSDAP nicht mehr honoriert wird, sondern auch er nur als nützlicher Steigbügelhalter gedient hat, der durch seine Beförderungen abgefunden wurde.

Boden beantragt, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt zu werden. Dazu fügt er ein ärztliches Attest bei. Die drei die Gesandtschaft unterhaltenden Landesregierungen bedauern und bitten ihn, vorerst im Amt zu bleiben. (Bein 2012)

Boden reagiert auf die bevorstehende Aufhebung der Eigenständigkeit der Länder. Er wird gebeten, noch solange im Amt zu bleiben, bis dieses Amt ohnehin aufgehoben wird.

6.4.1933

Gassner wird von Klagges abgesetzt.

Zörner informiert Göring über den braunschweiger Machtkampf.

Offenbar erwartet er Unterstützung von Göring.

7.4.1933

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (Reichsstatthaltergesetz)

Damit werden die vorläufigen Reichskommissare in Reichsstatthalter verwandelt. Das Gesetz ist die Grundlage, daß der Reichsstatthalter für Anhalt und Braunschweig in Dessau, Loeper zum Vorgesetzten von Klagges wird. Auch Oldenburg und Bremen, beide Lippe und beide Mecklenburg + Lübeck werden zusammengefaßt und Reichsstatthaltern unterstellt. Ansonsten gibt es nur einen Staathalter, der zugleich auch Ministerpräsident eines Landes sein kann. Die Statthalter sind formal dem Reichsinnenminister Frick unterstellt, führen z.T. (besonders Mutschmann, Loeper, Hildebrandt und Roeper) aber ein selbstherrliches Eigenleben, was zu ständigen Reibereien mit Frick führt. Klagges hatte es in der Folge mit diversen, ihm formal übergeordneten Instanzen zu tun: Reichsinnenminister Frick, Reichsstatthalter Loeper, aber auch dem Gauleiter von Südhannover-Braunschweig Rust und ggf. sogar dem Oberpräsidenten der Preußischen Provinz Hannover, Lutze, wenn Braunschweig in einer Provinz Niedersachsens bzw. Hannover aufgegangen wäre.

Zörner informiert Himmler und Röhm über den Braunschweiger Machtkampf.

Wilhelm Loeper, Gauleiter von Magdeburg-Anhalt, wird Reichsstatthalter für Braunschweig und Anhalt (bis zum 23.10.1935), der damit die eigentliche Macht in Braunschweig besitzt. Alle Personalentscheidungen müssen ihm vorgelegt werden.

Der Vorgang kann als Affront gegen Klagges als Folge des Zerwürfnisses mit Hitler gewertet werden.

Der Pharmazeut Paul Horrmann (NSDAP-Mitglied) wird von Klagges zum Kommissarischen Rektor der TH ernannt.

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Dessen § 4 erlaubt die Entlassung von Beamten aus politischen Gründen.

Das Gesetz wird an der TH umgehend zur Anwendung gebracht.

8.4.1933

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig berichtet dem Justizminister Küchenthal, daß sie die Akten in der „Strafsache gegen Schrader und Genossen“ wegen Verdachts eines hochverräterischen Unternehmens dem Oberreichsanwalt übersandt hat.

Küchenthal war offenbar involviert.

13.4.1933

In der Braunschweigischen Landeszeitung erscheint der Artikel „Heute die Wahlvorschläge einreichen“. Die „Wahlvorschläge“ können bei „Wahlleiter“ Alpers von 10 – 12 Uhr und von 14 – 18 Uhr eingereicht werden.

Der Artikel wird Zörner zugeschrieben.

Laut Klagges wendet sich der SPD-Abgeordnete Wolter an Zörner mit der Bitte um Unterstützung und macht den Versuch, für die SPD einen Wahlvorschlag einzureichen. Dazu will er die Zustimmung der inhaftierten Abgeordneten einholen. Dies ist von Klagges unterbunden worden. (299 N 363).

Wenn die Aussage von Klagges zutreffend ist, dann hat der Artikel in der Braunschweigischen Landeszeitung Wirkung gezeigt. Zörner habe damit, so Schmidt-Bodenstedt vor dem NS-Parteigericht im Verfahren gegen Zörner u.a. bzw. im Prozeß gegen Klagges 1949, erreichen wollen, daß die SPD noch am letzten Tag einen Wahlvorschlag einreicht. Diesen hätte „Wahlleiter“ Alpers aufgrund des Gesetzes vom 4.4.1933 berücksichtigen müssen. Die SA habe allerdings durch Posten vor dem Sitz von Alpers verhindert, daß an diesem Tag noch Wahlvorschläge eingereicht werden konnten.

Die Aufforderung ist insofern seltsam, als doch Alpers die mögliche Frist nicht ausgeschöpft, sondern bereits am 4.4. den neuen Landtag gebildet hat. Dies dürfte Zörner kaum verborgen geblieben sein, zumal er wieder Abgeordneter wird. Der Vorgang kann als Störmanöver des bereits entmachteten Zörner gewertet werden bzw. als letzter Versuch, Klagges den Prestigeerfolg des gleichgeschalteten Landtags zu verderben. Jedenfalls hat die SPD in Braunschweig im Unterschied zu den anderen Landtagen keinen „Wahlvorschlag“ eingereicht. Entweder war sie bereits massiv eingeschüchtert oder sie wollte sich nicht für den Machtkampf in der braunschweiger NSDAP instrumentalisieren lassen.

Der Student Kurt Alpers regt gegenüber Roloff an, Hitler die Ehrendoktorwürde in Braunschweig zu verleihen.

Treffen zwischen der Führung von ADGB und NSBO.

Der ADGB strebt die Bildung einer Einheitsgewerkschaft an.

14.4.1933

Klagges behauptet unter diesem Datum, Zörner und Leffler hätten versucht, ihn in Braunschweig zu verdrängen. Hitler habe angeordnet, Zörner aus Braunschweig zu entfernen. Klagges habe Zörner diese Anordnung nach dem 14.4.1933 mitgeteilt. (Nds. Staatsarchiv 67 SLG Nr. 6)

Mitte April 1933 muß der Machtkampf zwischen Klagges und Zörner seinen Höhepunkt erreicht haben. Klagges sammelt Argumente gegen Zörner, die u.a. dessen Rolle bei der Einbürgerung Hitlers in ein dubioses Licht rücken sollen. Dabei geht es insbesondere um die Terminierung der 2. Lesung des Haushalts für 1932 im Ältestenrat des Landtags, weil die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat eine etatmäßige Konsequenz hatte, die durch die Verabschiedung des Haushalts zu legitimieren war.

Zörner wäre offenbar gerne Oberbürgermeister in Braunschweig (statt Hesse) oder Minister neben Klagges (statt Alpers) oder Reichsstatthalter in Dessau geworden. Klagges soll ihm den Posten des Braunschweigischen Gesandten in Berlin als Nachfolger von Boden angeboten haben. Das habe Zörner abgelehnt, da der Posten keine Bedeutung mehr hatte, in absehbarer Zeit aufgehoben werden wird und er zudem Klagges unterstellt gewesen wäre. Daraufhin ist Klagges aufs Ganze gegangen und hat versucht, Zörner aus der Partei auszuschließen. Er wirft ihm im späteren Parteigerichtsverfahren vor, die Gruppe um Zörner habe ihn verdrängen und eine neue Regierung bilden wollen. Am Ende wurde Zörner mit dem Posten des Dresdner Oberbürgermeisters abgefunden.

Hitler dürften die braunschweigere Querelen nicht gefallen haben. Sie dürften eher Klagges geschadet haben, auch wenn es nicht zum regelrechten Bruch mit Hitler gekommen ist. (vgl. dazu Klein 2014, S. 38)

Zörner wird am 15./16.5.1933 einen Bericht über die Ereignisse seit Mitte April verfassen.

15.4.1933

Der ADGB unterwirft sich Hitler mit seinem Aufruf zum 1. Mai.

Diese Unterwerfung verhinderte aber nicht die Gleichschaltung der Gewerkschaften, die in der DAF aufgehen.

18.4.1933

Der neue Senat der TH tritt zusammen. Der neue Rektor Hormann ist nicht gewählt, sondern von Klagges ernannt.

19.4.1933

„Gutachten des Senatspräsidenten i.R. Hampe-Braunschweig i.S. des Ministerpräsidenten Klagges in Braunschweig ./ den Oberbürgermeister Zörner in Dresden“

Es geht darin um den Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten und die Spesenabrechnungen. Jetzt kritisiert nicht mehr die Opposition im Landtag, sondern der innerparteiliche Gegner das Spesenverhalten von Zörner.

Jasper u.a. werden aus der Haft entlassen.

20.4.1933

Hitlers Geburtstag. Der Gemeinderat der Gemeinde Vechelde ernennt Adolf Hitler einstimmig zum Ehrenbürger. (Protokollbuch der Gemeinde Vechelde, Blatt 260)

21.4.1933

Roloff läßt die Anregung des Studenten Alpers über den Dekan der 8. Abteilung an den Rektor weiterleiten.

21./22.4.1933

Führertagung in München. Zörner kann wegen der Erkrankung seiner Frau nicht an der Tagung teilnehmen. Kurt Schmalz wird zum Stellvertretenden Gauleiter von Südhannover-Braunschweig ernannt.

Hier hätte Zörner vielleicht noch seinen Sturz abwenden können. Schmalz gehörte in Braunschweig zur Klagges-Fraktion. Laut Bericht Zörners vom 15./16.5.1933 wurde auf der Tagung eine Weichenstellung zu seinem Sturz in Braunschweig vorgenommen. Schmalz soll laut Zörner bestimmt haben, daß Bertram als Nachfolger von Zörner neuer Landtagspräsident in Braunschweig wird. Dieses Amt hatte aber keine Bedeutung mehr.

24.4.1933

Die große Mehrheit des Landesvorstandes der DNVP tritt zur NSDAP über.

Laut Roloff (vom 3.12.1945) war auch Küchenthal darunter. Küchenthal selber gibt an, erst am 2.5.1933 aus der DNVP ausgetreten zu sein. Nach Angabe in seinem Fragebogen gegenüber der Britischen Militärregierung vom 20.5.1947 ist er erst am 1.5.1935 NSDAP-Mitglied mit der Nr. 2.799.535 geworden. Roloff lehnt für seine Person den Übertritt ab. Dazu gehörte bereits Mut.

Kiesel beantragt seine Mitgliedschaft in der NSDAP.

Klagges schickt Hitler ein Telegramm und meldet den ersten rein nationalsozialistischen Landtag.

26.4.1933

Der Braunschweiger Landesverband der DVP löst sich auf.

27.4.1933

Abkommen zwischen NSDAP und Stahlhelm. Der Braunschweiger Stahlhelm geht in der SA auf.

29.4.1933

Eröffnung des Braunschweigischen Landtags. Erstmals findet ein Eröffnungsgottesdienst des Landtags im Dom statt mit anschließendem Abmarsch der Abgeordneten, angeführt von „Listenführer“ Klagges, zum Landtagsgebäude. Klagges hält auf der Freitreppe eine Rede (Foto Archiv Menzel). Kurt Bertram wird anstelle von Zörner auf Zuruf „einstimmig“ zum Landtagspräsidenten gewählt. Zörner wird auch bei der Besetzung der Ausschüsse nicht berücksichtigt. Zörner und Maak sind bei der Landtagseröffnung nicht anwesend.

Ob Zörner und Maak demonstrativ nicht anwesend waren oder von der Teilnahme abgehalten wurden, ist unklar. Ein Grund mag auch die schwere Erkrankung der Frau von Zörner gewesen sein. Jedenfalls wird in aller Öffentlichkeit deutlich, daß Zörner in Braunschweig politisch ausgeschaltet ist. Er verliert auch die Fraktionsführung in der Stadtverordnetenversammlung. Der Landtag ist ein reines Akklamationsorgan geworden, in dem keine Beratungen mehr stattfinden. Insofern ist auch das Landtagspräsidium bedeutungslos geworden.

Klagges behauptet in seiner Vernehmung nach dem Krieg, Zörner habe verhindern wollen, daß ein rein nationalsozialistischer Landtag zusammentritt (299 N 363).

Über die Hintergründe der Landtagseröffnung gibt es widersprüchliche Aussagen von Zörner und Klagges. Zörner wollte den Landtag für den 30.4.1933 einberufen, aufgrund des Machtkampfs auf Anraten von Rust aber verschieben. Daraufhin habe Klagges als „Listenführer“ den Landtag doch einberufen. Der Eröffnungsgottesdienst dürfte auf die Veranlassung von Klagges zurückgegangen sein und hat ihm sicher nicht nur Freunde in der NSDAP gebracht.

Mai 1933

Denkschrift von Mühlenpfordt „Meine Tätigkeit als Professor und Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig von 1914 bis 1933“

Darin rechtfertigt er seine Aktivitäten im Hochschulkonflikt 1930ff. Das Manuskript weist einen nationalen Tenor auf.

1.5.1933

Klagges stellt den neuen Senat + Rektor Horrmann demonstrativ auf den Stufen des Hauptgebäudes der TH vor. Die Studentenorganisationen werden gleichgeschaltet.

Damit ist die akademische Selbstverwaltung beendet. Die Szene, die durch ein Foto festgehalten ist, markiert den Tiefpunkt in der Geschichte der TU Braunschweig.

Adolf Schmidt wird vom Gemeinderat zum Ehrenbürger der Gemeinde Bodenstedt ernannt. Seitdem nennt er sich Schmidt-Bodenstedt.

Am 26.12.1932 hatte der Gemeinderat die Namensänderung noch verweigert. Jetzt ist er gleichgeschaltet. Insofern war die Ehrung auch ein persönlicher Triumph von Schmidt-Bodenstedt über Lauenstein.

Küchenthal tritt in die NSDAP ein.

Das Datum ist umstritten. Er war seit 1919 Mitglied der DNVP. Laut eigener Aussage will er erst am 1.5.1935 eingetreten nicht zusammen mit dem braunschweiger Vorstand der DNVP (Küchenthal 1973, Bd. II, S.16).

Karl Hoppe tritt in die NSDAP ein.

Curt Mast, Likörfabrikant aus Wolfenbüttel, wird Mitglied der NSDAP unter der Nummer 3.183.016. (Bein 2015, S. 195f)

Mast war zuvor wie und Wessel Mitglied der DVP und seit 1928 Stadtverordneter in Wolfenbüttel. Bei der Gleichschaltung der Wolfenbütteler Stadtverordnetenversammlung schloss er sich der NSDAP-Fraktion als „Hospitant“ an.

Kiesel wird Mitglied der NSDAP (Mitglieds-Nr. 2.799.252).

1935 wird er förderndes Mitglied der SS werden.

Ernst Heimbs wird Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 2.803.264) (Parteistatistische Erhebung 1939, Bundesarchiv PK/E78)

Daß viele braunschweiger „Märzgefallenen“ am 1.5.1933 in die Partei aufgenommen werden, obwohl sie weit auseinander liegende Mitgliedsnummern bekamen, deutet darauf hin,

daß sie zu unterschiedlichen Zeiten, aber vermutlich bereits im März 1933, die Mitgliedschaft beantragt haben. Demnach hätte Kiesel viel früher als Ernst Heimbs und Heimbs früher als Mast den Antrag gestellt. Aufgrund der zahlreichen Anträge benötigte die Parteiverwaltung viel Zeit zu deren Bearbeitung. Deshalb hat die Reihenfolge der Mitgliedsnummern nur beschränkte Aussagekraft.

Maikundgebungen der NSDAP unter Teilnahme von ADGB-Mitgliedern

2.5.1933

Küchenthal tritt aus der DNVP aus.

Dies spricht für den NSDAP-Eintritt am 1.5 und einen Mitgliedsantrag bereits im März.

Verbot der Gewerkschaften und Besetzung der Gewerkschaftshäuser. Der NSBO übernimmt vorübergehend die Kontrolle der Gewerkschaften.

Damit gerät auch das Gewerkschaftsvermögen in den Zugriff der wenige Tage später gegründeten DAF. Aus diesem Vermögen wird später die Gründung des VW-Werks als Staatskonzern finanziert.

4.5.1933

Hitler wird zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig ernannt.

Auch diese Maßnahme kann als Schachzug im Machtkampf Klagges vs. Zörner gewertet werden. Hitler hatte zu diesem Zeitpunkt noch seinen zweiten Wohnsitz in Braunschweig. Er erhält allerdings in vielen deutschen Städten die Ehrenbürgerschaft.

Gassner schreibt aus Berlin an Roloff und kündigt an, am 5.5. nach Braunschweig zurückzukommen. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Der Brief weist darauf hin, daß Gassner Roloff vertraut und daß sich hier der Kern eines latenten Widerstands bürgerlich-konservativer Professoren an der TH formiert. Gassner wird Roloff 1945 entlasten.

Die Gewerkschaften unterstellen sich Hitler.

4 Die Alleinregierung der NSDAP in Braunschweig 1933 – 1945

5.5.1933

Küchenthal tritt als Staatsminister zurück. Klagges und Alpers werden von Reichsstatthalter Loeper zum Ministerpräsidenten bzw. zum Justizminister/Finanzminister ernannt.

Trotz des Aufstiegs zum Ministerpräsidenten ist die Beförderung für Klagges mit einem Machtverlust verbunden, da Loeper ihm weisungsbefugt ist. Klagges versucht deshalb in der Folgezeit, die Gründung eines Gaus Ostfalen zu betreiben bzw. mindestens die Unabhängigkeit des Landes Braunschweig zu bewahren, um seine Bedeutung gegenüber Gauleiter Rust (Südhanover-Braunschweig) bzw. Reichsstatthalter Loeper (Dessau) aufzuwerten bzw. zu behaupten.

Der Braunschweiger Machtkampf ist durch die Ernennung von Klagges und Alpers zugunsten der Radikalen entschieden. Die Moderaten mit Zörner an der Spitze sind ausgebootet.

Klagges wird zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig ernannt.

6.5.1933

Boden bedauert in einem Schreiben an Küchenthal dessen Rücktritt.

In der Braunschweigischen Landeszeitung erscheint der Artikel „Dietrich Klagges. Eine Charakterskizze unseres Ministers“ anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Der Artikel liest sich auf den ersten Blick als eine Eloge auf Klagges. Auf den zweiten Blick ist es eine kritische Darstellung seiner Aktivitäten in Braunschweig, da sie Hinweise auf parteiinterne Kritik an Klagges und Kritik seitens der bürgerlichen Koalitionspartner („Klagges-Diktatur“) enthält. Der Artikel erregte die massive Kritik von Alpers u.a. Vertretern des radikalen Flügels der braunschweiger NSDAP, die den Schriftleiter der Landeszeitung in Erklärungsnot brachte. Es ist nicht auszuschließen, daß der Artikel von der Zörner-Fraktion inspiriert worden ist, die den Machtkampf immer noch nicht ganz aufgegeben hat. Jedenfalls ist er neben anderen (z.B. der Nachruf auf Zörners Frau) ein Indiz, daß Zörner immer noch über die Schriftleitung der Landeszeitung (Dohrmann) politischen Einfluß nehmen konnte.

Robert Ley kündigt die Gründung der Deutschen Arbeitsfront (DAF) an.

9.5.1933

Bücherverbrennung vor dem Braunschweiger Schloss unter Teilnahme von Rektor Horrmann.

Damit wird deren Billigung durch die Hochschule zum Ausdruck gebracht.

Loeper ernennt Klagges per Telegramm zum Ministerpräsidenten von Braunschweig. (4 Nds Nr. 23)

10.5.1933

Erster DAF-Kongress in Berlin

11.5.1933

Zörner wird laut eigener Aussage als Landtagspräsident gestürzt.

Dies geht aus einem Schreiben Zörners vom 28.9.1933 hervor (Nds. Staatsarchiv G2 Nds Fb. 2 Nr. 821). Das Datum ist fraglich, da der neue Landtag bereits am 29.4.1933 zusammengetreten und Bertram „auf Zuruf“ gewählt worden ist.

12.5.1933

Gesetz über das Staatsministerium in Braunschweig. Das Staatsministerium besteht seitdem aus einem Ministerpräsidenten (Klagges) und einem Staatsminister (Alpers) sowie zwei Staatsräten als Vertretern. Klagges ist zugleich Innen-, Justiz- und Volksbildungsminister, Alpers nur Finanzminister. Alpers ist damit der Vorgesetzte von Küchenthal als Staatsbankpräsident. Loeper nimmt den Diensteid im Schloß ab.

Seitdem kann sich Klagges „Ministerpräsident“ und nicht mehr „Vorsitzender des Staatsministeriums“ wie zuvor Küchenthal nennen. Gleichzeitig wird das „Führerprinzip“ auch in Braunschweig gesetzlich verankert

Klagges dankt Küchenthal für seine Dienste und freut sich, daß dieser als Staatsbankpräsident weiter arbeitet. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

13.5.1933

Schmidt-Bodenstedt wird durch Reichsstatthalter Loeper zum Regierungsrat in Braunschweig und zum Staatsrat als Vertreter von Klagges ernannt.

15.5.1933

Laut eigener Aussage wird Zörner erstmals mit Vorwürfen bezüglich seines Finanzgebahrens als Landtagsvorsitzender konfrontiert.

Diese Aussage ist unglaubwürdig, da das diesbezügliche Gutachten von Hampe vom 19.4.1933 stammt. Zörner dürfte dieses kaum vier Wochen lang verborgen geblieben sein, zumal die Opposition im Landtag den Vorwurf schon lange vorher erhoben hatte.

Der Ältestenrat des Landtags tritt erstmals seit der „Gleichschaltung der Parlamente“ zusammen und legt die nächste Landtagssitzung auf den 7.6.1933. Darin soll es um eine Änderung der Geschäftsordnung gehen.

15./16.5.1933

Zörner verfaßt einen Bericht über die Ereignisse seit Mitte April, in dem er den Konflikt mit Klagges u.a. aus seiner Sicht darstellt (62 Nds Fb2 Nr. 832). Darin schildert er die Mißhandlungen der unter dem Kommando von Alpers stehenden SS-Hilfspolizei an politischen Gegnern und seine Versuche, Unterstützung bei Heß, Göring u.a. Parteiführern zu bekommen. Der Text wird den NSDAP-Abgeordneten im Landtag und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben.

Zörner gibt sich noch nicht geschlagen. Klagges wird auf den Bericht am 12.10.1933 antworten. Der Bericht wird im Parteigerichtsverfahren eine Rolle spielen. Die Begründung, warum der von Zörner favorisierte moderate Kurs durchaus Gehör bei Teilen der Berliner Parteiführung findet, liegt darin, daß die Herrschaft der NSDAP im Reich im Unterschied zu Braunschweig noch nicht gefestigt ist. Zu radikales Vorgehen wie in Braunschweig konnte den Konsolidierungsprozeß in Berlin gefährden. Soll zur Festigung der Macht die radikale Taktik zur Ausschaltung und Einschüchterung politischer Gegner verfolgt werden oder eine moderates Vorgehen, um die bürgerlichen Steigbügelhalter nicht zu verschrecken? Diese Alternative war offenbar in Berlin noch nicht entschieden. Insofern konnte Zörner auf Unterstützung bzw. sogar Rückendeckung für seinen Kurs hoffen. Es erweist sich erneut, daß eine grundsätzliche politische Frage, die in der NSDAP nicht mehr offen diskutiert werden konnte, über einen persönlichen Machtkampf ausgetragen wurde. Daß Zörner den Machtkampf verloren hat, ist ein Indiz daß die Frage auch in Berlin politisch zugunsten der Radikalen entschieden worden ist.

Insofern bildet Braunschweig nicht nur das Modell zur Machtergreifung, sondern auch das Modell zu deren Konsolidierung durch Radikalisierung.

Daß Zörner nicht völlig ausgeschaltet (oder womöglich liquidiert wurde wie die SA-Führung im Zuge des „Röhm-Putsches“), sondern nach Dresden weggelobt wurde, beweist, daß sein „Untermieter“ Hitler ihn geschützt hat.

16.5.1933

Die Frau Zörners, Luise (Hanneliese), geb. Seydelmann, (Hohetorwall 7) stirbt nach wochenlanger Krankheit. In der Braunschweigischen Landeszeitung erscheint am 17.5.1933 ein Nachruf. In dem Nachruf wird Zörner als Vizepräsident des Reichstags genannt und als einer der „ältesten Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung in Braunschweig“ (gesperrt!) bezeichnet, der sich u.a. mit „der Niedertracht politischer Gegner“ auseinandersetzen mußte.

Diese Hinweise auf Zörner, die eigentlich nicht in den Nachruf auf seine Frau gehören, lassen sich als sublimale Kritik an seinen innerparteilichen Gegnern interpretieren. Trotz der massiven Kritik von Alpers hat Zörner immer noch Einfluß auf die Landeszeitung.

In der Todesanzeige (ebd.) heißt es: „Heute entriß mir der unerbittliche Tod nach langem, schwerem Leiden meine liebe, gute Frau und meinen treuen Lebenskameraden, meiner drei Mädels sorgende Mutter, meine geliebte Tochter, meine Schwester und unsere Schwägerin.“ Nur Zörner unterzeichnet die Anzeige. Die Leiche wird eingeäschert. Ein Hinweis auf die Bestattungszeremonie fehlt. Die Mutter hinterläßt drei Töchter im Alter von ein, zwei und fünf Jahren.

In der schweren Krankheit seiner Frau mag ein zusätzlicher Grund gelegen haben, warum Zörner bei der Landtagseröffnung am 29.4.1933 nicht anwesend war. Dennoch ist er in der Lage, am Todestag seiner Frau einen Bericht zum innerparteilichen Konflikt zu verfassen. Jedenfalls war er auf dem Höhepunkt des Machtkampfs durch die Krankheit seiner Frau beeinträchtigt. Daß nur Zörner als Hinterbliebener unterschreibt, kann als Indiz für familiäre Konflikte gewertet werden. Genannt werden aus der Zörnerschen Familie nur indirekt, aber nicht namentlich, die Geschwister von Zörner. Offenbar hat es keine Beerdigung unter öffentlicher Anteilnahme gegeben.

17.5.1933

Zörner beantragt beim Obersten Parteigericht (OPG bzw. USCHLA) ein Parteiausschlußverfahren gegen sich selbst. Der Antrag wird abgelehnt.

Zörner will damit seine Rehabilitierung bezüglich der finanziellen Vorwürfe erreichen.

23.5.1933

Der Rektor der TH lehnt die Anregung, Hitler zum Ehrendoktor zu machen, ab.

Evtl. befürchtete er, daß Hitler so an die Blamage der verhinderten Professur erinnert wird.

24.5.1933

Die Berufungskommission zur Besetzung der Riekel-Nachfolge wird gebildet und besteht aus Moog, Hoppe, Roloff und Herwig.

11.6.1933

Fraktionsführer Schmidt-Bodenstedt fordert Zörner auf, bis zur Klärung der Vorwürfe bezüglich des Präsidentenfonds sein Mandat als Abgeordneter ruhen zu lassen.

Er gehört (noch) zur Klagges-Fraktion. Damit wächst der Druck auf Zörner. Die Aufforderung konnte allerdings nur symbolisch gemeint sein, da der Landtag de facto keine Funktion mehr hatte.

16.6.1933

Die Volkszählung im Land Braunschweig ergibt 512.989 Einwohner.

Die geringe Zahl ist ein Problem für Klagges, da sie im Sinne der geplanten Reichsreform für einen eigenen Gau bei weitem nicht ausreicht. Als Mindestgröße waren 2 Mio. Einwohner vorgesehen. Alle späteren Aktivitäten von Klagges sind in dem Sinne zu interpretieren, daß die zu geringe Größe des Landes durch besondere wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung kompensiert werden sollte.

19.6.1933

Sitzung des Konzils der TH, um Horrmann nachträglich als Rektor zu bestätigen, nachdem Klagges neue linientreue Konzilsmitglieder ernannt hat. Horrmann wird mit 32:2:1 bei 10 Enthaltungen gewählt. Das Konzilsmitglied Geiger fehlt bei der Sitzung.

20.6.1933

Roloff deckt Zörner in einem Brief gegen den Vorwurf der Veruntreuung des Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten.

Obwohl Roloff kein Parteimitglied ist. Der Brief ist ein Indiz, daß der Rest des nationalkonservativen Widerstands in Braunschweig die Nähe zu den moderaten Nazis sucht.

22.6.1933

Die SPD (und die Staatspartei) werden aus dem Reichstag und den Landtagen ausgeschlossen. Die wegfallen Sitze werden nicht wieder besetzt.

In Braunschweig war das nicht mehr nötig.

25.6.1933

Landessyndikus Klauer stellt die Ausweise der Landtagsabgeordneten aus. Auf dem Ausweis von Zörner fehlen im Unterschied zu den Ausweisen der anderen Abgeordneten Bild und Unterschrift (Nds. Staatsarchiv 23 Neu 2118).

Der Ausweis macht einen unbenutzten Eindruck und dürfte Zörner niemals ausgehändigt worden sein. Offenbar war der Syndikus (von Bertram?) bereits angewiesen, Zörner den Ausweis nicht mehr auszuhändigen.

29.6.1933

Beginn des Baus der „Dietrich Klagges-Stadt“ (heute Gartenstadt als Stadtteil von Braunschweig)

Zörner legt sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung aus Protest gegen die Amtsführung des Oberbürgermeisters Hesse nieder.

30.6.1933

Zörner erhält die Zusage, Oberbürgermeister von Dresden zu werden.

31.6.1933

Letzte Sitzung des Landtags.

In den drei Sitzungen des Landtags der 5. Wahlperiode dürften keine echten Beratungen stattgefunden haben.

6.7.1933

Zörner scheidet offiziell aus dem Landtag aus.

Zumindest lautet so der handschriftliche Eintrag in seinem Landtagsausweis. Damit ist Zörners politische Laufbahn in Braunschweig auch formal beendet. In den Ausweisen der anderen Abgeordneten findet sich ein solcher Eintrag nicht.

Sommer 1933

Pläne des Innenministeriums (Frick) zur großen Reichsreform mit einem neu zu schaffenden Verwaltungsgebiet Niedersachsen

Das Thema Reichsreform ist nicht neu und wurde bereits in der Amtszeit Brünings diskutiert. Braunschweig wäre damals wie jetzt in „Niedersachsen“ aufgegangen. Dagegen regte sich in Braunschweig heftiger Widerstand, der von Klagges angeführt wurde. Er äußerte sich an diversen Stellen. Offenbar stand auch Hitler der von Frick favorisierten Reichsreform, die klare Strukturen und Kompetenzverteilungen zwischen den Verwaltungsebenen und Ministerien vorsah, distanziert gegenüber, zumal sie seinem Führungsstil, unklare Strukturen mit sich überlappenden Kompetenzen zu schaffen, entgegenstand. Nur so konnte er als letztinstanzlicher Schiedsrichter fungieren und über „Führerbefehle“ regieren.

Pikant ist, daß die Reichsreform 1946/47 tatsächlich durch die Neugliederung der Bundesländer umgesetzt und das Land Braunschweig im Land Niedersachsen aufgegangen ist.

Wilhelm Keppler wird Hitlers Beauftragter für Wirtschaftsfragen.

3.7.1933

Klagges beantragt gegen Zörner ein Parteiausschlußverfahren beim Obersten Parteigericht (OPG) wegen „unehrenhafter Handlungsweise“.

Es geht immer noch um das Finanzgebahren Zörners als Landtagspräsident. Der Nachfolger Bertram mußte feststellen, daß sein Vorgänger Zörner Anfang 1933 den Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten für das gesamte Jahr bereits abgeräumt hatte. Klagges warf Zörner vor, diesen zur Finanzierung von Zigarren, Kleidung und privaten Reisen mißbraucht zu haben. Zörner zahlte „freiwillig“ einen Teil des Geldes zurück. Das reichlich konstruiert klingende Verfahren führte zu keinem Ergebnis, zeigt aber, daß Klagges Zörner mit allen Mitteln abservieren wollte.

Zörner wird durch Vermittlung Hitlers auf Vorschlag des Reichsstatthalters für Sachsen, Mutschmann, durch die Stadtverordneten zum Dresdener Oberbürgermeister „gewählt“.
(bis 11.6.1937)

Am selben Tag, an dem Klagges gegen ihn vor dem OPG vorgeht! Der Posten ist eine Kompensation für den verlorenen Machtkampf mit Klagges in Braunschweig und deutet darauf hin, daß Zörner bessere Beziehungen als Klagges zu Hitler hatte. Jedenfalls scheint Hitler Zör-

ner geschützt und ihm einen neuen Posten verschafft zu haben zum Dank für die Hilfe bei seiner Einbürgerung. In Braunschweig wird Zörner seit dem Sommer 1933 zur persona non grata und vom Parteichronisten Kurt Schmalz nicht mehr erwähnt.

4.7.1933

Der Stahlhelm wird in die SA integriert.

Die DVP löst sich insgesamt auf.

11.7.1933

Hesse beantragt ein Parteigerichtsverfahren gegen Zörner.

26.7.1933

Letzte Senatssitzung der TH

29.7.1933

Letzte Sitzung der 8. Abteilung, an der Geiger teilnimmt. (Protokollbuch)

Die Entlassung so vieler Abteilungsmitglieder wird in keinem einzigen Protokoll erwähnt oder gar kommentiert.

August 1933

Zum Lehrpersonal der TH gehören 108 Personen. Davon werden 24 ab 1933 entlassen. Inklusive der zuvor Entlassenen sind es 30 von 117 bzw. etwa 35 %.

Laut Wettern/Weßelhöft wurden davon 64 % aus politischen und 28 % aus rassistischen Gründen entlassen.

1.8.1933

Zörner tritt sein Amt als Dresdener Oberbürgermeister an. In Dresden setzt er das „Führerprinzip“ bei der Organisation der Stadtverwaltung um.

Er zieht mit seinen drei Töchtern nach Dresden. Dort wohnt er (zumindest zuletzt) unter der Adresse Dresden-Blasewitz, Jüngsstr. 3.

August 1933

Quaatz wird aufgrund seiner jüdischen Herkunft unter Berufung auf das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem Aufsichtsrat der Dresdener Bank entlassen. Im Oktober 1933 folgt die Streichung aus der berliner Anwaltsliste. (Schumacher 1991, S. 1028)

Quaatz war einer der wenigen DNVP-Abgeordneten, die nicht zur NSDAP übergetreten sind, obwohl er auch zu Hitlers Steigbügelhaltern gehört hatte. Er schloss sich 1935 der Bekennenden Kirche an und wurde Ende 1944 von der Gestapo verhört, blieb aber bis zum Kriegsende unbehelligt. Ob diese relative „Schonung“ auf seine Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers zurückzuführen ist, ist immerhin denkbar.

31.8.1933

Selle, Kommandeur der Schutzpolizei, berichtet Heß über die braunschweiger Konflikte.

Selle gehört demnach zur Zörner-Fraktion und wurde von Klaggas verfolgt, der ihn entlassen und aus der Partei ausschließen will.

September 1933

Georg Neithardt, Vorsitzender Richter im Prozeß gegen Hitler, wird von Hitler zum Präsidenten des OLG München ernannt und später mehrmals durch Hitler belobigt. (Grtitschneider 2001).

Die ist ein Beleg, dass sich Hitler für das milde Urteil 1924 erkenntlich gezeigt hat, und ein Indiz, dass Hitlers Entscheidungen vielfach auf persönliche Erfahrungen zurückgeführt werden können.

1.9.1933

Riekel distanziert sich in einem Schreiben an den Rektor von seiner SPD-Mitgliedschaft, um sein Ruhegehalt zu behalten.

3.9.1933

Klagges verfaßt ein Manuskript (25 Seiten) „Bericht über die Umtriebe des früheren Landtagspräsidenten Zörner gegen die Braunschweigische Regierung“ (Nds Staatsarchiv 62 Nds Fb 2 Nr. 821). Hierin werden alle Vorwürfe gegen Zörner aufgelistet. Demnach beginnt der Konflikt Klagges – Zörner anläßlich der Nachfolge Franzens, die auch von Zörner angestrebt wurde. U.a. unterstellt Klagges, daß Zörner die Einbürgerung Hitlers durch die Sitzungsplanung des Landtags habe hintertreiben wollen. Heimbs wird als Propagandist von Zörner identifiziert. „Hier betätigt sich hauptsächlich ein Herr Heimbs für Zörner. Er ist Zörners Schwager und war bis zur Machtergreifung eine Größe in der Freimaurerei und eifriger Volksparteiler.“ (ebd. S. 24) Auch bestreitet Klagges, das Zörner Gründungsmitglied der braunschweiger NSDAP war und belegt dies mit dem Gründungsprotokoll, das er allerdings nicht im Original sondern nur als Abschrift vom 1.7.1933 vorlegt.

Es handelt sich um eine Reaktion auf den Bericht Zörners vom 15./16.5.1933. Der Generalvorwurf lautet, Zörner habe Klagges stürzen und eine neue Regierung unter seiner Führung bilden wollen. Klagges listet alle Argumente auf, die den Parteiausschluß Zörners rechtfertigen sollen. Viele der Anschuldigungen sind wenig glaubhaft. Der Kern der Anschuldigungen ist insofern korrekt, da es sich um einen Machtkampf gehandelt hat, in dem Zörner umgekehrt gute Argumente für seine Position zu haben glaubte, die die Entfernung von Klagges gerechtfertigt hätten.

Der Hinweis auf Heimbs deutet auf ein gespanntes Verhältnis Klagges – Heimbs. Der Grund mag darin liegen, daß Heimbs bei der Einbürgerung Hitlers seinem Schwager nützlich war.

8.9.1933

Geiger wird von Reichstatthalter Loeper zum 1.10.1933 entlassen. Jensen wird unter Berufung auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums endgültig entlassen.

Die Entlassungen werden von Loeper und nicht von Klagges ausgesprochen.

13.9.1933

Klagges erhebt Anklage gegen Zörner, Selle, Leffler, Klare und Gille vor dem OPG und beantragt, diese aus der Partei auszuschließen. Als Anlage fügt er seinen Bericht bei.

Zörner ist zum Zeitpunkt der Anklage bereits auf Vermittlung von Hitler Oberbürgermeister von Dresden.

16.9.1933

Abmeldung Hitlers als Untermieter von Braunschweig nach Berlin, Wilhelmstraße, Beruf „Reichskanzler“.

Der Anlaß ist vermutlich der Umzug seines Hauptmieters Zörners nach Dresden, der dort sein Amt am 1.8.1933 angetreten hat. Zum Zeitpunkt des Sturzes von Zörner in Braunschweig war Hitler offiziell immer noch dessen Untermieter!

18.9.1933

Bericht von W. ...von Doegre...ker (*unleserlich*) an Rudolf Heß über seine Gespräche, die er ab dem 18.9. in Braunschweig geführt hat, um die Hintergründe des innerparteilichen Konflikts zu ergründen. Befragt wurden die PG Dr. med. Bruns, Landgerichtsrat Dr. Schmidt, Oberstaatsanwalt Rasche, Polizei-Oberstleutnant Selle und Dr. Schmüking (Arzt). Klagges und Loeper haben sich auf Anfrage geweigert, Aussagen zu machen. Insbesondere geht es um die sog. „Lehrermafia“.

Heß ist offenbar durch die Intervention von Zörner und Selle aktiv geworden und hat eine Art „Kundschafter“ nach Braunschweig geschickt, um Informationen aus erster Hand zu bekommen, ob die Anschuldigungen von Zörner zutreffend sind. Befragt wurden offenbar Anhänger der Zörner-Richtung. Womöglich hat Zörner die Namen als Zeugen benannt. Der Bericht stützt die Position Zörners.

Darin heißt es u.a.: „Der Pg Heims, am Fallersleber Tor 6, wohne neben der Ortskrankenkasse und könne über die Schreie, die aus dem Gebäude der Ortskrankenkasse gelegentlich der rohen Mißhandlungen drängen, aussagen“. (Nds. Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

Die ist ein weiterer Hinweis, daß Heimbs (Carl oder Ernst) Mitglied der NSDAP war. Der Hinweis auf die Vorgänge in der AOK macht deutlich, daß die Familie Heimbs über die NS-Aktivitäten in Braunschweig gut unterrichtet war. Demnach hat Heimbs, was nicht verwunderlich ist, zur moderaten Richtung der braunschweiger NSDAP um Zörner gehört.

Darin heißt es u.a. weiter: Ein Pg. Dormann sei angeblich wegen § 175 – tatsächlich aber, weil er mit dem Klagges-Kurs nicht einverstanden sei – in Dresden verhaftet worden, wurde nach Braunschweig gebracht und säße hier in Haft zusammen mit dem Juden Lewald in einer Zelle. (Zeuge sei der Verteidiger, Rechtsanwalt Rotter). Pg. Dormann war Schriftleiter der Braunschweigischen Landeszeitung, die er durchaus nationalsozialistisch – erinnert sei nur an die umfangreichen Berichte anlässlich des Aufmarsches in Braunschweig – redigierte. Auf Verlangen von Staatsminister Klagges wurde er wegen angeblicher Zörner-Freundschaft von seinem Verlagsdirektor entlassen.“

Dohrmann ist mit Zörner, womöglich nach seiner Entlassung als Schriftleiter der Landeszeitung, nach Dresden gegangen, war aber auch dort vor den Nachstellungen von Klagges nicht sicher. In Leipzig sollte er später mit dem Vorwurf der Homosexualität belastet werden.

19.9.1933

Aussage von SA-Führer Sauke, daß zum engeren Kreis der NS-Führung hinter Klagges in Braunschweig Schmidt-Bodenstedt, Hesse, Lehmann und Alpers gehören (darunter 4 Lehrer bzw. Alpers aus einem Lehrerhaushalt)

Sauke gehört zur Zörner-Richtung. Daraus entsteht innerhalb der NSDAP der Vorwurf der Lehrerseilschaft in Braunschweig. 1949 wird sich Schmidt-Bodenstedt von Alpers distanzieren, den er trotz der gemeinsamen Abgeordnetentätigkeit und der zeitweiligen Nähe des Wohnsitzes in Sonnenberg (Alpers) und Bodenstedt (Schmidt war dort als Hilfslehrer tätig) nur „flüchtig“ durch gemeinsame Bußfahrten gekannt haben will.

22.9.1933

Die Disziplinierung von Klagges als Lehrer im Preußischen Staatsdienst wird von Staatssekretär Stuckart aus dem Reichsinnenministerium rückgängig gemacht. (4 Nds Nr. 23)

Klagges hatte bereits lange zuvor versucht, diese Disziplinierung rückgängig zu machen.

24.9.1933

Die Rimpausche Villa in der Wolfenbütteler Straße wird Sitz der NS-Kreisleitung und in „Adolf-Hitler-Haus“ umbenannt.

26.9.1933

Dingeldey beantragt mit Schreiben an Innenminister Frick, „unter Bezugnahme auf die persönliche Unterredung“ vom 18.9.1933 als Hospitant in die NSDAP-Reichstagsfraktion aufgenommen zu werden. (Schumacher 1991, S. 180)

Dingeldey war vom 1.12.1930 bis 4.7.1933 Vorsitzender der DVP-Reichstagsfraktion gewesen und hatte bis zuletzt gezögert, der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig zuzustimmen.

30.9.1933

Entlassung Gassners

1.10.1933

Entlassung Riekels und Jensens aus dem Staatsdienst nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

12.10.1933

Klagges verfaßt ein Schreiben an Reichsstatthalter Loeper, in dem alle Vorwürfe gegen Zörner zusammengefaßt werden.

Loeper hatte dieses Schreiben angefordert, nachdem ihm Zörner seine Sicht der Dinge mitgeteilt hat. Beide Schreiben markieren die Positionen der beiden Kontrahenten. Loeper wollte offenbar in dem Konflikt zweier prominenter Parteimitglieder eine neutrale Position einnehmen bzw. abwarten, wie das OPG (bzw. Hitler) entscheiden würde.

14.10.1933

Auflösung des Reichstags. „Neuwahlen“ werden für den 12.11.1933 angesetzt. Auf dem Wahlzettel wird nur die NSDAP stehen. Gleichzeitig werden alle Landtage aufgelöst, ohne daß auch für sie „Neuwahlen“ ausgeschrieben werden.

16.10.1933

Walter Buch, Vorsitzender des OPG, teilt dem Reichsführer SS mit, daß Hitler entschieden habe, daß das Parteigerichtsverfahren gegen Zörner u.a. eingeleitet wird. Darin heißt es: „Den Parteigenossen wird zur Last gelegt, die Regierung Klagges, Braunschweig, planmäßig bekämpft und Material gegen sie gesammelt zu haben zum Zwecke ihrer schließlichen Beseitigung und Ersetzung durch eine Regierung Zörner.“ (62 Nds FB. 2 Nr. 832)

Himmler wird informiert, da sich unter den Beschuldigten auch SS-Mitglieder befinden. Hitler zieht sich aus der Affäre, indem er nicht selber in dem Machtkampf entscheidet, sondern diese Entscheidung Buch bzw. dem Parteigericht überläßt. Damit vermeidet er eine offene Positionierung in einem grundsätzlichen innerparteilichen Konflikt zwischen Moderaten und Radikalen über Strategie und Taktik der Machtergreifung. Später wird er doch eingreifen.

27.10.1933

Anfrage des Braunschweigischen Gesandten Boden bei Klagges, ob er im Hinblick auf die geplante Reichsreform im Sinne Braunschweigs tätig werden soll.

Spätestens jetzt muß Klagges klar geworden sein, daß sein Status bedroht ist.

24.10.1933

Ministerialrat Franz Albrecht Medicus aus dem Reichsinnenministerium teilt mit, daß die Reichsreform in Angriff genommen wird. Geplant sind 12-16 Länder mit jeweils 3-6 Mio Einwohnern. Darunter sind Bezirke mit 1 Mio Einwohnern vorgesehen. In eine beiliegende Karte sind bereits die Ländergrenzen eingezogen. Der Vorschlag von Helmut Nicolai und Krämer sieht das Land Niedersachsen (oder Ostfalen) mit Schleswig-Holstein, Hannover z.T., Hansestädte, Braunschweig (ohne Calvörde und Blankenburg) und Schaumburg vor.

Demnach reichte die Bevölkerung Braunschweigs noch nicht einmal für einen Regierungsbezirk! Der sehr konkrete Plan alarmierte Klagges und veranlaßte ihn zu Gegenmaßnahmen. Medicus wurde im Reichsinnenministerium zur treiben Kraft der Reichsreform im Sinne eines verwaltungsmäßigen zentralistischen Neuaufbaus und einer regionalen Neugliederung. Insbesondere die Kleinstatten wären verschwunden und in Provinzen als mittlerer Verwaltungsebene aufgegangen. Nicolai fiel bald darauf in Ungnade und wurde 1935 gesäubert.

28.10.1933

Einführung des Führerprinzips an den Hochschulen. Der Rektor erhält durch die Übertragung der Rechte von Senat und Konzil die alleinige Gewalt. Die Dekane werden vom Rektor ernannt.

18.10.1933

NS-Kreisleiter Wilhelm Hesse wird Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.

Hesse gehörte zur Klagges-Fraktion in Braunschweig. Zörner hatte ebenfalls Ambitionen auf diesen Posten.

November 1933

Erstmals Verbot der öffentlichen Diskussion der Reichsreform.

Dieses Verbot wurde mehrfach in den folgenden Jahren wiederholt.

1.11.1933

Der Parteichronist Kurt Schmalz beendet sein Manuskript zu dem Buch „Nationalsozialisten ringen um Braunschweig“, das 1934 bei Westermann in Braunschweig erscheint.

Die 8. Abteilung beschließt eine Berufungsliste (Nachfolge Riekel) mit Berger auf Platz 1. Die Professur soll aber von einer ordentlichen zu einer a.o. Professur herabgestuft werden. (Protokollbuch)

Es handelte sich um die für Hitler vorgesehene und immer noch vakante Professur.

12.11.1933

„Neuwahl“ des Reichstags. Auf dem Wahlzettel steht nur die NSDAP. „Gewählt“ werden für den Wahlkreis Südhannover-Braunschweig u.a. Rust, Klagges, Schmalz und Schmidt-Bodenstedt. Zörner wird nicht „gewählt“. Damit verliert er sein Amt als Stellv. Reichstagspräsident. Hugenberg tritt als „Gast“ der NSDAP-Fraktion bei.

Die Nichtberücksichtigung Zörners, obwohl er dem vorgehenden Reichstag angehört hat, kann auf seinen Umzug nach Dresden, kann aber auch auf den verlorenen Machtkampf in Braunschweig zurückgeführt werden.

14.11.1933

Das von Klagges angestrebte Verfahren vor dem OPG gegen die PG Zörner, Selle, Leffler, Klare, Gille und Maak wird eröffnet. Die zuvor von beiden Seiten angestrebten Verfahren werden integriert. Im Eröffnungsbeschluß des OPG heißt es bezüglich des Vorwurfs, Zörner habe die Einbürgerung Hitlers verhindern wollen: „Zu der zu begründenden Beamtenstellung für den Führer sei es notwendig gewesen, den Haushalt bis zu einem bestimmten Tag zur Annahme zu bringen und deshalb die Beratungsfrist zu verkürzen. Sie hätten dies zugesagt und auch die Koalitionsparteien seien einverstanden gewesen. Der Sitzungsplan habe dann aber derart lange Fristen enthalten, dass der Termin versäumt werden mußte. Deshalb von Pg. Klagges zur Rede gestellt, hätten Sie sich damit entschuldigt, dass der Ältestenrat eben anders beschlossen habe. Als Pg. Klagges Ihnen sagte, entweder müssen Sie dafür sorgen, dass die Fristen verkürzt werden oder der Führer könne nicht eingebürgert werden, hätten Sie mit einem Achselzucken erklärt, daran könnten Sie dann auch nichts ändern. Von der durch den Beschluß des Ältestenrats geschaffenen neuen Lage hätten Sie Minister Klagges nicht in Kenntnis gesetzt.“ (Niedersächsisches Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

Daß Zörner die Einbürgerung verhindern wollte, erscheint abwegig. Vielmehr dürfte es um die Rivalität gegangen sein, wer das Verdienst der Einbürgerung für sich verbuchen kann. Am Ende hatte das Verfahren keine parteiinternen Konsequenzen für Zörner, auch wenn bemerkenswert ist, daß die Einbürgerungsfrage selbst innerhalb der NSDAP weiter für Zündstoff sorgte. Vgl. dazu auch Küchenthal 1969, Bd. II. S. 16f.

30.11.1933

Küchenthal wird vom OPG als Zeuge für den 14.12.1933 nach Hannover geladen.

Nach eigener Aussage habe er zugunsten von Zörner ausgesagt. Zörner habe Klagges beschuldigt, durch sein brutales Vorgehen das Ansehen der NSDAP beschädigt zu haben. Welche Rolle spielte Küchenthal in dem Konflikt Klagges – Zörner? War seine Aussage relevant für die spätere Drangsalierung durch Klagges und Alpers? Die Vernehmung Küchenthals ist ein Indiz, daß er bereits Parteimitglied war und nicht, wie er später behauptet, erst 1935 eingetreten ist.

Laut späterer Aussage von Küchenthal (in seiner Berufungsschrift vom 30.11.1946 zum Entnazifizierungsverfahren) war Klagges verärgert über Küchenthal, weil er pro Zörner ausgesagt habe. Seitdem habe er Angst vor Klagges gehabt. (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Band IV)

1.12.1933

Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat.

Damit ist die Machtergreifung der NSDAP komplett.

Schmidt-Bodenstedt wird Oberregierungsrat in Braunschweig.

Trotz fehlender Qualifikation als ehemaliger Volksschullehrer wird er weiter von Klagges protegert.

8.12.1933

Der Reichsschatzmeister sendet der Gauleitung Sachsen zwei Ehrenzeichen der Partei für Zörner mit der Aufforderung, diesen in den Stand der Gauleitung aufzunehmen. (Bundesarchiv Pk/U157)

Sein Ansehen außerhalb von Braunschweig ist ungebrochen.

9.12.1933

In den BNN erscheint ein Artikel über die Pläne zur Neugliederung des Reiches. Calvörde und Blankenburg sollen demnach Brandenburg zugeschlagen werden.

Der Artikel löst heftige Reaktionen aus, da Braunschweig aufgeteilt und in der Masse in einem Gau Niedersachsen mit Gauhauptstadt Hannover aufgehen würde.

12.12.1933

Besprechung in der Handelskammer Braunschweig bezüglich der Neugliederung des Reiches. Diskutiert wird aber nur die Ostgrenze eines Gaus Ostfalen. Hier wird die Eingabe an Frick bzw. Hitler vorbereitet.

14.12. – 16.12.1933

Die Hauptverhandlung im Parteiverfahren gegen Zörner u.a. findet in der Geschäftsstelle des Gaus Südhannover-Braunschweig in Hannover, Kurze Str. 3, statt. Es werden 29 Zeugen vernommen. Darunter befindet sich nahezu die gesamte Braunschweiger NS-Prominenz.

14.12.1933

Bertram, Küchenthal, Ernst Heimbs (nicht aber Carl Heimbs) und Schmidt-Bodenstedt werden als Zeugen vernommen. (62 Nds Fb. 2 Nr. 823)

Daß Carl Heimbs nicht vorgeladen wurde, ist ein Indiz, daß er kein Parteimitglied war.

Bertram erklärt in seiner Aussage, daß er an der Sitzung des Ältestenrats teilgenommen hat und bestätigt alle Termine. Bezüglich des Vorwurfs, daß Zörner die Einbürgerung Hitlers habe verhindern wollen, entlastet er Zörner. „Der Zeuge behauptet, dafür keine Anhaltspunkte zu haben.“

Im Protokoll der Vernehmung von Heimbs steht: „Die Aussagen des Zeugen Heimbs, daß Pg. Zörner zu der Zeit der Versammlung des Pg. Wagener (17.2.) mit seinem Vater, dem Vorstandsmitglied der DVP, dem damaligen Abgeordneten Alpers und Minister Pg. Frank II sich wegen Einbürgerung des Führers energisch und mit allen Mitteln dafür eingesetzt hat, werden von Seiten des Pg. Klagges nicht bestritten.“

Heimbs jun. hat zugunsten seines Onkels Ernst Zörner ausgesagt. Neu ist die Aussage, daß auch Alpers an dem Treffen im Parkhotel teilgenommen hat. Dieser Umstand wird später von Heimbs sen. unterschlagen bzw. nur von einer weiteren ungenannten Person gesprochen.

Küchenthals Aussage auf die Frage, war „für die Anstellung des Führers als Braunschweiger Beamter notwendig, daß der Etat bis zum 3. März endgültig angenommen war?“ lautet: „Rein rechtlich bestand diese Notwendigkeit nicht, aber aus politischen Gründen und zwar deshalb, damit die Regierung keine moralische Niederlage erlitt.“

Auch dies ist eine Entlastung Zörners, zumal der Etat tatsächlich bis zum 3.3.1933, dem Tag des Ablaufs der Frist für die Nominierung der Kandidaten, angenommen war. Insofern war

der 14.12.1933 im Parteigerichtsverfahren ein Sieg von Zörner über Klagges, da der schwerwiegendste Vorwurf (Hintertreibung der Einbürgerung Hitlers) widerlegt wurde.

Schmidt-Bodenstedt belastet Zörner mit der Aussage, Zörner hätte SPD-Mitglieder im Landtag behalten wollen. Dies wird auch von Bertram bestätigt. Beleg ist der Artikel in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 13.4.1933 „Heute die Wahlvorschläge einreichen“, der von Zörner initiiert worden sein soll.

Die SPD hat sich aber nicht mehr getraut, eine Wahlliste bei Alpers einzureichen. Es hätte zwar nichts an den Mehrheitsverhältnissen im Landtag geändert, aber Klagges den Triumph gekostet, den ersten rein nationalsozialistischen Landtag präsentieren zu können.

16.12.1933

Hans Dohrmann, ehemaliger Verlagsdirektor der Braunschweigischen Landeszeitung, sagt als Zeuge aus.

Dohrmann gibt sich als Anhänger der Zörner-Richtung zu erkennen, der aber mit der Landeszeitung moderierend im Konflikt wirken wollte.

Dohrmann wurde Opfer des Machtkampfs und seines Postens enthoben.

nach dem 12.12.1933

Klagges entwirft handschriftlich und in mehreren Fassungen maschinenschriftlich eine Denkschrift „Zur Neueinteilung Norddeutschlands“, in der u.a. ein Gau Ostfalen unter Einbeziehung des Regierungsbezirks Lüneburg (mit oder ohne Hamburg-Harburg), Hildesheims, des Landes Braunschweig und des Kreises Wernigerode skizziert wird. Dieser hätte 1,82 Mio Einwohner und 21.200 qkm gehabt. Braunschweig ist als Gauhauptstadt vorgesehen. Es handelt sich noch nicht um die ausführliche Denkschrift, die von der Handelskammer vorbereitet werden soll. Er will die Denkschrift an Reichsinnenminister Frick und in Kopie an Hitler versenden. Es gibt nur den Entwurf eines Begleitschreibens.

Alle Fassungen der Denkschrift inklusive statistischen Materials und Karten mit der Gaeinteilung befinden sich im Niedersächsischen Staatsarchiv, Wolfenbüttel unter 12 A Neu 13 Nr. 37386. Entweder wurde diese (erste) Denkschrift bereits zwischen dem 12.12. und 20.12.1932 oder erst im Mai 1934 abgesandt. Absicht ist, die Einbeziehung Braunschweigs in den Gau Niedersachsen abzuwehren und stattdessen die Gründung eines Gaus Ostfalen mit Braunschweig als Gauhauptstadt und Klagges als Gauleiter zu betreiben. Daß Klagges auch Hitler eine Kopie zukommen lassen will, unterstreicht die Wichtigkeit des Vorgangs.

Alle folgenden Aktivitäten von Klagges zur Aufwertung des Landes müssen Hitler in dieser Hinsicht klar gewesen sein. Hitler mag sich einerseits von Klagges bedrängt gefühlt haben,

andererseits war er nicht nur Zörner, sondern auch Klagges bzw. Braunschweig insgesamt wegen der Einbürgerung verpflichtet. Vielleicht hat es ihm sogar gepaßt, daß die von Frick forcierte Reichsreform nicht nur in Braunschweig auf parteiinternen Widerstand stieß. So konnte er wieder als Schiedsrichter in einem Konflikt seiner Paladine fungieren.

20.12.1933

Zweite Besprechung in der Handelskammer Braunschweig bezüglich der Reichsreform. Klagges und Hesse, die ihr Erscheinen zugesagt haben, lassen sich entschuldigen. Obwohl die Denkschrift bereits in Teilen vorliegt (wirtschaftlicher Teil vom Syndikus der Handelskammer, Schmidt), werden weitere Aktivitäten vertagt. In einem handschriftlich als „Entwurf“ überschriebenen Manuskript von 12 + 2 Seiten werden im Wesentlichen historische und kulturelle Argumente für die Eigenständigkeit Braunschweigs aufgeführt. Wieder geht es nur um die Ostgrenze.

Der Syndikus Schmidt war einer der beiden BEL-Abgeordneten, die als erste zur NSDAP übertreten sind.

Offenbar gab es aus Berlin Gegenwind gegen die Braunschweiger Initiative. Klagges fing an zu taktieren und fehlte bei der Sitzung. Das Manuskript „Braunschweig in der Reichsreform“ (73 S. + Karten), das in der Stadtbibliothek Braunschweig vorhanden ist, geht möglicherweise auf die Beratungen in der Handelskammer zurück. Es dürfte frühestens Ende 1934 fertig gestellt worden sein, da eine Karte verwendet wird, die auf den 30.11.1934 datiert ist. Die ebenfalls Ende 1934 vom Statistischen Landesamt bearbeitete „Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben sowie die Finanzen des Landes Braunschweig“ (303 S. + 2 weitere Bde.) sollte offenbar die Manuskripte von Klagges bzw. der Arbeitsgruppe der Handelskammer ergänzen.

Evtl. war Kurt Brüning, Direktor des Provinzialinstituts für Landesplanung und niedersächsische Landesforschung (vgl. Brüning 1943) Berater von Klagges bei dessen Plänen, einen eigenen Gau Ostfalen zu etablieren. Klagges selber hat über die fachlichen Kenntnisse nicht verfügt.

1934

Klagges veröffentlicht „Idee und System: Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung“. (Klagges 1934)

Klagges hat die Vorträge nach seiner Entlassung aus dem preußischen Schuldienst und vor seiner Einstellung als Regierungsrat in Braunschweig als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) gehalten. Die DHfP war eine Fortbildungseinrichtung ohne universitären Status. Die Dozenten repräsentierten das gesamte politische und weltanschauliche Spektrum

der Weimarer Republik. 1933 wurde die DHfP gleichgeschaltet und 1940 als „Auslandswissenschaftliche Fakultät“ der Berliner Universität eingegliedert, um dort „Ostforschung“ im Sinne der „Lebensraum-Politik“ zu betreiben. Es ist anzunehmen, daß in den Vorträgen zum Ausdruck kommt, welche Inhalte Klagges mit der Denomination „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ bei der für Hitler vorgesehenen Professur vorgeschwebt haben. Insofern ist durchaus denkbar, daß Klagges davon ausgegangen ist, daß Hitler die Professur in irgendeiner Art und Weise tatsächlich wahrnimmt.

Seit 1934 propagiert Hitler die Volksmotorisierung.

Volkswagen, Volkswagenwerk und Autobahnbau sollten später zu deren Realisierung dienen.

1.1.1934

Koller beginnt als Abteilungsleiter im DAF-Amt „Schönheit der Arbeit“.

Er war von Speer nach Berlin geholt worden.

Der Regierungsbaurat Dr. Paul Richter wird Oberbaurat und Referent für Hochbau- und Siedlungsabteilung im Braunschweigischen Staatsministerium (Nds. 12 A Neu 16a, Nr. 52)

*Richter wird in der Folge, von Klagges gefördert, zur zentralen Figur der Raumplanung im Raum Braunschweig aufsteigen und bereits im Vorfeld in die Standort- und Raumplanung sowohl für den Komplex Reichswerke wie den Komplex KdF-Wagen eingebunden sein. Seine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Standorte der Betriebe und die zugehörigen Großsiedlungen zur Aufwertung Braunschweigs in der Konkurrenz zu Hannover beitragen. Diesem übergeordneten politischen Ziel sind **alle** wirtschaftlichen Überlegungen unterzuordnen. Deshalb soll Richter auch in die TH integriert werden, um die einschlägigen Professoren einzuspannen. (Stubenvoll 1988) In den Personalakten des Staatsministeriums wie den Akten der TH Braunschweig führt Richter allerdings nur ein schemenhaftes Dasein. Möglicherweise sind sie aus beiden Beständen gesäubert worden. Erhalten hat sich allerdings der „Werdegang“ Richters, den er seiner Bewerbung zur Besetzung der Professur für Siedlungswesen und Landesplanung am 24.12.1937 beigefügt hat (AI : 109 T 1- 2 Blatt 17-18).*

16.1.1934

Mühlenpfordt wird wegen seiner Stellungnahme zur Ermordung des NS-Studentenführers Schaffeld entlassen.

30.1.1934

Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, von Reichstag und Reichsrat einstimmig angenommen. Es bedeutet die Auflösung des Braunschweigischen Landtags und aller anderen Landtage. Die Festlegung der Grenzen zwischen den Ländern soll der Reichsinnenminister vornehmen.

Damit wird am Jahrestag der „Machergreifung“ der Zentralismus in Deutschland eingeleitet. Es handelt sich aber nur um den Einstieg und nicht die von Klagges u.a. gefürchtete Umsetzung einer umfassenden Reichsreform. Insbesondere die Neugliederung des Reichs sollte immer wieder am Widerstand vieler Partikularinteressen und am Widerstand machtbewußter Reichstatthalter scheitern. Selbst Hitler hat die Reichsreform immer wieder nur dilatorisch behandelt und mehrfach ihre öffentliche Diskussion verboten.

Die Neukonstituierung des Braunschweigischen Landtags erfolgt erst am 8.1.1946.

Auch die Braunschweigische Gesandtschaft beim Reichsrat in Berlin wird aufgelöst.

Vermutlich sind die Gesandtschaftsakten und damit auch der dortige Teil von Hitlers Personalakte anschließend ins Braunschweigische Staatsministerium gewandert.

Goebbels veröffentlicht „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ im Parteiverlag der NSDAP. Es beinhaltet seine Tagebucheintragen vom 1.1.1932 bis 1.5.1933.

Gegenüber der wissenschaftlichen Edition seiner Tagebücher von 1987 handelte es sich um eine von Goebbels in propagandistischer Absicht redigierte Version, die die kritische Phase der Einbürgerung Hitlers abdeckt. Gobbels wollte damit seine Verdienste um die Einbürgerung herausstellen, indem er als der aktive, drängende Part erscheint. Daß Hitler darin als zögerlich erscheint, kann als leise Kritik gedeutet werden.

Klagges tritt anlässlich seines 50. Geburtstags im Rang eines Gruppenführers in die SS ein. (62 Nds Fb. 2 Nr. 782)

Damit positioniert er sich auch in dieser Hinsicht auf dem radikalen Flügel der Partei. Möglicherweise ist der Zeitpunkt des Eintritts in die SS durch das laufende Parteigerichtsverfahren bestimmt. Zörner wird sich später mit der SS anlegen.

31.1.1934

Rundfunkansprache von Innenminister Frick „Der Neuaufbau des Reiches“. Die Rede wird zusammen mit drei anderen Ansprachen Fricks unter diesem Titel 1934 veröffentlicht. (Frick 1934).

Darin führt Frick aus, daß mit Art. 1 des Gesetzes die Volksvertretungen der Länder aufgehoben sind. „Mit der Beseitigung der Landtage haben die Länder ihre souveräne Grundlage

grundsätzlich verloren“. Mit Art. 2 gehen die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung. Allerdings werde die praktische Durchführung des Gesetzes Jahre dauern. Die Landesregierungen bleiben im Amt, sind aber der Reichsregierung weisungsgebunden. Art. 3 bestimmt, daß die Oberaufsicht über die Länder der Reichsinnenminister hat. Die Umsetzung des Gesetzes obliegt der Reichsregierung.

Damit ist de jure die Braunschweigische Landesregierung aufgehoben. Der Ministerpräsident Klagges ist an die Weisungen von Frick gebunden. Da die große Reichsreform aber bis 1945 nicht in Angriff genommen wurde, ist die Braunschweigische Landesregierung faktisch weiter im Amt geblieben. Die Reichsregierung hat sich nur einmal bei dem Gebietstausch des Landkreises Holzminden gegen den Landkreis Goslar anlässlich der Gründung der Reichswerke unmittelbar in die braunschweigischen Belange eingemischt.

Klagges als Braunschweiger Ministerpräsident hatte es demnach mit drei übergeordneten Instanzen zu tun – dem Reichsinnenminister in Berlin, dem Reichstatthalter in Dessau und dem Gauleiter in Hannover, ohne daß es eine klare Abgrenzung von deren Kompetenzen gegeben hätte. Im Falle des Gebietstauschs hatte er es zusätzlich mit dem Preußischen Oberpräsidenten der Provinz Hannover in Hannover zu tun.

Klagges muß die Gefahr erkannt haben, daß bei einem Neuaufbau des Reiches das Land Braunschweig verschwindet, zumal eine Verschmelzung der Parteigau mit den staatlichen Verwaltungseinheiten angestrebt wurde. Also mußte er in Zukunft alles daran setzen, Braunschweig aufzuwerten, um es als Land zu erhalten, oder besser noch einen eigenen Gau zu bilden, um Braunschweig als Gauhauptstadt zu etablieren. Den wirtschaftlichen Ausbau der Region hat er als die große Chance zur Erhaltung von Braunschweig wahrgenommen. Hierbei konnten die Verdienste, die Braunschweig für den Aufstieg der NSDAP und die Karriere von Hitler geleistet hat, genutzt werden. Der ns-typische Kompetenzwirrwarr war zugleich eine Chance, da er es ermöglichte, die einzelnen Instanzen gegeneinander auszuspielen bzw. durch den direkten Zugang zu Hitler zu überspielen.

Februar 1934

Richter wird Leiter der Bauabteilung Braunschweig der Reichsautobahn.

Richter war zuvor Landesplaner in Westfalen.

Hitlers Linzer Akten werden vor den „Februar-Unruhen“ in Österreich aus dem Archiv in Linz geholt und dem Landeshauptmann übergeben.

Der Landeshauptmann übergibt Jetzinger bei Ausbruch der Unruhen die Akten zur Aufbewahrung, der sie ungeöffnet versteckt.

Darunter sind die berüchtigten österreichischen Militärpapiere Hitlers.

2.2.1934

Den Landesregierungen werden die aufgrund des Reichsreformgesetzes entzogenen Kompetenzen rückübertragen.

Diese Rückübertragung war notwendig, da die Zentralinstanzen andernfalls keine Durchgriffmöglichkeiten besessen hätten. Auf Basis dieser Maßnahme konnte auch Klagges weiter regieren. Alles ist so auch in Braunschweig bis 1945 beim Alten geblieben. Eigentlich hätten demnach die Reichsstatthalter wieder abgeschafft werden können, was aus politischen Gründen aber nicht der Fall war.

5.2.1934

Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vereinheitlicht die Regelung der Staatsbürgerschaft. Die Staatsangehörigkeit nach Ländern wird abgeschafft.

Die Verordnung basierte auf dem Gesetz über den Neuaufbau des Reiches, mit dem die Gleichschaltung der Länder vollzogen wurde. Damit war das aus der Kaiserzeit resultierende Staatsangehörigkeitsgesetz, das in der Weimarer Republik weiterhin gültig war und nur die Staatsangehörigkeit in einem deutschen Land kannte, aufgehoben. Womöglich war diese Verordnung Hitler ein besonderes Anliegen, da er schlechte Erfahrungen mit dem mühsamen Weg über die Verbeamtung in einem Land gemacht hatte.

10.2.1934

Gille wird vom Obersten Parteigericht freigesprochen.

Sein Verfahren ist von den anderen abgetrennt worden.

16.2.1934

Weitere Beschlüsse im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. werden verkündet. Klare wird freigesprochen. Leffler und Selle (Oberstleutnant der Polizei) erhalten einen Verweis. Das Verfahren gegen Zörner wird abgetrennt.

18.2.1934

Ferdinand Eichhorn stirbt ohne Erben. Die Firma geht an Heimbs über.

19.2.1934

Klagges legt weitere Dokumente gegen Zörner vor.

Das Verfahren gegen Zörner endete mit einer „Ausöhnung“. Dieses Ergebnis muß auf Klagges, der den Parteiausschluß Zörners erreichen wollte, wie eine Niederlage gewirkt haben. Klagges operierte in dem gesamten Verfahren offensiv, Zörner eher defensiv, schien aber wenig beunruhigt, zumal er etliche Entlastungszeugen aufbieten konnte. Widerlegt wurde der Vorwurf, Zörner habe die Einbürgerung Hitlers hintertreiben wollen. Klar geworden ist im Verfahren allerdings, daß es einen harten innerparteilichen Konflikt in Braunschweig gab, der sich an der Strategie und Taktik der Machtergreifung in Braunschweig entzündet hat, aber mit persönlichen Ambitionen der Hauptakteure verwoben war. Entweder hat Hitler abermals zugunsten von Zörner interveniert oder das Gericht hat sich nicht getraut, in der heiklen Angelegenheit Position zu beziehen.

28.2.1934

Gesetz über die Aufhebung des Reichsrats.

Damit hat der Braunschweigische Gesandte Boden keine Funktion mehr.

8.3.1934

Hitler kündigt auf der Automobilausstellung in Berlin den Bau des Volkswagens an.

Der Volkswagen war in Verbindung mit den Autobahnen, die auf massenhaften Verkehr ausgelegt waren, ein wesentliches Propaganda-Projekt des NS-Systems. Für den Fall, daß der Volkswagen nicht von der privaten KfZ-Industrie arbeitsteilig gefertigt wird, sollte er in staatlicher Regie in einer neuen Großfabrik produziert werden. Geplant waren zunächst 500.000 und in der Endstufe 1,5 Mio Fahrzeuge jährlich. Hitler war in alle Stufen der Vorbereitung persönlich involviert. (Kluke 1960)

12.3.1934

Klagges läßt in Reaktion auf das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches auf der Basis der bereits vorliegenden Manuskripte eine Gegendenkschrift vorbereiten, in der ein neuer Gau Ostfalen unter Einschluß von Hildesheim und Lüneburg mit der Gauhauptstadt Braunschweig gefordert wird. Er erfährt dabei die Unterstützung der Ev. Landeskirche und der braun-

schweiger Wirtschaft. Beide sehen Klagges als Schutzpatron der Selbständigkeit Braunschweigs an.

Für Klagges standen seitdem die Abwehr der Reichsreform und die Behauptung Braunschweigs im Zentrum seiner politischen Aktivitäten.

Die Reichsregierung antwortet, daß das Problem zur Zeit nicht aktuell sei.

1.4.1934

Friedrich Berger (geb. 4.6.1901) wird auf die a.o. Professur für „Theoretische Pädagogik,, (vormals Riekel), Bes. Gr. A 2 b, ohne die Riekel zugestandene Zulage „persönliches Ordinariat“ berufen und Direktor des Pädagogischen Instituts der TH. Die Berufungskommission begründet die Herabstufung mit der altersbedingt noch zu geringen Qualifikation Bergers für ein Ordinariat. Der Beginn seines Besoldungsdienstalters wird auf den 1.12.1931 rückdatiert.

Am 15.4.1931 war Riekel von seinen Aufgaben entbunden worden. Die lange Vakanz ist darauf zurückzuführen, daß Franzen erst Kroh, der ablehnte, und dann Pfahler berufen wollte. Dann folgten die Regierungskrise und der Wechsel im Ministerium. Klagges Favorit, Kriek, wurde zurückgestellt, weil die Idee mit der Hitler-Professur dazwischen kam. (vgl. Bei der Wieden 1996, S. 97) Auch das ist ein Indiz, daß die Berufung Hitlers auf eine Professur eine längere Vorgeschichte hatte, als aus den Akten ersichtlich ist.

Ein späterer Versuch, Berger zu befördern, ist im Sande verlaufen. Als Gründe sind zu vermuten, daß Berger nach der Berufung kaum wissenschaftlich hervorgetreten ist und sich stattdessen als NS-Propagandist hervorgetan hat. Außerdem geriet er in einen heftigen Konflikt mit den Kollegen der 8. Abteilung, den Klagges mit einer Rüge an alle Beteiligten geahndet hat. Also gab es noch Reste eines akademischen Behauptungswillens gegenüber reiner NS-Ideologie an der TH.

Friedrich Boden geht in Ruhestand.

Zu diesem Datum könnte auch die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin geschlossen worden sein.

25.5.1934

Klagges erteilt seinen Ministerialbeamten den Auftrag zur Abfassung einer Denkschrift zur Reichsreform auf der Basis seiner Notizen und legt sie noch im Mai Hitler und Frick vor.

Das Datum ist fraglich. Ob es sich bei dieser Denkschrift, die Hitler und Frick vorgelegt wird, um die Denkschrift handelt, die Klagges im Dezember 1933 verfaßt, aber noch nicht abgesendet hat, ist unklar.

Ende Mai 1934

Heinrich Brüning flieht nach Melide am Luganer See

Anfang Juni 1934

Hitler verbietet eine öffentliche Diskussion der geplanten Reichsreform.

Dies ist offenbar eine Reaktion auf die Intervention von Klagges aber auch aus anderen Teilen des Reiches (z.B. Oldenburg), die um ihre Selbständigkeit fürchten.

Juni 1934

Schmidt-Bodenstedt wird nach Berlin ans preußische Kultusministerium versetzt.

Evtl. ist er weggelobt worden, weil er im Konflikt mit Alpers und Jeckeln um die Gunst von Klagges unterlegen ist. Klagges wäre demnach auch ein Getriebener von immer radikaleren Untergebenen in der Partei gewesen.

nach dem 15.6.1934

Im „Deutschen Führerlexikon“ wird die Rolle Zörners bei Hitlers Einbürgerung gewürdigt. Klagges Mitwirkung wird nicht erwähnt. Auf dem Titelblatt heißt es: „Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP keine Bedenken erhoben.“

Damit ist Zörners Mitwirkung parteiamtlich und sicher von Hitler so gebilligt worden. Die Nichterwähnung von Klagges könnte als Indiz für ein Zerwürfnis zwischen Hitler und Klagges gedeutet werden.

30.6./1.7.1934

Bei der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ wird die SA-Führung, u.a. Röhm, Ernst, Heines, und innerparteiliche Gegner wie Gregor Strasser durch SS und GESTAPO ermordet. Die Exekutionen finden u.a. in Dachau, Stadelheim, Breslau und auf dem Gelände der SS-Einheit „Stabswache Berlin“ (später „Leibstandarte Adolf Hitler“) in Berlin-Lichterfelde statt. Gregor

Strasser wird in der GESTAPO-Zentrale erschossen. Auf der amtlichen Totenliste vom 30.6.1934 stehen 83 Personen. Stennes ist nicht darunter. (Bennecke 1964, S. 87-88). Papen wird verhaftet, zwei seiner Mitarbeiter ermordet. Ehrhardt soll ermordet werden, kann aber in die Schweiz flüchten.

Erst jetzt war Hitlers Macht wirklich konsolidiert. Der Machtkampf zwischen SA und Partei ist beendet, der mit dem „Stennes-Putsch“ eskaliert war. In Hintergrund ging es auch um einen Konflikt zwischen SA und Reichswehr um die militärische Führung. Hitler, der sich auf die Seite der Reichswehr geschlagen hatte, dürfte mit deren Billigung bzw. Deckung gehandelt haben (Bennecke 1964). Daß Stennes nicht unter den Opfern war, kann als Indiz gewertet werden, daß es sich bei ihm tatsächlich um einen Reichswehrgenten gehandelt hat.

Schacht 1948 vermutet, daß Ernst umgebracht wurde, weil er Mitwisser der Hintergründe des Reichstagsbrandes war. Auch der braunschweiger Machtkampf muß in diesem Kontext gesehen werden, obwohl die NSDAP mit Rücksicht auf Reichswehr und Stahlhelm damals noch taktieren mußte. Klagges reagiert und will Braunschweig zu einer Hochburg der SS ausbauen, indem er z.B. die SS-Junkerschule im Schloss eröffnet.

1.7.1934

Ermordung von Schleicher im Zuge des „Röhm-Putsches“

Damit ist ein weiterer potentieller Gegner Hitlers mit Einfluß in der Reichswehr und Kontakten zu Gregor Strasser ausgeschaltet. Im Falle Schleichers gibt es die These, dieser sei im Besitz der (bayerischen) Militärpapiere Hitlers aus dem 1. Weltkrieg gewesen und habe ihn damit unter Druck setzen können. Möglicherweise ging es um die vermutete Homosexualität Hitlers, die daraus hervorgehen würde. (vgl. dazu Friedrich o.J., S. 41)

Schacht 1948 sieht in der Liquidierung der SA-Führung sowie diverser Personen (Schleicher, Strasser), mit denen Hitler persönliche Konflikte ausgetragen hat, die eigentliche Machtergreifung, da Hitler seitdem seine Macht sowohl innerhalb der NSDAP gegenüber innerparteilichen Gegnern konsolidiert hat, ehemalige Widersacher im konservativen Lager ausgeschaltet und alte Rechnungen beglichen hat. Dieser These ist zuzustimmen.

13.7.1934

Gegen Albert Brandes, Justizoberinspektor und ehemaliger Vorsitzender der Braunschweiger DVP, wird von Justizminister Alpers wegen des Vorwurfs, auf einer „getarnten Versammlung“ der aufgelösten DVP Ende März 1933 kritische Äußerungen gegenüber Hitler gemacht bzw. nicht unterbunden zu haben, ein Dienststrafverfahren eröffnet.

Der Vorgang wird später von Brandes im Zuge seiner Entnazifizierung zur Entlastung vorgebracht.

20.7.1934

Die SS wird eine selbständige Organisation innerhalb der NSDAP.

2.8.1934

Tod Hindenburgs. Hitler vereinigt aufgrund eines am Vortag erlassenen Gesetzes als „Führer“ das Amt des Staatspräsidenten mit dem Amt des Reichskanzlers. Er kassiert seitdem zwei Gehälter (steuerfrei).

Der Vorgang steht im Gegensatz zu der von Hitler in der Öffentlichkeit vertretenen Mähr, daß er an persönlichem Besitz nicht interessiert sei. Vgl. dazu seine Behauptung, sein Gehalt als braunschweiger Regierungsrat Arbeitslosen gestiftet zu haben.

Das Testament Hindenburgs, in dem er u.a. die Restauration der Monarchie vorgesehen hat, wird Hitler auf dem Obersalzberg vorgelegt. Der letztgenannte Aspekt wird von Hitler mißachtet und gegenüber der Öffentlichkeit unterdrückt.

19.8.1934

Volksbefragung zum Gesetz „Über das Oberhaupt des Deutschen Reiches“ („Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“) Bei einer Wahlbeteiligung von 99 % entscheiden sich 90 % für Hitler.

Damit ist die Macht Hitlers auch gegenüber der Bevölkerung konsolidiert.

Herbst 1934

Klagges beauftragt den Dekan der Architekturabteilung, Julius Petersen, für den geplanten Neubau der 8. Abteilung einen Vorentwurf anzufertigen.

Heinrich Brüning diktiert in Melide am Luganer See seine „Memoiren 1918-1934“.

Die Memoiren basieren für die Jahre 1931 und 1932 auf den „Tageszetteln“, die der Staatssekretär der Reichskanzlei, Pünder, über alle Besuche, Verhandlungen und Vorgänge in der Reichskanzlei angefertigt hat. Sie werden ergänzt durch kurze stenographische Aufzeichnungen Brünings. (Brüning 1970, S. 11) Die Umstände der Wiederwahl des Reichspräsidenten

und die Verhandlungen mit Hitler nehmen einen breiten Raum ein. Insofern sind die Memoiren eine wichtige Quelle zum Thema.

15.11.1934

Frick hält vor Reichwehroffizieren den Vortrag „Der Neuaufbau des Deutschen Reiches“.

15.12.1934

Der Vorentwurf von Petersen zum Neubau der 8. Abteilung ist fertig. In den Plänen war von einem „Neubau 8. Abteilung“ bzw. von einem „Erweiterungsbau“ für die 8. Abteilung und das Naturhistorische Museum die Rede. Die Professoren durften sich an der Planung beteiligen und Wünsche für Raumbedarf und Ausstattung äußern. (Karafyllis 2015, S. 348-349)

Spätestens mit der Übernahme des Dekanats der 8. Abteilung durch Berger im Sommer 1936 dürfte diese Planung geändert worden sein. Aus der Planung sollte der Bau der Hermann Rust-Hochschule hervorgehen, die die 8. Abteilung ersetzen sollte. (Vgl. dazu Mittmann 1993). Indiz ist, daß statt der ursprünglich vorgesehenen Seminar-Bibliotheken jetzt eine gemeinsame Bibliothek im Erdgeschoss vorgesehen war. Seit wann Berger über die neue Absicht informiert war, ist unklar. Die betroffenen Kollegen wurden jedenfalls lange im Unklaren gelassen.

Ende 1934

Die offizielle Denkschrift „Braunschweig in der Reichsreform“ ist fertig. Sie versucht zu begründen, warum die Gaue Südhannover-Braunschweig und Osthannover Kunstprodukte sind, während ein Gau Ostfalen unter Einschluß von Braunschweig, Lüneburg und Hildesheim eine in jeder Hinsicht organisch gewachsene Einheit mit der Stadt Braunschweig als natürlichem Mittelpunkt darstellt.

Demzufolge sollte der Gau Ostfalen eines erweiterten Landes Braunschweig den Gau Osthannover ablösen. Aus dem Gau Südhannover-Braunschweig wäre der Gau Hannover geworden und eine Symmetrie zwischen Braunschwig und Hannover hergestellt worden.

Herausgestrichen werden in der Denkschrift die Bedeutung und die Vorreiterrolle, die Braunschweig für den Nationalsozialismus gehabt hat. „Eine besondere Bedeutung hatte die Tatsache des Besitzes der Regierungsgewalt seitens der N.S.D.A.P. in Braunschweig als dem einzigen deutschen Lande dadurch, daß es möglich wurde, unserem Führer im Februar 1932 durch die Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat das Staatsbürgerrecht zuzuerkennen. Es ist noch in aller Erinnerung, daß dieser von allen Nationalsozialisten so lang ersehnte Akt die Möglichkeit einer Kandidatur des Führers zum Reichspräsidenten schuf. Es

handelt sich bei der Einbürgerung des Führers um eine geschichtliche Tat, die den Namen Braunschweig für immer mit dem Nationalsozialismus verknüpft.“ (ebd. S. 49). „Braunschweig war somit historischer Boden für die N.S.D.A .P. geworden.“ (ebd. S. 50). Die Denkschrift endet mit dem Vorschlag, das Land Braunschweig am 21.8.1935 anlässlich des 700jährigen Bestehens in den Gau Ostfalen zu verwandeln.

Hier wird offen an die Dankbarkeit Hitlers appelliert, der sich durch die Schaffung eines Gaus Ostfalen für die Einbürgerung erkenntlich zeigen und die geplante Reichsreform an dieser Stelle ändern möge. Die Verdienste Braunschweigs für die NS-Bewegung müßten durch eine eigene Gauleitung belohnt werden. Auch wenn Hitler die öffentliche Diskussion dieses Themas verboten hat, so war Klagges doch insofern erfolgreich, als die Umsetzung der Reformpläne in der Schwebe gehalten wurde. Mindestens Ministerpräsident konnte er bis 1945 bleiben mit unklarer Kompetenzabgrenzung gegenüber dem Gauleiter von Südhannover-Braunschweig und dem Statthalter in Dessau. Der Erhalt des Landes Braunschweig, obwohl dies den Prinzipien der Reichsreform entgegen stand, ist der deutlichste Hinweis, daß Hitler sich für die Einbürgerung gegenüber Braunschweig erkenntlich gezeigt hat.

28.12.1934

Brandes wird im Dienststrafverfahren vom Ober- zum Justizinspektor degradiert und mit einer Geldstrafe belegt.

Obwohl Brandes als DVP-Abgeordneter 1932 mit zu den bürgerlichen Steigbügelhaltern gehörte.

1935

Jellinek wird wegen seiner jüdischen Abstammung von seinem Heidelberger Lehrstuhl vertrieben.

Möglicherweise hat seine Mitwirkung bei dem Versuch, die Einbürgerung Hitlers juristisch zu verhindern, eine Rolle gespielt. Nach 1945 wird er rehabilitiert.

Anfang 1935

Finanzminister Alpers versucht, Küchenthal zum Rücktritt zu bewegen.

So lautet jedenfalls die Behauptung Küchenthals in Küchenthal 1969, Bd. II, S. 55ff. Anschließend wird Küchenthal von Alpers und Klagges mehrfach durch Ordnungsstrafen mit diversen Begründungen unter Druck gesetzt. Küchenthal wehrt sich, indem er bei diversen Berliner

Dienststellen, am Ende sogar bei Hitler persönlich, zu intervenieren sucht. Der Konflikt wird erst ein Jahr später beendet und endet mit einem Erfolg Küchenthals.

18.1.1935

Küchenthal schreibt an OGR Hoffmeister, um dem Druck, der auf ihn ausgeübt wird, zu begegnen. Er bittet Hoffmeister um Vermittlung, von Alpers empfangen zu werden.

Zu seiner Verteidigung betont er die wesentliche Rolle, die er bei der Einbürgerung Hitlers gespielt habe: „...dass ich an der Einbürgerung unseres Führers wesentlichen Anteil habe. Ich habe, sobald bei mir der Wunsch der Partei nach Einbürgerung unseres Führers bekannt wurde, in einer Reihe von Verhandlungen mit den verschiedensten Stellen hier und in Berlin mich bemüht, alle Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, zu überwinden und habe insbesondere, nachdem ich nächtlicherseits mit Herrn Ministerpräsidenten Göring und Herrn Reichsminister Frank verhandelt hatte, und ferner nach einer gemeinschaftlichen Fahrt mit Herrn Ministerpräsident Göring nach Berlin, trotz schwerer Erkrankung meinerseits an Gallenblasenentzündung, rechtzeitig in Berlin die letzten Schwierigkeiten überwunden und davon federführend in meinem damaligen Ressort als Erster ohne Mitwirkung der zuständigen Referenten die Ernennungsurkunde des Führers vollzogen. Ich brauche nicht zu betonen, daß mich ein Gefühl ungeheuren Stolzes beseelt, dass auch ich mein Scherflein zur Errichtung des Dritten Reiches habe beitragen können.“

Diese Aussage ist das komplette Gegenstück zu Küchenthals Verhalten im Februar 1932 bzw. nach 1945 zu seinen Aussagen in den Entnazifizierungsverfahren. Küchenthal ist nicht mehr der Bedenkenträger, der sich vor allem persönlich absichern will, und auch nicht der Erfüllungsgehilfe der Landtagsfraktion, sondern derjenige, der die Einbürgerung Hitlers wesentlich ermöglicht hat. Klagges, Zörner, Roloff u.a. Mitwirkende treten völlig in den Hintergrund. Auch wird die politische Bedeutung des Vorgangs betont, die später von Küchenthal u.a. gerade bestritten wird. Küchenthal wird der Brief später vorgehalten werden. Er wird dann behaupten, ihn nur geschrieben zu haben, um seine Position zu retten. Der Gesamteindruck lautet, daß Küchenthal sich immer opportunistisch verhalten und sein Mäntelchen immer nach dem Wind gedreht hat.

22.1.1935

Klagges als Innenminister beauftragt das Statistische Landesamt auf Veranlassung des Stellvertreter des Führers, eine Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben des Landes Braunschweig anzufertigen.

Warum noch eine weitere Denkschrift in Auftrag gegeben wird, bleibt unklar, zumal Klagges bereits auf Widerstand stößt. Womöglich hat er Heß zu dieser Veranlassung animiert, um der neuen Initiative mehr Gewicht zu verleihen.

30.1.1935

Neues Reichsstatthaltergesetz. Damit wurden die Reichsstatthalter den Fachministern unterstellt.

31.5.1935

Die zweite Denkschrift des Braunschweigischen Staatsministeriums zur Reichsreform „Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben sowie die Finanzen des Landes Braunschweig“ (303 S.) wird dem Reichsinnenminister vorgelegt. Laut Vorwort besteht das Werk aus 3 Bänden (Denkschrift, Tabellenwerk und Kartenwerk).

Ein Exemplar des hektographierten Manuskripts (Bd. 1) befindet sich in der Bibliothek der TU Braunschweig. Das Manuskript ist unter großem Zeitdruck innerhalb von vier Monaten entstanden. Die Daten der Volkszählung vom 16.6.1933 (512 989 Einwohner) sind verarbeitet worden (ebd. S. 2). Es handelt sich um eine umfassende statistische Präsentation des Landes Braunschweig, bei der viele Fachleute mitgearbeitet haben müssen, und liefert eine Zustandsbeschreibung des Landes vor Einsetzen des Modernisierungsschubs der NS-Zeit. Ein zentrales Problem ist die zu geringe Bevölkerungszahl, da der Entwurf zur Reichsreform von Gauen ausgeht, die mindestens 2 Millionen Einwohner haben, während das Land Braunschweig kaum mehr als ein Viertel der geforderten Zahl aufweist. Das Manuskript will dennoch die Begründung liefern, warum die Stadt Braunschweig der Mittelpunkt eines historisch gewachsenen Raumes in jeder Hinsicht ist, der durch einen Gau „Ostfalen“ seinen organisatorischen Ausdruck finden würde. Der Autor bzw. Koordinator der vielen Einzelbeiträge ist Wilhelm Müller.

Klagges läßt in seinem Bestreben, einen Gau Ostfalen als Nachfolger des Landes Braunschweig zu konstruieren, nicht nach, obwohl es seit Dezember 1933 Signale aus Berlin gegeben hat, das Thema ruhen zu lassen. Möglicherweise wächst der Unmut Hitlers bzw. Fricks über die Aktivitäten von Klagges. Da Klagges auf dem Top down-Weg (Denkschriften und Apell an Hitlers Dankbarkeit) nicht weiter kommt, verlegt er sich seitdem auf einen Bottom up-Prozeß. Die Bedeutung Braunschweigs wird durch diverse Initiativen aufgewertet. Soweit es dabei Standortkonkurrenz zu anderen Regionen gibt, wird an Hitler appelliert bzw. wird Göring als Interessenvertreter Braunschweigs installiert.

30.1.1935

Neufassung des Reichsstatthaltergesetzes, nach der Reichsstatthalter auch Landesregierungen führen können.

Die Stadtverordnetenversammlung von Dresden wird aufgelöst.

Dies stärkt die Macht Zörners in Dresden.

11.2.1935

Küchenthal erhält als Staatsbankpräsident von Klagges und Alpers eine Ordnungsstrafe von 300 RM.

Es geht um Meinungsverschiedenheiten bei der Gewinnermittlung der Braunschweigischen Staatsbank. Küchenthal habe gegen das im Programm der NSDAP geforderte Gebot zur „Brechung der Zinsknechtschaft“ verstoßen. Vgl. dazu die Aktennotiz von Küchenthal vom 24.8.1934. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

19.2.1935

Küchenthal versucht, bei Reichsinnenminister Frick gegen die Verhängung der Ordnungsstrafe zu intervenieren.

6.3.1935

Loeper rügt Klagges (gedeckt durch Hitler), daß dieser sich in die Reichsreform einmische.

Dies scheint die Reaktion auf die zweite Denkschrift zu sein.

14.3.1935

Innenminister Frick versendet ein Rundschreiben, in dem das Verbot der öffentlichen Diskussion der Reichsreform bestätigt wird.

Klagges konnte seitdem nur noch taktisch reagieren durch Gründung von NS-Institutionen, repräsentative Bautätigkeit, Industrieansiedlung und Siedlungsbau, um die Bedeutung der Stadt faktisch aufzuwerten und zugleich die Bevölkerungszahl zu steigern. In diesem Zusammenhang ist der Titel „Deutsche Siedlungsstadt“ zu sehen. Auch die Standortfrage der Reichswerke, des VW-Werks, der NIEMO, u.a., aber auch die Planung des neuen Durchgangsbahnhofs, des Güterbahnhofs, der Flughafen Waggum u.a. Infrastrukturprojekte, ist in diesem Zusammenhang zu sehen, da die Ansiedlung neuer Arbeitskräfte auf Braunschweiger Stadtgebiet die Bevölkerung wachsen läßt. Weil er bei Hitler auf Widerstand stieß, suchte

Klagges die Gunst Görings und Rusts durch Bauten bzw. deren Benennung (Reichsjägerhof, Hermann Göring-Werke, Hermann Göring-Stadt, Bernhard Rust-Hochschule) zu gewinnen. Hitler präferierte einen Kompromiß, der die Selbständigkeit Braunschweigs bewahrte, aber die Schaffung eines neuen Gaus Ostfalen ablehnte. Angeblich wollte er das Problem Hannover-Braunschweig „nach dem Endsieg“ lösen. Auch die geplante Hermann-Göring-Stadt (heute Salzgitter-Lebenstedt) hätte als Gauhauptstadt in Frage kommen und so den Konflikt Hannover-Braunschweig entschärfen können.

19.3.1935

Frick antwortet Küchenthal ausweichend.

Grundsteinlegung für die spätere Bernhard Rust-Hochschule.

Bei der Grundsteinlegung war noch geplant, das Gebäude als Neubau für die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH zu nutzen.

20.3.1935

Der Dekan der 2. Abteilung der TH Braunschweig, Gerstenberg, beantragt einen Lehrauftrag für „Verkehr und Betrieb auf Autobahnen“ für Paul Richter, Leiter der Bauabteilung Braunschweig der Reichsautobahn. Am 10.4.1935 geht ein diesbezügliches Schreiben an Klagges.

Richter lehnt den Lehrauftrag ab, ist aber an einer entsprechenden Professur interessiert, die aber besetzt ist. Deshalb ist das Thema vorläufig erledigt. Richter hat den Lehrauftrag zum 1.4.1937 doch bekommen bzw. angenommen.

29.3.1935

Die Stadtverordneten von Dresden werden neu „berufen“ und haben nur noch beratende Funktion.

16.4.1935

Küchenthal versucht, bei Reichsbankpräsident Schacht zu intervenieren.

18.4.1935

Schacht läßt sich durch seine Sekretärin verleugnen.

Küchenthal behauptet später in seinem Entnazifizierungsverfahren, daß Klagges seine Entlassung bei Hitler durchsetzen wollte, Schacht sich aber im Vortrag bei Hitler für Küchenthal eingesetzt habe. (3 Nds 92/1 Nr. 84870, Bd. 2). Angesichts der Reaktion von Schacht erscheint das unglaubwürdig. Den Konflikt mit Klagges wird Küchenthal später als Beleg anführen, daß er eine Art Widerstandkämpfer gewesen sei.

1.5.1935

Laut eigener Aussage tritt Küchenthal erst jetzt in die NSDAP ein, um sich vor weiterem Druck durch Alpers und Klagges zu schützen. (Küchenthal 1973, Bd. II, S. 16)

Dann hätte er vor dem OPG als Nichtparteimitglied ausgesagt, was unglaubwürdig ist.

5.5.1935

Klagges lädt Göring und Hanns Kerrl (Fallersleben/Peine) nach Braunschweig ein, um die Pläne zur Umgestaltung des Doms vorzustellen.

14.5.1935

Küchenthal versucht, bei Hitler persönlich wegen seiner Bestrafung zu intervenieren.

18.5.1935

Baubeginn des Flughafens Waggum

22.5.1935

Staatssekretär Lammers erteilt Küchenthal einen abweisenden Bescheid. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

27.5.1935

Mast ändert den Markennamen seines Likörs „Hubertusbitter“ in „Jägermeister“ (Bein 2015, S. 192)

Die Vermutung lautet, daß er diesen Namen aus dem neuen Reichsjagdgesetz vom 3.7.1934 abgeleitet hat. Es gibt Indizien, daß diese Änderung nicht ohne Kenntnis und Billigung des

„Reichsjägermeisters“ Göring vorgenommen worden ist. Zu dessen Jagdrevieren gehörten die Wälder um Braunschweig und Wolfenbüttel. In der Braunschweiger Buchhorst wurde zudem der „Reichsjägerhof“ mit zugehörigem „Göringbahnhof“ für den Sonderzug des „Reichsjägermeisters“ angelegt. Im 2. Weltkrieg wurde der Jägermeister von den Soldaten „Göring-Schnaps“ genannt. Der Vorgang ist ein weiteres Indiz, daß führende Vertreter der braunschweiger DVP (Heimbs, Wessel, Mast) sich opportunistisch der NSDAP annähern bzw. Parteimitglieder werden, auch wenn sie vor dem Hintergrund ihrer Mitgliedschaft in einer Freimaurer-Loge keine überzeugten Nationalsozialisten gewesen sein dürften.

6.6.1935

Schmidt-Bodenstedt wird Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Minister Rust in Berlin.

7.6.1935

Gründung der Niedersächsischen Motorenwerke (NIEMO) in Braunschweig-Querum als 100prozentige Tochter von Büssing in der Absicht, Flugzeugmotoren zu fertigen.

20.6.1935

Küchenthal bittet um einen Termin beim Reichsstatthalter in Dessau.

2.7.1935

Moogs einstige Geliebte, Meta M., beschwert sich schriftlich bei Klagges über dessen angeblich ausstehende Unterhaltszahlungen für ein mutmaßliches außereheliches Kind.

Karafyllis 2015 vertritt die These, daß die Beschwerde inszeniert war, um Moog auf diese Weise aus der TH Braunschweig zu entfernen. Jedenfalls beginnt hier der Druck auf Moog, der am 24.10.1935 zu dessen Selbstmord führt.

4.7.1935

Die Berufungsliste des Lehrstuhls für Baukonstruktion liegt Rektor Horrmann vor. Der Architekt Emil Herzig steht nur auf Platz 3. Dennoch schlägt Hormann Herzig dem REM zur Berufung vor. (Personalakte Herzig Nds. 12 A Neu 16a, Nr. 52)

Herzig war PG seit 1931 (Mitglied-Nr. 789 183). Er ist offenbar aus politischen Gründen berufen worden, obwohl er als Architekt für das Fach Baukonstruktion nicht qualifiziert war. Die eigentliche Absicht war, ihn an Stelle von Horrmann zum Rektor zu machen. 1938 wird Herzig einen Antrag stellen, seine Denomination in Richtung „Entwerfen“ zu ändern, was seiner eigentlichen Qualifikation entsprach.

16.7.1935

Kerrl wird Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten.

Dies kann als Affront gegen Klagges Kirchenpolitik gewertet werden. Kerrl (1887-1941) stammt aus Fallersleben.

16./17.7.1935

Letzter heimlicher Blitzbesuch Hitlers in Braunschweig im Hotel Lorenz, um Klagges zum Rapport zu bestellen und lautstark zurechtzuweisen. Der Besuch wird publik und muß zum offiziellen Besuch umfunktioniert werden. Hitler besichtigt den umgestalteten Dom und besucht die Mustersiedlung Lehndorf. Die dort vorgesehene und von Hitler mißbilligte Kirche im Zentrum wird durch das Aufbauhaus ersetzt. Hitler finanziert später die Ausgestaltung der Gruft für Heinrich den Löwen.

Der Konflikt Hitler – Klagges wird offensichtlich. So lautet jedenfalls eine von Roloff jun. aufgestellte und in der Literatur übernommene These, für die aber eindeutige Belege fehlen. (so auch die Einschätzung von Ludewig im Schreiben am 15.1.2014) Klagges ist immerhin weiter in der Lage, zahlreiche Großprojekte nach Braunschweig zu ziehen, was gegen ein schlechtes Verhältnis zu Hitler spricht. Bis in die 1940er Jahre soll er mehrfach Anliegen direkt bei Hitler vorgetragen haben. In seinem Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“ von 1970 spricht Klagges nur von Meinungsverschiedenheiten, nicht aber von einem Zerwürfnis. Klagges versichert sich jedenfalls der Unterstützung von Göring (Reichsjägerhof, Reichswerke etc.), was wiederum für ein gespanntes Verhältnis zu Hitler spricht.

30.7.1935

Das REM schließt sich der Empfehlung Horrmanns zur Berufung von Herzig an.

12.9.1935

Der Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, Karl Hoppe, informiert den Rektor über die Probleme mit Berger. Dieser habe keine Veröffentlichungen aufzuweisen und trage permanent Konflikte mit den Kollegen der Abteilung aus.

18.9.1935

Ein Erlaß des Reichserziehungsministeriums beendet die universitäre Volksschullehrerausbildung.

Die Gründung der Bernhard Rust-Hochschule (BRH) 1937 und die Verlagerung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung war in Braunschweig die Konsequenz. Spätestens jetzt hätten die Kollegen der Kulturwissenschaftlichen Abteilung erkennen müssen, was ihnen blühte.

24.9.1935

Das Gaugericht Südhannover-Braunschweig schließt Herbert Munte (Braunschweig) aus der NSDAP aus. Der Widerspruch Munters vor dem OPG vom 19.10.1935 wird am 14.2.1936 abgewiesen (Rössing-Schmalbach 1990, S. 186).

Es könnte sein, daß parallel (so indirekt Bein 2015) der Fall Carl Heimbs verhandelt wurde, dem derselbe Vorwurf wie Munte gemacht worden ist. Heimbs wäre demnach wie Munte am 24.9.1935 vom Gaugericht Südhannover-Braunschweig aus der NSDAP ausgeschlossen worden, weil seine Frau Helene, geb. Zörner, Kundin einer jüdischen Modeschneiderin in Braunschweig war. Als die Kundschaft der örtlichen Parteileitung bekannt wurde, ließ sie eine Liste der Kunden anfertigen und öffentlich aushängen. An vierter Stelle der Liste stand: „Heimbs – Kaffeegroßhandlung – Am Fallersleber Tore – 118 (RM) – 24.3.33 (Parteigenosse)“ (Rössing-Schmalbach 1990, S. 187). Während die lokale Parteiprominenz, die auch zur Kundschaft gehörte, zuvor von der Liste gestrichen wurde, blieben die Namen anderer PGs wie Heimbs oder Munte stehen (vgl. dazu auch Bein 2015, S. 74f.). Evtl. handelte es sich um einen Nachhall des Machtkampfs zwischen Klagges und Zörner, da man auf diese Weise den Familien Heimbs/Zörner schaden konnte. Womöglich war er durch die öffentliche Brandmarkung als Mitglied der Zörner-Fraktion das Opfer einer Intrige der Klagges-Fraktion geworden. Insofern hat sich für Heimbs die Mitwirkung bei Hitlers Einbürgerung nicht ausgezahlt. Nach 1945 sollte sich der womögliche Parteiausschluß für Heimbs allerdings als Segen erweisen, da er so als unbelastet galt und sich keinem Entnazifizierungsverfahren unterziehen mußte. 1935 hatte er (vermutlich) noch um seine Mitgliedschaft gekämpft.

26.9.1935

Küchenthal erhält von Klagges und Alpers eine zweite Ordnungsstrafe von 300 RM.

Danach soll Küchenthal nach Aussage des Sohnes (vom Januar 2014) einen Selbstmordversuch begangen haben. Küchenthal ist allerdings gegen die Ordnungsstrafe in Berlin vorgegangen, was nicht für einen Selbstmordversuch spricht.

28.9.1935

In einer Anzeige der Braunschweigischen Tageszeitung geben Ernst Zörner und Hildegard Schack, Tochter des Generalmajors a.D. Otto Schack, ihre Verlobung in Dresden bekannt. Zörners Dresdener Adresse lautet: Bautzener Str. 112, die Adresse von Otto Schack lautet Weintraubenstr. 4.

Die Heirat findet am 14.11.1935 statt. Demnach hat Zörner Hildegard Schack erst in Dresden und nicht schon in Braunschweig kennengelernt. Daß Zörner die Anzeige auch in Braunschweig platziert deutet auf den Anspruch, weiter in Braunschweig wahrgenommen zu werden.

1.10.1935

Berufung von Emil Herzig zum o. Professor für Gebäudekunde, Konstruktive Gestaltung und Entwerfen von Hochbauten an der TH Braunschweig.

Die erweiterte Denomination gegenüber „Baukonstruktion“ ist bereits eine erste Konzession an die eigentliche Qualifikation von Herzig. Er wird zugleich Leiter des Hochbauamtes der Stadt Braunschweig, nachdem er seit 1928 Regierungsbaumeister im Bauamt der Stadt Braunschweig, Stadtverordneter seit 1933, Regierungsbaurat und Oberrbaurat im Staatsministerium war. (Bötcher u.a. 1995, S. 79). Insofern war er ein weiterer Parteibuchbeamter. Herzig wird auch der Architekt der BHR und des Reichsjägerhofs.

23.10.1935

Tod von Reichsstatthalter Loeper. Nachfolger werden Fritz Sauckel (1935-1937) und Rudolf Jordan (1937-1945).

Klagges hoffte auf die Nachfolge, wurde aber nicht berücksichtigt. Dies kann als weiteres Indiz gewertet werden, daß Klagges nicht mehr in der Gunst von Hitler steht.

24.10.1935

Vormittags Suspendierung Moogs vom Dienst und Eröffnung eines Dienststrafverfahrens durch Rektor Horrmann. Nachmittags Selbstmord von Moog.

Karafyllis vertritt im Gegensatz zu Wettern/Weselhöft die These, daß auch Moog ein Opfer der Nationalsozialisten war. Dessen außereheliche Affäre wurde nur zum Anlass genommen, ihn dienstlich unter Druck zu setzen. Tatsächlich ging es um die Säuberung der 8. Abteilung, die zum Kern der nationalsozialistischen Volksschullehrerausbildung gemacht werden sollte.

11.11.1935

Küchenthal erhebt Einspruch gegen die Bestrafung durch das Braunschweigische Staatsministerium vom 26.9.1935. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

14.11.1935

Zörner heiratet seine zweite Frau Hildegart (Hildegard?), geb. Schack. (Stadtarchiv Dresden, Mitteilung vom 3.6.2014)

Die 2. Ehe wird 1944 geschieden. Seine zweite Frau stirbt 1985.

1936

Otto Schmitz finde eine feste Anstellung bei Rheinmetall-Borsig in Düsseldorf, wird aber weiter von der GESTAPO überwacht.

Roloff veröffentlicht das Bändchen „Heinrich der Löwe“.

Im Urteil von Lammers 2002 nähert sich Roloff damit der nationalsozialistischen Ideologie an.

Die Braunschweigische Landeszeitung und die Braunschweigre Neuesten Nachrichten werden unter dem Namen der BNN zusammengelegt.

26.2.1936

Der Reichswirtschaftsminister hebt den Beschluß des Braunschweigischen Staatsministeriums vom 26.9.1935 gegen Küchenthal auf.

Küchenthals Interventionen bei den diversen Berliner Instanzen haben sich am Ende ausgezahlt. Steht er unter dem persönlichen Schutz Hitlers? Spielt das ambivalente Verhältnis Hitler-Klagges eine Rolle?

21.3.1936

Hormann bittet um Entlassung aus dem Amt des Rektors.

Hormann begründet das Gesuch mit Arbeitsüberlastung und dem Wunsch, sich ganz auf die Leitung des Pharmazeutischen Instituts konzentrieren zu wollen. Vom Konflikt mit Kern ist keine Rede. Das REM entspricht dem Wunsch, entbindet Hormann zum Ende Mai 1936 und ernennt Herzig zum Nachfolger. Es ist denkbar, daß (von Klagges?) Druck auf Hormann ausgeübt wurde, weil die Berufung von Herzig in der Absicht erfolgt ist, diesen zum Rektor zu machen. Dem Rücktritt ist ein Konflikt mit Hormanns ehemaligem Assistenten Walter Kern vorangegangen, der Hormanns Mitgliedschaft in einer Freimaurerloge aufdeckt. 1937 wird Hormann auch als Hochschullehrer zurücktreten und mit 59 Jahren emeritiert werden. (Pohl 1991)

8.5.1936

Die Deutsche Bücherei in Leipzig fordert von Klagges ein Belegexemplar seiner Denkschrift „Braunschweig in der Reichsreform“. Die Zusendung wird verweigert.

Klagges wird vorsichtig.

1.6.1936

Herzig wird Nachfolger von Hormann als Rektor der TH (bis 1943). Gerstenberg wird Prorektor.

Herzig, seit 1931 NSDAP-Mitglied, seit 1933 NSDAP-Stadtverordneter, tritt rücksichtsloser als Hormann auf, der sich noch den alten Ordinarienkollegen verbunden fühlte. Hier lag vielleicht ein Grund, warum Hormann aus dem Amt scheiden sollte. Gerstenberg wird Herzig 1943 als Rektor nachfolgen.

22.6.1936

Herzig ernennt einen neuen Senat. Berger wird Dekan der Abt. für Kulturwissenschaften und Senatsmitglied.

Berger hatte offenbar den Auftrag von Klagges, die Kulturwissenschaftliche Abteilung abzuwickeln bzw. in die BHR zu überführen.

11.7.1936

Hitler werden Prototypen des Volkswagens auf dem Obersalzberg vorgeführt. Er entscheidet, eine Fabrik zur Produktion des Volkswagens zu errichten, eine diesbezügliche Gesellschaft zu gründen und eine Stadt zur Unterbringung der Belegschaft zu bauen. Hitler wünscht einen Standort am Mittellandkanal. Die DAF wird mit der Umsetzung beauftragt. Weder die Behörde des Fünfjahresplans noch Schacht werden eingeschaltet. (Mommsen 1996, S. 155)

August 1936

Hitler verfaßt eine geheime Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans. Darin geht es u.a. um die Selbstversorgung Deutschlands im Bereich der Brennstoff-, der Kautschuk-, der Eisen- und Stahlindustrie.

„Es ist weiter notwendig, die deutsche Eisenproduktion auf das außerordentlichste zu steigern. Der Einwand, daß wir nicht in der Lage seien, aus dem deutschen Eisenerz mit 26 % Gehalt ein ähnlich billiges Roheisen zu erzeugen, wie aus dem 45%igen Schwedenerzen usw. ist belanglos, weil uns ja nicht die Frage gestellt wird, was wir lieber tun wollen, sondern nur, was wir tun können. Der Einwand aber, daß in dem Fall die ganzen deutschen Hochöfen umgebaut werden müßten, ist ebenfalls unbeachtlich, und vor allem geht das das Wirtschaftsministerium nichts an. Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftlichen Aufgaben zu stellen, und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen. Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen.“ (Hitlers Denkschrift 1936, S. 209)

Die Denkschrift ist das zentrale Dokument über die wirtschaftspolitischen Vorstellungen Hitlers. Auch wenn sie dessen ökonomische Unkenntnisse demonstriert, so ist sie doch als Grundlage des Vierjahresplans im Sinne einer Autarkiepolitik in den für die Rüstungswirtschaft relevanten Branchen maßgeblich gewesen. Sie zeigt u.a., daß Hitler mit der Erzsituation im Salzgittergebiet (durch wen?) im Vergleich zu den importierten Erzen aus Schweden vertraut war. Die Konsequenz, den Widerstand der deutschen Hüttenindustrie durch einen Staatskonzern und die verordnete Abgabe der Lagerstätten zu brechen, wird angedeutet. Die Ilseder Hütte wird ein Opfer dieser Bestrebungen sein. Die Kritik an Wirtschaftsminister Schacht ist unverhohlen.

Schacht wird sich 1948 in seiner „Abrechnung mit Hitler“ kritisch mit der Denkschrift auseinandersetzen. Laut Schacht gab es nur drei Exemplare. Das erste erhielt Göring, das zweite Reichswehrminister Blomberg und das dritte Speer 1942, als er zum Rüstungsminister ernannt wurde. Schacht wurde nicht in Kenntnis gesetzt. Laut eigener Aussage hat ihm Speer sein Exemplar im Nürnberger Gefängnis während des Prozesses gezeigt. (Schacht 1948, S. 14) Jedenfalls zitiert er 1948 daraus die ihn betreffenden Passagen.

Kehrl bestätigt in seinen Memoiren, daß es nur drei Exemplare gab, bestreitet aber, daß Göring eines besessen habe (Kehrl 1973, S. 86). Kehrl zitiert daraus auf S. 445-447 und stützt sich offenbar auf eine Fotokopie des Exemplars, das Speer besessen hat.

Göring wurde anschließend mit der Verantwortung für den Vierjahresplan betraut nicht aufgrund seiner Wirtschaftskennntnisse, sondern aufgrund der Fähigkeit, die Ziele des Vierjahresplans als Machtpolitiker gegen Schacht und die Großindustrie durchzusetzen. Insofern war Hitler zumindest indirekt in die Gründung der Reichswerke und der zugehörigen Stadt eingebunden. Die Selbstversorgung mit Brennstoffen und Kautschuk auf synthetischer Basis ist nicht nur militärisch, sondern auch im Kontext des Volkswagenprojekts und des Autobahnbbaus zu sehen, da hier Voraussetzungen für die angestrebte „Volksmotorisierung“ geschaffen wurden. Hier begann der Konflikt zwischen Göring und Schacht, aus dem Göring als Sieger hervorging.

9.9.1936

Verabschiedung des neuen (Zweiten) Vierjahresplans. Der Planungszeitraum betrifft die Jahre 1937-1940. Organisatorischer Kern des Vierjahresplans ist das „Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe“, das sich als Konkurrenz zum von Schacht geführten Wirtschaftsministerium versteht. (Kehrl 1973, S. 99).

Der von Göring verantwortete Vierjahresplan zielte auf Autarkie im Bereich der Grundstoffindustrien ab und stand im Gegensatz zu der von Schacht verfolgten Politik, Deutschland wieder stärker in die internationale Arbeitsteilung einzubinden. Die Umsetzung des Vierjahresplans wurde vor allem durch den Staatskonzern der Reichswerke, dessen Tochterfirmen seit 1938 auf immer mehr Länder ausgedehnt wurden, und die I.G. Farben realisiert. Der Vierjahresplan und die Gründung der Reichswerke waren Ausdruck des Mißtrauens der NS-Führung gegen vergleichsweise liberale Wirtschaftsführer wie Schacht oder die Ruhrindustriellen. Die Göring unterstellten Staatsbetriebe, die faktisch von Körner, Keppler, Kehrl, Pleiger und Voss geleitet wurden, sollten einen Rüstungskomplex aufbauen, der als Grundlage der militärischen Expansion gedacht war (vgl. dazu Overy 1983).

Eine Rohstoffbasis des Vierjahresplans war notgedrungen das Erz des Salzgittergebiets, da hochwertigere Vorkommen (Lothringen) nach dem 1. Weltkrieg verlorengegangen waren oder aus dem Ausland (Schweden) importiert werden mußten. Während die Ruhrindustrie wirtschaftlich motivierten Widerstand gegen die Autarkiepläne leistete und dabei von Schacht unterstützt wurde, sah Klagges die einmalige Chance, die Region Braunschweig aufzuwerten. Aus Kostengründen war es vorteilhaft, das Erz vor Ort zu verhütten und die Kohle aus dem Ruhrgebiet heranzuschaffen. Insofern konnte Klagges einen geopolitischen Trumpf ausspielen.

Oktober 1936

Der Konflikt zwischen Mutschmann (Gauleiter von Sachsen) und Zörner in Dresden eskaliert. Zörner wird von Mutschmann nicht mehr vorgelassen und antwortet nicht auf dessen Schreiben. (Denkschrift Zörner 1937)

18.10.1936

Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans durch Hitler. Er beauftragt Göring zum Verantwortlichen für den Vierjahresplan.

28.10.1936

Rede Görings über die Aufgaben des Vierjahresplans im Berliner Sportpalast.

Die Rede wird in der Zeitschrift „Der Vierjahresplan“ abgedruckt. Darin werden die Autarkiepolitik und die Aufschließung neuer Erzlagerstätten angekündigt. Damit kann nur das Salzgit-tergebiet gemeint sein.

1.11.1936

Richter übernimmt auf Anforderung von Klagges die Geschäftsführung der Planungsgemeinschaft Hannover-Braunschweig für den Bezirk Braunschweig und wird Referent für die Aufgaben des Vierjahresplans und der Landesplanungsbehörde im Braunschweigischen Staatsministerium. In der Folge nimmt Richter Kontakt zu TH-Professoren auf, die sich mit Planungsfragen befassen.

Damit wird Richter zum Vertrauensmann von Klagges in allen künftigen Fragen der Standortkonkurrenz Hannover-Braunschweig und der Planung der künftigen Siedlungen/Städte im Raum Salzgitter und Wolfsburg. Klagges möchte Richter, um ihn in die TH zu integrieren, via Herzig einen Lehrauftrag verschaffen. Diese Absicht stößt bei den TH-Kollegen auf Widerstand. Richter lehnt einen bloßen Lehrauftrag weiter ab und verlangt eine Professur.

3.11.1936

Klagges veröffentlicht „Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung“ bei Diesterweg in Frankfurt. Das Buch ist als Begleitband zu der von Klagges herausgegebenen Reihe für den Geschichtsunterricht an Gymnasien „Volk und Führer“ für die Hand des Lehrers gedacht. Das Werk wird 7 Auflagen erzielen.

Eine Luxusausgabe (Ziegenleder, Goldprägung etc.) mit VII + 441 Seiten trägt den Druckvermerk: „Diese Schrift wird der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden sowie den außerparteilichen Organisationen und Körperschaften zur Anschaffung empfohlen. Berlin, 3. November 1936. Amt für Schrifttumspflege bei dem Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP.“ Außerdem gibt es eine kalligraphisch ausgeführte und von Klagges handschriftlich signierte Widmung: „Rudolf Heß dem Vertrauten des Führers und getreuen Wächter der Bewegung in Verehrung und Dankbarkeit gewidmet Weihnachten 1936“.

Klagges erscheint mit dem Band als Chefideologe der nationalsozialistischen Weltanschauung. Es steht zu vermuten, daß der Inhalt des Bandes in etwa das wiedergibt, was Klagges bei der Hitler-Professur für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ im Sinn gehabt hat. Warum widmet er den Band Heß und nicht Hitler? Wofür ist Klagges Heß dankbar? Besteht ein Zusammenhang zu dem Umstand, daß Klagges von Hitler bei der Nachfolge Loeper übergangen worden ist? Sucht Klagges Heß als Verbündeten bei der Reichsreform zu gewinnen?

9.11.1936

Klagges nimmt an einer Tagung der SS-Führer in Dachau mit anschließender Besichtigung des KZs teil. Bei dieser Gelegenheit legt er einen Eid auf Himmler ab.

Klagges wird dieses nach 1945 anlässlich seines Prozesses bestreiten.

4.12.1936

Herwig, Hoppe, Koßwig und Roloff führen offizielle Beschwerde gegen Berger.

Hintergrund des Konflikts zwischen Berger und den anderen Professoren der Kulturwissenschaftlichen Abteilung war, daß Berger (im Auftrag von Klagges?) die Abteilung abwickeln und in die BHR überführen sollte. Die Kollegen wollten den Statusverlust aber nicht hinnehmen. Sie hatten lange Zeit in dem Glauben gelebt, daß der Neubau der BHR für die unter großer Raumnot leidende Kulturwissenschaftliche Abteilung gedacht war. Daß diese dadurch ersetzt werden sollte, haben sie erst spät realisiert, während Berger offenbar frühzeitig eingeweiht war. (Karafyllis 2015, S. 349)

17.12.1936

Göring hält eine Rede vor führenden Vertretern der Industrie.

Laut Schacht 1948 war die Rede ein Dokument der Auflösung jeder Wirtschaftsordnung in Deutschland.

Januar 1937

Anlässlich der Feier seines 60. Geburtstags antwortet Schacht auf Görings Rede vor einem ähnlichen Personenkreis.

Damit eskaliert der Konflikt zwischen Schacht und Göring über den Kurs in der Wirtschaftspolitik weiter. Schacht steht für ökonomischen Rationalismus und internationale Arbeitsteilung, Göring für wirtschaftliche Autarkie, um in militärisch relevanten Branchen vom Ausland unabhängig zu werden.

6.1.1937

Frick schlägt eine Neugliederung des Reiches in 17 Gaue und 2 Stadtgaue (Berlin und Hamburg) vor.

Damit wäre Braunschweig in einem Gau Niedersachsen aufgegangen.

16.1.1937

Letzte Sitzung der Abteilung für Kulturwissenschaft (Protokollbuch).

Damit hat die 8. Abteilung aufgehört, als eigenständige Einheit zu existieren. Im Protokollbuch der Abteilungssitzungen findet sich kein Hinweis auf die Konflikte im Hinblick auf die Verlagerung der 8. Abteilung an die BRH.

31.1.1937

Goebbels vermerkt in seinem Tagebuch ein geplantes VW-Werk und den Bau einer zugehörigen „n.s. Musterstadt“.

Frühjahr 1937

Hitler beauftragt Ley, ein Werk zum Bau des Volkswagens zu gründen. Ley lässt den Auftrag nicht durch den Stab der DAF umsetzen, sondern beauftragt seinerseits Bodo Lafferentz, Leiter des KdF-Amtes „Reisen, Wandern, Urlaub“ mit der Durchführung.

17.3.1937

Sitzung bei Göring zur Umsetzung des Zweiten Vierjahresplans. Richtschnur muß sein, daß die Stahlerzeugung und Rüstungsproduktion auch dann möglich sein muß, wenn Deutschland von der Erzfuhre aus dem Ausland abgeschnitten wird. Deshalb ist die Ausbeutung des Salzgittererzes um jeden Preis zu erreichen. (Kehrl 1973, S. 124)

Hinter dieser Forderung mag die Überlegung gestanden haben, daß das Salzgittererz nur für eine Übergangszeit benötigt wird, bis die Erzversorgung durch militärische Eroberungen gesichert wird. Der Anschluß Österreichs, die Besetzung Frankreichs (Lothringen) und Norwegens (Narvik als eisfreier Hafen zum Abtransport des schwedischen Erzes) haben tatsächlich so gewirkt, so daß das Salzgittererz rasch wieder an Bedeutung verloren hat.

Der Zweite Vierjahresplan wurde 1940 um weitere vier Jahre verlängert.

1.4.1937

Berger, Hoppe und Roloff werden kommissarisch an die BRH versetzt, behalten aber ihre Professuren an der TH.

Richter erhält einen Lehrauftrag für Landesplanung und Raumordnung an der TH Braunschweig. An seinem Einführungsvortrag nimmt die NS-Prominenz des Landes Braunschweig teil.

Diese prominente Beteiligung zur Einführung eines bloßen Lehrauftrags ist ungewöhnlich und unterstreicht die politische Absicht, die Klagges damit verbindet. In der Folge bindet Richter die einschlägigen TH-Institute in die Planung für Salzgitter und Wolfsburg ein. Zu den TH-Professoren gehören Gerstenberg, Leichtweiss, Kangrow, Kumm (Kritzler), Flesche (Herzig) und Harbert.

April 1937

Beginn der Planung für die Reichswerke durch Göring, Pleiger und den amerikanischen Ingenieur Brassert

Laut Stubenvoll 1988 sind auch TH-Professoren in die Planung bzw. als Berater von Richter involviert. Harbert macht Vermessungsarbeiten im Salzgittergebiet, Kumm Geländeuntersuchungen zum Bau des Stichkanals, Kangrow hat ein Verfahren zur Verhüttung des Salzgittererzes entwickelt. Dies soll alles bereits geschehen sein, bevor der offizielle Standortbeschuß gefaßt wurde. Via Richter dürfte Klagges so Einfluß auf die Standortwahl genommen haben. Im Hintergrund stand das Kalkül, die zum Werk gehörige Siedlung bei Steterburg zu bauen und so zur Stadterweiterung von Braunschweig beizutragen. Eigentliches Ziel war demnach die Aufwertung der Bedeutung Braunschweigs in der Konkurrenz zu Hannover. Daß

die braunschweiger Planer auch in Wolfsburg involviert waren, wurde Pleiger bzw. Göring verschwiegen.

Weisung Hitlers, die Neugliederung des Reiches in Norddeutschland ruhen zu lassen.

Hier war die Diskussion wegen der vielen Kleinstaaten besonders kontrovers. Göring als Preußischer Ministerpräsident und Lutze als Oberpräsident in Hannover waren eher für eine Neugliederung, die Reichsstatthalter und Ministerpräsidenten der Kleinstaaten eher dagegen.

1.5.1937

Berger wird Mitglied der NSDAP (Mitgliedsnummer 4.137.043) (Nachlass Berger G41)

Er wird den späten Parteieintritt als Argument in seinem Entnazifizierungsverfahren anführen. Er war allerdings bereits 1933-1934 Mitglied der SA und anschließend von 1934-1945 Mitglied der SS – am Ende im Rang eines Obersturmführers.

23.5.1937

Eröffnung der BRH. Die Lehrerausbildung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung wird aus der TH ausgegliedert. Berger wird Kommissarischer Direktor der BRH.

Es existiert ein zwanzigminütiger Stummfilm über die Einweihung der BRH von Werner Keiner, der im Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel aufbewahrt wird.

Die Initiative zur Gründung der BRH soll auf Klagges zurückgegangen sein (Klein 2014, S. 39) als Baustein seiner Strategie, Braunschweig zu einem ideologischen Zentrum der NSDAP mit diversen Ausbildungsstätten auszubauen. Klagges selber hätte demnach die Grundlagentexte einer Lehrerausbildung im Sinne der NS-Ideologie verfaßt.

Roloff u.a. wehren sich gegen die Verlagerung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Auch Klagges war gegen die Auslagerung der Lehrerbildung, mußte sich aber dem Willen Rusts beugen. Die Lehrerbildung war erst 1927 auf Betreiben Roloffs von der Regierung Marquardt in die TH eingegliedert worden. Die Verlagerung bringt die Kulturwissenschaftliche Abteilung in eine existentielle Krise, da ihr seitdem die Studenten fehlen.

28.5.1937

Gründung der Gesellschaft zur Vorbereitung des Volkswagens (Gezuvor) aus Mitteln der DAF mit den Geschäftsführern Ferdinand Porsche (Konstrukteur), Jakob Werlin (Vertrauter Hitlers) und Bodo Lafferentz (Vertreter der DAF). Lafferentz fragt Speer nach einem möglichen

Architekten für den aus der Werksgründung resultierenden Bau einer Stadt. Speer empfiehlt eine Gruppe von Architekten der TH Braunschweig (Herzig, Flesche, Gerstenberg) sowie Peter Koller.

Da die weitere Finanzierung des geplanten Werks durch die Automobilindustrie unzureichend blieb, wurde Ley persönlich mit der Organisation und die DAF mit der Finanzierung beauftragt. Insofern ist das VW-Werk aus Mitteln der gleichgeschalteten Gewerkschaften gebaut worden.

31.5.1937

Der Braunschweigische Ministerpräsident übersendet auf Veranlassung des Fraktionsführers der NS-Reichstragsfraktion vom 3.8.1936 dem Hauptarchiv der NSDAP in München, Barerstr. 15 diverse „Photo-Akten“ des Braunschweigischen Staatsministeriums: Akten, betr. Die NSDAP 1923; Personalakten, betr. Regierungsrat Adolf Hitler nebst 3 Beiakten; Akten, betr. Ersuchen der Reichsregierung um Aufklärung der Vorfälle in einer Versammlung der NSDAP am 6.1.1932; Personalakten Dietrich Klagges (2 Bde.) (12 Neu 13 Nr. 7664 „Verschiedenes“, Blatt 200)

Fraktionsführer der NSDAP und zugleich Reichsinnenminister war Wilhelm Frick. Insofern könnte es sein, daß es sich bei der Aufforderung um einen Routinevorgang gehandelt hat, der nicht nur an Klagges gegangen ist, um die Akten des Parteiarchivs zu vervollständigen. Daß 10 Monate zwischen der Aufforderung und der Übersendung der Akten liegen, deutet darauf hin, daß die in Braunschweig damit befaßten Beamten umfangreiche Recherche-Arbeit zu leisten hatten, die offenbar am 31.5.1936 noch nicht abgeschlossen waren. Darauf deutet ein Mahnschreiben von Ministerialrat Kiesel vom 9.8.1937 an die Referate des Staatsministeriums. Klagges war mit Sicherheit persönlich in den Vorgang involviert, zumal auch seine Personalakte betroffen war.

Hier ist erstmals bezüglich Hitlers braunschweiger Personalakte von 1 Akte nebst 3 Beiakten die Rede, so wie sie jetzt im Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde geführt wird. Deshalb könnte es sein, daß anlässlich der Übersendung die diversen braunschweiger Personalakten erstmals zu einer vereinigt wurden, um dem Parteiarchiv einen geordneten Konvolut zu überlassen. Diese Kopie ist die einzig vollständig erhaltene, die nach der Beschlagnahme 1945 zuerst im Document-Center und jetzt im Bundesarchiv verfügbar ist. Das Original der Personalakte Klagges ist im Unterschied zu der Personalakte Hitler im Staatsarchiv in Wolfenbüttel einsehbar ist.

11.6.1937

Zörner wird auf Anordnung des sächsischen Innenministers Karl Fritsch, beauftragt von Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen Martin Mutschmann, als Oberbürgermeister von Dresden beurlaubt. Frick verwendet sich vergeblich für Zörner bei Hitler. Zörner wehrt sich vergeblich gegen seine Entlassung an das Oberste Parteigericht in München. (Zörner, Denkschrift 1937)

Hermann vermutet als Grund, daß der in Dresden populäre Zörner als Symbolfigur des „nationalsozialistischen Aufbaus“ in Konflikt mit Mutschmann geraten ist. (Hermann 2014, Ellrich 2008, S. 26) Eine andere These lautet, daß ihm, wie zuvor in Braunschweig, 1936/37 finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen wurden. Evtl. wurde der Vorwurf aber nur konstruiert, um Mutschmann einen Vorwand zu liefern, Zörner zu entlassen.

Zörner wohnt bis zu seiner neuen Verwendung als Gouverneur im besetzten Polen weiter in Dresden.

16.6.1937

Göring eröffnet den widerstrebenden Ruhrindustriellen in einer Sitzung im Reichsluftfahrtministerium, daß die Reichswerke im Salzgittergebiet ohne Rücksicht auf die Kosten gebaut werden.

Dahinter stand die Überlegung, daß die Gründung eines Staatskonzerns unvermeidlich wird, weil die Ruhrindustrie aus diversen Gründen Widerstand leistete. Riskant war bei dem Unternehmen, daß sich nur schwer ein Fachmann finden ließ, der die organisatorische Leitung übernehmen würde, da unklar war, ob das Salzgittererz sich für qualitativ hochwertigen Stahl eignen werde. Die verschiedenen Lagerstätten in der Region zwischen Peine und Salzgitter hatten aus geologischen Gründen eine unterschiedliche Beschaffenheit. Die Ilseder Hütte hatte bislang nur kalkreiches Erz aus den Gruben bei Peine und keine saures Erz aus dem Höhenzug bei Salzgitter verarbeitet. (Vgl. dazu Bergbau in Salzgitter 1997). Aufgrund des geringen Erzgehalts des Salzgittererzes war auch die betriebswirtschaftliche Rentabilität problematisch. Riskant war auch die Abhängigkeit von amerikanischen Hüttenexperten, die für die technische Realisierung zuständig sein sollten.

Ende Juni 1937

Hitler entscheidet im Konflikt Mutschmann – Zörner zugunsten von Mutschmann, wünscht aber für Zörner eine angemessene „Weiterverwendung“. (Hermann 2014)

Diese Weiterverwendung wird nach der deutschen Besetzung Polens der Posten eines Gouverneurs in Lublin sein.

Damit wird Zörner zum zweiten Mal gestürzt. Wieder wird, wie im Falle des Konflikts Klagges-Zörner, das Parteigericht angerufen, wieder entschieden letztlich Hitler mit einem Kompromiß. Obwohl Hitler beide Male im Sinne des höherrangigen Parteivertreters entschieden (erst Klagges, dann Mutschmann), hält er seine Hand über Zörner und verschafft ihm eine Kompensation.

Sommer 1937

Lafferentz sucht zuerst im Weserraum nach einem Standort für das VW-Werk. Anschließend macht er einen Erkundungsflug entlang des Mittellandkanals im Raum Magdeburg-Braunschweig und wählt ein Gelände östlich von Fallersleben als Standort aus.

Damit hat er sich an Hitlers Wunsch, das Werk am Mittellandkanal zu bauen, orientiert.

13.7.1937

Klagges rügt alle Beteiligten im Konflikt Berger vs. Herwig, Hoppe, Koßwig und Roloff.

15.7.1937

Beschluß zur Gründung der Reichswerke im Ratskeller des Städtchens Salzgitter (heute Salzgitter-Bad)

16.7.1937

Vertrag zur Gründung der Reichswerke.

Brassert soll bis 1945/46 ein Hüttenwerk mit 32 Hochöfen errichten, um jährlich 4 Mio Tonnen Roheisen und Stahl zu produzieren.

Der Standort ist bestimmt durch die Lagerstätten. Bei Erz mit geringem Erzgehalt ist es wirtschaftlicher, die Kohle zum Erz zu transportieren als umgekehrt. Die Kohle sollte aus dem Ruhrgebiet über den Mittellandkanal/Stichkanal herangeschafft werden.

Hitler soll im Unterschied zur Gründung des VW-Werks weniger direkt beteiligt gewesen sein. (so Forndran 1984). Pleiger, Brassert und Weigelt favorisierten einen Standort zwischen Watenstedt und Hallendorf auf Braunschweiger Gebiet. Deshalb erfuhren sie die Unterstützung von Klagges. Klagges wollte unbedingt erreichen, das die Reichswerke auf braunschweigischem und nicht auf preußischem Gebiet angesiedelt werden (Forndran 1984, S. 170). Vorgeschlagene alternative Standorte waren Hämelerwald, Sierße, Liedingen-Bodenstedt und Bed-

dingen, die z.T. auf preußischem Gebiet gelegen hätten. Zwischen den Dörfern Liedingen und Bodenstedt ist später das „Scheinwerk“ errichtet worden, eine Atrappe, um die alliierten Bombenangriffe abzulenken. Im Unterschied zum Volkswagenwerk war die Standortfrage durch die Erzlagerstätten vorbestimmt. Eine Faustregel lautet: Je ärmer das Erz, desto eher muß aus Kostengründen die Kohle zum Erz gebracht werden und nicht umgekehrt. Laut Meyer 1999, S. 88, soll Pleiger die Standortentscheidung getroffen haben. Von ihm soll auch die Idee mit der Namensgebung „Herman Göring“ gestammt haben, um Göring damit zu ködern. (ebd. S. 85). Laut Kehrl habe Pleiger die Namensgebung vorgeschlagen, um sich so politisch gegen das Risiko des Scheiterns des gesamten Vorhabens abzusichern (Kehrl 1973, S. 106)

23.7.1937

Den Vertretern der Ruhrindustrie wird von Göring auf einer Konferenz in Berlin die Gründung der Reichswerke mitgeteilt. Zu den Teilnehmern gehören auch Vertreter der Ilseder Hütte. Den Anwesenden werden Kärtchen überreicht, auf denen die Erzfelder verzeichnet sind, die an die Reichswerke abzutreten sind. Die anwesenden Schwerindustriellen wagen zunächst keinen Widerspruch. (Treue 1958, S. 103)

Reichswirtschaftsminister Schacht und die Ruhrindustrie opponieren gegen den Enteignungsbeschuß aus wirtschaftlichen Überlegungen, Kompetenzstreitigkeiten und Konkurrenzangst. Schacht lehnt es ab, sich Göring zu unterstellen. Die Ilseder Hütte ist besonders betroffen, weil sie ein großen teil ihrer Erzlager verliert und auch aus anderen Gründen die Konkurrenz der benachbarten reichswerke fürchten muß.

August 1937

Schacht bittet Hitler um seine Entlassung. Hitler zögert.

Laut Kehrl (1973) wollte Hitler Schacht zunächst halten, weil er die Inkompetenz Görings in wirtschaftlichen Fragen fürchtete.

Göring übernimmt interimswise neben der Verantwortung für den Fünfjahresplan auch das Wirtschaftsministerium. Damit ist die Opposition innerhalb der Regierung gegen die Autarkiepolitik ausgeschaltet. Erst im Februar/März 1938 wird Funk neuer Wirtschaftsminister.

4.8.1937

Das REM bewilligt die Einrichtung einer Professur für Siedlungswesen und Landesplanung an der TH Braunschweig. (AI : 109 T 1 – 2)

Die Einrichtung der Professur dürfte ganz im Sinne von Klagges (und Richter) gewesen sein, da sie zu seinem Anspruch paßte, Braunschweig zur deutschen Siedlungsstadt zu machen. Auch dürfte eine Rolle gespielt haben, auf diese Weise Einfluß auf die künftigen Stadtbauprojekte in Salzgitter und Wolfsburg zu nehmen. Richter wäre aus der Sicht von Klagges die ideale Besetzung gewesen, zumal Richter war mit seinem Status als bloßer Lehrbeauftragter nicht zufrieden war. Gegen Richter gab es Vorbehalte an der TH, da die neue Professur in der Architekturabteilung angesiedelt werden sollte, Richter aber Bauingenieur war.

24.8.1937

Der Vorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, Röchling, legt den Führern der Ruhrindustrie eine Denkschrift vor, die Göring als Kampfansage wertet.

Viele Werksdirektoren verweigerten die Unterschrift unter die Denkschrift, da Göring am Tage zuvor Flick, Klöckner, Krupp, Röchling, Wolff u.a. telegraphisch gewarnt und mit KZ gedroht hat (Riedel 1992, S. 60). Das Scheitern des Widerstands von Schacht und Röchling leitet die Kommandowirtschaft in der deutschen Schwerindustrie ein. Schacht kündigt zwei Tage später seinen Rücktritt an, ging 10 Tage später in Urlaub und wurde im November 1937 offiziell als Wirtschaftsminister entlassen.

17.9. 1937

Hitler entschied auf der Basis der Erkundung von Lafferentz, das VW-Werk und die zugehörige Musterstadt bei Fallersleben auf preußischem Gebiet und nicht auf Braunschweiger Gebiet zu bauen. Braunschweig erhält das Vorwerk an der Hamburger Straße. Der Widerstand von Graf Schulenburg (Schloß Wolfsburg), der eine Enteignung fürchtet, Kerrl und diverser Behörden bleiben unberücksichtigt.

Hitler verstand sich als Schutzpatron des VW-Werks. Klagges hatte Lafferentz, der sich in der Frage der Standortwahl an ihn gewendet hatte, über die Zugehörigkeit von Fallersleben zu Osthannover nicht aufgeklärt. (Mommsen/Grieger 1996, S. 156) Klagges hatte gehofft, daß das nahe gelegene Braunschweig bei der Standortentscheidung berücksichtigt würde. Roloff jun. wertet die Entscheidung als Affront gegen Klagges. Immerhin erhielt Fallersleben den Vorzug vor den Standortvarianten Fürstenwalde-Starkow bei Berlin, Stendal – Tangermünde an der Elbe, Angermünde (Oderkreis), Mannheim und Regensburg. Pleiger opponierte vehement gegen Fallersleben wegen der befürchteten Konkurrenz um Arbeitskräfte und Baustoffe mit den Reichswerken.

September 1937

Die Architekten Rudolf Emil Mewes, Köln, Karl Kohlbecker, Berlin, Schupp und Krämer, Berlin-Essen erhalten den Auftrag, je einen Vorentwurf für den Bau des VW-Werks zu erarbeiten.

Lafferentz fragt Speer, wer als Architekt für die Stadtplanung in Frage kommt. (Koller 1950)

Damit ist Speer von Anfang an in die Stadtplanung involviert und wird über seinen direkten Zugang zu Hitler dafür sorgen, daß Koller, mit Speer aus gemeinsamer Zeit an der TH Berlin bekannt, zum Zuge kommt.

Oktober 1937

Auftrag der Gezuvor an die Architekten Peter Koller (Augsburg) und die Professoren Herzog/Flesche/Gerstenberg (TH Braunschweig), Vorentwürfe für einen Flächenplan der zum Volkswagen-Werk zugehörigen Stadt zu erarbeiten.

Laut Stubenvoll 1988 sollen die drei TH-Professoren vor Koller ihren Planungsentwurf vorgelegt haben. Dabei soll die Empfehlung Richters an Lafferentz maßgeblich gewesen sein. Wenn die These stimmt, dann hat womöglich Speer seinen Zögling Koller erst anschließend ins Spiel gebracht und so, bewußt oder unbewußt, den Einfluß von Klagges bzw. Braunschweig zurückgedrängt.

1.10.1937

Die Erzgruben „Haverlahwiese“ und „Hannoversche Treue“ werden den Reichswerken vor angetretener Belegschaft von der Ilseder Hütte übergeben.

4.10.1937

Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte

Das Gesetz war die Grundlage der seitdem beginnenden Stadtplanungen und hat auch die Planung für die Umgestaltung der „Führerstädte“ beeinflußt.

1.11.1937

Letzter Versuch Hitlers, einen Ausgleich zwischen Schacht und Göring zu finden (Kehrl 1973)

3.11.1937

Die Landesplanungsgemeinschaft, Bezirksstelle Braunschweig macht den Planungsvorschlag „Braunschweig und die Reichswerke Hermann Göring“.

Richter dürfte für die Planung verantwortlich gewesen sein. Hiermit sollte im Sinne von Klagges eine Stadt im Süden von Braunschweig mit Anbindung an Braunschweig und Wolfenbüttel gebaut werden, um auf diese Weise die Stadt Braunschweig auszudehnen (Schneider 1992 S. 171).

7.11.1937

Besuch Görings im Salzgittergebiet zur endgültigen Standortbestimmung der Reichswerke bei Watenstedt und Bau eines Stichkanals zur Anbindung an den Mittellandkanal. Geplant ist der Bau des größten Stahlwerks der Welt mit 32 Hochöfen in 4 Gruppen zu 8 Hochöfen. Außerdem sollen fünf neue Bergwerke (Tagebau und Tiefbau) unter Verwendung der vorhandenen Gruben in Betrieb genommen werden.

Bis Kriegsende sind nur 10 Hochöfen in Betrieb gegangen. 2 weitere waren im Bau. Die Fundamente der nicht gebauten Hochöfen sollen (z.B. bei Thiede) noch vorhanden sein.

„Angeblich war letztlich sogar die Tatsache ausschlaggebend, daß Klagges durch die Ernennung Hitlers zum braunschweigischen Regierungsrat dessen Wahl zum Reichskanzler ermöglicht hatte.“ (Schneider 1978, S. 59; vgl. auch Schneider 1992, S. 166f.) Auch wenn die Aussage von Schneider z.T. unsinnig ist, so stellt er doch einen möglichen Zusammenhang her. Zwar war Göring bei den Reichswerken, anders als Hitler beim VW-Werk, die entscheidende Person, doch hat auch Göring bei Hitlers Einbürgerung mehrfach aktiv mitgewirkt und möglicherweise auch Dankbarkeit für die Lösung der für die ganze Partei wichtigen Einbürgerung gezeigt.

Auf jeden Fall hatte sich Klagges bei der Standortbestimmung der Reichswerke durchgesetzt (Forndran 1984, S. 173), obwohl sachliche Gründe für Hämelerwald (kein Stichkanal nötig, Überbauung von Sandböden statt fruchtbarer Börde wie im Salzgittergebiet) sprachen. Nicht durchsetzen konnte sich Klagges mit der Standortwahl für die zugehörige Stadt. Hier gab es fünf (bzw. 8) Vorschläge. Er wollte eine Großsiedlung im Süden von Braunschweig im Raum Thiede, Steterburg, Broitzem, Rünigen, um die Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig zu steigern und seinem Ziel der Gauhauptstadt näher zu kommen. Der Stadtplaner Rimpl lehnte ab, weil der vorherrschende Westwind die Abgase des Werks in die Siedlung geblasen hätte. Pleiger favorisierte ebenfalls den Bau einer neuen Stadt, um sich in der Konkurrenz um Arbeitskräfte gegen Wolfsburg durch ein attraktives Siedlungsangebot zu behaupten.

Hinter der Neugründung stand womöglich auch die auf den eitlen Göring zurückgehende Idee, „seine“ Stadt in Konkurrenz zu Braunschweig und Hannover zu positionieren und nach Kriegsende im Zuge der Umsetzung der Reichsreform die Stadt der Reichswerke (bzw. Her-

mann Göring-Stadt) zur Hauptstadt eines noch zu definierenden Gau'es bzw. einer Provinz Niedersachsen zu machen.

Auch die Ilseder Hütte hatte durch eine Eingabe auf die Standortentscheidung Einfluß genommen. Eine unmittelbare Nachbarschaft (z.B. Hämelerwald) hätte die Wasserversorgung beider Hütten gefährdet. Die Ilseder Hütte benötigte damals 10-12 Kubikmeter Wasser pro Sekunde, was kaum noch durch die örtlichen Brunnen zu leisten war. Auch Luftschutzgründe sprachen gegen die Massierung von zwei Großbetrieben in unmittelbarer Nachbarschaft. Treue 1958, S. 102-106)

14.11.1937

Koller nimmt eine erste Ortsbesichtigung auf dem Gelände der künftigen „Stadt des KdF-Wagens“ vor, nach dem der offizielle Auftrag erteilt ist, einen „Flächenplan“ zu erarbeiten (Koller 1950)

Koller sowie Herzig u.a. fertigen erste Flächenplanentwürfe für die Stadt. Der Plan von Herzig u.a. orientiert sich am NS-Monumentalstil, Kollers Plan eher am Modell der Gartenstadt.

26.11.1937

Schacht wird als Reichswirtschaftsminister entlassen.

Dezember 1937

Zörner verfaßt eine „Denkschrift über die unhaltbaren Zustände in Sachsen und Dresden, die Partei und Staat auf's Schwerste schädigen“.

Er erhebt darin schwere Anschuldigungen gegen Gauleiter und Reichsstatthalter Mutschmann und den sächsischen Innenminister Fritsch, die z.T. sehr ins Persönliche gehen. Mutschmann wird darin als unfähig zur Wahrnehmung seiner Ämter bezeichnet. Die Denkschrift versendet er u.a. an das OPG. Eine Reaktion auf die Denkschrift erfolgt wegen der Erkrankung von Mutschmann zunächst nicht.

Hitler hat die Angelegenheit später selbst in die Hand genommen (so Bormann am 20.7.1939). Die Parallelen zum Sturz Zörners in Braunschweig sind augenscheinlich. Auch dort hatte Zörner 1933 eine schriftliche Auseinandersetzung mit seinem Widersacher Klagges geführt.

1.12.1937

Konferenz bei Hitler zur Umsetzung der Reichsreform (Neugliederung). Hitler lehnt Umsetzung vorläufig ab.

Hitler wollte vermutlich die unklare Situation bestehen lassen, weil er so im Sinne des divide et impera immer die letzte Entscheidung behalten konnte. Bis Kriegsbeginn war die Umsetzung auf Eis gelegt, danach waren andere Fragen wichtiger.

9.12.1937

Gründung der „Wohnungsgesellschaft der Reichswerke Hermann Göring Braunschweig“, die mit dem Bau der neuen Großstadt beauftragt ist. Geplant ist eine Stadt mit 135.000 Einwohnern, die in der Endstufe 250.000 Einwohner haben soll. (Bergemann 1964, S. 13)

11.12.1937

Hitler werden die drei Vorentwürfe zum Bau des VW-Werks vorgelegt. Hitler entscheidet sich für den Entwurf von Mewes, bestimmt aber, daß alle angesprochenen Architekten den Auftrag erhalten sollen.

Lafferentz informiert Hitler, daß zusätzlich zu dem VW-Werk die Gründung einer Stadt (und nicht bloß einer Werksiedlung) geplant ist und legt ihm den ersten Vorentwurf Kollers vor. (Koller 1950).

So auch die Aussage von Forndran 1984, S. 137 und 166, die von der Aussage Mommsen/Grieger 1996, S. 156 abweicht. Damit wäre eine Vorentscheidung zugunsten des Entwurfs von Koller getroffen. Koller bestätigt diese Aussage in seiner „Chronik“ von 1949 nicht, wohl aber in dem überarbeiteten Manuskript 1950. Nach anderer Version hat Speer Kollers ersten Entwurf Hitler Weihnachten 1937 vorgelegt.

Ob Hitler auch der konkurrierende Plan von Herzig u.a. vorgelegt worden ist, ist aus den Quellen nicht ersichtlich.

Laut Aussage der ältesten Tochter Kollers, Monika Simeth (Jg. 1932), soll auch Porsche sich für Koller verwendet haben, den er als österreichischen Landsmann geschätzt hat. (Simeth am 12.1.2015)

Evtl. ist an diesem Tage und nicht erst am 17.12. auch schon die Standortfrage entschieden worden. (Stubenvoll 1988)

15.12.1937

Erster Spatenstich zum Bau der Reichswerke.

17.12.1937

Hitler stimmt den Plänen zum Bau des VW-Werks zu.

Bei dieser Gelegenheit dürfte Speer sich auch für den Standort bei Fallersleben stark gemacht und die Zustimmung Hitlers erhalten haben. Damit war die Standortfrage durch einen „Führerbefehl“ entschieden. Die Absicht Pleigers, diesen Standort zu verhindern, war zur Aussichtslosigkeit verdammt. Er hatte Göring zu spät eingeschaltet, um zu intervenieren.

Klagges hatte womöglich durch seine Einflußnahme via Richter auf die Standortplanung Reichswerke und VW sowohl Hitler wie Göring über den Tisch gezogen. Demnach ging es Klagges vor allem um die Aufwertung der Region Braunschweig durch neue Großsiedlungen, um dem Ziel des eigenen Gaus doch noch näher zu kommen. Als Hitler bzw. Göring die Strategie von Klagges durchschauten, hat sich dessen Verhältnis zu beiden verschlechtert. Klagges hat Richter den Schwarzen Peter zugeschoben, der in beide Planungsvorgänge involviert war, ohne die jeweils andere Seite zu informieren. (so die These bei Stubenvoll 1988)

20.12.1937

Klagges legt das Raumordnungskonzept für den Komplex Reichswerke vor.

Dieses dürfte von dem Bezirksplaner Richter ausgearbeitet worden sein. (Stubenvoll 1988)

Klagges hält einen Vortrag in der IHK Braunschweig „Die Reichswerke Hermann Göring, eine neue Eisenindustrie bei Braunschweig“ (Klagges 1938 a + b) Der Vortrag basiert auf dem Raumordnungskonzept und wird zweimal veröffentlicht.

Der Vortrag muß im Kontext der Reichsreform und der diversen Klagges-Denkschriften gesehen werden. Es handelt sich um eine prägnante Formulierung der Entwicklungsvorstellungen von Klagges für die Region Braunschweig. Da Klagges über die planerischen Fachkenntnisse nicht verfügte, müssen ihm Fachleute (Richter und diverse TH-Professoren) zugearbeitet haben. (Stubenvoll 1988) Klagges erweist sich darin als sachkundig in allen Details, die die Erzfrage, die Standortfrage, den Werksaufbau, die Infrastruktur und die Großsiedlung betreffen. Demnach haben im Richter und die Fachleute der TH zugearbeitet. Der Vortrag läßt sich so interpretieren, daß die Standortfrage unter dem Aspekt entschieden worden ist, auf diese Weise Braunschweig zum Verkehrsknotenpunkt (Eisenbahn, Verschiebebahn, neuer Durchgangsbahnhof, Nord-Süd-Autobahn) zu machen und durch die Werksiedlung bei Sterburg, Thiede, Geitelde Braunschweig mit Wolfenbüttel zu verbinden. Alle Argumente für einen Standort bei Peine werden entkräftet. Demnach wäre die Reichswerkegründung für Klagges nur das Mittel zum eigentlichen Zweck, der Aufwertung Braunschweigs, gewesen. Selbst die Standortwahl des Volkswagenwerks läßt sich so deuten durch Anbindung an Mittelkanal, Eisenbahn bis Fallersleben, Nord-Süd-Autobahn.

Der neue Durchgangsbahnhof anstelle des alten Sackbahnhofs wurde nach 1945 realisiert, die Nord-Süd-Autobahn nur ansatzweise.

21.12.1937

Die Landesbauernschaft Hannover – Braunschweig erhebt Einspruch gegen den Standort der Volkswagenstadt südlich des Kanals.

Diese und andere Einsprüche führten am 17.1.1938 zu einer Sitzung der Reichsstelle für Raumordnung.

24.12.1937

Richter reicht seine Bewerbungunterlagen zur Besetzung der Profetur für Siedlungswesen und Landesplanung auf Anforderung bei Dekan Gerstenberg ein. (AI : 109 T 1 – 2)

Zum damaligen Zeitpunkt dürfte Klaggess die Absicht verfolgt haben, daß Richter die Profetur erhält. Auf seiten der TH dürfte es weiterhin Vorbehalte gegen Richter aufgrund mangelnder fachlicher Qualifikation (?) bzw., weil er kein Architekt war, gegeben haben. Da die Planungen im Bereich der Reichswerke bereits in Gang gekommen waren, war die TH dennoch an Richter interessiert, um in diese einbezogen zu werden.

Weihnachten 1937

Speer zeigt Hitler die Skizzen des ersten Flächenplanentwurfs von Koller, die von diesem als zu weich abgelehnt werden.

Hitler äußert den Wunsch, daß „die Siedlung mit großen, breiten Straßen und entsprechenden Gebäuden ausgesprochen städtischen Charakter haben“ solle. Außerdem verlangt er, daß „nicht etwa nur eine Siedlung des Werkes, sondern ein vollständig selbständiges Stadtgebilde“ und „ein Musterbeispiel für eine Stadt im Zeitalter der Motorisierung“ gebaut werde. (zit. nach Wohlfrohm 2001, S. 228, sinngemäß auch Koller 1950)

Demnach war die Stadtgründung für Hitler ein besonderes Anliegen, womöglich ein Indiz, daß er eine „Adolf Hitler-Stadt“ im Sinn hatte.

Speer wird daraufhin Koller frühere Bauskizzen von Hitler zeigen, an denen dieser sich bei der Überarbeitung des ersten Entwurfs zu orientieren hat. Koller hat das als eine Art Befehl empfunden (Froberg 2007, S. 20/21). Das Detail zeigt, daß Speer Koller unbedingt bei Hitler als zuständigen Stadtplaner durchsetzen wollte und daß bereits informell eine Standortentscheidung gefallen war (Koller 1950). Wenn Speer Koller als seinen Zögling betrachtete,

konnte er so bei einem Lieblings- und Prestigeprojekt Hitlers (Volkswagen + Autobahnen + KDF) Einfluß nehmen und in der Konkurrenz zu anderen Hitler-Architekten wie Giesler Punkte sammeln.

Ende Dezember 1937

Die Reichsstelle für Raumordnung prüft den Standortvorschlag der Gezuvor und erarbeitet Gegenvorschläge (u.a. Fürstenwalde-Storkow und Elbufer westlich Tangermünde).

Gründe der besseren Verkehrsanbindung u.a. sprachen für die Alternativen, wobei Stendal zum letzten Konkurrenten für Fallersleben werden sollte (Koller 1950). Die Gezuvor engagierte den Bezirksplaner in Braunschweig, Richter, im Sinne von Fallersleben. Heftigster Gegner des Standorts bei Fallersleben waren die Reichswerke bzw. Pleiger, der aufgrund der räumlichen Nähe die Konkurrenz um Arbeitskräfte, Baumaterialien, Kapazitäten der Baufirmen, Druck auf die Löhne u.a. befürchtete. Um diesem Widerstand zu begegnen, hatte Lafferentz schließlich Speer eingeschaltet, der bei Hitler im Sinne von Fallersleben intervenieren sollte.

29.12.1937

Richter reicht das Konzept für seinen Berufungsvortrag am 5.1.1938 ein.

1938

Zörner wird Präsident und Betriebsführer der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt und Stellvertreter des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt, Albert Speer

Zörner ist nach seinem Konflikt mit Mutschmann als Oberbürgermeister von Dresden abberufen und erneut mit einem Posten abgefunden worden. Vermutlich hat Hitler den Posten vermittelt. Ob Zörner tatsächlich in Berlin tätig geworden ist, ist unwahrscheinlich. Jedenfalls hat er seine Wohnung in Dresden zunächst behalten. Dies spricht dafür, daß er faktisch beurlaubt wurde.

1.1.1938

Heinrich Hoffmann macht ein offizielles Portraitphoto von Zörner.

Dies ist ein Hinweis, daß er weiter in der Gunst Hitlers steht.

Januar 1938

Orstbesichtigung der Reichsstelle für Raumordnung und mündliche Zustimmung des zuständigen Abteilungsleiters zum Standortvorschlag der Gezuvor.

Damit waren die alternativen Standorte aus dem Rennen. Womöglich hatte Speer bereits interveniert.

11.1.1938

Koller skizziert zwei Varianten des Grundrisses der Stadtkrone der „Stadt des KdF-Wagens“.

Die Skizzen sind in Froberg 2007 abgedruckt.

17.1.1938

Sitzung in der Reichsstelle für Raumordnung unter Leitung von Minister Kerrl zur Standortfrage des VW-Werks und der zugehörigen Stadt. Anwesend sind alle Verantwortlichen (Ley, Speer, Porsche, Lafferentz u.a.), die mit dem Vorhaben zu tun haben. Das Protokoll der Sitzung ist bei Siegfried 1982 abgedruckt.

Die Vertreter der Reichswerke (Pleiger) versuchen immer noch, den Standort bei Fallersleben zu verhindern. Speer und Porsche schweigen laut Protokoll auf der Sitzung. Lafferentz argumentiert pro und Pleiger contra Fallersleben. Umstritten ist am Ende nur noch der Standort für die Siedlung nördlich oder südlich des Kanals. Pleiger fordert, wenn die Stadt eine Musterstadt werden soll, daß die DAF auch die neue Siedlung bei den Reichswerken subventioniert, weil Wolfsburg (KfZ) attraktivere Arbeitsplätze als Salzgitter (Bergbau) anzubieten hat. Dies wird von Ley zugesagt. Kerrl moniert gegenüber Ley, daß seine Behörde zu spät informiert worden ist, legt aber den Standort fest, weil Hitler zuvor auf Vorsprache von Speer sich für diesen Standort entschieden hat („Führerbefehl“). (Koller 1949; Forndran 1984, S. 166, Schneider 1978, S. 38, Kautt 1983, S. 28, Mommsen 1996, S. 162)

Die Standortfrage wurde entschieden, obwohl weder Autobahn- noch Rohstoffe, Energie oder Arbeitskräfte vor Ort vorhanden waren und die Reichswerke (Pleiger der auf Göring verweist) Widerstand geleistet hatten. Für den Standort sprach allerdings, daß die Reichswerke hätten Stahl an das VW-Werk liefern sollten. Jedenfalls sollte so ein großer industrieller Verbundkomplex Konturen annehmen. Daß Speer und Porsche auf der Sitzung schwiegen, deutet darauf hin, daß sie aufgrund ihres direkten Zugangs zu Hitler des Ausgangs der Diskussion sicher waren, wären andere Anwesende noch um Einfluß und Entscheidung konkurrierten. Deutlich wird auch, daß der Zugang zu Hitler (Porsche) wichtiger war als der Zugang zu Göring (Pleiger).

Die Frage bleibt allerdings, warum Hitler sich auf Vermittlung von Speer trotz der sachlichen Vorzüge der alternativen Standorte für Fallersleben entschieden hat. Möglicherweise hat er sich immer noch als „Wirtschaftsförderer“ für die Region empfunden, der er während seiner Tätigkeit als Braunschweigischer Regierungsrat sein sollte. Jedenfalls sollte die Planung beider Standorte die Region Wolfsburg – Braunschweig – Salzgitter zu einer der bedeutendsten und modernsten Industrieregionen der Welt machen.

25.1.1938

Die Liste der Personen, die einen Berufungsvortrag zur Besetzung der Professur für Siedlungswesen und Landesplanung an der TH Braunschweig gehalten haben, nennt die Namen Georg Sagebiel, Richter, Pfannschmidt, Köster, Kammler.

Georg Sagebiel war der jüngere Bruder von Ernst Sagebiel, der das Göring-Ministerium und den Flughafen Tempelhof gebaut hat. Möglicherweise handelt es sich bei Kammler um Hans Kammler, der später als Bauingenieur und General der Waffen-SS für Konzentrationslager, Produktion mit Hilfe von KZ-Häftlingen und Einsatz der V2 zuständig war.

Februar 1938

Baubeginn des „Vorwerks“ in Braunschweig, in dem die Lehrlingsausbildung stattfinden und Komponenten für das Hauptwerk gefertigt werden sollen.

5.2.1938

Zu diesem Zeitpunkt wohnt Zörner noch in Dresden, Bautzenerstr. 6.

7.2.1938

Lafferentz beauftragt Herzig mit der Erstellung eines Bebauungsplans für die Stadt des KdF-Wagens. Der Auftrag geht zur Kenntnis an Klagges. (Nds. 12 A Neu 16a, Nr. 52)

Offenbar rechnet Lafferentz immer noch mit Herzig, obwohl Speer sich bereits für Koller entschieden hatte.

8.2.1938

Der Flächenplan der Stadt des Volkswagenwerks wird Ley vorgelegt.

11.2.1938

Kontroverses Gespräch zwischen Klagges und Pleiger bezüglich der Siedlungsplanung in Salzgitter und Wolfsburg, weil die Stadt des KdF-Wagens als NS-Mustersiedlung deklariert wird. Pleiger und Göring vermuten, von Klagges hintergangen worden zu sein.

Göring hatte kein Interesse, nützlicher Idiot der Stadterweiterungspläne von Klagges zu sein, sondern wollte eine eigene Stadt.

14.2.1938

Kontroverse zwischen Klagges und Richter. Klagges kritisiert das Engagement von Richter für Wolfsburg.

17.2.1938

Richter rechtfertigte sich gegenüber Klagges mit dem Argument, nur in seinem Amt als Mitglied der TH gegen Honorar in die Wolfsburg-Planung einbezogen worden zu sein.

Hintergrund der Affäre dürften die sich widersprechenden Interessenlagen der Akteure in den Komplexen Reichswerke und Volkswagen gewesen sein. Auf der obersten Ebene gab es eine (latente?) Rivalität zwischen Hitler und Göring um „ihre“ Industrieprojekte bzw. zugehörigen Städte. Durch die Verleihung des Titels „NS-Musterstadt“ war gewährleistet, daß die Stadt des KdF-Wagens den höheren Rang hatte. Göring versuchte deshalb, seine Stadt durch die Ansiedlung bedeutender Einrichtungen (Bergbau-Universität) aufzuwerten. Womöglich ging es auch um die Konkurrenz des von Koller vertretenen Konzepts der „Gartenstadt“ vs. einer Stadtanlage im Monumentalstil, der die Planung des Architekten Rimpl für Salzgitter entsprach.

Pleiger hatte das Interesse des Werks im Auge und fürchtete, daß eine zu große Nähe beider Werke zu einer kostensteigernden Konkurrenz um Arbeitskräfte, Baufirmen, Material etc. führen würde.

Klagges hatte das Interesse, daß beide Werke und beide Siedlungen möglichst nahe bei Braunschweig errichtet wurden, um Braunschweig in Konkurrenz zu Hannover vor dem Hintergrund der Reichsreform aufzuwerten. Im Zweifelsfalle war ihm Salzgitter wichtiger als Wolfsburg, da so die Chance der direkten Stadterweiterung (Steterburg) bestand.

Richter wollte zwar den Interessen von Klagges entsprechen, hatte aber auch persönliche Karriereinteressen bezüglich einer Professur an der TH bzw. nebenamtlicher Planungsaufträge.

Die TH Braunschweig, Rektor Herzig bzw. deren einschlägige Professoren wollten über Aufträge in beiden Komplexen ins Spiel kommen. Darüber gerieten sie in Konkurrenz zu Koller (Flesche/Gerstenberg/Herzig) bzw. Brassert (Kangrow).

Klagges bzw. Richter haben versucht, ihre Aktivitäten gegenüber den widerstrebenden Interessen zu verheimlichen. Als die Doppelstrategie aufflog, war vieles nicht mehr rückgängig zu machen, da der Bau bereits im Gange war. Seitdem dürfte das Verhältnis zwischen Klagges und Göring getrübt gewesen sein. Auch Richter dürfte sowohl gegenüber Klagges wie gegenüber den TH-Kollegen an Ansehen verloren haben. Für Richter war die Konsequenz, daß seine Hochschullehrerambitionen gescheitert waren. Für Klagges war die Konsequenz, daß seine Stadterweiterungspläne gescheitert waren und damit auch seine Gau-Pläne in Gefahr gerieten. Die Reichswerke nahmen die Stadtplanung selber in die Hand. So dürfte Rimpl ins Spiel gekommen sein. Für die TH war die Konsequenz, daß die Kooperation mit Clausthal in Gefahr geriet und stattdessen Salzgitter ein konkurrierender Hochschulstandort zu werden drohte. Für die interessierten TH-Professoren war die Konsequenz, daß sie in beiden Komplexen aus der weiteren Planung ausgeschaltet wurden. Die TH (wie Klagges) hatte womöglich ein nachlassendes Interesse an der Professur, auf jeden Fall aber an Richter, da sie in Wolfsburg wie in Salzgitter aus dem Spiel war.

Klagges gab aber noch nicht auf. Seitdem wurde vertraulich das Südstadt-Projekt längs der Wolfenbütteler Straße verfolgt, um wenigstens einen Teil der Reichswerke-Belegschaft nach Braunschweig zu holen, ferner die Planung von neuem Bahnhof, Stadt- bzw. Gauforum und der beide verbindende Aufmarschstraße, in die Kraemer involviert war. Um der Konkurrenz eines möglichen Hochschulstandortes Lebenstedt vorzubeugen, wurde die Planung eines neuen Hochschulgeländes in Braunschweig, die Kooperation mit Clausthal und die Gründung einer gemeinsamen Akademie vorangetrieben. Die Gründung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) war demnach nicht nur als Gegengründung zur Leibniz-Gesellschaft in Hannover, sondern auch durch die Konkurrenz gegenüber Lebenstedt motiviert.

19.2.1938

Der Völkische Beobachter schreibt in einem Artikel zum VW-Werk: „Das gewaltige Werk, ‚Der deutsche Volkswagen‘, wird unter dem Zeichen der Deutschen Arbeitsfront an dem Schnittpunkt der Reichsautobahn und des Mittellandkanals bei Fallersleben nordöstlich von Braunschweig entstehen. Die Grundsteinlegung folgt demnächst.“ (zit. nach Wohlfromm 2001, S. 43)

24.2.1938

Erster Spatenstich zum Bau des VW-Werks ohne große Beteiligung der Öffentlichkeit.

1.3.1938

Gründung des „SS-Sturms Volkswagen“ in Braunschweig. Die Männer werden für die Versuchsfahrten mit den 30 Prototypen des VWs eingesetzt.

Der Vorgang ist ein Hinweis auf den Bezug des VW-Werks zu Braunschweig.

2.3.1938

Ley legt Hitler den Flächenplan der „Stadt des Kdf-Wagens“ in der Reichskanzlei vor. Auf einem diesbezüglichen Foto sind neben Hitler und Speer Ley, Porsche, Lafferentz und Koller zu sehen (Foto in Stracke 1988, S. 13). Hitler entschied sich auf Fürsprache Speers für Kollers Entwurf. Die Planung sieht eine Stadt von 90.000 Einwohnern vor, die sich an der vorgesehenen Belegschaft des VW-Werks orientiert. (Koller 1942; Kautt 1983, S. 36). Koller sendet an diesem Tag seinem Vater ein entsprechendes Telegramm, in dem er die Entscheidung stolz verkündet.

Unter dem Foto steht als Quelle (privat). Da das Foto zu einem erinnernden Text von Koller aus dem Jahre 1988 gehört, kann daraus geschlossen werden, daß es sich im Privatbesitz von Koller befunden hat. Für Koller ist dies der entscheidende Tag. Jetzt hat er grünes Licht. Seine Karriere als Stadtplaner kann beginnen. Das Telegramm ist im Faksimile abgedruckt in Froberg 2007, S. 17. Kollers Plan ebd. S. 18.

Ob auch die Arbeitsgemeinschaft der TH-Architekten bei der Entscheidung anwesend war bzw. ob deren Entwurf Hitler vorgelegt worden ist, ist unklar, aber wenig wahrscheinlich. Jedenfalls geht diese leer aus. Klagges hätte sicher der Gruppe um Herzig, immerhin Rektor der TH Braunschweig, den Vorzug gegeben. Der unmittelbare Zugang Speers zu Hitler hat sowohl die Standortfrage wie die Auswahl des Stadtplaners entscheidend beeinflußt. Insofern war Koller ein Protegé von Speer, der bald darauf auch in Linz als Speers Vertrauensmann tätig werden sollte. Alle späteren Widerstände gegen die Standortentscheidung waren seitdem aussichtslos.

11.3.1938

Deutscher Einmarsch in Österreich

12.3.1938

Hitler fährt mit seinem Konvoi über Passau nach Linz und trifft dort spät abends ein. Dort hält er eine Rede auf dem Rathausbalkon über dem Hauptplatz von Linz.

Hitler verlangt von Eigruber (noch auf dem Balkon, so Orr 1952/53) die Herbeischaffung seiner Militärakte, die er in Linz vermutet. Laut Jetzinger 1956, S. 253 soll er gesagt haben: „Sie, hier in Linz muß ein mich betreffender Militärakt liegen; dieser Akt ist mir auszufolgen, mir persönlich!“

Darunter befindet sich auch der ihn besonders kompromittierende Entschuldigungsbrief (in Nachlass Jetzinger) an die Musterungsbehörde. Obwohl der Sachverhalt so lange zurück reicht, muß er Hitler immer noch auf den Nägeln gebrannt haben, so daß er ohne jede Affektkontrolle noch im Moment seines Linzer Triumphs danach verlangte. Jetzinger will erst jetzt festgestellt haben, daß er im Besitz der Hitler-Akten ist. (Jetzinger 1956, S. 290)

Hitler soll, beeindruckt durch den Jubel der Bevölkerung bei seiner Autofahrt von Passau nach Linz, in der Nacht vom 12. auf den 13.3 spontan entschieden haben, keine Föderation mit Österreich einzugehen, sondern Österreich dem Deutschen Reich regelrecht einzugliedern (Mayrhofer 2002, S. 333). Damit widersprach er der österreichischen NSDAP, die die Autonomie Österreichs bewahren wollte. So hat er auch dem Drängen Görings nachgegeben, der die Ressourcen (Erz), Arbeitskräfte und Industrien Österreichs für seinen „Vierjahresplan“ dringend benötigte. Laut Kehrl (1973, S. 122) hat Göring am selben Tag Hitler per Telegramm aufgefordert, nicht wie ursprünglich geplant, eine Übergangsphase zwischenzuschalten, sondern die Eingliederung sofort vorzunehmen.

Im Hintergrund mag das Risiko des qualitativ bescheidenen Salzgittererzes und das mögliche Scheitern des Reichswerke-Projekts an der Erzfrage, das durch den Zugriff auf den Steyerer Erzberg gemildert werden konnte, eine Rolle gespielt haben. Aber auch die übrigen wirtschaftlichen Ressourcen Österreichs, die Göring für den Vierjahresplan einsetzen wollte, waren ein Motiv.

Die Vorschlagsliste der Architekturabteilung der TH Braunschweig zur Besetzung der Professur für Siedlungswesen und Landesplanung sieht folgende Reihenfolge vor: 1) Georg Sagebiel, 2) Roloff, 3) Oechler, 4) Richter. Die offizielle Begründung zur Vorschlagsliste, warum Richter nur auf Platz 4 gesetzt wird, lautet, daß er kein Architekt, sondern Bauingenieur sei. Die Positionen von Roloff und Oechler werden anschließend durch den Dekan getauscht. Die Liste wird am 23.3.1938 weitergeleitet. (AI : 109 T 1 – 2)

Ob die offizielle Begründung tatsächlich ausschlaggebend war, ist zu bezweifeln. Richter war inzwischen bei Klagges und bei den TH-Kollegen in Ungnade gefallen. Die Platzierung von Richter markierte seinen Karriereknick in Braunschweig. Auch seine Tätigkeit als Lehrbeauftragter geriet unter Druck, zumal sie in Konkurrenz zu der neu zu besetzenden Professur stand. Richter wurde später als braunschweiger Bezirksplaner entlassen und sein Lehrauftrag eingestellt. Sagebiel erhielt den Ruf, konnte aber in den Verhandlungen seine Forderung nach Höherstufung der Professur von einer ao. auf eine o. Professur nicht durchsetzen. Außerdem

verlangte er die Beschneidung der Lehrbefugnis des Konkurrenten Richter. Am Ende lehnte Sagebiel ab. Auch die Berufung des Zweitplatzierten Oechler scheiterte zunächst an einer Intrige. Am Ende verlief das Verfahren im Sande und wurde offenbar 1943 (kriegsbedingt) ganz eingestellt, zumal die Bau- und Siedlungstätigkeit in der Region zum Erliegen gekommen war.

13.3.1938

Eigruber erklärt Hitler, daß die von ihm verlangte Militärakte nicht auffindbar ist: „Mein Führer, es lagen Sie betreffende Akten hier, sie sind aber ausgehoben, unbekannt von wem.“ (Jetzinger 1956, S. 253) Hitler habe, so der Zeuge Langoth, daufhin getobt. Deshalb wird die GESTAPO mit der Suche beauftragt.

Der GESTAPO gelingt es in der Folgezeit nicht, die Akte ausfindig zu machen, da Jetzinger zusammen mit anderen Hitler betreffenden Dokumenten im Besitz der Akte ist und sie auf seinem Dachboden versteckt hat. Diese Materialien bilden nach 1945 die Grundlage des Buches „Hitlers Jugend“, das Jetzinger 1956 veröffentlicht. Anschließend übergab er die Materialien dem Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz.

Hitler verkündet in Linz den „Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich. Er erklärt sich zum „Paten“ der Stadt Linz und verspricht, ihr bei der Lösung der wirtschaftlichen Probleme zu helfen.

Im Hinblick auf Linz, daß seitdem in der Priorität der „Umgestaltungsstädte“ bei Hitler die erste Position einnimmt, wird der persönliche, biographisch motivierte, Bezug besonders deutlich. Dies mag neben München in abgeschwächter Form auch bei Wolfsburg wegen des Prestigeprojekts Volkswagen eine Rolle gespielt haben.

Die oberste Planungshoheit für Linz hatte 1938 und später indirekt Speer. Koller, der Wolfsburg planen sollte, war anfänglich Speers Beauftragter für Linz. Roderich Fick wurde von Speer (wie Koller für Wolfsburg) erst 1939 in die Position des Linzplaners gebracht. Rimpl war auch für die Reichswerke in Linz zuständig. (Sarlay 1985. S. 68ff.) Giesler wurde erst ab 1940 mit der Architekturplanung beauftragt, weil Fick nicht den Vorstellungen Hitlers entsprach. Aus der personellen Konstellation ergibt sich ein enger Planungszusammenhang zwischen Linz, Wolfsburg und Salzgitter, bei dem Speer aufgrund seines direkten Zugangs zu Hitler die Oberleitung hatte und Leute seines Vertrauens wie Koller und Fick installieren konnte. Via Speer war Hitler persönlich in nahezu alle Details der Linz-Planung eingebunden. Erst später wurde der Speer-Konkurrent Giesler von Hitler ins Spiel gebracht, um auch hier seine Politik des divide et impera zu verfolgen.

15.3.1938

Hitler ordnet an, daß der Vierjahresplan auch für Österreich Gültigkeit hat.

Damit dürfte er Görings Drängen entsprochen haben.

16.3.1938

Pleiger schlägt Göring vor, das Zweigwerk der Reichswerke statt in Franken an der oberen Donau zu bauen, um dort die steierischen und fränkischen Erze zu verhütten. Göring stimmt zu.

18.3.1938

Der Landrat von Giffhorn teilt dem preußischen Oberpräsidenten in Hannover mit, daß die administrativen Vorbereitungen zur Gründung einer neuen Stadt aufgenommen worden sind. Die Stadt trägt den Arbeitstitel „Volkswagenstadt“. (StaW 6237, Bd. 1)

Der Völkische Beobachter berichtet über Leys Besuch auf dem Gelände der künftigen „nationalsozialistischen Musterstadt“: „Im Gau Osthannover wächst Deutschlands schönste Stadt“ (zit. nach Wohlfromm 20001, S. 228).

Erste Konferenz in Linz über geplante Baumaßnahmen, die zunächst den Wohnungsbau betreffen.

25.3.1938

Göring erklärt, Österreich in den Vierjahresplan einzubeziehen und Linz zu einem Standort der Reichswerke zu machen.

Dieser Standort soll das für Franken vorgesehene Zweigwerk der Reichswerke ersetzen. Mit der Hütte in Linz und dem Zugriff auf das Erz der Steiermark wurden die Reichswerke unabhängiger vom Salzgittererz. Ein Standortvorteil von Linz war auch, daß die Donau durch Hafenneubauten als Transportader dienen konnte.

Deshalb war der „Anschluß“ Österreichs (auf Drängen von Göring) auch durch die Erfordernisse des Vierjahresplans bestimmt und konnten so die kostenmäßigen und qualitativen Risiken der Staherzeugung auf Basis des Salzgittererzes drastisch reduziert werden.

30.3.1938

Fritz Todt liefert ein positives Gutachten für Richter.

Ob dies ein letzter Versuch war, Richter doch noch ins Spiel zu bringen oder ob sich das schon zuvor angeforderte Gitachten verzögert hat, bleibt unklar. Auch Gerstenberg hat am 4.4.1938 noch indirekt zu Gunsten von Richter interveniert, indem er sich abfällig über den Zweitplatzierten Oechler äußerte. Immerhin könnte sein, daß Richter noch Verbündete hatte, weil er Herzig, Gerstenberg und Flesche als Planer für Wolfsburg in Konkurrenz zu Koller ins Spiel gebracht hatte.

April 1938

Einrichtung des Stadtbaubüros der Gezuvor und Beginn der Detailplanung.

28.4.1938

Hitler bestimmt nach anfänglichem Zögern wegen der großen Nähe zur Stadt Linz (Staub- und Lärmbelästigung) das Dorf St. Peter als Standort der Linzer Reichswerke. (Löhr 2013, S. 94). Auch in Linz wird wie in Salzgitter das Büro des US-Amerikaners Brassert mit der Werksplanung beauftragt. Geplant werden 24 Hochöfen (in Salzgitter 48) und alle nachgelagerten Verarbeitungsstufen der Stahlproduktion. Die ebenfalls am Standort zu errichtenden Eisenwerke Oberdonau sollen zum größten deutschen Panzerwerk werden. (Sarley 1985, S. 155)

Obwohl die Entscheidung, Linz zu einem schwerindustriellen Standort auszubauen, in Widerspruch zu Hitlers Absicht stand, Linz zur Kulturmetropole aufzuwerten, lag die Rationalität in der Entscheidung darin, daß Linz über die zu erwartenden beträchtlichen Steuereinnahmen die kulturellen Vorhaben aus eigener Kraft bewältigen konnte. Jedenfalls hat sich Hitler entsprechend geäußert. (vgl. Sarley 1985, S. 152)

Im Unterschied zu Salzgitter ist Hitler bezüglich der Planung der Reichswerke in Linz und aller daraus resultierenden Bauten in und um Linz (Wohnungsbau, Infrastruktur) laufend auch in kleine Details unmittelbar eingebunden. Hitler beabsichtigt, die „Führerstadt“ Linz nicht nur architektonisch und kulturell gegenüber dem ihm verhaßten Wien aufzuwerten, sondern Linz auch zu einem schwerindustriellen und Rüstungsstandort sowie Verkehrsknotenpunkt auszubauen. Insofern war Linz neben Wolfsburg und Braunschweig/Salzgitter der dritte Standort, der in der Zeit des Nationalsozialismus einen beträchtlichen Modernisierungsschub erfahren hat. In Linz ist in den wenigen Jahren seit 1938 insbesondere der Wohnungsbau massiv vorangetrieben worden, der sich bis heute in dem immer noch gebräuchlichen Begriff „Hitlerbauten“ niederschlägt. Auch während des Krieges wurde in Linz im Unterschied zu den anderen Regionen die Bautätigkeit nicht eingestellt. (Löhr 2013, Mayrhofer/Schuster2002; Hitlerbauten 2012).

Gemeinsam sind Linz und Braunschweig der persönliche Bezug zu Hitlers Biographie. Pikant ist, daß Hitler 1925 in Linz ausgebürgert und 1932 in Braunschweig eingebürgert wurde!

4.5.1938

Gründung der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring“ in Linz als Tochter der Reichswerke

Für den Standort Linz sprachen sachliche Gründe (Donau, Erzvorkommen der Steyermark). Pleiger hat vehement für Linz plädiert wegen des Erzbergs bei Eisenerz (Tweraser 2002, S. 412). Damit wurde die Förderung des Salzgittererzes überflüssig. Hitler soll sich reserviert verhalten haben, weil er Linz als „Führerstadt“ zum kulturellen Zentrum ausbauen wollte.

5.5. 1938

Reichsinnenminister Frick schlägt für die Region Braunschweig eine „Gebietsbereinigung“ vor, um diverse Rechts- und Kompetenzprobleme zu lösen. Braunschweig soll preußischer Regierungsbezirk bei Vergrößerung um die Kreise Goslar, Zellerfeld und Peine unter Abgabe von Blankenburg, Holzminden und Gandersheim werden. Klagges soll preußischer Oberpräsident in Hannover werden.

Damit wäre Braunschweig als eigenständiges Land verschwunden. Klagges wäre immerhin durch die Rangerhöhung abgefunden worden. Der neue Regierungsbezirk wäre durch den Zugewinn von Peine/Ilse zum Erz- und Stahlstandort des Reiches geworden.

Hitler entschied im Mai 1938 durch „Führerbefehl“ gegen Frick und für die Angliederung des preußischen Gebiets der Reichswerke an Braunschweig. Braunschweig soll nicht in Preußen aufgehen.

Dies war die größte Tat Hitlers im Sinne Braunschweigs. Die Konsequenz ist eine Arrondierung des zersplitterten braunschweiger Territoriums. Die weitere Existenz Braunschweigs gegenüber Hannover ist vorerst gesichert, auch wenn in Hannover (Oberpräsident Lutze) weiter Pläne zur Einverleibung von Braunschweig geschmiedet werden. Wollte Hitler sich wegen der Einbürgerung erkenntlich zeigen, indem er so de facto die wichtigste Frage für Braunschweig überhaupt, den Erhalt der Eigenständigkeit, garantiert hat? Zu den weiteren Details vgl. Lent 1992.

23.5.1938

August Eigruber wird Gauleiter von Oberdonau.

Eigruber hatte wie Hitler eine Antipathie gegenüber Wien. (Sarlay 1985)

Ortsbesichtigung des Geländes der Stadt des KdF-Wagens durch Vertreter der zuständigen Behörden. Dabei ergeben sich diverse rechtliche, Zuständigkeits- und Finanzierungsprobleme der eingeschalteten Behörden.

Um diesen zu begegnen, wird erneut Speer eingeschaltet, der Hitler kontaktiert und offenbar auf eine außerordentliche Zuständigkeit für die Reichsebene drängt, um die Zuständigkeiten des Landrats in Gifhorn, des Regierungspräsidenten in Lüneburg und des Oberpräsidenten in Hannover zu umgehen. Ein ungelöstes Problem im Hintergrund war die Frage der Finanzierung aller öffentlichen Bauten jenseits des Wohnungsbaus wie Infrastruktur, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude etc. Eine Stadt, die erst noch gegründet werden muß, verfügt über keine Steuereinnahmen. Einwohner und Gewerbetreibende, die es noch nicht gibt, verfügen über keine Einkommen, um Steuern zahlen zu können. Gleichzeitig sorgt der beginnende Bau des VW-Werks aber für Druck, daß diese Aufgaben in Angriff genommen werden, um eine wachsende Belegschaft nicht nur mit Wohnraum, sondern mit öffentlichen Dienstleistungen versorgen zu können. Insofern dürften Speer gleichermaßen praktische Überlegungen wie persönliche Ambitionen veranlaßt haben, auf eine Zuständigkeit des Reiches zu drängen, die auch die Übernahme der kommunalen Anfangsinvestitionen bedeutete. Der DAF konnte man nur den Wohnungsbau für die Beschäftigten des Werks aufbürden.

26.5.1938

Grundsteinlegung zum Bau des VW-Werks durch Hitler vor 60.000 Teilnehmern, die in Sonderzügen und Bussen herangeschafft werden. Hitlers Sonderzug aus München kommt um 12.47 Uhr in Fallersleben an. Bevor er auf dem Festplatz eintrifft, hält sein Konvoi um 13.05 am Wegekreuz Mörse – Sandkamp – Hesslingen – Fallersleben und biegt ab zu einem Aussichtspunkt Richtung Mörse. Dort macht Hitler mit seiner Entourage eine Besichtigung des Geländes von Werk und Stadt. Er läßt sich von Stadtplaner Koller den Plan der neuen Stadt mit „Stadtkrone“ und Parteibauten auf dem Klieversberg zeigen. (Schneider 1978, S. 41). U.a. ist auch eine „Adolf Hitler-Schule“ geplant. Die Szene ist auf einem Foto von Rolf Linnemann (Stadtarchiv Wolfsburg) festgehalten. Zu sehen sind u.a. Hitler, Ley, Koller, Himmler, Lafferentz und Porsche.

Bauherr sollte die DAF werden. Die geplante Stadtkrone auf dem Klieversberg als Gegenstück zum Werksgebäude auf der anderen Seite des Mittellandkanals dürfte auf den Einfluß Speers zurückgegangen sein. Koller hatte neben den Parteibauten eine Residenz für Hitler auf dem Klieversberg vorgesehen. Die realisierte Prachtsraße (heute Parkplatz der Kongresshalle) sollte unterhalb der Führerresidenz auf dem Kliversberg verlaufen. Erst bei der Ortsbesichtigung soll laut Forndran 1984 der offizielle „Führerbefehl“ zur Stadtgründung erteilt worden sein. Faktisch war dies aber bereits am 2.3.1938 durch den Entscheid Hitlers für Kollers Plan geschehen.

Die Zeichnung der Stadtkrone (1938) stammt von Herbert Neumeister. (Frohberg 2007, S. 22.) Sie ist abgedruckt in Stölzl 2008.

Vierter Exkurs: Die Namensgebung von Wolfsburg

Ley macht Hitler bei dieser Gelegenheit den Vorschlag: „Nach Ihnen, mein Führer, soll die Stadt ‘Wolfsburg’ heißen.“ (zit. nach Wohlfromm 2001, S. 231). Hitler lehnt den Vorschlag ab. Der Landrat von Gifhorn macht am 4.8.1938 eine Aufzeichnung über den Vorgang. (Vgl. Mommsen 1996, S. 187; Schneider 1978, S. 43)

Koller wird die Szene 1988 bestätigen. „So gings zu, bis am 26.V.38 die Grundsteinlegung des Werkes großartig begangen wurde. Hitler wurde durch das Gelände gefahren und besichtigte vom Klieversberg aus, sowohl nach Norden als nach Süden die Gegend, die damals noch unberührte Natürlichkeit zeigte. Dort oben fragte auch Dr. Ley, ob er die Stadt nach Hitler benennen dürfe. Hitler wehrte mit einer lebhaften Geste beider Arme ab. Seither hatte sich niemand mehr bis 1945 getraut, die Namensfrage anzusprechen und so hieß die Stadt eben nur mit ihrem Untertitel ‘Stadt des Kdf-Wagens’“. (Koller 1988)

Daß Koller sich 50 Jahre später noch an kleinste Details der Szene so genau erinnern kann, macht deutlich, welchen Eindruck sie damals auf den jungen Architekten gemacht haben muß: Ich bin der Architekt der Stadt des Führers! Koller irrt allerdings im letzten Punkt bzw. verschweigt den Fortgang der Namensfrage, die ihm als zuständigem Stadtplaner vor Ort mit Sicherheit nicht entgangen sein kann. Über die Frage der endgültigen Namensgebung gibt es im Stadtarchiv Wolfsburg eine eigene Akte, aus der hervorgeht, daß immer wieder der Versuch gemacht wurde, die Namensfrage zu klären und Hitler immer wieder abgelehnt hat, eine endgültige Entscheidung zu treffen. Warum verschweigt Koller 1988 diesen Umstand? Vielleicht wollte er das Politikum der Namensgebung unterdrücken, das auch ihn belastet.

Marion Simeth erklärte auf Befragung, daß ihrer Erinnerung nach die Namensfrage niemals im Familienkreis angesprochen worden sei. (Simeth am 12.1.2015)

Alles spricht dafür, daß sich die Szene am 26.5.1938 und nicht anlässlich von Hitlers zweitem Besuchs ereignet hat. Auf dessen Fotos trägt Hitler einen hellen Staubmantel.

Bemerkenswert ist der Hinweis, daß „Stadt des KdF-Wagens“ (vermutlich wie „Stadt der Reichswerke“ für „Herman Göring-Stadt“) nur als Untertitel gedacht war. Für den Obertitel kommen nur „Adolf Hitler-Stadt“ oder „Wolfsburg“ in Frage. Wenn Ley bereits an „Wolfsburg“ gedacht hat, dann war der Vorschlag sehr hintergründig, da „Wolf“ der Deck-name Hitlers aus der „Kampfzeit“ und später sein Kosename war, der nur von sehr Vertrauten wie z. B. Winifred Wagner benutzt werden durfte. „Burg“ hat die altgermanische Bedeutung von Stadt (vgl. Bürger). Damit wäre „Wolfsburg“ eine verschlüsselte Form von „Adolf Hitler-Stadt“.

Auch laut Speer sei der Name Wolfsburg schon damals erwogen wurde. (Vgl. Fest 1970, S. 227). Die Erinnerung von Speer im Interview mit Fest ist allerdings kein harter Beleg, aber ein weiteres Indiz. Hans-Jörg und Gisela Wohlfromm (2001) verwenden ein ganzes, aber wenig wissenschaftliches Buch zur Untermauerung dieser These.

Schneider 1978, S. 43/44 schreibt dazu: „Ob nun Ley für das heutige Wolfsburg denselben Namen vorschlug, ist nicht mehr eindeutig feststellbar. Speer meint sich zwar zu erinnern, daß damals schon der Name Wolfsburg benutzt worden sei, sozusagen als kürzere Form anstelle ‘Stadt des KdF-Wagens’, ist sich dessen aber nicht sicher. So besteht also durchaus die Möglichkeit, daß Ley, wie sich Speer zu erinnern meint, den Namen Wolfsburg vorschlug, aber eine andere Namensverbindung wie z. B. Wolfsburg, wäre ebenso denkbar. In jedem Fall ist es aber ein Kuriosum, daß nach der Einnahme der ‘Stadt ohne Name’ die englische Militärverwaltung entsprechend englischer Gepflogenheit den Namen für das Schloß Wolfsburg auf die Stadt übertrug und somit unwissentlich die von Ley beabsichtigte Beziehung zu Hitler herstellte.“

Kautt 1983 schreibt unter Bezug auf Schneider: „Robert Ley hatte früher schon Hitler gefragt, ob er diese Stadt nach ihm benennen dürfe. Speer, der mit dabei stand, konnte sich nicht mehr genau erinnern, ob damals schon der Name Wolfsburg genannt worden ist, was zu Hitlers Decknamen „Wolf“ während der Kampfzeit gepaßt hätte. Hitler hat eine endgültige Namensgebung damals abgelehnt“ (S. 390, FN 322)

Die Episode macht jedenfalls deutlich, wie intensiv Hitler persönlich in die Gründung von Werk und Stadt eingebunden war und welche persönliche Bedeutung die neugegründete nationalsozialistische Musterstadt in Verbindung mit dem Volkswagenwerk für ihn hatte. Warum Hitler den Vorschlag Leys ablehnte und stattdessen 7 Jahre lang auf einem Provisorium beharrte, wird von Wohlfromm mit zwei Thesen begründet. Hitler wollte bis zum Ende des für ihn schon damals absehbaren Krieges verhindern, daß sein Deckname „Wolf“ allgemein bekannt wurde. Oder er befürchtete später das böse Omen, daß „seine“ Stadt das Opfer von Bombenangriffen werden könnte. Der gleiche Grund könnte auch der Weigerung zugrunde gelegen haben, Salzgitter „Hermann Göring-Stadt“ zu nennen. Vielleicht wollte er aber nur einen repräsentativen Moment abwarten, bis er seinen Namen für die Stadt freigab, die bis Kriegsende in weiten Teilen noch eine Barackenstadt war, und als „Stadt des Führers“ einen kläglichen Eindruck abgegeben hätte.

Anschließend fährt der Konvoi zum Festplatz. Hitler hält eine Rede, die im Rundfunk übertragen wird, kündigt darin den Namen „KdF-Wagen“ an und bezeichnet die geplante Stadt als vorbildliche Neugründung des Nationalsozialismus: „Wenn wir dieses gewaltigste deutsche Automobilwerk errichten, dann soll mit ihm zugleich auch eine vorbildliche deutsche Arbeiterstadt entstehen. Sie soll eine Lehrstätte sowohl der Stadtbaukunst wie der sozialistischen Siedlung werden. Wir wollen damit zeigen, wie der Nationalsozialismus solche Probleme sieht, wie er sie anpackt und wie er sie löst.“ (zit. nach Wohlfromm 2001, S. 229) Um 14.37 Uhr besteigt Hitler seinen Sonderzug und fährt nach Berlin weiter. Die gesamte Veran-

staltung hat laut „Minutenprogramm“ (in Siegfried 1982) exakt 1 Stunde und 50 Minuten gedauert.

Mit der propagandistischen Inszenierung wollte die DAF ihren Anspruch als Bauherr demonstrieren. (Mommsen 1996, S. 182)

In den Akten zur administrativen Vorbereitung der Stadtgründung wird am 1.6.1938 erstmals vom Regierungspräsidenten in Lüneburg die Frage der Namensgebung angesprochen: „Da hierzu mit Sicherheit eine persönliche Entscheidung des Führers und Reichskanzlers zu erwarten ist, sehe ich von Vorschlägen ab.“ (StaW 6237 Bd. 1)

Spätestens hier beginnt eine bis Kriegsende nicht beendete Diskussion, wie denn die neue Stadt heißen soll. Der offizielle Name „Stadt des KdF-Wagens“ war immer nur vorläufig gemeint und hätte später vielleicht als Zusatz des offiziellen Namens dienen sollen. Die diesbezügliche umfangreiche Akte liegt im Stadtarchiv Wolfsburg. Aus der Akte geht hervor, daß Hitler sich die endgültige Namensgebung persönlich vorbehalten hat und daß er bis Kriegsende den Namen nicht preisgeben wollte. Trotz fortlaufenden Drängens der beteiligten Akteure (Bürgermeister, Landrat, Regierungspräsident, Oberpräsident, Reichsleiter Ley, VW-Werksleiter Anton Piech, Reichsbahn und Reichspost) hat sich Hitler geweigert, so daß es bei dem provisorischen Namen bleiben mußte. Deshalb kann nur spekuliert werden, welchen Namen Hitler im Kopf hatte. In Frage kommen „Adolf Hitler-Stadt“, wie von Ley vorgeschlagen, oder „Wolfsburg“, abgeleitet von Hitlers Decknamen „Wolf“ aus der „Kampfzeit“, den er auch in persönlichen Schreiben gerne benutzt hat. Dieser Deckname ist mehrfach zur Bezeichnung der Führerhauptquartiere (Wolfsschanze, Wolfsschlucht) verwendet worden, war aber bis 1945 nicht in der Öffentlichkeit bekannt. Demnach könnte es sein, daß Hitler „Wolfsburg“ bevorzugt hat, den Namen aber erst nach dem „Endsieg“ offenbaren wollte, der dann propagandistisch mit der Benennung einer ganz neuen nationalsozialistischen Musterstadt hätte gefeiert werden können. Daß die Stadt des KdF-Wagens 1945 unter Bezugnahme auf das nahe gelegene Renaissance-Schloß in Wolfsburg umbenannt wurde, wäre demnach ein historischer Zufall gewesen.

Exkurs Ende

Herzig möchte seinen Lehrauftrag (Denomination) für „Baukonstruktion“ zurückgeben und in „Architektonisches Entwerfen“ umwandeln. Der Kollege Petersen soll das Fach „Baukonstruktion“ mit übernehmen. Er begründet den Antrag mit Überlastung.

Der Antrag dokumentiert den politischen Hintergrund der Berufung Herzigs. Offenbar war Herzig mit Baukonstruktion fachlich überfordert. Er ist auf diese Professur nicht aus fachlichen (Platz 3 der Berufsliste), sondern aus politischen Gründen berufen worden, weil sie gerade frei war und er als neuer Rektor bereits vorgesehen war. Sein eigentliches Arbeitsgebiet „Entwerfen“ war besetzt.

10.6.1938

Die Ausbaupläne von Linz werden erstmals öffentlich durch Koller als Verbindungsmann Speers vorgestellt. Die Pläne wurden z.T. in Kollers privatem Architekturbüro gezeichnet. (Glaser 2014, S. 25)

15.6.1938

Der Oberpräsident in Hannover möchte der neuen Stadt den Namen „KdF-Wagen-Stadt bei Fallersleben“ geben. Hitler habe sich die endgültige Namensgebung vorbehalten. (StaW 6237 Bd. 1)

17.6.1938

Klagges stimmt den Planungen zur Stadt bei den Reichswerken zu.

Womöglich wollte er durch weiteren Widerstand nicht die Gunst von Göring völlig verlieren.

26.6.1938

Küchenthal erhält das silberne Treudienstabzeichen „für 25jährige treue Dienste“ durch Staatsminister Meissner, Präsidialkanzlei.

Er wird die Ehrung bei seinen späteren Rechtfertigungen verschweigen.

28.6.1938

Die Reichswerke übernehmen die Aktienmehrheit der Steyr-Daimler-Puch A.G.

Dies ist ein weiterer Schritt auf dem Weg, die Reichswerke zum größten deutschen Konzern auszubauen. In der Übernahme der österreichischen Montan- Eisenverarbeitenden Industrie wird ein wesentliches Motiv für den „Anschluss“ sichtbar.

1.7.1938

Gründung der „Stadt des Kdf-Wagens“ (bis 25.5.1945 – seitdem Wolfsburg) durch Verkündung im Amtsblatt des Regierungspräsidenten von Lüneburg unter Eineziehung von Gemar-

kungsteilen der Gemeinden Fallersleben, Sandkamp und Mörse. Dazu gehören auch ca. 2.100 ha aus dem Besitz des Grafen von der Schulenburg (Schloss Wolfsburg).

Auf dieses Datum werden sich alle Stadtjubiläen beziehen.

1950 schreibt Koller dazu: „Sie erhielt den räumlichen Umfang, wie ihn der Stadtplan vorsah und den Namen `Stadt des KdF-Wagens`, der ihr späterer Untertitel werden sollte. Die Gebung des eigentlichen Namens wollte man den politischen Stellen vorbehalten.“ (Koller 1950, S. 7)

Mit den „politischen Stellen“ war Hitler persönlich gemeint. Wie der Obertitel lauten sollte, läßt Koller offen. Der in den Akten mehrfach verwendete Begriff „Volkswagenstadt“ hätte auch damals schon festgelegt werden können. Koller verwendete den Namen „Wolfsburg“ mehrfach in seinen nach 1945 entstandenen Manuskripten, ohne daß aus dem Kontext klar wird, ob er jeweils die Zeit vor oder nach 1945 meint. Alle Indizien sprechen dafür, daß der offizielle Name nach der Fertigstellung der Stadt, etwa bei der Einweihung, oder nach dem „Endsieg“ „Wolfsburg – Stadt des Kdf-Wagens“ gelautet hätte und damit eine Hommage an Hitler gewesen wäre. In dieser Logik hätte die parallel gebaute Stadt im Salzgittergebiet „Herman Göring-Stadt – Stadt der Reichswerke“ heißen können.

Die Gründung neuer Städte war jedenfalls ein außerordentliches Ereignis. Die letzten Stadtgründungen sind in der 1. Hälfte des 19. Jhds. erfolgt (Bremerhaven 1827, Ludwigshafen 1843 und Wilhelmshaven 1853).

Die offizielle Stadtgründung war nur ein administrativer Vorgang und kein Festakt mit öffentlicher Anteilnahme, Präsenz von Hitler, Grundsteinlegung, Reden etc. Vermutlich sollte eine offizielle Einweihung erst dann erfolgen, wenn ein beträchtlicher Baufortschritt erreicht war. Erst dann sollte vermutlich auch der offizielle Name verkündet werden.

6.7.1938

Speer wird durch Erlaß Hitlers mit der Planung der neuen Stadt beauftragt: „Für die Volkswagenstadt ordne ich die Durchführung der städtebaulichen Maßnahmen an, die zur Anlage und zum Ausbau sowie zur planvollen Gestaltung der Stadt erforderlich sind. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen beauftrage ich den Generalinspektor für die Reichshauptstadt. Die dem Generalbauinspektor mit Erlaß vom 30. Januar 1937 (Reichsgesetzbl. I S. 103) für die Reichshauptstadt übertragenen Befugnisse finden entsprechende Anwendung. Berchtesgaden, den 6. Juli 1938, Der Führer und Reichskanzler“

Damit rückt die Stadt in die Liste der privilegierten Neugestaltungsstädte (Erlaß vom 4.10.1937) ein und ist von allen landesrechtlichen und kommunalen Bauvorschriften entbunden. Speer konnte so an allen zuständigen Behörden vorbei planen. Auf diese Weise wurde der Vorgang außerordentlich beschleunigt. Nach Koller (1942) sollte die Stadt laut Hitler ein

„Musterbeispiel deutschen Städtebaus“ werden. 1949 schreibt Koller, daß „Wolfsburg“ in der Reihe der „Neugestaltungsstädte“ rangierte. (Koller 1949, S. 13) Dieser Hinweis ist ein weiteres Indiz, daß Hitler am Ende auch als Namenspatron für diese Musterstadt fungieren wollte. Die „Stadt der Reichswerke“ fiel jedenfalls nicht unter die Neugestaltungsstädte, obwohl die Probleme bei deren Gründung ähnlich gewesen sein dürften. Dies unterstreicht die Wirkung, daß Speer bzw. Hitler in Wolfsburg im Unterschied zu Salzgitter direkt involviert waren.

Bauherr ist die DAF unter Leitung von Ley.

Dies hatte finanzielle Konsequenzen, da die DAF den Bau im Unterschied zu Salzgitter subventioniert hat.

9.7.1938

Im Amtsblatt der Regierung in Lüneburg wird folgende Verordnung verkündet: „Gleichzeitig verleihe ich der neuen Gemeinde auf Grund des § 9 der DGO die Bezeichnung ‘Stadt’ und bestimme, da sich der Führer selbst die Namensgebung für die neue Gemeinde vorbehalten hat, als deren vorläufige Bezeichnung ‘Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben’“. (ebd. S. 76)

So ist es bis Kriegsende geblieben.

20.7.1938

Speer überträgt seine Kompetenzen bezüglich der Stadtplanung auf Koller, der damit den offiziellen Auftrag zur Stadtplanung erhält.

Koller hatte damals noch seinen Wohnsitz in Berlin und ist erst nach Fertigstellung der Siedlung Steimkerberg regelrecht nach Wolfsburg umgezogen sein.

29.7.1938

Der Flächenplan Kollers wird von Speer genehmigt.

Dies ist nicht verwunderlich, da er Koller bei der Überarbeitung im Sinne Hitlers beraten hat. Auch dürfte der fortschreitende Bau des VW-Werks wachsenden Druck auf den Fortgang des Baus der Stadt ausgeübt haben.

Klagges bietet in einem Schreiben an Speer, von dem er über die Beauftragung Kollers unterrichtet worden ist, seine Unterstützung an. (Schreiben in Siegfried 1982)

Warum hat Speer Klagges unterrichtet? Das Land Braunschweig bzw. sein Ministerpräsident war formal nicht zuständig, da Fallersleben bzw. der geplante Standort von Werk und Stadt

zwar knapp an der Grenze zu braunschweigischem, aber auf preußischem Gebiet lag und insofern der Landrat in Gifhorn, der Regierungspräsident in Lüneburg, der Oberpräsident in Hannover und der Gauleiter von Osthannover in Lüneburg zuständig waren. Klagges hat aber die Bedeutung des Vorhabens in Verbindung mit den Reichswerken für Braunschweig erkannt und wollte im Spiel bleiben. Ob Speer bzw. Koller das Angebot genutzt haben, ist nicht bekannt.

August 1938

Die deutschen Bauarbeiter werden aus Wolfsburg zum Bau des Westwalls abgezogen und durch Italiener ersetzt.

4.8.1938

Aktennotiz des Landrats von Gifhorn an den Obertpräsidenten: „Bei der gestrigen Besichtigungsfahrt des Reichsleiters Dr. Ley...wandte sich Dr. Ley an den Bürgermeister von Fallersleben Wohlfahrt und bemerkte, dass wahrscheinlich die neue Stadt den Namen Fallersleben erhalten würde, denn er habe, nachdem der Führer der Stadt seinen Namen nicht geben wolle, lange nach einem Namen gesucht und hielte Fallersleben, dessen Name ja weltbekannt sei, für eine geeignete Namensbezeichnung der neuen Stadt“.

Der Landrat macht Einwände gegen die Idee von Ley und wiederholt bereits erörterte Alternativen, u.a. Wolfsburg.

Die Notiz ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Ley dachte offenbar an das „weltbekannte“ Deutschlandlied bzw. Hoffmann von Fallersleben. Möglicherweise hat Ley die Weigerung Hitlers fallsch interpretiert. Hitler hat seinen Namen nicht aus grundsätzlichen Überlegungen verweigert, sondern wollte von Anfang an Wolfsburg, diesen aber vorerst noch nicht preisgeben. Vielleicht kalkulierte er schon 1938 fest mit einem großen Krieg, dessen siegreiches Ende er mit „Wolfsburg“ krönen wollte. Daß der Landrat den Namen Wolfsburg bereits kannte, deutet entweder darauf hin, daß Hitlers Namensvorstellung bereits ein offenes Geheimnis war, oder daß er in Unkenntnis dieses Hintergrunds sich einfach, wie 1945 tatsächlich geschehen, am bereits bestehenden Schloß orientiert hat.

9.8.1938

Rust entbindet Roloff von dem Auftrag der kommissarischen Wahrnehmung der Dienste eines Professors an der BRH zum 31.7.1938. Stattdessen kehrt Roloff wieder auf seine Professur an der TH zurück.

13.8.1938

Baubeginn der Reichswerke in Linz

Die Standortwahl, in die Hitler persönlich eingeschaltet war, ist unter vier Vorschlägen innerhalb von drei Wochen getroffen worden (Mayrhofer 2002, S. 354). Dies spricht dafür, daß entsprechende Überlegungen schon vor dem „Anschluß“ angestellt worden sind. Nötig waren diverse Infrastrukturbauten (neuer Donau-Hafen, Autobahnanschluß, neue Bahnanlagen). Geplant war auch die Anbindung von Linz an das Ruhrgebiet durch einen Rhein-Main-Donau-Kanal. Außerdem mußte die Stadt durch Eingemeindungen wesentlich erweitert werden, um Platz für die Industrieanlagen und Wohnsiedlungen zu schaffen. Die Bevölkerung sollte von 112.000 (1938) auf ca. 420.000 in der letzten Ausbaustufe anwachsen. Der Werksaufbau ist ein Torso geblieben, da weder das geplante Walzwerk noch das geplante Stahlwerk gebaut wurden. Das Roheisen des Hochofenwerks wurde vor allem für den Guß von Panzerteilen verwendet. Ende 1942 hat Hitler den weiteren Ausbau des Werks gestoppt.

In die Standortwahl der Siedlungen hat sich Hitler persönlich eingeschaltet. Dennoch hat Hitler sich ambivalent verhalten. Der Ausbau von Linz zu einer schwerindustriell geprägten Großstadt, die zusammen mit Salzgitter einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung der Autarkiepolitik des Vierjahresplans leisten sollte, konfligierte mit seiner Vorstellung von der Kulturhauptstadt Linz als Gegenpol zu Wien.

20.8.1938

Denkschrift der Rektoren Herzig (TH Braunschweig) und Grothe (Bergakademie Clausthal) zur Zusammenlegung beider Hochschulen in Braunschweig.

Die Initiative ging eher von Clausthal aus, weil dort Raumnot herrschte und der Verlust des Standortvorteils durch die Stilllegung der Gruben im Harz als Folge der Weltwirtschaftskrise drohte. Klagges bzw. Herzig waren an dem Zusammenschluß interessiert, um Braunschweig weiter aufzuwerten. Die Neubauplanung der TH nördlich des Altgebäudes ist im Zusammenhang mit der Vereinigung zu sehen. (Müller 1991). Gegen diese Planung gab es Widerstand von seiten der Reichswerke bzw. Göring und der TH Hannover bzw. später von seiten des Gauleiters Lauterbacher. Göring war über Klagges ungehalten wegen der Stadtplanung und wollte seine Stadt durch eine Hochschule aufwerten.

1.9.1938

Treffen zwischen Speer, Rimpl u.a. auf dem Obersalzberg. Speer billigt die Planung der „Hermann Göring-Stadt bei Braunschweig“. (Niederschrift Rimpl in Sarley 1985, S. 288-292)

September 1938

Baubeginn für die Stadt des KdF-Wagens unter Einsatz von italienischen Gastarbeitern. Der Stilllegungsversuch durch Reichsminister Todt wird abgewendet. Als erstes wird die Siedlung „Steimker Berg“ mit gehobenem Komfort für die Angestellten des VW-Werks gebaut.

Koller wird nach der Fertigstellung in dieser Siedlung unter der Adresse Ahornweg 31 eine bescheidene Dachwohnung beziehen (Adressbuch von 1941). Das Gebäude existiert noch. Koller unterhält auch ein privates Architekturbüro, in dem u.a. die Pläne für Linz, Graz, Zagreb und Waldbröl (?) gezeichnet werden. Die Familie wird erst 1941 nach Wolfsburg ziehen. Seitdem wohnen die Kollers in einem Einfamilienhaus (Reihenhaushälfte) unter der Adresse Ahornweg 3a. Koller wird nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Gefangenschaft nach Wolfburg zurückkehren und wieder unter der Adresse Ahornweg 3a (Adreßbuch von 1952) wohnen. Auch dieses Gebäude existiert noch. Für heutige Verhältnisse ist der Standard durchschnittlich, für damalige Wolfsburger Verhältnisse war er sehr komfortabel.

1.10.1938

Berger wird an die BRH versetzt und nach C 2 besoldet.

Evtl. gab es auf diese Weise eine Aufwertung seiner a.o. Professur, die ihm an der TH versagt wurde.

14.10.1938

Heß bittet den Braunschweigischen Volksbildungsminister nach dessen Anfrage vom 7.6.1938, von einer Abordnung Roloffs an die BRH aufgrund von dessen nicht rückhaltloser nationalsozialistischer Gesinnung abzusehen.

Ein weiteres Indiz für Roloffs latente Opposition. Er wollte allerdings auch nicht versetzt werden. Lammers 2015 interpretiert den Vorgang dahingehend, daß Roloff im Konflikt mit Berger den Kürzeren gezogen hat.

17.11.1938

Entscheidung für „Standort I“ für die Stadt bei den Reichswerken in Salzgitter durch Göring, nachdem die Pläne und Modelle der diversen Standortalternativen im Preußenhaus in Berlin ausgestellt worden sind und Speer und Klagges zugestimmt haben. Geplant ist eine Stadt für 130.000 Einwohner, die mit Nebensiedlungen auf 250.000 ausgebaut werden soll.

Bemerkenswert ist, daß die Stadt der Reichswerke im Unterschied zur Stadt des KdF-Wagens nicht in die Reihe der Neugestaltungsstädte aufgenommen wurde. Deshalb hat es auch keine Reichsbeihilfen wie im Falle Wolfsburgs gegeben, so daß die Reichswerke die Anfangsinvestitionen offenbar allein stemmen mußten (?). Oder gab es hier Mittel aus dem Fünfjahresplan? Speer war mit dem Komplex Salzgitter jedenfalls nicht befaßt. Offenbar wollten Göring bzw. Rimpl die formale Zuständigkeit Speers vermeiden, obwohl doch die administrativen, rechtlichen und finanziellen Anfangsprobleme ähnlich wie in Wolfsburg gewesen sein müssen.

Oktober 1938

Jetzinger wird in Linz von der Gestapo über den Verbleib von Hitlers „Militärakt“ befragt.

1.11.1938

Auf einer Besprechung in Salzgitter wird Görings Wunsch vorgetragen, dass das Aktienpaket der Ilseder Hütte, das das Reich der VIAG übereignet hatte, an die Reichswerke übergehen solle. Außerdem solle die Ilseder Hütte Kalkerze im Umfang von 1,3 Mio t jährlich an die Reichswerke liefern.

Beide Forderungen waren für die Ilseder Hütte bedrohlich. Über den Aktientransfer hätten die Reichswerke (bzw. Pleiger) Einfluß auf die Geschäftspolitik nehmen können. Die Kalkerze benötigte die Hütte selber. Perspektivisch war offenbar eine Verschmelzung beider Werke angestrebt, die die Eigenständigkeit der Ilseder Hütte beendet hätte. Diese Bestrebungen von seiten des Reichswirtschaftsministeriums hielten bis 1943 an, wurden dann kriegsbedingt eingestellt. Der Kompromiss lief darauf hinaus, dass die Hütte zwar ihre Eigenständigkeit behielt, aber 1939-1945 den Reichswerken 2,4 Mio. t kalkiges Erz überließ, von denen aber nur 1,4 Mio t in Watenstedt verhüttet wurden und 1 Mio t verkauft wurden. (Treue 1958, S. 106)

1939

Klagges gibt im Verlag Moritz Diesterweg, Frankfurt Die Reihe „Volk und Führer. Deutsche Geschichte für die Schulen“, Verleger Erich Herbst, heraus. Die Reihe setzte sich als einzige für den Geschichtsunterricht an Höheren Schulen durch, wurde anstandslos durch das Rust-Ministerium bzw. Bouhler von der Parteiamtlichen Prüfungskommission genehmigt und erzielte zahlreiche Auflagen (Mitteilung Malte Klein vom 4.2.2015). Konkurrierende Projekte wie „Das Erbe der Ahnen“ von Quelle & Meyer wurden abgelehnt.

Dies ist ein weiteres Indiz, daß Klagges den Anspruch hatte, der Chefideologe des Nationalsozialismus zu sein.

1.1. 1939

Die Gezuvor wird in „Volkswagenwerk G.m.b.H.“ umbenannt.

Die „Neuland“ wird als Bauträger der Stadt gegründet und übernimmt die Aufgabe von der Gezuvor. Das von der Gezuvor erworbene Land wird an die Neuland verkauft.

Im Falle der Reichswerke wurde eine ähnliche Regelung vorgenommen. Dazu Koller: „Die beiden Vorhaben standen schon ihrer Größenordnung nach an der Spitze.“ (Koller 1950, S. 15)

Das Finanzierungsproblem wurde so gelöst, daß seit Sommer 1938 die Reichswerke und zögerlich seit September 1938 die Gezuvor mit eigenen Mitteln in Vorlage getreten waren. Im Unterschied zu Salzgitter kamen in Wolfsburg Reichsmittel hinzu. Die endgültige Lösung wurde auf die Nachkriegszeit vertagt. (Koller 1950, S. 18)

Dies unterstreicht die privilegierte Situation Wolfsburgs gegenüber Salzgitter, aber auch gegenüber den anderen Neugestaltungsstädten, die ihre Neugestaltung aus eigenen Mitteln finanzieren sollten. Die Zusagen auf Reichsmittel für Wolfsburg waren aber aus diversen Gründen nur vorläufig. An dieser Stelle zögerte offenbar auch Speer, der diese Mittel eher für Berlin als für andere Neugestaltungsstädte reservieren wollte. Auch Speer war das Hemd näher als der Rock. Ob Hitler in dieser Frage kontaktiert wurde, läßt sich aus den Quellen nicht belegen. Es kann vermutet werden, daß Speer an dieser Stelle zurückhaltend war.

Anfang 1939

Hans Posse, Direktor der Dresdener Kunstgalerie, bekommt unter der Bezeichnung „Sonderauftrag Linz“ von Hitler den Auftrag, eine Kunstsammlung des Führers zusammenzutragen. Diese soll den Grundstock des „Führermuseums“ in Linz bilden.

Auch wenn anfänglich die Kunstwerke angekauft wurden, so handelte es sich später vor allem um die Beschlagnahmung von Kunstgegenständen aus jüdischem Besitz. Daß das „Führermuseum“ in Linz entstehen sollte, unterstreicht die persönliche Bedeutung, die Hitler der Stadt beimaß.

10.2.1939

Rede Hitlers an die Truppenkommandeute in der Berliner Krolloper. In dieser Rede erläutert er u.a. die massenpsychologische Wirkung, die die von ihm forcierten Großbauten ausüben sollen. Der funktionale Aspekt, z.B. der Autobahnen, tritt dabei in den Hintergrund. (Hitler 1939, S. 297f)

Die Passage der Rede ist eine Schlüsselstelle zum Verständnis, warum Hitler sich persönlich so intensiv mit der Umgestaltung der „Führerstädte“ und der Gauhauptstädte befaßt hat.

17.2.1939

Anläßlich der Automobilausstellung wird eine Gruppe von Journalisten mit dem bereits vorhandenen und in Porsches Stuttgarter Betrieb handgefertigten Prototypen des Volkswagens auf den Kliversberg gefahren, um ihnen den Baufortschritt des Werks zu zeigen. (Foto Stadtarchiv Wolfsburg)

26.2. – 24.5.1939

Speer und Göring legen Hitler die Pläne und Modelle zur Gründung der „Hermann-Göring-Stadt“ vor, die im Modellsaal der Reichskanzlei ausgestellt und von Hitler gebilligt werden (Forndran 1984, S. 140, S. 155, Schneider 1978, S. 77).

Göring verstand sich als Schutzpatron der Reichswerke. Im Gegensatz zu Hitler hat er seinen Namen bei der Stadtbenennung zur Verfügung gestellt. Dies wurde aber von Hitler abgelehnt, so daß der offizielle Namen „Watenstedt-Salzgitter“ lautete. Diese Details unterstreichen, daß Hitler auch mehrfach und unmittelbar mit wichtigen Details der Komplexe Reichswerke und zugehöriger Stadtgründung befaßt war.

24.3.1939

Die Deutsche Allgemeine Handwerkszeitung schreibt in ihrer Sonderausgabe Braunschweig: Dem Lande zwischen Harz und Heide sind im Zuge des Aufbaus einer neuen deutschen Volkswirtschaft gewaltige Aufgaben zugewiesen worden. Im Süden dieses Raumes, Salzgitter, liegen die neuen Erzproben und vor den Toren der Stadt Braunschweigs entsteht das neue Eisenhüttenwerk der Reichswerke Hermann Göring, im Norden, unweit vor der Stadt Fallerleben, nur 20 km von Braunschweig entfernt, wächst das größte Automobilwerk Europas, das Volkswagenwerk, buchstäblich aus der Erde.“ (zitiert nach Klein 2014, S. 42)

In derselben Nummer schreibt Klagges: „Außer dieser der Geschichte des Landes einmaligen Aufgaben werden Stadt und Land Braunschweig noch andere große Vorgänge erleben, die von allgemeiner Bedeutung für das deutsche Volk sein werden: So geht die Ausgestaltung des Domes zur Wallfahrtsstätte der Nation ihrer Vollendung entgegen, so werden die neuen

flugtechnischen Institute der Technischen Hochschule durch Reichsminister Gauleiter Rust ihrer Bestimmung übergeben werden und so wird schließlich das Braunschweigische Landesmuseum der Vorgeschichte eingerichtet werden.“ (ebd. S. 42/43)

Beide Zitate unterstreichen die Strategie von Klagges, Braunschweig „von unten“ aufzuwerten.

25.3.1939

Erllass des Führers und Reichskanzlers über die Neugestaltung der Stadt Linz an der Donau. Der Erlaß wird am 29.3.1939 im Reichsgesetzblatt verkündet. Roderich Fick wird (am 29.3.1939) zum „Reichsbaurat für die Neugestaltung der Stadt Linz“ ernannt.

Damit wird Linz als letzte Stadt zur „Führerstadt“ erhoben. Linz soll zur Kulturmetropole in Konkurrenz zu Wien ausgebaut werden. Vorbild ist Budapest. Fick wurde damit zum Konkurrenten von Gauleiter Eigruber, der sich ebenfalls für Linz zuständig fühlte. Ab Herbst 1940 wird Fick Schritt um Schritt entmachtet und durch Herman Giesler ersetzt, der die Planung des Donauufers vornimmt. Die letzte Entscheidung in allen Details behält sich Hitler vor (Früchtel 2008, S. 284ff). Dennoch bleibt Fick formal bis 1945 im Amt. Die Wohnbebauung orientiert sich an Salzgitter und Wolfsburg. Dies könnte auf den Einfluß Kollers zurückgegangen sein.

22.4.1939

Die Reichswerke-Leitung teilt Klagges mit, daß das Wolfenbütteler Technikum (heute Ostfalia) und die Bergakademie nach Hermann-Göring-Stadt verlegt werden sollen.

Dagegen versuchte Klagges zu intervenieren, weil er seitdem nicht nur die Konkurrenz zu Hannover (Lauterbacher) sondern auch zu Salzgitter (Pleiger/Göring) befürchtete.

2.5.1939

Herzig stellt den Antrag, vom Amt des Rektors entbunden zu werden.

Klagges lehnt am 15.5.1939 ab.

4.5.1939

Klagges interveniert bei der Bestzung der Professur für Siedlungswesen und Landesplanung, indem er eine o. Professur für gerechtfertigt hält. Dafür soll eine freie o. Professur für Physikalische Chemie herabgestuft werden.

Ob er so Sagebiel doch noch gewinnen wollte oder fürchtete, daß die Professur sonst gar nicht besetzt würde, bleibt unklar. Auch ohne Richter mußte sie weiter wichtig bleiben, da Braunschweig den Anspruch der Siedlungsstadt erhob und Klagges weiter zumindest in Salzgitter involviert bleiben wollte. Am Ende ist das Verfahren aus diversen Gründen im Sande verlaufen. Mit der Einstellung der Bautätigkeit 1942 hat es auch keine „kriegswichtige“ Begründung mehr gegeben.

3.6.1939

REM verlängert das Rektorat Herzigs bis Ende Oktober 1940.

In der Personalakte von Herzig erscheint der Vorgang als Routinevorgang. Es ist aber denkbar, daß sich bereits ein Zerwürfnis zwischen Herzig und Klagges angebahnt hat.

5.6.1939

Treffen von Klagges mit Herzig und Grothe in Braunschweig, um die Zusammenlegung der beiden Hochschulen zu besprechen. Das neue TH-Gelände ist bereits angekauft.

7.6.1939

Anläßlich der Inbetriebnahme der ersten Maschinen im VW-Werk stattet Hitler seinen zweiten Besuch ab und inspiziert den Baufortschritt.

Die propagandistischen Fotos dokumentieren die Inszenierung des Besuchs. Der Vorgang unterstreicht das besondere Interesse Hitlers.

Schmidt-Bodenstedt wird Ministerialdirigent in Berlin.

Damit hat er den Gipfel seiner Karriere erreicht.

23.6.1939

Treffen mit der Gauleitung in Hannover, die Widerstand gegen die Zusammenlegung der beiden Hochschulen in Braunschweig ankündigt.

12.7.1939

Aktenvermerk der Gauleitung in Lüneburg über die Planung der Parteibauten in der Stadt des KdF-Wagens.

13.7.1939

Göring besichtigt das Gelände der Stadtgründung bei Watenstedt und ordnet Änderungen der Planung an.

An diesem Tag ist womöglich die Idee geboren worden, die neue Stadt nach dem Krieg im Zuge der Umsetzung der Reichsreform zur Gauhauptstadt zu machen. Insbesondere der Planungsstand des Jahres 1942 mit den repräsentativen Straßenzügen und Bauten deutet darauf hin. So die These von Stubenvoll 1987.

23.8.1939

Gründung der „Stahlwerke Braunschweig GmbH“ als Weiterverarbeitende Industrie der Hüttenwerke

29.7.1939

Gemeinsame Denkschrift von Herzig und Grothe bezüglich der Zusammenlegung der TH Braunschweig und der Bergakademie Clausthal

1.9.1939

Mit dem deutschen Angriff auf Polen beginnt der 2. Weltkrieg.

Kurz zuvor hat sich der amerikanische Ingenieur Brassert, der mit der Planung des Werksaufbaus der Reichswerke beauftragt war, mit seinem Stab aus Deutschland abgesetzt. Pleiger gerät gegenüber Göring massiv unter Druck, der das Scheitern seines Reichswerke-Projekts fürchtet. Pleiger übernimmt deshalb selber den Aufbau der Reichswerke und aquiriert junge deutsche Ingenieure, die die Chance ihres Lebens wittern.

Nach der Besetzung Frankreichs und Norwegens ist die Belieferung mit Erzen aus Schweden und Lothringen gesichert. Der Bezug des Salzgittererzes wird für die Ruhrindustrie unattraktiv. Insofern hat sich die Argumentation der Opposition gegen Göring doch durchgesetzt, nur das deren Logik (Vorteile internationaler Arbeitsteilung) nicht durch Außenhandel sondern durch Eroberung realisiert wurden.

Die Pläne zur Zusammenlegung von TH Braunschweig und Bergakademie Clausthal werden kriegsbedingt auf Eis gelegt. Clausthal wird vorerst geschlossen, da die Studenten und Dozenten eingezogen werden. Herzig wollte die Reste von Clausthal provisorisch nach Braunschweig verlagern, was von Clausthal abgelehnt wurde.

8.9.1939

Koller berichtet Speer, daß die Arbeiten an der Stadt des KdF-Wagens voraussichtlich kriegsbedingt in kurzer Zeit eingestellt werden. (Schreiben in Siegfried 1982)

Seitdem dürfte bei Koller ein Prozeß der Ernüchterung eingesetzt haben, ob seine Pläne sich überhaupt realisieren lassen.

September 1939

Kriegsbedingt wird die Materialzuteilung für den Bau der Stadt des KdF-Wagens eingeschränkt.

Seitdem gerät der weitere Ausbau der Stadt ins Stocken und kommt im Laufe des Jahres 1941 ganz zum Erliegen. Das gleiche gilt für Watenstedt-Salzgitter.

An dieser Stelle tut sich ein fundamentaler Widerspruch zwischen Hitlers Interesse für Architektur bzw. Stadtplanung und seiner aggressiven Außenpolitik, Aufrüstung und Kriegszielpolitik auf. Die großen Pläne Speers, Gieslers, Rimpls, Kollers, Ficks u.a. zur Neugestaltung und Neugründung von Städten, zum Ausbau der Infrastruktur (Autobahnen u.a.) waren nur langfristig realisierbar und verlangten große Mengen von Finanzmitteln, Baustoffen, Arbeitskräften und Kapazitäten der Baukonzerne. Diese Pläne scheiterten daran, daß mit Kriegsbeginn die Bautätigkeit reduziert und 1941/42 ganz eingestellt wurde, weil die Ressourcen anders verwendet wurden, militärische Bauten (z.B. Westwall) Vorrang bekamen, Vorhaben als nicht kriegswichtig eingestuft wurden, Bauarbeiter als Soldaten eingezogen wurden u.a. Das galt selbst für ausgesprochene Rüstungsvorhaben wie die Reichswerke in Salzgitter und Linz. Auch ursprünglich zivile Projekte wie das Volkswagenwerk wurden improvisiert einer militärischen Nutzung zugeführt, Aktivitäten des Amts „Kraft durch Freude“, Siedlungsbau, Gauforen etc. ganz eingestellt. Lediglich für Linz galt auch während des Krieges eine Ausnahmeregelung. Dieser Widerspruch kann Leuten wie Todt, Speer, Giesler, Rimpl, Koller bzw. Pleiger, Porsche u.a., die den Überblick hatten, oder Klagges, der so Braunschweig aufwerten wollte, nicht verborgen geblieben sein. Jedenfalls gibt es im Zusammenhang mit dem Modernisierungskomplex Barunschweig/Wolfsburg/Salzgitter keine Hinweise in den Akten, daß jemand Hitler darauf aufmerksam gemacht oder zumindest den Versuch gemacht hat, den Kriegsbeginn durch außenpolitische Mäßigung hinauszuschieben, um die Bauvorhaben zu retten, zumal

diese im Falle Salzgitters durchaus „kriegswichtig“ waren. Hier offenbart sich eine der vielen Irrationalitäten in der Person Hitlers wie des NS-Systems.

Am Ende ist alles das zerstört worden, was eigentlich ein wesentlicher Bestandteil nationalsozialistischer Politik und insbesondere ein ganz persönliches Anliegen Hitlers sein sollte. Daß Hitler diesen fundamentalen Widerspruch in sich ausgehalten hat und fast bis zum Kriegsende den Phantasien seiner Neugestaltungspläne nachgegangen ist, obwohl gleichzeitig alles in Schutt und Asche fiel, verdeutlicht dessen Besessenheit und rationale Unzurechnungsfähigkeit.

12.9.1939

Heinrich Wessel stirbt in Wolfenbüttel.

Ob er kurz vor seinem Tode die Entscheidung von 1932 zur Einbürgerung Hitlers bereut hat?

15.9.1939

Frank erhält nach einer Besprechung mit Hitler den Auftrag, eine deutsche Zivilverwaltung im besetzten Polen aufzubauen

Frank, dessen Stern nach 1933 gesunken war, wird von Hitler wieder reaktiviert.

19.10.1939

Erlaß Hitlers „über die Überleitung der Verwaltung im Generalgouvernement auf den Generalgouverneur“

Auf dieser Basis wird Hans Frank Generalgouverneur im Generalgouvernement. Frank war für diesen Posten nicht qualifiziert, wurde von Hitler als „alter Kämpfer“ aus Dankbarkeit für seine Dienste als Verteidiger Hitlers in diversen Prozessen und seine Mitwirkung bei Hitlers Einbürgerung (?) mit diesem Posten abgefunden.

22.10.1939

Klagges bitte Reichsstatthalter Jordan um Genehmiging, im Aufsichtsrat der Reichswerke vertreten zu sein, nachdem er bereits vorher von Göring berufen wurde.

Jordan stimmte dem erst am 24.11.1939 zu. Gab es Widerstand gegen die Berufung von Klagges?

Erster Hochofenabstich der Reichsweke.

26.10.1939

Frank wird Generalgouverneur im von der Wehrmacht besetzten Teil Polens. Seit dem 7.11.1939 nimmt Frank seinen Dienstsitz auf dem Wawel, der in „Krakauer Burg“ umbenannt wird.

Frank wird bei den Nürnberger Prozessen als Hauptkriegsverbrecher angeklagt und am 16.10.1946 hingerichtet.

Anfang November 1939

Roloff veröffentlicht das Buch „Tausendjähriges Braunschweig“. Das Vorwort „Vom alten zum werdenden Braunschweig!“ ist vom Verleger (Paul Graff) und vom Autor unterschrieben. Auch der Anfang des 1. Kapitels ist eine Eloge an die neue Zeit. Ganz selbstverständlich werden „Fliegerei“, „Volkswagenwerk“ und „Hermann-Göring-Werke“ für Braunschweig reklamiert (ebd. S. 7). Das letzte Kapitel „Neues Deutschland, Neues Braunschweig“, verherrlicht die NS-Zeit. Anfang 1940 erscheint eine 2. Auflage.

Roloff will das Manuskript 1938/39 ohne das letzte Kapitel geschrieben haben. Laut Vermerk vom 1.9.1944 und Bestätigung durch Verleger Paul Graff vom 4.9.1944 sei das Schlußkapitel von der NSDAP-Kreisleitung bzw. Kreisleiter Hesse verfaßt worden. Roloff und der Verleger Graff hätten dies akzeptiert, um die Papierzuteilung nach Kriegsausbruch zu bekommen. Die Behauptung ist unglaubwürdig, da stilistisch kein Unterschied zu den anderen Kapiteln und dem Vorwort zu erkennen ist. Später erklärt Roloff, das letzte Kapitel unter Druck verfaßt zu haben. Küchenthal behauptet wenig überraschend in seinen Erinnerungen, S. 30, Roloff habe das gesamte Buch verfaßt.

Wenn man berücksichtigt, daß das Buch frühestens Anfang November 1939 erschienen sein kann, Verlag und Druckerei aber einen Vorlauf benötigten und auch das letzte Kapitel nach den Verhandlungen mit der Kreisleitung erst noch geschrieben und überarbeitet werden mußte, dann müßte das Manuskript ohne das letzte Kapitel spätestens im Frühjahr 1939 fertig gewesen sein. Ob damals, also deutlich vor Kriegsbeginn, die Papierzuteilung bereits ein Problem war, darf doch sehr bezweifelt werden. Die Indizien sprechen dafür, daß der Vermerk von Roloff und dessen Bestätigung von Graff im September 1944 eine Schutzbehauptung war. Der Vermerk liegt im Stadtarchiv unter G IX 43:1-2.

1955 wird Roloff eine „Heimatchronik der Stadt Braunschweig“ veröffentlichen, die im „Geschichtlichen Teil“ weitgehend mit „Tausendjähriges Braunschweig“ identisch, allerdings um die politisch kompromittierenden Passagen bereinigt ist. Im Nachwort heißt es: „Im allgemeingeschichtlichen Teil wurden an verschiedenen Stellen Tatbestände und z.T. auch ganze

Sätze meinem Buche: 'Tausendjähriges Braunschweig. Die Stadt Heinrichs des Löwen im Wandel der Geschichte' entnommen.... Das Buch war 1939 in Ad. Hafferburgs Verlag (Paul Graff) in Braunschweig erschienen und erlebte innerhalb weniger Monate die zweite Auflage, die ebenfalls schnell vergriffen war. Die Materialknappheit während des Krieges ließ weitere Auflagen nicht zu.“

Hier liefert die „Materialknappheit“ nur die Begründung, daß eine dritte Auflage nicht mehr erscheinen konnte.

23.11.1939 (oder bereits Ende September)

Zörner wird auf Vermittlung von Frank Bürgermeister (Stadthauptmann) von Krakau (bis Januar 1940)

Damit wird die persönliche Verbindung zwischen Zörner und Frank wieder sichtbar, die bei der Einfädung der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig 1932 eine wichtige Rolle gespielt hatte. Erst jetzt scheint Zörner Dresden verlassen zu haben. Ob seine zweite Frau und seine drei Kinder aus erster Ehe mit nach Polen umziehen oder in Dresden wohnen bleiben, ist unklar. Daß Zörner 1943 nach seiner Ablösung in Polen wieder nach Dresden zurückkehrt, deutet auf letzteres hin.

11.11.1939

Im Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger erscheint eine sehr positive Besprechung des Buchs von Roloff.

Eine Rezension von Fritz Timme im Braunschweigischen Jahrbuch erscheint im Januar 1940.

6.12.1939

Reichswirtschaftsminister Funk ernennt den „Staatsbankpräsidenten“ Dr. jur. Werner Küchenthal zum „Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank“ mit Reichsbesoldungsgesoldungsgruppe B 5. In der Urkunde heißt es: „Zugleich darf er des besonderen Schutzes des Führers und Reichskanzlers sicher sein.“ (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Damit kehrt Küchenthal in den Reichsfinanzdienst zurück. Die Umbenennung seiner Amtsbezeichnung ist interpretationsbedürftig. Geht es um die Zentralisierung des Finanzsektors? Immerhin wollte Klagges eine unabhängige Braunschweigische Staatsbank schaffen, gegen die Küchenthal opponiert hat. Oder geht es um den anhaltenden Konflikt zwischen Alpers/Klagges und Küchenthal? Ist der Hinweis auf den Schutz Hitlers nur eine Floskel oder ein Hinweis, daß Hitler sich erkenntlich zeigt und Küchenthals Mitwirkung bei seiner Einbürge-

rung würdigt. Auf jeden Fall dürfte er eine Warnung für Alpers/Klagges gewesen sein, Küchenthal künftig in Ruhe zu lassen.

Küchenthal wird die Urkunde bei seinen späteren Rechtfertigungen verschweigen.

1940

Seit 1940 hört der Vierjahresplan de facto auf zu existieren.

So die Aussage von Kehrl 1973, S. 202.

Im Salzgittergebiet ist der Höhepunkt der Erzförderung erreicht.

Die Besetzung von Frankreich (Minette-Erze aus Lothringen) und Norwegen (schwedisches Erz) ließ den Bedarf nach Salzgittererz zurückgehen. Die Hüttenwerke an der Ruhr zeigten kein Interesse mehr an dem sauren Salzgittererz und waren nur unter Druck bereit, überhaupt von dort Erz abzunehmen.

Ein privates Foto aus dem Fotoalbum zeigt Koller mit Hitler u.a. in Graz. (Froberg 2007)

Das Foto ist ein Indiz, daß Koller auch bei der Umgestaltung von Graz beteiligt werden sollte.

Ley beabsichtigt, den von Porsche entwickelten „Volkstraktor“ in einem Werk in der Nähe seiner Heimatstadt Waldbröl bauen zu lassen. Koller wird von Ley mit der Planung beauftragt, Waldbröl auf eine Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern zu vergrößern. (Schneider 1997, S. 67)

Der „Volkstraktor“ war das Gegenstück zum „Volkswagen“ und sollte die Motorisierung der kleinen Bauernhöfe in Deutschland ermöglichen. Die Realisierung des Werks ist über Anfänge nicht hinaus gekommen. Das fertiggestellte Planungsbüro wurde nach 1945 Schullandheim des Düsseldorfer Humboldt-Gymnasiums. Der Autor der Chronik hat darin nach 1958 als Schüler mehrere Aufenthalte absolviert.

Laut privatem Fotoalbum hält sich Koller in Waldbröl auf.

Das Foto ist ein Indiz, daß Koller zumindest eine Ortsbesichtigung zur Vorbereitung der Planung vorgenommen hat.

4.1.1940

Hinsichtlich der Neubesetzung des Gauleiters für Südhannover-Braunschweig äußert sich Ley: „Ich halte den Pg. Klagges für einen zuverlässigen und gewissenhaften Beamten, jedoch bezweifle ich, dass er die politische Großzügigkeit, die man von einem Gauleiter verlangen muß, aufbringen kann.“ (zitiert nach Klein 2014, S. 42)

Statt Klagges wurde dessen Rivale Hartmann Lauterbacher Gauleiter.

21.2.1940

Zörner wird von Generalgouverneur Frank zum Gouverneur des Distrikts Lublin (Polen) ernannt. Seit 4.2.1940 ist er bereits kommissarisch mit dem Amt betraut. (Musial 1999, S. 36)

Es handelt sich nach dem Sturz Zörners in Dresden vermutlich um eine neuerliche Gunstbeweisung durch Frank und/oder Hitler.

4.3.1940

Zörner wird von Frank in sein Amt eingeführt. Zörner bewohnt in Lublin eine „Villa Gioia“ (Präg/Jacobmeyer 1975, S. 500).

Ob Zörner seine Familie mit nach Polen genommen hat oder ob diese weiter in Dresden wohnt, ist unklar.

In der Folgezeit wird Zörner in Kompetenzkonflikte mit der SS- und der Polizeiführung (Globocnik) geraten. Zörner unterstützt Frank, der seinerseits mit SS, Polizei und Armee in Kompetenzkonflikte gerät. Es geht um die Zuständigkeit bei der wirtschaftlichen Ausbeutung Polens und insbesondere um die Zuständigkeit des Einsatzes der Juden. Zörner ist in alle Details der Politik gegenüber den Juden im Generalgouvernement involviert (vgl. dazu das Diensttagebuch Franks in Präg/Jacobmeyer 1975)

8.3.1940

Erster Spatenstich zum Bau der Stahlwerke Braunschweig bei Watenstedt

Bis Anfang 1943 war der erste Bauabschnitt fertiggestellt. Der Betrieb wurde zu einem wichtigen Produzenten für Rüstungsgüter (Munition und Geschützrohre) (Wysocki 1982, S. 23)

15.3.1940

Eigruber wird Reichsstatthalter des Gaus Oberdonau.

13.4.1940

Klagges wird Ehrenbürger von Wolfenbüttel. In der Urkunde wird die Ehrung mit seinen Verdiensten für Wolfenbüttel und Reichswerke begründet.

Rudolf Heß hatte offenbar Bedenken gegen die Ehrung, zu der er erst am 26.7.1940 seine Zustimmung gegeben hat. (34 N Fb 9 Nr. 4091/V)

9.5.1940

Zweiter Grundsatzplan von Innenminister Frick: Braunschweig wird um Stadt und Landkreis Goslar sowie Teile des Kreises Marienburg erweitert und tritt Holzminden und Teile von Gandersheim ab.

Damit hat sich Frick Hitler gebeugt.

Juni 1940

Regierungspräsident Popitz stimmt dem Grundsatzplan zu, fordert aber zusätzlich Blankenburg und ganz Gandersheim. Dafür will er den Raum des VW-Werks abgeben.

Für Klagges muß das ein attraktives Angebot gewesen sein.

5.6.1940

Frick versendet erneut ein Rundschreiben, daß Hitler keine Diskussion der Gaueinteilung während des Krieges wünsche.

31.7.1940

Hitler ordnet an, daß die für Wolfsburg geplanten Kirchen nicht gebaut werden dürfen.

Dies dürfte Koller nicht gefallen haben.

Herbst 1940

Giesler wird von Hitler mit der Neugestaltung von Linz beauftragt.

Das Datum ist umstritten. Evtl. war Giesler erst ab 1942 zuständig. Jedenfalls beförderte die Ernennung den Konflikt zwischen Speer und Giesler, da bis dato Speer im Hintergrund die Rolle des Chefplaners beansprucht hatte. Womöglich hat er Koller in diesem Sinne instrumentalisiert. Giesler war an dem neuen Auftrag interessiert, weil die Planung zur Umgestaltung

Münchens (wie Berlins) kriegsbedingt zum Erliegen gekommen war. Nur in Linz wurde die Planung bis Kriegsende fortgeführt. Gleichzeitig wurde Fick de facto die Rolle des Chefplaners entzogen.

Dezember 1940

Gauleiter Rust gibt seinen Posten in Hannover auf.

Bormann nutzt die Gelegenheit, erst den Posten des Gauleiters und später auch den Posten des Oberpräsidenten durch Lauterbacher zu besetzen. Damit verliert Klagges an Einfluß. Lauterbacher und wird zum eigentlichen Antipoden von Klagges.

11.12.1940

Hartmann Lauterbacher wird Gauleiter von Südhannover-Braunschweig.

Hitler hat das führungsschwache Gauleiter-Duo Rust/Schmalz ersetzt durch den führungstarken Lauterbacher. Klagges hatte sich auch Hoffnung auf den Posten gemacht, war aber von Ley abgelehnt worde. Lauterbacher wird sich bald mit Klagges anlegen. Neben der persönlichen Rivalität spielte weiterhin die Konkurrenz Hannover-Braunschweig eine Rolle. Hier liegt die Erklärung, warum Klagges in den Memoiren von Lauterbacher schlecht wegkommt.

1941

Die Familie Kollers zieht von Berlin nach Wolfsburg. Seitdem bewohnt die Familie das Haus Ahornweg 3a (Doppelhaushälfte) in der Siedlung Steimker Berg.

27.1.1941

Vorbereitende Sitzung zur Gründung der Leibniz-Gesellschaft in Hannover

4.2.1941

Hitler erklärt gegenüber Lauterbacher, daß Preußen und Braunschweig bis Kriegsende territorial bestehen bleiben und daß nur ein Gebietstausch in Frage kommt. (Lent 1992)

Aus dieser Erklärung rührt vermutlich die These, daß Hitler das Problem Hannover-Braunschweig erst nach dem „Endsieg“ lösen wollte. Lauterbacher hatte wie zuvor Frick versucht, Braunschweig der preußischen Provinz Hannover zuzuschlagen. Die aus einer zentra-

listischen Perspektive durchaus vernünftige Idee, die nach 1946 mit der Gründung des Landes Niedersachsen tatsächlich realisiert wurde, scheiterte letztendlich mehrfach an Hitler. Dies ist ein starker Beleg für die These, daß Hitler sich Braunschweig aus Dankbarkeit verpflichtet fühlte.

6.2.1941

Verfügung von Speer, daß ihm diverse Architekten mit ihren Büros, u.a. Koller und Rimpl, ausschließlich bei den Arbeiten zur Umgestaltung Berlins zur Verfügung stehen. (Durth 2001, S. 160)

Speer wollte damit Abwerbungsversuche seines Rivalen Giesler abwehren. Koller wollte sich womöglich mit seiner freiwilligen Meldung zur Wehrmacht 1942 dem Einfluß Speers entziehen.

5.2.1941

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Er (Klagges) will König eines vergrößerten Braunschweig bleiben.“ (zit. Nach Klee 2016, S. 312)

19.2.1941

Göring erklärt gegenüber Hitler, daß ihm sowohl ein Gebietstausch wie die Schaffung eines eigenen Gaus für Klagges Recht sei.

Offenbar war Klagges mit seinem Werben bei Göring erfolgreich.

Speer gibt dem Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz einen Überblick über den Planungstand der „Neugestaltungsstädte“. Braunschweig befindet sich ebensowenig in der Liste wie die Neugründungen Wolfsburg und Salzgitter. (Dülffer/Thies/Henke S. 64 ff.)

Dies steht in einem gewissen Widerspruch zu der erheblichen Gründungs- und Bautätigkeit, die in der Region Braunschweig stattgefunden hat. Entweder gehörten Industriebauten und die Neugründung von Städten nicht zum Komplex „Neugestaltung“ und damit in die Zuständigkeit von Speer. Oder Klagges hat unabhängig von Speer versucht, sich an die Aktivitäten der Gauleiter anzuschließen, die darum wetteiferten, ihre „Gauhauptstädte“ städtebaulich aufzuwerten. Immerhin gab es auch in Braunschweig weitreichende Planungen wie z. B. die Verlagerung des Bahnhofs und die Bebauung des Bahnhofareals, den Bau einer großen Achse und eines „Stadtforums“ auf dem Gelände des Sackbahnhofs, die teilweise seit den 1950er Jahren im Stil der 1960er Jahre realisiert wurden.

22.2.1941

Hitler läßt sich von Bormann die Karte der Gaueinteilung vorlegen und entscheidet, daß nur ein Gebietstausch, aber kein neuer Gau in Frage kommt, „da bei einer Herausnahme des Landes Braunschweig und des Regierungsbezirkes Hildesheim aus dem Gau Süd-Hannover-Braunschweig der wertvollste Teil dem alten Gau verlorenginge.“ (zitiert nach Lent 1992, S. 84)

Demnach hatten Hitler und Göring den Plan von Klagges, einen neuen Gau Ostfalen zu schaffen, immerhin ernsthaft erwogen. Wäre er realisiert worden, gäbe es heute womöglich kein Bundesland Niedersachsen, sondern die Bundesländer Hannover und Braunschweig. Die Verabschiedung einer provisorischen Verfassung für das Land Braunschweig durch den braunschweigischen Landtag 1946 und die am 25.7.1946 vom braunschweigischen Ministerpräsident Kubel vorgestellten Varianten zur Länder- und Verwaltungsreform in der Britischen Zone unterstreichen jedenfalls, daß in dieser Hinsicht eine Kontinuität bis zur Auflösung des Landes Braunschweig bestanden hat. (vgl. dazu Pollmann 1999, S. 187)

25.2.1941

Hitler entscheidet durch einen „Führerbefehl“ über den Gebietstausch der Landkreise Goslar und Honzminde zwischen Preußen und Braunschweig.

6.3.1941

Hitler beauftragt Ley anstelle von Speer mit der Leitung der städtebaulichen Maßnahmen in „Wolfsburg“

Der Wechsel wird von Koller durch die Erkrankung und anderweitige Überlastung Speers begründet. Möglicherweise spielte aber auch die Konkurrenz der NS-Größen eine Rolle, die zur Beschneidung des Einflusses von Speer führte. Ley ließ wie Speer Koller freie Hand. Allerdings war die Bautätigkeit in Wolfsburg bereits weitgehend eingestellt, so daß der Wechsel von Speer zu Ley kaum faktische Konsequenzen haben konnte.

April 1941

Lauterbacher löst Lutze als Oberpräsident in Hannover ab.

Spätestens seitdem ist Lauterbacher der eigentliche Widersacher von Klagges im Konflikt Hannover-Braunschweig. Der Konflikt um die Kooperation der Hochschulen von Braun-

schweig und Claustahl sowie die Gründung von Leibniz-Gesellschaft und BWG ist in diesem Kontext zu sehen.

7.4.1941

Konferenz im Reichinnenministerium zur Umsetzung des Gebietstauschs Goslar - Holzmin-
den.

Mai 1941

Die Reichswerke beginnen mit der Agitation, daß die Bergakademie nach Salzgitter verlegt
wird.

*Klagges hält sich bedeckt, weil er keine Verschärfung des Konflikts mit Göring provizieren
möchte. Im Raum steht die Variante, daß alle Hochschulen, auch die TH Braunschweig, nach
Salzgitter verlagert werden.*

7./8.5.1941

Besuch Fricks in Braunschweig, um die letzten Details des Gebietstauschs zu klären.

16.5.1941

Entwurf der Verordnung von Frick zum Gebietstausch

20.5.1941

Lammers teilt Klagges den „Führerentscheid“ im Konflikt Hannover – Braunschweig mit:
Braunschweig verbleibt im Gau Südhannover-Braunschweig, bleibt aber als Land erhalten.

Gegenüber Lauterbacher erklärt Hitler, daß Braunschweig aufgrund seiner kulturellen Be-
deutung erhalten bleibe.

*Dies ist einerseits ein Kompromiß, andererseits ein Indiz, daß Hitler Rücksicht auf Braun-
schweig nimmt, selbst wenn der Kompromiß zu weiteren Reibereien führen wird.*

9.6.1941

Aus einer Aktennotiz einer Besprechung bei Himmler geht hervor, daß sich das gespannte Verhältnis Lauterbacher – Klagges anlässlich der bevorstehenden Gebietsbereinigung zuge- spitzt hat. (Nds. Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

25.6.1941

„Verordnung über Gebietsbereinigungen im Raume der Hermann-Göring-Werke Salzgitter“ (Salzgitterverordnung). Tausch der Landkreise Holzminden und Goslar zwischen Braun- schweig und Preußen. (Karten mit Kreiseinteilung bei Lent 1992, S. 88-89)

Auf diese Weise fiel das gesamte „Aufbaugesbiet“ der Reichswerke (Werksgelände, Stadt und Erzgruben) an Braunschweig. Dabei handelte es sich letztlich um eine Durchführungsverord- nung über den Neuaufbau des Reichs von 1934, die aber nur mit deren „Kriegswichtigkeit“ begründet wurde. Der Gebietstausch hatte für Braunschweig fundamentale, für Preußen nur marginale Bedeutung.

Lent 1992, S. 90 urteilt dazu: So war die allgemeine landespolitische Bilanz der Territorialbe- reinigung, bei der Hitler ´Braunschweig auf keinen Fall ... schädigen´ wollte und wobei nach Frick der ´innere Wert´ der Austauschgebiete Vergleichsmaßstab sein sollte, für Klagges günstig: Braunschweig hatte endlich ein zusammenhängendes, arrondiertes größeres Staats- kernterritorium mit Verbindung zum Kreis Gandersheim und zur Exklave Harzburg sowie zwei reichswichtige Städte (und eine ´Reichsweihestätte´) gewonnen: die industrielle Her- mann-Göring-Stadt und die Kaiser- und ´Reichsbauernstadt´ Goslar, die sich in das Wirt- schafts-, Kultur- und Ideologiepotential (´Staatsdom´, ´Reichsjägerhof´, NS- Mustersiedlungen) Braunschweigs gut einfügen ließen. Klagges konnte insofern territorial gestärkt der Reichsreform entgegensehen, während Preußen im Dritten Reich höchstwah-rscheinlich die Auflösung in Gauen (Provinzen) bevorgestanden hätte. Gegenüber den Reichsbehörden und gegen seine preußischen Kontrahenten Popitz und Lauterbacher hatte er sich zäh und erfolgreich behauptet.“

Diesem Zitat kann man sich nur anschließen und hinzufügen, daß das Urteil Lents die These stärkt, daß Hitler sich Braunschweig gegenüber dankbar gezeigt hat.

Die Stadtplanung für Salzgitter mit ihren repräsentativen Parteibauten und Aufmarschstra- ßen deutet allerdings darauf hin, daß hier eine dritte Stadt in Konkurrenz zu Hannover und Braunschweig treten sollte. Evtl. wäre nach dem Krieg Salzgitter und nicht Braunschweig Hauptstadt eines neuen Gaus „Ostfalen“ bzw. Hauptstadt einer Provinz Niedersachsen an- stelle von Hannover geworden.

10.7.1941

Rektor Herzig verfaßt eine „Übersicht über die seit Februar 1933 neu geschaffenen, eingezogenen und für andere Lehrgebiete verwendeten Lehrstühle“. Daraus geht u.a. hervor, daß 1938 die Lehrstühle für Methodik und Didaktik, Biologie/Zoologie und Pädagogik (Berger – vormals Riekel) an die BRH verlagert sind. Die Soziologie-Professur (Geiger) ist in eine Professur für Anorganische Chemie umgewandelt.

1.8.1941

Der Gebietstausch zwischen Braunschweig (Landkreis Holzminden) und Preußen (Landkreis Goslar) tritt in Kraft.

20.8.1941

Hitler läßt Klagges mitteilen, daß keinesfalls ein Reichsgau Braunschweig eingerichtet wird, wohl aber der Wegfall des Landes Braunschweig nicht in Frage kommt.

Also hat Klagges immer noch in Richtung eines eigenen Gaus gebohrt.

Oktober 1941

Herzig ernennt Roloff zum Vorsitzenden der „Wissenschaftlichen Gesellschaft“ im Braunschweigischen Hochschulbund“.

Dabei handelt es sich um den Vorläufer der „Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft“, deren Gründung maßgeblich von Roloff betrieben wird. Die Gründung kann als weiteres Beispiel der Distanzierung zur in Hannover geplanten Leibniz-Gesellschaft gewertet werden (vgl. dazu Weßelhöft/Matuschek 2013).

16.11.1941

Gauleiter Lauterbacher hält in der Stadthalle Hannover eine kulturpolitische Rede. Darin wird u.a. die Gründung der Leibniz-Gesellschaft angekündigt, die laut Überschrift des Berichts die „Zusammenfassung des Geisteslebens“ im Gau Südhannover-Braunschweig bedeuten soll. (Hannoverscher Anzeiger vom 17.11.1941)

In der Rede reklamiert Lauterbacher auch in kultureller Hinsicht die Oberhoheit Hannovers. Die Gründung der BWG in Braunschweig 1943 läßt sich als Reaktion auf Lauterbachers Ankündigung interpretieren.

16.12.1941

Ein Erlaß der Reichskanzlei bestimmt, daß die Neugestaltungsstädte nicht kriegswichtig sind und daß das Personal der Wehrmacht bzw. der Organisation Todt zur Verfügung gestellt wird.

Todt hatte dies bereits 1938 versucht. Damit kommt der Städtebau in Wolfsburg, Salzgitter u.a. bis auf Linz 1942 zum Erliegen. Die außerordentliche Bautätigkeit in der Region Braunschweig hat demnach maximal lediglich zehn Jahre gedauert.

19.12.1941

Lammers bekämpft das Verbot der Diskussion der Reichsreform während des Krieges

1942

Roloff veröffentlicht „Zwei Jahrhunderte Technische Hochschule. Untersuchungen zur Gründungsgeschichte der Technischen Hochschule Braunschweig. = Schriften des Braunschweigischen Hochschulbunds. (2. Aufl.) 20. S. Die 1. Aufl. ist als Sonderdruck in der Zeitschrift der DAF „Der Deutsche Techniker“ erschienen.

In dem schmalen Text geht er davon aus, daß die TH Braunschweig im SS 1945 ihr zweihundertjähriges Jubiläum feiern wird. Offenbar war er 1943 noch von einem deutschen Sieg im Zweiten Weltkrieg überzeugt. Roloff hat seit Beginn seiner Hochschullehrer-Karriere an der TH Braunschweig nach eigener Aussage an dem Thema gearbeitet, allerdings nur ganz wenig dazu publiziert. Hierin lag eine Begründung, warum er anfänglich einen Lehrauftrag erhalten hat und mit der Gründung des Historischen Seminars beauftragt worden ist.

19.1.1942

In einem Telegramm gibt Bormann an Reichsbaurat Fick den Befehl Hitlers weiter, daß die in Linz eingesetzten Bauarbeiter vom Wehrdienst freizustellen sind. (Dülffer/Thies/Henke 1978, S. 265)

Das Telegramm ist insofern bemerkenswert, daß Hitler selbst in einer schwieriger werdenden Kriegslage noch bereit war, im Falle von Linz seinen Bauaktivitäten gegenüber den Anforderungen der Kriegsführung den Vorzug zu geben.

30.1.1942

Klagges wird von Hitler zum SS-Obergruppenführer (= General) befördert.

Diese Beförderung zum spricht gegen ein Zerwürfnis.

Mitte März 1942

Hitler verbietet den Namen „Herrmann Göring-Stadt“ für die Dauer des Krieges. (Schneider 1978, S. 88)

Weil Göring, der mit seiner Luftwaffe die Bombenangriffe nicht verhindern kann, in Hitlers Gunst gefallen ist? Indirekt war damit auch untersagt, weiter über die endgültige Namensgebung der Stadt des KdF-Wagens zu diskutieren. Auf jeden Fall konnte Hitler nicht zulassen. Daß der zweite Mann im Reich eher eine Stadt bekommt als der erste Mann.

30.3.1942

Hitler verleiht Küchenthal das goldene Treuedienst-Abzeichen für „40jährige treue Dienste“. (Mappe Küchenthal, Archiv Menzel)

Der Vorgang ist merkwürdig, da er erst 4 Jahre zuvor das silberne Abzeichen für 25jährige treue Dienste erhalten hat. Auch unterschreibt Hitler persönlich die Urkunde und nicht Meisner wie 4 Jahre zuvor. Offenbar erfreut sich Küchenthal weiterhin der besonderen Aufmerksamkeit Hitlers, die als Dankbarkeit für die Einbürgerung gewertet werden kann. Küchenthal wird auch diese Urkunde bei seinen späteren Rechtfertigungen verschweigen.

31.3.1942

Gründung der Stadt „Watenstedt-Salzgitter“ durch Zusammenschluß von 21 Dörfern des Landkreises Wolfenbüttel und 7 Gemeinden des Landkreises Goslar durch den Reisstatthalter in Braunschweig und Anhalt, Rudolf Jordan. Der offizielle Name der Stadt lautet „Watenstedt-Salzgitter“.

Ursprünglich war der Name „Salzgitter“ vorgesehen. Die erweiterte Namensgebung soll auf den Einfluß von Klagges zurückgegangen sein, da die Gemeinde Watenstedt zu Braunschweig gehörte. Die Vorschläge, die Stadt „Herman Göring-Stadt“ oder „Stadt der Reichswerke“ zu nennen, ist von Hitler verworfen worden, der für die Zeit des Krieges nur einen neutralen Namen wünschte.

Der Unterschied zur Gründung der Stadt des KdF-Wagens bestand darin, daß es durch die Eingemeindungen viele Vorläufergemeinden gab, während die Stadtgründung bei Fallersle-

ben weitgehend auf bislang unbesiedelten Gebiet vorgenommen wurde und nur wenige kleine Dörfer eingemeindet wurden.

Mai 1942

Koller meldet sich freiwillig zur Wehrmacht.

Aufgrund seiner hohen Kinderzahl (8 Kinder) wäre er nicht eingezogen worden!

Da in Wolfsburg die Bautätigkeit bis auf Restarbeiten eingestellt worden war, war er dort abkömmlich geworden. Dennoch könnte der Umstand (ähnlich wie im nahezu gleichzeitigen Fall Alpers) ein Hinweis auf anhaltende nationalsozialistische Gesinnung sein.

Die Tochter Monika Simeth vermutet demgegenüber, daß Koller sich durch die Meldung zur Wehrmacht einer erneuten Berufung durch Speer entziehen wollte, der ihn womöglich in der Rüstungsplanung eingesetzt hätte. Wenn der Hinweis stimmt, deutet dies auf ein mögliches Zerwürfnis zwischen Speer und Koller. Ferner deutet die Tochter ernste private Probleme mit seiner Frau als Grund an. Die Frau Kollers soll jedenfalls den Aktivitäten ihres Mannes kritisch gegenüber gestanden haben, der sich laut Aussage der Tochter anfänglich hat von dem Ruhm der NS-Zeit verführen lassen.

3.5.1942

Hitler erklärt gegenüber Göring, daß dieser im Falle seines Ablebens über die Eigenständigkeit Braunschweigs wachen solle.

Damit wäre Göring anstelle von Hitler zum Paten Braunschweigs geworden.

Mitte 1942

Franks politischer Stern in der Partei sinkt. U.a. erhält er Redeverbot. Gründe sind u.a. Korruptionsvorwürfe als Generalgouverneur, aber auch Kompetenzkonflikte zwischen Staat und SS in Polen.

Auch Zörner wird der Frank-Richtung zugerechnet.

19.7.1942

Eduard Dingeldey stirbt in Heidelberg.

18.8.1942

Himmler fordert in einem Schreiben an Frank die Ablösung Zörners als Gouverneur. Hintergrund ist die Absicht der SS, die polnische Ernte zu erfassen und nach Deutschland abzutransportieren.

Zörner hat sich offenbar dieser Absicht entgegengestellt, indem er die Erfassung zu behindern suchte. Damit gerät Zörner zum dritten Mal (nach Klagges in Braunschweig und Mutschmann in Dresden) in Konflikt mit einem Mächtigen des NS-Staates. Daß er am Ende auch diesen Konflikt unbeschadet übersteht, kann nur mit dem Umstand erklärt werden, daß er immer noch unter dem Schutz Hitlers steht. Wer sonst hätte sich 1942 Himmler noch widersetzen können?

19.8.1942

Frank antwortet und entlastet Zörner mit dem Argument, daß die Ernteerfassung korrekt erfolge.

Noch kann Frank Zörner schützen.

24.8.1942

Lauterbacher konferiert mit Göring über die Frage der Vereinigung der Hochschulen von Clausthal und Braunschweig. Göring lehnt ab.

Weil er eigene Pläne für „seine“ Stadt damit hatte.

29.8.1942

Lauterbacher teilt Herzig mit, daß Göring entschieden hat, daß die Bergakademie nach dem Krieg nach Salzgitter verlagert wird. Die beteiligten Hochschulen sind nicht angehört worden.

Lauterbacher hat sich mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen können. Klagges ist vom dem Entschluß überrascht. Auch REM-Minister Rust kapituliert vor Göring, der die Chance gesehen hat, seine Stadt aufzuwerten.

2.10.1942

Anton Piech schaltet sich in die Namensgebung und verkündet in einem Brief „Es besteht die Absicht, die Stadt „Volkswagenstadt“ zu nennen.“ (StaW 6237 Bd. 1)

3.11.1942

Ley entscheidet, daß die Stadt „Volkswagenstadt“ heißen soll.

Offenbar hat sich Ley dem Wunsch Piechs angeschlossen.

31.12.1942

Grothe legt einen neuen Plan für eine Hochschule „Kraft und Stoff“ in Salzgitter vor.

Diese Hochschule wäre deutlich größer als die Hochschulen in Braunschweig und Aachen geworden. Grothe sah die Gefahr, daß sie sonst zu einem reinen Appendix der Reichswerke geworden wäre.

1.1.(19.3.?)1943

Graf von der Schulenburg verliert gegen eine Entschädigung von 560.000 RM sein Eigentum an Schloß Wolfsburg, das an die Stadt des KdF-Wagens übergeht.

Bereits 1938-1942 wurde durch den Architekten Peter Bonatz für den Grafen ein neues Schloß bei Salzwedel gebaut. Dieser Bau während des Krieges ist sehr ungewöhnlich. Der Vorgang deutet darauf hin, daß das Schloß und sein Name aus der Gegend getilgt werden sollte, um Raum für eine Neukonstruktion des Namens im Sinne Hitlers zu schaffen. Nicht das Schloß, sondern Hitler sollte als der Namensgeber erscheinen.

Die Schloß-Affäre ist womöglich das stärkste Indiz, daß Hitler bereits 1938 die Idee hatte, die neue Stadt in verschlüsselter Form nach ihm zu benennen. Demnach hätten Ley und Koller 1938 die Gründe der Ablehnung des Vorschlags „Wolfsburg“ mißverstanden.

13.1.1943

Schreiben Bormanns an Lammers, daß Hitler bis Kriegsende die provisorische Bezeichnung „Stadt des KdF-Wagens“ beibehalten will. Der endgültige Name werde von Hitler erst nach Kriegsende bestimmt. (Wohlfromm 2001, S. 255)

16.1.1943

Der Gauleiter von Osthannover, Telschow, macht den Namensentscheid Leys mit Schreiben an den Regierungspräsidenten in Lüneburg wieder rückgängig. Hitler habe sich die endgülti-

ge Namensgebung bis Kriegende vorbehalten. Deshalb bleibt es bei der vorläufigen Bezeichnung „Stadt des KdF-Wagens“.

Damit war die Debatte beendet. Der Name war mittlerweile ein Politikum und sogar mit der Frage des Kriegsausgangs verknüpft. Hitler hatte das letzte Wort, dem sich sowohl Ley wie Piech zu beugen hatten.

27.3.1943

Grothe bittet um seine Entlassung. Rust gibt dieser am 1.8.1943 statt. Herzig erleidet ein ähnliches Schicksal

Beide hatten sich den Ärger von Lauterbacher zugezogen, weil sie sich zu sehr in der Hochschulvereinigung engagiert hatten, ohne den Gauleiter einzubeziehen. (Müller 1991, S. 63)

April 1943

Koller beginnt mit der Planung für die Nachkriegszeit und sichert die Planungsunterlagen aus seinem Architekturbüro.

Nach 1945 wird er sie wieder hervorholen.

1.4.1943

Die BHR wird geschlossen. Stattdessen werden 4 Lehrerbildungsanstalten eingerichtet. Das Gebäude der BHR wird anderweitig, u.a. seit 1942 durch die Wehrmacht, genutzt. Berger wird als Leiter der BRH abgelöst und an die Lehrerbildungsanstalt Blankenburg/Harz versetzt.

Die Reorganisation bedeutet die Rückkehr zur seminaristischen Volksschullehrerausbildung im Land Braunschweig.

2.4.1943

Schreiben von Bormann an Lammers, in dem festgestellt wird, daß Hitler selber und nicht Fick die Umgestaltung von Linz plane. (In Sarley 1985, S. 309)

Das Schreiben war notwendig geworden, um im Linzer Kompetenzwirrwarr Klarheit zu schaffen, auch wenn die Aussage sicher nicht wörtlich gemeint war. Das Schreiben unterstreicht aber, daß Hitler auch noch 1943 sich persönlich für alle Details, die Linz betrafen, verantwortlich fühlte.

3.4.1943

Herzig stellt des dritten Entlassungsantrag als Rektor.

10.4.1943

Zörner wird auf Druck Himmlers seines Postens als Gouverneur von Lublin enthoben.

Dabei handelt es sich um den dritten Sturz Zörners nach Braunschweig und Dresden. Frank kann Zörner nicht mehr halten und hat ihn womöglich geopfert, um sich selber zu halten?

Aus dem Diensttagebuch Franks läßt sich entnehmen, daß Zörner schon vor dem 16.3.1943 durch Wendler ersetzt worden ist (Präg/Jacobmeyer 1975, S. 634). Als Gründe werden vermutet, daß Zörner Kritik an der Brutalität des Vorgehens der SS in Polen geübt hat. Eine andere Version lautet, daß er andere wirtschaftspolitische Vorstellungen als die SS über den Umgang mit Polen gehabt hat.

Musial 1999 bringt Belege, daß Zörner sich in Polen mehrfach mit der SS und namentlich mit Odilo Globocnik angelegt hat, wobei es aber um die generelle Frage der Zuständigkeit (Staat vs Partei bzw. SS) und nicht um Konflikte in der Sache gegangen ist. Vermutlich hat Hitler Zörner erneut geschützt. Jedenfalls bedurfte es der höchsten Protektion, um vor Himmler sicher zu sein.

Zörner kehrt nach Dresden zurück und wird „zur besonderen Verwendung“ in Speers Rüstungsministerium (bzw. in der Organisation Todt) eingesetzt. (Hermann 2014). Faktisch ist er seit seiner Absetzung erneut (wie nach dem Sturz als Dresdener Oberbürgermeister) beurlaubt und wohnt wieder mit seiner Familie in Dresden-Blasewitz.

Hitler dürfte Zörner auch gegen Himmler geschützt haben. Wer sonst könnte 1943 dazu die Macht noch gehabt haben? Zörner wurde wieder im Umkreis von Speer untergebracht. Möglicherweise hat er während der Zeit des Polen-Aufenthalts seine Wohnung in Dresden behalten und seine Familie dort wohnen lassen.

13.4.1943

Klagges gibt als „Minister des Innern“ den Stadtgründungsbeschluß von Salzgitter in der „Braunschweigischen Gesetz- und Verordnungssammlung“ bekannt. Die Bekanntmachung ersetzt die fehlende Gründungsurkunde der Stadt.

Die Aufteilung zwischen Entscheidung und Verkündung dürfte ein Kompromiß zwischen Statthalter Jordan und Ministerpräsident Klagges gewesen sein. Jordan wollte offenbar die

Stadtgründung hinauszögern, während Klagges sich vehement dafür eingesetzt hat (vgl. dazu Seibt 1952). Im Hintergrund ging es um die Rivalität zwischen Reichsstatthalter und Ministerpräsident.

16.4.1943

Zörner wird offiziell von Frank verabschiedet. Frank und Zörner halten eine Ansprache. (Präg/Jacobmeyer 1975, S. 648)

18.4.1943

Winnifred Wagner denunziert Zörner bei Himmler.

Was hat diese mit Zörner zu tun? Mit seiner Ablösung als Gouverneur ist der Druck auf Zörner nicht beendet.

28.5.1943

Herzig wird vom REM vom Rektorat entbunden. Prorektor Gerstenberg wird zum Rektor ernannt.

Offenbar hat Klagges diesmal den Antrag von Herzig nicht mehr abgelehnt. Die Gründe gehen aus der Personalakte Herzig nicht hervor.

29.5.1943

Rust bestellt den „ordentlichen Professor“ Roloff zum Direktor des Geschichtlichen Seminars der TH Braunschweig.

24.6.1943

Himmler beauftragt das Reichssicherheitshauptamt, nach Zörner zu fahnden.

Offenbar weiß er nicht, daß Zörner wieder nach Dresden zurückgekehrt ist.

3.7.1943

Das Reichssicherheitshauptamt meldet Himmler per Fernschreiben: „Der ehem. Gouverneur Zörner verlegt zurückgezogen in Dresden Blasewitz, Jüngststr. 3, seinen Erholungsurlaub. Zur Zeit ist er nicht eingesetzt. Er steht z. B. V. für Reichsminister Speer.“ (Bundesarchiv PK/U157).

Zörner ist in Dresden mindestens einmal umgezogen. Seine erste S-Adresse lautet Bautzenerstr. 112. Jetzt ist es amtlich. Zörner ist nach seiner Verabschiedung als Gouverneur in Lublin nach Dresden zurückgekehrt, untersteht dem Stab Speer und ist faktisch beurlaubt. Himmler muß erkannt haben, daß Zörner für ihn unangreifbar ist, da er von Speer bzw. Hitler geschützt wird. Hitler sah in Zörner vermutlich einen alten Kämpfer, der immer loyal war und ihm die ersehnte Staatsbürgerschaft verschafft hat. Auch wenn ihm die vielen Konflikte, die Zörner mit Klagges, Mutschmann und sogar Himmler ausgetragen hat, nicht gefallen haben mögen, so sah er doch keinen Grund, Zörner fallen zu lassen. Zörner muß mindestens bis August 1944 in Dresden wohnen geblieben sein.

28.7.1943

Genehmigung der Gründung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) durch Minister Rust.

Sommer 1943

Jetzinger bekommt den Auftrag, die Linzer Akten Hitlers zu suchen. Zu diesem Zweck wird er an die Studienbibliothek Linz versetzt.

Diese Akten hatte er selber versteckt!

20.9.1943

Gespräch Lauterbachers mit Herzig (TH) und Grothe (Clausthal) bezüglich der BWG. Lauterbacher will einbezogen sein und die Gegenründung verhindern. Die BWG soll nur Unterabteilung der Leibniz-Gesellschaft sein (Stubenvoll 1988, S. 51).

Anschließend mußten Herzig und Grothe ihre Rektorate aufgeben.

30.11.1943

Konstituierende Sitzung der BWG im Rektorat des neuen TH-Rektors Fritz Gerstenberg, der zugleich Präsident der BWG wird. Roloff wird zum Generalsekretär ernannt.

Die Gründung der BWG läßt sich als Gegenründung zur Leibniz-Gesellschaft in Hannover interpretieren bzw. ist Ergebnis der Rivalität zwischen Klagges und Lauterbacher (Müller 1996). Im Hintergrund spielte aber auch die mögliche künftige Konkurrenz zu dem Hochschulstandort Lebenstedt eine Rolle (Stubenvoll 1988). Die Bestellung Roloffs zum Generalsekretär ist ein Indiz für das gute Verhältnis zwischen Klagges und Roloff (Lammers 2015, S. 45). Roloff wird bis in die Nachkriegszeit Generalsekretär bleiben.

9.12.1943

Erste Arbeitstagung der BWG in Anwesenheit von Klagges und Heilig.

Heilig wurde allerdings erst im März 1944 Kreisleiter von Braunschweig.

24.12.1943

Koller gerät in sowjetische Gefangenschaft.

Ende 1943

Fertigstellung von etwa 20.000 Wohnungen in Salzgitter

1944

Zörner wird von Hildegart(d) Schack geschieden.

19.3.1944

Berthold Heilig wird Kreisleiter von Braunschweig (bis 8.5.1945)

Juni 1944

Die Reichskanzlei listet alle Führerbefehle bezüglich des Verhältnisses Hannover – Braunschweig auf.

Offenbar waren diese nicht widerspruchsfrei. Der Konflikt Hannover – Braunschweig schwelt immer weiter.

27.6.1944

Schmidt-Bodenstedt (Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung) verweigert in einem Schreiben an Klagges, daß Berger mit der vorläufigen Aufsicht über die Lehrerbildungsanstalten im Land Braunschweig betraut wird.

7.7.1944

Klagges bedauert in seinem Antwortschreiben an Schmidt-Bodenstedt die Entscheidung und bitte abermals, daß Berger mit der aushilfsweisen Zuständigkeit betraut wird. (Nachlass Berger G41)

Der Vorgang wurde von den Nachfahren Bergers als Beleg verwendet, daß Berger kein Parteigänger des Nationalsozialismus war. Denkbar ist aber auch, daß hier ein alter Konflikt zwischen Schmidt-Bodenstedt und Klagges fortgesetzt wurde. Schmidt-Bodenstedt war ursprünglich ein Zögling von Klagges, wurde aber (nach eigener Aussage) von radikaleren Kräften wie Alpers und Jeckeln in der Gunst Klagges verdrängt und nach Berlin zu Bernhard Rusts Ministerium weggelobt.

28.7.1944

Der ehemalige braunschweiger Stahlhelm-Führer Werner Schrader, der zeitweise den Sprengstoff für Stauffenberg verwahrte, begeht Selbstmord nach dem gescheiterten Aufstand des 20. Juli.

7.8.1944

Zörner rechtfertigt sich in einem Schreiben an Himmler bezüglich seiner Tätigkeit als Gouverneur in Lublin und verlangt Auskunft, was man ihm vorwirft.

August 1944

Himmler lehnt es als Reichsinnenminister (Nachfolger von Frick) ab, sich vor Kriegsende mit dem „ungeklärten Fragenkomplex“ Hannover-Braunschweig zu befassen.

Vielleicht weil er wußte, daß Hitler hier persönlich involviert war und selber immer wieder dilatorisch handelte.

Zörner erhält aus dem Stab Himmlers die Mitteilung, daß er zukünftig nur außerhalb einer staatlichen Funktion eingesetzt wird.

Himmler übt immer noch Druck auf Zörner aus. Evtl. ist Zörner in einen Zuständigkeitskonflikt (Machtkampf?) zwischen Himmler und Speer geraten, dessen Stab er formal immer noch angehört. Später wird Zörner als Leutnant der Wehrmacht in einer Nachrichteneinheit im tschechischen Beraun südwestlich von Prag stationiert. Diesen Rang hatte er bereits im 1. Weltkrieg erreicht. Gegenüber seinem Rang als Oberbürgermeister bzw. als Gouverneur muß dies als krasse Degradierung gewertet werden.

1.9.1944

Roloff verfaßt einen Vermerk bezüglich der Autorenschaft von „Tausendjähriges Braunschweig“. Demnach hat er das Manuskript in den Jahren 1938/39 ohne das letzte Kapitel verfaßt. Die Veröffentlichung habe an der kriegsbedingt notwendigen Papierzuteilung zu scheitern gedroht. Die Kreisleitung habe die Berücksichtigung der NS-Zeit verlangt und selber das letzte Kapitel verfaßt. Roloff sei lediglich gestattet worden, es stilistisch zu überarbeiten. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

3.9.1944

Alpers begeht Selbstmord, nachdem er an der Westfront bei Mons schwer verwundet wird. *Alpers hatte sich freiwillig zum Wehrdienst gemeldet.*

4.9.1944

Der Verleger Paul Graff, bei dem Roloffs Buch erscheinen sollte, bestätigt den Inhalt des Vermerks. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Der Vermerk und dessen Bezeugung, die Roloff jun. im Nachlaß des Vaters gefunden hat, sind interpretationsbedürftig. Unterstellt, daß der Vermerk tatsächlich am 1.9.1944 verfaßt worden ist und nicht erst nach 1945 fabriziert wurde, dann macht er deutlich, daß Roloff wie viele andere weitsichtige Persönlichkeiten sehr früh anfängt, sich für die Nachkriegszeit abzusichern. Ihm ist klar, daß ihm das Schlußkapitel des Buches Probleme bereiten wird. Ob die Leugnung der Autorenschaft zutrifft, ist damit noch nicht belegt. Auch das Vorwort und der Anfang des 1. Kapitels lassen sich als Eloge auf die NS-Zeit lesen. Die Bezeugung durch Graff hat wenig Gewicht, da dieser als Verleger und Unterzeichner des Vorworts ebenfalls betroffen war. Der Hinweis, daß die Kreisleitung gestattet habe, das letzte Kapitel stilistisch zu überarbeiten, kann auch ein besonderer Schachzug sein, da Roloff so dem Argument verbaut, es gäbe keinen stilistischen Unterschied zu den anderen Kapiteln. Genau dies wurde später als Beleg für seine Autorenschaft auch des letzten Kapitels gewertet.

Der Punkt ist auch im Hinblick auf die Mitverantwortung bei der Einbürgerung Hitlers wichtig, weil er ein Indiz ist, ob Roloff mit den Nazis sympathisiert oder sich nur opportunistisch verhalten hat.

Oktober 1944

Konrad Heiden veröffentlicht die erste Biographie über Hitler „Der Fuehrer: Hitler's Rise to Power“ bei Victor Gollancz in London. Auf S. 351 wird auf zehn Zeilen die Braunschweiger Einbürgerung erwähnt.

Die näheren Umstände der Einbürgerung und deren Bedeutung für Hitlers „Rise to Power“ werden nicht thematisiert. Das Buch wird von Jetzinger kritisiert, da Heiden sich kaum auf Quellen stütze.

27.1.1945

Hitler erinnert sich während einer Lagebesprechung in der Reichskanzlei an seine Tätigkeit als braunschweigischer Regierungsrat. Göring interveniert „Aber nicht ausübender“. Hitler kontert: „Sagen Sie das nicht. Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht.“ (Lent 2010)

Der Fund von Lent liefert einen zentralen Beleg für die These, daß Hitler sich für seine Einbürgerung gegenüber Braunschweig erkenntlich gezeigt hat. Die Bemerkung stimmt insofern, als er die Selbständigkeit Braunschweigs persönlich garantiert, dessen territoriale Arrondierung durch den Gebietstausch entschieden und durch die vielen Großprojekte einen regelrechten Modernisierungsschub ausgelöst hat. Insofern ist er im Nachhinein sogar seiner Aufgabe als Regierungsrat, Wirtschaftsförderung für das Land Braunschweig zu betreiben, mehr als gerecht geworden.

30.1.1945

Letzte Rundfunkrede Hitlers

9.2.1945

Giesler präsentiert Hitler das Modell der Donauuferbebauung von Linz im Maßstab 1 : 500, das er im Keller der Reichskanzlei in Berlin aufgebaut hat. (Foto in Hitler und die Deutschen, S. 79)

Hitler ergeht sich zum letzten Mal in seiner Modellwelt und den Phantasien zur Umgestaltung von Linz zu seinem Alterssitz mit angeschlossenem „Führermuseum“. Giesler erfährt den Höhepunkt seiner Architektenlaufbahn. Die Planung für Linz wird bis März 1945 fortgesetzt.

Linz, die Stadt, die ihn 1925 als Österreicher ausbürgerte, und Braunschweig, das ihn 1932 als Deutschen einbürgerte, haben ihn bis zu seinem Ende beschäftigt. Beide Vorgänge müssen für Hitler eine große persönliche Bedeutung gehabt haben. Es ist schon seltsam, warum dieser Zusammenhang von den Hitler-Biographen völlig außer Acht gelassen wird.

13.2.1945

Im Zuge des Luftangriffs auf Dresden wird Zörners Wohnung in Dresden-Blasewitz, Jüngsstr. 3, zerstört. Die älteste Tochter, Johanne-Lore Zörner, geht nach Beraun bei Prag und bezieht ein Zimmer, um in der Nähe des Vaters zu sein, der in einer Kaserne untergebracht ist. Die beiden jüngeren Töchter kehren nach Braunschweig zurück und werden von der Tante Helene Heimbs, geb. Zörner, und Carl Heimbs, Am Fallerslebertore 6, aufgenommen.

Vom Verbleib der Stiefmutter und 2. Frau Zörners ist in den Quellen keine Rede. Helene Heimbs war zu diesem Zeitpunkt bereits gestorben (?).

Die Aufnahme der beiden ausgebombten Kinder ist ein Indiz, daß die Kontakte zwischen Zörner und Heimbs bis 1945 immer noch sehr eng waren. Immerhin hätte die Alternative bestanden, daß die beiden Kinder von der anderen Tante, Margarete Stiller, geb. Zörner, wohnhaft in Hamburg, oder von Onkel Walter hätten aufgenommen werden können. Allerdings war das alte Zörnersche Haus in Braunschweig, Gördelingerstr. 48, in dem weiterhin die Tante Margarethe gewohnt hatte, wie das Haus am Hohetor Wall 7 bereits zerstört.

Ende März 1945

Regierungsdirektor Lehmann befragt Klagges, ob u.a. die Personalakte Hitlers vernichtet werden soll. Klagges entscheidet, daß sie erhalten bleibt.

Lehmann war 1932 laut späterer Aussage von Kiesel mit der Einbürgerung Hitlers befaßt. Insofern hat er sicher nicht nur routinemäßig bei Klagges angefragt, sondern ein persönliches Verschleiерungsinteresse gehabt. Lehmann wurde als ehemaliger NS-Kreisleiter aufgrund anderer Vergehen 1947 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Klagges wird seine Entscheidung am 15.11.1947 im Zuge einer Zeugenvernehmung erklären. Die Akten der Staatsregierung waren zu diesem Zeitpunkt nach Königslutter bzw. Bad Harzburg ausgelagert, um sie vor Bombenangriffen zu schützen. Hintergrund der Anfrage war ein Geheimbefehl des Reichsinnenministeriums, alle wichtigen Akten zu vernichten, bevor sie in die Hand des Feindes fallen. Klagges soll argumentiert haben, daß die Zeit nicht mehr ausrei-

che, um alle Akten zu sichten und wichtige auszusondern. Womöglich haben andere Motive eine Rolle gespielt. Entweder wollte Klagges seine Mitwirkung bei der Einbürgerung für die Nachwelt erhalten oder er wollte Belege erhalten, daß viele beteiligt waren und seine Rolle somit relativiert würde.

Offenbar haben diverse Beamte sich dennoch gerne an den Befehl des Reichsinnenministeriums gehalten und Personalakten auf eigene Faust vernichtet, um belastende Aktivitäten zu vertuschen. Vgl. dazu auch Dieter Lent, NLA WO 12 Neu Personalakten. MR Kiesel könnte einer von diesen gewesen sein, da seine Personalakte nur noch fragmentarisch vorhanden ist (4Nds Nr. 152 Zg. 63/1992).

10.4.1945

Papen wird von den Amerikanern in einer Jagdhütte verhaftet.

Besetzung von VW-Werk und Stadt des KdF-Wagens durch amerikanische Truppen. In der Stadt leben 17.109 Menschen, das Werk hat ca. 9000 Beschäftigte.

11.4.1945

Die Reichswerke und die Stadt Watenstedt-Salzgitter werden von amerikanischen Truppen besetzt.

Selbstmord des Bürgermeisters Hans-Joachim Mertens. Klagges setzt den Rechtsanwalt Dr. Erich Bockler zum Oberbürgermeister und Polizeihauptmann Stahl zum Polizeipräsidenten ein. Kreisleiter Heilig flieht.

5 Die Nachgeschichte I: Entnazifizierungsverfahren und gegenseitige politische Belastung der an der Einbürgerung Beteiligten 1945-1960

10.4.1945

Amerikanische Truppen überschreiten zwischen Lafferde und Bodenstedt die Grenze des Landes Braunschweig. Carl Lauenstein über gibt das Dorf als Parlamentär, um es vor der Zerstörung zu retten. Anschließend wird er unter ungeklärten Umständen erschossen.

Offiziell wird ein amerikanischer Posten bzw. ein Mißverständnis verantwortlich gemacht. Womöglich ist er von einem Dorfbewohner erschossen worden, der fürchtete, daß Lauenstein wieder seine alte Rolle als Dorfvorsteher übernimmt.

11.4.1945

Die Kapitulationsverhandlungen auf der Wedtlenstedter Schleuse am Stichkanal nach Salzgitter werden ergebnislos abgebrochen. Während der Verhandlungen werden die Kanalbrücken gesprengt. Dennoch überqueren amerikanische Panzer den Kanal an der Scxhleuse.

12.4.1945

In der Nacht kommt es gegen 1 Uhr im Park-Hotel zum ersten Kontakt zwischen einem amerikanischen Stoßtrupp und der braunschweiger Polizei. Der Streifenführer übermittelt den Wunsch Bocklers, die Stadt übergeben zu wollen. (Krause 2005, S. 83). Das Übergabeprotokoll wird um 2.59 Uhr unterzeichnet. (Text in Krause 2005, S. 125-127)

Im selben Park-Hotel hatten am 17.2.1932 gegen 22.00 Uhr Frank und Zörner mit Heimbs über die Einbürgerung Hitlers im Freistat Braunschweig verhandelt und den Durchbruch erzielt, der wenige Tage später zur Einbürgerung Hitlers geführt hat. Damit hat sich der Kreis sogar in einem lokalen Sinne geschlossen.

Die Stadt Braunschweig wird gegen 11.00 Uhr von amerikanischen Truppen, die über den Madamenweg einrücken, besetzt. Bockler wird von den Amerikanern als Oberbürgermeister bestätigt. Klagges bleibt zunächst als Ministerpräsident im Amt und nimmt an den Übergabeverhandlungen teil.

Der Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, Hartmann Lauterbacher, hat in Berlin eine letzte Begegnung mit Hitler und Goebbels und setzt sich anschließend nach Österreich ab.

13.4.1945

Ministerpräsident Klagges wird in seinem Amtssitz verhaftet und zunächst im Vieweg-Haus am Burgplatz und später im Rennelberg-Gefängnis inhaftiert. (War Diary; Krause 2005, S. 86)

Klagges bleibt bis zu seinen Prozessen in Arrest. Die Familie räumt die Dienstvilla Am Löwenwall 3 unter Mitnahme des gesamten Inventars, darunter auch Bilder Braunschweiger Muse-

en, und zieht in das Klaggessche Haus in Bad Harzburg-Bündheim, Prinz Albrechtstr. 38. Nach einer Denunziation werden die Bilder von der Besatzungsmacht wieder abgeholt.

MR Marquardt und anschließend MR Herbert Lehmann übernehmen die Geschäfte des Staatsministeriums, werden jedoch von den Amerikanern verhaftet.

Lehmann war NS-Kreisleiter.

14.4.1945

Übergabe des Stadt Braunschweig an die Militärverwaltung und Vernehmung der führenden Beamten der Landesregierung

15.4.1945

Amerikanische Truppen besetzen die Stadt des KdF-Wagens.

16.4.1945

Gergard Marquardt, Ministerialrat im Innenministerium, wird von der britischen Militärregierung (Oberstleutnant Brodie) zum Ministerpräsidenten von Braunschweig berufen.

Marquardt (DNVP) war bereits 1924-1927 braunschweigischer Ministerpräsident, bis er von Jasper abgelöst wurde.

19.4.1945

Die Landesregierung ist nicht funktionsfähig. Die Militärverwaltung ist auf der Suche nach einer geeigneten Person, die als Ministerpräsident fungieren kann. Die Gefängnisse von Braunschweig (Rennelberg) und Wolfenbüttel werden untersucht und die politischen Gefangenen entlassen. (bis.19.5.) Inhaftiert bleiben nur etwa 400 Kriminelle.

20.4.1945

Vernehmung der Repräsentanten der Landkreise des Landes Braunschweig

22.4.1945

Hubert Schlebusch (SPD) nimmt die Amtsgeschäfte als Amtierender Ministerpräsident auf.

Schlebusch war 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD und 1933 und 1935 im KZ inhaftiert

24.4.1945

Der Ministerpräsident (für eine Woche) Marquardt wird von den Amerikanern verhaftet und ein Jahr lang interniert. Danach wird er ohne Anklage wieder freigelassen.

Die Marquardt-Affäre deutet auf Kompetenzstreitigkeiten und Kommunikationsdefizite, die aus dem Nebeneinander von britischer Militärverwaltung und amerikanischer Besatzung resultieren. Ob seine Verhaftung auf eine zu große Nähe zur NSDAP hindeutet, evtl. auch im Zusammenhang mit einer möglichen Rolle bei der Einbürgerung Hitlers zu sehen ist, ist unklar

Schlebusch wird als Amtierender Ministerpräsident von den Amerikanern offiziell eingesetzt (bis April 1946). Schlebusch wird zugleich Innen- und Finanzminister.

30.4.1945

Hitler begeht Selbstmord im „Führerbunker“ in Berlin.

1.5.1945

Bockler übernimmt das Justiz- und Volksbildungsministerium nebenamtlich.

Bockler wird am 1.6.1945 hauptamtlicher Minister bis zum 31.7.1945. Danach bleibt der zweite Ministerposten unbesetzt.

3./4.5.1945

Letzter Kontakt von Johanne-Lore Zörner mit dem Vater in Beraun bei Prag. Johanne-Lore setzt sich mit dem Zug via Prag nach Österreich (Salzburg) ab. Der weitere Verbleib Zörners ist unklar. Am 4.5.1945 beginnt der Prager Aufstand gegen die deutsche Besatzung.

Zörner soll sich im Protektorat Böhmen und Mähren aufgehalten und nach „Gerüchten“ beim Einmarsch der sowjetischen Truppen Selbstmord begangen haben. (Musial 1999, S. 400) Der Hinweis von Musial geht evtl. auf die Aussage der ältesten Tochter gegenüber dem Braunschweiger Amtsgericht 1959 zurück. Jedenfalls hat Musial bei seinen Recherchen die Akte im Niedersächsischen Staatsarchiv eingesehen. Laut Meldekartei der Stadt Braunschweig gilt Zörner seit Ende des 2. Weltkriegs als verschollen. (Stadtarchiv Braunschweig DI K 811)

Nicht völlig auszuschließen ist allerdings, daß die Scheidung von seiner 2. Frau (vielleicht anlässlich seiner Abordnung zur Armee nach Beraun) nur ein Manöver war, um nach der absehbaren deutschen Niederlage unterzutauchen. Immerhin gibt es den Hinweis, daß eine Hildegard Schack nach 1945 von den Alliierten im Zusammenhang mit der Verlagerung von Vermögenswerten der Wifo verhört worden ist. Zuzutrauen ist Zörner auf jeden Fall, daß er sich in den letzten Kriegstagen unter falschem Namen und ausgestattet mit ins Ausland verschobenen Finanzmitteln via Österreich und Italien abgesetzt hat. Dafür fehlen aber die Belege. Wäre er wie Frank gefangen genommen und womöglich an Polen ausgeliefert worden, hätte ihm die Todesstrafe gedroht.

4.5.1945

Der neugegründete „Braunschweiger Bote“ meldet in seiner ersten Ausgabe den Tod Hitlers, die Hinrichtung Mussolinis, den Fall Berlins und spekuliert über den Selbstmord von Goebbels. (Faksimile in Krause 2005, S. 112)

Frank wird in Neuhaus am Schliersee verhaftet. Er übergibt den Amerikanern seine 43 Bände umfassenden Tagebuchaufzeichnungen. In der Nacht nach der Verhaftung versucht er, sich umzubringen.

Darin finden sich Hinweise auf die Tätigkeit Zörners im Generalgouvernement (Präg/Jacobmeyer 1975).

Küchenthal fertigt eine Abschrift seines Vermerks vom 13.2.1932 an und läßt diesen von seiner Sekretärin Margarte Gent bestätigen. In dem Vermerk geht es um die informellen Verhandlungen zwischen Klagges und Küchenthal über die Einbürgerung Hitlers qua Professur. Küchenthal dokumentiert darin seine Nichtzuständigkeit und verweist auf den Dienstweg. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

5.5.1945

Boden verfaßt Aufzeichnungen mit einer eidesstattlicher Erklärung zur Ernennung Hitlers: „Alles war in dieser amtlichen Angelegenheit auf Seiten der NSDAP...von vorn herein nichts anderes...als Lug und Trug.“ (Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel 250 N 295)

Der Text liest sich drei Tage vor der deutschen Kapitulation als ein Persilschein in eigener Sache, falls Boden mit dem Vorwurf konfrontiert wird, für die Einbürgerung Hitlers verantwortlich zu sein. Seine Aussage steht in Gegensatz zu seinem Vermerk vom 26.2.1932, dem Tag nach dem Besuch Küchenthals in Berlin. Beide Male ist Boden die Bedeutung des Vorgangs klar gewesen, nur ging es jeweils um die Absicherung/Rechtfertigung in eine andere Richtung: Es handelt sich bei dem Dokument um einen frühen Hinweis, daß viele derjenigen, die irgendwie mit der Einbürgerung Hitlers befaßt waren, nachträglich ihre Rolle als unbedeu-

tend erscheinen lassen wollen bzw. der Einbürgerung insgesamt eine besondere Bedeutung absprechen.

*Daß er sich kurz vor Ende des Krieges und nahezu zeitgleich zu Küchenthal mit der Einbürgerung befaßt, kann Zufall sein, könnte aber auf eine Persilschein-Absprache zwischen Küchenthal und Boden hindeuten. Immerhin hatten beide 1932 kurz vor der Einbürgerung in Berlin unter konspirativen Umständen ein langes Gespräch und hatten **beide** damals auch schon Aufzeichnungen angefertigt.*

7.5.1945

Das gesamte Land Braunschweig ist von amerikanischen Truppen besetzt.

MR Paul Kiesel muß den Fragebogen der Militärbehörde ausfüllen.

Der Fragebogen wurde offenbar nur lückenhaft ausgefüllt. Am 4.3.1946 wird Kiesel seine Angaben korrigieren. Er habe u.a. „vergessen“, seit 1935 „förderndes Mitglied der SS“ gewesen zu sein. (4 Nds Nr. 152)

8.5.1945

Deutsche Kapitulation und Kriegsende.

Viele Nazi-Größen gelten seitdem als verschollen.

Bernhard Rust begeht Selbstmord in Berne/Oldenburg

19.5.1945

Schlebusch fragt nach der Personalakte Hitlers, die vor Kriegsende aus Braunschweig ausgelagert worden ist.

Die Akten des Staatsministeriums sind während des Krieges nach Königsutter bzw. Bad Harzburg ausgelagert, aber bereits Ende April Anfang Mai nach Braunschweig zurückgeholt worden. Insofern dürfte ihm die Akte rasch vorgelegen haben. Von der Kopie für das NS-Parteiarchiv weiß er nichts.

25.5.1945

Erste Versammlung der von der amerikanischen Besatzungsmacht ernannten Stadtverordneten der „Stadt des KdF-Wagens“. Die Stadtverordneten ändern den Namen der Stadt auf Drängen der Besatzungsmacht in „Wolfsburg“.

Die Besatzungsmacht hat sich bei der Namensgebung am Namen des gleichnamigen örtlichen Schlosses orientiert. Ob die Stadtverordneten insgeheim zugleich Hitler eine letzte Referenz erweisen wollten, ist eine in der Literatur umstrittene These. Immerhin hat die rechtsradikale „Deutsche Reichspartei“ bei den Kommunalwahlen 1948 in Wolfsburg fast 65 Prozent der Stimmen erreicht. (Wohlfrohm 2001; Kroll 2001)

29.5.1945

Küchenthal, noch Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, wird durch Major Southey, Financial Officer der Militärregierung, vernommen. Seine Aussage gipfelt in dem Satz: „I am not personally responsible.“ (3 Nds 92/1 Nr. 48470, BNd. 1)

Er, Küchenthal, sei nur ausführendes Organ der BEL gewesen.

Küchenthal verwarft sich in einem Schreiben an Major Southey „Betr. Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“ gegen die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers. Er habe lediglich einen Beschluß der Regierungsparteien umgesetzt. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Der Brief ist die Reaktion auf einen Fragebogen, der Küchenthal von den Militärbehörden vorgelegt worden ist. In dem Brief wird bereits die Argumentation skizziert, die Küchenthal seitdem immer wieder und immer ausführlicher vortragen wird. Noch vor seiner Entlassung antizipiert Küchenthal, welcher Vorwurf auf ihn zukommt. Geahnt hat er es sicher seit 1932.

31.5.1945

Herzig wird aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft als Professor der TH entlassen. (Personalakte Herzig)

1.6.1945

Ernst Böhme wird erneut Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.

4.6.1945

Schlebusch als Amtierender Ministerpräsident und Bockler als Amtierender Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und Minister für Justiz und Volksbildung werden bestätigt.

Die Wochenzeitung „Braunschweiger Bote“ erscheint unter amerikanischer Kontrolle.

5.6.1945

In Braunschweig Ablösung des amerikanischen Townmajors durch den britischen Townmajor Group-captain Hicks.

Im Laufe des Junis werden die amerikanischen durch britische Truppen ersetzt.

Juni 1945

Die britische Militärregierung verlangt von der Braunschweigischen Staatsregierung die Aushängung der Personalakte Hitlers. Schlebusch händigt die Akte der Militärregierung (Group-Captain Hicks) aus, die sie an den Leiter des britischen Sicherheitsdienstes Mr. Batlett, weiterreicht. (4 Nds Zg. 27/1999 Nr. 154)

Dies soll auf Veranlassung von Churchill geschehen sein. Es spricht alles dafür, daß das komplette Original der braunschweiger Personalakte Hitlers (Hauptakte + 3 Beiakten) auf diese Weise nach London gelangt ist und sich immer noch dort befindet. Zuvor hat Schlebusch allerdings noch mindestens zwei Kopien der Akte anfertigen lassen. Von denen ist eine an den späteren Braunschweigischen Ministerpräsidenten und Nachfolger von Schlebusch Kubel gegangen. (4 Nds Zg. 27/1999 Nr. 154)

9.6.1945

Der Bürgermeister von Wolfsburg teilt der Besatzungsmacht die Namensänderung mit.

27.6.1945

Der Oberpräsident in Hannover verkündet im Amtsblatt: „Mit Zustimmung der Militärregierung genehmige ich, daß die Stadt des KdF-Wagens in Stadt „Wolfsburg“ umbenannt wird.

29.6.1945

Pastor Max Hintze aus Schöningen schreibt an die Militärregierung und initiiert damit Untersuchungen über die politischen Parteien Braunschweigs in den Jahren 1930-1933. Er belastet Küchenthal.

Hintze hatte am 11.4.1945 zusammen mit Bürgermeister Scheifele die Stadt Schöningen den amerikanischen Truppen übergeben, um sie vor dem Beschuß zu bewahren. Daß Hintze namentlich Küchenthal und nicht etwa Klagges beschuldigt, deutet auf Insiderwissen bzw. auf die Wahrnehmung der Verantwortung für die Einbürgerung bei kritischen Zeitgenossen hin.

30.6.1945

MR Kiesel wird durch die britische Militärbehörde aus politischen Gründen entlassen.

Juli 1945

Gassner wird als Amtierender Rektor der TH eingesetzt.

Otto Schmitz wird der freie Lehrstuhl für Werkstoffkunde und Schweißtechnik an der TH übertragen.

2.7.1945

Im War Diary des 120. Military Detachment werden die Aussagen Hintzes zusammengefaßt: Küchenthal sei der Führer der „German National Party“, identisch mit dem Stahlhelm, gewesen. „He states that the German National Party which in fact was the only party in Brunswick to join the National Socialist Party (Hitler) and that KÜCHENTHAL was the prime mover in making HITLER a citizen of Brunswick, by which he became a German citizen. KÜCHENTHALS past is again being investigated.“ (War Diary vom 2.7.1945)

Der Eintrag im War Diary ist der erste Hinweis, daß Küchenthal ins Visier der Amerikaner als Hauptverantwortlicher für Hitlers Einbürgerung gerät. Die Anschuldigung dürfte Einfluß auf seine Entlassung als Staatsbankpräsident, seine Arrestierung und die Anschuldigungen in den folgenden Entnazifizierungsprozessen gehabt haben. Mit der „German National Party“ ist die DNVP gemeint, deren führende Vertreter (abgesehen von Roloff) 1933 zur NSDAP übergelaufen sind.

Küchenthal wird seitdem bis zu seinem Lebensende gegen den Vorwurf der Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers ankämpfen, ohne damit Erfolg zu haben.

9.7.1945

Generalstaatsanwalt Kurt Staff beginnt mit seinen Ermittlungen im Auftrag der Militärverwaltung. Dabei geht es u.a. um die Verantwortlichkeit in der Einbürgerungsfrage an. Dazu

werden u.a. Klagges, Küchenthal und Roloff vernommen. (vgl. dazu War Diary vom 9.7.1945; Pollmann 1995, S. 463)

Bei den Aussagen der Beteiligten ist immer in Rechnung zu stellen, daß bei den Entnazifizierungsverfahren gegenseitige Persilscheine ausgestellt, aber auch alte Rechnungen beglichen wurden.

Bemerkenswert ist, daß in Braunschweig das Thema der Einbürgerung Hitlers und die Frage der Verantwortlichkeit unmittelbar nach Kriegsende präsent war und bei der politischen Aufarbeitung der NS-Zeit eine große Rolle gespielt hat. Der gesamte Vorgang ist später allmählich in Vergessenheit geraten, weil alle Beteiligten aufgrund ihrer Verstricktheit kein wirkliches Interesse an der Aufklärung hatten und weil die wissenschaftliche Aufarbeitung erst 1960 mit Morsey und Roloff einsetzte.

1.8.1945

Staff wird Generalstaatsanwalt in Braunschweig. Er richtet eine vierköpfige Arbeitsgruppe zur Verfolgung von NS-Verbrechen ein.

Staff war bis zum 1.10.1947 (nach anderer Version bis Mai 1948) im Amt, als er Senatspräsident am neu eröffneten Obersten Gerichtshof in der Britischen Zone wurde. In diese Phase fällt die konsequente Verfolgung von NS-Verbrechen. Nachfolger im August 1950 wurde Fritz Bauer. In der Zwischenzeit blieb das Amt unbesetzt. Dittmann vertritt die These, daß politische Gründe (Intervention alter Seilschaften im Justizapparat) für die Vakanz verantwortlich waren, da in die fragliche Zeit der Klagges-Prozeß und der Rieseberg-Prozeß gefallen sind. Unter Beteiligung eines Generalstaatsanwalts Bauer wären die Urteile härter ausgefallen. Demnach hatte Bauer sich bereits 1949 um das Amt beworben.

August 1945

Sauke wird in Internierungshaft überführt, nachdem er im Frühjahr in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten war.

Anfang Januar wird er entlassen, muß sich aber Anfang 1950 vor dem Schwurgericht am Landgericht Braunschweig verantworten.

7.8.1945

Kiesel wird in einem Schreiben beschuldigt, Nazi gewesen zu sein. (4 Nds Nr. 152)

9.8.1945

Küchenthal wird von Schlebusch für den 13.8. einbestellt.

Offenbar ist seine Entlassung bereits entschieden.

13.8.1945

Küchenthal wird durch Schlebusch bzw. die Alliierte Militärregierung als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank entlassen. Die Bekleidung öffentlicher Ämter wird ihm untersagt. „Bis auf weiteres“ wird er zu Arrest verurteilt. „By order of Military Government you are confined to house arrest until further notice.“ (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Der (Haus)arrest dauerte formal bis zum 31.7.1950.

14.8.1945

Küchenthal bezeichnet sich seitdem als „Bauer“. Er bewirtschaftet 47,5 ha in Hedeper bei Wolfenbüttel.

23.8.1945

Rektor Gassner fertigt eine Liste von belasteten Mitgliedern und NS-Gegnern der TH Braunschweig an. Roloff wird darin bescheinigt, sich „antinationalsozialistisch“ betätigt zu haben.

Gassner wird diese Aussage anlässlich der Suspendierung Roloffs mehrfach wiederholen. Es gibt Indizien, daß Gassner und Roloff freundschaftlich verbunden waren.

25.8.1945

Küchenthal wird erstmals durch die Militärregierung befragt.

5.10.1945

Schreiben von Roloff an Gassner im Zusammenhang mit seiner bevorstehenden Suspendierung in Reaktion auf eine Anfrage Gassners. Roloff führt darin aus, daß er 1932 entscheidend auf Drängen von Kollegen und aus eigener Veranlassung gegen die Berufung Hitlers an die TH gewirkt habe. Die spätere Anstellung Hitlers als Regierungsrat sei ein einfacher Verwaltungsakt gewesen, der nicht der Zustimmung des Parlaments bedurfte. Die Einbürgerung sei

mit der Teilnahme Hitlers im 1. Weltkrieg zu rechtfertigen gewesen. Es sei besser gewesen, Hitler politisch als mit juristischen Mitteln zu bekämpfen. Er, Roloff, habe bei der Präsidentschaftswahl gegen Hitler gestimmt. Die Nichteinbürgerung in Braunschweig hätte den Aufstieg Hitlers nicht verhindern können. Die Reichstagsparteien trügen für die Einbürgerung bzw. die Nichtausweisung Hitlers 1923 die Verantwortung. Im zweiten Teil nimmt er zum Vorwurf der Verherrlichung des Nationalsozialismus in seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ Stellung.

Das Schreiben Roloffs ist nach Boden und Küchenthal der dritte Versuch eines maßgeblich Beteiligten an der Einbürgerung, sich einen Persilschein in eigener Sache auszustellen. Er skizziert bereits den Mainstream der späteren Einlassungen: Die Einbürgerung war für Hitlers Karriere unerheblich. Verantwortung tragen andere. Wenn sie aber so unerheblich war, warum bemühen sich die Beteiligten dann so sehr, ihre Verantwortung zu leugnen und ihre Mitwirkung als unbedeutend erscheinen zu lassen?

12.10.1945

An diesem Tag wird die Akte über den Verbleib bzw. die Versuche der Rückholung der braunschweigischen Personalakte Hitlers angelegt. (4 Nds Zg 27/1999 Nr. 154)

Sie endet 1959 ohne Ergebnis. Es spricht alles dafür, daß das Original der Personalakte von Schlebusch der britischen Besatzungsmacht ausgehändigt und im Juni 1945 nach London verbracht worden ist.

23.10. 1945 (oder 12.10.)

Roloff wird (bis 24.1. 1946) vom Amt suspendiert. Aus den Stellungnahmen Roloffs und den erbetenen Entlastungsschreiben von Kollegen geht hervor, daß er der Begünstigung – durch Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers - und Verherrlichung – in seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ - des Nationalsozialismus bezichtigt wird.

Viele Indizien sprechen allerdings dafür, daß Roloff spät – nachdem Hitler bereits eingebürgert war – in vorsichtige Opposition gegangen ist. So soll er bespitzelt und von der Gestapo überwacht worden sein.

Herzig wird aus politischen Gründen (wann?) entlassen.

1953 wird er Professor zur Wiederverwendung.

25.10.1945

Robert Ley begeht Selbstmord im Nürnberger Untersuchungsgefängnis.

Ley, Reichsleiter der NSDAP, Leiter der DAF und zuständig für den Bau des VW-Werks gehörte zu den 24 in Nürnberg angeklagten Hauptkriegsverbrechern. Durch den Selbstmord entzog er sich dem Prozeß.

31.10.1945

Eingabe Gassners an die Britische Militärregierung, in dem er sich für Roloff verwendet. Roloff sei gegen die Berufung Hitlers gewesen. Das letzte Kapitel aus „Tausendjähriges Braunschweig“ sei nicht von Roloff verfaßt worden. (Stadtarchiv Barunschweig GIX 43:1-2)

Die Eingabe ist ein weiteres Indiz, daß Roloff und Gassner seit 1933 insgeheim kooperiert haben und zur nationalkonservativen Opposition gegen die NSDAP in Braunschweig gehört haben. Gassner hat sich dabei mehr exponiert und wurde deshalb verfolgt. Roloff hat sich zumindest nach außen opportunistisch angepaßt und konnte weitermachen. Nach 1945 haben beide die alte Seilschaft widerbelebt. Insofern gehörte Gassner zur Fraktion Roloff.

November (oder Oktober) 1945

Koller wird aus sowjetischer Gefangenschaft entlassen und kehrt nach Wolfsburg zurück.

Die Tochter Monika Simeth erklärt 2015 im Interview die frühe Entlassung mit einer Krankheit bzw. dem Verdacht auf Tuberkulose, die von einer die Gefangenen betreuenden jüdischen Ärztin bescheinigt wurde. Koller wird laut Aussage der Tochter später Memoiren über die Zeit seiner Gefangenschaft verfassen. Das Manuskript ist nicht veröffentlicht und befindet sich auch nicht im Nachlass.

Aufgrund seiner NS-Vergangenheit und des laufenden Entnazifizierungsverfahrens erhält Koller Berufsverbot. Deshalb arbeitet er bis 1948 im Architekturbüro seines früheren Stellvertreters. Dort ist er mit Projekten in Wolfsburg und Umgebung beschäftigt.

1.11.1945

Gassner beauftragt Otto Antrick während der Suspendierung von Roloff mit der Wahrnehmung der Leitung des Geschichtlichen Seminars.

2.11.1945

Gassner entlastet Roloff in einer Stellungnahme und durch beigefügte Dokumente u.a. mit dem Argument, Roloff habe 1932 sich gegen die Berufung Hitlers als Professor gewandt, dessen schließliche Einbürgerung als Abgeordneter aber nicht verhindern können.

Auch aus dieser Stellungnahme Gassners ist ersichtlich, daß ein wesentlicher Grund für die Suspendierung Roloffs neben dem Schlußkapitel seines Buchs „Tausendjähriges Braunschweig“ dessen Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers war.

4.11.1945

Zweites Schreiben von Roloff an Gassner mit ergänzender Stellungnahme zur Einbürgerung Hitlers. Er widerspricht Küchenthals Behauptung, dieser sei durch Beschluß der Landtagsfraktion gezwungen worden, Hitler zum Regierungsrat zu ernennen. Dem gegenüber betont Roloff, daß er Hitler als Professor verhindert habe und im Haushaltsausschuß mit seinen Freunden für die Streichung der Regierungsratsstelle gestimmt habe, weil der Haushaltsausschuß bereits von dem Plan wußte, daß Hitler auf diese Stelle gesetzt werden sollte (!). Erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses sei die Streichung auf Bitten der Regierung aufgehoben worden. Küchenthal wird unterstellt, daß er sich seine Zustimmung habe erkaufen lassen mit dem Posten des Staatsbankpräsidenten. Küchenthal habe sich anschließend mehrfach damit gebrüstet, Hitler eingebürgert zu haben.

Der Hinweis auf die Sitzung des Haushaltsausschusses ist bemerkenswert. Entweder lügt Roloff, oder die These, den Regierungsrat Hitler über die Streichung der freien Stelle zu verhindern, stimmt doch. Jedenfalls geht aus der Bemerkung hervor, daß Roloff sich bereits damals über die Konsequenzen aller taktischen und strategischen Details des Machtspiels um die Einbürgerung Hitlers völlig im Klaren war.

In beiden Schreiben wird die zentrale Kontroverse in der späteren Auseinandersetzung mit Küchenthal vorweggenommen: Wer war auf bürgerlicher Seite der Hauptverantwortliche für die Einbürgerung Hitlers? Küchenthal als Vorsitzender des Staatsministeriums oder Roloff als Fraktionsvorsitzender und politischer Anführer der BEL? War die juristische oder die politische Verantwortung entscheidend? Küchenthal wird später in seinen „Erinnerungen“ viele Seiten auf den Beleg verwenden, daß Roloff verantwortlich war. Sicher ist jedenfalls, daß beide – Roloff durch akademische Karriere und Küchenthal durch das Amt des Staatsbankpräsidenten – von der Kooperation mit den Nazis profitiert haben. Neben der zweimaligen Rivalität um einen Ministerposten, bei der jedesmal Küchenthal obsiegt hat, liegt in der gegenseitigen Schuldzuweisung ein weiterer Grund für die Fortsetzung des Konflikts zwischen beiden nach 1945.

12.11.1945

Wiederaufnahme der Vorlesungen an der TH Braunschweig

28.11.1945

Beginn des Entnazifizierungsverfahrens von Roloff mit der Vernehmung durch Generalstaatsanwalt Kurt Staff. Roloff wird nach seiner Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers befragt (61 Nds Fb 1, Nr. 1). Roloff behauptet, Klagges sei bezüglich der Professur initiativ geworden. Kollegen der TH hätten Roloff gebeten, diesen Versuch abzuwehren. Daraufhin habe sich Roloff an Klagges gewendet und erfahren, daß Hitler nicht nur zum Schein berufen werden, sondern tatsächlich Vorlesungen halten solle. Roloff will Klagges von dieser Absicht abgebracht, aber nicht gewußt haben, daß Klagges auf diesem Weg die Einbürgerung erreichen wollte. Erst durch den Besuch von Quatz in Braunschweig sei ihm dieser Zusammenhang klar geworden. Außerdem habe er, Roloff, beantragt, die freie Regierungsratstelle zu streichen. Als in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses die Rücknahme der Streichung gefordert wurde, habe er nicht gewußt, daß diese für Hitler bestimmt gewesen sei.

Die Aussage ist vollkommen unglaubwürdig. Wenn jemand den größeren Zusammenhang außerhalb der NSDAP durchschauen konnte, dann muß dies Roloff gewesen sein. Der Hinweis, daß Hitler tatsächlich über „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ unterrichten sollte, ist allerdings nicht ganz von der Hand zu weisen. Es gibt zumindest Indizien bei Klagges, die diese Annahme stützen.

29.11.1945

Roloff sendet ein Schreiben an Staff als Anlage zu seinem Vernehmungsprotokoll. Darin nennt er Belege für seine antinationalsozialistische Einstellung, u.a. die Verwendung für Jensen und von Bracken.

Erst nach der Vernehmung scheint Roloff klar geworden zu seine, daß es um sein Entnazifizierungsverfahren geht. Seine Aussagen werden präziser als in der Vernehmung.

1.12.1945

Küchenthal bietet sich in einem Schreiben an Lenisch als Zeuge im Verfahren gegen Roloff an, kann aber wegen seines Hausarrests nicht nach Wolfenbüttel kommen. Deshalb möchte er die Aussage zu Hause in Hedeper machen.

Offenbar will Küchenthal Roloff belasten, um sich selber zu entlasten.

3.12.1945

Roloff sendet ein zweites Schreiben an Staff mit weiteren entlastenden Aussagen. Im März 1933 will er sogar über ein Bündnis von DNVP und SPD nachgedacht haben.

Roloff scheint erst jetzt realisiert zu haben, daß es um seine mögliche Entlassung als Hochschullehrer geht. Seine Erinnerungslücken schließen sich. Der Hinweis auf das Bündnis von DNVP und SPD ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Immerhin hat es, als es längst zu spät war, ein Treffen mit Jasper bei Roloff gegeben. Allerdings gibt es keine Hinweise, daß es zuvor Sondierungen zwischen DVP und SPD, naheliegender, oder DNVP und SPD, kaum vorstellbar, gegeben hat. Vielleicht war auch das eine Schutzbehauptung von Roloff.

4.12.1945

Küchenthal bietet sich nochmals als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Roloff an.

5.12.1945

Klagges wird von den Amerikanern der braunschweigischen Staatsanwaltschaft übergeben.

6.12.1945

Klagges wird von Staff im Entnazifizierungsverfahren Roloff als Zeuge vernommen. Er behauptet, daß beide Wege zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig parallel verfolgt worden seien. Klagges belastet Roloff, indem er ihm eine größere Verantwortung bei der Einbürgerung Hitlers zuweist. Roloff sei nur gegen die Professorenvariante gewesen.

Damit widerspricht er der Aussage Roloffs und entlastet indirekt Küchenthal bezüglich der Verantwortung. Daß Roloff so vehement gegen die Profesoren-Variate war, mag zwei ganz persönliche Gründe gehabt haben: Konkurrierende Denomination und Konkurrenz um die höher dotierte Riekel-Stelle bzw. deren Gehaltsspitze.

10.12.1945

Verabschiedung des Gesetz Nr. 10 des Alliierten Kontrollrats. Dieses Gesetz bildete neben den Urteilen der Nürnberger Prozesse die Grundlage für die juristische Aufarbeitung der NS-Verbrechen.

14.12.1945

Staff vernimmt Küchenthal im Entnazifizierungsverfahren gegen Roloff. Die Aussagen von Küchenthal sind im Unterschied zu den vagen Angaben Roloffs sehr präzise. Küchenthal belastet Roloff.

Küchenthal hat sich gut vorbereitet und kann sich auf seine seit 1932 angefertigten Aufzeichnungen stützen. Es geht bereits um seine Verteidigungsstrategie im eigenen Entnazifizierungsverfahren.

17.12.1945

Staff vernimmt Roloff ein zweites Mal und konfrontiert ihn mit den Aussagen von Küchenthal und Klagges. Außerdem werden Passagen aus Roloffs Buch von 1939 verlesen. Roloff widerspricht Küchenthal und erklärt, daß er bei der Ernennung Hitlers nicht mitgewirkt habe. Bezüglich des Buches erklärt Roloff, daß das ursprüngliche Manuskript 1914 geendet habe. Die Veröffentlichung habe am Papiermangel zu scheitern gedroht. Auf Druck der örtlichen Parteileitung sei ein weiteres Kapitel hinzugefügt worden, daß die Kreisleitung innerhalb von 8 Tagen verfaßt habe. Roloff habe auf die Veröffentlichung ganz verzichten wollen, auf den Rat des Verlegers Paul Graff aber zugestimmt aus Angst vor Repressalien.

In dieser Aussage liegt die Quelle von der geleugneten Urheberschaft des letzten Kapitels. Das Argument des Papiermangels bereits im Herbst 1939 ist unglaubwürdig.

18.12.1945

Staff vernimmt Paul Graff, der die Aussagen Roloffs bestätigt.

Offenbar haben sich beide abgesprochen. Immerhin belastet das Buch auch den Verleger, zumal er das Vorwort mit unterschrieben hat.

21.12.1945

Staff vernimmt Otto Antrick, ehemals SPD-Mitglied, Schüler und Mitarbeiter Roloffs. Dieser bestätigt Roloffs antinationalsozialistische Einstellung.

Auch hier könnte es eine Absprache – diesmal zwischen Roloff und Antrick – gegeben haben.

31.12.1945

Ernst Zörner wird rückwirkend unter diesem Datum auf Antrag seiner Tochter aus erster Ehe, Liselotte Buchholz, geb. Zörner vom Amtsgericht Braunschweig für tot erklärt. Im Antrag wird die zweite Ehefrau nicht erwähnt. (60 A Nds Zg. 35/1989 Nr. 3424)

Der Antrag wird erst am 10.11.1959 gestellt. Ob der Beschluß des Amtsgerichts den tatsächlichen Sachverhalt trifft, ist zumindest zweifelhaft. Musial (1999, S. 400) schließt aus dem Umstand, daß die zweite Frau nicht erwähnt wird, daß beide 1945 unter falschem Namen untergetaucht sind. Musial ist nicht umfassend informiert. Zu diesem Zeitpunkt war Zörner bereits von seiner zweiten Frau geschieden. Insofern konnte die Tochter kein Motiv haben, die geschiedene Stiefmutter besonders zu erwähnen, zumal diese noch bis 1985 gelebt hat.

In der Meldekartei der Stadt Braunschweig gilt Zörner weiterhin als verschollen. (Mitteilung Stadtarchiv vom 8.5.2014) Der Beschluß des Amtsgerichts wurde offenbar nicht weitergeleitet.

Nach 1945

Eine Hildegard Schack wird nach 1945 im Zusammenhang mit der „Wirtschaftlichen Forschungsgesellschaft“ (Wifo) von der External Assets Investigation Section of the Property Division (OMGUS) vernommen. (vgl. www.archives.gov/research/microfilm/m1922.pdf)

Die Wifo war der Tarnname für eine 1934 von Wirtschaftsministerium gegründete Firma zur Beschaffung, Lagerung und Herstellung von kriegswichtigen Rohstoffen. Sie bewirtschaftete vor allem die geheimen Treibstofflager der Wehrmacht, die u.a. auch im Gau Südhannover-Braunschweig (Harz – Kohnstein) unterhalten wurden. Die Firma bestand nach 1945 weiter und wurde erst 1970 aufgelöst. Der Hinweis auf die Befragung deutet darauf hin, daß auch Vermögenswerte der Wifo bei Kriegsende ins Ausland verschoben worden sind. Falls es sich bei der genannten Hildegard Schack um Zörners zweite Frau gehandelt hat, hat sie nach der Scheidung vielleicht wieder ihren Mädchennamen angenommen. Hatte Zörner während seiner Zeit als Gouverneur in Lublin Verbindung zur Wifo? Was hat Hildegard Schack bis zu ihrem Tod 1985 gemacht und wo hat sie sich aufgehalten? Falls Zörner Anfang Mai 1945 untergetaucht ist, hat seine geschiedene Frau ihm vielleicht Vermögenswerte der Wifo zukommen lassen?

Die angrenzenden Landkreise versuchen vergeblich, die Gründung der Stadt Salzgitter rückgängig zu machen und ihre Gemeinden zurückzuholen.

1.1.1946

Koller tritt eine untergeordnete Tätigkeit im Stadtbaubüro Wolfsburgs an.

Solange sein Entnazifizierungsverfahren nicht abgeschlossen war, konnte er keine regelrechte Anstellung in Wolfsburg wahrnehmen.

14.1.1946

Die Immatrikulationsrede zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der TH im WS 1945/46 von Rektor Gassner beginnt mit einem Rückblick auf die NS-Zeit. (Text in Kuhlenkamp 1976, S. 17-21)

16.1.1946

Die Stadt Braunschweig entzieht Hitler zusammen mit Rust, Klagges, Göring und v. Schirach die Ehrenbürgerschaft.

Damit verliert Hitler aber nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

25.1.1946

Roloffs Suspendierung als Professor wird aufgehoben.

Sein Entnazifizierungsverfahren ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Vielleicht war die Intervention Gassners zugunsten Roloffs erfolgreich.

21.2.1946

Der Braunschweigische Landtag tritt zum ersten Mal nach dem Ende der Weimarer Republik wieder zusammen (Pollmann 1999). Er besteht aus 51, auf Vorschlag von der britischen Militärverwaltung ernannten, Abgeordneten.

Da das alte Landtagsgebäude 1944 einem Bombenangriff zum Opfer gefallen war, tagte der Landtag 1946 in der Aula der Kant-Hochschule, vormals BRH und heute Haus der Wissenschaft. Wie viele andere Gebäude, die während der NS-Herrschaft errichtet worden sind, hat auch dieses Gebäude den Bombenkrieg nahezu unbeschädigt überstanden.

1.3.1946

Schmidt-Bodenstedt wird von der Militärbehörde in Internierungshaft genommen.

Am 17.2.1948 wird er entlassen werden.

8.3.1946

Kiesel stellt sich in einem Schreiben an den Entnazifizierungsausschuß einen Persilschein aus und beantragt die Aufhebung seiner Suspendierung durch die Militärregierung. (4 Nds Nr. 152)

April 1946

Politische Säuberung der Belegschaft des VW-Werks. 20-30 Prozent der Belegschaft werden als untragbar bezeichnet. (Schalmey 1949)

28.4.1946

Marquardt wird aus der Internierung entlassen. Eine Anklage erfolgt nicht.

Mai 1946

Jetzinger beginnt mit seinen Nachforschungen in Linz.

7.5. 1946

Alfred Kubel wird Nachfolger Schlebuschs als Braunschweigischer Ministerräsident.

Bis zur Gründung des Landes Niedersachsen.

1.5.1946

Kiesel tritt in die CDU ein.

9.5.1946

Kiesel stellt einen Antrag auf Versetzung in den Ruhestand.

Offenbar wurde sein Antrag auf Suspendierung der Entlassung abgelehnt. Tatsächlich wurde er bereits am 30.6.1945 entlassen.

15.9.1946

Erste Kommunalwahl in Niedersachsen. In Wolfsburg erringt die SPD 18, die CDU 2 und die KPD 1 Mandat bei der Wahl des Gemeinderats. (Schalmey 1949)

16.10.1946

Frank (II) und Frick werden als Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hingerichtet.

Frank war im Februar 1932 als Hitlers Rechtsberater nach Braunschweig entsandt worden, um über seinen Freund Zörner die Einbürgerung Hitlers zu vermitteln.

1.11.1946

Gründung des Landes Niedersachsen durch die Zusammenlegung der ehemaligen preussischen Provinz Hannover mit den Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe durch Verordnung Nr. 55 der Britischen Militärregierung.

Damit ist im Grunde die von Frick angestrebte große Reichsreform für den ehemaligen Gau Südhannover-Braunschweig, die von Klagges bekämpft worden und von Hitler aus Rücksicht auf Braunschweig auf Eis gelegt worden war, durch die Britische Militärregierung doch noch umgesetzt worden. Auch hier, wie bei den Namensgebung von Wolfsburg, fungiert die Besatzungsmacht als unfreiwilliger Erfüllungsgehilfe eines NS-Vorhabens.

21.11.1946

Feierliche Schlußsitzung des Braunschweigischen Landtags. Die Festrede „Rückblick auf die Geschichte unseres Landes“ hält Prof. von Frankenberg. Darin heißt es am Schluß: „Dennoch geht die Weltgeschichte über dieses Land dahin, das so viele Jahrhunderte seine Selbständigkeit bewahrt hat. Wohl sah der Kundige schon lange, daß eine Neuordnung der deutschen Länder kommen mußte. ... Möge nun einst Europa, ja die ganze Erde uns zum ´größeren Vaterland´ werden – deshalb wollen wir doch stolz bleiben auf die Heimat und ihre Geschichte. In unserem Herzen wird Braunschweig immer leben!“ (Pollmann 1999, S. 270).

Damit hat sich Frick in diesem Punkt mit seiner großen Reichsreform doch noch durchgesetzt, die Hitler zugunsten von Braunschweig verhindert hatte. Frankenberg (SPD) gehörte dem letzten freigewählten Landtag 1930-1933 an. Möglicherweise hat er in seiner letzten Passage an die Reichsreform gedacht, die Klagges so vehement bekämpft hat. Mindestens in diesem Punkt dürfte dieser von einer breiten Mehrheit der braunschweiger Bevölkerung unterstützt worden sein.

30.11.1946

Küchenthal legt Berufung gegen seine Entlassung als Staatsbankpräsident ein und verfaßt eine Berufungsschrift (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. IV – Beiakte)

3.12.1946

Beginn des 1. Entnazifizierungsverfahrens Küchenthal (bis 11.12.1950). Küchenthal werden 3 Fragebögen vorgelegt.

Küchenthals Entnazifizierungsverfahren erstreckt sich über 4 Jahre mit 2 erstinstanzlichen und 3 Berufungsverfahren. Er wird in Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft, u.a. weil er maßgeblich bei der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat und so ein wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus gewesen ist. (3 Nds 92/1 Nr. 48470)

18.12.1946

Küchenthal reicht die ausgefüllten Fragebögen zurück.

19.12.1946

Küchenthal beantwortet den Fragebogen der Britischen Militärregierung zu seiner Person (3 Nds 92/1 Nr. 48470. Bd. 1).

Demnach war er seit dem 1.5.1935 Parteimitglied mit der Mitglieds-Nr. 2.799.535. Laut Zwischenausweis der NS-Kreisleitung war er ab dem 25.9.1935 Parteimitglied.

1947

Roloff sen. fertigt Aufzeichnungen über die Einbürgerung Hitlers an.

Die Aufzeichnungen aus den Privatakten zum Spruchkammerverfahren hat Roloff jun. 1955 im Nachlaß des Vaters gefunden und befanden sich mindestens bis 1961 in dessen Besitz (Roloff 1961, S. 90). Ob sie zum Nachlaß gehören, den er dem Stadtarchiv übergeben hat, ist unklar. Vielleicht sind auch die diversen Einlassungen gemeint, die sich außerdem im Stadtarchiv befinden.

Hans Bernhard Reichow entwickelt einen neuen Plan für Wolfsburg.

Reichow war vor 1945 Mitarbeiter von Konstanty Gutschof beim Generalbebauungsplan für Hamburg. Koller und Reichow werden Konkurrenten in Wolfsburg.

10.1.1947

Carl Heimbs formuliert eine Erklärung, die sich wie ein Persilschein für Küchenthal liest. (3 Nds.92/1 Nr. 48470, Bd. IV)

Heimbs scheint unter den Be- und Entlastungsseilschaften, die sich nach 1945 bilden, eher zur Fraktion Küchenthal als zur Fraktion Roloff zu gehören.

13.1.1947

Küchenthal reicht dem Entnazifizierungsausschuß eine Liste von 15 Namen ein, die ihm ein Leumundszeugnis ausgestellt haben. Der erste Name auf der Liste ist der Kaufmann Carl Heimbs, Braunschweig, Am Fallersleber Tore 6.

Heimbs wird mit erstmals dem Problem konfrontiert, sich im Kontext der Einbürgerung Hitlers zur Frage der Verantwortlichkeit zu äußern. Dieses Problem wird ihn bis zum Spiegel-Artikel vom September 1961 nicht mehr loslassen.

14.1.1947

Küchenthal wird vom Kreis-Entnazifizierungsausschuß des Landkreises Wolfenbüttel unter dem Vorsitz von Fricke vernommen. Vorgeworfen werden Küchenthal die NSDAP-Mitgliedschaft vor 1937, der Vorsitz im Braunschweigischen Staatsministerium und die aktive Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers. Küchenthal streitet die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers ab.

Hier wird abermals die Verteidigungslinie Küchenthals in den diversen Verfahren sichtbar, die sich bis 1973 in seinen umfangreichen schriftlichen Äußerungen niederschlagen. Er, Küchenthal, habe nur den politischen Beschluß der Fraktion der BEL umgesetzt.

16.1.1947

MR a.D. Paul Kiesel, Bad Harzburg, aus politischen Gründen suspendiert, wird vom Kreis-Entnazifizierungsausschuß als Zeuge vernommen. Kiesel erklärt, daß er und MR Lehmann mit der Einbürgerung befaßt gewesen seien und Zweifel bezüglich einer Scheinanstellung geäußert hätten. Kiesel begründet die Zweifel mit den Argumenten, daß Hitler als Führer einer großen Partei gar keine Zeit für die Tätigkeit gehabt habe, und daß Hitler, da kein Jurist, keine Quali-

fikation für diese Tätigkeit gehabt habe. Deshalb habe er darum gebeten, von der Gegenzeichnung der Ernennungsurkunde Hitlers entbunden zu werden. Lehmann und Kiesel seien politische Gegner der NSDAP gewesen. Er, Kiesel sei DVP-Mitglied, Lehmann Sympatisant von DDP und SPD gewesen.

Letztere Aussage ist unglaubwürdig und diskreditiert die gesamte Aussage Kiesels. Lehmann wurde später Kreisleiter der NSDAP und wurde 1947 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Kiesels Aussage steht im übrigen steht die Aussage Küchenthals gegenüber, daß er Kiesel von der Unterschrift entbunden habe, um ihn ggf. bei Änderung der politischen Verhältnisse zu schützen. Mit seiner Aussage belastet Kiesel Küchenthal. Die Frage der „Scheinernennung“ spielte Anfang 1932 im Vorfeld der Ernennung Hitlers eine zentrale Rolle. Der Disput über die Gründe, warum Kiesel nicht unterschrieben hat, macht abermals deutlich, daß damals allen die politische Bedeutung des Vorgangs vollkommen klar war. Die Aussage Kiesels ist insofern unglaubwürdig, da er selber aktiv in die Verbeamtung Hitlers involviert war und zuvor bei der Professorenvariante der Einbürgerung für Klagges ein Gefälligkeitsgutachten erstellt hatte. Entweder ging es Kiesel darum, sich selber zu entlasten. Vielleicht hoffte er, daß durch die Belastung Küchenthals seine Suspendierung aufgeboben wird. Oder er verhält sich noch immer loyal zu Klagges, um Küchenthal und nicht Klagges die Hauptverantwortung für die ungesetzliche Verbeamtung Hitlers zuzuschieben. Insofern könnte Kiesel zu einer Fraktion Klagges der unverbesserlichen braunschweiger Nazis gehört haben.

18.1.1947

Kiesel korrigiert im Schreiben an Fricke das Protokoll über seine Aussage. Die NSDAP habe damals nicht 12 Mio Mitglieder, sondern 12 Mio Wähler gehabt.

23.1.1947

Bericht des Entnazifizierungsausschusses: Darin heißt es: „Der Kreis-E-Ausschuß hat aus den Aussagen Kiesel's und den Aussagen Küchenthal's die Überzeugung gewonnen, dass Küchenthal an der Durchführung der Ernennung Hitler's zum Braunschweigischen Regierungsrat in voller Kenntnis ihrer grossen politischen Bedeutung nicht nur ausführend, sondern führend mitgewirkt hat und dass er nicht nur formell, sondern tatsächlich die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Küchenthal muß in Hinsicht auf die Folgen dieser Ernennung zu einem der eifrigsten Förderer der Nazibewegung und damit zu einem der Hauptbelasteten gezählt werden.“

Und weiter: „Für die politische Entwicklung Deutschland ist daher die Ernennung Hitler's zum Braunschweigischen Regierungsrat von erheblicher Bedeutung gewesen. Küchenthal ist dafür in hohem Maße verantwortlich.“ (3 Nds 92/1 Nr. 48470 Bd. 1)

Der Bericht des Ausschusses ist ein zentrales Dokument für die Bewertung der Einbürgerung Hitlers und der Mitwirkung Küchenthals. Er stützt sich nicht nur auf die Befragung von Küchenthal und Kiesel, sondern auch auf zahlreiche zeitgenössische Dokumente - das Gutachten des Staatsrechtlers Jellinek von 1932, den belastenden Brief Küchenthals von 1935, das Werbeblatt der DNVP vom 18.7.1932 u.a. Der Ausschuß wiederholt im Grunde die Bewertungen der Zeitgenossen von 1932 mit entgegengesetzter Stoßrichtung. Umgekehrt werden die 1932 Mitwirkenden nach 1945 sowohl die Bedeutung des Vorgangs wie ihre Rolle relativieren.

Der Ausschuß schlägt der Militärregierung vor, für Küchenthal ein Berufsverbot als Landwirt zu verhängen.

Dies geschieht und wird, nachdem die Revision Küchenthals abgelehnt wurde, am 24.5.1947 bestätigt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Fricke, beantragt bei der Militärregierung, Küchenthal in Kategorie II einzustufen.

Damit drohte für Küchenthal eine Gefängnisstrafe. Dem Antrag wird nicht stattgegeben.

10.2.1947

Brandes wird im Entnazifizierungsverfahren als „eifriger Nationalsozialist“ in Kategorie IV (Mitläufer) eingruppiert, weil er an der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat.

Brandes legt am 2.2.1947 Widerspruch ein. Im Revisionsverfahren geht es u.a. um die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers.

Brandes stellt Dokumente mit einer „Vorbemerkung“ zu seiner Entlastung, die die Distanz zum NS-System belegen sollen, zusammen und bestellt Entlastungsschreiben u.a. von Heimbs (vom 28.2.1947) und Roloff (vom 20.4.1947). Es geht um die Frage, wer die Einbürgerung Hitlers auf Seiten der BEL zu verantworten hat: Küchenthal als Vorsitzender der Staatsregierung, der die Ernennungsurkunde unterschrieben hat, oder Roloff bzw. die BEL-Fraktion, die den Beschluß gefaßt hat, bzw. die verantwortlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien, die politisch dahinter standen.

Die Dokumente liegen im Stadtarchiv Braunschweig. Die Frage ist auch für Roloff, der neben Küchenthal und Brandes vernommen wird, von großer Bedeutung. Die Argumente lauten: Wenn wir Hitler nicht eingebürgert hätten, wäre er woanders, z.B. in Thüringen, eingebürgert worden. (Dies ist dort gerade mit Hilfe der DVP verhindert worden!) Es war besser, ihn eine Niederlage gegen Hindenburg erleiden zu lassen als ihn durch die Verweigerung der Einbürgerung zum Märtyrer zu machen. Die Einbürgerung sei für die spätere Entwicklung nebensächlich gewesen. Mißfallen habe nur der Weg über die Professur. Laut Erinnerung Brandes wollte Klagges die Professoren-Lösung, die von Roloff und Wessel abgelehnt worden sei. Erst

danach sei via Zörner die Regierungsrat-Lösung ins Spiel gekommen. Wenn das stimmt, wurde die Rivalität Klagges – Zörner auch über die Einbürgerungsfrage ausgetragen.

20.2.1947

Schreiben Roloffs an Brandes, in dem die Jahre 1930 bis 1932 rekapituliert werden. Nach der Landtagswahl 1930 habe es den Versuch der SPD gegeben, mit den 4 Abgeordneten der DVP (nicht mit der BEL insgesamt) zu koalieren. Die DVP habe abgelehnt. Wenn die BEL zusammenbleiben (und ihre Wahlziele erreichen) wollte, sei nur die Koalition mit der NSDAP möglich gewesen. Franzen sei kooperativ gewesen und wurde deswegen von Klagges abgelehnt. Der erste Vorstoß zur Einbürgerung Hitlers sei Anfang 1932 erfolgt. Baumann habe Roloff am Rande einer Landtagssitzung erklärt, daß Klagges beabsichtige, Hitler berufen zu wollen. Darauf habe Roloff sowohl innerhalb der TH wie in einem Gespräch mit Klagges, Wessel, Baumann und Brandes interveniert und die Ablehnung der BEL zum Ausdruck gebracht. Es sei bei der Berufung nicht nur um die Einbürgerung, sondern zuerst um den Reputationsgewinn Hitlers durch die Professur gegangen. Die Einbürgerung habe erst später eine Rolle gespielt. Die Braunschweiger DNVP habe sich erst dem Druck der Parteileitung durch Quatz gebeugt. Klagges habe die Idee mit dem Regierungsrat und der Wirtschaftsförderung aufgebracht. Die Ernennung habe Küchenthal allein ohne Mitwirkung des Landtags vornehmen können. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Der Brief ist ein zentrales Dokument, das die wesentlichen Aspekte der Vorgänge aus der Sicht Roloffs schildert. Nach dieser Lesart trifft Roloff nicht nur keine Verantwortung, er inszeniert sich sogar als den entscheidenden Widerständler gegen die Berufung Hitlers und als Widerständler gegen dessen Einbürgerung, der sich nur dem Druck der Parteileitung gebeugt habe. Gleichzeitig entlastet er Brandes in dessen Entnazifizierungsverfahren und belastet Küchenthal.

22.2.1947

Der Revisionsantrag Kieselers wird von der Militärbehörde abgewiesen.

24.2.1947

Die Spruchkammer Nürnberg stuft von Papen in die Gruppe der Hauptbeschuldigten (Kategorie 1 „Wegbereiter des Nationalsozialismus“) ein und verurteilt ihn zu 8 Jahren Arbeitslager.

Papen war vor dem Militärtribunal in Nürnberg freigesprochen worden, mußte sich anschließend aber einem Spruchkammerverfahren unterziehen. Die Urteilsbegründung basiert auf

den Aussagen zahlreicher Zeugen. Der Text des Urteils mit einem Vorwort von Carl Severing ist 1947 veröffentlicht worden (Wegbereiter des Nationalsozialismus 1947).

28.2.1947

Schriftliche Erklärung von Heimbs über seine Mitwirkung bei der Einbürgerung anlässlich einer Ehrenerklärung für Brandes. Heimbs erklärt die Einbürgerung für „bedeutungslos“ angesichts der anderen Ereignisse.

Heimbs ist wieder involviert und folgt der Standardargumentation, um sich auch selber zu entlasten.

3.3.1947

Küchenthal wird vom „120 Mil Gov. Food and Agriculture“ der Militärregierung verboten, als Landwirt tätig zu sein.

5.3.1947

Küchenthal wird einer halbstündigen Entnazifizierungsverhandlung unterzogen. Er erhält Berufsverbot als Landwirt, darf aber in seinem Anwesen in Heper wohnen bleiben.

15.3.1947

Küchenthal legt gegenüber dem Berufungsausschuß der „Denazifikations-Geschworenenbank“ Berufung gegen sein Berufsverbot als Landwirt ein. Dazu fertigt er ein Manuskript von 12 Seiten an.

30.3.1947

Küchenthal stellt beim Amtsgericht Wolfenbüttel Strafantrag gegen Ad. Kremser (?), Wolfenbüttel, weil dieser „in nicht rechtsverjährter Zeit, nämlich um den 14. Januar 1947 die Nachricht verbreitet hat, ich hätte durch die Einbürgerung Hitlers ein Kriegsverbrechen begangen und sei am 14. Januar 1947 zur Aburteilung als Kriegsverbrecher vor den Entnazifizierungsausschuß geladen“ (Quelle: Nachlass Küchenthal im Braunschweigischen Landesmuseum)

31.3.1947

Friedrich Boden stirbt in Berlin.

8.4.1947

Küchenthal reicht eine „Ergänzung zu meiner Berufungsschrift vom 15. März 1947“ ein.

10.4.1947

Hartmut Selle bescheinigt, daß Küchenthal ein Nazi-Gegner gewesen sei.

Selle gehörte 1933 zur Zörner-Fraktion. Insofern ist er mit diesem Persilschein zur Küchenthal-Fraktion gewechselt.

Mai 1947

Roloff wird im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V (unbelastet) eingestuft.

15.5.1947

Kiesel behauptet im Schreiben an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig, 1932 gegen die Einstellung Hitlers Bedenken geäußert zu haben. „Verdächtig war ich der NS-Regierung auch deshalb, weil ich im Februar 1932 als zuständiger Vortragender Rat des damaligen deutschnationalen Ministerpräsidenten gegen die Ernennung Hitlers zum Br. Regierungsrat bei der Gesandtschaft in Berlin (Scheinanstellung) politische und formale Bedenken hatte und den Minister deshalb gebeten habe, mich von der durch die Geschäftsordnung vorgeschriebenen Vorzeichnung der Anstellungsverfügung zu befreien. Ich mußte zwar den Vorwurf des Mangels an Mut hinnehmen, erreichte jedoch die Entbindung, wie ich beweisen kann und wie die noch vorhandene Verfügung ausweist.“ (4 Nds Nr. 152)

Wo befindet sich diese Verfügung? Die Aussage Kiesels ist eine glatte Lüge. In dem Gutachten, daß er für Klagges erstellt hat, wird das Gegenteil ausgesagt. Es könnte allerdings sein, daß Kiesel mit Klagges und Küchenthal ein doppeltes Spiel gespielt hat, um sich nach beiden Seiten abzusichern. Jedenfalls ist die Aussage Kiesels ein weiterer Beleg, daß im Februar 1932 allen beteiligten Akteuren die Problematik und Bedeutung der Ernennung Hitlers vollkommen bewußt gelesen sein muß. Auch aus dieser Perspektive ist der Umstand, daß Kiesels Personalakte nur noch fragmentarisch verfügbar ist, von Bedeutung.

20.5.1947

Küchenthal beantwortet erneut den Fragebogen der Britischen Militärregierung zu seiner Person. (3 Nds 92/1 Nr. 48470. Bd. 1)

Die Antworten weichen nur unwesentlich vom Fragebogen vom 19.12.1946 ab.

24.5.1947

Küchenthal erhält von der Militärregierung Berufsverbot als Landwirt.

25.9.1947

Aussage von MR Lehmann. Er habe sich 1932 geweigert, die Ernennungsurkunde Hitlers gegenzuzeichnen.

Seine spätere NS-Karriere bis zum Kreisleiter läßt die Aussage unglaubwürdig erscheinen. Kurz vor Kriegsende wollte Lehmann Hitlers Personalakte und damit seine Involviertheit in den Einbürgerungsvorgang noch vernichten! Auch auf der nachgeordneten Ebene der mit der Einbürgerung befaßten Ministerialräte hat es, selbst wenn sie später Parteimitglieder wurden, nach 1945 angeblich nur noch Bedenkenräger gegeben.

Oktober 1947

Heinrich Nordhoff als ehemaliger „Wehrwirtschaftsführer“, 1945 als Manager bei Opel entlassen, wird einem Entnazifizierungsverfahren unterzogen, aber am Ende als „unbelastet“ eingestuft“.

13.10.1947

Der Entnazifizierungsausschuß im Berufungsverfahren Küchenthal bittet den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig (RP) um die Überlassung der Personalakte Hitler. Die Bitte wird am 8.11.1947 wiederholt. Auf der Mahnung befindet sich die handschriftlichen Vermerke: „Akte Hitler konnte nirgends gefunden werden.“ „Min. Sekretär Jeimke versichert, daß die Akte im Büro des Amtmanns Plagge der Militärregierung übergeben worden ist.“ (4 Nds Zg 27/1999 Nr. 154)

Der Ausschuß benötigte die Akte, um die Frage der Verantwortung Küchenthals für Hitlers Einbürgerung zu klären. Zu diesem Zeitpunkt war die Akte mit großer Sicherheit nicht mehr in

Braunschweig, was für die Ablieferung an die Besatzungsmacht spricht. Daß Schlebusch zuvor Kopien hat anfertigen lassen, war offenbar niemand bekannt oder wollte niemand mehr wissen. Dies ist ein Indiz, daß Schlebusch die Kopie nicht zu den Akten gegeben, sondern persönlich verwahrt hat.

15.11.1947

Klagges wird von der Braunschweiger Staatsanwaltschaft im Verfahren gegen den ehemaligen ORR Ferdinand Goes zu der Frage vernommen, ob kurz vor Kriegsende in Braunschweig Akten vernichtet wurden, um sie dem Zugriff der Alliierten zu entziehen. Klagges sagt aus, daß die Akten während des Kriegs nach Königslutter ausgelagert wurden, um sie vor den Bombenangriffen zu schützen. Ende März/Anfang April 1945 habe Regierungsdirektor Lehmann Klagges gefragt, was mit der Personalakte Hitlers geschehen soll. Er, Klagges, habe entschieden, daß die Akte erhalten bleiben soll. (62 Nds Fb 2 Zg. 8/1985 Nr. 447, Blatt 56). A

Der Anfrage lag ein entsprechender Geheimbefehl des Reichsinnenministeriums zugrunde, daß wichtige Akten zu vernichten seien, damit sie nicht dem Feinde in die Hände fallen. Die Aussage ist eine von mehreren Belegen, daß das Original der Personalakte Hitlers bei Kriegsende noch vorhanden war. Was Klagges mit der Anordnung bezweckte, die auch seine Mitwirkung bei der Verbeamtung Hitlers dokumentiert, bleibt spekulativ. Vielleicht wollte er so für alle Fälle den Nachweis seiner Bedeutung erhalten. Lehmann war persönlich involviert, als er 1932 bei dem Einbürgerungsvorgang beteiligt war, die durch die Vernichtung der Akte verschleiert worden wäre. Auch die Ministerialräte (Kiesel, Lehmann etc.) dachten bereits an ihre Zukunft in der Nachkriegszeit. Am 1.7.1948 wird der Oberstaatsanwalt dem Landgericht Braunschweig bestätigen, daß Klagges die Aktenvernichtung verhindert hat.

25.11.1947

Antwort an den Entnazifizierungsausschuß, daß die Akte sich nicht mehr im Präsidium (ehemals Staatsregierung) befindet. Sie ist „wahrscheinlich“ in den Händen der Militärregierung.

2.12.1947

MR Paul Kiesel wird im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie III eingestuft. Begründet wird die Einstufung mit der NSDAP-Mitgliedschaft und der SS-Mitgliedschaft als „förderndes Mitglied“.

Es kann sein, daß seine Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers in dem Sinne, „wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus“ gewesen zu sein, eine Rolle gespielt hat. Kiesel hatte 1932 das Rechtsgutachten für Klagges verfaßt, in dem er bescheinigte, daß es sich bei der Verbe-

amtung Hitlers nicht um eine Scheinernennung handelt und daß dessen Einbürgerung auf diesem Wege rechtlich korrekt ist. Damit war für das Gegengutachten zu Kaisenberg verantwortlich. Kiesel, vormals Mitglied der DVP, war am 1.5.1933 in die NSDAP eingetreten und war seit 1933 förderndes Mitglied der SS.

Aus den Akten des Entnazifizierungsverfahrens geht hervor, daß die Personalakte Kiesels verschwunden ist, offenbar zu Beginn des Verfahrens aber noch vorgelegen hat. Wieso die Akte verschwunden ist, bleibt unklar. Im Niedersächsischen Staatsarchiv sind jedenfalls nur Fragmente vorhanden. Auch ist denkbar, daß er kurz vor Kriegsende oder nach der Rückverlagerung der Akten zu denjenigen gehörte, die ihre Personalakte haben verschwinden lassen.

15.12.1947

Der ehem. NS-Kreisleiter und MR Herbert Lehmann wird wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt.

1.1.1948

Heinrich Nordhoff wird Generaldirektor de Volkswagenwerks und ersetzt Werksleiter Münch.

Nordhoff soll das VW-Werk nach dem „Führerprinzip“ geleitet haben und war weder Vorstand noch Aufsichtsrat verantwortlich. Seitdem kehren viele ehemalige Nazis, die im Sommer 1946 gesäubert worden sind, in die Belegschaft zurück. Diese wird vor allem aus Rückkehrern aus der Kriegsgefangenschaft und Flüchtlingen aus den Ostgebieten aufgefüllt. Insofern, so die These von Schalmey 1949, ist die NS-Tradition im VW-Werk fortgesetzt worden.

Die Belegschaft erreicht im Jahre 1948 eine Stärke von 8.700 Personen.

1948

Hjalmar Schacht veröffentlicht „Abrechnung mit Hitler“ bei Rowohlt.

Bei Schachts Abrechnung handelt es sich um eine Selbstrechtfertigung. Er rechtfertigt seine Mitwirkung an der NS-Regierung als Wirtschaftsminister und Reichsbankpräsident mit dem Argument, daß die NSDAP 1932 zur stärksten Partei im Reichstag aufgestiegen ist und mit der DNVP eine absolute Mehrheit bilden konnte. Die Mehrheit der Mitglieder des Kabinetts seien keine Nazis gewesen. Die spätere Entwicklung sei 1933 noch nicht absehbar gewesen. Später will er in die innere Opposition gegangen sein und mit Hitler und Göring harte Kontroversen in der Wirtschaftspolitik ausgetragen haben, die am Ende zu seiner Entlassung geführt haben. Zumindest letzteres trifft zu.

21.1.1948

Gegen Klagges wird ein Haftbefehl erlassen.

13.2.1948

Schmidt-Bodenstedt wird von der Spruchkammer Benefeld-Bomlitz zu 6 Monaten Gefängnis und einer Geldstrafe von 2000,- RM wegen der Zugehörigkeit zum Korps der Politischen Leiter der NSDAP verurteilt.

17.2.1948

Schmidt-Bodenstedt wird von der Militärregierung aus der Internierung entlassen.

Er läßt sich später in Bündheim nieder.

25.4.1948

Roloff betont in einem Schreiben an (?), daß er sich immer für Gassner eingesetzt habe. (Stadtarchiv Braunschweig GIX 43:1-2)

Seilschaft - damit korrespondiert nämlich, daß Gassner Roloff entlastet.

21.8.1948

Küchenthal beantragt, Carl Heimbs und andere 19 Zeugen vorzuladen, die bezeugen sollen, daß Küchenthal Gegner der NSDAP war.

Heimbs wird immer wieder für Persilscheine bemüht. Dies ist ein Indiz, daß er in der fraglichen Zeit eine politisch einflußreiche Person auch über die DVP hinaus gewesen ist. Daß Heimbs zwei Jahre lang als „Märzgefallener“ Mitglied der NSDAP war und dann, womöglich als Opfer einer Intrige, aus der Partei ausgeschlossen wurde, war den Akteuren nach 1945 sicher bekannt, wurde aber von allen Seiten verschwiegen, um das Gewicht eines Persilscheins durch Heimbs nicht zu schmälern.

6.11.1948

Küchenthal reicht dem Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses seine Berufungsschrift ein. Seine Berufung begründet er u.a. mit dem Widerstand, den er als Staatsbankpräsident gegenüber Klagges und Alpers geleistet habe. Dabei beruft er sich auf Hjalmar Schacht, Meine Abrechnung mit Hitler (1948).

28.11.1948

Bei der Kommunalwahl in Niedersachsen erreicht die Deutsche Reichspartei (DRP) in Wolfsburg 64,25 % der Stimmen und 17 Sitze in der Stadtverordnetenversammlung. 10 der 17 Abgeordneten waren zuvor NSDAP-Mitglieder. Die SPD erringt 21,83 % (6 Sitze) und die CDU 10,45 % (2 Sitze). Die DRP stellt den neuen Bürgermeister. (Wohlfromm 2001, S. 267)

Bei der ersten Kommunalwahl 1946 war die DRP noch verboten und konnte nicht kandidieren, so daß die SPD die absolute Mehrheit erhielt. Daß eine rechtsradikale Partei fast eine Zweidrittelmehrheit erringt, ist interpretationsbedürftig. Eine Erklärung liefert die These, daß im VW-Werk bis 1945 überwiegend überzeugte Nationalsozialisten beschäftigt worden sind, deren Säuberung 1945 nur sehr unvollkommen vollzogen wurde. Bei Kriegsende gab es 2000 deutsche und 18.000 ausländische Arbeitskräfte. (Schalmey 1949). Der Begriff NS-Musterstadt bezog sich demnach auch auf die innere Einstellung der Bewohner. Mindestens waren die VW-Arbeiter und Einwohner der Stadt des KdF-Wagens Gewinner der nationalsozialistischen Modernisierungs- und Wohnungsbaupolitik in der Region, die sich noch 1948 im Wahlverhalten niedergeschlagen hat. Insofern ist die NS-Politik in der Region durchaus auf fruchtbaren Boden gefallen und kann von einer Stunde Null in Wolfsburg keine Rede sein.

Sielaff 1995 vertritt die These, daß das Wahlergebnis eine Reaktion auf die katastrophalen Provisorien in Wolfsburg war. Interessant ist der Vergleich mit den Kommunalwahlergebnissen in Lebenstedt (10 Prozent für die DRP) und Linz.

Bei der Kommunalwahl in Braunschweig wird Otto Schmitz zum Stadtverordneten für die CDU gewählt.

28.12.1948

Koller wird in seinem Entnazifizierungsverfahren in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft.

Er war sicher aufgrund seines frühen Eintritts in die NSDAP (1.1.1931) und seines Engagements für die nationalsozialistische Musterstadt und Stadt des Führers Wolfsburg und die „Heimatstadt des Führers“ Linz weit mehr als ein Mitläufer.

Seitdem macht sich Koller mit einem Architekturbüro in Wolfsburg selbständig.

1949

Roloff scheidet im Streit aus der BWG aus.

Lammers 2015 vermutet als Gründe, daß Roloff die Themenfelder Wilhelm Raabe und Geschichte der TH als sein „geistiges Eigentum“ betrachtete und nicht wollte, daß diese von anderen bearbeitet werden. Als Karl Hoppe die Raabe-Edition fortsetzte, führte das zur Feindschaft zwischen Roloff und Hoppe.

In der Folgezeit wird Roloff in der BWG weder im Jahrbuch noch in den Abhandlungen der BWG erwähnt. Nach seinem Tod 1955 erscheint auch kein Nachruf im Jahrbuch der BWG.

Januar 1949

Duesterberg veröffentlicht „Der Stahlhelm und Hitler“.

Die Erinnerungen sind der Versuch, die Duesterberg-Richtung des Stahlhelms von dem Vorwurf frei zu machen, alle Stahlhelmer hätten Hitler unterstützt. Duesterberg gehörte mit Schrader zur Opposition. Er wurde 1933 verfolgt und ins KZ eingeliefert. Der Braunschweiger Stahlhelm-Putsch wird kurz behandelt.

7.2.1949

Der „Öffentliche Kläger“ (d.i. Otto Schmitz) bezichtigt in einem Schreiben an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig Küchenthal der persönlichen Bereicherung durch die Ernennung zum Staatsbankpräsidenten. Es habe keinen Grund für die Eile bei der Einstellung und auch keinen Grund gegeben, daß Küchenthal die Ernennungsurkunde vor seinem Rücktritt selber unterzeichnet habe. In der Einstellungsurkunde vom 25.3.1933 wird Küchenthal zum 1.4.1933 berufen, obwohl der kommissarisch zum Staatsbankpräsidenten berufene Finanzpräsident Emil Bartels als Nachfolger von Stübben erst zum 31.10.1933 abberufen worden ist.

Offenbar war das hochdotierte Amt nach dem politisch motivierten Ausscheiden Stübbens erst 1 ½ Jahre vakant und dann 7 Monate lang doppelt besetzt. Damit wird die Anklage gegen Küchenthal um den Punkt der Korruption und Selbstbegünstigung im Amt erweitert. Kiesel hat offenbar in seiner Aussage bestätigt, daß anlässlich der Verhandlungen zur Wiederherstellung der Koalition BEL-NSDAP und der Wahl von Klagges anstelle von Franzen diese Vereinbarung mit Blick auf Küchenthal getroffen wurde.

10.2.1949

Der „Öffentliche Ankläger“ formuliert 5 Anklagepunkte gegen Küchenthal:

1. Beteiligung an der Harzbuger Front
2. Als Justizminister Strafversetzung des Gerichtsassessors Dr. Meier-Branecke aus politischen Gründen
3. Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers
4. Selbsternennung zum Staatsbankpräsidenten
5. Zahlung von Zuschüssen an die NSDAP für Uniformen durch die Staatsbank (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. V)

Küchenthal ist demnach nicht nur bei der Einbürgerung Hitlers, sondern auch sonst stärker in das NS-System involviert gewesen zu sein. Er repräsentiert den Typus des opportunistischen Steigbügelhalters, der auch immer seinen persönlichen Vorteil im Auge hatte.

Der Ankläger beabsichtigt, Kiesel, Lehmann, Roloff, Brandes, von Frankenberg und Klagges als Zeugen in Sachen Einbürgerung zu vernehmen.

Der noch lebende Personenkreis, der mit der Einbürgerung befaßt war und zur Rolle Küchenthals Aussagen machen konnte, muß den Entnazifizierungsbehörden genauestens bekannt gewesen sein.

17.2.1949

Küchenthal schreibt an den Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses (Otto Schmitz) bezüglich der Kontroverse mit Roloff, wer für die Streichung bzw. Wiedereinsetzung der Regierungsratsstelle verantwortlich gewesen sei. Er habe jetzt Dokumente, die seine Position belegen.

Auch diese Frage ist bezüglich der Verantwortung relevant. Küchenthal argumentiert, er habe als Finanzminister im Haushaltsentwurf die Stelle gestrichen und nur auf Druck von Roloff sei sie wieder in den Haushalt eingestellt worden, während Roloff behauptet, er habe im Haushaltsausschuß für die Streichung gesorgt und Küchenthal habe sie wieder eingestellt.

28.2.1949

Die britischen Militärbehörden verbieten den DRP-Kreisverband Gifhorn und die DRP-Ortsgruppe Wolfsburg.

1.3.1949

Koller verfaßt am gleichen Tag die Manuskripte „Chronik“ (1934-1942) und „Der Versuch einer ‚Entlastung‘ Wolfsburgs“. (StA WOB S1/12)

Die Chronik diene offenbar als Gedächtnisstütze für die „Entlastung“. Letztere liest sich als eine Rechtfertigung der Stadtgründung und der Art und Weise (außerhalb jeglicher gesetzlicher Regeln), wie sie gegründet wurde. Der Bau der nationalsozialistischen „Musterstadt“ war in vieler Hinsicht problematisch, so daß permanente Improvisation notwendig war. In gewisser Weise ist der Text Kollers persönliche Auseinandersetzung mit dem NS-System, da zwischen den Zeilen eine leichte Kritik erkennbar wird. Konkret nennt er z.B. Hitlers Verbot, in Wolfsburg Kirchen zu bauen.

Das Manuskript gipfelt in dem Satz: „Daß wir diesen Krieg dem Nationalsozialismus verdanken (und daß er die Folge des Fluchs war, das über diesem System lag) (= handschriftl. eingefügt), wissen wir. Aber warum sollen wir mit diesem Krieg die neue, noch kaum geborene Stadt, unsere Stadt, moralisch belasten? ... Und dessen, was nicht da ist, brauchen wir uns nicht zu schämen. Wir fangen einfach ganz getrost wieder von vorn an!“ (Blatt V)

Seine persönliche Verstricktheit, etwa der frühe Eintritt in die NSDAP am 1.1.1931, die Patronage durch Speer, der frühe Ruhm, der ihm zu Kopf gestiegen ist, und sein Verhältnis zu Hitler, dem er auf der Stadtkrone von dessen „Musterstadt“ eine Residenz bauen wollte, werden nicht erwähnt. Hier wie an anderen Stellen wird erkennbar, daß Koller sich selber als reinen Architekten und Städteplaner darstellen möchte, dessen Pläne aufgrund des Krieges nur ansatzweise realisiert worden sind und der darauf hofft, möglichst rasch da weiter machen zu können, wo er 1942 kriegsbedingt hatte aufhören müssen. Die Tochter wird 2015 im Interview diese „Erzählung“ in groben Zügen bestätigen.

Der Zeitpunkt zur Abfassung des Textes läßt sich als Reaktion auf die Kommunwahlwahl vom Herbst 1948 deuten und dient auch der Selbstentlastung. Koller will dem naheliegenden Eindruck entgegenreten, daß das Wahlergebnis für die DRP womöglich auch mit seinen Wolfsburger Aktivitäten vor 1945 zu tun hat. Koller hatte nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft im November 1945 zunächst Berufsverbot.

Im Familienkreis hat Koller das Manuskript und seine mit der Abfassung verbundenen Absichten nicht erwähnt. Jedenfalls erinnert sich die Tochter nicht an entsprechende Äußerungen.

7.3.1949

Aufgrund eines Formfehlers wird das Kommunwahlwahlergebnis von 1948 in Wolfsburg annulliert. Bei der Neuwahl erhalten die SPD 8, die CDU 4, Die KPD 4 und die DP (als Nachfolger der DRP) 12 Sitze in Wolfsburg. (Sielaff 1995, S. 41)

Dies ist immer noch ein bemerkenswertes Ergebnis. Demnach war die DP, vermutlich nicht nur in Wolfsburg, sondern in der ganzen Region die Nachfolgepartei der NSDAP. Deren Namensgebung veränderte sich von NSDAP über DRP zu DP!

9.3.1949

Vernehmung von Schmidt-Bodenstedt (Bündheim) durch Staatsanwalt Erdmann zur Vorbereitung des Verfahrens gegen Klagges. Er streitet jegliche Kenntnis von irgendwelchen Vorgängen in Braunschweig 1933 ab, entlastet Klagges und belastet Alpers und Jeckeln. Er wird auch zu seiner Aussage vor dem OPG (gegen Zörner u.a.) vom 14.12.1933 befragt.

Es entsteht der Eindruck, daß es nicht nur den Konflikt Zörner – Klagges, sondern auf der Ebene darunter auch einen Konflikt zwischen Schmidt/Bertram u.a. vs. Alpers/Jeckeln bzw. zwischen den alten Vertrauten/Mitarbeitern von Klagges und den neuen aufstrebenden gegeben hat. Nachdem die Zörner-Fraktion ausgeschaltet war, hat sich die Klagges-Fraktion in einen moderat-radikalen (Schmidt-Bodenstedt/Bertram) und einen radikal-radikalen Flügel (Alpers/Jeckeln) gespalten. Der Weggang von Schmidt-Bodenstedt nach Berlin bekommt so die Bedeutung der Weglobung.

14.3.1949

Verbot jeglicher DRP-Aktivitäten im Landkreis Gifhorn durch die Besatzungsmacht

24.3.1949

Vernehmung von Kiesel zur Vorbereitung des Verfahrens gegen Klagges.

29.3.1949

Berger wird im Entnazifizierungsverfahren wegen seiner SS-Mitgliedschaft und der Verbreitung der NS-Ideologie in Kategorie IV (Unterstützung des Nationalsozialismus) eingestuft. (Nachlass Berger G41)

Als Anlage zum Fragebogen hat Berger ein Manuskript von 6 Seiten verfaßt, in dem er seine Distanz zum Nationalsozialismus zum Ausdruck bringen will. Hinzugefügt sind diverse „Persilscheine“ u.a. auch von Oswald Kroh. Sein Sohn Klaus Berger wird 1998 ein Manuskript zur Entlastung seines Vaters verfassen.

April 1949

Die DRP wird durch die Militärregierung aufgelöst.

13.4.1949

Der „Öffentliche Ankläger“ erklärt zum Entnazifizierungsverfahren Küchenthal: „Küchenthal hat als Ministerpräsident in Braunschweig bei der Ernennung Hitlers zum braunschweigischen Regierungsrat mitgewirkt. Es wird später zu prüfen sein, ob deshalb angeregt werden müßte, Küchenthal vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg anzuklagen.“

Damit bekommen die Vorwürfe gegen Küchenthal eine neue Dimension. Klagges erscheint aus dieser Perspektive nur als der kleine Mitläufer! Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich hinter dem „Öffentlichen Ankläger“ Otto Schmitz verbirgt, der 1932 Rektor der TH war und mitgewirkt hat, Hitler als Professor zu verhindern. Darüber ist er vermutlich mit Küchenthal aneinandergeraten. Evtl. wird hier eine alte Rechnung beglichen. Der „Prüfauftrag“ von Schmitz läßt sich sogar als ein Hinweis interpretieren, daß Küchenthal doch, anders als er später immer wieder betont hat, bereit gewesen wäre, die Berufung Hitlers mitzutragen.

25.5.1949

Peter Koller verfaßt das Manuskript „Die geschichtlichen und rechtlichen Grundlagen der Gründung Wolfsburgs“.

Das Manuskript wird in kleiner Auflage als Matrizen-Umdruck vervielfältigt. Koller verschickt es an diverse Wolfsburger Persönlichkeiten als Werbung in eigener Sache. Er bereitet so sein erfolgreiches Comeback 1955 in Wolfsburg vor. 1950 erscheint eine überarbeitete und ergänzte Fassung. Beide Versionen sind im Stadtarchiv Wolfsburg einsehbar.

Am Ende der Version von 1950 betont Koller, daß das von ihm geleitete Stadtbaubüro und die Neuland als Bauträger weitgehend unabhängig von der DAF gearbeitet hat: „Der Einfluß der DAF war daher auf das Wolfsburger Geschehen verhältnismäßig gering.“ (S. 21) Und weiter: „Für die heutige und zukünftige Behandlung der Dinge kann man aus der bisherigen, ja schon `geschichtlichen` Entwicklung des Komplexes Wolfsburg den Schluß ziehen, daß seine Probleme trotz der Parallelen mit Watenstedt – Salzgitter einmalig sind und daß es ebenso wie in der ersten Zeit seiner Entstehung als Sonderfall behandelt werden muß, der in keine allgemeine Regel paßt. Nur ganz allmählich wird es gelingen, die in jeder Hinsicht besonderen Verhältnisse auf ein normales Gleis zu schieben und mit den allgemein üblichen Verwaltungsmethoden zu bewältigen.“ (S. 22)

*Auch wenn Koller in erster Linie die organisatorischen und finanziellen Fragen gemeint haben wird, so war Wolfsburg in vieler Hinsicht eben **kein** Sonderfall sondern ein für den NS-Staat*

besonders typisches Vorhaben, an dem er mitgewirkt hat. Insofern dient auch der Text von 1949/1950 wie die Texte von 1949 der persönlichen Entlastung Kollers, der aufgrund seines jungen Alters (Jahrgang 1907) noch eine zweite Karriere in Wolfsburg machen will und tatsächlich machen wird.

10.6.1949

Kiesel wird nach Berufung gegen seine Einstufung im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie IV zurückgestuft.

5.7.1949

Eröffnung des Spruchgerichtsverfahrens gegen Klagges in Bielefeld (bis 9.7.)

Klagges sagt u.a. aus: „1932 wurde ich von Göring darauf aufmerksam gemacht, dass Hitler gern eine Beamtenstellung annehme. Er fragte mich damals, ob dies nicht in Braunschweig möglich sei, es käme ja auch Braunschweig zugute, da Hitler ja gute Beziehungen zu Industriellen habe. Er sagte mir noch, dass Hitler ja auch auf normalem Wege nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben könne, durch eine Beamtenstellung aber müsse man sie ihm zuerkennen. Hitler wurde daraufhin von mir zum Regierungsrat ernannt. Die ganze Koalition im Landtag stimmte der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat damals zu. Hitler hatte seine Stellung damals bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin.“ (Quelle Personalakte Klagges)

In dieser Erzählung kam der Anstoß via Göring von Hitler selber. Hitler war klar, daß der Weg über den Reichsrat nicht gangbar war und brachte selber die Wirtschaftsförderung für Braunschweig ins Spiel. Klagges betont, daß er die Ernennung vorgenommen habe, aber die gesamte Koalition zugestimmt habe. Das ist insofern falsch, als nur der Professor Hitler, nicht aber der Regierungsrat Hitler zu seinem Ressort gehörte. Küchenthal war zuständig, Klagges mußte nur gegenzeichnen. Klagges brüstet sich also noch 1949 mit einem „Verdienst“, das ihm nur zum Teil zukommt. Lag hier der Grund, daß er nach dem gescheiterten ersten Anlauf weiter die Professoren-Variante verfolgte, weil er nur so das Verdienst der Einbürgerung für sich verbuchen konnte und Zörner zur Randfigur degradiert hätte? Im Licht des Goebbels-Tagebuch ist diese Version allerdings unglaubwürdig.

Klagges bestreitet u.a. jegliche Verantwortung für die Gewalttaten im Zuge des „Stahlhelmputschs“ am 27.3.1933.

1.2.1950

Sauke verfaßt im Untersuchungsgefängnis Rennelberg eine 18seitige Stellungnahme zu seiner Anklageschrift.

Daraus geht hervor, daß er dennoch eher zu den moderaten Nationalsozialisten der Zörner-Richtung in Braunschweig gehörte. (Sohn 2003, S. 131)

14.3.1950

Sauke wird wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit aufgrund seiner Aktivitäten 1933 als Leiter der SA-Hilfspolizei gegen die Linke in Braunschweig zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Die Internierungs- und Untersuchungshaft wird angerechnet. Sein Revisionsantrag wird vom Obersten Gerichtshof für die Britische Zone verworfen. (Sohn 2003, S. 132)

1.8.1950

Fritz Bauer wird Generalstaatsanwalt in Braunschweig.

Bauer wollte eigentlich schon 1949 das Amt antreten. Seine Berufung wurde verzögert, bis der Klagges Prozeß und der Rieseberg-Prozeß stattgefunden hatten, sodaß Bauer in diese Prozesse nicht eingreifen konnte.

23.8.1949

Roloff schreibt an Schmitz, bietet sich als Zeuge an und macht Vorschläge, welche weiteren Zeugen im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal zu laden sind. Er benennt u.a. Carl Heimbs, Brandes und Marquardt.

Dem hat Schmitz offenbar entsprochen. Bemerkenswert ist, daß Heimbs von Küchenthal als Entlastungs- und von Roloff als Belastungszeuge angesehen wird. Vielleicht wollte Roloff mit dem Brief an Heimbs auch an die alte Kollegialität appellieren, sofern 1932 Roloff und Schmitz tatsächlich an einem Strang bei der Verhinderung Hitlers als Professor gezogen haben sollten.

27.9.1949

Sitzung des Entnazifizierungsausschusses unter Vorsitz von Otto Schmitz. Außer Küchenthal als Beklagtem werden Kiesel, Roloff, Hoppe, Brandes, Heimbs, Marquardt u.a. als Zeugen geladen. (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. 2)

Der Kreis der noch lebenden und 1932 an der Einbürgerung Beteiligten wird plastisch.

Der erste Punkt der Befragung behandelt die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers. Küchenthal leugnet eine Verantwortung und schildert die offizielle Version des Hergangs. Er sei gegen die Professur für Hitler gewesen. Auf den Einwurf von Schmitz, daß Küchenthal damals in die TH gekommen sei und gefordert habe, bestimmte Räume für eine Ansprache Hitlers zur Verfügung zu stellen, antwortet Küchenthal, daß die TH dieses abgelehnt habe.

Also war doch daran gedacht, eine Antrittsvorlesung für Hitler zu organisieren. Hat Küchenthal versucht, die Professoren-Variante zu forcieren, da dann Klagges und nicht Küchenthal der Hauptverantwortliche gewesen wäre? Dem widerspricht allerdings der Umstand, daß Küchenthal seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde Hitlers zum Professor verweigert hat. Vielleicht hat er auch hier ein doppeltes Spiel gespielt. Erst als sich der breite Widerstand gegen die Professoren-Variante abzeichnete, hat er sich dazu gesellt. Anderenfalls hätte er sagen können, sogar organisatorisch bei der Berufung mitgewirkt zu haben.

Küchenthal habe seine Zustimmung zur Einbürgerung Hitlers an die Bedingung geknüpft, daß zuvor geklärt wird, ob dann der Polizeikostenzuschuß des Reiches gestrichen wird.

Dieser Punkt spielte in der Tat bei der Reise Küchenthals nach Berlin eine Rolle.

Schmitz konfrontiert Küchenthal mit seinem Brief von 1935. Küchenthal räumt ein, den Brief geschrieben zu haben, erklärt aber, daß dieser nur taktisch gemeint war, um seine Entlassung abzuwehren.

Das kann man so und so sehen.

Kiesel behauptet in seiner Vernehmung, daß er, Albrecht und Wanstrat lediglich Gutachten zu der rein abstrakten Frage erstellen sollten, ob Hitler eingebürgert werden könne. Dies haben sie positiv begutachtet. Erst als klar wurde, daß Hitler als Regierungsrat angestellt werden sollte, sei ihnen rechtliche Bedenken gekommen. Hitler als Untergebener von Boden sei nicht denkbar gewesen. Hitler habe aber erklärt, daß er die Stelle tatsächlich ausfüllen wolle. Auch nach dem Ausscheiden Hitlers aus dem braunschweigischen Staatsdienst sei die Stelle jahrelang weiter im Haushalt geführt worden. Das Gehalt sei an die SS gegangen.

Auch diese Aussage ist mit Vorsicht zu genießen. Unglaublich ist die feinsinnige Unterscheidung zwischen einem rein abstrakten positiven und einem bedenkenträchtigen konkreten Vorgang. Wenn die Erinnerung Kieselers stimmt, daß weiter Geld geflossen ist, dann war Hitlers Behauptung 1932, er habe kein Gehalt bezogen, sondern habe es an Arbeitslose gestiftet, eine glatte Lüge. Warum dieses Geld ausgerechnet an die SS gegangen sein soll, ist merkwürdig.

Roloff sagt aus, daß Klagges tatsächlich beabsichtigt habe, daß Hitler Vorlesungen hält. Es wäre daraufhin eine Kommission gebildet worden, die schärfsten Widerstand gegen die Berufungsabsicht formuliert hätte. Ansonsten gibt Roloff in seiner Aussage den Unbeteiligten. Allerdings seien „Wirtschaftskreise“ für die Einbürgerung gewesen.

Dies kann als ein versteckter Hinweis auf die Verantwortung von Heimbs und/oder Wessel bzw. der DVP gedeutet werden. Über eine Kommission zur Verhinderung Hitlers als Professor läßt sich in den Hochschulakten nichts finden.

Hoppe entlastet Küchenthal mit seiner Aussage.

Hoppe und Küchenthal waren damals Nachbarn. Küchenthal wohnte Humboldtstr. 25. Hoppe scheint wie Heimbs zur Fraktion Küchenthal zu gehören.

Brandes belastet Küchenthal. Er habe nicht dem Fraktionszwang unterlegen und sei nicht an den Fraktionsbeschluß gebunden gewesen.

Ansonsten spielt er wie Roloff den Ahnungslosen.

Heimbs antwortet auf die Frage: Wer hat die Zustimmung gegeben, Hitler einzubürgern? „Ich kann darüber wenig sagen. Von der Sache habe ich auf merkwürdige Art Kenntnis bekommen. Meine Einstellung zur NSDAP kennen Sie. Ich war verschiedene Male bei der GESTAPO. Durch meinen Schwager hörte ich hier und da mal etwas. Eines Tages bat er mich ins Parkhotel, um zwei Herren kennen zu lernen, die mich etwas fragen wollten. Wir trafen uns. Frank 2 nahm das Wort und er erkundigte sich nach der Freimauerei und wie sich die Deutsche Volkspartei zur Einbürgerung Hitlers stelle. Ich sagte, dass meine Ansicht sei, dass ein Mann, der 4 Jahre für Deutschland gekämpft habe, Recht auf Einbürgerung hätte. Ob die Volkspartei der gleichen Ansicht sei, konnte ich nicht sagen, wollte mich aber erkundigen. Ich war dann im Geschäftszimmer der Deutschen Volkspartei und von der Leitung dieser Partei lag eine gegenteilige Ansicht nicht vor.“ ... „Kann sein, dass der Vorschlag von Wessel gemacht wurde.“

Heimbs spielt den Ahnungslosen, der nur als eine Art Auskunftsei gewirkt hat bzw. sich erkundigt hat, wie sich seine Partei zur Einbürgerung verhalte. 11 Jahre später nach dem Spiegel-Artikel wird er sich viel detaillierter erinnern. Interessant sind dennoch drei Hinweise. Offenbar hat er sich schon zuvor mehrfach mit Zörner über die Angelegenheit ausgetauscht. Wer war der zweite Mann, der Heimbs vorgestellt wurde? Laut Aussage seines Sohnes vor dem OPG war das Alpers. Den dürfte Heimbs aber gekannt haben. Bei Heimbs sen. klingt es so, als habe Frank die zweite Person mitgebracht. Wieso spricht Frank die Freimaurerei an? Woher wußte dieser, daß Heimbs Freimaurer war? Wollte er Heimbs auf diese Weise auf den Kanal zu Wessel hinweisen, der auch Freimaurer war? Dann muß Frank sehr gut vorbereitet gewesen sein. Hatte ihn Zörner entsprechend instruiert? Warum erwähnt Heimbs diesen Punkt überhaupt? Oder wollte Frank Heimbs drohen, daß die Mitgliedschaft bei den Freimaurern nach einem Machtwechsel Probleme bereiten könnte? Dann hätte Heimbs mit dem Hinweis andeuten wollen, unter Druck gesetzt worden zu sein. Auffällig ist, daß Heimbs wie noch 1961 ganz selbstverständlich von Frank II spricht, obwohl dieser ihm bis dato völlig unbekannt gewesen sein soll. Daß Frank intern als Frank II bezeichnet wurde, setzte aber detaillierte Kenntnisse über dessen Person voraus. Außerdem versucht er, Wessel die Verantwortung

zuzuschieben und entlastet damit Küchenthal. Heimbs hat also eher im Sinne von Küchenthal als von Roloff ausgesagt.

Marquardt gibt bei seiner Befragung vor, nichts mehr zu wissen.

Dies ist unglaubwürdig.

Der zweite Punkt der Befragung behandelt die Ernennung Küchenthals zum Staatsbankpräsidenten. Die Frage lautet, ob Küchenthal damit für seine Mitwirkung bei der Einbürgerung belohnt wurde. Dies wird von Küchenthal bestritten, der auf seine Qualifikation verweist. Außerdem habe er versucht, die Staatsbank gegen die Plünderungsversuche durch Alpers und Klagges zu schützen. Diese hätten die Staatsbank zerschlagen und daraus eine Landesbank machen wollen. Er, Küchenthal, sei von der Gestapo kontrolliert und sein Telefon abgehört worden.

Küchenthal versucht bei diesem Punkt den Eindruck eines Widerstandskämpfers zu erwecken.

Zum Vorwurf der Parteimitgliedschaft erklärt er, von Hesse unter Druck gesetzt worden zu sein.

Schmitz zieht das Fazit und begründet das Urteil im Revisionsverfahren: „Der Betroffene war im Jahre 1932 Ministerpräsident des Landes Braunschweig. Er hat in dieser Stellung Hitler als Regierungsrat in den braunschweigischen Staatsdienst eingestellt und ihn dadurch zum deutschen Staatsbürger gemacht. Der Betroffene behauptet, daß er diesen Akt auf Beschluß der ´Bürgerlichen Einheitsliste` ausgeführt hat. Es besteht aber kein Zweifel, daß er als ´Ministerpräsident` volle Freiheit in seiner Entscheidung hatte. In Anbetracht der außerordentlichen Folgen, welche diese Ernennung nach sich zog, ist er daher als wesentlicher Förderer anzusehen und in Gruppe III einzustufen.“ (zitiert nach Küchenthal 1969, Bd. III, S. 46-47)

Der Berichterstatter der Braunschweiger Zeitung zitiert leicht abweichend: „Der Betroffene habe durch seine als Ministerpräsident geleistete Unterschrift, die allein die Ernennung Hitlers und damit Einbürgerung ermöglicht habe, eine wesentliche Förderung und Unterstützung des Nationalsozialismus geleistet. Diese wesentliche Förderung sei durch seinen späteren Widerstand als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank nicht ausgeglichen.“ (Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949)

Der Konflikt mit Alpers und Klagges wird vom Ausschuß nicht als Widerstand, sondern als Machtkampf um den Einfluß über die Staatsbank gewertet.

Einschränkend ist zu sagen, daß der Vorsitzende Otto Schmitz, 1932 als Rektor in die Vorgänge zur Einbürgerung Hitlers involviert, keinesfalls neutral war. Wieso war ausgerechnet Schmitz Vorsitzender im von Küchenthal angestregten Revisionsverfahren? Schmitz hatte Küchenthal 1932 angerufen und um Auskunft gebeten, ob Hitler tatsächlich zum Professor berufen werden sollte und darüber der Presse berichtet. Küchenthal ist ausgewichen und hat

auf Klagges als Zuständigem verwiesen. Dieses Verhalten dürfte der damalige Rektor Schmitz als mangelnde Unterstützung des Regierungschefs bzw. als Feigheit gewertet haben.

Küchenthal beschuldigt Schmitz später, daß er 1948 dem Braunschweigischen Hochschulbund Mittel habe zukommen lassen, die an die Staatskasse hätten abgeführt werden müssen. Auch mit Schmitz trägt er eine Kontroverse aus. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 49f, Küchenthal 1973, Bd. II)

Die Begründung für die Einstufung in Kategorie III ist ganz eindeutig die politische Bedeutung der Einbürgerung Hitlers und Küchenthals Verantwortung für den Vorgang. Die Kontroversen Roloff-Küchenthal, Brandes-Küchenthal und Schmitz-Küchenthal werden sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Bemerkenswert ist, daß die Zeitgenossen 1932 und der Entnazifizierungsausschuß 1949 die fundamentale Bedeutung der Einbürgerung gleichermaßen bewerten, während die überlebenden Beteiligten nach 1945 den Vorgang zu bagatellisieren suchen.

12.11.1949

Küchenthal legt erneut Berufung gegen das Spruchkammer-Urteil ein.

10.12.1949

Die Spruchkammer in Bielefeld verurteilt Klagges wegen Mitgliedschaft in der SS als Obergruppenführer (Generalleutnant) zu 6 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Internierung.

15.12.1949

Der Spiegel berichtet über den SS-Gruppenführer Waldemar Wappenhans, verheiratet mit einer geborenen Heimbs, der im September 1945 als Hans Seemann eine neue Karriere im Dienst der britischen Besatzungsmacht startet und später bei Heimbs und Sohn beschäftigt wird.

Der Bericht kann als weiteres Indiz gewertet werden, daß Carl Heimbs engere Beziehungen zur NSDAP hatte. Jedenfalls beschäftigt er ein angeheiratetes Familienmitglied und hochrangig gegen SS-Mann in seinem Betrieb, der nach 1945 unter falschem Namen untergetaucht war.

17.12.1949

Küchenthal wendet sich an Bundespräsident Heuß mit der Bitte um Unterstützung.

Heuß hat offenbar nicht reagiert.

Ende der 1940er Jahre

Koller zeichnet die Karikatur „Der Wolf fährt durch die Stadt“.

Damit könnte Hitler gemeint sein.

1950

Roloff verfaßt eine zweite Aufzeichnung zum Thema Einbürgerung, die in Details von der ersten Aufzeichnung von 1947 abweicht. Das Manuskript befindet sich im Nachlaß und seit 1955 im Besitz von Roloff jun. (Roloff 1961, S. 90)

Das Manuskript diente offenbar der Vorbereitung des Entnazifizierungsverfahrens gegen Roloff. Es findet sich nicht in dem Teil des Nachlasses, den Roloff jun. später dem Stadtarchiv übergeben hat.

10.1. 1950

Eröffnung des Klagges-Prozeß vor dem Braunschweiger Landgericht (bis 5.4.1950). Ankläger Staatsanwalt Gotthard Erdtmann.

Erdtmann war seit dem 1.5.1933 (Märzgefallener) NSDAP-Mitglied und 1936 – 1946 Wehrmachtsrichter, zuletzt seit dem 3.6.1944 „Oberstrichter“ bei der Luftwaffe. In seinem Entnazifizierungsverfahren wurde er in Kategorie V eingestuft und ab dem 1.1.1949 als Staatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts Braunschweig wieder beschäftigt (vgl. Archiv Kramer, Mappe Erdtmann). Erdtmann ist der typische Vertreter eines NS-Juristen (belegt durch entsprechende Gutachten zu seiner Person während der NS-Zeit), der nach Entlassung wieder eingestellt wurde und gegen führende Nazis als Ankläger bzw. als Richter fungierte.

Die Braunschweiger Zeitung berichtet nahezu täglich in langen Artikeln. Vgl. dazu Sohn 2003, S. 133ff.

5.4.1950

Urteil des Schwurgerichts Braunschweig im Klagges-Prozeß. Er wird wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ in Tateinheit mit diversen anderen Vergehen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Klagges selber zeigt sich im Schlußplädoyer uneinsichtig. Die Einbürge-

rung Hitlers spielt im Prozeß kaum eine Rolle. Vgl. dazu die Begründung des Urteils durch die Richter Lüttig, Zeiger und Thies (Im Namen des Rechts! 1950)

Klagges verfaßt anschließend eine undatierte „Stellungnahme zu dem Urteil des Schwurgerichts Braunschweig vom 5.4.1950 gegen Dietrich Klagges“ von 381 S.

Das Manuskript wird im Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel unter 62 Nds Fb 2 Nr. 800 aufbewahrt. Es ist während der Haft verfaßt worden. Klagges bezieht sich u.a. auf die Akten des OPG-Verfahrens Klagges vs. Zörner u.a., die im Prozeß verwendet wurden. Klagges erinnert sich sehr genau an kleine Details, die 17 Jahre zurückliegen.

Auf S. 65 gibt es einen Hinweis auf Zörner, aus dem indirekt hervorgeht, daß Zörner im Frühjahr 1933 zum moderaten Flügel der braunschweiger NSDAP gehörte.

Auf S. 157 gibt es im Kontext des „Stahlhelmputsches“ den Hinweis, „daß in Bodenstedt eine Verschwörung des Stahlhelms mit den Marxisten einschließlich der Kommunisten beabsichtigt sei“.

Dies würde erklären, warum damals Carl Lauenstein, Großbauer, Ortsvorsteher und Bodenstedter Stahlhelmführer, in Bodenstedt verhaftet und zur AOK gebracht worden ist. Lauenstein (DNVP) wurde im Gemeinderat von den SPD- und KPD-Mitgliedern gegen die NSDAP-Gemeinderäte gestützt.

Die Einbürgerung von Hitler wird im Manuskript nirgends erwähnt. Offenbar hat Klagges Mitwirkung im Unterschied zu den Entnazifizierungsverfahren der anderen an der Einbürgerung Beteiligten angesichts der Schwere der gegen ihn erhobenen Vorwürfe in diesem Prozeß keine Rolle gespielt.

22.4.1950

Berger wird im Entnazifizierungsverfahren von Kategorie IV auf Kategorie V zurückgestuft.

15.6.1950

Beginn des Rieseberg-Prozesses (bis 22.7.1950)

19.6.1950

Küchenthal begründet seine Berufung. Zentral für das gesamte Verfahren sei die Verantwortlichkeit bei der Einbürgerung.

Wenn davon die Einstufung in die Kategorie „wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus“ abhängt, dann war es doch ein wichtiger Vorgang.

1.7.1950

Hugenberg wird in seinem Entnazifizierungsverfahren in Gruppe V (entlastet) eingestuft.

15.9.1950

Entnazifizierungsverfahren gegen Schmidt-Bodenstedt vor dem Entnazifizierungs-Ausschuß im Niedersächsischen Verwaltungsbezirk Braunschweig. Beisitzer im Ausschuß ist Otto Schmitz. Schmidt-Bodenstedt wird vom Ausschuß als „wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus“ in Kategorie III eingestuft. Er legt keine Rechtsmittel gegen das Urteil ein. (4 Nds 58 Zg. 2011/022)

30.9.1950

Schreiben von Brandes an Roloff.

Auch dieses Schreiben ist ein Beleg, daß Roloff und Brandes nach 1945 gegen Küchenthal kooperieren.

26.10.1950

Die Verteidigung von Küchenthal liefert einen Nachtrag zur Begründung für die Berufung.

21.11.1950

Schrader, ehemals Landtagsabgeordneter der Staatspartei, sagt als Zeuge im Berufungsverfahren Küchenthal aus und gibt an, nichts gewußt, der Einbürgerung aber zugestimmt zu haben.

Diese Aussage ist unglaubwürdig.

27.11.1950

Bankdirektor a.D. Erwin Schack., Braunschweig, Hagenring 15 (78 Jahre alt) sagt als Zeuge im Berufungsverfahren Küchenthal aus. Seine Aussage ist nichtssagend.

Warum wurde Schack als Zeuge vernommen? War er verwandt mit Hildegard Schack, der zweiten Frau von Zörner, bzw. deren Vater Otto Schack? Wenn ja, dann könnte Zörner seine zweite Frau nicht erst in Dresden, sondern vielleicht in Braunschweig kennen gelernt haben. Der Name Schack taucht nach 1945 in den OMGUS-Akten in Zusammenhang mit der Verschiebung von Vermögenswerten der Wifo ins Ausland aus. Gibt es hier einen Zusammenhang? 1933 wohnte Schack unter der Adresse Kasernenstraße 30 (Adressbuch der Stadt Braunschweig)

Außerdem werden an diesem Tag Kiesel, Roloff und Hoppe vernommen.

Roloff sagt aus, daß Zörner die eigentliche Einbürgerung betrieben habe. Entscheidend sei das Treffen im Parkhotel zwischen Frank, Zörner und Heimbs gewesen. Von einer 4. Person spricht Roloff nicht.

30.11.1950

Roloff nimmt brieflich Kontakt zu Brandes auf, der ihn (in seinem Entnazifizierungsverfahren) entlasten und Küchenthal belasten soll. Brandes antwortet am selben Tag und belastet Küchenthal. Er argumentiert, daß Küchenthal verantwortlich war, weil er die Urkunde unterschrieben hat. Er hätte stattdessen zurücktreten können bzw. seinen Rücktritt gegenüber der BEL androhen können. Die Fraktion habe keine Entscheidung getroffen. Küchenthal habe im Klagges-Prozeß unter Eid ausgesagt, daß er sich nicht in dessen Ressort eingemischt habe. Während der AOK-Aktion sei Küchenthal in Berlin gewesen (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43: 1-2).

Der Tenor des Schreibens lautet, daß Küchenthal feige gewesen sei, keine Verantwortung übernehmen wollte und nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht gewesen sei.

Auch Küchenthal nimmt brieflich Kontakt zu Brandes auf, um ihn als Entlastungszeugen zu gewinnen und im Gegenzug Roloff zu belasten.

Die Frage, ob Küchenthal als Vorsitzender der Staatsregierung oder Roloff als Vorsitzender der BEL-Fraktion der Hauptverantwortliche für die Einbürgerung ist bzw. ob es sich um einen rechtlichen oder um einen politischen Vorgang gehandelt hat, steht weiter im Zentrum der Kontroverse. Kontrovers ist auch, ob und was die BEL-Fraktion am 17.2.1932 genau beschlossen hat und inwieweit Küchenthal nur deren ausführendes Organ war. Die Debatte wird allerdings 1945-1950 und nicht 1932 geführt. Roloff und Brandes entlasten sich gegenseitig zu Lasten von Küchenthal, der 1932 versucht hat, sich vor der Verantwortung zu drücken, aber nicht zurücktreten wollte. Daß Roloff und Brandes sich gegen Küchenthal positionieren, könnte daran liegen, daß sie beide am Fraktionsbeschuß mitgewirkt haben. Am Ende will keiner verantwortlich gewesen sein und vor allem keiner gewußt haben, als was Hitler sich entpuppen würde.

4.12.1950

Fortsetzung der Zeugenvernehmung vor dem Entnazifizierungsausschuß im Berufungsverfahren Küchenthal. Brandes, Heimbs, Gassner, Hoppe, Albert Wanstrat, Hans Udo v. Grone, Bertram sagen aus.

Gassner entlastet Roloff bezüglich der Einbürgerung. Roloff habe aber später für die NSDAP Vorträge gehalten. Dem widerspricht Roloff. Schmitz und Gassner hätten einen Konflikt mit Küchenthal wegen der Professur für Hitler ausgetragen. Küchenthal wollte dem Druck von Klagges nachgeben.

Wenn das stimmt, dann wankt die gesamte Verteidigungsstrategie Küchenthals. Demnach hat er sich zwar zunächst gegen die Professur für Hitler gesträubt und seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde verweigert. Als er aber merkte, daß eine alternative Verbeamtung auf seine Zuständigkeit hinausläuft, hat er die Professur doch vorgezogen.

Wanstrat bestätigt, daß er ein Gutachten gemacht hat.

Brandes belastet Küchenthal erneut mit dem Argument, daß dieser hätte zurücktreten können.

Heimbs sagt aus: „Der derzeitige Landtagspräsident Zörner war mein Schwager. Er war Nationalsozialist. Zörner stand später in Gegensatz zu Klagges. Ich erhielt eines Tages einen Anruf von Zörner, dass ich an einer Besprechung im Parkhotel teilnehmen solle. Frank II war auch (sic!) dabei anwesend. Ich wurde gefragt, wie sich die Deutsche Volkspartei dazu stellen würde, wenn man eine Einbürgerung Hitlers vornehmen würde. Ich hielt eine Gleichstellung Hitlers für selbstverständlich. Darauf schickten wir an den Führer der deutschen Volkspartei Dingeldei (sic!) ein Telegramm. Er erklärte sich einverstanden. Meine Partei setzte sich darauf mit den anderen in Verbindung. Zörner war damals ein großer Mann. Ich hatte ihm oft vorgestellt, daß er auf Hitler einwirken solle. Hitler liebte wohl solche Ratschläge nicht.“

Heimbs variiert seine Aussagen in Nuancen. Der geheimnisvolle vierte Mann wird namentlich nicht erwähnt. Wer war das? Dingeldey bzw. die Volkspartei trifft jetzt die Verantwortung. Heimbs war nur eine Art Bote. Deutlich wird aber, daß Heimbs und Zörner sich oft ausgetauscht haben. Heimbs will den Eindruck erwecken, daß er schon lange vor Hitlers Machtergreifung via Zörner versucht habe, auf Hitler einzuwirken.

Von Grone (damals Landtagsabgeordneter der DNVP) behauptet, nichts gewußt zu haben.

Die Aussage ist unglaubwürdig. Von Grone war aber eher Mitläufer als Meinungsführer in der DNVP. Er wurde in Kategorie IV eingestuft.

Bertram erklärt, daß die Initiative zur Einbürgerung von Berlin ausging.

Bertram wurde in Kategorie IV eingestuft.

11.12.1950

Endgültiger Bescheid des Entnazifizierungsausschusses unter Vorsitz von Dr. Conrad auf die Berufung gegen den Spruchkammerbeschuß vom 27.9.1949 im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal. Die Entlassung Küchenthals unter Fortfall der Bezüge vom 15.8.1945 wird bestätigt. Im Beschuß heißt es: Küchenthal „hat Hitler in den Sattel geholfen“. Er sei kein Widerständler gewesen. Bei dem Konflikt mit Alpers und Klagges ging es um den Einfluß über die Staatsbank.

Es scheint, daß Küchenthal, insofern ihm die Hauptschuld an der Einbürgerung Hitlers zugesprochen wird, auch das Opfer einer Intrige geworden ist, für die Roloff sen., Brandes u.a. verantwortlich zu machen sind. Mit dem MS von Roloff jun. "Dr. Werner Küchenthal – der Irrtum eines unpolitischen Fachministers" (Archiv Menzel, Mappe Roloff) läßt sich diese Annahme bestätigen. Auch Küchenthal jun. vertritt diese Sicht vehement.

13.12.1950

Brief Roloffs an Schrader. Schrader hat Roloff im Entnazifizierungsverfahren belastet und wird dafür von Roloff beschimpft. Schrader leitet den Brief zur Kenntnisnahme an Küchenthal weiter.

Die parteiübergreifenden Fraktionierungen gehen immer weiter. Roloff und Brandes gegen Küchenthal und Schrader.

1951

Georg Neidhardt, Vorsitzender im Hitler-Prozeß 1924, wird posthum im Spruchkammerverfahren als ntlastet eingestuft (Gritschneider 2001).

Aus der „Benutzerkorrespondenz“ des Niedersächsischen Staatsarchivs Wolfenbüttel geht hervor, daß Küchenthal beginnt, die Akten des Archivs sowohl „in eigener Sache“ wie bei seinen Recherchen als Heimatforscher zu nutzen. Er korrespondiert dabei regelmäßig mit dem Leiter des Archivs, Hermann Kleinau.

Der Stil der Korespondenz zwischen Küchenthal und Kleinau ist förmlich, doch dürfte sich im Laufe der Zeit ein besonderes Vertrauensverhältnis gebildet haben. Da Kleinau seit 1938 Leiter des Staatsarchivs war, dürften sich beide aus der Zeit vor 1945 gekannt haben.

23.2.1951

„Watenstedt-Salzgitter“ wird in „Salzgitter“ umbenannt.

12.3.1951

Alfred Hugenberg stirbt in Kükenbruch/Rinteln.

11.7.1951

Balthasar Becker, 1933 Schriftleiter der BNN, schreibt Küchenthal, und erklärt, daß Roloff sein Informant bei den Meldungen über die Einbürgerung Hitlers gewesen sei. Der Artikel in den BNN vom 24.2.1932 (in Wirklichkeit vom 25.2. UM) sei von Roloff inspiriert, womöglich sogar verfaßt worden. Der Vorschlag, Hitler zum Professor zu machen, sei von Roloff gekommen. Erst als die Denomination (der Riekel-Stelle) in Konkurrenz zu Roloff trat, sei dieser dagegen gewesen. Der Brief enthält weitere Details über den Ablauf der Ereignisse vom 22. – 26.2.1933. (Brief in Küchenthal 1973, Bd. I)

Eine Variante über die Abläufe, die durch die zeitgenössischen Quellen nicht belegt wird, aber als Indiz gelten kann, daß es auch um eine Professoren-Konkurrenz ging.

Das Schreiben ist möglicherweise bestellt. Es entlastet Küchenthal bezüglich der Verantwortung und belastet Roloff. Küchenthal wird den Brief in Abschrift 1961 an das Niedersächsische Staatsarchiv mit der Bitte um Archivierung senden (250 N 284).

18.12.1951

Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung im Land Niedersachsen.

31.3.1952

Küchenthal wird aufgrund des Gesetzes zum Abschluß der Entnazifizierung in Kategorie V zurückgestuft. Damit ist der Bescheid vom 11.12.1950 aufgehoben.

April 1952

Die Stadt Salzgitter veröffentlicht die Broschüre „10 Jahre Salzgitter“. Darin werden Gründung von Werk und Stadt als volkswirtschaftlich notwendig dargestellt und besonders deren Förderung durch Klagges hervorgehoben. Eine kritische Erörterung (Rüstungsindustrie, qualitativ schlechtes Erz, Widerstand von Ruhrindustrie und Ilseder Hütte, Verstaatlichung, KZ, Göring etc.) und der Bezug zur Reichsreform fehlen völlig.

29 .5.1952

Das Bundesgericht hebt den Schuldspruch gegen Klagges auf.

Juli 1952

Ein Abgesandter eines Münchener Verlages erscheint bei Jetzinger und erschleicht sich Zugang zu Jetzingers Dokumenten.

Herbst 1952

Thomas Orr veröffentlicht (bis Frühjahr 1953) in der „Revue“ die Artikelserie „Das war Hitler“, die sich wesentlich auf die von Jetzinger gesammelten Dokumente stützt. Jetzinger distanziert sich von der Artikelserie und beschuldigt Orr, unrechtmäßig in den Besitz der Dokumente gelangt zu sein. (Jetzinger 1956)

20.10.1952

Beginn des Revisionsverfahrens (bis 4.11.) gegen Klagges vor dem Schwurgericht in Braunschweig. Klagges zeigt sich im Prozeß weiterhin uneinsichtig. In seinem sehr umfangreichen Schlußwort streitet er jegliche Verantwortung ab. Dies gilt insbesondere für seine Mitwirkung bei der Niederschlagung des „Stahlhelmputsches“.

Damit distanziert sich Klagges von Alpers, dem die Hauptverantwortung zugewiesen wird. Alpers kann sich nicht mehr wehren, da er seit 1944 tot ist.

4.11.1952

Das Urteil gegen Klagges wird vom Schwurgericht auf 15 Jahre reduziert.

Sommersemester 1953

Roloff wird zum Sommersemester emeritiert.

3.5.1953

Allan Bullock verfaßt das Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Hitler. Eine Studie über Tyrannei“. Die Einbürgerungsaffäre wird in dem Buch mit keinem Wort erwähnt.

4.6.1953

Carl Heimbs wird auf Antrag von Prof. Kangro anlässlich seines 75. Geburtstags die Ehrensena-
torwürde der TH Braunschweig verliehen. Heimbs spendet seitdem regelmäßig hohe Beträge
der TH bzw. dem Braunschweigischen Hochschulbund (Archiv der TU Braunschweig B3 : 29)

*Kangro war schon vor 1945 TH-Professor und in die Erschließung des Salzgittergebiets invol-
viert.*

15.8.1953

Reinhold Quaatz stirbt in Berlin.

September 1953

August Kubizek veröffentlicht das Buch „Adolf Hitler, mein Jugendfreund“

Das Buch wird später von Jetzinger in vielen Details als unwahr kritisiert. (Jetzinger 1956)

30.10.1953

Präsident Schlebusch verlangt, daß die Personalakte Hitlers von den Briten zurückgefordert
werden soll. Bürodirektor Plagge (Amtmann) habe sie 1945 einem englischen Offizier
(*Group-captain Hicks*) gegen Quittung (!) übergeben. Die Akte soll in einem Archiv in London
lagern. Die Quittung kann nicht gefunden werden.

*Damit beginnt der Versuch, die Akte zurückzuholen. Der Vorgang ist ein Indiz, daß Schlebusch
genau wußte, wo die Akte zu finden war, schließlich hatte er sie im Juni 1945 den Briten aus-
gehändigt.*

10.11.1953

Erich Plagge wird über den Verbleib der Akte befragt. Er gibt zu Protokoll, daß die Personal-
akten des Referats D des Staatsministeriums während des Krieges auf dem Burgberg bei Bad
Harzburg ausgelagert waren. Anfang/Mitte Mai 1945 wurden sie durch den Reg. Baurat Herrl
der Tiefbauverwaltung zurückgeholt. Herrl habe dabei die Personalakte Hitlers entdeckt und

sie Plagge übergeben. Er, Plagge, habe sie dann über zwei Mittelsmänner an Schlebusch übergeben. Der weitere Verbleib sei ihm nicht bekannt.

Schlebusch ist offenbar die zentrale Person im Umgang mit der Personalakte nach Kriegsende.

26.11.1953

Jeimke wird über den Verbleib der Akte befragt. Er sagt aus, daß Hitlers Personalakte zuerst in Königslutter und dann in Bad Harzburg (Burgberg) ausgelagert war. Von dort ist sie im Mai/Juni 1945 nach Braunschweig zurückgekommen. Jeimke habe sie an Plagge übergeben.

Damit bestätigt sich die Aussage über den Verbleib der Akte im Kern durch einen zweiten Zeugen.

3.12.1953

Vermerk, daß die Befragung von Plagge und Jeimke keine Sicherheit über die Abgabe der Akten ergeben hat. Sicher sei nur, daß sie an die Britische Militärregierung übergeben worden ist.

20.2.1954

Protokoll der Befragung von ORR Grupe bezüglich der Personalakte. Grupe sagt aus, daß die Akte bei der Rückverlagerung der Bestände aus Königslutter gefunden worden ist. Er, Grupe, und Schlebusch haben sie durchgesehen. Danach hat Schlebusch die Akte Group-captain Hicks als Vertreter der Britischen Regierung für Braunschweig übergeben. Hicks hat die Akte dem Leiter des britischen Geheimdienstes Mr. Batlett übergeben. Churchill habe Interesse an der Akte gehabt. Vor der Aushändigung sind in Braunschweig Kopien (Plural) gemacht worden. Eine davon ist an Ministerpräsident Kubel gegangen. Auf dem Protokoll befindet sich der handschriftliche Vermerk „Fotokopien von 3 Schriftstücken kommen in den Panzerschrank“.

Kubel war damals noch Braunschweigischer Ministerpräsident als Nachfolger Schebuschs. Demnach sind mindestens zwei Kopien (eine für Schlebusch und eine für Kubel) der Personalakte angefertigt worden und in Braunschweig verblieben. Deren weiterer Verbleib bis heute ist ungeklärt.

Schreiben von Schlebusch an den British Resident in Braunschweig, Mr. Brown mit der Bitte um Rückgabe der Personalakte, die vermutlich im Britischen Staatsarchiv liegen.

26.2.1954

Schlehubusch bittet das Auswärtige Amt um Amtshilfe zur Rückgabe der Personalakte.

März 1954

Klagges veröffentlicht unter dem Pseudonym „Rudolf Berg“ sein Schlußwort im Klagges-Prozeß unter dem Titel „Angeklagter oder Ankläger?“.

Demnach hat seine Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers keine besondere Rolle im Prozeß gespielt. Im Mittelpunkt stand seine Verantwortung für die Niederschlagung des „Stahlhelmputsches“, des Sturms auf das Volksfreunde-Haus, die Rieseberg-Morde u.a. Klagges zeigt sich uneinsichtig und rechtfertigt die Taten von Alpers, Jeckeln u.a.

Das Schlußwort endet: „Ich weiß, wir haben Großes gewollt, und es ist uns vergönnt gewesen, Großes zu tun. Weil unser Werk auch Fehler hatte, und man zur Zeit nichts anderes sehen will, als diese Fehler, müssen wir jetzt Großes erleiden. Dennoch wird der Tag kommen, an dem wir von neuem Großes wollen, und so Gott will, auch vollbringen werden.“ (Berg 1954, S, 78-79)

2.3.1954

Vermerk der Präsidialabteilung über die Abschrift der Aufzeichnung Bodens vom 5.5.1945., die er in Gernrode (Harz) verfaßt hat. Das Original ist nicht mehr auffindbar.

Die Abschrift befindet sich, offenbar seit diesem Zeitpunkt, in der Akte zur Wiederbeschaffung von Hitlers Personalakte. Wieso ist unklar. Womöglich ist man bei den Nachforschungen darauf gestoßen und hat sie als ergänzende Information über die Einbürgerung Hitlers der Akte beigelegt.

7.4.1954

Das Auswärtige Amt wiegelt die Anfrage von Schlehubusch um Amtshilfe ab.

1.9.1954

Heinrich Heffter wird vom niedersächsischen Kultusminister als Nachfolger von Roloff auf eine a.o. Professur an der Naturwissenschaftlich-Philosophischen Fakultät der TH Braunschweig berufen.

12.9.1954

Auf der Jahresversammlung der Wilhelm Raabe-Gesellschaft kommt es zu einem offenen Zerwürfnis zwischen Roloff und Hoppe. (Lammers 2015, S. 49)

21.9.1954

Brown teilt Schlebusch mit, daß die Nachforschungen nach der Personalakte Hitlers in London ergebnislos verlaufen seien.

Dies kann auch heißen, daß die Akte nicht zurückgegeben werden soll.

1955

Roloff veröffentlicht kurz vor seinem Tod eine „Heimatchronik der Stadt Braunschweig“. Im „Nachwort“ auf S. 215 von 308 Seiten findet sich der versteckte Hinweis, daß der „Geschichtliche Teil“ eine bereinigte Fassung von „Tausendjähriges Braunschweig“ ist.

Damit ist aus dem „Tausendjährigen Braunschweig“, eine Anspielung auf das „Tausendjährige Dritte Reich“ eine harmlose „Heimatchronik“ geworden. Warum steht der Hinweis auf die Urfassung nicht im Vorwort, sondern in einem Nachwort und warum ist das „Nachwort“ in der Mitte des Bandes platziert? Man gewinnt den Eindruck, daß es sich bis S. 215 um die gereinigte Fassung des Buchs von 1939 handelt und ab S. 216 um einen neuen Text. Im geschichtlichen Teil hat Roloff das Vorwort, alle politisch kompromittierenden Passagen und das letzte Kapitel weggelassen. Insofern ist der Band ein Dokument der ungeschminkten Säuberung der eigenen Vergangenheit. Daß Roloff vor dem Hintergrund, daß der Band von 1939 in seinem Entnazifizierungsverfahren eine prominente Rolle gespielt hat, den alten Text 1955 wieder verwendet, läßt sich allerdings auch als nachträglicher Rechtfertigungsversuch deuten nach dem Motto: So hätte das Buch eigentlich erscheinen sollen, wenn ich nicht von den Nazis gezwungen worden wäre, es zu verändern.

Die Wiederverwendung des alten Manuskripts läßt sich allerdings auch im Sinne geringer wissenschaftlicher Produktivität deuten. Roloff weist bis zu seinem Lebensende keine wissenschaftlichen Veröffentlichungen im strengen Sinne auf. Dies unterstreicht abermals, warum dreimal politische Gründe und kaum wissenschaftliche Leistungen seine Karriere als Hochschullehrer befördert haben.

10.1.1955

Anlässlich des 75jährigen Firmenjubiläums der Firma Heimbs erscheint die Festschrift „Vom guten Kaffee“. Darin heißt es: „Überdies stand der Name Heimbs bei den braunen Machthabern nicht gerade hoch im Kurs, was sich entsprechend auf das Geschäft auswirkte. Bezeichnend war es beispielsweise, das `Heimbs & Sohn` im Gegensatz zu zahlreichen kleineren Firmen bis kurz vor Kriegsschluß keinen Kaffee-Ersatz herstellen durften, obwohl Kaffee-Ersatz schon während vieler Friedensjahre zu ihren ständigen Erzeugnissen zählte.“ (S. 22)

Diese Feststellung ist eine glatte Lüge. Ernst Heimbs war seit März 1933 und Carl Heimbs 1933-1935 NSDAP-Mitglied. Heimbs ist zwar 1935 vom Gaugericht aus der Partei ausgeschlossen worden, hat dagegen aber vergeblich beim Gaugericht geklagt.

22.6.1955

Koller wird mit der kommissarischen Leitung des Stadtbauamts in Wolfsburg betraut.

30.9. 1955

Koller wird vom Gemeinderat zum Stadtbaurat von Wolfsburg gewählt. Damit kehrt er an seine alte Wirkungsstätte als Planer der Stadt des KdF-Wagens zurück. Am 1.12.1955 tritt er das Amt offiziell an.

4.11.1955

Roloff sen. stirbt in Braunschweig an Herzinfarkt. Roloff jun. findet nach dem Tode des Vaters persönliche Akten und Briefwechsel zum Thema Machtergreifung der NSDAP in Braunschweig. Dazu gehören auch Dokumente zur Einbürgerung Hitlers. Nach seiner Aussage liegt hier das Motiv, warum der Sohn sich dem Thema gewidmet hat. (Roloff 1981, S. 13)

1.12.1955

Koller tritt sein Amt als Stadtbaurat in Wolfsburg an (bis 1960).

Später erhält er eine Professur an der TU Berlin.

12.1.1956

Riekel erhält seinen Wiedergutmachungsbescheid.

Herbst 1956

Franz Jetzinger veröffentlicht „Hitlers Jugend“ im Europa-Verlag, Wien.

Darin berichtet Jetzinger über die näheren Umstände, wie sich Hitler der Musterung in Linz und Wien entzogen hat und von den österreichischen Behörden in München aufgespürt wurde, schließlich sich in Salzburg der Musterung unterzogen hat, für untauglich befunden wurde. Ferner geht es um die Details des Abschiebungsversuchs der Münchener Polizei, der österreichischen Weigerung, Hitler aufzunehmen und Hitlers Ausbürgerung.

Das Buch von Jetzinger basiert weitgehend auf Originaldokumenten (u.a. die österreichische Militärakte Hitlers), die von ihm versteckt worden ist. Hitler hat 1938 vergeblich über Gauleiter Eigruber in Linz nach den Dokumenten fahnden lassen. Jetzinger setzt sich sehr kritisch mit dem kurz zuvor von August Kubizek veröffentlichtem Buch „Adolf Hitler. Mein Jugendfreund“ auseinander. Es wird vermutet, daß dabei Autorenkonkurrenz eine Rolle gespielt hat, da Kubizeks Buch sich besser verkauft hat.

1957

Klagges wird vorzeitig aus der Haft entlassen und bekommt Anspruch auf Rente nach dem 131er Gesetz.

12.6.1957

Der Spiegel berichtet kritisch über das Buch Jetzingers. Darin geht es u.a. um die von Frank aufgestellte These, der sich Jetzinger anschließt, ob Hitler Vierteljude war.

Diese kann nicht mit letzter Sicherheit belegt werden.

20.12.1956

Jetzinger übergibt die von ihm über Hitlers Jugend gesammelten Dokumente dem Oberösterreichischen Landesarchiv, Linz.

Dort werden sie als „Jetzinger. Materialien zu Hitlerbuch“ unter Zl. 2489/36 – 1956 registriert und mit Sperrvermerk versehen. Der Sperrvermerk wird erst am 10.8.1998 aufgehoben. Erst seitdem sind die Dokumente, insbesondere Hitlers österreichische „Militärakte“ frei einsehbar. Demnach können weder Morsey noch Overesch die Originaldokumente im Linzer Archiv eingesehen haben.

11.3.1959

Kiesel stirbt.

10.11.1959

Die 2. Tochter Zörners, Liselotte Buchmann, geb. Zörner beantragt beim Amtsgericht Braunschweig, ihren Vater, zuletzt wohnhaft in Dresden-Blasewitz, Jüngsstr. 3, rückwirkend für den 31.12.1945 für tot erklären zu lassen. Als Anlage ist eine eidstattliche Erklärung der ältesten Tochter, Johanne-Lore Zörner, vom 6.10.1959 beigefügt, aus der hervorgeht, daß sie den letzten Kontakt mit ihrem Vater in der Nacht vom 4. auf den 5.5.1945 in Beraun bei Prag gehabt hat. Sie hat sich danach per Zug von Prag Richtung Salzburg abgesetzt. Die Tochter berichtet von einem Gerücht, der Vater habe sich beim Einmarsch der sowjetischen Truppen das Leben genommen. Als Begründung für den späten Zeitpunkt des Antrags wird angegeben, daß alle Suchanfragen über das Rote Kreuz ergebnislos geblieben seien. Belege für Nachfragen sind dem Antrag beigefügt. (60 A Nds Zg. 35/1989 Nr. 3424)

Zu diesem Zeitpunkt wohnen die Töchter Johanne-Lore Zörner in Braunschweig, Gördelingerstr. 1; Liselotte Buchholz, geb. Zörner, in Braunschweig, Gliesmaroderstr. 6; Hanneliese Goetzke, geb. Zörner, in Düsseldorf, Rochusstr. 6.

Musial 1999 schließt nicht aus, daß Zörner 1945 untergetaucht ist und unter falschem Namen weitergelebt hat. Wenn Zörner tatsächlich untergetaucht ist, ist nicht auszuschließen, daß er später Kontakt mit seinen Töchtern aufgenommen hat. Vielleicht ist er 1959 (im Alter von 64 Jahren) gestorben, was den Zeitpunkt der Antragstellung erklären würde.

6 Die Nachgeschichte II: Die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung der Einbürgerung seit 1960

17.12.1959

Der Historiker Rudolf Morsey, Bonn, richtet eine Anfrage an den Direktor des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel, Hermann Kleinau, bezüglich Akten zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig.

Rudolf Morsej (Jg. 1927) ist zu diesem Zeitpunkt ein junger Bonner Historiker, der sich seit 1960 um die Dokumentation von Quellen zur Geschichte des deutschen Katholizismus verdient macht und Mitarbeiter der Kommission für Zeitgeschichte, Bonn ist. In diesem Zusammenhang ist er auf das Thema „Hitlers Einbürgerung“ gestoßen. Mit dem Brief Morsejs an Kleinau beginnt die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas. Morsej ist auf der Suche nach dem Original der braunschweiger Personalakte Hitlers und vermutet sie in Wolfenbüttel. Daß er bereits die Kopie im Document Center gefunden hat, verschweigt er.

18.12.1959

Kleinau richtet mit Bezug auf die Anfrage Morsejs eine Anfrage an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig nach dem Verbleib der Personalakte Hitlers. Dabei gibt er den Hinweis, daß Schlebusch am 19.5.1945 dem Vertreter von Kleinau mitgeteilt habe, daß im Staatsministerium Akten betreffend Hitler verwahrt werden.

Dieser Hinweis könnte sich aber auf die noch ausgelagerten Akten bezogen haben. Kleinaus Absicht ist, die Akte für das Staatsarchiv zu bekommen. Daß das Original verschollen ist, weiß er noch nicht. Warum hat er es nicht schon früher versucht? Womöglich hat auch sein Vertreter im Mai 1945 diesen Versuch gemacht, ist aber von Schlebusch abschlägig beschieden worden. Das Original wurde erst im Juni 1945 den Briten ausgehändigt. Warum hat Schlebusch dem Staatsarchiv keine Kopie zukommen lassen?

Das Amtsgericht Braunschweig fordert Zörner routinemäßig auf, sich zu melden.

Diese Meldung erfolgt nicht.

29.12.1959

Die Präsidialabteilung teilt Kleinau mit, daß die Personalakte nicht vorhanden ist und daß Schlebusch sie Hicks ausgehändigt hat.

1960

Koller wird zum Ordentlichen Professor an die TU Berlin berufen.

Dort war er während seines Studiums auf den damaligen Assistenten Prof. Tessenows, Speer, gestoßen, der 1938 die steile Karriere des erst 31jährigen Architekten befördern sollte.

Sein Haus in Wolfsburg, Ahornweg 3a, hat er behalten. 1971 zog Koller zwar nach Österreich, behielt aber auf Betreiben seiner Frau weiter das Haus in Wolfsburg, in dem er am 2.5.1996 gestorben ist. Seine älteste Tochter wohnt immer noch in der Siedlung Steimker Berg.

4.1.1960

Kleinau antwortet Morsey mit dem Hinweis, daß das Staatsarchiv keine diesbezüglichen Akten besitzt. Er verweist aber auf andere Quellen – so die Landtagsprotokolle – und das Buch von Roloff sen. „Tausendjähriges Braunschweig“. Hinzu kommt der Hinweis, daß Roloff bei der Einbürgerung wichtig gewesen sei. (1 Nds Mon – Müller, E.)

Dieser Hinweis ist bemerkenswert. Kleinau war seit 1938 Leiter des Braunschweigischen Staatsarchivs. Demnach dürfte er Staatsbankpräsident Küchenthal gekannt und könnte bereits damals Kenntnis von Hitlers Personalakte gehabt haben. Seinen Briefwechsel mit der Präsidialabteilung bzw. die Kenntnis über den Briefwechsel zwischen Schlebusch und seinem Vertreter 1945 verschweigt er. Woher weiß Kleinau, daß Roloff bei der Einbürgerung Hitlers wichtig gewesen ist, obwohl er doch über keine Akten verfügt? Warum nennt er nur Roloff und nicht andere wichtige Personen wie Klagges, Zörner, Küchenthal, Wessel, Brandes etc.? Weiß er mehr als er zugibt und möchte er Morsey womöglich auf eine bestimmte Spur führen, die Roloff ins Zentrum der Einbürgerung stellt?

6.1.1960

Morsey kündigt Kleinau sein Kommen nach Wolfenbüttel an und verweist darauf, daß er auch Küchenthal angeschrieben hat.

7.1.1960

Weiteres Schreiben von Morsey an Kleinau, in dem dieser berichtet, daß jetzt auch Küchenthal zu einem Gespräch bereit ist. Das Treffen soll am 14.1.1960 vormittags im Staatsarchiv stattfinden.

Offenbar hat Küchenthal gezögert und ist jetzt doch bereit. Ist die unmittelbare Aufeinanderfolge der beiden Briefe Zufall oder hat Kleinau Küchenthal nach Erhalt des ersten Briefes gedrängt bzw. zu dem Gespräch geraten? Vielleicht hat er argumentiert, daß eine Weigerung nur den Argwohn Morseys befördert. Vermutlich haben beide telephonierte.

14.1.1960

Im Dienstzimmer des Direktors des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel, Kleinau, kommt es zu einem Treffen zwischen Morsey und Küchenthal. Morsey befragt in Gegenwart von Kleinau Küchenthal bezüglich der näheren Umstände der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig.

Offenbar ist die Befragung nicht zur Zufriedenheit von Küchenthal ausgegangen, der womöglich seine Befürchtung bestätigt sieht, daß die Umstände der Einbürgerung Hitlers und seine Mitwirkung durch das Vorhaben von Morsey einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden, nachdem der Punkt bereits in seinem Entnazifizierungsverfahren eine wesentliche Rolle gespielt hatte (vgl. dazu Küchenthal an Morsey vom 25.5.1961). Die zu vermutende Absicht von Küchenthal (und Kleinau?), Roloff in dem Gespräch als Hauptverantwortlichen für die Einbürgerung herauszustellen, ist offenbar fehlgeschlagen.

Welche Rolle spielt Kleinau? Kleinau wird später in einem Schreiben Küchenthals vom 25.1.1976 als „Verbandsbruder“ bezeichnet. Welcher Verband ist gemeint und seit wann waren die beiden Mitglied?

Küchenthal hat immer wieder die Dienste des Staatsarchivs bei seinen Recherchen als Heimatforscher in Anspruch genommen. Dabei korrespondierte er mehrfach mit Kleinau auch in banalen Anfragen persönlich. (1 Nds Kub – Kul) Der Stil der Korrespondenz ist förmlich und deutet nicht auf ein persönliches Verhältnis hin. Es dürfte aber ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen beiden im Laufe der Jahre entstanden sein. In der Korrespondenz findet sich kein Hinweis auf die Verabredung des Treffens am 14.1.1960, die vermutlich telephonisch erfolgt ist. Kleinau war selber an dem Thema sehr interessiert und hat vielleicht auch deshalb vermittelnd gewirkt.

21.1.1960

Morsey schreibt Kleinau und berichtet, daß er die Personalakte Hitlers (*in Kopie*) besitzt. Ferner berichtet er von einem Gespräch mit Roloff jun., der ihn über die Vorgeschichte aufgeklärt habe.

Morsey hat die Akte im Berliner Document Center gefunden und eine Kopie anfertigen lassen. Wann genau war das? Vor dem Treffen vom 14.1.1960 oder gar dem ersten Schreiben vom 17.12.1959? Da das Auffinden und Kopieren der umfangreichen Personalakte (unter Einschaltung eines Kopierdienstes) ein zweitaufwändiger Vorgang ist, kann nahezu ausgeschlossen werden, daß Morsey seinen Fund erst in der Woche vom 14. auf den 21.1.1960 gemacht hat. Insofern hat Morsey Kleinau hinters Licht geführt. Kleinau wußte mit ziemlicher Sicherheit nicht, daß sich die Personalakte im Document Center befindet. Der Hinweis auf Roloff deutet an, daß Morsey erst nach dem Treffen mit Küchenthal, womöglich noch am selben Tag, mit Roloff in Braunschweig gesprochen hat. Offenbar war dieses Gespräch ergiebiger als die Befragung von Küchenthal. Dies ist nachvollziehbar, da Küchenthal als Betroffener und im Entnazifizierungsverfahren Belasteter eine bestimmte Interessenlage verfolgt, während sich Roloff jun. eher als Aufklärer versteht, auch wenn er als Sohn indirekt ebenfalls betroffen ist. Offenbar scheint Morsey eher Roloff als Küchenthal zu vertrauen.

22.1.1960

Kleinau antwortet postwendend mit der Frage: Wo ist die Hitler-Akte?

Hier deutet sich der Grund an, warum Kleinau so sehr an dem Vorgang interessiert ist. Geht es ihm nur um das archivarliche Interesse?

25.1.1960

Morsey antwortet auf die Anfrage: „Es handelt sich um zwei Bände (einer aus dem Bestand des Braunschweigischen Staatsministeriums, einer aus dem Bestand der Berliner Gesandtschaft), die nach 1933 von den Nazis in das NSDAP-Hauptarchiv gelangten, das sich seit 1945 in amerikanischer Hand befindet. Die Materialien sind infolgedessen jetzt im Berlin Document Center.“ Dort habe er sie eingesehen. (1 Nds Mon – Müller, E)

Jetzt ist die Sensation heraus. Kleinau ist nahe daran, zumindest eine Kopie der Akte nach Wolfenbüttel zu bekommen. Auf jeden Fall hellt sich ihm die Geschichte der Hitler-Akte auf, wenn auch noch wichtige Mosaiksteine fehlen. Daß noch eine zweite braunschweiger Akte beim Landeskultur- und Vermessungsamt angelegt worden ist, weiß er noch nicht. Warum unterschlägt Morsey, daß es sich um eine Hauptakte und 3 Beiakten (und nicht um 2 Akten) handelt, die spätestens 1937 kompiliert worden sind? Oder ist die Kompilierung von 1937 im Document Center wieder aufgelöst worden? Das ist wenig wahrscheinlich. Heute handelt es sich um eine Hauptakte + drei Beiakten. Der Vorgang wirft neue Fragen auf.

30.1.1960

Kleinau schreibt an Morsey.

Dies geht aus einem späteren Schreiben von Morsey hervor. Das genannte Schreiben befindet sich nicht in der Akte. Absicht oder Zufall? Womöglich hat Kleinau angefragt, ob er die Akte bzw. eine Kopie bekommen kann. Nach der Phase einer dichten Korrespondenz gibt es jetzt eine Lücke von drei Monaten. Sind die Briefe entfernt worden? Man gewinnt den Eindruck, daß Kleinau auf die Herausgabe der Akte drängt und daß Morsey mauert.

10.2.1960

Roloff jun. berichtet erstmals in einem Vortrag „Hitler, Klagges und die akademische Freiheit. Die braunschweigischen Hochschulkonflikte 1931/33“ vor dem „Gesamtverband Braunschweiger Lehrer“ über seine Forschungsergebnisse.

Das maschinenschriftliche Manuskript (26 S.) mit handschriftlichen Korrekturen zu dem Vortrag ist in Kopie im Stadtarchiv einsehbar (H III 2 Nr. 111). Wesentliche Hintergründe und Fakten der Einbürgerung Hitlers werden hier erstmals öffentlich gemacht.

11.2.1960

Die Braunschweiger Zeitung berichtet über den Vortrag von Roloff.

Zumindest diesen Zeitungsartikel, den er auf S. 433 seiner Dokumentation erwähnt, hat Morsey gekannt. Das Manuskript hat er von Roloff offenbar nicht erhalten.

23.3.1960

Hoppe bestätigt Küchenthal in einem Schreiben, daß Roloff und nicht Küchenthal die entscheidende Rolle bei der Einbürgerung Hitlers gespielt habe.

Hoppe war damals Kollege von Roloff an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH. Er hat sich zweimal, 1933 und 1945, als Wendehals gezeigt. Seine Ausführungen sind deshalb mit besonderer Vorsicht zu genießen. Da Roloff sen. bereits tot ist, hat Hoppe womöglich entschieden, sich jetzt gegen ihn zu positionieren. Der Brief erweckt den Eindruck, als sei er von Küchenthal bestellt, der entlastendes Material in der sich anbahnenden Auseinandersetzung mit Roloff jun. und/oder Morsey über die Verantwortlichkeit bei der Einbürgerung Hitlers sammelt. Küchenthal wird den Brief in Abschrift am 25.5.1961 an Kleinau mit der Bitte um Archivierung senden.

Auch hier deutet sich in Umrissen die Neuformierung einer „Fraktion Küchenthal“ gegenüber einer „Fraktion Roloff“ an. Zumindest wird auch noch 1960 an deren Konstruktionen gearbeitet.

25.3.1960

Das Amtsgericht Braunschweig entspricht dem Antrag der Tochter Zörners und setzt den Todeszeitpunkt des Vaters auf den 31.12.1945, 24.00 Uhr fest.

Dieser Beschluß ist dem Einwohnermeldeamt offenbar nicht mitgeteilt worden, da dort Zörner bis heute als „verschollen“ geführt wird.

2.5.1960

Der Briefwechsel zwischen Kleinau und Morsey wird wieder nachvollziehbar. Aus dem Brief Kleinaus an Morsey geht hervor, daß Kleinau die beiden Aktenbände für das Staatsarchiv reklamiert hat, daß Morsey dies aber verweigert hat, bis seine Dokumentation (Morsey 1960) erschienen ist. Umgekehrt hat Kleinau die Bitte Morseys nach Einsicht in die Entnazifizierungsakte Küchenthals verweigert unter Hinweis auf die Bestimmungen des Niedersächsischen Entnazifizierungsgesetzes vom 18.12.1951.

Aus diesem Brief wird deutlich, daß sich zwischen beiden ein Konflikt aufgeschaukelt hat. Es muß in der dreimonatigen Korrespondenzlücke mehrere Briefe geben, die Kleinau offenbar nicht zu den Akten gegeben hat. Warum? Bei dem Nachwuchswissenschaftler Morsey scheint das Motiv auf, daß er den Fisch, den er an der Angel hat, keinem anderen (womöglich Kleinau) gönnen möchte. Für seine Karriere ist so ein „Knüller“ sicherlich förderlich. Ob Kleinau nur ein archivarliches Interesse hat oder selber mit dem Fund herauskommen möchte (oder womöglich dessen Veröffentlichung verhindern wollte?), bleibt unklar. War die Weigerung, die Entnazifizierungsakte herauszugeben, sachlich (gesetzlich) begründet? Wollte er Küchenthal schützen? Wollte er eine Verhandlungsposition mit Morsey aufbauen?

Morsey wird in seiner Veröffentlichung in einer Fußnote mit Bedauern darauf hinweisen, daß die Wolfenbütteler Entnazifizierungsakte Küchenthals nicht für ihn einsehbar war. Die Akte besteht aus 5 Bänden und hat die Signatur 3 Nds 92/1 Nr. 48470.

Dezember 1960

Morsey veröffentlicht, gestützt auf Recherchen im Bundesarchiv Koblenz, im Berliner Document Center und im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel, die kommentierte Dokumentation „Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat“ in Heft 4 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Morsey 1960)

Bei seiner Kommentierung der Dokumente stützt sich Morsey auf Küchenthal (mündlich und schriftlich) und Roloff jun., die in den Anmerkungen mehrfach als Informanten genannt werden. In seiner mündlichen Mitteilung hat Küchenthal betont, daß er sich gegen die Berufung Hitlers zum Professor gesträubt habe (Morsey 1960, Fn 56). Der Hinweis auf die Mitwirkung von Heimbs bei der Einbürgerung stammt von Roloff jun. (Fn. 65).

Damit hat Roloff jun. Morsey auf eine Spur geführt, die die DVP gegenüber der DNVP in den Vordergrund bringt und so von der Verantwortung Roloff sen. wegführt.

In Fn. 48 (S. 430) heißt es: „Leider waren mir die Spruchkammerakten über das Entnazifizierungsverfahren Küchenthals (die sich im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel befinden) nicht zugänglich.“

*Angesichts der damals zur Verfügung stehenden Quellen handelt es sich um eine sehr sorgfältige Arbeit. Eine Wertung, welche Bedeutung die Einbürgerung Hitlers für dessen politische Karriere bzw. für Braunschweig hatte, nimmt Morsey **nicht** vor.*

29.12.1960

Morsey schickt Kleinau, Küchenthal und (vermutlich) Roloff jun. einen Sonderdruck seiner Dokumentation. Er stellt in Aussicht, eine Kopie der Hitlerakten dem Staatsarchiv zur Verfügung zu stellen.

Jetzt liegt der Fisch auf dem Tisch. Morsey ist stolz und zeigt sich wieder kooperationsbereit.

1.1.1961

Das Manuskript zu dem Buch von Roloff jun. „Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“ ist fertig. Das Vorwort ist datiert auf den 1. Januar. (2. Aufl. Magni-Buchladen 1981)

Die Kernfrage von Roloff lautet: „Haben die verantwortlichen Politiker des braunschweigischen Bürgertums bereits zu dieser Zeit durch Duldung oder gar Billigung von Rechts- und Verfassungswidrigkeiten einer nationalsozialistischen Willkürherrschaft Vorschub geleistet?“ (S. 12)

Aus der Dokumentation von Morsey wird zitiert. Beide Veröffentlichungen sind demnach parallel entstanden. Das Buch von Roloff jun. wird aber erst später erscheinen. Die Autoren haben mindestens zweimal im Laufe des Jahres 1960 kommuniziert, wobei die Initiative von Morsey ausgegangen ist.

Roloff jun. stützt sich auf Unterlagen, u.a. die von Brandes 1947 angelegte Akte (heute im Stadtarchiv), die Erklärung von Heimbs 1947 vor der Spruchkammer und zwei Aufzeichnungen von Roloff sen. aus den Jahren 1947 und 1950, die er nach dem Tod des Vaters 1955 in dessen Nachlaß gefunden hat. Das Goebbels-Tagebuch wird in der Fassung von 1934 zitiert. Das Buch liest sich auch als persönliche Auseinandersetzung mit dem Vater. Die umfangreichen Niederschriften von Küchenthal und Klagges existieren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bzw. sind noch nicht bekannt.

26.1.1961

Kleinau dankt Morsey für den Sonderdruck und die in Aussicht gestellten Kopien. Außerdem verweist er auf die „Nützlichkeit“ des von ihm arrangierten Treffens Morsey – Küchenthal im Januar 1960.

Für wen war es nützlich? Spielt Kleinau ein doppeltes Spiel mit Küchenthal?

16.2.1961

Morsey schickt Kleinau die Kopien der beiden Hitler-Akten „betr. Adolf Hitler, Regierungsrat“ mit dem Kommentar, daß er beide Akten chronologisch zu einer geordnet hat.

*Der Verlauf der Hitlerschen Personalakte hellt sich weiter auf. 1932 wurden nahezu gleichzeitig **drei** Personalakten angelegt: Vom Kultur- und Vermessungsamt (12 Neu Fb. 7 III Nr. 235b/3 = Beiakte 2), vom Braunschweigischen Staatsministerium aufgrund der Abordnung und etatmäßigen Verlagerung an die Braunschweigische Gesandtschaft (12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a = Hauptakte) und durch Boden von der Gesandtschaft in Berlin (= Beiakte 1). Die Beiakte 3 (Eingaben an den Regierungsrat) ist erst im Laufe des Jahres 1932 angelegt worden sein. Deren Inhalt dürfte Hitler nie zu Gesicht bekommen haben.*

Beiakte 1 ist kurz vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler von der Braunschweigischen Rechnungskammer für eine Überprüfung der Tätigkeit Hitlers angefordert und nach Braunschweig gesandt worden, wurde aber nach Berlin zurückgeschickt. Evtl. hat die Rechnungskammer zuvor eine Kopie angefertigt. Die Akten der Gesandtschaft sind nach deren Auflösung nach Braunschweig gewandert.

Im Bundesarchiv (Berlin Lichterfelde) gibt es keinen Vorgang, aus dem hervorgeht, wie und wann die Kopien für das Parteiarchiv angefertigt worden sind. Sicher ist lediglich, daß Teile der Personalakte zur Verervielfältigung im Parteiarchiv vorgelegen haben unter der internen Registriernummer 5569 und 5569/1. (Mitteilung Bundesarchiv vom 27.10.2014). Erst der Fund der braunschweiger Akte erklärt, wann und warum 1937 die gesamte braunschweiger Akte in Kopie nach München gelangt ist.

7.3.1961

Kleinau bedankt sich bei Morsey für die Überlassung der Akte und berichtet, daß sie bereits unter L Neu Abt. 12 A Zg. 15/61 registriert sei.

Das wiederum heißt, daß die Signatur später nochmal geändert worden ist. Wann ist die Kopie der Personalakte aus dem Landeskultur- und Vermessungsamt, die erst nach 1996 nach Wolfenbüttel gelangt ist, registriert worden?

25.5.1961

Küchenthal sendet Morsey einen 25seitigen Kommentar zu dessen Dokumentation über die Einbürgerung Hitlers. Im Begleitschreiben heißt es: „Ich bitte Sie, Verständnis zu haben, daß

ich entsprechend meinem bei der gemeinschaftlichen Unterhaltung mit dem Staatsarchivdirektor, Herrn Dr. Kleinau, Wolfenbüttel, angesprochenen Vorbehalte die Angelegenheit zunächst mehreren interessierten und in der Sache berufenen Persönlichkeiten zur Kenntnis bringen und erst dann Juristen zur Prüfung und weiteren Veranlassung vorlegen werde“.

Wer sind diese Persönlichkeiten – etwa Kleinau? Liegt hier die Ursache der zweimaligen Interventionsversuche von Kleinau bei Morsey? Juristische Schritte sind offenbar nicht eingeleitet worden.

Küchenthal kritisiert in seinem Kommentar, daß wichtige Dokumente zum Verständnis des gesamten Vorgangs fehlen und daß die Interpretation Morseys fehlerhaft sei.

Küchenthal befürchtet offenbar, daß erneut - wie in seinem Entnazifizierungsverfahren - seine Rolle bei der Einbürgerung Hitlers zu einem öffentlichen Thema wird. Hier werden die wesentlichen Argumente bereits vorweggenommen, die Küchenthal seit 1969 in seinen diversen mehrbändigen Dokumentationen verbreitet. Insofern war die Dokumentation von Morsey nicht nur der Beginn der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Einbürgerung Hitlers, sondern auch der Auftakt der öffentlichen politischen Auseinandersetzung um deren Verantwortlichkeit. Manche der damals Beteiligten wie Klagges, Schmidt-Bodenstedt, Küchenthal, Brandes und Heimbs waren noch am Leben bzw. haben, wie im Falle Roloffs, als Sohn die Stelle des Vaters eingenommen. Nach dem Tod Küchenthals hat sein Sohn, Hans-Georg Küchenthal, dessen Part übernommen. Küchenthal sen. hat später im Grunde versucht, eine Gegendokumentation zu Morsey zu verfassen, die seine Mitwirkung relativiert und die Verantwortlichkeit von Roloff in den Vordergrund stellt.

Morsey antwortet auf den Kommentar von Küchenthal, ohne darauf eine Erwiderung zu erhalten.

Küchenthal richtet am selben Tag zwei Schreiben an Hermann Kleinau. Er übersendet darin diverse ergänzende Dokumente, die sich auf die Dokumentation von Morsey beziehen, sowie seinen Kommentar in Kopie (unterschrieben!) mit der Bitte, alles im Staatsarchiv zu archivieren.

Dies ist geschehen unter 250 N Nr. 284.

28.9.1961

Der Spiegel veröffentlicht den Artikel „Professor Hitler“. Darin wird durch Fotos von Klagges und Heimbs optisch deren Rolle bei der Einbürgerung Hitlers besonders hervorgehoben. Der Autor stützt sich auf das noch nicht veröffentlichte Buch von Roloff jun., aus dem er zitiert, und schreibt: „Der Braunschweiger Studienrat Dr. Ernst-August Roloff stellte aus den Privatpapieren seines Vaters, des deutschnationalen Professors, eine – demnächst erscheinende – Dokumentation über das braune Braunschweig und die Einbürgerung Adolf Hitlers zusam-

men.“ Es entsteht durch den Artikel der Eindruck, als wäre Carl Heimbs einer der Hauptverantwortlichen gewesen.

Im Licht der Reaktionen auf den Artikel ist der Subtext des Artikels wichtig. Offenbar hat Roloff dem Spiegel-Autor sein Manuskript zur Verfügung gestellt. Was wollte Roloff damit erreichen? Obwohl der Autor sich wesentlich auf dieses Manuskript stützt und Roloff sogar als Urheber der Begründung genannt wird, daß Hitler wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft zögerte, wird er abwertend als „Amateurhistoriker“ bezeichnet. Morsey als eigentlicher Entdecker und Dokumentar der Affäre, auf den sich Roloff stützt, wird nicht erwähnt, obwohl dessen Dokumentation bereits erschienen ist. Entweder kannte der Spiegel-Autor dessen Dokumentation nicht oder er hat sie stillschweigend genutzt. Roloff sen. erscheint eher als Einbürgerungsgegner, KÜchenthal jedenfalls wichtiger für die Einbürgerung als Roloff. Frank wird zwar erwähnt, aber nicht unter der Bezeichnung „Frank II“.

Die Frage lautet, ob Roloff jun. den Artikel inspiriert hat und auf diese Weise der DVP bzw. Heimbs die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers zuschieben und damit die Rolle der DNVP bzw. seines Vaters relativieren will.

Heimbs verfaßt am selben Tag (!) eine dreiseitige „Erklärung“ zum Artikel des Spiegels, die er als Rundbrief unter seinen Mitarbeitern, auch im Außendienst unter den Kaffeevertretern, verbreitet. Darin schildert er das Treffen mit Zörner und Frank im Parkhotel Anfang Februar 1932 aus seiner Sicht:

„Es mag wohl Anfang des Jahres 1932 gewesen sein, lt. 'Spiegel' ist es Februar 1932 gewesen, als mein Schwager, der Landtagspräsident Zörner, mich anrief und sagte: `Carl, heute abend bin ich mit einer besonderen Persönlichkeit im Parkhotel gegen 10.00 Uhr. Ich möchte dich bitten, sei doch zu einer Aussprache bereit.` Ich sagte zu und war pünktlich um 10.00 Uhr im Parkhotel, musste aber eine Stunde warten, so dass ich schon wieder fortgehen wollte, wie dann mein Schwager mit einem anderen Herren zu mir kam. Der andere Herr wurde vorgestellt als Frank II, ein Name, der mir bis dahin kaum ein Begriff war. Ich hörte dann, dass Frank II in engster Verbindung zu Hitler stände.

Es wurde dann von meinem Schwager die Aussprache eröffnet und erwähnt, dass Frank II über meine politische Einstellung genauestens informiert sei. Er wüsste, dass ich im Vorstände der DVP wäre, infolgedessen möchte er gern mit mir gesprochen haben. Es handelte sich um die Einbürgerung von Hitler. An mich wurde dann die Frage gestellt, wie ich und wie die Partei sich zur Einbürgerung von Hitler stellen könnte. Ich antwortete darauf: `Für mich wäre dies eine vollständig klare Angelegenheit. Ich wäre erstaunt, zu hören, dass Hitler nicht Bürger des Deutschen Reiches sei, denn ein Mann, der vier Jahre in der deutschen Armee gekämpft habe, der solle doch ohne weiteres das Recht auf Einbürgerung haben.` Das wäre meine persönliche Ansicht und ich glaubte auch, dass das die Ansicht der DVP sei. Ich wurde dann gebeten, die Sache doch dem Vorstände weiterzugeben, was ich auch versprach und was ich auch am folgenden Tage gemacht habe.

Ich habe mich mit dem Geschäftsführer Bredtschneider (leider verstorben) in Verbindung gesetzt. Dieser hat sich mit dem jetzt in Hamburg lebenden Brandes (derzeit 1. Vorsitzender der Landesgruppe Braunschweig der DVP) (*Heimbs meint damals U.M.*) weiter in Verbindung gesetzt, worauf Bredtschneider ein Telegramm an Dingeldey geschickt hat, und Dingeldey hat sofort wieder deponiert `Einverstanden`. Dieses habe ich Zörner mitgeteilt. An den danach einsetzenden Verhandlungen habe ich nicht teilgenommen.

....

Mit Frank II und meinem Schwager Zörner habe ich mich an dem fraglichen Abend nach meinen ersten Worten mit einer rückhaltlosen Zustimmung für die Einbürgerung nur über die Unmöglichkeit der Durchführung der von Hitler propagierten Thesen unterhalten, und ferner habe ich verschiedentlich Frank II gebeten, Hitler zu veranlassen, die Judenfrage möglichst ganz zurückzustellen. Eine Bitte, welche ich meinem Schwager gegenüber immer ausgesprochen habe.“

Diese Aussage nimmt Heimbs unter Eid. Gegenüber dem Spiegel hat Heimbs seinen Anwalt eingeschaltet und gegenüber Roloff behält er sich „besondere Schritte“ vor. (Archiv Menzel, Mappe Heimbs)

Daß Heimbs Stellungnahme sofort vorliegt, dürfte darauf zurückzuführen sein, daß er bereits informiert bzw., wie beim Spiegel üblich, vorher befragt worden ist. Bei dem Dokument handelt es sich neben der Aussage von Heimbs jun. im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. und den diversen Aussagen von Heimbs sen. im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal um eine detaillierte Quelle über den Ablauf des Gesprächs Frank/Zörner/Heimbs (+ Alpers?) im Braunschweiger Parkhotel am Abend des 17.2.1932. Bemerkenswert ist, daß Heimbs am selben Tage, an dem der Spiegel-Artikel erscheint, reagiert, indem er seinen Anwalt in Marsch setzt, eine Erklärung verfaßt und eine Betriebsversammlung einberuft. Die Brisanz des Vorwurfs muß ihm sofort klar gewesen sein. Vielleicht war er schon länger vorbereitet, weil er von dem Vortrag Roloffs in Braunschweig gehört hat bzw. das Manuskript von Roloffs Buch bereits kannte. Da er in den Entnazifizierungsverfahren mehrfach in der Angelegenheit befragt worden ist, hat er vielleicht ein privates Dossier angelegt, auf das er sofort zugreifen konnte.

Der Grundtenor der „Erklärung“ ist unglaubwürdig, weil er sich einerseits nur vage erinnern will, andererseits aber sehr präzise Angaben bis in den genauen Wortlaut eines Gesprächs macht, der fast 30 Jahre zurückliegt. Heimbs spielt den Ahnungslosen, der nur eine selbstverständliche Gefälligkeit geleistet habe, obwohl die Einbürgerungsfrage damals seit Wochen das politische Topthema in Braunschweig wie im Reich war und mit Sicherheit auch innerhalb der Familien Zörner und Heimbs laufend zur Sprache gekommen ist. Immerhin hat sein Sohn 1933 im Parteigerichtsverfahren zu dem Treffen ausgesagt und seinen Onkel, Ernst Zörner, entlastet. Bezeichnend ist auch, daß Heimbs sen. die Anwesenheit von Alpers (oder einer anderen vierten Person) bei dem Treffen verschweigt, die sein Sohn 1933 bezeugt.

Heimbs verschweigt bei seiner Erklärung auch, daß er nur die Standardargumentation der NS- und nationalen Presse zur Frage der Einbürgerung Hitlers im Februar 1932 übernimmt, daß es eine „Ehrenpflicht“ gewesen sei, den „Frontkämpfer“ aus dem Ersten Weltkrieg Hitler einzubürgern. Warum diese „Ehrenpflicht“ erst im Februar 1932 zu erfüllen war, wird von Heimbs unterschlagen.

Verräterisch ist der mehrfache Hinweis auf „Frank II“. Diese Bezeichnung wird weder im Spiegel-Artikel noch bei Roloff verwendet. Frank wurde in seiner Eigenschaft als Münchener Anwalt seit 1928 als „Frank II“ bezeichnet, weil es in der Münchener Anwaltsliste noch einen anderen Frank („Frank I“) gab. Frank hatte sich seitdem als Anwalt mittelloser SA-Männer profiliert und auch mehrfach Hitler in diversen Prozessen vertreten.

Wenn Heimbs ganz selbstverständlich im Jahre 1961 in dem kurzen Text fünfmal „Frank II“ formuliert, deutet das auf intime Detailkenntnis der damaligen Rolle von Frank für die NSDAP und für Hitler hin und nicht nur auf einen Herrn, der ihm „kaum ein Begriff“ war und ihm nur kurz vorgestellt wurde. Oder er will damit, was noch unglaublicher erscheint, zum Ausdruck bringen, daß er 1961 nicht wußte, daß dieser ihm 1932 angeblich nahezu unbekannte „Frank II“, später als „Schlächter von Polen“ berüchtigt, der Hans Frank war, der als Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg verurteilt und hingerichtet worden ist. Unterschlagen wird auch, daß Zörner damals bereits mit Frank befreundet war und daß Frank als Generalgouverneur von Polen Zörner nach dessen Sturz als Dresdener Oberbürgermeister zum Bürgermeister von Krakau und anschließend zum Gouverneur von Lublin gemacht hat. Immerhin hat Heimbs 1944, nachdem die Zörners in Dresden augebombt waren, zwei Töchter Zörners in seinem Braunschweiger Haus aufgenommen. Insofern dürfte er über die langjährige enge Beziehung zwischen Frank und Zörner bestens informiert gewesen sein.

Zu Heimbs Positionierung im Widerspruch steht auch, daß Heimbs über die Verwandtschaft zu Zörner, seine eigene vorübergehende und die NS-Mitgliedschaft seines Sohnes seit März 1933 in viele Details der braunschweiger NSDAP eingeweiht gewesen sein dürfte. Unglaublich ist auch, daß Zörner in dem dem Treffen vorangehenden Telefonat nicht erwähnt haben soll, worin der Grund des Treffens bestehen wird. Die Einbürgerungsfrage war damals das Top-Thema in der braunschweiger Politik. Daß Hitler staatenlos war, muß Heimbs gewußt haben, zumals dies bereits in der braunschweiger Presse thematisiert wurde. Unglaublich ist auch die Skizze der Stimmungslage in der DVP. Dort wurde seit langem der Widerstand gegen die Einbürgerung diskutiert. Sonst wäre es ja gar nicht nötig gewesen, Heimbs einzuschalten. Unglaublich ist schließlich, daß Heimbs in dieser wichtigen Angelegenheit nicht Wessel als politischen Kopf der braunschweiger DVP kontaktiert haben will, sondern den subalternen Bredtscheider. Dingeldey, das belegen andere Quellen, hatte große Vorbehalte gegen die Einbürgerung, weil die DVP ja gerade nicht im Unterschied zur DNVP Rücksicht auf die Harzburger Front nehmen mußte. Völlig unglaublich ist, daß Heimbs sich über den ihm angeblich nahezu unbekanntem „Frank II“ mehrfach bei Hitler für die Juden verwendet haben will. Er will damit fast den Eindruck erwecken, als habe er ein ganz anderes

„Geschäft“ im Sinne gehabt: Einbürgerung gegen Verschonung der Juden. Dies konnte Anfang 1932 noch gar kein Thema gewesen sein!

Ob er tatsächlich gegen Roloff juristisch vorgegangen ist oder ob es nur eine leere Drohung war, um die Mitarbeiter zu beeindrucken, dafür gibt es keinen Beleg.

Die Stellungnahme von 1961 ist zu konfrontieren mit der Zeugenaussage von Heimbs sen. in den Entnazifizierungsverfahren Brandes 1947 und Küchenthal. Dort sagt er im Kern bereits aus, was er 1961 vorträgt - allerdings mit einem etwas anderen Akzent an einer Stelle. Demnach wollte Heimbs mit seinem Schwager Zörner eine Art Deal verabredet haben: Heimbs verwendet sich für die Einbürgerung Hitlers, und Zörner versucht, mäßigend auf Hitler einzuwirken.

Auf jeden Fall läßt sich aus beiden Einlassungen von Heimbs herauslesen, daß doch mehrfach zwischen Heimbs, Zörner, Frank und Hitler kommuniziert worden ist und daß es eine besondere Beziehung gegeben hat. Alles in allem spricht vieles für die Interpretation, daß das Treffen im Braunschweiger Parkhotel der eigentliche Durchbruch war, der Hitler den Weg zur Einbürgerung freigemacht hat

11.10.1961

Der Spiegel druckt mehrere Leserbriefe zu seinem Artikel vom 28.9. ab. Darunter sind Briefe von Heimbs (mit Foto) und Roloff jun. (mit Foto), nicht aber von Küchenthal, Morsey oder Kleinau, die auch Gründe für einen Leserbrief gehabt hätten.

Gelesen haben sie den Artikel bestimmt.

In seinem Leserbrief relativiert Heimbs seine Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers und die Bedeutung der Einbürgerung insgesamt für die spätere Entwicklung.

Der Tenor des Leserbriefs entspricht dem Tenor des internen Mitarbeiter-Rundschreibens. Laut persönlicher Mitteilung von Peter Albrecht am 17.5.2013, damals Mitarbeiter bei der Firma Heimbs, hat dieser aus Anlaß des Spiegel-Artikels eine Betriebsversammlung einberufen, um die Aussage des Artikels zu dementieren.

Roloff schreibt u.a.: „Ich bedaure, daß Sie die Arbeit von Dr. Rudolf Morsey nicht erwähnen, der eine Dokumentation über die Einbürgerung schon vorher veröffentlicht hat. Mit großem Gelächter quittierten meine Kollegen, daß Sie mich als ‘Amateurhistoriker’ apostrophiert haben....Da ich ursprünglich die Absicht hatte, meine (vom SPIEGEL besprochene Arbeit) als Habilitationsschrift der Universität Göttingen vorzulegen, wäre nicht auszudenken, was aus meiner wissenschaftlichen Laufbahn geworden wäre, hätte die Fakultät auch den Eindruck erhalten, daß es sich um eine Amateurarbeit handelt.“

Offenbar hat Roloff den Spiegel auf Morsey hingewiesen. Die Empörung, als Amateurhistoriker bezeichnet zu werden, ist nachvollziehbar. Deshalb der Hinweis auf die Habilitationsabsicht. Roloff ist mit diesem Buch aber nicht habilitiert worden. Dazu hätte das Manuskript kaum ausgereicht. Dies wäre auch insofern pikant gewesen, als die Mitwirkung bei der Einbürgerung die akademische Karriere seines Vaters befördert hat, während die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Angelegenheit die akademische Karriere des Sohnes hätte befördern sollen! Die venia für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen hat er erst 1968 erhalten. Dennoch geht es wie bei Morsey auch bei Roloff um den Aspekt, daß die Arbeit über die Hitler-Einbürgerung die eigene Karriere fördern soll. An die hier geäußerte Habilitationsabsicht sollte Kleinau bei seiner Intervention gegenüber Morsey zur Diskreditierung Kleinaus anknüpfen.

Ende 1961

Das Buch von Roloff erscheint Ende des Jahres **nach** dem Spiegel-Artikel, in dem es heißt, daß das Buch „demnächst“ erscheint. Das Kapitel „Hitler wird Regierungsrat“ hat 10 Seiten. Auf S. 93 werden die Mitwirkung von Heimbs und das Treffen im Braunschweiger Parkhotel erwähnt. In der kritischen Phase des 22. und 23. Februar wird der DVP bzw. Wessel die entscheidende Rolle zugeschrieben. In der Fußnote auf S. 94 zur Erläuterung des im Faksimile abgedruckten Briefes von Brandes an Küchenthal vom 23.2.1932 heißt es: „Ich veröffentliche dieses für die politische Beurteilung der Einbürgerungsvorgänge bedeutsame Dokument in vollem Wortlaut, weil sich das Original in den bislang nur mir zugänglichen Privatakten befindet. Es beweist u.a., daß die Fraktion die Ernennung zum Professor einmütig abgelehnt hat, daß aber danach die Verhandlungsinitiative bei der Volkspartei lag, wobei Dr. Wessel die Schlüsselfigur war.“

Diese Interpretation des Briefes ist übertrieben und lenkt von der Verantwortung der DNVP und damit seines Vaters ab. Wichtig ist, daß Roloff der erste war, der die Mitwirkung von Heimbs öffentlich machte. Als Beleg nennt er die Erklärung von Heimbs vom 28.2.1947 im Spruchkammerverfahren gegen Brandes. Die Rolle von Frank wird erwähnt, aber nicht unter der Bezeichnung „Frank II“.

In der Frage der Einbürgerung urteilt Roloff jun.: „Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig hat seinen Weg zur Macht weder beschleunigt, noch hätte die Verweigerung ihn verzögern, aufhalten oder gar verhindern können.“ (S. 99)

Dies ist die erste, quasi „wissenschaftlich“ belegte, Wertung der Braunschweiger Einbürgerung, die danach lange Zeit, weil sie in Braunschweig so bequem war, Gültigkeit haben sollte.

Genau dieser Wertung soll mit der vorliegenden annotierten Chronik vehement widersprochen werden. Das genaue Gegenteil war der Fall. Roloff jun. nimmt die gleiche Bewertung der Einbürgerung wie Heimbs oder Küchenthal vor. Zumindest in dieser Hinsicht sind sich die damaligen Akteure bzw. deren Stellvertreter trotz aller gegenseitigen Schuldzuweisungen

einig. Insofern entlastet Roloff jun. seinen Vater. Es stellt sich die Frage, warum alle Akteure so viel Aufwand darauf verwenden, die Bedeutung ihrer Mitwirkung zu relativieren, wenn doch der Vorgang insgesamt keine besondere Bedeutung gehabt haben soll.

20.12.1961

Kleinau schreibt Morsey und weist auf das Buch von Roloff hin. Angeblich hat er es erst überflogen, aber bereits erkannt, daß es sich um eine tendenziöse Darstellung handelt, bei der die Rolle der DVP bei der Einbürgerung hervorgehoben werde, während die Rolle der DNVP in den Hintergrund tritt. Also muß er die Fußnote auf S. 94 genau gelesen haben. Kleinau versucht unter Hinweis auf den Leserbrief Roloffs zum Spiegel-Artikel, Morsey zu einer kritischen Rezension zu motivieren, und spricht dabei sogar dessen Habilitationsabsicht an.

Der Brief muß unmittelbar nach dem Erscheinen des Buches verfaßt worden sein. Die Behauptung der nur flüchtigen Kenntnis des Inhalts ist unglaubwürdig, zumal das fragliche Kapitel nur 10 Seiten hat. Eher scheint das Gegenteil der Fall. Warum unterrichtet er Morsey postwendend, der womöglich von Roloff direkt ein Exemplar erhalten hat? Will er erreichen, daß so die Verantwortlichkeit der DNVP bzw. von Roloff sen. stärker zum Vorschein kommt? Will er damit indirekt Küchenthal entlasten, obwohl doch die DVP und namentlich Wessel als verantwortlich genannt werden? Will er Morsey instrumentalisieren, um Roloff wissenschaftlich zu disqualifizieren und dessen Hochschulkarriere zu torpedieren? Anders ist die Kombination der Qualifizierung „tendenziös“ mit dem Hinweis auf die Habilitationsabsicht kaum zu interpretieren. Womöglich ist er durch die Bezeichnung Roloffs durch den Spiegel als „Amateurhistoriker“ zu dieser sublimen Intrige inspiriert worden. Der Brief ist jedenfalls ein Indiz, daß Kleinau zur Fraktion Küchenthal gehört.

21.12.1961

Morsey antwortet Kleinau mit dem Hinweis, daß er das Buch von Roloff nicht kennt.

Wenn die Aussage stimmt, dann waren seine Dokumentation und das Buch von Roloff keine konzertierte Aktion. Vielleicht behauptet er auch nur, daß Buch von Roloff nicht zu kennen. Immerhin ist schwer vorstellbar, daß Roloff Morsey bei dem gemeinsamen Treffen nicht von seinem Vorhaben erzählt hat.

Ferner schreibt er: „Auf meine damalige Dokumentation in den ‚Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte‘ habe ich 5 Monate nach Erscheinen von Herrn Dr. Küchenthal eine ausführliche Stellungnahme erhalten, die zur Sache so gut wie nichts Neues ergab, sondern nur am Rande für seine eigene Vita wichtig war. Auf meine briefliche Antwort ist keine Entgegnung mehr erfolgt, so daß die Sache für mich seitdem ruht.“

Also ist der Androhung Küchenthals, sich juristische Schritte vorzubehalten, nichts gefolgt.

28.12.1961

Kleinau schreibt Morsey nochmals unter Verweis auf das Buch von Roloff, zweifelt an dessen Wissenschaftlichkeit und wiederholt seine Kritik, daß die Rolle der DNVP zu wenig berücksichtigt werde. Er wird jetzt deutlicher in seiner Absicht: „Ich möchte annehmen, daß Herr Dr. Küchenthal zu der Gesamtdarstellung hier und da etwas zu sagen wüßte. Einer von ihm kürzlich gemachten Andeutung glaube ich entnehmen zu können, daß ihm auch noch einschlägige Schriften zur Verfügung stehen.“

Also scheinen Kleinau und Küchenthal in regem mündlichen Austausch zu stehen.

Und weiter heißt es: „Gerade im Hinblick auf die Bedeutung des in der Arbeit (wenn auch im Rahmen des Landes Braunschweig) dargestellten Zeitraumes und mit Rücksicht auf solide Unterlagen für den Geschichtsunterricht scheint es mir erforderlich, daß darauf bezügliche Darstellungen einer gewissenhaften fachlichen Prüfung unterzogen werden.“

Diese sollte offenbar Morsey vornehmen, indem er Roloff wissenschaftlich disqualifiziert. Warum engagiert sich Kleinau so sehr für Küchenthal und gegen Roloff? Ist er Küchenthal verpflichtet? Werden hier alte Konflikte ausgetragen, die bis in die Zeit vor 1945 zurückreichen?

Morsey hat sich jedenfalls nicht instrumentalisieren lassen. Damit bricht der Briefwechsel ab.

1962

Küchenthal beginnt, eine autobiographische Dokumentation anzulegen. (Kopien in Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Diese ist womöglich durch die Konstellation Morsey – Kleinau – Küchenthal angeregt worden und gehört zu den Unterlagen, die später in seine „Erinnerungen“ eingehen.

1964

Ursula Schelm-Spangenberg verarbeitet in ihrer Dissertation über die Braunschweiger DVP das Material, das im Stadtarchiv Braunschweig lagert. Darunter befindet sich auch die von Brandes anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens angelegte Akte über die Mitwirkung der DVP bei der Einbürgerung.

Dieses Buch wird später von Küchenthal mehrfach sehr positiv erwähnt und als ganz besondere Forschungsleistung herausgestellt, obwohl die von Schelm-Spangenberg ausgewertete „Handakte Brandes“, die im Stadtarchiv lagert, nicht sehr umfangreich ist. Entscheidend für

die wissenschaftliche Leistung im Sinne Küchenthals ist offenbar der Umstand, daß bei Schelm-Spangenberg die Rolle der DVP stärker in Erscheinung tritt als bei Morsey und Roloff.

Günther Bergemann schreibt in „Stadtgründung ohne Beispiel. Salzgitter“ zur Standortfrage: „Ausschlag soll gegeben haben, daß der braunschweigische Ministerpräsident Klagges noch einen Wunsch beim ´Führer´ frei gehabt hat und somit die damalige deutsche Einbürgerung des Österreicher Adolf Hitler als braunschweigischer Regierungsrat letztlich gegen den Standort der Reichswerke auf braunschweigischem Boden getauscht hat.“ (S. 5)

Diese Aussage trifft womöglich den eigentlichen Punkt, nämlich eine Art „Deal“ zwischen Hitler und Klagges, wird allerdings von Bergemann nicht belegt.

30.11.1965

Bertram (ehemaliger NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Braunschweigischen Landtag und später Staatsrat bzw. Vizepräsident der Braunschweigischen Staatsbank und einflußreich bei Eintracht Braunschweig) schreibt an Küchenthal und äußert sich zur Einbürgerung Hitlers. Durch die Verabschiedung des Haushalts für 1932 habe die Mehrheit des Landtags aus BEL, NSDAP und Schrader die Hauptlast der Verantwortung für die Einbürgerung getragen. Der Landtag habe nur nachvollzogen, was die Parteiführungen in Berlin konzipiert haben. Roloff habe der Einbürgerung äußerst positiv gegenüber gestanden. In seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ habe Roloff die Verdienste von Klagges und Alpers hervorgehoben, während Küchenthal, Zörner und Bertram kaum erwähnt wurden. Roloff habe zu Klagges sehr enge Beziehungen gepflegt. Auch Roloff jr. wird als strammer HJ-Führer bezeichnet. (Brief in Archiv Menzel)

Während Bertram in sehr freundlichem Tenor an Küchenthal schreibt, äußert sich Küchenthal in seiner Erinnerungen sehr abfällig über Bertram, der als Parteibuchbeamter ohne Sachkenntnis zu seinem Stellvertreter in der Staatsbank gemacht worden sei. Wenn es sich hier nicht um nachträgliche Konstruktionen handelt, dann ist der Brief ein weiterer Hinweis auf Lagerbildung quer durch die Parteien: Küchenthal hätte demnach zur Fraktion Zörner/Bertram, Roloff zur Fraktion Klagges/Alpers gehört. Jedenfalls werden die alten Konflikte in den 1960er Jahren munter unter den Überlebenden fortgesetzt.

13.3.1966

Albert Brandes stirbt in Hamburg.

1.11.1966

Seit diesem Datum bezieht sich die Korrespondenz zwischen Küchenthal und Kleinau auf Recherchen, die Küchenthal für seine mehrbändigen „Erinnerungen“ anstellt.

Daraus kann geschlossen werden, daß Küchenthal seit Ende 1966 an dem Manuskript arbeitet.

11.1.1967

Schreiben von Küchenthal an Kleinau mit Hinweis auf seine „Aufzeichnungen“, über die Küchenthal und Kleinau mehrfach gesprochen haben.

Der Hinweis deutet darauf hin, daß Küchenthal spätestens seit 1966 in engen Kontakt mit Kleinau steht und bei seinen „Erinnerungen“ von Kleinau beraten bzw. unterstützt wird.

25.2.1967

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 35 Jahren in Braunschweig eingebürgert wurde.

1.8.1967

August Riekel stirbt in Tutzing.

Februar 1968

Kopien der Einbürgerungsurkunde Hitlers und seiner Vereidigung als Regierungsrat durch Boden gelangen ins Staatsarchiv Wolfenbüttel.

24.3.1968

Ernst Heimbs stirbt in Braunschweig.

16.5.1968

Anton Franzen stirbt in Kiel.

Herbst 1968

Küchenthal schließt seine autobiographische Dokumentation ab, die er 1962 begonnen hat, in der viele Originalunterlagen zu seiner Zeit als Mitglied der Braunschweigischen Staatsregierung und als Staatsbankpräsident zu finden sind.

Der Konvolut befindet sich im Besitz des Sohnes Hans-Georg Küchenthal bzw. des Enkels. Mit dieser Dokumentation beginnt die Aufarbeitung seines Falls, die in diversen „Erinnerungen“ mündet, die Küchenthal als Typoskript erstellt und den Bibliotheken des Braunschweiger Landes zur Verfügung stellt.

ca. 1969

Klagges verfaßt sein Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“ in Bad Harzburg. Darin heißt es: „Im Ausland mehr noch als im Inland hatte sich aber die Auffassung verbreitet und bis Kriegsende gehalten, die Einbürgerung Hitlers sei für seine spätere Inthronisierung als Reichskanzler ursächlich gewesen. In der Internierungshaft der Amerikaner und Engländer schlug mir bei den ständigen Verhören ... diese Ansicht immer wieder mit fanatischem Eifer und brutaler Härte entgegen.“ (zitiert bei German 1995, S. 16 und übernommen bei Ruben 2004, S. 24)

Das Manuskript hat sich zunächst im Besitz der Tochter von Klagges, Irmhild Morgener, damals Bad Harzburg, befunden und ist an die Enkel, wohnhaft in Bad Oeynhausen, übergegangen. (Mitteilung von Malte Klein) German muß es komplett vorgelegen haben, da er ausgiebig daraus zitiert. Klein zitiert nur in Auszügen (Klein 2014). Das Manuskript von Klagges liest sich in manchen Passagen als das Gegenstück zu den Erinnerungen von Küchenthal.

Herbst 1969

Küchenthal veröffentlicht im Selbstverlag „Etliche Erinnerungen...“ und überreicht diversen Bibliotheken in der Region Braunschweig jeweils ein Exemplar.

Bd. I (206 Seiten inkl. vieler Dokumente in Abschrift) trägt den Titel „Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“. Auf S. 104 resümiert Küchenthal seine Ausführungen mit der These, er sei nur ausführendes Organ der Politiker gewesen, und auf S. 120, daß Roloff der eigentlich Verantwortliche bei der Einbürgerung Hitlers gewesen sei. In Band II (143 Seiten) geht es um seine Tätigkeit als Staatsbankpräsident und die Konflikte mit Klagges und Alpers. In Bd. III (301 S. inkl. vieler Dokumente) geht es um die Entnazifizierung Küchenthals und erneut um die Einbürgerung Hitlers, da diese Küchenthal im Verfahren zum Hauptvorwurf gemacht wird.

Seit dem 2.2.1932 hatte Küchenthal nach eigenen Angaben stenographische Notizen über die Verhandlungen zur Einbürgerung Hitlers angefertigt. Auf dieser Basis hat er 1969/1971 seine „Erinnerungen“ verfaßt. Bei den Erinnerungen handelt es sich um die umfangreichste

und detaillierteste Darstellung der braunschweiger Vorgänge der Jahre 1932/1933 und nach 1945. Sie scheinen bis auf wenige Ausnahmen, soweit es um die angesprochenen Fakten geht, korrekt. Küchenthal verwechselt z.B. den Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium mehrfach mit dem Reichswahlleiter Wagemann. Die Quelle ist allerdings mit Vorsicht zu lesen, da Küchenthal sich sehr selektiv erinnert und wichtige Dokumente zu seiner person unterschlägt, weil er mit seinen „Erinnerungen“ beabsichtigt, sich der Mitverantwortung an der Einbürgerung Hitlers zu entziehen und stattdessen Roloff sen. sowie die politische Führung der DVP (Wessel, Brandes, Heimbs) als die eigentlich politisch Verantwortlichen vorzustellen. Die übrigen BEL-Abgeordneten bleiben blass. Ferner verwendet er viele Argumente darauf, daß die Einbürgerung für Hitlers Machtergreifung nur von nebensächlicher Bedeutung gewesen sei. Auch möchte er sich seit 1933 in seiner Eigenschaft als Staatsbankpräsident als eine Art Widerstandskämpfer gegen die Politik von Klagges, Alpers und Hesse in Finanzfragen darstellen. Küchenthal bezieht sich u.a. auf Morsey 1960, Roloff 1961 kritisch und Schelm-Spangenberg 1964 lobend.

Da die Manuskripte von Küchenthal die mit Abstand ausführlichsten Dokumentationen zu der Einbürgerung Hitlers sind, besteht für den Leser die Gefahr, daß er sich zu sehr von der bei Küchenthal damit verbundenen Absicht leiten läßt. Deshalb ist bei der Lektüre eine besonders kritische Distanz notwendig.

30.3.1970

Heinrich Brüning stirbt in Norwich, Vermont (USA)

25.10.1970

Theoderich Kampmann veröffentlicht Brünings „Memoiren 1918-1934“. In seinem Nachwort vertritt der Herausgeber die These, daß Brüning nur noch eine paar Monate gebraucht hätte, um mit seiner Strategie erfolgreich zu sein. Es hätte dann keinen Nationalsozialismus und keinen 2. Weltkrieg gegeben (S. 682).

In den Memoiren behauptet Brüning, 1932 anlässlich der Wiederwahl des Reichspräsidenten die Restauration der Monarchie in Deutschland angestrebt zu haben, um Hitler zu verhindern. Wegen des brisanten Inhalts seien sie erst nach dem Tod Brünings veröffentlicht worden. Die Memoiren über die Jahre 1931 und 1932, in denen die Umstände der Wiederwahl des Reichspräsidenten eine große Rolle spielen, basieren auf den „Tageszetteln“, in die der Staatssekretär der Reichskanzlei, Pünder, alle Besuche, Verhandlungen und Vorgänge mit genauester Zeitangabe eingetragen hat. Brüning hat die Memoiren nach seiner Flucht aus Deutschland Ende Mai 1934 in den Jahren 1934 und 1935 in Melide am Luganer See diktiert und in den 1950er Jahren überarbeitet. (Brüning 1970, S. 11)

Der Text kann als eine authentische Quelle bezeichnet werden, die in den Fakten nur geringfügig von anderen Quellen zu den Ereignissen abweicht, wenn auch Brünings Bewertungen sich unterscheiden mögen.

1971

Küchenthal verfaßt einen Nachtrag zu seinen „Erinnerungen“.

15.9.1971

Werner Maser beendet das Manuskript zu seinem Buch „Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit“, das im November 1971 erscheint.

Es handelt sich nach eigenem Anspruch um die erste, vollständig auf Quellen gestützte, Biographie, die in der Kritik hervorragende Noten bekommt, weil sie mit vielen Mythen aufräumt. Das Thema Einbürgerung wird lediglich durch eine kurze Notiz in dem Kapitel „Stationen des Politikers und Staatsmannes“ erwähnt (S. 298). Dieses Kapitel ist in Wirklichkeit aber nicht geschrieben worden, sondern besteht nur aus einer chronologischen Aufzählung von Ereignissen.

12.11.1971

Klagges stirbt in Bad Harzburg.

Vermutlich hat er seit seiner Haftentlassung bei seiner Tochter, Irmhild Morgener, geb. Klagges, Oststr. 8 gewohnt.

1972/3

Der Verleger Alfred E. Manke, Bensberg, gibt das zweibändige Werk von Klagges „An alle Völker der Erde“ posthum heraus.

März 1972

Der Nachlaß von Roloff sen., den Roloff jun. dem Stadtarchiv übergeben hat, ist in 14 Bänden geordnet und einsehbar (G IX 43:1-14).

Bei der Durchsicht gewinnt man den Eindruck, daß er nicht ganz vollständig ist bzw. daß womöglich brisante Stücke aussortiert worden sind.

9.3.1972

Carl Heimbs (Am Fallerslebertore 6) stirbt in Braunschweig.

Die Villa wird 2014 von diversen Mietern genutzt. Die Initialen CH befinden sich noch über der Eingangstür. Der Park am Okerufer hinter dem Haus macht einen verlotterten Eindruck.

25.9.1972

Küchenthal übergibt die 4 Bände seiner „Erinnerungen“ dem Staatsarchiv Wolfenbüttel.

Warum dies nicht bereits 1969 geschehen ist, bleibt rätselhaft.

1973

Küchenthal überarbeitet die Bde. I und II seiner „Erinnerungen“ von 1969. Er sendet Bd. II an das Niedersächsische Staatsministerium als Anlage zu einem Antrag auf Rehabilitierung in Bezug auf sein Entnazifizierungsverfahren.

Laut Aussage des Sohns, Hans-Georg Küchenthal, vom 10.1.2014 ist der Antrag vom Staatsministerium nie bearbeitet worden.

Joachim Fest veröffentlicht „Hitler. Eine Biographie“. Die Einbürgerung Hitlers wird mit einem einzigen Satz erwähnt. (S. 439)

März 1973

Hans Kehrl veröffentlicht seine Memoiren „Krisenmanager im Dritten Reich“.

Kehrl war Leiter des Planungsamts des Vierjahresplans und insbesondere mit Rüstungsaufgaben betraut. Im „Wilhelmstraßenprozeß“ wurde er verurteilt. Die Memoiren sind relevant für den Entscheidungsprozeß für den Vierjahresplan, die Gründung der Reichswerke und den Konflikt zwischen Göring und Schacht.

2.4.1973

Der Spiegel beginnt eine elfteilige Serie von Werner Maser, Adolf Hitler: „Aufriß über meine Person“. Aus bisher unbekanntem Briefen und Notizen. Die Serie endet am 11.6.1973.

Der Text basiert auf Maser 1971.

7.5.1973

In der 6. Folge der Spiegel-Serie wird mit einer Seite über die Braunschweiger Einbürgerung und die Folgen berichtet. (Spiegel Nr. 19/1973, S. 148)

Dabei werden Dokumente aus Hitlers Personalakte zitiert. Warum spielt der Vorgang im Buch von 1971 keine Rolle?

27.6.1973

Tod Hoppes.

Ein Nachruf von Jost Schillemeit erscheint erst 1976 in den Abhandlungen der BWG (26.1976. S. 157-158), ohne die NS-Verstrickung Hoppes zu erwähnen.

1974

Andreas Bergeder veröffentlicht posthum die kleine Schrift von Dietrich Klagges „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ in einem rechtsradikalen Verlag.

Wann das Manuskript entstanden ist, geht aus dem Band nicht hervor. Im Untertitel verwendet Klagges den Begriff „organisch“, den er bei der Denomination der für Hitler vorgesehenen Professur „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ bereits 1932 verwendet hat. Das Buch trägt auf den Seiten 31-33 zur Klärung seines Verständnisses des Begriffs bei.

14.4.1974

Berger stirbt in Künzelsau.

20.6.1976

Küchenthal stirbt in Hedeper.

Die Todesanzeige der Familie erscheint am 25.6.1976 in der Braunschweiger Zeitung ohne Hinweis auf seine früheren Tätigkeiten.

Damit ist der letzte Akteur gestorben, der 1932 maßgeblich an der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat.

22.6.1976

In der Braunschweiger Zeitung erscheint ein Nachruf zu Küchenthal.

30.6.1976

In der Braunschweiger Zeitung erscheint eine Todesanzeige der Nord/LB zu Küchenthal. Darin heißt es: „Von 1920 bis März 1933 stand der Verstorbene im Dienst der Finanzverwaltung und bekleidete verschiedene Ministerämter im damaligen Land Braunschweig.

Anschließend war Herr Küchenthal bis kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs Präsident der Braunschweigischen Staatsbank. Er füllte während dieser Zeit mehrere berufsbezogene Aufsichtsratsmandate und Ehrenämter aus. Seiner Persönlichkeit ist es zuzuschreiben, daß die Geschäfte der Bank auch in den Jahren 1933 bis 1945 satzungsgemäß geführt worden sind.“

Kein Wort zu seinen Verstrickungen, sondern eher die Andeutung eines Aufrechten in schwieriger Zeit.

19.2. – 18.3.1980

Vortragsreihe „Braunschweig unterm Hakenkreuz“ im Städtischen Museum. Mitwirkende sind Roloff jun., Helmut Kramer, Albrecht Lein, Dietrich Kuessner, Jürgen Wolf, Klaus Lompe u.a. unter reger Anteilnahme und zahlreichen Leserbriefen in der Braunschweiger Zeitung. Die Beiträge mit Dokumenten und Fotos sind abgedruckt in Kramer 1981.

1981

Manfred Overesch veröffentlicht einen kleinen Aufsatz „Professor Hitler“ in den „Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig.

Dies ist der erste Aufsatz, der intensiver sich mit der Professoren-Variante zur Einbürgerung beschäftigt.

Februar 1981

Der Spiegel veröffentlicht in Nr. 6 den Artikel „Vollauf geeignet“, in dem darüber berichtet wird, daß Overesch die Ernennungsurkunde Hitlers zum Professor unter dessen persönlichen Papieren im Bundesarchiv, Koblenz unter der Rubrik „privateste Papiere“ gefunden hat.

Auch wenn die Urkunde ohne die Unterschrift Küchenthals wertlos war und auch nicht zur Einbürgerung geführt hat, muß Klagges sie Hitler ausgehändigt haben, um seine Bemühung zu dokumentieren. Für Hitler muß sie hohen persönlichen Wert gehabt haben, da sie sich unter seinen privatesten Papieren befand.

18.8.1981

Schmidt-Bodenstedt stirbt in Bad Harzburg.

Dies dürfte der letzte noch lebende maßgebliche braunschweiger NS-Aktivist gewesen sein.

2.4.1984

Eröffnung der Ausstellung „Das Ende des Freistaates Braunschweig 1934“ im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel (bis 30.6.1984)

1984

Hartmann Lauterbacher veröffentlicht „Erlebt und mitgestaltet. Kronzeuge einer Epoche 1923-1945“. Darin bezeichnet er die Mitwirkung von Zörner bei der Einbürgerung Hitlers als „entscheidend“. (S. 52)

Das Buch dokumentiert, daß Lauterbacher auch noch 1984 ein überzeugter Nationalsozialist ist. Es gipfelt, gestützt auf eine Aussage von Goebbels vom April 1945, in der These, Hitler habe aus sich Verantwortungsbewußtsein gescheut, die „Wunderwaffe“ (Atombombe) einzusetzen. Klagges kommt in den Braunschweig betreffenden Passagen weniger gut als Zörner und Alpers weg. Der Grund könnte darin liegen, daß Lauterbacher in seiner Eigenschaft als Gauleiter für Südhannover-Braunschweig Klagges als Konkurrenten empfunden hat. (Lauterbacher 1984, S. 50-55)

1985

Hildegart(d) Schack, geschiedene Zörner stirbt.

20.12.1986

In der Braunschweiger Zeitung erscheint anlässlich des 100. Geburtstags von Roloff sen. der Artikel „Professor, Politiker und Bildungspionier“, gez. „maja“.

Der lobhudelige und völlig unkritische Artikel weist zahlreiche sachliche Fehler auf und verschweigt die unrühmliche Rolle Roloffs zwischen 1930 und 1945.

1987

In Band II von „100 Jahre Bürgertum im Wandel“ ergreift Roloff jun. Partei für seinen Vater im Rückblick auf dessen Entnazifizierungsverfahren. Daß Roloff sen. als „Hauptschuldiger“ zur Verantwortung gezogen zu werden drohte, bezeichnet Roloff jun. als „skandalös und ungerecht“. (Roloff 1987, S. 185)

1988

Heinrich August Winkler veröffentlicht „Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933“. Im Kapitel „Schlagt Hitler! Wählt Hindenburg! Die Reichspräsidentenwahlen vom Frühjahr 1932“ wird die fehlende Statsbürgerschaft des Kandidaten Hitler nicht erwähnt.

2.5.1988

Anlässlich 50. Jahrestag der Stadtgründung von Wolfsburg am 1.7.1938 eröffnet die Ausstellung „Wolfsburg 1938 – 1988“ in der Bürgerhalle im Rathaus Wolfsburg (bis 31.7.1938) erarbeitet vom Institut für Städtebau, Wohnungswesens und Landschaftsplanung der TU Braunschweig (Katalog = Stracke 1988).

In diesem Zusammenang werden Gespräche mit noch lebenden Stadtbauräten, u.a. auch Peter Koller, geführt (Stracke 1988) Darin erklärt Koller zur Namensgebung: „Der Name Wolfsburg wurde der Stadt erst 1945 gegeben. Er leitet sich nur von der Wolfsburg der Grafen her. ‘Wolf’ hat keinerlei Bedeutung zum Totemtier Wolf von Hitler. Ich stand selber neben Dr. Ley und Hitler, als Ley auf dem Klieversberg nach der Grundsteinlegung Hitler fragte, ob er die neue Stadt nach ‘Ihnen, mein Führer’ benennen dürfe. Hitler wehrte sofort mit einer drastischen Geste ab. Daraufhin traute sich niemand mehr, die Frage der Namensgebung wieder anzuschneiden. So blieb bis 1945 nur der Untertitel ‘Stadt des KdF-Wagens’ analog der ‘Stadt der Volkserhebung’ ... oder, ‘Stadt der Bewegung’ oder ‘Stadt der Reichsparteitage’.“ (in Stracke 1988, S. 11; auch zit. bei Wohlfromm 2001, S. 274; vgl. Koller 1988)

Trotz des unglauwürdigen Dementis (tatsächlich wurde die Namensfrage immer wieder angesprochen) ist die Aussage von Koller aufschlußreich, da er von sich aus den Bezug zu Hitlers Deckname herstellt. Bestätigt wird die Frage Leys durch eine zweite Quelle. Vielleicht hat Koller wie Ley die Abwehr mißverstanden. Hitler hatte die Idee „Wolfsburg“ selber, wollte sie aber noch nicht preisgeben. Kollers Erinnerung ist ungenau, da die Szene nicht nach, son-

dern vor der Grundsteinlegung des Volkswagenwerks stattgefunden hat. Die Szene ist fotografisch dokumentiert. Koller hat tatsächlich neben Hitler, Ley, Porsche, Himmler und Lafferechts gestanden (Foto Archiv Menzel). Das Foto ist auf S. 13 in Stracke 1988 abgedruckt zusammen mit einem Foto vom 2.3.1938, auf dem Koller, Lafferez, Porsche und Speer in der Reichskanzlei Hitler den Stadtplan vorlegen.

1989

Das Tagebuch von Reinhold Quaat, „Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaat 1928-1933“ wird von Hermann Weiß und Paul Hoser veröffentlicht.

Der DNVP-Reichstagsabgeordnete Quaat war der Vertraute Hugenberg und wurde 1932 von Hugenberg nach Braunschweig geschickt, um die örtlichen Parteifreunde im Sinne Hugenbergs zu instruieren. Seine Tagebücher sind eine wichtige Quelle der Vorgänge aus Sicht der DNVP.

15.8.1989

Die Braunschweiger Zeitung erinnert unter dem Titel „Ministerpräsident, Zuchthäusler und Rentner“ an den Klagges-Prozeß von 1950.

26.2.1992

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 60 Jahren in Braunschweig eingebürgert, daß ihm aber die Professur verweigert wurde.

1992

Manfred Overesch veröffentlicht „Die Einbürgerung Hitlers 1930“ in Nr. 4 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

Es geht zwar um den Einbürgerungsversuch in Thüringen, thematisiert werden aber auch die dubiosen Umstände der Verbeamtung Hitlers in Braunschweig. Overesch vertritt die wenig überzeugende These, daß Hitlers Einbürgerung in Thüringen rechtskräftig gewesen sei. Auf den Unterschied zwischen der Ernennung zum Beamten und der eigentlichen Einbürgerung geht er nicht ein.

Dies spricht dafür, daß die erste Urkunde zwar nicht vernichtet, aufgrund des Kaisenberg-Gutachtens aber später anlässlich der Kandidatur Hitlers nicht präsentiert wurde. Ob auch die eigentliche Einbürgerungsurkunde in Thüringen ausgestellt wurde, bleibt unklar.

1.11.1993

Die Magisterarbeit von Martina Staats „Die Hochschulleitung der Technischen Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig in der Zeit des Nationalsozialismus“ liegt vor.

Die Rolle von Horrmann und Herzig wird sehr gut aufgearbeitet.

21.1.1994

Der Präsident des OLG Braunschweig, Helmut Krametr, unterbreitet dem Nds. Justizministerium (nach Erlaß vom 12.1.1994) einen Textvorschlag für eine Gedenktafel, die im Neubau des Amtsgerichts Braunschweig am Eiermarkt (anstelle des alten Landtragsgebäudes) angebracht werden soll.

Daran schließt sich eine Kontroverse über die gnaue Formulierung an, die sich unter Beteiligung von Historikern und Vertretern der Stadt Braunschweig (u.a. die damalige Sozialdezernentin Birgit Pollmann) über ein ganzes Jahr hinzieht. Im Kern geht es um die Frage, ob und wie die Vorgänge im Landtag im Zeitraum von 1930-1933 und das Schicksal der damals betroffenen Personen Erwähnung findet. Im Hintergrund geht es auch um die Frage, welche Bedeutung der Braunschweiger Koalition und der Einbürgerung Hitlers für den Aufstieg der NSDAP zugemessen wird.

1995

Die Unterlagen des Berliner Document Center gehen nach langwierigen Verhandlungen an das Bundesarchiv, Berlin-Lichterfelde über. Zuvor haben die Amerikaner Kopien des Bestandes gemacht.

Damit wandert auch die Kopie von Hitlers braunschweiger Personalakte ins Bundesarchiv.

Die Dissertation von Holger Germann „Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges“ zitiert ausführlich aus dem Manuskript von Klagges aus dem Jahre 1970 „Im Umgang mit Adolf Hitler“.

Germann hat das Manuskript, das nicht zugänglich ist, offenbar einsehen können.

Februar 1995

Anlässlich des 250. Jubiläums erscheint der Band „Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995“. Damit beginnt an der Braunschweiger Universität die offizielle Aufarbeitung der NS-Zeit, die in dem Jubiläumsband ausführlich behandelt wird. Die Episode, Hitler über eine Professur einzubürgern, wird nur kursorisch auf einer Seite behandelt. (Pollmann 1995, S. 444-445)

27.2.1995

Das Amtsgericht Braunschweig bezieht den Neubau (unter Verwendung des erhaltenen Portikus des Vorgängergebäudes) an der Stelle des 1944 zerstörten ehemaligen Braunschweiger Landtags am Eiermarkt. Eine Gedenktafel erinnert u.a. an die Koalition aus BEL und NSDAP im Landtag (Kramer 1995)

Der Einweihung ist mindestens seit Januar 1994 eine Kontroverse um den Text der Gedenktafel gekommen. Konservative braunschweiger Jusatizkreise wollten offenbar verhindern, dass die Vorgänge im Landtag 1930-1934 Erwähnung finden (vgl. dazu Archiv Kramer, Mappe mit dem Schriftwechsel zur Kontroverse). Die Behandlung Themas einschließlich der Bedeutung der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig stößt immer noch auf Widerstand.

1996

Die Braunschweigische Landschaft veröffentlicht das „Braunschweigische Biographische Lexikon. 19. Und 20. Jahrhundert“ mit Artikeln zu Brandes, Heimbs, Klagges, Küchenthal, Roloff, Wessel, Zörner u.a. In den Artikeln zu Küchenthal und Zörner wird die Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers erwähnt, in den Artikeln zu Brandes, Heimbs, Klagges, Roloff und Wessel nicht.

Diese Akzentuierung veranlaßt Hans-Georg Küchenthal 2012 zu einer Intervention.

2.3.1996

Koller stirbt in Wolfsburg.

April 1998

Ian Kershaw beendet das Manuskript zu „Hitler 1889-1936“. In Band 1, S. 450 der deutschen Übersetzung (2002) werden der Einbürgerung Hitlers ganze 8 Zeilen gewidmet.

September 1998

Klaus Berger, Sohn von Friedrich Berger, verfaßt das Manuskript „Friedrich Berger als Pädagoge an der Technischen Hochschule, an der Bernhard-Rust-Hochschule und an der Lehrerbildungsanstalt in Braunschweig 1934-1944 mit Begebenheiten vor und nach dieser Zeit des Nationalsozialismus“.

Ein Auszug des unveröffentlichten und nur für den privaten Gebrauch gedachten Manuskripts befindet sich im Nachlass Bergers (Archiv der TU Braunschweig G41).

Berger jun. versucht, seinen Vater als unpolitischen Pädagogen darzustellen, der nur umständehalber und unter dem Druck von Klagges als Leiter der BRH tätig war. Das Manuskript ist ein weiteres Beispiel eines Vertreters der Generation der Söhne und Töchter, die Aktivitäten der belasteten Väter zu relativieren, zu leugnen oder zu entschuldigen. Berger jun. setzt sich vor allem mit der Arbeiten von Claudia Schüler bzw. später unter dem Namen bei der Wieden 1993, 1996 und Sandfuchs 1978 auseinander, in denen Berger als NS-Ideologe rezipiert wird.

10.8.1998

Die Sperrung der „Materialien zum Hitlerbuch“, die Jetzinger 1956 dem Oberösterreichischen Landesarchiv übergeben hat, wird aufgehoben. Darunter befinden sich Hitlers österreichische Militärakte, aus denen seine Untauglichkeit hervorgeht, und die Akten seine versuchte Ausweisung aus Bayern bzw. seine Ausbürgerung betreffend.

Erst seitdem sind die Originaldokumente für jedermann einsehbar.

31.3.2000

Roloff schreibt einen kritischen Leserbrief zum Artikel der Braunschweiger Zeitung „Braunschweiger Bürger sahen Auflösung des Rechtsstaats zu“ vom 24.3.2000. Er vertritt darin die These, daß die braunschweiger Einbürgerung für die Machtergreifung unerheblich war.

Damit wiederholt er seine Wertung aus dem Jahre 1961. Indirekt bedeutet diese Wertung eine Entlastung seines Vaters.

Carlos Widman veröffentlicht im Spiegel „Gefährtin des Bösen“. Der Artikel handelt von Magda Goebbels, geschiedene Quandt. Darin wird erwähnt, daß Goebbels seine künftige Frau im Oktober 1931 mehrfach nach Braunschweig geschickt hat, um die Einbürgerung Hitlers zu sondieren. (ebd. S. 210)

2001

Otto Gritschneider veröffentlicht das Buch „Der Hitler-Prozess und sein Richter Georg Neidhart. Skandalurteil von 1924 ebnet Hitler den Weg“.

25.2.2002

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 70 Jahren vom Freistaat Braunschweig eingebürgert wurde.

März 2002

Die Magisterarbeit von Uwe Lammers „Dunkle Vergangenheit. Wissenschaftlerkarrieren in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule Braunschweig“ liegt vor.

Lammers wird die Arbeit mehrfach, zuletzt 2015, überarbeiten.

28.1.2003

Anlässlich der 75jährigen Gründung des Instuts für Geschichte an der TH Braunschweig thematisiert die Braunschweiger Zeitung in „Ein Wanderer zwischen den Systemen“ die Rolle von Roloff sen.

Unter Bezugnahme auf die Magisterarbeit von Uwe Lammers (2002) wird Roloff in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt.

31.1.2003

Hans-Jürgen Wünschel erinnert in der „Jungen Freiheit“ unter dem Titel „Staatsbürger Hitler“ an das 70jährige Jubiläum der Einbürgerung Hitlers

27.3.2003

Die Braunschweiger Zeitung würdigt Werner Schrader als Held des Widerstands anlässlich des 70jährigen Jahrestags des „Stahlhelmputsches“.

Herbst 2003

Die Braunschweiger Zeitung veröffentlicht ein Spezial (Nr. 3, 2003) mit dem Titel „Wie braun war Braunschweig? Hitler und der Freistaat Braunschweig“, bearbeitet von Roloff jun., mit Dokumenten zur Einbürgerung.

Damit wird das Thema erstmals, zumindest in Braunschweig, nicht nur der Fachwelt, sondern einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

24.5.2004

Gunhild Ruben veröffentlicht „Bitte mich als Untermieter bei Ihnen anzumelden!“ Hitler und Braunschweig. Das Buch wird im Braunschweigischen Landesmuseum vorgestellt. Im Unterschied zu Roloff jun. wird die politische Bedeutung der Einbürgerung Hitlers betont (S. 9).

Die Arbeit erfährt die Kritik der Fachhistoriker, insbesondere von Roloff jun., wegen etlicher Ungenauigkeiten im Detail, stellt aber wichtige Fragen. (vgl. dazu Duin in der Braunschweiger Zeitung vom 22.5.2004). Mit der Veröffentlichung von Ruben relativiert sich die Aussage von Roloff jun. aus dem Jahre 1961, daß die Einbürgerung für Hitlers politische Karriere und für die Machtergreifung der NSDAP keine Bedeutung gehabt habe. Hier liegt vielleicht ein Grund für das kritische Urteil von Roloff jun.

10.8.2006

Karl Heinrich Schnökel referiert vor dem Rotary-Club Braunschweig zum Thema „War Hitler ein Deutscher? Seine Ernennung zum braunschweigischen Beamten“.

Das Vortragsmanuskript hat der Autor dem Chronisten zugesandt, nachdem das Interview mit Menzel in der Braunschweiger Zeitung erschienen ist.

2007

Die Stadt Wolfsburg lobt den Architekturpreis „Wolfsburger Koller-Preis“ aus.

Offenbar ohne dessen politische Belastung zu erkennen. Die Verleihung wird später aus politischen Gründen in Frage gestellt.

23.2.2007

Diskussionsveranstaltung im Braunschweigischen Landesmuseum zur Einbürgerung Hitlers unter Teilnahme von Roloff jun.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Isolde Saalman und Vorsitzende des Orstvereins Braunschweig-Gliesmarode greift die Anregung zweier Diskussionsteilnehmer auf und beauftragt den parlamentarischen Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landtags, „rechtlich prüfen zu lassen, auf welchem Weg das Land Niedersachsen als Rechtsnachfolger des Landes Braunschweig Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen kann.“ (Braunschweiger Zeitung vom 3.3.2007)

Die Anfrage löste eine heftige öffentliche Reaktion (auch im Ausland) aus, die deutlich macht, daß das Thema immer noch auf großes Interesse stößt. Daran schloß sich eine Debatte an, ob man einen Toten ausbürgern kann. Das Grundgesetz verbietet den Entzug der Staatsbürgerschaft, wenn man dadurch staatenlos wird. Das war Hitler bereits 1925-1932! In der gleichen Absicht hatte sich bereits 2005 ein süddeutscher Anwalt ohne Erfolg an die Niedersächsische Landesregierung gewandt (Braunschweiger Zeitung vom 3.3.2005; Spiegel online vom 10.3.2007; Zeit online vom 14.3.2007)

„Wie Adolf Hitler Deutscher wurde“. Sendung im DeutschlandRadio 19.15 – 20.00 Uhr.

24.2.2007

Peter Kasza veröffentlicht in der Süddeutschen Zeitung anlässlich des 75. Jahrestages der Einbürgerung Hitlers den Artikel „Der gefühlte Deutsche“.

Darin geht es auch um die Vorgeschichte der Einbürgerung, den Prozeß von 1924, den rechtslastigen Richter Neithardt und die Umstände der Ausbürgerung.

Frühjahr 2007

Im Nachgang zur Diskussionsveranstaltung veröffentlicht die Braunschweiger Zeitung ein zweites spezial „Wie Hitler Deutscher wurde. Vor 75 Jahren verhalf der Freistaat Braunschweig dem ´Führer´ zur Staatsbürgerschaft“ mit zahlreichen Dokumenten.

Im Internetlexikon Wikipedia wird ein Artikel „Einbürgerung Adolf Hitlers“ angelegt. Der Autor verwendet das Pseudonym „Brunswik“. Als Quellen werden u.a. die Braunschweiger Zeitung spezial „Wie Hitler Deutscher wurde“, der Aufsatz von Overesch 1992 und die Forschungsberichte Menzel 2013, 2014 angegeben.

Der Artikel ist seitdem auf 16 Seiten angewachsen und hat bis Oktober 2015 etwa 500 Änderungen diverser Autoren erfahren. Vermutlich handelt es sich um eine Reaktion auf die Diskussionsveranstaltung der Braunschweiger Zeitung vom Frühjahr 2007. Die Verlaufsgeschichte des Beitrags dokumentiert das anhaltende Interesse an dem Thema.

2010

Michael Wetter und Daniel Weßelhöft veröffentlichen auf Initiative und mit Unterstützung des TU-Präsidenten Jürgen Hesselbach den ersten Band zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der TU Braunschweig aus der Perspektive der Opfer „Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig“. In dem Band wird eine gemeinsame Erklärung von Präsidium und Senat der TU Braunschweig abgedruckt, in der die Aberkennung von akademischen Graden während der NS-Zeit zurückgenommen wird.

Reinhard Bein und Ernst-August Roloff veröffentlichen den illustrierten Reiseführer durch Braunschweig und Umgebung 1930-1945 „Der Löwe unterm Hakenkreuz“ (Bein/Roloff 2010). Darin gibt es das Kapitel „Hitler wird Deutscher – Landtag“ (S. 28-31)

Den Landtag mit der Einbürgerung als dem dafür zentralen Ort in Verbindung zu bringen, trifft nicht den Kern der Sache. Auch ist der von Roloff verfaßte Beitrag in der Sache ungenau bzw. fehlerhaft.

24.6.2010

Gedenkstunde in der Aula der TU Braunschweig für die Opfer des Nationalsozialismus an der TH Braunschweig. Präsidium und Senat erklären die Unrechtsakte für nichtig.

16.2.2011

Die Schlichtingstraße in Braunschweig wird in Schmitzstraße umbenannt.

In Anerkennung der wissenschaftlichen und politischen Leistungen von Otto Heinrich Theodor Schmitz, der u.a. Widerstand gegen die Ernennung Hitlers zum Professor an der TH Braunschweig geleistet und nach 1945 in den braunschweiger Entnazifizierungsverfahren eine prominente Rolle gespielt hat.

Herbst 2011

Hellmuth Günther veröffentlicht in der Zeitschrift für Beamtenrecht den Aufsatz „Ernennung zum Beamten und Rechtsformmissbrauch“. Als eins von drei einschlägigen Beispielen verwendet er die Ernennung Hitlers zum Beamten 1932 in Braunschweig, die als eindeutige Scheinernennung gewertet wird.

2012

Daniel Weißelhöft veröffentlicht den zweiten Band zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der TH Braunschweig aus der Perspektive der Täter „Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus“.

Roloff jun. verfaßt das Manuskript „Dr. Werner Küchenthal. Der Irrtum eines „unpolitischen“ Fachministers“.

Darin setzt Roloff in gewisser Weise den Konflikt der Väter fort.

8.5.2012

Hans-Ulrich Ludewig erinnert in der Braunschweiger Zeitung in einem Artikel an den „Nazi-Verbrecher Klagges ohne Einsicht“.

12.12.2012

Der Sohn von Küchenthal, Hans-Georg Küchenthal, verwendet sich in Briefen mit beigefügten Dokumenten an die Stiftung NORD/LB-Öffentliche, an die Braunschweigische Landschaft, an das Niedersächsische Staatsarchiv Wolfenbüttel dafür, daß in einer möglichen Neuausgabe des Braunschweigischen Biographischen Lexikons von 1996 der Artikel über seinen Vater, ebd. S. 354-355, korrigiert wird.

Es geht vermutlich um die Aussage, daß Küchenthal sen. entscheidenden Anteil an der Einbürgerung Hitlers hatte und deshalb 1945 als Staatsbankpräsident abgesetzt, unter Hausarrest gestellt und im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie III eingestuft wurde. Die Antworten sind ausweichend.

2013

Volker Ullrich veröffentlicht „Hitler. Eine Biographie“. Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig wird auf einer halben Seite abgehandelt (S. 330).

Die Braunschweiger Zeitung veröffentlicht das Sonderheft „75 Jahre Wolfsburg“. Lediglich ein Beitrag von Bettina Enßlein „Ein Mann baut eine Stadt. Die Nachfahren von Stadtplaner Koller blättern im Familienalbum“ befaßt sich mit Peter Koller im Stil eine Homestory.

Das Jubiläumsheft versteht es, die frühe Geschichte Wolfsburgs bis 1945, die Rolle von Hitler, Ley, Lafferentz, Porsche, der DAF, der Neuland und Koller nahezu völlig zu unterschlagen. Die Stadt erscheint als eine völlige Neugeburt aus den Trümmern des Krieges.

November 2013

Ulrich Menzel veröffentlicht den Forschungsbericht „Professor oder Regierungsrat? Hitlers Einbürgerung in Braunschweig zwischen Provinzposse und Weichenstellung zur Machtergreifung“

28.12.2013

Auf der Grundlage des Forschungsberichts veröffentlicht die Braunschweiger Zeitung ein Interview mit Menzel über dessen Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Einbürgerung Hitlers. Das Interview löst ein breites und kontroverses Echo in der Leserschaft aus.

Die Reaktionen zeigen, daß das Thema in Braunschweig weiterhin von großem Interesse ist. Insbesondere die lediglich erwähnte Mitwirkung von Heimbs ruft heftige Reaktionen hervor.

2014

Das Niedersächsische Landearchiv veröffentlicht auf seiner Internetseite unter der Rubrik „Neues aus dem Standort Wolfenbüttel“ den Artikel „Ein Regierungsrat für die braunschweigische Gesandtschaft in Berlin“. Darin wird auf Akten im Landesarchiv und den Forschungsbericht „Professor oder Regierungsrat?“ Bezug genommen.

Auch wissenschaftlich weckt das Thema neues Interesse.

10.1.2014

Menzel befragt Hans-Georg Küchenthal in einer Seniorenresidenz in Braunschweig. Laut Aussage des Sohns hatte der Vater ihn kurz vor dem Tod beauftragt, 10 Tage nach seinem Tod eine Kiste mit Dokumenten ungeöffnet zu vernichten. Dem habe er entsprochen. Eine zweite Kiste, die 10 Jahre nach dem Tod zu vernichten sei, ist später gestohlen worden. Er habe nur die Kiste, aber nicht den Inhalt, von der Polizei zurückerhalten.

Wenn die Erzählung stimmt, dann war Küchenthal sen. im Besitz weiterer Dokumente im Zusammenhang mit der Einbürgerung, die er bislang der Öffentlichkeit vorenthalten hat. Ist der Diebstahl ein Auftragsdiebstahl von interessierter Seite gewesen?

14.2.2014

Menzel referiert in der Plenarversammlung der BWG zum Thema „Professor oder Regierungsrat?“

Daran schließen sich weitere Vorträge an, u.a. beim Rotary Club, Braunschweig, der Leibniz-Gesellschaft, Hannover und dem Braunschweigischen Geschichtsverein, was auf ein anhaltende Interesse an der Thematik schließen läßt.

8.5.2014

Das Stadtarchiv Braunschweig teilt auf Anfrage mit, daß Zörner in der Meldekartei der Stadt Braunschweig weiterhin als verschollen gilt.

Der Beschluß des Amtsgerichts Braunschweig vom 10.11.1959, mit dem Zörner für tot erklärt wurde, ist offenbar der Stadt nicht mitgeteilt worden.

Juli 2014

Menzel veröffentlicht den Forschungsbericht „Die Steigbügelhalter. Annotierte Chronik zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“.

20.11.2014

Malte Klein beendet das Manuskript „Dietrich Klagges als völkischer Ideologe und nationalsozialistischer Politiker“. Darin zitiert er ausführlich aus dem Manuskript von Klagges „Mein Verhältnis zu Hitler“.

Klein will über Klagges promovieren und hat Zugang zur Familie von Klagges, die ihm unveröffentlichte Dokumente zur Verfügung gestellt hat. Das Manuskript ist in vielen Details ungenau, deshalb mit Vorsicht zu zitieren.

12.1.2015

Menzel befragt Monika Simeth (Jahrgang 1932), die älteste Tochter von Koller, und Mathias Koller (Jahrgang 1936 und drittes Kind) in Wolfsburg. Frau Simeth wohnt immer noch in der Siedlung Steimker Berg in der Nähe der alten Familienadresse Ahornweg 3a.

Das Gespräch ist wenig ergiebig, obwohl Frau Simeth eine sehr gute Erinnerungsfähigkeit zeigt. Offenbar (oder angeblich) hat der Vater im Familienkreis (auch nach 1945) wenig über seine berufliche Tätigkeit während der NS-Zeit gesprochen. Es entsteht jedenfalls der Eindruck, als habe Koller sich als Fachmann – und zwar als Stadtplaner und nicht als Architekt -

empfunden, der sich nicht um die Politik gekümmert haben will. Angeblich will Koller sich für die Frage der Namensgebung von Wolfsburg nicht interessiert haben. Über seine Nachkriegstexte habe Koller im Familienkreis nicht gesprochen. Die Tochter deutet allerdings an, daß ihrem Vater der frühe Ruhm zu Kopf gestiegen sei, während die Mutter ein distanzierendes Verhältnis zum NS-Staat behalten habe. Darüber sei es bis 1942 zu einer tiefen Krise in der Ehe gekommen. Die Kollers haben auf Wunsch der Frau nach dem Umzug nach Berlin bzw. Österreich eine Wohnung in Wolfsburg behalten. Das Verhältnis Speer-Koller bleibt unklar. Speer hat Koller zwar massiv gefördert, seit dieser ihm während der Studienzeit an der TH Berlin positiv aufgefallen sei. Koller habe sich seinem Einfluß 1942 durch die Meldung zu Wehrmacht entzogen, um nicht von Speer im Rüstungsministerium eingesetzt zu werden. 1941 hatte Speer verfügt, daß diverse Architekten, u.a. Koller, mit ihren Büros ausschließlich ihm zur Verfügung stehen. Umgekehrt hat Koller Speer nach dessen Haftentlassung aus dem Spandauer Gefängnis mindestens einmal aufgesucht. Das Verhältnis Porsche-Koller soll aufgrund der österreichischen Landsmannschaft gut gewesen sein.

Die Frau Kollers hat dessen Nachlass nach dessen Tod 1996 an das Stadtarchiv Wolfsburg gegeben, allerdings alle privaten Dokumente, so etwa die Memoiren zur Kriegsgefangenschaft, aussortiert. Die Familie verfügt über keine weiteren Dokumente. (Simeth am 12.1.2015)

9.3.2015

Bettina Maria Brosowsky veröffentlicht in der TAZ den Artikel „Der Bonzenpalast mit den 254 Fenstern“ über Karl Mühlenpforts Bau der AOK (1932) und die Umstände der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig. Dabei stützt sie sich weitgehend den Forschungsbericht von Menzel „Professor oder Regierungsrat?“

12.3.2015

Menzel referiert vor der Leibniz-Gesellschaft in Hannover über „Hitler als Professor oder Regierungsrat?“

Die Anfrage erfolgte auf Empfehlung nach dem Vortrag vor der BWG. Am Rande der Veranstaltung stellte sich heraus, daß den aktuellen Vorstandsmitgliedern der Leibniz-Gesellschaft nicht bekannt ist, daß diese eine Vorgeschichte vor 1945 hat und daß die Gründung der BWG 1943 eine Reaktion auf die Gründung der Leibnizgesellschaft zuvor war (vgl. dazu Müller 1991 und 1996).

Frühjahr 2015

Der Aufsatz von Menzel „Die Einbürgerung Hitlers im Freistaat Braunschweig und deren Konsequenzen“ erscheint im Jahrbuch 2014 der BWG.

Der Aufsatz basiert auf dem Vortrag vom 14.2.2014 vor der Plenarversammlung der BWG.

20.11.2015

Das Forum Zeitgeschichte veranstaltet die Tagung „Justiz und Gewerkschaften in der Phase des Wiederaufbaus nach 1945. Was wurde aus den Kriegsverbrechern nach 1945“ im Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte. U.a. hält Hans-Ulrich Ludwig einen Vortrag „Der Fall Klagges und die ´Nachgeschichte´ des Nationalsozialismus in Braunschweig“.

17.3.2016

Ulrich Menzel hält einen Vortrag „Hitlers Einbürgerung im Freistaat Braunschweig 1932“ im Blauen Saal der Stadtbibliothek, veranstaltet vom Braunschweigischen Geschichtsverein.

19.3.2016

Harald Duin berichtet über den Vortrag in der Braunschweiger Zeitung unter dem Titel „Possenspiel um Staatsbürger Hitler“.

17.9.2016

Die Premiere des Theaterprojekts „Nebenan. Ein Rechercheprojekt zum AOK-Gebäude in Braunschweig 1933“ des Staatstheaters Braunschweig findet im Gebäude der AOK statt. Es geht um eine szenische Darstellung des „Stahlhelmputschs“, der Mißhandlungen im Keller des AOK-Gebäudes 1933 und der juristischen Aufarbeitung nach 1945, die sich besonders an Schulklassen wendet. Im einführenden Text des Programmhefts „Terror in Braunschweig. Ein kurzer historischer Abriss“ wird u.a. auf Hitlers Einbürgerung in Braunschweig hingewiesen. In einer Szene wird die Mitwirkung von Carl Heimbs thematisiert. Bis zum 18.3.2017 sind weitere Vorstellungen vorgesehen. Die BZ bringt am 7.9.2016 unter dem Titel „Im Folterkeller der Braunschweiger Nazis“ einen Vorbericht.

Die Regisseurin Ulrike Hatzler hat bei Ihren Recherchen u.a. Roloff, Kramer, Ludwig, Staats und Menzel befragt.

26.9.2016

Eröffnung der Dauerausstellung „Vom Kleinen Exer zum Haus der Wissenschaft – der Ort, das Haus, seine Geschichte“ im Haus der Wissenschaft. Realisierung von Andreas Eberhard und Lars Strominski. Die Braunschweiger berichtet am 27.9.2016 „Wie ein Monumental-Bau Stadtgeschichte schreibt“.

2017

Der Aufsatz von Ulrich Menzel „Hitlers Personalakte“ erscheint im Braunschweigischen Jahrbuch für Landesgeschichte 2016.

28.3.2017

In der Peiner Allgemeinen Zeitung erscheint der Beitrag „Es gibt einen Mantel des Schweigens“ über den Konflikt um Carl Lauenstein in der Gemeinde Bodenstedt in den 1930er Jahren.

Der Artikel beruht auf einem Interview, das der Redakteur Harald Meyer mit Ulrich Menzel geführt hat. Daraufhin meldet sich die Enkelin von Lauenstein, Marianne Hilfrich bei Menzel. In einem Besuch werden weitere der Details der Affäre geklärt.

4.7.2017

Die Braunschweiger Zeitung berichtet über den von Reinhard Bein herausgegebenen Band „Hitlers Braunschweiger Personal“.